3 1761 07888573 8

From the Library of

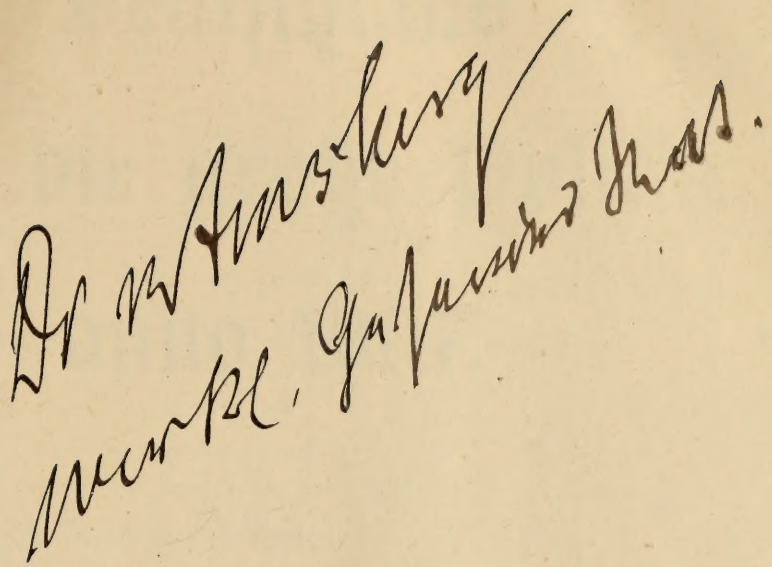
Henry Tresawna Gerrans

Fellow of Worcester College, Oxford

1882-1921

Given to University of Toronto Library.

By his Wife



Digitized by the Internet Archive
in 2011 with funding from
University of Toronto

http://www.archive.org/details/deutschlandunddi07schi

533266

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

Deutschland und die große Politik anno 1907.

Von

Dr. Th. Schiemann
Professor an der Universität Berlin.

175414
14/11/22

Berlin
Druck und Verlag von Georg Reimer
1908.

M. T. DENNARD,
WORCESTER COLLEGE,
OXFORD.

25. Dezember 1906. Unterwerfung der Bondelzwarts.
26. Dezember. Eröffnung des indischen Nationalkongresses in Calcutta.
27. Dezember. Admiral Nebogatow wird zum Tode verurteilt.
28. Dezember. Raisuli wird vom Sultan von Marokko abgesetzt. Ratifikation der Algecirasakte durch die Ver. Staaten.
29. Dezember. Aussperrung von 50000 Arbeitern in Lodz. Eröffnung des japanischen Parlaments.
30. Dezember. Unterzeichnung der persischen Verfassungsurkunde durch den Schah.

---

1. Januar 1907.

Für das neue Jahr, in das wir treten, haben wir ein gutes Vorurteil. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird es nach vielen Richtungen hin zu einer Klärung der politischen Atmosphäre führen. In Europa gibt es zurzeit nur einen dunkeln Punkt, und das ist die Balkanhalbinsel, wobei weniger an die Türken zu denken ist, als an den Stammes- und Rassenhaß. Aber diese Zustände bestehen jetzt seit ziemlich genau 20 Jahren. Für jedes Frühjahr wurde Krieg angekündigt, d. h. die Aufrollung der orientalischen Frage; in Wirklichkeit ist es niemals über die Raufereien hinaus gegangen, die zwischen Bulgaren, Serben, Griechen und Albanern nachgerade die Regel geworden sind. Ein Moment ernster Beunruhigung bieten diese Zustände trotzdem, weil sie in der mit unendlicher Zähigkeit behaupteten Absicht der Bulgaren, sich konfessionell und national zu alleinigen Herren Mazedoniens zu machen, ihren Ursprung finden. Die Repression der Türken und die rivalisierenden Einfälle der Griechen und Serben sind Gegenaktionen, und die Gefahr liegt nicht in ihnen, sondern bei den Bulgaren. Das ist trotz der entgegengesetzten Behauptung des „Sofiaer Kuriers" in überzeugender Weise an der Hand von Dokumenten bewiesen worden, die der türkischen Regierung in die Hände gefallen sind und neuerdings in einer kleinen Schrift „L'agitation bulgare en Turquie par S. Vittorio Ramon" in Paris der Kritik der Öffentlichkeit vorgelegt worden sind. Es wird, wenn von bulgarischer Seite nicht Satz für Satz der Inhalt dieser Darlegungen beweiskräftig widerlegt wird, fortan als feststehend betrachtet werden müssen, daß die Bemühungen der Mächte,

eine Reform in Mazedonien herbeizuführen und dem unglücklichen Lande endlich erträgliche Zustände zu sichern, an dem von offiziellen bulgarischen Persönlichkeiten begünstigten Treiben der bulgarischen Banden scheitern. In einer Korrespondenz der „Tribune" aus Saloniki vom 22. Dezember finden wir folgende Schilderung der Situation des Augenblicks: „Das wütende und anhaltende Ringen von Bulgaren und Serben im Wilajet von Kossowo nimmt täglich einen größeren und beklagenswerteren Umfang an. Bisher war Mord das hauptsächlichste terroristische Mittel beider Gegner, jetzt tritt Brandstiftung hinzu. Das Gefängnis von Üsküb füllt sich immer mehr. Vor einigen Tagen wurden zwei Bulgaren eingebracht, die den Auftrag hatten, den Direktor der bulgarischen Schule zu ermorden. In dem Kreise der Konsuln des Ortes fürchtet man eine allgemeine Erhebung vor Eintreten des Frühlings. Meiner Meinung nach werden wir im April eine Revolution ausbrechen sehen. Wenn aber das Niederbrennen der Dörfer einen größeren Umfang annehmen sollte, so ist es wohl möglich, daß die zur Verzweiflung getriebenen Bauern plötzlich zu den Waffen greifen und den Tod den jetzigen Zuständen vorziehen."

Uns ist im Zusammenhang dieser Verhältnisse die Erklärung wenig verständlich, die der italienische Minister des Auswärtigen Tittoni seiner sonst so befriedigenden großen politischen Rede vor der Kammer eingefügt hat. Er sagte: „Italien ist bisher im Orient in vollem Einverständnis mit Österreich-Ungarn vorgegangen und wird es auch in Zukunft tun. Beide Mächte sind darin ganz einig zu erklären, daß, wenn die Aufrechterhaltung des status quo in Albanien nicht mehr möglich sein sollte, sie gemeinsam für eine Lösung einzutreten hätten, die in der politischen Autonomie der Balkanhalbinsel auf der Basis des Nationalitätsprinzips bestehen würde." Hier scheint es zunächst ungewöhnlich, daß mit der Auflösung der Türkei als einem nicht weiter diskutierbaren Zukunftsfaktor vor der breitesten Öffentlichkeit gerechnet wird, andererseits aber fragt man sich, wer dann die nationalen Grenzen in dieser autonomen Balkanhalbinsel feststellen soll. Die vornehmste Schwierigkeit des Problems liegt ja gerade darin, daß die Nationalitäten sich in weiten Gebieten so durchdringen, daß eine Scheidung nicht möglich ist. Wie wenig die rivalisierenden Nationalitäten aber bereit sind, einander Zugeständnisse zu machen, das zeigt die Geschichte des letzten Jahrzehnts. Historisch betrachtet, liegt der Fehler viel weiter

zurück. Es wird sich nicht mehr bestreiten lassen, daß der Friede von S. Stephano national und geographisch eine richtige Lösung bot, und daß erst die auf den Einspruch Englands hin durch den Berliner Kongreß vorgenommenen Amputationen an dem russischen Großbulgarien die späteren Verwicklungen verschuldet oder doch hervorgerufen haben. Heute ist die Grenzlinie von damals zur Unmöglichkeit geworden oder doch unmöglich anders zu verwirklichen als durch einen Krieg, der eine lange Reihe anderer und ernsterer Schwierigkeiten ins Leben rufen müßte. Diese letzte Erwägung aber gibt guten Anlaß zur Zuversicht, daß über kurz oder lang Mittel und Wege gefunden werden, dem ruchlosen Bandenwesen in Bulgarien, Serbien und Griechenland ein Ende zu setzen. Nur dann wird es möglich sein, die wohlmeinende Reformaktion der Mächte in Wirklichkeit durchzuführen und eine friedliche Zukunft für Mazedonien anzubahnen.

Sehr erfreulich ist die Wendung, welche die Dinge in Marokko nehmen. Die Absetzung Raisulis und die Konzentrierung einer imponierenden Kriegsmacht des Sultans vor Tanger gibt, in der Kombination mit der französisch-spanischen Flottendemonstration, die beste Aussicht, daß leidlich ruhige Zustände endlich eintreten und dann jene Organisation marokkanischer Polizeitruppen durchgeführt wird, welche für die Zukunft die Ordnung aufrecht zu erhalten hat. In Frankreich ist man mit den Erträgen der französisch-marokkanischen Handelsbeziehungen im Laufe des letzten Jahres höchlichst zufrieden, wie wir einem Artikel des bekannten französischen Kolonialpolitikers Camille Fidel im „Radical" entnehmen. Der französische Import hat zum ersten Male den englischen überholt, und zwar um fast $^3/_4$ Millionen Frcs. (24,08 gegen 23,36 Millionen), wenn man aber mit Herrn C. Fidel den algerisch-marokkanischen Handel und den Handel Marokkos mit anderen französischen Dependenzen hinzurechnet, beträgt die Summe des französischen Handels 50 Millionen Frcs., gegen 35 Millionen des englischen und etwas über 13 Millionen des deutschen Handels. Er berechnet die unter verschiedenen Formen in Marokko investierten französischen Kapitalien auf ebenfalls 50 Millionen und zählt endlich die moralischen Kräfte auf, die in Marokko für Frankreich arbeiten; die Verbreitung der französischen Sprache durch die Schulen der Alliance israélite universelle, der Alliance française usw., die wissenschaftlichen Institute und Bestrebungen mit eingeschlossen.

Uns sind diese Zahlen und Daten weder überraschend noch beunruhigend. Wenn Frankreich so eifrig an der Erschließung Marokkos arbeitet, kann das vielmehr nur erfreulich sein. Wir haben niemals mehr verlangt als eine für alle offene Tür und gestehen jeder ehrlichen Konkurrenz ihr gutes Recht zu. Wogegen wir protestierten, das war jenes System, das in dem Schlagwort „Tunifizierung Marokkos" zusammengefaßt wurde, und da mit diesem System endgültig gebrochen worden ist und wir in der Algecirasakte eine internationale Sicherung dafür gewonnen haben, sehen wir all diese französischen Gewinne nicht nur neidlos, sondern mit Befriedigung an. Sie kommen indirekt auch den übrigen an Marokko interessierten Nationen zugute, und nichts ist natürlicher, als daß Frankreich einen Vorsprung vor uns hat. Das liegt an der historischen Entwicklung, die uns so spät erst auf den Bahnen des Welthandels und der Weltpolitik als Mitbewerber auftreten ließ. Bleibt Frankreich auf dem Boden der Vereinbarungen von Algeciras, so wird es zwischen uns niemals einen Streit um Marokko geben.

Die erfreulichen Nachrichten, welche aus Südwestafrika eingetroffen sind und die die völlige Unterwerfung der Bondelzwarts in baldige Aussicht stellen, sind ebenfalls nicht als ein Erfolg zu betrachten, der ausschließlich uns, die die Last getragen haben, zugute kommen muß. Es ist ein Erfolg der weißen Rasse über die schwarze, der zunächst in den benachbarten englischen und portugiesischen Gebieten seinen Nachhall haben wird. Denn trotz aller Rivalitäten erscheinen wir den Schwarzen als eine Einheit, und in Wirklichkeit ist auch das Interesse aller kolonisierenden Nationen darin gleich, daß die Gewöhnung der um so vieles niedriger stehenden Rasse an das Zusammenleben mit Menschen höherer Kulturformen für alle das Ziel sein muß. Für uns aber eröffnet die in „Südwest" eintretende Ruhe ein weites Arbeitsfeld, auf welchem durch kühne Tatkraft und geduldige Arbeit gewiß ebenso viel zu erreichen sein wird, wie die Australier in ihren Zentralgebieten und die Engländer im Osten unserer Kolonie erreicht haben. Auch rechnen wir mit Bestimmtheit darauf, daß uns der neue Reichstag die Mittel nicht versagen wird, um rüstig ans Werk zu gehen. Der wesentliche Unterschied in der Beurteilung kolonialer Fragen in England und Frankreich und bei uns liegt ja wohl darin, daß bei uns vornehmlich der Teil des Volkes, der höhere Schulbildung genossen hat, mit Verständnis der Bedeutung der Kolonien entgegenkommt, während die Franzosen und Engländer

in ihrer Gesamtheit das sind, was man bei uns „Kolonialschwärmer" zu nennen beliebt. Aber auch das erklärt sich aus unserem späten Eintreten in das koloniale Arbeitsfeld und kann erst anders werden, wenn das Hinüber und Herüber zwischen Mutterland und Kolonien lebendiger geworden sein wird. Auch läßt sich eine Wendung zum Besseren schon jetzt nicht verkennen. Sie steht im Zusammenhange mit der Entwicklung unserer Marine und wird weiter fortschreiten, wenn unsere tapferen Truppen aus Afrika heimkehren. Es kann wohl mit Bestimmtheit angenommen werden, daß ein Teil von ihnen zurückwandern wird, um im Süden eine bleibende Heimstätte zu finden. Und das werden die Pioniere der Zukunft sein.

In betreff der Beurteilung der asiatischen Verhältnisse stoßen wir auf eine gewisse Nervosität, sowohl auf russischer wie auf englischer Seite. Unverständlich ist es nicht; denn wer wollte verkennen, daß der Ausgang des russisch-japanischen Krieges die Bedeutung eines welthistorischen Ereignisses hat, von dem ein Wendepunkt zu datieren sein wird. Seit im 16. Jahrhundert Spanier und Portugiesen, danach Holländer, Engländer und Franzosen in Süd- und Ostasien und auf den Inseln des Großen Ozeans zu kolonisieren begonnen haben, sind die Vertreter der europäischen Kulturwelt zum ersten Male auf einen Widerstand gestoßen, dessen sie nicht Herr werden konnten. Gewiß ist es eine ganz außerordentliche Leistung, daß Japan es vermochte, sich die Errungenschaften der europäischen Kulturarbeit zu eigen zu machen. Der ungeheure Arbeitsherd, auf welchem Europa als eine geistige Einheit an der Erschließung der Naturkräfte arbeitet und sie sich dienstbar zu machen gelernt hat, ist Japan erschlossen worden, und es hat mit erstaunlicher Rezeptionskraft verstanden sich die praktischen Resultate unserer erfindenden und Neues schaffenden Arbeit zu eigen zu machen. Nur auf diesem Wege kamen ihm die Waffen zu Händen, mit denen es Rußland niedergeworfen hat. Jetzt ist es so weit, sie sich selber schmieden zu können, und die Nachbarn rechts und links, die der Ehrgeiz der Nation und ihre unzweifelhaft vorliegende Expansionslust und Expansionskraft beunruhigt, fragen sich, wohin die nächste japanische Initiative sich wenden werde. Die Differenzen, die zurzeit zwischen Japan und Rußland und Japan und Amerika schweben, sowie die großen Wandlungen, die sich in China vorbereiten, das offenbar daran geht, das Beispiel Japans nachzuahmen, das alles hat diese Nervosität noch gesteigert. Wir haben

schon vor acht Tagen an dieser Stelle ausgeführt, daß wir es für ausgeschlossen halten, daß aus dem japanisch-russischen oder japanisch-amerikanischen Gegensatze jetzt kriegerische Verwicklungen entstehen. Aber es ist lehrreich, auch diejenigen zu Wort kommen zu lassen, die anders denken. Der unseren Lesern bekannte „Argus"-Korrespondent der „Nowoje Wremja" schreibt aus London, den 23. Dezember:

„Wer hätte es vor zwei Jahren geglaubt, daß die Engländer sich über einen ungünstigen Verlauf russisch-japanischer Verhandlungen beunruhigen würden? Ein Telegramm des Petersburger Korrespondenten des „Daily Telegraph" aber hat diese Wirkung gehabt. Japan treibe die Dinge zu einem Ultimatum, und Rußland könne vor die Alternative gestellt werden, entweder ungerechten Forderungen nachzugeben oder die Erneuerung des Krieges zu riskieren. In den Korridoren des Parlaments, den Salons, den Klubs überschüttet man die Mitglieder der Regierung mit Fragen..., so daß diese telegraphisch in Petersburg und in Tokio anfragten. Sie erhielten offenbar beruhigende Antworten. In meinen Unterhaltungen mit kompetenten Staatsmännern habe ich gehört, daß Japan schon wegen seiner finanziellen Lage keinen Krieg wünschen könne, der ihm die allgemeinen Sympathien und allen Kredit entziehen würde. Die Japaner seien nur bemüht, eine möglichst günstige Auslegung des Vertrages zu erreichen. Man werde sich nach gegenseitigen Zugeständnissen verständigen... Die Frage der Schiffahrt auf Sungari und Amur werde durch die geographische Lage entschieden... Es könne nicht die Rede davon sein, daß der Amur allen Mächten erschlossen werde... Auch haben die britischen Diplomaten in ihren Unterhaltungen mit den Japanern durchblicken lassen, daß sie auf eine baldige und beide Teile befriedigende Entscheidung der russisch-japanischen Differenzen hofften. Das sei für die Sicherheit des Friedens im fernen Osten sehr wichtig, und Friede sei ja das einzige Ziel des englisch-japanischen Bündnisses. Der Grund, weshalb die englischen Politiker die russischen Befürchtungen nicht teilen, ist die große Schärfe des japanisch-amerikanischen Antagonismus. Das Motiv desselben ist sowohl ein höchst prinzipielles wie ein lebendig-praktisches. Die wichtigste Folge des Erwachens Asiens ist, daß die Asiaten völlige Rechtsgleichheit mit den Europäern verlangen. Japan, das sich im Kriege den Europäern gleich, wenn nicht überlegen gezeigt hat, kann nicht dulden, daß seine

Untertanen in Staaten weißer Rasse erniedrigender Behandlung ausgesetzt werden. Von der Behauptung dieses Prinzips hängt die Ehre der Großmacht ab, ihr Ansehen in Asien und in der ganzen Welt. Die Anerkennung des Anspruchs aber bringt den Beifall und die Unterstützung aller asiatischen Völker und aller farbigen Rassen ein. Werden aber die pazifischen Staaten Amerikas der japanischen Auswanderung eröffnet, so würde dadurch die Ansiedelung in allen übrigen europäischen Besitzungen erschlossen, was für die Zukunft günstige Bedingungen für eine große Ausbreitung Japans schafft. Im Prinzip können die Amerikaner die Rechtmäßigkeit der japanischen Forderungen nicht bestreiten, vom Standpunkt des praktischen, staatlichen und nationalen Interesses haben aber die Vereinigten Staaten ebenso gewichtige Gründe, die Forderung abzulehnen, als die Japaner, sie zu behaupten. Die Schwierigkeit für die amerikanische Regierung liegt aber darin, daß sie jetzt nicht in der Lage ist, „nein" zu sagen, weil sie Japan nicht bekämpfen kann.

Das Stärkeverhältnis von Japan und Amerika ist so ungleich, daß viele Engländer meinen, Japan werde der sich ihm bietenden Versuchung schwerlich widerstehen. In der Tat braucht Japan nur ein Geschwader an die atlantische Küste der Vereinigten Staaten und ein anderes an die des Stillen Ozeans zu schicken, um durch die Drohung mit einem Bombardement von den reichen wehrlosen Hafenstädten eine Kontribution von vielen Milliarden zu erzwingen. Dadurch aber würde Japan mindestens auf ein Jahrzehnt vom europäischen Kapital unabhängig werden.

Die Diplomaten, sowohl englische wie ausländische, glauben aber, daß dieser scharfe Antagonismus der japanischen Regierung unangenehm ist, weil er es erschwert, in den Verhandlungen mit Rußland bis an die äußerste Grenze zu gehen. Aber die Diplomaten glaubten auch 1904 nicht, daß es zum Kriege kommen werde. Die englischen Politiker dagegen meinen, daß Japan ebenso zielbewußt auf einen Krieg mit Amerika losgeht wie früher auf den russischen Krieg. Wiederum ziehen Generalstabsoffiziere als Arbeiter oder als einfache Touristen verkleidet durch die Docks und Arsenale, während Amateure die strategischen Punkte als Landschaften aufnehmen. Es sind Spione ohne Zahl. Auf den Philippinen sind ganze Kompagnien von Soldaten und Offizieren in Arbeiterverkleidung entdeckt worden. Die amerikanischen

Autoritäten begannen sie zu verhaften, als es aber gar zu viele wurden, gaben sie sie frei und drückten beide Augen zu. Die Amerikaner haben offenbar schon aufgegeben, die Philippinen zu behaupten, und sind bereit, sie den Japanern abzutreten. Größeren Wert legen sie auf die Amerika näher liegenden Sandwichinseln. Dorthin wandern die Japaner in den letzten Jahren aus, und nach der letzten Zählung sollen sie schon zahlreicher sein als die Eingeborenen und die Weißen. Unter dem Vorwande, die Ordnung unter ihren Leuten aufrecht zu erhalten, haben sie eine Art Miliz gebildet. Den Kundschaftern und fliegenden Kolonnen aber folgen die japanischen Geschwader. Eines von ihnen hat vor kurzem Australien besucht und geht nun von Polynesien zum Kap Horn, um die japanische Flagge auch im Atlantischen Ozean zu zeigen. Ein zweites Geschwader, das, wie es heißt, zur Hälfte aus ehemaligen russischen Schiffen besteht, dampfte nach San Francisco, um dem amerikanischen Volke für seine werktätige Hilfe gegen Rußland zu danken. Es gelang Roosevelt mit Mühe, eine Konterorder zu erwirken, aber nur teilweise und vorläufig. Das Geschwader geht nach den Sandwichinseln und soll dort bleiben, bis es Roosevelt gelungen ist, San Francisco zum Nachgeben zu bewegen. Gelingt ihm das nicht, so werden beide Geschwader bereits nicht weit von den amerikanischen Küsten sein, um dorthin dirigiert zu werden.

Dieses Verhältnis Japans zu Amerika bereitet, wie die japanische Politik überhaupt, den Engländern große Sorge. Die Mitglieder des englischen Kabinetts machen in ihren Privatgesprächen kein Hehl daraus, daß, wenn Japan entschlossen sei, Amerika zu bekriegen, es auch verstehen werde, den Vorwand zu finden, der es berechtigt, von England auf Grund des Bündnisvertrages Hilfe zu verlangen. Die höheren Schichten der englischen Gesellschaft, welche eine weitere Demokratisierung der englischen Verfassung unter amerikanischen Einflüssen fürchten, und die mit der erzwungenen Nachgiebigkeit Englands in kolonialen Fragen unzufrieden sind, werden sich sehr freuen, wenn die Vereinigten Staaten von Japan gedemütigt werden. Zum erstenmal seit langer Zeit hat die englische Presse aufgehört, Amerika zu schmeicheln, und begonnen, von amerikanischen Absichten auf englische Kolonien zu reden. Die große Masse der Engländer dagegen ist voller Sympathie für die angelsächsische Republik und voller Abneigung gegen den farbigen Verbündeten.

Die amerikanische Presse ist empört, daß die „Times" die Haltung Japans billigt, und verlangt, daß England, das zur See stärker sei als Japan, keinen japanischen Angriff auf Amerika zulasse. Anderenfalls werde Amerika England für alle Verluste verantwortlich machen, die es von Japan erleide, und sich an England schadlos halten; die englische Flotte könne Kanada nicht schützen.

Dazu sind die Sympathien aller autonomen Kolonien für Amerika und gegen das japanische Bündnis. Besonders Australien und Neuseeland denken so, weil sie glauben, daß Japan sie als Beutestück betrachte und weil der Besuch der japanischen Flotte eine Panik hervorrief, die noch nicht geschwunden ist. Engländer, welche großen Grundbesitz in Australien hatten und dort Mineralgruben ausbeuten wollten, liquidieren plötzlich ihre Geschäfte, verkaufen ihr Land und kehren nach England zurück. Offenbar halten sie es nicht für möglich, diese Kolonie vor einer Besitznahme durch Japan zu schützen. Das Beispiel von Korea aber zeigt, wie systematisch Japan sich aller Reichtümer zu bemächtigen versteht, an die es gelangen kann, und wie geschickt die Europäer verdrängt werden.

Wenn aber die Japaner Australien für sich in Anspruch genommen haben, so arbeiten sie uneigennützig in Indien, aber unter nicht minderer Gefährdung des englischen Besitzstandes. Unter ihrem Einflusse hat sich in Indien eine Gesellschaft gebildet, die dem Jesuitenorden ähnlich ist. Die Mitglieder verpflichten sich zur Ehelosigkeit vom 21. bis zum 41. Jahre und dazu, alle ihre Kräfte der Befreiung des Vaterlandes zu widmen. Als Stütze gegen die Hindus könnten die Mohammedaner Indiens dienen, die ebenfalls gut organisiert sind. Da aber greifen die Japaner ein und bemühen sich, Muselmänner und Hindus zu versöhnen.

So wird England, mag es nun mit Japan gegen Amerika vorgehen oder für Amerika Partei ergreifen, nur schwer seine Kolonien behaupten können. Das liberale Kabinett soll es vorziehen, sich den Vereinigten Staaten zu nähern, und deshalb James Bryce hinschicken, den Engländer, der in Amerika meist angesehen ist und von dem es bekannt ist, daß er das englisch-japanische Bündnis nicht billigt. Über dieses Bündnis klagen jetzt viele Engländer, und sie bedauern, daß sie Lord Lansdownes Politik unterstützt haben. Aber ebenso wie die Amerikaner könnten sie jetzt mit Molière sagen: Tu l'as voulu, George Dandin."

Damit schließt Herr Wesselitzki Boshidarowitsch, und unsere Leser werden die Übertreibungen und Fehlschlüsse desselben gleich herausgefunden haben. Interessant aber ist die Tendenz, die offenbar dahin geht, sowohl in Amerika wie in Japan und in England Mißtrauen zu erwecken. Die Politik des Verhetzens aber ist von jeher sein Gewerbe gewesen.

3. Januar 1907. Letzte Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses.
5. Januar. Raisulis festes Schloß Zinat wird zerstört.
8. Januar. Tod des Schah von Persien, Muzaffer-ed-Din.
9. Januar. Ermordung des Generals Pawlow in Petersburg.

---

9. Januar 1907.

In der vorletzten Woche des Dezember hat, wie uns aus Petersburg von gutunterrichteter Seite geschrieben wird, ein Kongreß russischer Terroristen in Luzern stattgefunden, auf welchem mit ungeheurer Mehrheit beschlossen worden ist, noch vor dem 6./19. Februar eine lange Reihe von Attentaten gegen Organe der russischen Regierung auszuführen. Dem Beschluß ist der Anfang der Ausführung auf dem Fuße gefolgt: die Ermordung des Grafen Ignatiew, danach die des Petersburger Stadthauptmannes v. d. Launitz — um nur die sensationellsten Morde zu erwähnen — haben die Aktion eingeleitet, und man fürchtet das Schlimmste für die nächste Zukunft. Die Polizei ist diesen Mördern gegenüber ratlos und fällt ihnen selbst zum Opfer; in Simbirsk, Warschau, Lodz, Gorki, Plozk, Tiflis, Jekaterinoslaw, Libau sind in den letzten Tagen Polizeibeamte hinterrücks erschossen worden, wie jagdbares Wild, von Leuten, die äußerlich sich in nichts von dem harmlosen Publikum unterscheiden, das in den Straßen sich zu drängen pflegt. Der Unbekannte, der den Stadthauptmann von der Launitz erschoß, nahm in Frack und weißer Binde an der kirchlichen Feierlichkeit teil, die mit der Eröffnung eines philanthropischen Instituts verbunden war, und schoß dann à bout portant dem Stadthauptmann von hinten eine Kugel durch den Kopf! Es heißt, die Polizei habe ein Verzeichnis aufgegriffen, das die Namen von 27 weiteren Opfern der Terroristen enthielt! Mit besonderer Sorge verfolgt man die Fahrten der Minister und der anderen Notabilitäten, die nach Zarskoje Sselo müssen, um dem Zaren Vortrag zu halten oder sich ihm vorzustellen. Es ist unmöglich, irgendwelche Garantie für die Sicherheit dieser Personen zu übernehmen, da die Mörder, wie die Erfahrung gelehrt hat, durch ihre Verkleidungen völlig unverdächtig scheinen. Dabei dauert die auf-

reizende Agitation der Oppositionsblätter fort. Das führende Organ der Kadetten, die „Rjetsch", schrieb noch vor wenigen Tagen: „Eine gefügige Duma wird es nicht geben", und trotz aller Anstrengungen, welche die Regierung macht, um die Wahlen in einem Sinne zu beeinflussen, der einen ihr günstigen Ausgang herbeiführt, fürchten wir, daß die „Rjetsch" recht behält. Auch tut sie, was an ihr liegt, um zu einem solchen Ergebnis zu verhelfen. Es vergeht kein Tag ohne die bittersten Angriffe auf den Ministerpräsidenten. „Stolypin — so schrieb das Blatt kürzlich — hat keine der schrecklichen russischen Fragen gelöst. Er hat ihre weitere Zuspitzung nur für einige Augenblicke aufgehalten. Das Gespenst einer Katastrophe schwebt über dem Lande."

Ähnlich aufregend schreiben die Korrespondenten ausländischer Blätter, der „Tribune", welche die öffentliche Meinung Englands für die Bestrebungen der Kadetten zu gewinnen sucht, und des „Journal des Débats", dessen Korrespondent übrigens ein Franzose ist, obgleich er sich als Russe aufspielt, und der keine Gelegenheit vorüberziehen läßt, um die pessimistischen Zeichnungen, die er entwirft, durch die Schreckbilder noch düsterer zu machen, die er von angeblichen Anschlägen Deutschlands erfindet. So heißt es in einer Korrespondenz vom 17. Dezember 1906: „Ich will versuchen, die großen Reformen zu skizzieren, die für unsere militärischen Institutionen geplant werden. Wir sind heute, wie 1875, als die ersten Unruhen ausbrachen, welche dem Türkenkriege vorausgingen, in völliger Umbildung begriffen und stehen vor etwas ganz Neuem. Gott gebe, daß nicht eine neue schrecklichere Krisis uns überrasche, bevor die Reorganisation unserer Streitkräfte vollendet ist! Wir brauchen mindestens zwei Jahre dazu. Und die Nachrichten, die wir aus Deutschland erhalten, lassen uns fürchten, daß diese unerläßlichen zwei Friedensjahre uns keineswegs ganz gesichert sind. (Les nouvelles qui nous arrivent d'Allemagne nous font craindre que ces deux années de paix indispensables ne nous soient pas absolument assurées.)" Das ist so eine Probe der Verhetzungspolitik, wie sie mit Behagen weiter getrieben wird; sie entspricht ganz dem Treiben, mit dem das offiziöse Organ der französischen Regierung, der „Temps", seine Kampagne im neuen Jahre eröffnet hat. Gleich die Nummer vom 1. Januar brachte einen Leitartikel Fin d'année, der an Verkehrung der Wahrheit bei Schilderung der Marokkoaffäre das Denkbarste leistet und den amüsanten Satz ent-

hält, daß Deutschland während der Konferenz von Algeciras keinen Augenblick daran gedacht habe, „à recourir aux armes, parce qu'il eût été absurde de sa part de nous faire la guerre après nous avoir laissé le temps de la préparer".

Am 3. Januar folgte ein Leitartikel „Le manifeste du Prince de Bulow", am 4. Januar wiederum ein Leitartikel: „Le Prince de Bulow et les Bondelswarts": in beiden atmet jede Zeile Mißgunst und Parteinahme für diejenigen, gegen deren Votum sich die Wahlkampagne bei uns richtet. Daß dabei das offiziöse französische Blatt für das Zentrum Partei ergreift, ist jetzt, da die antikatholischen Repressionen in Frankreich vom „Osservatore Romano" so nachdrücklich bekämpft worden sind, besonders charakteristisch und für die „bona fides" des „Temps" typisch. Man braucht nur die Frage aufzuwerfen, wie man in Paris ein Eintreten der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" für die klerikale Opposition in Frankreich beurteilt hätte, um den richtigen Maßstab für das Verhalten von Herrn Adrien Hébrard und seiner Hintermänner zu finden. Was aber die Kriegsbereitschaft Frankreichs während der Konferenz von Algeciras betrifft, so möchten wir an die Redaktion des „Temps" die Frage richten, ob ihr nicht das Buch eines französischen Generals bekannt geworden ist, das jetzt in seinen Aushängebogen durch die Zeitungen zieht, und demnächst unter dem Titel „un nouveau Sédan" erscheinen wird? Es klingt weniger zuversichtlich aus, als die renommistischen Ausführungen, durch welche der „Temps" die Haltung unserer Politik zu kompromittieren bemüht ist.

Doch das alles sind nur beiläufige Bemerkungen, um das händelsüchtige Treiben einer übermäßig tapferen Redaktion zurückzuweisen. Wir haben keinerlei Grund, das offiziöse Frankreich mit dem offiziellen zu identifizieren, sehen vielmehr mit besten Erwartungen dem neuen französischen Botschafter, Herrn Cambon, entgegen, dem der Ruf vorangeht, daß in ihm eine wirklich bedeutende Persönlichkeit ihren Einzug am Pariser Platz halten wird. Mit klugen Männern in verantwortlicher Stellung aber ist es immer leicht, sich auf dem Boden des gegenseitigen Interesses zu verständigen.

Wir glauben, daß diese Interessen auch in der oben berührten Frage des terroristischen Anarchismus gemeinsame sind. Das Interesse aller Kulturnationen kommt hier in Frage, und man sollte wohl annehmen, daß der bevorstehende Haager Kongreß die Gelegenheit bieten

könnte, Schutzmaßregeln gegen die Mordpest zu ergreifen, die gewiß nicht weniger ansteckend ist als die Beulenpest, gegen die man sich durch internationale Vereinbarungen zu sichern verstanden hat. Die Gefahr liegt hauptsächlich darin, daß die Terroristen in England und in der Schweiz allezeit eine sichere Zufluchtsstätte finden, von der aus sie ihre Anschläge vorbereiten und ihre Emissäre entsenden. Als am 31. Mai das ruchlose Attentat gegen König Alfons XII. und seine ihm eben angetraute Gemahlin, Prinzessin Ena von Battenberg, erfolgte, da stellte sich heraus, daß die englische Presse bereits 14 Tage vorher von einem bevorstehenden Anschlage wußte und die englische Polizei die Versammlungen der Londoner Anarchisten genau beobachtet hatte. Aber sie hatte sich nicht berechtigt gefühlt, die Verbrecher vor vollführter Tat festzunehmen. Wohl aber sprach damals die gesamte englische Presse sich dahin aus, daß das Asylrecht nicht zu einer Assekuranz für Mörder werden dürfe. Aber schon nach vier Wochen war keine Rede mehr davon, und wir haben auch nicht gehört, daß gegen die ohne Zweifel vorhandenen Mitschuldigen des Mörders auch nur eine Untersuchung angestellt worden sei. Der Terroristenkongreß zu Luzern war gewiß von einer einigermaßen wachsamen politischen Polizei aufzuheben und unschädlich zu machen. Wer mag vorhersehen, wie viele Opfer in Rußland ihm noch fallen werden, und das alles einer Theorie zuliebe, die in Widerspruch zu anerkannten völkerrechtlichen Sätzen steht. Liszt in seinem vortrefflichen Völkerrecht formuliert den geltenden Rechtssatz folgendermaßen: „ Völkerrechtswidrig ist jeder Angriff auf Bestand und Sicherheit eines anderen Staates. Jeder Staat hat aber auch dafür Sorge zu tragen, daß auf dem von ihm beherrschten Gebiet kein solcher Angriff von seinen Staatsangehörigen oder von Staatsfremden v o r b e r e i t e t oder unternommen wird.“ Und am Schlusse einer erläuternden Ausführung dieses Satzes sagt er: „Es fragt sich, ob das Verhalten Englands, das nicht nur den Verschwörern aller Länder Asyl gewährt, sondern auch ihrem Treiben ruhig zuzusehen pflegt, den Anforderungen des Völkerrechts in allen Fällen entsprochen hat.“ Nun machen die Terroristen von Luzern kein Hehl daraus, daß sie „Bestand und Sicherheit“ des russischen Staates angreifen wollen. Sie proklamieren bei jeder Gelegenheit ihr gutes Recht zum politischen Morde, und jeder Tag zeigt aufs neue, daß sie es nicht bei der Theorie bewenden lassen. Daß aber diese „Propaganda der Tat“ ansteckend

wirkt, zeigt die Mordepidemie, die heute durch Rußland geht und der namentlich die russische Jugend, Mädchen und ganz junge Männer, fast widerstandslos zufällt.

Aber freilich, die russische Regierung selbst duldet die betörende anarchistische Propaganda des Grafen Leo Tolstoi, die zwar nicht Mord predigt, wohl aber auf eine systematische Vernichtung aller staatlichen Grundlagen hinarbeitet, deren Folgen in Rußland die entsetzlichsten Blutorgien wären. Uns liegt die letzte der politischen Broschüren des alten Grafen vor. Sie führt den Titel „Über die Bedeutung der russischen Revolution" und sucht zu beweisen, daß alle Staatsformen, die monarchische wie die konstitutionelle, parlamentarische und republikanische, in gleichem Maße verwerflich seien. Das allgemeine Wahlrecht aber mache dies Übel nur noch schlimmer. In einer despotischen Regierung gebe es nur einen Mittelpunkt alles Übels, den Hof. Jede Beschränkung der Einherrschaft vermehre die Zahl der Ansteckungsherde, das allgemeine Stimmrecht aber führe dahin, daß jeder Wähler ein Objekt der Schmeichelei und der Bestechung werde, und jeder Abgeordnete seinen Eintritt ins Regiment durch Bestechung und dadurch erkaufe, daß er die Leute trunken und dumm mache, sowie durch Versprechungen, von denen er wisse, daß er sie nicht halten werde. Wer aber an der Entstehung von Gesetzen teilnehme, mache sich schon dadurch zum Mitschuldigen an Gewaltsamkeiten. Denn alle Gesetze, deren Beobachtung erzwungen werde, seien unsittlich, und was man Zivilisation nenne, sei nichts anderes als Verworfenheit. Um solchen Übeln zu entgehen, gebe es für das russische Volk nur eine Rettung: „Es soll weder seiner Regierung gehorchen, die an der unglücklichen Gegenwart die Schuld trägt, noch auch sich nach dem Vorbilde der abendländischen Nationen organisieren und eine Volksvertretung schaffen, die noch viel gewaltsamer ist, als ein Monarch . . . ., wenn die russischen Bauern aufhören, allen obrigkeitlichen Personen und jeder gewaltsamen Regierung zu gehorchen, so werden von selbst die Abgaben, das Militär, die Bedrückungen durch Tschinowniks, das Grundeigentum und alles damit verbundene Elend des Volkes aufhören. All dieses Unheil würde dann nicht mehr existieren, weil niemand da sein würde, es aufrecht zu erhalten." Das wird nun sehr ausführlich den armen Köpfen der russischen Bauern plausibel gemacht und als die eigentlich christliche Lehre dargestellt. Sie verlange auch, daß alle Menschen Bauern werden.

Kirche, Wissenschaft, Recht, Staat und Zivilisation seien nichts als ungeheuerliche Verirrungen; die Kirche, weil sie eine Versammlung von Irrgläubigen und nicht von Wahrhaftgläubigen sei, die Wissenschaft, weil sie nicht das wahre Wissen, sondern zufällige Betrachtungen müßiger Leute biete, das Recht, weil es eine Sammlung ungerechter Gesetze sei, die Zivilisation, weil sie die lügnerischen und schädlichen, durch Gewalt aufgedrängten Anschauungen der abendländischen Nationen verkörpere. Alle Zivilisation sei ein Trug, von dem uns die Rückkehr zum Ackerbau befreie, der weder Kunst noch Maschinen noch Industrie brauche, die nur den Reichen zum Ergötzen dienen, sondern sich darauf beschränken werde, zu schaffen, was dem Ackerbauer nützlich ist, ohne ihn von dem Boden loszureißen und ohne seine Freiheit zu mindern. Die Obrigkeit verlange vom Menschen, daß er die Gebote Gottes verletze — das sei Sünde. Wer sich von Sünde freihalten wolle, versage ihr daher den Gehorsam!

Die Schrift, deren wesentlichste Schlagworte wir hier wiedergegeben haben, ist 88 Seiten lang, in Moskau in der bekannten Buchhandlung Posrednik erschienen und für 15 Kopeken verkäuflich zur Massenverbreitung bestimmt. Man denke sich, welches Unheil die scheinbare Logik der Tolstoischen Trugbilder unter der russischen Bauernschaft anstiften muß, zumal jetzt, da Hunger, jahrelange kommunistische und revolutionäre Agitation die Massen in einen Zustand der Erregung versetzt haben, in der enttäuschte Hoffnungen, Aberglauben und Schuldbewußtsein sich zu einer Stimmung kombinieren, die jedem falschen Propheten ein offenes Ohr sichert. Das günstigste Resultat wäre noch, wenn die Tolstoischen Lehren die russischen Bauern veranlassen sollten, überhaupt nicht zu wählen, denn auch das Wählen ist nach seiner Doktrin Sünde. Daran aber ist nicht zu denken: sie werden wählen, und sicher ist wohl nur das eine, daß sie nicht wählen werden wie die Regierung wünscht. Nicht gemäßigte und urteilsfähige Männer, sondern Extreme von rechts oder von links. Für den wahrscheinlichen Ausgang der Wahlen kommt dazu noch in Betracht, daß die Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre, die an den letzten Dumawahlen nicht teilnahmen, dieses Mal die Parole: Wählen! ausgegeben haben. Nun, am 19. Februar fällt die Entscheidung, und wenige Tage danach wird das Ergebnis sich überschauen lassen. Es soll uns freuen, wenn wir zu schwarz gesehen haben, aber auch den günstigst möglichen Ausgang angenommen, bleiben

noch immer ganz ungeheure Schwierigkeiten zu überwinden, wenn auch nur die wesentlichsten Punkte des Stolypinschen Programms ausgeführt werden sollen. Der bekannte polnische Historiker Waliszewski, der sehr talentvolle Monographien zur Geschichte Rußlands vom 16. bis 18. Jahrhundert incl. geschrieben hat, tritt neuerdings in der „Nowoje Wremja" auch mit recht einsichtigen publizistischen Ausführungen auf. In dem letzten seiner „Briefe aus dem Westen" wirft er die Frage auf, was die geplante Einführung der allgemeinen Schulpflicht in Rußland kosten werde. Er berechnet die Zahl der schulpflichtigen Kinder auf 13 Millionen (zwischen 9 und 11 Jahren). Setze man je 35 Kinder in eine Schule, so gebe das 371 428 Schulen. In Wirklichkeit existieren heute nach den offiziellen Angaben für das Jahr 1903 aber nur 90 942 Schulen, von denen 84 517 nur einklassig sind. Diese Schulen werden von etwa 40% der Schulkinder besucht (gegen 93,2 % in Japan), aber den dreijährigen Schulkursus absolvieren nur 10 % dieser Kinder, so daß von den 13 Millionen Schulkindern kaum 500 000 Lesen, Schreiben und Zählen lernen!

Für die Einführung der allgemeinen Schulpflicht bestimmt das Budget des nächsten Jahres 11 Mill. Rbl. Nun seien aber 280 486 neue Schulen notwendig und dazu die Schulhäuser.

In den jetzt bestehenden 90 942 Schulen unterrichten 209 394 Lehrer, so daß, wenn man bei demselben Verhältnis bleibt, 645 117 neue Lehrer anzustellen sind. Nun frage sich zunächst, woher man diese Lehrer nehmen solle. Für das übliche Jahresgehalt von 150—180 Rbl. werde man sie gewiß nicht bekommen. Berechne man 300 Rbl, auf den Lehrer, so gebe das für 854 284 Lehrer eine jährliche Ausgabe von 256 Millionen, während das Budget für den Primarunterricht 18 Millionen betrage. Nun seien aber für die notwendig werdenden 645 117 neuen Lehrer Seminarien nötig, um sie auszubilden. Solcher Anstalten gebe es bisher 161, in welchen 23000 den Kursus nicht beendigen, sondern nach einem oberflächlichen Examen abgehen, während 3000 ohne jedes Zeugnis ausscheiden. Wolle man nicht halbe oder direkt schädliche Arbeit machen, so seien 3—400 neue Seminare nötig, und das gebe wieder ungezählte Millionen.

Es wird schwer fallen, diese Zahlenreihen zu widerlegen; ähnliche vielleicht noch größere Zahlenreihen aber wird die Reform des Agrarwesens, der Justiz, der Kirche, des gesamten Sanitätswesens u. s. f.

erfordern, der Reform der Armee und der Begründung einer neuen Marine nicht zu gedenken! Was aus alle dem folgt, scheint uns der Schluß zu sein, daß die überstürzte Gesamtreform des Reiches, wie sie die Idealisten erstreben, an sich eine Unmöglichkeit ist und daß jeder Versuch, sie zu erzwingen, zu einer finanziellen und wahrscheinlich auch zu einer politischen Katastrophe führen muß.

Der Weg zur Gesundung des Staates ist weit, und wenn man nicht die Tolstoische Utopie der Rückkehr zum Naturzustande der allgemeinen Verbauerung verwirklichen und sich damit in noch schlimmere Abenteuer stürzen will, wird nichts übrig bleiben, als sich in Geduld zu fassen — wenn man sie hat.

Es ist uns aufgefallen, daß das eine Zeitlang lebhaft aufflammende Interesse an den russisch-japanischen Beziehungen plötzlich aufgehört hat. Offenbar hat man sich beruhigt. Vielleicht war all der Lärm auch nur ein künstlicher, berechnet abzulenken. Dagegen wird die Polemik in der polnischen Frage wieder sehr lebendig. Die Absicht scheint zu sein, die Kreise Siedlec und Ljublin vom Zartum Polen zu lösen und als altes russisches Land mit Wolhynien zu verbinden. Es ist das sogenannte Cholmsche Rußland, ein Gebiet, dessen Bauern Kleinrussen und zum großen Teil uniert sind. In Polen hat der Plan große Aufregung hervorgerufen, und auf einem Kongreß, der am 5. Dezember in Siedlec stattfand, ist der Beschluß gefaßt worden, mit allen Mitteln loyaler Verteidigung der Verwirklichung des Planes entgegenzuarbeiten. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß diese Frage in der künftigen Duma zu lebhaften Gegensätzen führen wird.

Es bleibt uns heute nur wenig Raum für die übrigen politischen Zeitfragen. Das wichtigste ist wohl, daß die Dinge in Marokko sich günstig weiter entwickeln. Dem europäischen Beobachter erscheint freilich der Kampf zwischen Raisuli und El Guebbas, der die „Mahalla" d. h. das Heer des Sultans führt, in beinahe komischem Lichte. Offenbar haben beide Teile sehr geringe Neigung zu fechten. Man schätzt die gegenseitigen Aussichten und räumt das Feld, wenn sich zeigt, daß der Gegner der stärkere ist, wobei dann freilich immer die Befürchtung bleibt, daß Raisuli wiederkehrt, wenn die Luft wieder rein ist, d. h. wenn El Guebbas seine Mahalla wieder heimgeführt hat. Es wird also alles darauf ankommen, ob es gelingt, sich der Person des „Rebellen" zu bemächtigen.

In Persien, dessen Schah im Sterben liegt, ist nun das Parlament in Wirksamkeit getreten, und es arbeitet offenbar besser als die russische Duma. Die bisher gefaßten Beschlüsse zielen dahin, eine sparsamere Regierung zu begründen und Persien so weit möglich von der finanziellen Abhängigkeit von ausländischen Kapitalistenkonsortien zu befreien, was nur gebilligt werden kann. Im übrigen wird man den weiteren Verlauf abwarten müssen. In dem benachbarten Afghanistan ist das große Ereignis der Besuch des Emirs in Indien, wo er einige Monate hindurch der Gast des Vizekönigs Lord Minto sein wird. Es heißt, daß große militärische Schaustellungen, die Kitchener selbst leiten will, bevorstehen. Man hofft einen großen Eindruck zu machen und dürfte dieses Ziel wohl erreichen. Ob sich zugleich vom Emir das Zugeständnis erlangen läßt, Afghanistan durch ein Netz von Eisenbahnen zu erschließen, bleibt zweifelhaft, immerhin läßt sich erwarten, daß dieses „Glacis von Indien" auf lange Zeit hinaus für gesichert gelten wird. Auch eine Rückwirkung auf die mohammedanische Bevölkerung Indiens in einem England günstigen Sinne ist wahrscheinlich, und das würde den englischen Wünschen um so mehr entsprechen, als der jüngste Kongreß der Hindus in Kalkutta lebhaftes Mißbehagen erregt hat. Die Hindus verlangten nicht mehr und nicht weniger als eine politische Autonomie nach Muster der Verfassungen, welche die großen englischen Kolonien, Kanada, Australien, Neu-Seeland erhalten haben. Daran ist natürlich nicht zu denken.

Von den japanisch-amerikanischen Differenzen verlautet in letzter Zeit nur wenig. Offenbar hatten wir mit unserer letzten Prognose recht, man sucht beiderseits nach einem annehmbaren Ausgleich.

Zum Schluß sei noch als Kuriosität notiert, daß unser Freund, Herr Ignotus, in der „National Review" dringend vor dem Kanal-Tunnel warnt, weil — Deutschland ihn benutzen könnte, über England herzufallen.

---

10. Januar. Tod der Königin Maria von Hannover.
11. Januar. Deutsch-Dänischer Staatsvertrag über die Optantenkinder
12. Januar. Ankündigung eines neuen Planes englischer Armeereorganisation.
13. Januar. Antrag des braunschweigischen Regentschaftsrats an den Bundesrat in Sachen der hannöverisch-braunschweigischen Erbfolge.
15. Januar. Tschudi und Wolf in Tanger. Erdbeben in Jamaica.

---

16. Januar 1907.

Das Buch von Briant, „Einem neuen Sedan entgegen", dessen wir vor 8 Tagen gedachten, liegt uns nunmehr in der eben erschienenen deutschen Übersetzung vor (Oldenburg, Verlag von H. Stalling). Es ist inhaltlich weniger bedeutend, als sich nach der vorausgeschickten Reklame erwarten ließ, und beschäftigt sich im wesentlichen mit den letzten Kaisermanövern in Schlesien. Ein Nachwort: „Die französische Armee" zieht dann Vergleiche, die in den sensationellen Titel ausmünden. Da der Verfasser ein entschiedener Gegner der französischen Regierung von heute, des Generals André und des ganzen Systems ist, das sich an diesen Namen und den des Herrn Combes knüpft, wird man seine Ausführungen nicht zu sehr à la lettre nehmen. In unseren militärischen Kreisen ist das Urteil über die französische Armee weit günstiger. Wirklich interessiert hat uns dagegen die vorausgeschickte politische Einleitung, die in folgenden Sätzen gipfelt:

„Unter solchen (den jetzigen) Umständen in den Kampf zu treten, wäre ein Verbrechen, das an Wahnsinn grenzt. Nun, der augenblickliche Leiter der französischen Politik — ich habe Clemenceau im Auge — denkt an diesen Kampf, das wird sein ureigenster Krieg. Im Grunde fürchtet er ihn ebenso wie wir, denn auch er kennt die Militärverhältnisse des Landes; aber er kann sich den Verpflichtungen nicht entziehen, die er England gegenüber persönlich eingegangen ist. Denn seit vollen 35 Jahren dient dieser Mann englischen Interessen, und ich will in kurzem die Handlungen aufzählen, welche ungeschminkt seine antifranzösische Gesinnung kennzeichnen. Der Verfalltag ist da, an dem er seinen Wechsel einlösen muß, und dieser Skeptiker wird seine Umsturzlauf-

bahn damit beenden, das Land um englischer Interessen willen in das ungeheuerlichste aller Abenteuer zu stürzen. Das wird sein letzter Spatenstich sein. Ich habe die feste Überzeugung, daß diese Zeit nahe ist."

Es folgen Wahrscheinlichkeitsargumente, auf deren Wiedergabe wir verzichten; es liegt im Interesse der Engländer, nicht in unserem, sie zu widerlegen. Aber der offene Hinweis auf die angeblichen Kriegspläne Clemenceaus ist nicht ohne weiteres mit Geringschätzung zu übergehen. Die entschieden deutsch-feindliche Haltung des „Temps", der seit einiger Zeit einen direkt provozierenden Ton anschlägt, deutet auf Absichten hin, die jedenfalls nicht dazu angetan sind, die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich zu bessern; denn daß der „Temps" Organ des Quai d'Orsay ist, steht fest und wird auch von keiner Seite bestritten. Ebenso werden die Zusammenhänge, die von der französischen Botschaft in London zu Herrn Hébrard hinüberführen, sich nicht ableugnen lassen. Der „Temps" gehört heute nach seiner Tendenz zu dem großen Konsortium, das in der „National Review" gipfelt und das wir nicht weiter zu charakterisieren brauchen. Doch ist das Spiel des „Temps" insofern ziemlich kompliziert, als nebenher das Bestreben immer aufs neue hervortritt, die englische Position dort zu schwächen, wo ihre wunden Punkte liegen. So werden schon seit geraumer Zeit die Ansprüche der Ägypter vom „Temps" lebhaft unterstützt. In Anlaß einer Polemik, die zwischen den „Times" und Mustafa Kamel Pascha neuerdings geführt wurde, schreibt der „Temps" in seiner Nummer vom 6. Januar:

„Wer darf es wagen zu behaupten, daß England, das Kanada, Australien, Transvaal eine autonome Verfassung verliehen hat und im Begriff ist, auch die Oranjekolonie autonom zu machen, nicht auch eines Tages Ägypten eine autonome Stellung gewähren wird? Wenn aber die Ägypter antworten sollten, das sei nicht genug, könnte man sie daran erinnern, daß ihr Land vor der englischen Okkupation nicht unabhängig war; daß es damals nach internationalem Recht ein türkischer Vasallenstaat war und es noch heute ist, und daß es für ein Volk, das nach manchen Irrungen sich der Zivilisation und Kultur zuwendet, weniger demütigend ist, unter der Kontrolle des liberalen England als unter der Suzeränität der despotischen Türkei zu stehen. Diese Erwägungen, von denen niemand sagen kann, wann sie Wirklichkeit geworden sein werden, haben das eine gute, daß

sie zeigen, daß jeder Konflikt doppelt beklagenswert wäre. Die ägyptischen Nationalisten blicken mit Vertrauen auf den steten Fortschritt ihres Vaterlandes: das ist ihr gutes Recht, und es gereicht ihnen zur Ehre. Aber sie mögen sich vor Antizipationen hüten und sich der Anarchie erinnern, die vor 25 Jahren bestand. Auch wenn sie unter den jetzigen Verhältnissen zu leiden haben, sollten sie gerecht sein und sich ihnen in Erwartung besserer Zeiten anpassen. Was aber England betrifft, das über Menschenwürde und über die Grundsätze, nach denen Völker regiert werden sollen, ebenso denkt wie wir, so wird es ganz gewiß mit uns davon überzeugt sein, (wir schrieben es schon am 29. Dezember), daß es inkonsequent ist, in Europa seine Verfassung auf dem Fundament der Vernunft aufzurichten und in Afrika Unwissenheit und Knechtschaft aufzuzwingen! Wenn England zur Überzeugung gelangt, daß Ägypten für eine große Autonomie reif ist, dann wird es sie sicherlich gewähren; Aufgabe der Ägypter ist es, sich durch friedliches Verhalten und Arbeit für diese Zukunft vorzubereiten."

Nun glauben wir nicht, daß man sich in England über diese Ausführungen freuen wird; sie erinnern an unbequeme Tatsachen, die man sich gewöhnt hat nicht weiter zu beachten, die aber Herr Freycinet noch 1905 sehr nachdrücklich in seinem berühmten Buch über die ägyptische Frage geltend machte. Auch werden die Engländer den Franzosen schwerlich zugeben, daß sie mit ihnen gleiche Grundsätze kolonialer Politik vertreten. Frankreich hat keiner einzigen seiner Kolonien eine autonome Verfassung verliehen und wird es nie tun können, weil es Siedelungskolonien nicht besitzt. Als autonom aber hat England nie Gebiete anerkannt, in welchen die weiße Bevölkerung nicht überwog, auch nur dieser Autonomie gewährt. Die vom letzten Kongreß der Hindu geforderte Autonomie Indiens hat keine Aussicht, aus englischer Initiative verwirklicht zu werden, obgleich die oberen Klassen der eingeborenen indischen Bevölkerung in ihrer Bildung gewiß höher stehen als die entsprechenden ägyptischen Gesellschaftsschichten.

Um so zufriedener hat Mustafa Kamel Pascha sich mit den Ausführungen des „Temps" gezeigt. Er ist inzwischen in Paris eingetroffen und hat dem Blatt einen langen Brief zugehen lassen, der in feurigen Worten für das Interesse Frankreichs dankt, das trotz des Vertrages vom 8. April 1904 seinen moralischen Zusammenhang mit Ägypten aufrecht erhalten habe. Wenn aber der „Temps" von einer Versöhnung spreche, so könne

davon keine Rede sein, da England darauf ausgehe, Ägypten zu absorbieren und zu knechten. „Frankreich, das die Erinnerung an Elsaß-Lothringen so teuer und heilig wahrt, Frankreich, das nach 37 Jahren nicht vergißt, das sich vor dem Triumph der Gewalt nicht beugt, Frankreich muß besser als jede andere Nation unser Verlangen nach der Autonomie unseres Vaterlandes verstehen." Auf diese Verbeugung vor der französischen Revancheidee, die dem ägyptischen Agitator offenbar der herrschenden Stimmung zu entsprechen schien, folgten heftige Angriffe gegen England. Selbst Lord Cromer wisse jetzt, daß das stärkste Gefühl der Ägypter ihr Haß gegen England sei. Denn trotz alles Goldes und trotz materiellen Gedeihens leide Ägypten schwer, weil seine Würde und seine heiligsten Empfindungen verletzt werden, und es sei keineswegs geneigt, das alles in Resignation zu tragen! Der „Temps" bemerkt dazu: „Die Erklärungen von Mustafa Kamel wollen kommentiert sein und rufen auch vom französischen Standpunkte aus Vorbehalte hervor, die zu formulieren sein werden. Aber sie sind präzis und loyal, und deshalb ist dieser Brief ein Dokument, das verdient, in den Debatten, die jetzt die ganze englische Presse beschäftigen, berücksichtigt zu werden." Das ist sehr vorsichtig ausgedrückt, und sehr vieldeutig. Man fragt sich, nach welcher Richtung jene Vorbehalte gehen, die das französische Interesse verlangt, ob nach der englischen oder nach der ägyptischen. Vielleicht gibt der angekündigte Kommentar darüber Auskunft.

Es ist übrigens möglich, daß in der jüngsten Zeit das englisch-französische Abkommen vom 8. April 1904 eine weitere Ausdehnung gefunden hat. Wenigstens meldet die „Tribune" aus australischer Quelle, daß Frankreich die Insel Tahiti gegen Kompensationen in Birma oder Hinterindien an England abgetreten habe. Die Insel wurde durch Gesetz vom 30. Dezember 1880 französische Kolonie und hat von jeher die Begehrlichkeit der Australier erregt, so daß es nicht undenkbar ist, daß England dem gelegentlich sehr unbequemen commonwealth von Australien mit der Insel ein Geschenk hat machen wollen. Für wahrscheinlich halten wir aber diese Meldung nicht. Es wird eine Bestätigung abzuwarten sein.

Höchst auffallend ist endlich ein Leitartikel des „Temps" vom 8. Januar, der für eine bulgarisch-serbisch-montenegrinische Union eintritt und seine Spitze sowohl gegen die Türkei wie gegen Österreich-Ungarn richtet.

„Schon vor zwei Jahren — schreibt der „Temps" — wies der serbisch-montenegrinische Handelsvertrag darauf hin, daß beide slavische Nationen sich über den Kopf Österreichs, das in Bosnien, der Herzegowina und im Sandjak Nowi-Bazar festsitzt, einigen müßten. Noch neuerdings aber sagte Herr Wukowitsch, der montenegrinische Ministerpräsident, in einer Rede: „Wir müssen verbündet sein: erstens mit Rußland, dann mit Serbien, Bulgarien und allen slavischen Völkern, und zwar auf Leben und Tod." Man kann sich nicht unzweideutiger ausdrücken. Es fragt sich nur, ob auch aus diesen zuversichtlichen Erklärungen die Konsequenzen gezogen werden, denn davon hängt alles ab. Die Balkanstaaten haben guten Grund, die mazedonischen Angelegenheiten genau zu verfolgen. Aber sie sollten nicht vergessen, daß Mazedonien nicht alles ist, und daß es für sie außerhalb Mazedoniens andere Interessen und andere Gefahren gibt. In ihrer Uneinigkeit können sie nur zum Spielball Europas werden. Einigen sie sich dagegen, so stellen sie eine moralische und militärische Kraft dar, mit der gerechnet werden muß. Sollten sie wirklich zwischen diesen beiden Alternativen schwanken?"

Man braucht nur die hier vertretenen Gedanken weiter zu verfolgen, so tritt das Bedenkliche der vorgeschlagenen moralischen und militärischen Allianz der Balkanvölker sofort zutage. Sie würde ein Aufrollen der orientalischen Frage bedeuten, und was das zu sagen hat, braucht wohl hier nicht näher ausgeführt zu werden. In englischen Blättern haben wir mit größter Bestimmtheit die Ankündigung einer mazedonischen Krisis für den März dieses Jahres gefunden. Daß diese Prophezeiung eintrifft, ist wahrscheinlicher als die Verwirklichung des Bundes der Balkanslaven. Aber gerade in der mazedonischen Frage stehen diese Völkerschaften als Todfeinde einander gegenüber, und bisher läßt sich nicht das leiseste Anzeichen dafür finden, daß diese Stimmung sich geändert hätte. Auch würden sogleich Albaner und Griechen eingreifen, um sich ihres Teiles der Beute zu versichern. Kurz, es scheint uns frivol, durch Ermunterung von abenteuerlichen, mit einer Gefährdung des allgemeinen Friedens verbundenen Plänen die Reformaction zu unterbrechen, die im Gange ist, und die schon längst ihre Früchte hätte tragen müssen, wenn das ruchlose Treiben der bulgarischen, griechischen und serbischen Banden sich nicht dazwischen geworfen hätte. Der einzige Teil der Balkanhalbinsel, auf dem die Banditentriebe der

Bevölkerung niedergehalten werden, sind Bosnien und die Herzegowina; damit ist aber auch der Beweis erbracht, daß die Herstellung legaler Zustände auf diesem Boden möglich ist.

Eine ganz erstaunliche Nachricht finden wir in der „Nowoje Wremja" vom 12. Januar. Sie widmet der Entwicklung der marokkanischen Frage einen Leitartikel, der, beiläufig bemerkt, die alte unausrottbare Feindseligkeit dieses ehrenwerten Organes gegen alles Deutsche aufs neue bestätigt. Der Schluß dieses Artikels sagt nämlich wörtlich: „Auf die heimliche Unterstützung Deutschlands rechnend, hat die marokkanische Regierung fortgefahren, die Bevölkerung zu jeder Art Ausschreitungen gegen die Europäer aufzureizen. Das führte zur Steigerung der Anarchie, von der wir zu Anfang des Artikels sprachen. Die Frechheit der Marokkaner ging so weit, daß sie sogar französische Kanonenboote beschossen. Aber zur Ehre Europas wurde die Hinterlist der Afrikaner nicht durch den Erfolg gekrönt. Wir können mit absoluter Bestimmtheit erklären, daß, als Frankreich im Verein mit Spanien sich entschlossen hatte, eine eindrucksvolle Zahl von Kriegsschiffen nach Tanger zu schicken — Deutschland, durch die freundschaftliche Vermittlung Rußlands, erklärte, daß es dem Vorgehen Frankreichs mit vollem Vertrauen entgegensehe. Es wird daher das einmal gegebene Wort nicht gebrochen werden. In dem neuen Jahre wird Marokko den europäischen Frieden nicht stören. In den Augen Europas ist es jetzt une affaire classée."

Demgegenüber ist nur mit größter Entschiedenheit zu sagen, daß Deutschland der russischen Vermittlung nicht bedarf, wenn es mit Frankreich zu verhandeln hat, und daß daher jene „freundschaftliche Vermittlung ein post festum-Verdienst der „Nowoje Wremja" ist. Es fehlte nur noch, daß sie, wie einst Gortschakow, ihre Phantasien mit dem klassisch gewordenen: „Maintenant la paix est assurée" schloß. Sie täte wirklich gut, sich mehr um die eigenen Angelegenheiten zu kümmern, die, wie es uns scheint, ernst genug aussehen.

In England beginnt die irische Frage wieder in den Vordergrund zu rücken. Dem am 12. Februar wieder zusammentretenden Parlament wird eine Bill vorgelegt werden, die eine weite auf dem allgemeinen Stimmrecht fundierte Selbstverwaltung organisieren soll. Da die Bill noch nicht formuliert ist, und die Angaben, die durch die Presse gehen, widerspruchsvoll sind, sehen wir von einer näheren Inhaltsangabe ab.

Es wird aber schon jetzt die Frage ventiliert, ob die Lords überhaupt für Zugeständnisse an Irland zu haben sind, und ob sie nicht mit der irischen Bill ebenso verfahren werden wie mit der education und plural vote bill, die beide abgelehnt wurden. Falls nun, wie wahrscheinlich ist, die Ablehnung erfolgen sollte, beabsichtigt Campbell Bannerman, die Reform durch die Autorität der Krone, d. h. des Königs, zu oktroyieren, ganz wie die Verfassung Transvaals auf diesem Wege eingeführt wurde. Daß damit der Autorität der Lords eine schwere Wunde geschlagen würde, liegt auf der Hand, aber ebenso klar tritt dabei zutage, daß die souveräne Gewalt des Königs in England nur ruht, nicht tatsächlich beseitigt ist. Schon in den Tagen der Königin Viktoria hat sie sich mehr als einmal sehr merklich geltend gemacht, es scheint, daß sie unter Eduard VII. noch weit mehr ihr Gewicht fühlbar machen wird. Sidney Low in seinem Buch „The Governance of England" macht darauf aufmerksam, daß die großen englischen Kolonien freie Republiken seien, die nur durch Personalunion mit Großbritannien verbunden seien. Diese unleugbare Tatsache, die der Generation von heute weit lebhafter zum Bewußtsein gebracht worden ist als der vorausgegangenen, trägt indirekt sehr wesentlich dazu bei, die faktische Souveränität des Königs zu heben. Wie sie sich in den letzten Jahren, namentlich beim Abschluß von Verträgen und Quasiverträgen, geltend gemacht hat, das hat den Gang der auswärtigen Politik Englands in weit höherem Grade bestimmt, als die politischen Anschauungen des jeweiligen regierenden Kabinetts. Nur so erklärt sich die Tatsache, daß Campbell Bannerman und Grey die Wege weitergehen, die das konservative Kabinett Balfour, das dem Einfluß des Königs bereits folgte, eingeleitet hatte. Eine Reform Irlands im Sinne gesicherter Autonomie, wenn auch nicht des vollen Homerule, gegen den Willen der Lords vom Könige unter dem Beifall der commons oktroyiert, kann diesen Einfluß nur steigern und schafft unter allen Umständen einen so bedeutsamen Präzedenzfall, daß sich seine Nachwirkungen nicht vorhersehen lassen.

Der Tod des Schahs von Persien hat in England nicht zu freundlichen Nekrologen geführt. Man grollt ihm — wie der „Temps" ausführt — wegen seiner russenfreundlichen Politik, speziell weil er den Russen eine Bankgründung gestattete und eine Anleihe von ihnen annahm, die England gern, aber unter Bedingungen, die Persien nicht behagten, gewährt hätte. Das sind freilich heute nicht mehr politische

Faktoren von Bedeutung, denn auch in Persien ist der russische Einfluß sehr merklich zurückgegangen, aber es scheint, daß in Persien wie überall sonst in Asien nach den japanischen Erfolgen der lebhafte Wunsch besteht, sich auf eigene Füße zu stellen und jede fremde Abhängigkeit so viel irgend möglich abzustreifen. Das ist der stärkste Eindruck, den man von der neuen persischen Verfassung gewinnt.

Das persische Parlament wird aus 162 eventuell 200 Abgeordneten bestehen, die in allen Stücken nur unter der Jurisdiktion der Kammer stehen werden, der das Recht gewährleistet wird, daß alle Gesetze, das Budget und alles, was mit dem Finanzwesen im Zusammenhang steht, von ihr genehmigt werden müssen. Nur mit ihrer Genehmigung darf der Bau von Eisenbahnen und Straßen fremden Gesellschaften übertragen werden.

Jeder Minister, der die Gesetze verletzt, muß demissionieren, vor Gericht gezogen werden, und darf, wenn er schuldig befunden wird, niemals mehr ein öffentliches Amt bekleiden.

Die Kammer muß vor der Ratifikation von Handelsverträgen, bei äußeren und inneren Anleihen um ihre Zustimmung befragt werden.

Neben der Kammer der Abgeordneten besteht ein Senat von 60 Mitgliedern, von denen 30 gewählt, die anderen von der Regierung ernannt werden. Die Kammer der Abgeordneten darf nur aufgelöst werden, wenn zwei drittel der Senatoren sich dafür aussprechen. Der ersten Nationalvertretung ist eine zweijährige Dauer garantiert worden.

Ob diese Verfassung das an despotisches Regiment und an Willkür gewöhnte Volk zu wirklicher Freiheit erzieht, ist die große Zukunftsfrage nicht nur für Persien, sondern für Asien überhaupt. Denn daß das Beispiel Persiens, wenn die Verfassung sich bewährt, in Vorder- und Mittelasien vorbildlich wirken wird, ist im höchsten Grade wahrscheinlich. Neben manchen Nachteilen, die namentlich in der Korruption der höheren Gesellschaftsschichten zu suchen sind, haben diese orientalischen Staaten den einen Vorteil, daß ihnen die politischen Krankheiten der europäischen Verfassungsstaaten noch nicht bekannt sind. Es liegt im Wesen des Islam, daß er die Praxis des Lebens stärker umschließt und beeinflußt, als es die christlichen Konfessionen in der Regel tun. Er läßt weniger Freiheit, aber er setzt seine Autorität nachdrücklicher durch, und eben dadurch stützt er auch die Macht des Gesetzes, das stets zugleich eine

religiöse Weihe hat. Auch kennt der Orient die Verirrungen und Utopien des Sozialismus und seiner Ausläufer nicht, der ganze Kreis der Anschauungen, in denen diese Nationen sich bewegen, ist einfacher und geschlossener, ohne daß man ihn darum unkultiviert nennen könnte. Vielmehr ist die Kultur uralt und eigenartig, in ihrer Weise ideal und ehrwürdig. Wir haben kein Recht, sie gering zu schätzen, weil sie uns fremdartig erscheint. Das Übel, an dem alle diese Staaten so schwer krankten, war der schrankenlose Despotismus ihrer Herrscher und der Werkzeuge, die sie brauchten. Damit ist nun in Persien im Prinzip gebrochen worden. Man wird die Früchte, die an diesem orientalischen Verfassungsbaum reifen sollen, deshalb mit höchster Spannung erwarten. Mohamed Ali, der jetzige Schah, ist ein Mann von 34 Jahren.

In Rußland gehen die politischen Morde weiter. Von den 27 angekündigten sind jetzt 4 ausgeführt. Am 22. Dezember wurde General Ignatiew ermordet, am 28. General Litwinow, am 3. Januar Stadthauptmann v. der Launitz, am 9. Januar der Militärprokureur Pawlow. Zwischen jedem dieser Morde liegen 6 Tage. Die Mörder von Ignatiew und Pawlow waren Juden, offenbar Mitglieder des Bund, Emissäre jenes Terroristenkongresses von Luzern, von dem wir vor acht Tagen berichteten. Wer wird das nächste Opfer sein? Daß eine Reihe von Gendarmen inzwischen ebenfalls ermordet worden ist, zählt nicht mit. Das sind Bagatellsachen. Man hat es auf die hohen Würdenträger abgesehen. Auf die Leute, die der „Vorwärts" fast täglich als „Schergen des Zarismus" denunziert. Von dem jetzt ermordeten Stadthauptmann von der Launitz schrieb der „Vorwärts" am 27. Februar vorigen Jahres, „daß die 40 000 Arbeitslosen recht bald umkommen, dafür sorgt täglich die Petersburger Polizei mit dem Stadthauptmann Launitz". Aber der „Vorwärts" hat seit zwei Jahren jeden Mord an Regierungsbeamten verherrlicht. Wenn einer von ihnen von Meuchelmördern umgebracht wird, nennt er es gar nicht Mord, sondern Tötung oder Hinrichtung, und den Mörder nennt er „Täter" oder „Rächer". Wenn in ein Eisenbahndepot eine Bombe geschleudert wird, die 5 Menschen auf der Stelle tötet, so nennt das der „Vorwärts" „Krieg gegen die Zarenschergen", oder einen ähnlichen Fall in Moskau: Guerillakrieg gegen die Polizei. Wer Hab und Leben gegen die Mordbrenner verteidigt, ist ihm dagegen ein Bluthund, er weist gleichsam mit Fingern auf sie, als wollte er sie zum nächsten Opfer seinen „Helden" bezeichnen.

Aber allerdings, der „Vorwärts" hat seine besonderen Vorstellungen vom Heldentum. Unter der in fettem Druck gebrachten Überschrift Heldinnen finden wir am 16. August 1906 im „Vorwärts" wörtlich die folgende Notiz: „Die „Birsch. Wjed." melden aus Kronstadt, den 15. August: „Unter den Verhafteten befanden sich auch weibliche Agitatoren, darunter mehrere Kursistinnen, d. h. weibliche Studenten. Vor den Oktoberunruhen in Kronstadt sind viele von ihnen, um Propaganda zu machen, in verrufene Häuser eingetreten. Sie haben sich der Schande in die Arme geworfen, um erfolgreich unter den Untermilitärs agitieren zu können." Und das nennt der „Vorwärts": Heldinnen. Wenn man, wie wir es getan haben, einen Jahrgang des „Vorwärts" durchsieht, gewinnt man den Eindruck einer Niedrigkeit der Gesinnung, für die uns die Qualifikation fehlt. Es ist ein furchtbarer Gedanke, daß ein großer Bruchteil unserer Arbeiterwelt Tag für Tag die vergiftete und schmutzige Speise in sich aufnimmt, die er ihm darbietet.

Am 5. Oktober 1906 quittiert der „Vorwärts" über 326 522 Mark, die er für die Opfer des russischen Freiheitskampfes gesammelt hat. Das Geld, das er so aus den Taschen der deutschen Arbeiter gelockt hat, ist ohne Zweifel russischen oder lettischen Mördern zugute gekommen, die er ja mit besonderer Wut vornehmlich gegen unsere deutschen Stammesgenossen in Rußland hetzt.

Sollte man diesen Tatsachen gegenüber, die sich verhundertfachen lassen, nicht hoffen dürfen, daß unsere ehrlichen deutschen Arbeiter sich von einer Führung mit Ekel abwenden, die berufsmäßig moralische Vergiftung treibt und ihre Spalten den mordenden lettischen Sozialrevolutionären und dem mordenden jüdischen Bund öffnet?

18. Januar. Schließung der Universität Sofia.
21. Januar. Annahme der Wahlreform durch das österreichische Herrenhaus.
22. Januar. Generalstreik in Lodz. Rücktritt des Admirals Birilew als russischer Marineminister.

Den 23. Januar 1907.

Herr Wolff, vom „Berliner Tageblatt", der von der Zeit der Marokkofrage her, insbesondere durch seine Parteinahme für die französische Auffassung des Problems, sich unangenehm bemerkbar machte, hat sich gemüßigt gesehen, als Verteidiger des „Temps" gegen unsere Ausführungen in der letzten Wochenübersicht aufzutreten. Ihm ist zwar die „Kreuz-Zeitung" nicht zugänglich gewesen, und er referiert nach französischen Blättern und deshalb ungenau. Die von ihm herangezogene Angelegenheit der Herren Tschudi und Wolff ist in der Wochenschau überhaupt nicht berührt worden, weil dazu kein Anlaß vorlag, im übrigen aber müssen wir durchaus daran festhalten, daß der „Temps", der als Organ des Quai d'Orsay doch die Pflicht hatte, eine gewisse Zurückhaltung zu beobachten, in der Tat „seit einiger Zeit einen direkt provozierenden Ton anschlägt" und namentlich keine Gelegenheit vorüberziehen läßt, den Reichskanzler Fürsten v. Bülow anzugreifen.

Ohne nochmals auf frühere Ausführungen zurückzukommen, wird es genügen, auf den eben eingetroffenen Leitartikel des „Temps" vom 21. Januar hinzuweisen. Er kommentiert die Rede des Reichskanzlers beim Bankett des kolonialpolitischen Aktionskomitees und erlaubt sich dabei eine ganze Reihe höchst unpassender und unhöflicher Bemerkungen. Er beginnt mit Hinweis darauf, daß die Unbedeutendheit (médiocrité) dieser feierlichen Kundgebung ein Zeichen der Unsicherheit sei, die seit Wochen die Haltung des Kanzlers charakterisiere. Dann sagt er wörtlich: Ist es nicht gleich zu Anfang ein armseliger Kunstgriff (pauvre artifice), zu behaupten, daß das heutige Deutschland in seiner Kolonialpolitik die Grundlage für seine innere Politik finden müsse. Der „Temps" schließt daran eine Reihe trivialer Späße, um zum Ergebnis zu gelangen, daß es nicht die Hereros seien, die das

Deutsche Reich geschaffen hätten. Von der deutschen Kolonialpolitik wisse man vornehmlich durch die Kolonialskandale! Herr Bebel hätte es nicht geschmackvoller ausdrücken können. „Aber," fährt der „Temps" fort, „der Reichskanzler verlangt, daß diese Politik das Bindemittel für das Dutzend Fraktionen werde, die sich in die politische Bühne teilen." Da weiß man wirklich nicht, worüber man sich mehr wundern soll, über die Illusionen, die durch diesen bizarren Wunsch zutage treten, oder über die Verblendung, die er bei seinen applaudierenden Zuhörern voraussetzt." Der „Temps" behauptet dann weiterhin, daß die Kolonien nur den Vorwand zu der vom Reichskanzler nicht gewollten Auflösung gegeben haben. Er habe sich nur einer „orientation nouvelle de l'esprit de l'empereur" angepaßt und sei dadurch weiter gedrängt worden, als er wollte. Wie könne man ihm zumuten, daß er sich von seinen besten Freunden Arenberg und Czapski hätte trennen wollen. In diesem Tone, spöttelnd und ironisch geht es weiter.

Der Schluß trifft die Bemerkungen des Kanzlers über die Haltung der ausländischen Presse. „In der Rede des Kanzlers ist ein Abschnitt, den wir nicht ohne Erwiderung lassen können. Er „insinuiert", daß die ausländische Presse in dem deutschen Wahlkampf Partei ergreife. Das ist ganz unzutreffend, soweit die französische Presse in Frage kommt. Sie begnügt sich zu beobachten, zu erklären und zu notieren. Man soll das Argument „Ausland" nicht mißbrauchen, namentlich nicht, wenn es irreführt. Auch kann die öffentliche Meinung Deutschlands sich ohne Mühe selbst orientieren. Aber es ist nützlich, sehr nachdrücklich zu betonen, daß auf französischer Seite nur Beobachter und sonst nichts zu finden sind. Wir finden es weder geschmackvoll, noch ist es unsere Gewohnheit, uns um die Angelegenheiten anderer zu kümmern und für oder gegen die Parteien jenseit unserer Grenzen zu arbeiten."

Das klingt sehr sicher und sehr selbstbewußt, es ist aber das Gegenteil dessen, was der „Temps" in den letzten Wochen getan hat. Damit ist die Sache für uns erledigt. Herrn Wolff aber raten wir, in Zukunft den „Temps" aufmerksamer zu lesen.

Großes Interesse rufen die Kundgebungen der englischen Liberalen hervor, die bestimmt sind, die nächste Kampagne des englischen Parlaments einzuleiten. Es handelt sich dabei vornehmlich um eine Bill, die den Iren ein weit größeres Maß von Selbständigkeit zu verleihen bestimmt ist, und im Zusammenhang damit um die Frage, in

welcher Weise das Oberhaus zur Nachgiebigkeit gebracht werden solle, wenn es, wie wahrscheinlich ist, der irischen Bill seine Genehmigung nicht erteilen sollte. Der künftige Botschafter in Washington, Mr. Bryce, einer der hervorragendsten liberalen Staatsmänner Englands, hat zu beiden Problemen am 17. Januar in einer Rede, durch welche er sich von seinen Wählern in South Aberdeen verabschiedete, Stellung genommen. Als bisheriger Staatssekretär für Irland ist er gewiß berufen, ein autoritatives, die Meinung des Kabinetts richtig zeichnendes Urteil abzugeben, so daß seine Ausführungen besondere Beachtung verdienen.

Er begann mit der Erklärung, daß er Irland, das ihm lieb sei, nur verlasse, weil ein englischer Botschafter in Washington jetzt Aufgaben von ganz besonderer Wichtigkeit zu lösen habe und er durch seine genaue Kenntnis Amerikas und der amerikanischen Verhältnisse dazu vielleicht besonders geeignet erscheine. Seit er vor 36 Jahren Amerika zum ersten Male kennen gelernt, habe er stets darauf hingearbeitet, die besten Beziehungen zwischen beiden großen Nationen zu fördern. Dann ging er auf sein eigentliches Thema über. England sei heute der einzige freie Staat, in dessen Legislatur ein erbliches und ganz unverantwortliches Haus den ausgesprochenen Willen des Volkes zunichte machen dürfe. Das gegenwärtige Haus der Lords sei eine veraltete Reliquie der mittelalterlichen Verfassung und das gehorsame Werkzeug einer Partei. Daß man es bisher nicht reformiert habe, liege einerseits an der Geduld des englischen Volkes, andererseits aber daran, daß man das Problem nicht anzugreifen verstanden habe.

Es gebe aber drei Möglichkeiten. Entweder das Haus der Lords ganz abzuschaffen, oder aber es in seiner jetzigen Zusammensetzung fortbestehen zu lassen, ihm aber die Flügel zu beschneiden und ihm das Recht, eine Bill zu amendieren oder zu verwerfen, wesentlich einzuschränken; drittens endlich könne man gleichzeitig die Struktur ändern und die Macht kürzen. Nun habe ihn die Erfahrung gelehrt, daß die englische Nation keine Beseitigung des Oberhauses wünsche, weil sie auch dem Unterhause eine absolute Macht, die Gesetz und Verfassung ändern könnte, nicht anvertrauen wolle. Auch gegen ein Referendum ans Volk seien ernste Bedenken vorhanden. Es bleiben also nur die beiden anderen Wege. Etwas Vollkommenes werde man schwerlich schaffen, aber etwas Besseres als den gegenwärtigen Zustand werde man doch erreichen können. Er wolle versuchen, solch eine bessere Zweite Kammer

theoretisch zu konstruieren. Zweierlei sei unerläßlich: eine neue Zweite Kammer müsse durch die Qualität ihrer Mitglieder moralisches Ansehen genießen, und zwar dadurch, daß sie eine gewählte Körperschaft darstelle, in der alle Parteien vertreten seien, zweitens aber müsse ihre Macht zwar groß genug sein, um einen wirklichen Einfluß auszuüben, aber doch geringer als die des Hauses der Commons, dem das Übergewicht gewahrt bleiben müsse (which must remain ultimatly supreme). Das brauche nicht zur Parteifrage zu werden und sei ein Interesse der gesamten Nation. Werde der Knoten nicht jetzt in vernünftiger Weise gelöst, so könne es geschehen, daß eines schönen Tages zu revolutionären Methoden gegriffen werde. Diese Reform, dazu die Beseitigung der Pluralstimmen und die Einführung eines angemessenen Self government für Irland, das aber dem Reichsparlament unterworfen bleiben müsse, das seien die einzigen Verfassungsänderungen, über welche das Land jetzt zu entscheiden haben werde. Er seinerseits sei von der Notwendigkeit der irischen Reform ganz durchdrungen und bereit, so weit zu gehen, wie die Bills von 1886 und 1893, aber da keinerlei Aussicht sei, damit durchzudringen, hoffe er bestimmt, daß die Führer der Nationalisten sich mit etwas weniger begnügen werden, wenn nur die Methode der Verwaltung Irlands wesentlich gebessert werde. Auch werde die öffentliche Meinung Englands sich dem nicht verschließen, daß die hauptsächlichsten Hindernisse, die 1893 Sorge machten, nicht mehr vorhanden seien. Das Land habe ungeheure Fortschritte gemacht, Großbritannien sei eine Demokratie geworden und habe doch den Respekt vor der Tradition nicht verloren. Zu keiner Zeit hätten im Parlament mehr ernste und fähige Männer gesessen, und noch nie sei es mehr eine Vertretung aller Klassen gewesen. Dank der Akte von 1780 sei der große Durchschnitt besser gebildet als ehemals, so daß er den öffentlichen Angelegenheiten Interesse und Verständnis entgegenbringe. Die Wahlen seien friedlicher, das Pflichtgefühl reger geworden, der Wähler unabhängiger von der Parteimaschine. Auch das Verhältnis der Gesellschaftsklassen zueinander sei freundschaftlicher als vor 30 Jahren, Christenpflicht und Bürgerpflicht würden lebendiger empfunden. So habe die Erweiterung des Wahlrechtes in den Jahren 1867 und 1885 sich nach all diesen Richtungen bewährt. Auch die wichtigste aller öffentlichen Angelegenheiten, der internationale Frieden, habe an Boden gewonnen. Die Haager Konferenz, die in wenigen Monaten zusammentrete, werde weitere

Methoden für Schiedssprüche ausfindig zu machen suchen, sie werde über Einschränkung der Rüstungen und der damit verbundenen Ausgaben zu Rat sitzen und sich bemühen, die Beziehungen der europäischen Nationen zueinander auf einen freundschaftlicheren Fuß zu stellen. Man sei überall der Kriege müde, und er hoffe, daß eine künftige Generation die Zeit des dauernden (permanent) Friedens, den die jetzige Generation anstrebe, erleben werde.

Lassen wir die Schlußgedanken, die theoretisch überall Vertreter finden, aber von allen Seiten, und so jüngst in Frankreich, für die Gegenwart abgelehnt werden, auf sich beruhen, so glauben wir allerdings, daß Mr. Bryce trotz des überaus leidenschaftlichen Widerspruchs, der in der „National Review", den „Times" und der „Morning Post" laut geworden ist, mit seinen irischen Reformgedanken recht behalten wird. Ob auch mit der Bildung einer neuen Zweiten Kammer, erscheint dagegen fraglich, schon weil es nicht sicher ist, ob das Oberhaus im Hinblick auf die ihm drohende Gefahr, den Kampf aufzunehmen, für opportun halten wird. Weicht es aber aus, so dürfte ihm auch seine Verfassung bleiben.

Der Hinweis von Mr. Bryce auf die Wichtigkeit seiner Aufgaben in Amerika rechtfertigt sich wohl einerseits durch die noch immer nicht beigelegten Differenzen mit Japan, andererseits durch die Verhandlungen, die im Augenblick zwischen Amerika und Kanada hin und her gehen.

In der japanischen Angelegenheit hat Präsident Roosevelt die Entscheidung den Gerichten zugewiesen. Es sind zwei Prozesse anhängig gemacht worden, der eine vor dem obersten kalifornischen Gerichtshofe (Supreme Court of California) im Namen eines japanischen Kindes, das von dem Board of Education in San Francisco aus einer öffentlichen Schule ausgeschlossen wurde; der andere vor dem Föderalkreisgericht (Federal Circuit Court) richtet sich gegen die Mitglieder der Board of Education, den Schulrat und die Direktoren der verschiedenen Primär- und Sekundärschulen in San Francisco. Die Regierung der Vereinigten Staaten stellt sich dabei auf den Boden der mit Japan 1895 abgeschlossenen Verträge, welche die Untertanen beider Nationen denen der meistbegünstigten Nationen gleichstellt. Das dem widersprechende kalifornische Gesetz wird dabei als null und nichtig betrachtet.

Offenbar ist damit alles geschehen, was von Japan seitens der Vereinigten Staaten erwartet werden konnte.

Die Verhandlungen mit Kanada hat der Staatssekretär Root persönlich auf sich genommen, aber offenbar ist eine Unterstützung von seiten Englands dabei sehr erwünscht. Es handelt sich dabei um alte Gegensätze in betreff der Fischerei an den Küsten Kanadas, New Foundlands und Labradors, um den Robbenschlag auf den Pribylowinseln, die Schiffahrt auf den großen Seen, um Eisenbahnanlagen, Post- und Handelsinteressen, kurz, es ist ein umfassendes Programm von Wünschen und Reklamationen, das zum Austrag gebracht werden muß und bei gegenseitig gutem Willen wohl auch zum Austrag gebracht werden wird. Nur scheint im Augenblick die Stellung Kanadas die stärkere zu sein.

Die Frage der Begründung eines amerikanischen Protektorats über San Domingo wird nunmehr vom Präsidenten zum zweiten Male dem Senat vorgelegt werden und dieses Mal wohl auch Billigung finden. Vielleicht läßt sich dasselbe auch von den Absichten erwarten, die in bezug auf Kuba jetzt verfolgt werden. Es scheint nämlich sicher zu sein, daß die Vereinigten Staaten doch zu einer Okkupation Kubas schreiten werden, und zwar nach dem Vorbilde, das England in Ägypten gegeben hat, d. h. es handelt sich um eine zeitweilige Okkupierung, die zur definitiven werden würde, wenn das Ziel, die Herstellung eines wirklich fungierenden kubanischen Regiments, sich nicht erreichen ließe. Der Unterschied liegt vornehmlich darin, daß in Kuba die Okkupation und für die Zukunft wohl auch die Inkorporierung in die Union zahlreiche Anhänger hat, vornehmlich in den Gesellschaftskreisen, denen an der Erhaltung geordneter staatlicher Verhältnisse liegt und die etwas zu verlieren haben. Das sind im wesentlichen die Anhänger der konservativen Partei, eine Minderheit, der die Liberalen mit ihren unruhigen schwarzen Mitbürgern gegenüberstehen. Alles hängt also davon ab, ob es möglich sein wird, diese Elemente niederzuhalten.

Das furchtbare Unglück, das Jamaika betroffen hat, hat überall Mitgefühl hervorgerufen und zunächst amerikanische Hilfsleistungen angeregt. Leider sind zwei schöne Dampfer unserer Hamburg-Amerika-Linie gleichfalls von dem Erdbeben indirekt geschädigt worden. Die sensationellen Nachrichten über einen anglo-amerikanischen Konflikt vor Kingston sind bereits dementiert worden und müssen unter allen Umständen übertrieben sein. Daß, wenn wirklich Irrungen vorgekommen sein sollten, irgendwelche politische Gegensätze daraus entstehen könnten, ist, wie sich von selbst versteht, ganz ausgeschlossen.

Am 14. Januar hat man in Rußland den Neujahrstag begangen, man darf kaum sagen gefeiert, denn die Schatten des alten Jahres liegen dunkel und schwer auf allen Gemütern. Wirklich zuversichtliche, tatkräftige Hoffnung ist an keiner Stelle zu finden, wenn nicht etwa in den Kreisen jener Anarchisten, die unablässig bestrebt sind, die Fundamente des Staates zu unterminieren und seine Gipfel niederzulegen. Kaiser Nikolaus II. hat dem wackeren Ministerpräsidenten Stolypin ein Dank- und Anerkennungsschreiben zugehen lassen, in dem er sich nachdrücklich zum Programm des Ministers bekennt. Damit ist erfreulicherweise allen Gerüchten von einer angeblich bevorstehenden Demission Stolypins die Spitze abgebrochen und ebenso das Bestreben der reaktionären Elemente zurückgewiesen, denen die Verfassung vom 30. Oktober ein Greuel ist, und die das Heil in der Rückkehr zum bureaukratischen Absolutismus suchen. Auch der Finanzminister hat ein gnädiges und anerkennendes Reskript erhalten. Aber so günstig die rechnerischen Ergebnisse des Budgets für 1907 sind, so wenig kann doch übersehen werden, daß die 2 173 000 000 Rbl. dieses Budgets eine furchtbare Last für die Bevölkerung bedeuten. Sie hat auf Entlastung, nicht auf eine weitere Steigerung der Ausgaben gerechnet (147 Millionen mehr als 1906), und wenn wir auch nicht daran zweifeln, daß die im Budget vorgesehene Mehreinnahme von 104 Millionen vom Branntweinmonopol wirklich einlaufen werden, so ist das im Grunde eine wenig tröstliche Perspektive. Der russische Bauer trinkt in den bösen Jahren am meisten, und das Jahr 1906 ist in dieser Hinsicht als typisch zu betrachten. Soll nun 1907 noch mehr einbringen?

Wir möchten bei diesem Anlaß auf die ganz vortreffliche Studie eines Kenners hinweisen, der sich unter dem Pseudonym Heinrich Löwe verbirgt. Sie ist in der Münchener Monatsschrift „Hochland" erschienen unter dem Titel „Der sittliche und kulturelle Inhalt der russischen Revolution" und gibt ein getreues Bild der russischen Wirklichkeit; wir können sie jedem, der sich zuverlässig unterrichten will, nur empfehlen, da sie auf wirklich eingehender Kenntnis von Land und Leuten beruht. Ist das Bild, das der Verfasser entwirft, ein pessimistisches, so hat es doch nichts von dem Phrasenhaften, das dem parallel laufenden russischen Pessimismus stets anhaftet.

Uns liegt gerade der Neujahrsartikel der „Nowoje Wremja" vor. Sie leitet ihn folgendermaßen ein:

„Eine blutige Gegenwart, eine unsichere Zukunft, eine fruchtlose Vergangenheit — das ist es, was beim Aufsteigen dieses neuen Jahres 1907 uns umringt . . . Es lohnt nicht, den Pokal zu erheben und den Champagner zu trinken. Der schwere und demütigende Krieg ist vorübergezogen, aber statt sich zu einmütiger gigantisch-schöpferischer Arbeit die Hände zu reichen, um das Vaterland aufzurichten, sind die russischen Männer auseinander gelaufen, jeder in seinen Winkel, und aus diesen Winkeln haben sie ein unbeschreibliches, dissonnierendes, greuliches Gebell gegeneinander erhoben. Als hätten sie nur auf den japanischen Krieg gewartet, um sich aufeinander zu stürzen, wenn nicht mit Messern, so doch mit Anklagen, die wie Messer verwundeten. Aber sie haben auch buchstäblich die Messer gebraucht. Es ist eine blutige Zeit, und was schlimmer ist, eine fade und triviale Zeit, die mit keiner anderen verglichen werden kann, weil ihr alle großen Charaktere, alle großen schöpferischen Gedanken und jedes Programm fehlt, welches das Land mit einigendem Feuer entflammen könnte. Wird diese Zeit des Versagens, in der Rußland immer tiefer in eine Art dünnen Herbstschlammes versinkt, noch lange dauern? Wird irgendwo der große Mensch und große Bürger auftreten, der mit gewaltiger, erneuernder Energie in seiner Seele unerschütterliche Ergebenheit verbindet für die Felder seiner Heimat, für unsere russischen Wälder, für unsere verkommenen Bauernhöfe, Dörfer, Siedelungen, Flecken und Städte? Rußland ist grau und arm: aber sollte wirklich alle menschliche Großmut und aller menschliche Adel erstorben sein, und sollte es wirklich nicht möglich sein, dieses arme graue Rußland mit ebenso großer und heiliger Liebe zu lieben, wie die herrlichen Länder des Südens und Westens von ihren historischen Heroen geliebt worden sind?"

Das ist Deklamation, nicht echte Empfindung, und deshalb fällt es auch schwer, den sich daran schließenden Anklagen gegen Bureaukratie und Gesellschaft eine andere Wertung zu geben als die klingender Phrasen. Es gibt keine Sünde der Bureaukratie und der Gesellschaft, an der die „Nowoje Wremja" nicht ihren Anteil gehabt hätte, und noch heute ist sie infolge ihrer schillernden Gesinnungslosigkeit, die während der ganzen Dauer der russischen Krisis in wechselnden Farben zutage trat, auch da ein schädliches Organ, wo sie eine gute Sache vertritt.

Im Gegensatz zu diesen Phrasen, die wir hergesetzt haben, um das einflußreichste Organ der russischen Presse zu charakterisieren, verdient

eine kurze Publikation Beachtung, die das Justizministerium in der „Nowoje Wremja" hat veröffentlichen lassen. Es ist eine Statistik über die Zunahme der Verbrechen in Rußland, die bis zu Ende des Jahres 1905 reicht und es wahrscheinlich macht, daß für 1906 die Zahlen noch ungünstiger liegen werden. Im Jahre 1903 mußten wegen Mordes 17 000 Urteile gefällt werden, im folgenden Jahre 19 000 und 1905 bereits 26 000. Ähnlich wuchs die Zahl der Diebstähle von 79 000 im Jahre 1903 auf 86 000 und auf 95 000 im Jahre 1905. Die entsprechenden Zahlen für Raub sind 22 000, 24 000 und 36 000. Dagegen hat, im Gegensatz zu der allgemeinen Annahme, die Zahl der Selbstmorde abgenommen: sie sinkt von 437 auf 420 und 345. Kirchen- und Gräberschändung bleibt durch alle 3 Jahre bei der Ziffer 2000, abgenommen haben auch die Verbrechen gegen die Sittlichkeit sowie Fälschungen und Raub von Dokumenten. (Bei diesen Angaben ist offenbar die Fälschung von Pässen nicht in Anrechnung gebracht, da sie in den meisten Fällen sich der Kenntnis des Justizministeriums entzogen haben mag.) Dagegen haben die Fälle von Widersetzlichkeit gegen Anordnungen der Regierung sich mehr als verdoppelt. Für 1905 werden 15 465 Fälle angegeben. Man muß aber bei allen diesen Daten in Betracht ziehen, daß die Hand der russischen Justiz in den letzten Jahren vielfach gelähmt war und daher die Tatsachen wohl noch ungünstiger liegen. Die Chronik der Opfer, welche die Revolution gekostet hat, gibt ein noch weit düstreres Bild. Aber das sind meist Schätzungen, deren Zuverlässigkeit zweifelhaft ist, und deshalb sollen sie hier nicht wiederholt werden.

Die allgemeine Lage hat sich nur wenig geändert. Die Zahl der täglichen Morde hat kaum abgenommen, aber sie sind in den letzten Wochen weniger sensationell gewesen und deshalb von der nicht russischen Presse nicht beachtet worden. So sehr stumpfen schließlich auch die Zuschauer ab. In Petersburg scheint der Nachfolger des ermordeten Stadthauptmanns v. d. Launitz, Dratschewsky, ein Mann von Energie zu sein. Es ist aber schon vor seinem Amtsantritt gelungen, eine ganze Reihe wichtiger Verhaftungen unter den Emissären des Terrorismus vorzunehmen. Sehr unerfreulich ist dagegen, was von der Tätigkeit der „wahrhaft russischen Leute" an die Öffentlichkeit dringt. Man gewinnt immer mehr den Eindruck, daß auch diese Elemente einen Terrorismus ausüben, wenn auch einen weniger blutigen als die Männer von Luzern.

21. Januar. Antritt des liberalen Ministeriums in Spanien. Vertagung der Cortes.
25. Januar. Neuwahlen des deutschen Reichstags, Niederlage der Sozialdemokratie. Konstituierung eines konservativen Ministeriums Maura in Spanien.
27. Januar. Eröffnung der Bahn Lome—Palime in Togo.
29. Januar. Auflösung des österreichischen Abgeordnetenhauses.

---

30. Januar 1907.

Der Verlauf unserer Wahlkampagne ist mit außergewöhnlicher Spannung im Auslande verfolgt worden. Man hatte die Empfindung, daß in der Tat eine große Entscheidung sich vorbereitete, und — wir brauchen es kaum zu sagen — wünschte vielfach eine recht gründliche Niederlage der Regierung und der sie stützenden Parteien. Wir verstehen das sehr wohl, soweit der entscheidende Gesichtspunkt dabei die Frage war, ob Deutschland als politisch wirksame Macht fortbestehen solle oder nicht. Eine ganze Reihe gelegentlich unbequemer Rücksichten konnte wegfallen, wenn der politische Wille in Berlin durch eine Opposition, welche die Majorität des Reichstags hinter sich hätte, systematisch gelähmt wurde; wollte aber die Reichsregierung sich das nicht gefallen lassen und löste sie zum zweiten Male auf, so ließ sich mit einiger Sicherheit auf eine Krisis rechnen, die im Effekt zu dem gleichen Schlußergebnis führen konnte. Die andere Seite der Frage, welche Bedeutung ein erneuter Sieg der Sozialdemokratie haben würde, wurde umgangen, obgleich sich ja wohl vorhersehen ließ, daß er den gefährlichen Aberglauben von der angeblichen Unbesiegbarkeit der sozialistischen Strömung stärken und damit auch in den übrigen Staaten ihr weiteres Vordringen zur Folge haben müsse. Die Lehre von der unvermeidlichen Demokratisierung der Welt hätte neue Adepten gefunden. Und noch eine Nuance der Zeitströmung drängte sich hervor. Man hoffte von dem Ergebnis der Wahlen eine Wandlung, die vom konstitutionellen zum parlamentarischen Regiment führen, und die den besonderen Charakter, den unser politisches Leben durch die Initiative der kraftvollen Persönlichkeit unseres Kaisers gewonnen hat, wesentlich abschwächen würde. Dafür liegen unzweideutige Zeugnisse vor. Daß nach dem Ausgang

der Wahlen davon weiter nicht die Rede sein kann, ist aber allseitig eingesehen worden, und in sehr erfreulicher Weise macht sich nun die andere Empfindung geltend, daß diese Wahlen durch den prinzipiellen Charakter, der ihnen eignet, indirekt überall denjenigen Elementen zu gute kommen können, die nicht geneigt sind, die Errungenschaften unserer Kultur den Experimenten der sozialdemokratischen Theoretiker und Politiker und ihrem Zukunftsstaate zu opfern. Am deutlichsten und würdigsten tritt das in den Glückwünschen zutage, die der „Standard" in seinem Leitartikel zum 27. Januar Kaiser Wilhelm in Anknüpfung an den Ausgang der Wahlen darbringt.

„Wir freuen uns," sagte er, „daß den sozialistischen Feind, an dessen Bekämpfung jede Nation in Europa interessiert ist, ein so scharfer Schlag traf. Wie wir auch immer die deutsche Politik England gegenüber beurteilen mögen – es fehlt in dem englischen Volk nicht an Bewunderung für die Aufrichtigkeit und den Mut, mit welchem Wilhelm II. seine Pläne für seines Landes Größe und Sicherheit durchführt. Ein praktischer Idealist in einer von sentimentalem Materialismus erfüllten Generation, ist seine Gestalt eine der wenigen unter den Lebenden, die etwas Heroisches an sich haben. Der Ehrgeiz Deutschlands, an den Vorteilen teilzunehmen, die durch Seemacht erworben werden, ist durchaus berechtigt. Es ist unsere Sache, für uns selbst zu sorgen. Wir sollen nicht schlechtere, sondern bessere Freunde des deutschen Volkes sein, weil es sich klar erwiesen hat, daß das Volk der Haltung der Regierung zustimmt."

Wir freuen uns dieser würdigen und gerechten Auffassung der Lage durch den „Standard" um so mehr, als, seit im November 1904 dieses große und vornehme Blatt von Mr. Pearson aufgekauft wurde, wir es in die Reihen unserer prinzipiellen Gegner übergehen sahen. Daß der „Temps" nicht gleiche Wege einschlagen werde, ließ sich vorhersehen. Hatte er doch kurz vor den Wahlen nicht genug über den sonderbar tollkühnen Traum (rêve .... singulièrement téméraire) des Reichskanzlers, Konservative und Liberale zusammenwirken zu lassen, ironisieren können. Selbst während des Wahlkampfes werde das schwerlich gelingen. Jetzt beruhigt ihn die Tatsache, daß im Zentrum ein starker Gegner der Regierung zurückkehre, und Fürst Bülow aus alter Zuneigung (M. de Bulow reviendra à ses premières amours) mit ihm paktieren werde. Aber auch der „Temps" muß zugeben, daß die Nieder-

lage des Sozialismus bei uns nicht nur eine lokale, deutsche, sondern eine allgemeine Bedeutung habe. Es habe sich gezeigt, daß eine Regierung, welche den Sozialisten Widerstand leiste, nicht notwendig von ihnen über Bord geworfen zu werden braucht. Das sollten sich, so schließt der „Temps", die kleinmütigen französischen Radikalen merken.

Die gleiche Mißgunst und Verdrehung der Tatsachen zeigt der „Temps" übrigens auch bei seiner Besprechung des deutsch-dänischen Vertrages vom 11. Januar 1907. Die Bedeutung des Vertrages ist in ganz vortrefflicher Weise in der „Ostdeutschen Korrespondenz" von Professor G. Buchholz folgendermaßen dargelegt worden: „Der 5. Artikel des Prager Friedens von 1866 übertrug die Rechte Österreichs an Schleswig-Holstein auf Preußen, fügte aber hinzu, daß Nordschleswig wieder an Dänemark fallen solle, wenn die Bevölkerung in freier Abstimmung sich dafür entschiede. Obwohl diese Bestimmung längst, d. h. bereits im Jahre 1878, durch ein preußisch-österreichisches Abkommen aufgehoben ist, hat sie doch in der dänischen Presse und Agitation bis auf den heutigen Tag eine Rolle gespielt. Man hat von dieser Seite stets behauptet, daß die den Einwohnern von Nordschleswig so feierlich gemachte Zusage durch Österreichs Verzicht auf jenen Artikel 5 gar nicht rückgängig gemacht werden konnte. Und die dänische Regierung ist dieser Auffassung bisher niemals entgegengetreten. Von um so entscheidenderer Bedeutung ist es, daß sie sich jetzt zu diesem Schritte entschlossen hat. Nach den einleitenden Worten des Vertrages vom 11. Januar sind die Grenzen zwischen Preußen und Dänemark festgestellt „durch den Wiener Friedensvertrag vom 30. Oktober 1864 und durch die Dispositionen die Se. Maj. der König von Preußen und Se. Maj. der Kaiser von Österreich im Verfolg des genannten Vertrages getroffen haben. Zu diesen Dispositionen gehört aber ebensowohl der Artikel 5 des Prager Friedens wie das preußisch-österreichische Abkommen von 1878, durch das Österreich auf die Vornahme einer Volksabstimmung über die Zugehörigkeit Nordschleswigs verzichtet. Auch von seiten der dänischen Regierung ist damit der heutige Verlauf der deutsch-dänischen Grenze als Definitivum anerkannt und jeder künftigen Agitation, die auf die Losreißung Nordschleswigs vom Reiche ausgehen sollte, der moralische Rückhalt entzogen."

Buchholz weist dann noch auf den Teil der Einleitung des Vertrages hin, in dem beide vertragschließenden Mächte erklären, sie seien von dem übereinstimmenden Wunsche beseelt, „die in gewissen Bevölkerungskreisen insonderheit in bezug auf ihre Staatsangehörigkeitsverhältnisse bestehende Beunruhigung" beseitigt zu sehen, „und machten sich anheischig, in ihrem Staatsgebiete im Rahmen der Gesetze ihres Landes zu diesem Ziele in jeder Weise zu wirken."

Nun sollte man annehmen, daß damit jeder weitere Zweifel über die Herstellung eines Definitivums beseitigt sein müßte. Das ist auch die Auffassung, die in Dänemark von der Presse vertreten wird. „Es scheint — schreibt „Politiken" —, daß hier in Dänemark in allen Kreisen einstimmig Zufriedenheit herrscht mit dem bedeutungsvollen Ereignisse, durch das 12 000 Optantenkindern in Nordschleswig die Naturalisation geboten wird, und wodurch zugleich eine Stärkung des nationalen Dänentums dort Platz greift. Liberale und Konservative erkennen voll Genugtuung das geschickte Manöver der dänischen Regierung an, die ein so günstiges Resultat zu zeitigen wußte, durch freundschaftliche Verhandlungen mit Deutschland über ein Gebiet, über welches früher der Rest Schweigen war." Ebenso haben die bisher die Agitation führende „Vort Land" und „Nationaltidende" sich ganz auf den Boden des Vertrages gestellt.

Aber das Organ von Herrn Hébrard hält es auch hier für nützlich, mit einer deutschfeindlichen Interpretation dazwischen zu fahren: „Man könnte bemerken, daß das Völkerrecht sich nicht vorschreiben läßt, und daß die Bewohner von Schleswig, heute wie ehemals, das Recht behalten, das Plebiszit zu fordern, das ihnen vor 41 Jahren versprochen wurde. Auch könnte man hinzufügen, daß die deutsche Interpretation sehr dehnbar ist und daß die Regelung eines juristischen Punktes nicht so weite Induktionen rechtfertigt." Wir verstehen den Gedankengang des „Temps" durchaus, er birgt einen weiteren Protest in sich — aber das Vergnügen können wir ihm gönnen, und ebenso die certaine tristesse, welche ihm die „Resignation" Dänemarks bereitet. Haben wir doch oben gesehen, daß man in Dänemark der Regierung zu ihrem Geschick und zu dem günstigen Resultat, das sie erreicht hat, Glück wünscht!

Da wir gerade von Frankreich reden, mag hier auf einige interessante Äußerungen des französischen Ministers des Auswärtigen, Herrn Pichon, über die bevorstehende Haager Konferenz hingewiesen werden. Die Frage wird ja bald aktuell, da eben jetzt der russische Völkerrechtslehrer Martens

Europa bereist, um sich über die Stimmung und Wünsche der einzelnen Regierungen zu orientieren und danach dem Zaren Vortrag über die Materie zu halten, gleichzeitig aber auch Mr. Stead auf Abrüstungsreisen ist.

Mr. Pichon ist nämlich von einem Korrespondenten der „Tribune" interviewt worden, der wissen wollte, wie der Minister über die Aussichten der bevorstehenden Konferenz denke. — Der Minister gab eine nicht mißverständliche Auskunft. Er ging von Herrn Martens Rundreise aus und knüpfte daran die Bemerkung, daß es gewiß in ganz Europa keine Macht gäbe, der es nicht erwünscht wäre, die drückende Last der Rüstungen zu Wasser und zu Lande zu vermindern. „Aber," fuhr er fort, „wie läßt sich eine solche Minderung erreichen? Wo sind die praktischen Mittel, sie durchzuführen? Ist es wirklich nützlich und notwendig, die Frage auf der nächsten Konferenz zu diskutieren? Gerade das ist die Frage, welche die verschiedenen Regierungen studieren. Es wäre deshalb für mich schwer, im gegenwärtigen Augenblick vorherzusagen, wie die Antworten lauten werden, was die europäischen Regierungen und auch, was Frankreich tun wird. Ich kann meine Meinung nur auf die allgemeine Tendenz gründen, die so augenscheinlich im Interesse der Humanität und Zivilisation liegt, daß sich darüber nicht streiten läßt." Der Korrespondent der „Tribune" zieht daraus den Schluß, daß Frankreich die Bestrebungen Englands unterstützen werde, und daß der Minister glaube, daß die Konferenz einen weiteren Schritt vorwärts tun werde, um den Ausbruch von Kriegen zu verhindern. Mr. Pichon sei überzeugt, daß es nur sehr wenige Fälle gäbe, in denen der Krieg „notwendig" sei. Dieser letzteren Meinung sind wir auch. Sie beweist aber leider gar nichts für die Frage nach der Möglichkeit einer Abrüstung. Wir haben gerade in letzter Zeit sehr nachdrückliche Erklärungen von England und Frankreich gehört, daß sie an keine Minderung ihrer Flotte resp. ihres Heeres denken. Das Entstehen der „Dreadnoughts" in England hat sofort den Bau größerer Schlachtschiffe in Amerika und Japan zur Folge gehabt, und genau dasselbe gilt von allen übrigen Gebieten der Kriegstechnik. Man könnte sich allenfalls noch vorstellen, daß einmal auf Grund einer Vereinbarung eine gleichmäßige Herabsetzung der Rüstungen der europäischen Mächte stattfindet, und daß sie wirklich (nach einer noch nicht gefundenen Gleichungsformel) gewissenhaft ausgeführt wird. Aber Europa ist heute nicht mehr die Welt, und wer vermag eine Garantie dafür zu übernehmen, daß nicht an anderer

Stelle ein bewaffneter Ehrgeiz sich erhebt, der sich diesen Moment der Schwächung zunutze macht. Es kommt aber noch ein Weiteres hinzu. Denken wir uns die Abrüstung vollzogen und das Gleichgewichtsverhältnis der Mächte hergestellt, so würde genau dasselbe eintreten, was geschehen müßte, wenn heute alles Eigentum zu gleichen Teilen verteilt würde. Schon morgen wäre die Ungleichheit wieder da. Endlich stellen zwei gleich bewaffnete und an Kopfzahl gleiche Truppenkörper oder zwei gleich starke Schiffe noch lange nicht identische Kräfte dar. Das Entscheidende ist schließlich die sittliche Kraft, die in Selbstzucht, Disziplin, Aufopferungsfähigkeit und Vaterlandsliebe ihren Ausdruck findet. Das aber läßt sich ebensowenig egalisieren, wie sich die Intelligenzen egalisieren lassen, was — wir erinnern uns nicht, welchem französischen Kommunisten — als die Vorbedingung aller Glückseligkeit erschien. In all diesen Bestrebungen läuft neben wohlwollendem aber unklarem Idealismus viel Heuchelei her. Ein Staat hat zunächst für die Sicherheit seiner Grenzen zu sorgen, erst wenn das geschehen ist, kann er seinen anderen sittlichen Pflichten gerecht werden. Das hat Deutschland durch ein volles Jahrtausend erfahren, und da wir derjenige Staat sind, der mehr exponiert ist als jeder andere, wäre es politischer Selbstmord, wenn wir einem unklaren Beglückungswahn zuliebe die sicherste Bürgschaft für die Behauptung unserer heiligsten Güter aus den Händen geben wollten. Der Friede ist der Güter höchstes nicht; daß wir ihn als ein hohes Gut schätzen und zu wahren wissen, haben wir bewiesen, und ebenso haben wir bewiesen, daß wir das gute Recht anderer achten und schonen. Und dabei, so meinen wir, wird es auch ferner bleiben. Die vornehmste Aufgabe des Haager Kongresses ist, so weit möglich den Krieg zu humanisieren, wir zweifeln nicht daran, daß er auch andere internationale Humanitätsfragen in segensreicher Weise fördern kann, aber ein Allheilmittel erwarten wir nicht von ihm.

Es ist nicht unmöglich, daß die Niederlage der deutschen Sozialdemokratie auch in günstigem Sinne auf die inneren russischen Verhältnisse einwirkt. Sie ist, fast könnte man sagen, ein Teil der russischen Revolution gewesen. Sie hat sie mit Geld unterstützt (noch kürzlich sind von ihr 25 000 Mark nach Lodz geschickt worden, während die englischen und französischen Sozialisten jede Unterstützung der Lodzer „Genossen" ablehnten), sie hat ihre Führer geschult, sie hat Emissäre — wie Rosa Luxemburg — nach Rußland geschickt, sie hat anarchistische Mörder als

„Helden" und „Märtyrer" gefeiert. Und wie vieles von ihrer Tätigkeit ist uns noch verborgen geblieben? Nun glauben wir zwar nicht, daß der „Vorwärts", als Organ der Partei, in Zukunft mit seinen Sympathien zurückhalten wird. Aber die Wirkung dürfte geringer werden und auch in Rußland den Ordnungsparteien der Mut wachsen. Zunächst läßt sich freilich ein sicheres Urteil über die Zusammensetzung der künftigen Duma, trotz der allmählich bekannt werdenden Listen der Wahlmänner, nicht gewinnen. Was auffällt ist, daß in weiten Gebieten die Beteiligung an den Wahlen sehr gering ist und daß zweitens die extreme Rechte erheblich an Boden gewinnt. So wird unser Prognostikon, daß im wesentlichen die Extremen von rechts und links einander gegenüberstehen werden, immer wahrscheinlicher. Diese Kombination aber wäre außerordentlich gefährlich, da ein großer Teil der „wahrhaft russischen" Männer überhaupt für die Rückkehr zum unbeschränkten Absolutismus eintreten will. Ihr Sieg wäre um so mehr ein Unglück, als auch in ihren Reihen gewalttätige und unlautere Elemente stark vertreten sind. Wird doch immer wahrscheinlicher, daß der Abgeordnete Herzenstein in der Tat von Anhängern dieser Partei ermordet worden ist. Natürlich kann die Partei als solche nicht dafür verantwortlich gemacht werden, wie es jetzt Tag für Tag von seiten der Kadetten geschieht, aber das eine kann wohl als sicher gelten, daß sie ebenso unfähig ist zu regieren wie die weit besser gebildeten Kadetten es waren. Jedenfalls bleibt die Regierung in außerordentlich schwieriger Lage. Sie hat zwar das Land äußerlich beruhigt, viel Gutes getan, redlich gearbeitet und die Voraussetzungen für eine wirkliche Reformarbeit für die neue Duma geschaffen. Aber doch nur, wenn sie Männer in der Duma vorfindet, die arbeiten wollen und arbeiten können. Und daran, fürchten wir, wird es fehlen. Es kommt dazu, daß einzelne der Regierung nahestehende Persönlichkeiten sich heillos kompromittiert haben, wie der übrigens noch keineswegs entschiedene Prozeß Gurko-Lydval zeigt. Dagegen ist es dem Finanzminister gelungen, ein günstiges Budget für 1907 festzustellen, und die Einnahmen für 1906 haben wider Erwarten den Voranschlag weit überstiegen. Auch scheint das ausländische Kapital wieder den Mut gefunden zu haben, in Rußland zu arbeiten. Ein französisches Syndikat, an dessen Spitze kein Geringerer als der frühere französische Ministerpräsident Rouvier steht, soll die Konzession zu einer Waggonfabrik bei der Station Nikitewka der Katharinenbahn

erhalten haben. Diese Bahn, die durch die Kohlenfelder des Dongebietes läuft, soll gleichfalls in die Hände eines französischen Konsortiums übergehen, das zugleich eine neue kürzere Linie bauen will und das als Garantie 20 Mill. Pfd. St. hinterlegen soll. Dann wird unter ähnlichen Bedingungen über die Anlage einer elektrischen Bahn zwischen Tiflis und Batum verhandelt. Endlich geht in den Moskauer Finanzkreisen das Gerücht um, daß ein Syndikat ausländischer Kapitalisten gegen ein Garantiedepositum von mehreren 100 Millionen Rubeln eine ganze Gruppe von Staatseisenbahnen übernehmen solle. Der Finanzminister Kokowzew werde in Paris erwartet, um das Geschäft zum Abschluß zu bringen. Das alles berichtet der Petersburger Korrespondent der „Tribune". Wir sind nicht in der Lage, diese Nachrichten auf ihre Zuverlässigkeit zu kontrollieren, wissen aber, daß neben dem französischen auch englisches und amerikanisches Kapital in Rußland zu arbeiten bemüht ist.

Es finden immer noch zahlreiche Morde und Raubanfälle statt. Dabei wird mit unerhörter Frechheit vorgegangen. In Warschau schicken die Banken die Geldzahlungen, die bei ihnen zu erheben sind, unter Begleitung einer bewaffneten Eskorte ihren Kunden ins Haus, damit diese nicht unterwegs ermordet oder beraubt werden. In Charopna wurde kürzlich noch bei Tage ein Juwelierladen ausgeplündert und Preziosen im Werte von 200 000 Rbl. geraubt usw. In den baltischen Provinzen ist es ruhiger geworden. Man fängt an, die niedergebrannten Gutsgebäude wieder aufzubauen, aber Libau ist nach wie vor ein Anarchistennest und ganz unsicher. Der französisch-polnische Historiker Waliszewski, der kürzlich Rußland bereist hat, veröffentlicht in der „Nowoje Wremja" seit längerer Zeit eine Reihe von Feuilletons, die ein ruhiges und selbständiges Urteil zeigen. Er sieht im großen und ganzen pessimistisch in Rußlands Zukunft. Die letzte dieser Betrachtungen beschäftigt sich mit den Kadetten, also mit der führenden Intelligenz der Revolution, und kommt zu dem folgenden niederschmetternden Schlußresultat: „Ich fürchte für die Zukunft der Zivilisation, wenn sie in Abhängigkeit gesetzt wird von den Erfolgen einer solchen Partei."

Auch der alte Leo Tolstoi hat sich wieder hören lassen. Dieses Mal apostrophiert er die russische Regierung in der „Revue bleue", um sie zur Verwirklichung seiner Theorien zu bewegen. Er wirft dabei die Frage auf, ob nicht Rußland zerfallen werde, wenn die Bauern seinem

Rate folgen und weder Abgaben zahlen noch Rekruten stellen und überhaupt sich allen Forderungen des Staates entziehen.' Die Antwort lautet: „Meiner Meinung nach ist diese große Sammlung von Völkern, die man Rußland nennt, für die Bauern und Arbeiter nicht nur nicht notwendig, sondern ihren Interessen direkt schädlich und die Hauptquelle ihres Unglücks. Wenn man euch durch Abgaben bedrückt, wenn man euch für ungeheure Anleihen zahlen läßt, wenn man euch euere Söhne nimmt, um sie gegen Leute fechten zu lassen, die euch nichts angehen, so geschieht das alles nur, weil man Polen, den Kaukasus, Finnland, Turkestan, die Mandschurei und andere Völker unter einer Oberherrlichkeit zusammenhalten will. Rußland, das ihr durch eueren Gehorsam aufrechterhaltet, ist nicht nur ein großes Übel, sondern dazu noch eine große Sünde. Denn um Rußland zu erhalten, muß man die Kaukasier, Litauer, Armenier und Tataren zwingen zu leben, wie die Regierung will und nicht wie sie selbst wollen." Man kann sich denken, wie diese Logik auf den unkultivierten Verstand des russischen Bauern wirkt. Wie es in diesen Köpfen aussieht, mag der folgende kürzlich im Dorf Jegorjewski, Gouvernement Kiew, geschehene Fall zeigen. Im Dorf wurde ein Mann beerdigt. In der Nacht nach der Beerdigung kam der Totengräber entsetzt zum Dorfgeistlichen gelaufen und sagte ihm, daß der Tote im Grabe schreie. Die Nachricht verbreitete sich sogleich im Dorfe, und das Volk sammelte sich um das Grab, aus dem dumpfe verzweifelte Rufe hervortönten. Die Bauern schlossen daraus, daß der Mann ein Zauberer gewesen sei und daß man, um ihn zu beruhigen, einen Espenpflock durch das Grab schlagen müsse. Aber diese Ansicht drang zum Glück nicht durch, und man beschloß, den Popen aufzufordern ,das Grab öffnen zu lassen. Der Pope erklärte aber, das dürfe er nicht ohne vorherige Erlaubnis der Urjädnik. Dieser wiederum wollte einen schriftlichen Befehl vom Stonowoi (beides Dorfpolizeiinstanzen), und so dauerte es 24 Stunden, ehe das Grab geöffnet wurde. Merkwürdigerweise fand man den Begrabenen noch am Leben, wenn auch in entsetzlichem Zustande. Die Erde, die gefroren war, war so wenig fest und so oberflächlich über die Grube gehäuft und der Sarg so schlecht gearbeitet, daß der Unglückliche genügend Luft zum Atmen hatte. Das ist ein echt russisches Dorfbild: Aberglauben, Scheu vor Verantwortung, Formalismus und Liederlichkeit bei jeder Verrichtung. Und das will das allgemeine geheime direkte Wahlrecht haben!

31. Januar. Rußland beginnt die Mandschurei zu räumen.
3. Februar. König Eduard VII. in Paris.
5. Februar. Kundgebung der japanischen Regierung in Sachen der Schulfrage in San Franzisko.

---

6. Februar 1907.

Im „Cri de Paris" ist der Bericht über eine angebliche Unterredung des französischen Ministerpräsidenten Clemenceau mit dem Fürsten Radolin veröffentlicht, die sich mit unserer Wochenschau vom 16. Januar beschäftigt. Herr Clemenceau habe sich „mit jener Schärfe, die ihm eigentümlich ist," darüber beklagt, daß, während man ihm offiziell schön tue (vous nous faites des „mamours"), der Verfasser jener Wochenschau „ihn hinterrücks attakiert habe" usw. Nun kann jene angebliche Unterredung nur unter vier Augen zwischen Clemenceau und dem Fürsten Radolin stattgefunden haben, und da es undenkbar scheint, daß einer von beiden ein Gespräch politischen Charakters in die Presse bringt, halten wir bis auf weiteres daran fest, daß wir es entweder mit einer freien Erfindung zu tun haben, oder mit einem unkontrollierbaren durch Hintertreppen vermittelten „on dit". Und das um so mehr, als die inkriminierte Wochenschau in Anlaß überaus heftiger Angriffe auf Herrn Clemenceau, die in dem Buch des Franzosen Briant, „einem neuen Sedan entgegen," erschienen waren, keineswegs Herrn Clemenceau angegriffen, sondern wörtlich gesagt hatte, „der offene Hinweis auf die angeblichen Kriegspläne Clemenceaus ist nicht ohne weiteres mit Geringschätzung zu übergehen. Die entschieden feindselige Haltung des „Temps", der seit einiger Zeit einen direkt provozierenden Ton anschlägt, deutet auf Absichten hin, die jedenfalls nicht dazu angetan sind, die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich zu bessern, denn daß der „Temps" Organ des Quai d'Orsay ist, steht fest und wird auch von keiner Seite bestritten". Davon haben wir um so weniger ein Wort zurückzunehmen, als der „Temps" seither — wie wir noch jüngst nachgewiesen haben — seine Haltung keineswegs geändert hat, sondern noch später seine unpassenden Angriffe auf den Reichs-

kanzler fortsetzt. Daß aber auch in diesem Fall das „Berliner Tageblatt" für das Ausland Partei ergreift, nimmt uns nicht wunder. Es ist nur eine Fortsetzung der Haltung, die Herr Wolf, als er noch Pariser Korrespondent des Blattes war — sein inzwischen vollzogenes Avancement war uns leider entgangen — während des ganzen Verlaufes der Marokkokrisis eingenommen hat. Die kindliche Anschauung, daß die Wochenschauen der „Kreuz-Zeitung" die Ansichten hochstehender Persönlichkeiten wiedergeben, ist keiner Widerlegung wert, sie spricht nur für die Naivetät derjenigen, die sie in Umlauf setzen. Es hat niemals irgend jemand vorher gewußt, was, worüber und wie die Wochenschau schreiben werde. Für uns ist dieses Kuriosum hiermit erledigt, ob auch für andere, kann uns gleichgültig sein.

Wir haben der letzten Ministerkrisen in Spanien keine Erwähnung getan, weil das Aufrichten und Niederwerfen der Ministerien eine derartige Unsicherheit der politischen Kombinationen zeigte, daß wir den Lesern nicht zumuten konnten, sich jedesmal in die neuen Programme der neuen Ministerpräsidenten zu vertiefen. Jetzt, da das konservative Ministerium Maura sich nach vier vorausgegangenen liberalen Ministerien konstituiert hat, läßt sich hoffen, daß eine Periode stabilen politischen Lebens eintreten wird. Die liberalen Ministerien konnten sich, auch abgesehen von den Rivalitäten, die sich im liberalen Lager bekämpften, nicht behaupten, weil sie allesamt den Versuch machten, die französische Kirchenpolitik auf spanischen Boden zu übertragen. Der neue Ministerpräsident, der nicht klerikal, aber konservativ ist, hat sich nun entschlossen, mit dieser Politik entschieden zu brechen und sich auf den Boden der Tatsachen zu stellen. Die aber weisen darauf hin, daß die ungeheure Majorität der Spanier sich den Zusammenhang mit dem Vatikan nicht rauben lassen und nur solche Reformen auf kirchlichem Gebiet annehmen will, die die Billigung des Papstes gefunden haben. Daß diese Haltung der spanischen Regierung nicht den Beifall der treibenden Elemente in Frankreich findet, ist ja begreiflich, aber man tröstet sich damit, daß in allen Fragen auswärtiger Politik Spanien fest an Frankreich und England gebunden sei, was ja richtig ist, und meint, gerade in den Konservativen eine festere Stütze dieser Kombination zu finden, als das Ministerium Canalejas sie bieten konnte. Übrigens scheint sich in Frankreich erfreulicherweise, trotz der überaus scharfen und im Prinzip ganz ablehnenden Haltung der Kurie und der Bischöfe,

ein modus vivendi vorzubereiten, der der Bevölkerung möglich machen wird, ihren religiösen Bedürfnissen gerecht zu werden. Auch der jüngste Zusammenstoß von Briand und Clemenceau, der einen Augenblick — aber auch nur einen Augenblick — einen Riß im Ministerium zu bedeuten schien, hat im Effekt nur die Wahrscheinlichkeit gesteigert, daß eine Verständigung, nach der im Grunde alles verlangt, zu stande kommen wird. Das neueste Rundschreiben Briands gibt die Wege an, auf denen es sich erreichen läßt; aber allerdings, es legt die Entscheidung in die Hände der Gemeinderäte, und die Form der Nutznießungsverträge, welche die Kirchen den Gläubigen öffnen, entspricht nicht dem von den Bischöfen verlangten Schema. So bleibt immer noch zweierlei möglich: daß sich Gemeinderäte finden, die nicht bereit sind, die Kirchen unter den vorgeschriebenen Bedingungen zu öffnen, oder aber, daß die Bischöfe auf ihrem Ultimatum beharren. Aber, wie gesagt, für wahrscheinlich halten wir weder das eine noch das andere, nachdem der erste Schritt zu einem erträglichen Nebeneinander geschehen ist.

Großes Interesse haben die Mitteilungen erregt, die Herr v. Martens, der russische Bevollmächtigte für die nächste Haager Konferenz, Herrn Georges Villiers (mit seinem rechten Namen Tardieu und ehemaliger politischer Redakteur des „Figaro," bevor Herr Reton diese Stellung erhielt) vom „Temps" gemacht hat. Herr v. Martens hat, wie er hervorhebt, sich gern über Zweck und Verlauf seiner Reise befragen lassen, schon um die Mißverständnisse wegzuräumen, die in der Presse umliefen. Daß es gerade Rußland sei, das die Initiative zur Berufung der Konferenz ergriffen habe, könne nicht wundernehmen. Es folge darin einer ehrenvollen Überlieferung, die auf Katharina II. zurückgehe, 1856 in Paris, 1874 in Brüssel wieder aufgenommen wurde und endlich 1899 im Haag zu der ersten „Friedenskonferenz" führte. Hier knüpfe man jetzt an, und zwar habe Rußland, als es im letzten Frühjahr seine Aufforderung zu der zweiten Konferenz ausgehen ließ, sich nicht nur an die Teilnehmer der ersten, sondern an alle Mächte ohne jede Ausnahme gewandt. Auch habe man ein ganz festes Programm mitzubringen: wie z. B. Verbesserungen des Modus der friedlichen Beilegung internationaler Streitigkeiten und der den Landkrieg betreffenden Konventionen, über den Seekrieg sei eine neue Konvention auszuarbeiten usw., lauter Fragen, die auf keinen Widerspruch gestoßen seien.

Nun hätten aber die Kabinette von London und Washington die Absicht geäußert, Probleme zur Verhandlung einzubringen, von welchen die russische Regierung aus guten Gründen abgesehen habe: erstens die Einschränkung der Rüstungen, zweitens die Drago-Doktrin. Die Einschränkung der Rüstungen vor die Konferenz zu bringen, habe Campbell-Bannerman in einer bekannten Rede versprochen, und auch der Präsident Roosevelt habe sich ähnlich geäußert. Die Drago-Doktrin bestreite das Recht, von den Republiken Südamerikas gewaltsam Schulden beizutreiben, und der Präsident der Vereinigten Staaten wünsche auch dieses Problem zur Verhandlung der Konferenz gestellt.

Nur glaube er, Martens, daß sich über beides, namentlich aber über die Einschränkung der Rüstungen, ein praktisches Resultat nicht werde erreichen lassen, Rußland und eine große Zahl anderer Mächte sei gleicher Ansicht, er erinnere sich auch, daß Léon Bourgeois und seine Kollegen 1899 darin einer Meinung waren. Aber Rußland werde sich nicht sträuben, eventuell auch diese und jene andere Frage zur Verhandlung zu stellen. Nur wünsche es keine Überraschungen und keine Plötzlichkeiten. Derartiges zu verhindern, sei der eigentliche Zweck seiner Mission. „Wir haben" — schloß Herr v. Martens — „von einer Limitierung der Rüstungen nicht gesprochen und werden es auch nicht tun, weil wir der Meinung sind, daß dieses so interessante Problem noch nicht reif ist, und weil wir wissen, daß mehrere Mächte — speziell (notamment) Deutschland — nicht wünschen, daß man darüber verhandele. Wir werden das Recht Englands oder der Vereinigten Staaten oder jeder anderen Macht respektieren, wenn sie verlangen, daß dies Problem auf die Tagesordnung gesetzt werde. Nur werden wir uns bemühen — und daran arbeite ich —, die Vorbedingungen zu präzisieren, unter denen dieses von Rußland nicht vorgesehene Problem von anderen eventuell zur Sprache gebracht wird. Ich brauche wohl nicht zu sagen, daß mir daran liegt, Paris nach voller Verständigung in der Hauptsache wie in den Einzelheiten mit Herrn Pichon zu verlassen. Frankreich und Rußland haben 1899 mit Nutzen zusammengearbeitet. Ich hoffe, das wird in Zukunft ebenso sein. Aber ich bin überzeugt, daß man praktische Arbeit machen und sich nicht zu weite Ziele stecken sollte (ne pas trop embrasser)."

Man kann für diese orientierenden Ausführungen nur dankbar sein. Namentlich die Revision der Probleme des Seekrieges ist im höchsten Grade wünschenswert. Die Fata der russischen Flotten während des

letzten Krieges haben es ja erwiesen, daß die jetzt geltenden und speziell von England vertretenen Grundsätze unhaltbar sind. Auch steht noch in frischer Erinnerung, daß gerade Frankreich sich über sie hinwegsetzte. Auch die Doggerbankaffäre, sowie die Rolle der freiwilligen Flotte Rußlands im Persischen Golf, haben auf Unklarheiten hingewiesen, die notwendig aufgehellt werden müssen. Unverständlich ist uns nur jenes „notamment l'Allemagne" von Herrn v. Martens, nachdem er eben erst an Herrn Bourgeois Abneigung gegen eine Limitierung der Rüstungen exemplifiziert hat, und nach all den lauten Erklärungen, die in ähnlichem Sinne in der französischen Kammer und ebenso in England abgegeben worden sind. Man könnte beinahe glauben, daß er nach deutscher Seite hin ein Kompliment machen wollte, da er unserer Stimme so viel größeres Gewicht beilegt als der der anderen. Im allgemeinen läßt sich wohl sagen, daß die Frage des Mehr oder Weniger der Rüstungen stets in Abhängigkeit von der besonderen Lage steht, in welcher sich die Nation befindet, der man einen solchen Schritt zumutet. 1899 wären weder Rußland noch Japan dafür zu haben gewesen, von der äußersten Anspannung ihrer Kräfte abzustehen, und wenn man sich die passenden Jahre auswählt, gilt das von jeder anderen Macht in gleichem Maße

Der Kriegslärm, der in den letzten Wochen infolge der amerikanisch-japanischen Differenzen gemacht worden ist, scheint uns den Charakter von amerikanischen Börsenmanövern zu tragen. Die beiderseitigen Regierungen haben daran keinen Anteil, sie scheinen vielmehr sehr ernstlich bemüht, einen freundschaftlichen Ausgleich zu finden. Es ist schlechte Arbeit der gelben Presse, die Phantasien zu erhitzen, und mehr als das; wer von den steten Gefahren phantasiert, ruft sie schließlich herbei. Inzwischen sehen wir, wie die russisch-japanischen Gegensätze, von denen gleichfalls ein ungeheures Wesen gemacht wurde, sich in aller Ruhe ausgleichen. Die am 28. Januar von der russischen Telegraphenagentur verbreitete Nachricht von der beschleunigten Räumung der noch von russischen Truppen besetzten Teile der Mandschurei findet als beruhigendes Moment auch einen Widerhall in Japan. In Rußland meint man damit auch einen ersten Schritt zur Erneuerung der durch die Ereignisse der letzten Jahre arg getrübten russisch-chinesischen Freundschaft getan zu haben. In diesem Sinne hat Kaiser Nikolaus II. sich ausgesprochen, und die japanische Regierung hat erklärt, daß sie die Aufrichtigkeit und Friedfertigkeit Rußlands, die in diesem Entschluß

zum Ausdruck komme, sehr wohl zu schätzen wisse. Auch hat in der Tat Rußland wichtigere Dinge zu tun, als Positionen zu behaupten, die prinzipiell aufgegeben sind, während andererseits gute Beziehungen zu China, selbst wenn sie — was nicht der Fall ist — unter Opfern erkauft werden müßten, für die asiatische Stellung Rußlands heute von höchster Wichtigkeit sind. Aber das alles tritt an Bedeutung zurück vor der ungeheuren Wichtigkeit, welche dem Ergebnis der Dumawahlen zukommt. Diese Wahlen sind noch nicht abgeschlossen, sondern haben bisher nur einen Teil der Wahlmänner festgestellt. Die bekannt gewordenen Zahlen sind ohne Zweifel trügerisch. Richtig dürfte wohl nur die Zählung der Monarchisten (3222) sein, während ganz unsicher ist, was eigentlich die politische Richtung der sogenannten „Gemäßigten" (5380) ist, die als „Linksstehende" (2776) Bezeichneten sind aber ohne Ausnahme Revolutionäre. Während nun offiziell angenommen wird, daß die „Gemäßigten" sich den Monarchisten anschließen werden, behaupten die radikalen Zeitungen das Gegenteil. Die „Rjetsch" sucht das durch eine Reihe drastischer Beispiele zu belegen. Die offizielle Petersburger Telegraphenagentur meldet z. B. aus dem Gouvernement Minsk, die Kleingrundbesitzer hätten keinen Wahlmann der Linken gewählt, die Prüfung der Originaltelegramme ergibt dagegen, daß im Kreise Borissow allein über 10 Mitglieder der Linken gewählt sind. Aus vier Kreisen des Gouvernements Moskau meldet die Agentur: es sind 74 Wahlmänner gewählt worden, darunter 46 Gemäßigte und 23 Monarchisten. Die beim Generalgouverneur eingelaufenen Daten aber sind: 18 Kadetten, 27 Progressisten, 3 Gemäßigte und 21 Rechte. Es liegt auf der Hand, daß hier die Kadetten und die Progressisten von der Agentur zu den Gemäßigten gerechnet sind. Und solcher Beispiele wird eine lange Reihe aufgeführt. Man darf wohl den Schluß daraus ziehen, daß die oben angeführten Ziffern sehr wenig sagen. Vielfach wird angenommen, die „Gemäßigten" seien die Frucht des loyalen Eifers der Berichterstatter, in Wirklichkeit aber würden sie der Opposition zuzurechnen sein. Unter der Bezeichnung Monarchisten sind ebenfalls disparate Elemente zusammengefaßt. Einerseits die „Partei des 17. Oktober", andererseits die „wahrhaft russischen Leute", unter denen sich, wie unsere Leser wissen, auch sehr bedenkliche Elemente verbergen. Nimmt man hinzu, wie unbedenklich in Rußland überhaupt mit statistischen Daten verfahren wird, und wie wenig gewissenhafte Genauigkeit

im Blut der Russen liegt, so kommt man zum Schluß, daß das wirkliche Ergebnis der Wahlen sich erst wird erkennen lassen, wenn die Versammlung sich im Palais Potemkin zusammengefunden haben wird. An der ehrlichen Absicht des Ministerpräsidenten Stolypin, die Verfassung vom 17./30. Oktober auch wirklich ins Leben zu führen, kann absolut nicht gezweifelt werden. Er hat es noch kürzlich in einem Zirkular vom 31. Januar an die Generalgouverneure, Gouverneure und Stadthauptleute ausdrücklich bestätigt. Aber es klingt in diesem Zirkular eine pessimistische Note durch, und in einer Analyse derselben triumphiert die „Rjetsch", das eigentlich offizielle Organ der konstitutionellen Demokraten darüber, daß alle seine Bemühungen vergeblich gewesen seien und daß trotz der „beruhigenden" Tätigkeit der Feldgerichte die freie, für revolutionär erklärte, wahre öffentliche Meinung am 20. Februar (5. März) triumphieren und als die legale Macht ihren Einzug in Petersburg halten werde. Dabei wiederholt die „Rjetsch" ihre Behauptung, daß die Monarchisten auf einen Staatsstreich ausgingen, und regt sich über den Satz des Zirkulars auf, in dem es heißt: „Die Regierung wird unerschütterlich in all ihrem Tun sich an die geltenden Gesetze halten, denn nur durch strikte Erfüllung der Gesetze und durch Unterordnung unter dieselben können Regierung und Duma sich das Vertrauen des Monarchen bewahren, das die Möglichkeit solidarischer Arbeit sichert." Wir bekommen einen Vorgeschmack der nächsten Dumaverhandlungen, wenn die „Rjetsch" diesen selbstverständlichen Satz zum Anlaß nimmt, um von versteckten Drohungen zu reden und ihre besondere konstitutionelle Theorie zu entwickeln, die natürlich dahin ausmündet, daß die Duma über den Gesetzen stehe. Sie vergißt dabei, daß nach der Verfassung vom 30. Oktober Duma, Reichsrat und Kaiser in ihrer Summe die gesetzgebende Gewalt darstellen, und daß keiner der drei Faktoren sich eigenmächtig über die geltenden Gesetze hinwegsetzen darf. Sie vergißt auch, daß Rußland erst zu einem Verfassungsleben erzogen werden soll, für das es nach den bisher gemachten Erfahrungen noch nicht reif ist, und daß, was Herr Stolypin schreibt, nicht um ein Titelchen von den Verheißungen der Verfassung vom 17. 30. Oktober abweicht. Daß diese Verfassung nicht die Struvesche Idealverfassung ist, ist unleugbar, aber sie ist die geltende, und deshalb ist nur mit ihr, nicht mit dem zu rechnen, was den Theoretikern der K. D. erwünscht oder notwendig erscheint. „Die praktischen Engländer — schreibt der bekannte

Londoner Korrespondent der „Nowoje Wremja" — raten den russischen Oppositionsparteien, zunächst der Regierung zur Herstellung der Ordnung zu helfen und sich erst danach an theoretische Fragen zu machen. Besonders lebhaft aber wünschen sie die Bildung einer starken konstitutionellen Partei mit umfassendem Programm, die der Regierung als Stütze gegen Reaktion und Revolution dienen könnte." Das sind, so wie die Dinge im Augenblick liegen, fromme Wünsche. Nur die Partei vom 17. Oktober steht auf dem Boden solcher Anschauungen, und wenn wir auch wissen, daß zu ihr die besten Männer Rußlands gehören, ist bisher doch keinerlei Aussicht, daß sie im Reichstage einen wirklichen Einfluß werden ausüben können.

Nicht zu übersehen ist auch das Vordringen eines intoleranten nationalistischen Elements. In der „Nowoje Wremja" feiert es wahre Orgien, und die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß diese Flut steigen, nicht abnehmen wird. Die Regierung wird mit dieser Richtung noch schwer zu kämpfen haben.

Einen merkwürdigen Eindruck macht es, wenn jetzt in Rußland nicht nur von der Einführung der allgemeinen Schulpflicht viel geredet wird, obgleich, wie wir jüngst zeigten, weder die Geldmittel noch das Lehrermaterial zurzeit aufzubringen sind, sondern auch von der Gründung neuer Universitäten. Die Regierung hat beschlossen, Warschau unter allen Umständen als Universität fortbestehen zu lassen, und es handelt sich zurzeit nur noch darum, wann diese Universität wieder eröffnet werden soll. Die Frage der eventuellen Gründung einer oder mehrerer neuer Universitäten ist einer Kommission zur Beratung überwiesen, die in Petersburg tagt und der jetzt aus einer Reihe von Städten Deputationen zugehen, die um Errichtung der Universität in ihren Mauern petitionieren. Solche Gesuche liegen von Witebsk, Minsk, Saratow und Nishny-Nowgorod vor, auch Woronesch und Smolensk ambieren. Alle diese Städte sind bereit, ihrerseits große pekuniäre Opfer zu bringen, wenn man ihren Wunsch erfülle. Der „Warschawski Dnewnik", dem wir diese Notizen entnehmen, kommt zum Schluß, daß Rußland jetzt eine große Anzahl von Universitäten brauche. Nur so könne den unnatürlichen Zuständen abgeholfen werden, die an den bestehenden Universitäten herrschten. Petersburg und Moskau zählten ja über 8000 Studenten, ohne Laboratorien und Auditorien zu besitzen, um sie unterzubringen. Die Entscheidung darüber, welche Stadt

zuerst eine Universität erhalten soll, ist dem Ministerrat zugewiesen worden.

Wahrscheinlich wird diesem aber eine Schwierigkeit aufstoßen, an welche die sanguinischen Herren von der „Kommission" nicht gedacht zu haben scheinen. Die Frage nämlich, woher die Lehrkräfte für die neue Universität oder gar für die neuen Universitäten beschafft werden sollen. Es gibt keine russische Universität, in der nicht einige Lehrstühle unbesetzt bleiben, weil keine Professoren für die Katheder zu finden sind. In früheren Zeiten, als noch die deutsche Universität Dorpat blühte, war sie die Pflanzschule, aus der zahlreiche russische Gelehrte hervorgingen, die Zierden der russischen Universitäten wurden. Seit man der Stadt ihren Namen und der Universität ihren Geist geraubt hat und die wichtigsten Lehrstühle mit unwissenden Kandidaten besetzt, kann natürlich davon keine Rede mehr sein. Das heutige „Jurjew" ist selbst in Rußland – wenn wir von einigen wenigen Lehrstühlen absehen, die noch von Deutschen besetzt sind — ein Spott geworden. Uns scheint, die wichtigste Universitätsreform für Rußland wäre die Restitutio in integrum der alten Universität Dorpat, als baltische Universität mit deutscher Unterrichtssprache und deutschem Examen. Aber wir zweifeln daran, daß die Regierung den moralischen Mut zu diesem Schritt finden wird, der den vorwaltenden Instinkten widerspricht. Die Duma findet ihn gewiß nicht.

11. Februar. Der franz. Finanzminister Caillaux bringt den Antrag auf Einführung der Einkommensteuer ein. Ermordung des Gouverneurs von Pensa.
12. Februar. Eröffnung der neuen Session des engl. Parlaments.
13. Februar. Günstige Wendung der Verhandlungen mit den Hottentotten in Süd-West.

---

13. Februar 1907.

Es kann heute als sicher gelten, daß das Haus der Lords von einem neuen Ansturm bedroht ist. Das einst von John Morley aufgebrachte Schlagwort: „end them or mend them" (Abschaffen oder Reformieren) ist infolge des Widerspruchs, den die jüngsten bills der liberalen Regierung: Plural voting bill und Education bill im Oberhause gefunden haben, aufs neue lebendig geworden. Die Plural voting bill, welche niemandem mehr als e i n e Wahlstimme gewähren wollte, wurde verworfen, die Education bill, die für den Unterricht konfessionelle Neutralität vorsah, so sehr amendiert, daß das Haus der Gemeinen sie in der neuen Fassung nicht mehr annehmbar fand, endlich war die Trade dispute bill, die den Arbeitersyndikaten größere Rechte verlieh, mit einer Motivierung angenommen worden, aus der der Schluß gezogen werden mußte, daß die Lords für sich die Entscheidung darüber beanspruchten, ob ein Gesetzentwurf dem wahren Willen der Nation entspreche, oder ob nicht.

Das alles hat das liberale Kabinett und seine Majorität im Unterhause um so mehr erbittert, als während des langjährigen vorausgegangenen Regiments der Unionisten die Lords ausnahmslos und fast ohne Debatte den Gesetzesanträgen des Unterhauses zugestimmt hatten.

Da bei uns ein richtiger Einblick in die tatsächliche Stellung des Hauses der Lords nicht allgemein verbreitet ist, so sind im Hinblick auf die bevorstehende Krisis vielleicht einige Erläuterungen am Platze: „Die Stärke des Hauses der Lords", sagt Sidney Low in seinem schönen Buche über die „Regierung Englands" (The Governance of England, London, T. Fisher Unwin 1904), „ruht in seiner Schwäche. Könnte es nur den zehnten Teil der theoretischen Macht, die ihm zukommt, ausüben, so hätte es längst entweder umgebildet oder beseitigt werden

müssen." „Es ist kein Zweifel," sagte der verstorbene konservative Staatsmann Lord Iddesleigh, „daß das Haus der Lords ganz unleidlich wäre, wenn es in Wirklichkeit so mächtig wäre, wie es zu sein scheint." De facto hat es weit weniger zu bedeuten, als die Oberhäuser anderer Verfassungsstaaten, die legislativen Councils der autonomen englischen Kolonien miteinbegriffen, denn das Haus der Gemeinen vertritt jedermann in England, das Haus der Lords niemanden, und Every body und Nobody, sagt der schon erwähnte Lord Iddesleigh, können miteinander nicht streiten. Wenn seit der Reformbill von 1832 Differenzen zwischen beiden Häusern vorlagen, half man sich mit einem Pairsschub, und auf diesem Wege sind von den heute im Oberhause sitzenden 615 Peers in den letzten 66 Jahren nicht weniger als 215 von liberalen Ministerien kreiert worden. Einen wirklichen Einfluß konnten die Lords stets nur einem Unterhause mit unsicherer Regierungsmajorität gegenüber ausüben, indem sie es durch ihren Widerspruch zur Auflösung und damit zu einem erneuten Appell an die Wähler nötigten; einem starken Kabinett gegenüber waren sie faktisch wehrlos. Die heute geltende Theorie sagt daher, daß es die Pflicht des Hauses der Lords sei, dafür Sorge zu tragen, daß durch einen von ihm herbeigeführten Aufschub der Entscheidung wichtiger Fragen, Zeit für erneute Erwägung des vorliegenden Problems gewonnen werde. Auf diesem Wege haben sie schließlich Gladstone zum Verzicht auf seine Homerulebill gebracht. Er blieb bei der Abstimmung vom 7. Juni 1886 in der Minorität (341 gegen 311 Stimmen) und die nun auf die Parole Homerule ausgeschriebenen Neuwahlen entschieden gegen ihn. Aber das war nur möglich, weil die Regierung nicht mehr auf sicheren Füßen im Unterhause stand. Und solcher Beispiele ließen sich mehrere anführen. Von den Lords sind heute bis auf fünf Peers, die auf Lebenszeit ernannt sind, alle erbliche Mitglieder des Oberhauses, und wenn auch die ungeheure Majorität an den Arbeiten und Sitzungen keinerlei Anteil zu nehmen pflegt, kommt ihnen doch tatsächlich dadurch eine große Bedeutung zu, daß, wie Bagehot in seiner englischen Verfassung sich ausdrückt, das Oberhaus, abgesehen von dem Großgrundbesitz, dessen Interessen die seinigen sind, „ein Reservoir von Ministern" ist. Es ist nämlich Usus in England, daß jedes Fachministerium in beiden Häusern vertreten sein muß, d. h. wenn der Staatssekretär im Oberhause seinen Sitz hat, muß der Unterstaatssekretär Mitglied des Unterhauses sein, und um-

gekehrt. Wer einen Sitz im Oberhause einnimmt, darf unter keinen Umständen im Unterhause funktionieren. Schon lange aber gilt es als Regel, daß der Staatssekretär des Auswärtigen ein Lord und Mitglied des Oberhauses sein muß; es hat Ausnahmen wie Canning und Russell gegeben, aber das sind eben Ausnahmen, die zudem insofern lästig empfunden wurden, als die Teilnahme an den Sitzungen des Unterhauses dem meistbeschäftigten Mitgliede des Kabinetts, und das ist ohne Zweifel der Staotssekretär des Auswärtigen, seine kostbare Zeit allzusehr kürzte. Aber noch eine Reihe anderer Stellungen von mehr dekorativem Charakter pflegt in England nicht durch einen einfachen Gentleman, sondern durch einen „great nobleman" besetzt zu werden, der Reichtum, hohe Bildung und soziale Geltung mitbringt. Die Zahl solcher Männer ist nicht sehr groß, und die bestgeschulten unter ihnen sind nur im Oberhause zu finden. Die Vizekönige, Oberkommissare, Generalgouverneure, sowie die großen Soldaten, die aus diesen Kreisen hervorgehen und nach Niederlegung ihrer Ämter wieder ins Haus der Lords zurückkehren, geben diesen eine Geschäftserfahrung und im Zusammenhang damit ein Ansehen, das bisher immer noch so schwer in der Schätzung der Nation gewogen hat, daß sie trotz der zahlreichen Nichtigkeiten, die naturgemäß in einer so großen erblichen Körperschaft zu finden sind, sich bisher noch stets allen Versuchen versagte, das Institut als solches zu beseitigen. Das wird, wie wir mit Sicherheit anzunehmen guten Grund haben, wohl auch dieses Mal der Fall sein. Aber eine Reform steht ebenso sicher zu erwarten, wenn sich auch bisher noch nicht erkennen läßt, welchen Charakter sie tragen wird. Campbell Bannerman hat sich darüber bisher nur unbestimmt ausgesprochen: „Die Handhaben der englischen Gesetzgebung sind noch keineswegs ganz erschöpft" — sagte er nach Amendierung der Education bill durch die Lords —. „Auch hier hat das Unterhaus noch Mittel zur Hand, und ich erkläre aus voller Überzeugung, daß ein Weg gefunden werden wird, der dahin führt, daß der Wille der Nation, der durch seine erwählten Vertreter in diesem Hause ausgesprochen worden ist, auch schließlich durchdringt."

Da die Ausschreibung von Neuwahlen dem Kabinett aus vielen Gründen nicht erwünscht sein kann und außerdem ein Pairsschub wegen der großen Zahl der widersprechenden Lords sich von selbst verbietet, bleibt der bevorstehende Ausweg unklar. Die Education bill aber wird

wahrscheinlich als Annex zum Finanzgesetz durchgebracht werden, das der Kompetenz der Lords nicht unterliegt.

Eine weitere Schwierigkeit scheint in der irischen Frage bevorzustehen. Beabsichtigt Campbell Bannerman auch nicht das volle Homerule, so wie es den Iren als Ideal vorschwebt, zu gewähren, so scheinen seine Pläne doch denen gleichzukommen, an welchen Gladstone 1892 scheiterte. Jetzt sind trotz der bestimmt zu erwartenden Opposition der Lords die Aussichten günstiger, und auch das wird beim Kampfe mit dem Oberhause mitspielen; daß aber damit die irische Frage aus der Welt geschafft werden kann, glauben wir nicht. Die irischen Nationalisten verlangen für sich die Verfassung der autonomen Kolonien und werden nicht ruhen, ehe sie dieses Ziel erreicht haben. Erst kürzlich hat die irische parlamentarische Partei zwei ihrer Mitglieder, T. D. Sheehan und John O'Donnel, aus ihrer Mitte ausgeschlossen, weil sie sich in Widerspruch zu diesem Programm gesetzt hatten.

In Frankreich sind die Schwierigkeiten, von denen wir vor acht Tagen sprachen, nun doch eingetreten. Der Papst hat die Instruktionen, durch die der Kultusminister Briand einen modus vivendi zwischen Kirche und Staat in den Grenzen des Separationsgesetzes anzubahnen bemüht war, sehr nachdrücklich als unannehmbar bezeichnet und sogar den Bischöfen, die auf den Kompromiß bereits eingegangen waren, den Befehl erteilt, ihre Abmachungen rückgängig zu machen. Das gibt eine schwierige Lage, wenn Herr Briand sich nicht entschließt, nachzugeben. Der aber hat seinerseits erklärt, an die äußerste Grenze der möglichen Zugeständnisse gelangt zu sein, und so stehen die Gegensätze einander scheinbar unversöhnlich gegenüber. Für jeden, der den Zusammenhang unparteiisch von außen her ansieht, erscheint die Haltung beider Parteien wenig verständlich. Es handelt sich um Erfüllung von Formalitäten, denen hüben und drüben die Bedeutung von Prinzipienfragen gegeben wird, der leidende Teil sind die französischen Katholiken, und es ist schwer anzunehmen, daß sie diesen theoretischen Feinheiten des Staates wie der Kirche ein wirkliches Verständnis entgegenbringen. Die jüngste Debatte in der französischen Kammer über die russischen Anleihen hat wieder einmal gezeigt, daß die höflichste aller Nationen im Eifer der Parteileidenschaft recht brutal sein kann. Äußerungen, wie einer der sozialistischen Abgeordneten sie sich über Kaiser Nikolaus II. erlaubt hat, gehen weit über die Grenzen hinaus, die durch die elementarste

Rücksicht auf den Herrscher einer anderen Nation geboten werden, ganz abgesehen davon, daß sie so überaus ungerecht sind.

In der Beurteilung der deutschen Wahlkampagne wahrt der „Temps" natürlich sein erstes durch die Tatsachen ad absurdum geführtes Urteil. Dagegen haben wir uns gefreut, in der mit dem neuen Jahre als „Europe" wiedererstandenen „Europe coloniale" von Henri Moreau eine ebenso einsichtige wie treffende Schätzung der wahren Bedeutung unseres Wahlerfolges zu finden. Er weist dabei darauf hin, daß fast gleichzeitg die Labour Party auf einer Tagung in Belfast den utopistischen Sozialismus mit 90 bis 92 pCt. aller Stimmen zurückgewiesen hat. „Die englische Arbeiterpartei" — schreibt H. M. — „besteht in ihrer großen Mehrzahl aus praktischen Leuten, die darauf hinarbeiten, ihre Lage zu bessern, ihre Interessen mit allen Mitteln zu heben und die Behaglichkeit ihrer Lebenshaltung zu fördern. Sie wissen sehr wohl, daß die nebelhaften Theorien, die klingenden und hohlen Phrasen, die vergoldeten Utopien und die berauschenden Proklamationen der hohen Priester des Sozialismus ihnen die positiven Erfolge, von denen sie träumen, nicht bringen können. Sie sind bescheidene und harte Arbeiter und wollen nicht dem persönlichen Ehrgeiz politischer Emporkömmlinge dienen." Es wäre ein großer Gewinn, wenn als Ergebnis unserer Wahlen dieselbe Einsicht auch unter unseren Arbeitern Platz greifen wollte!

Der Zustände auf der Balkanhalbinsel haben wir lange nicht gedacht, obgleich die Zeitungen voller sensationeller Nachrichten gewesen sind. Der große Lärm, der über den angeblich unmittelbar bevorstehenden Sturz des serbischen Königshauses gemacht wurde, ist inzwischen verstummt, und ebenso andere wilde Gerüchte, die umflogen. Zum ersten Mal seit langen Jahren wird für das Frühjahr kein Balkankrieg und keine neue mazedonische Revolution prophezeit. Auch die Studentenrevolution in Sofia ist glücklich verpufft, und der parallel laufende Streik der bulgarischen Eisenbahner durch das energische Vorgehen des Ministeriums gebrochen worden. In Kreta scheint der neue Statthalter Zaimis mit Geschick und Besonnenheit zu operieren, Albanien ist leidlich, Mazedonien einigermaßen ruhig, so daß sich in der Tat hoffen läßt, daß eine längere Ruhepause eintritt. In Konstantinopel hat sowohl die einheimische Bevölkerung wie die Fremdenkolonie es mit großer Freude begrüßt, daß der Chef der türkischen Geheimpolizei, Fehim

Pascha, dank der Energie unseres Botschafters, des Frhrn. v. Marschall, unter Gericht gestellt worden ist. Den Ausschlag hatte, wie wir einer Konstantinopeler Korrespondenz der „Tribune" entnehmen, die folgende Affäre gegeben. Ein türkisches Segelschiff kam Anfang Februar aus dem Schwarzen Meer mit Eisenbahnschwellen an, die ein Antwerpener Haus gekauft hatte und die von einem englischen Dampfer aufgenommen werden sollten. Fehim Pascha ließ das Schiff, als es in Konstantinopel eintraf, festhalten und verkaufte die Ladung. Der deutsche Botschafter verlangte sofort Freigebung des Schiffes und drohte Gewalt zu brauchen, wenn die Ladung nicht ausgeliefert würde. Zugleich charakterisierte er Fehims Verhalten als Freibeuterei und Raub und verlangte seine Bestrafung. Das Resultat war ein Irade, welches sofortige Auslieferung des Holzes gebot, aber Fehim behauptete, daß die Ladung sein Eigentum sei, und legte zum Beweis einen Kontrakt vor.

Da wurde der Eigentümer von einem Freunde in die deutsche Botschaft geführt, und dort erklärte er, daß er mit der Ladung nach Konstantinopel gekommen sei. Man hätte ihn gewaltsam in Fehims Palast geschleppt und ihn so lange geschlagen, bis er den Kontrakt unterzeichnete; dann hätte man ihn in ein Eisenbahnkoupee gesteckt und ihn aus der Stadt hinausgeschafft. Da der Mann sich fürchtete, die Botschaft zu verlassen, behielt man ihn dort als Gast. „Der deutsche Botschafter" — schließt die „Tribune" — „geht in dieser Sache mit großer Energie vor und ist infolgedessen bei allen anständigen Leuten heute der populärste Mann in Konstantinopel. Er verlangt strenge Untersuchung und Bestrafung Fehims, dessen Ruf notorisch schlecht ist. In der Tat, wenn nur der zehnte Teil dessen wahr ist, was von ihm erzählt wird, so hat der Sultan keinen unwürdigeren Diener." Es scheint übrigens daß Fehim nur mit Verbannung bestraft werden wird, was nach türkischer Praxis noch recht milde ist.

Neuerdings sind über die mazedonische Frage im weitesten Sinne des Wortes zwei Bücher erschienen, die von verschiedenen Gesichtspunkten aus Beachtung verdienen. Das eine von R. v. Mach führt den Titel: Der Machtbereich des bulgarischen Exarchats in der Türkei (Leipzig, Breitkopf & Härtel 1906) und kann allen denen empfohlen werden, die sich für den eigentlichen Kern des Problems interessieren. Der Verfasser, der den Bulgaren lebhafte Sympathien entgegenbringt, gibt uns eine Geschichte des Exarchats und seines Kampfes

mit dem Patriarchat Konstantinopel, dessen Herrschsucht er für all das Unheil verantwortlich macht, das Mazedonien betroffen hat. Sein Fazit ist, daß die Bulgaren in der Defensive stehen. „Es ist", schließt er, „einstweilen keine Gefahr vorhanden, daß aus der Verfolgung der Bulgaren in der Türkei ein Krieg entstehen könnte; sollte aber das Patriarchat noch zu Lebzeiten des jetzigen Exarchen oder nach seinem Ableben die türkische Regierung dafür zu interessieren verstehen, daß das bulgarische Exarchat aus Konstantinopel oder aus der Türkei überhaupt entfernt werde, und sollte die Türkei zu diesem Zwecke ernste Schritte tun, so ist es gewiß, daß das gesamte Bulgarentum, sowohl in dem Fürstentume wie in den Provinzen der Türkei, den Augenblick für gekommen erklären wird, wo durch das Schwert ein ganzer Rattenkönig von Fragen entschieden werden soll." Das klingt sehr bestimmt und wird durch die vorausgegangene Argumentation auch wahrscheinlich gemacht. Dennoch erlauben wir uns, daran zu zweifeln. So viel bekannt geworden ist, sind die jüngsten Rüstungen Bulgariens in gewisser Beziehung wenig erfolgreich gewesen. Man ist jedenfalls nicht „archiprêt". Unter solchen Verhältnissen aber führt man keinen Krieg.

Das zweite Buch hat den Mazedonier (oder Bulgaren?) Draganow zum Verfasser und führt den Titel: La Macédoine et les Réformes. Préface de M. Victor Bérard. (Paris. Plon. 1906.) Der Inhalt läßt sich als ein Protest gegen die Politik der Mürzsteger Vereinbarung bezeichnen und stellt sich ebenfalls ganz auf bulgarischen Standpunkt. Es zerfällt in einen ersten, historischen Abschnitt, der die Ereignisse der letzten drei Jahre verfolgt, und in einen zweiten, der in Regestenform Dokumente über den gegenwärtigen Zustand in Mazedonien und im Vilajet Adrianopel in, wie wohl sicher ist, parteiischer Auswahl bringt. Das Charakteristische an diesem Buch aber ist die Einleitung des Herrn Bérard. Bérard gilt in Frankreich als besonderer Kenner türkischer Zustände und ist uns durch seine Aufsätze in der „Revue de Paris" wohl bekannt. Daß er unser Freund nicht sei, wußten wir, aber eine solche Orgie von Deutschenhaß, wie sie aus dieser Vorrede spricht, hätten wir ihm doch nicht zugetraut. Sogar Herr Chéradame wird von ihm noch übertrumpft. Er leistet sich, um ein Beispiel anzuführen, die folgenden Deklamationen: „Die Völker der Hohenzollern sind den anderen überlegen, sie stehen sozusagen erhaben über ihnen. Inferior sind alle übrigen, aber in Abstufungen. Vom Neger, der ein Stück Fleisch für

Kolonialtortur darstellt, bis zum Hohenzollern, dem Vertreter Gottes, werden die Völker nach Graden der Verworfenheit, der Ehre und des Glanzes geordnet, je nachdem sie feindselig, wohlwollend oder servil vor dem Herrn sind. Die Slaven stehen auf einer der untersten Stufen, weil sie immer die tapfersten Feinde oder die wenigst ergebenen Opfer der Hohenzollern gewesen sind, weil Berlin nur auf ihre Kosten existiert, und die dumpfe Arbeit der „Kaninchen" ohne Unterlaß die schöne Ordnung dieser preußischen Hierarchie unterminiert. Niedriger als die Lateiner, niedriger sogar als die Franzosen auf dem Niveau der Gelben... stehen Magyaren und Türken, die ebenfalls nur Gelbe sind, aber Gelbe im Dienste der preußischen Herren." Man glaubt wirklich einen Tollhäusler reden zu hören. Der politische Gedanke, in den das Ganze ausmündet, ist ein Anschluß der Ungarn, die seit der russischen Revolution Freunde der Slaven geworden seien (! !), an die französisch-englische Kombination zur Befreiung Mazedoniens und zur Verdrängung des deutschen Einflusses aus der Türkei! Nun, auch das ist ein Programm, und wenn Herr Bérard einmal die französische Politik leitet, wird er es ja verwirklichen können. Vorläufig aber kann man Bulgaren und Mazedonier nur vor solchen Freunden warnen. Herr Draganow hätte besser getan, sein Buch ohne Vorrede erscheinen zu lassen.

Die japanisch-amerikanischen Differenzen haben, noch rascher als wir voraussetzten, ihren günstigen Abschluß gefunden. Nach den letzten Depeschen ist bereits ein vollkommenes Einvernehmen hergestellt worden, wozu beiden Teilen Glück gewünscht werden kann. Die Veröffentlichung des Inhalts der getroffenen Vereinbarungen wird wohl nicht lange auf sich warten lassen. Man wird den Präsidenten zu diesem Erfolge aufrichtig beglückwünschen.

Aus Rußland kommen wieder Tag für Tag Nachrichten von Morden und Raubanfällen. Man hat den Eindruck, als ob die Terroristen Geld zu einem großen Schlage zu rauben bemüht sind. In Petersburg ist ein Transport von einer Million Rubel nur mit knapper Not einem Überfall entgangen, aus anderen Städten wird der Raub von Hunderttausenden von Rubeln gemeldet. Die Wahlen sind jetzt in ihr zweites Stadium getreten, erst wenn das dritte perfekt ist, wird sich der Ausgang übersehen lassen, aber unsere Prognose: Majorität der Extremen von rechts und von links wird immer wahrscheinlicher.

Was ernste Sorge zu machen beginnt, ist die Landflucht des Adels. Eine Petersburger Korrespondenz der „Königsberger Allgemeinen Zeitung" führt den Nachweis, daß bisher schon ein Viertel des gesamten Privatlandbesitzes, die großen Bauerngüter nicht miteingerechnet, aus den Händen der Gutsbesitzer an den Staat übergegangen ist. Nun kann man mit großer Bestimmtheit annehmen, daß das für den Verkauf des Landes erzielte Geld sehr schnell zusammenschmelzen wird. Die glücklichen Verkäufer der Güter werden, wie es 1861 mit den Loskaufssummen geschah, es in den Residenzen und im Auslande bald genug an den Mann gebracht haben. Die Bauern aber kaufen zu teuer und gehen des Gewinnes verlustig, der ihnen durch Arbeit auf den herrschaftlichen Gütern zufloß. „Man kann mit Bestimmtheit annehmen, daß der Bauer ohne Betriebskapital, ohne Kredit und ohne Nebenerwerb in der größten Verlegenheit sein wird, wenn er 7 pCt. ($5^1/_2$ pCt. Rente für die Pfandbriefe, die den Verkäufern erteilt worden sind, 1 pCt. Amortisation, etwa $^1/_2$ pCt. für Steuern, Abgaben und Versicherung) jahraus jahrein aus seinem Boden schlagen soll, und daß er deshalb dem Staate die Terminzahlungen schuldig bleiben wird." Jener Artikel legt die weiteren Konsequenzen, die sich daraus ergeben, ausführlich dar. Sie sind leicht zu ziehen. Das Fazit muß die Wiederkehr eben jener Landnot sein, welche die Regierung zu beseitigen mit so ungeheuren Opfern bemüht ist. Es ist daher dringend zu wünschen, daß jener „Liquidierung des Großgrundbesitzes" eine Schranke gesetzt wird. Aber sie gehört ja zum Programm der aufgeklärten und intelligenten Wortführer der Freiheitsbewegung.

Wie läßt sich da erwarten, daß eine so rückständige Maßregel, wie die Konservierung des Großgrundbesitzes, Gnade vor ihren Augen findet!

Die Regierung hat eine innere Anleihe von 70 Millionen ausgegeben, um den Hungergouvernements die dringendste Hilfe zu gewähren. Es war die höchste Zeit.

---

14. Februar. Mr Birzel, Staatssekretair für Irland kündigt einen Antrag auf Einsetzung eines irischen Rats an.
15. Februar. Tod der Prinzessin Clementine von Koburg, Mutter des Fürsten Ferdinand von Bulgarien.
19. Februar. Eröffnung des deutschen Reichstags mit einer Thronrede Kaiser Wilhelms.
20. Februar. Vertrauensvotum der franz. Kammer inbetreff der Kirchenpolitik des Ministeriums.

---

20. Februar 1907.

Am 13. ist die neue Session des englischen Parlaments mit der Feierlichkeit und Pracht eröffnet worden, die nach altem Brauch als ein wesentlicher Teil zu großen Staatsaktionen gehört. Die Nation hat in all ihren Schichten die lebendige Empfindung, daß sie sich selber — nach innen wie nach außen — ehrt, wenn sie dem Könige huldigt, und gerade in den Schilderungen der radikalen Blätter ist uns der Ausdruck des Stolzes über den großartigen Eindruck, den die Feierlichkeit machte, am lebhaftesten entgegengetreten. Die Peers in ihren Scharlachgewändern, die Lords of Appeal in Schwarz und Gold, die Richter in Scharlach und Allongeperücke, die fremden Botschafter in ihren reichen Uniformen, der Erzbischof von Canterbury und die Bischöfe ebenfalls in Scharlach mit weißen Pelzkragen, endlich die Gemahlinnen der Peers, meist in Weiß oder in hellen Farben, im Schmuck der Diamanten und Perlen strahlend, das war das Bild, welches das Haus der Lords zeigte. Nun meldet einer der Leibwächter erst die Ankunft des Prinzen und der Prinzessin von Wales, dann kündigt eine Fanfare den König an, und alles erhebt sich. Pagen, Herolde, die Wappenkönige treten zuerst ein, es folgen die Hofchargen, endlich der König und die Königin. Der König im Purpurmantel und in der Feldmarschalluniform. Er führt die Königin zu ihrem Thronsessel, und auf sein „pray be seated“ nimmt alles Platz. Man wartet auf die Commons, die der Black Rod, der Träger des schwarzen Staates, herbeiruft; vom Speaker und dem sergeant at arms, der das Amtszepter trägt, geleitet, treten sie an die Barre. Nun setzt der König seinen Federhut auf und verliest sitzend die Thronrede.

Sie wurde mit äußerster Spannung angehört, denn außer den Mitgliedern des Kabinetts kannte niemand den Inhalt. Erst einige Bemerkungen über das gute Verhältnis Englands zu allen auswärtigen Mächten, dann ein Hinweis auf das Erdbeben in Jamaica und daran geknüpft, sowohl eine lebhafte Anerkennung der Umsicht und des Mutes des Gouverneurs, wie ein herzlicher Dank an das Volk der Vereinigten Staaten von Nordamerika für die geleistete Hilfe. Auch der Besuch des Emirs von Afghanistan wird erwähnt und daran die Sentenz geknüpft, daß rechte Gesinnung noch wichtiger sei als formelle Vereinbarungen. Für Indien kündigt die Thronrede Maßregeln an, die den Frieden, die Ordnung und gutes Regiment auf sichere Basis stellen werden.

Den Gentlemen vom Hause der Gemeinen speziell wird die Vorlage des Budgets angekündigt, denn das geht die Lords nicht an; aber an beide Häuser richtete der König seine Ansprache, als er auf die anderen Fragen hinweist, die zur Lösung gestellt werden. Da die Übersetzung des „W. T. B." nicht ganz vollständig und nicht immer genau ist, setzen wir den Wortlaut nochmals her. Der König sagte: „Ernste Fragen, welche die Arbeitsfähigkeit unseres parlamentarischen Systems betreffen, sind aus unglücklichen Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Häusern entstanden. Meine Minister haben diesen wichtigen Gegenstand in Erwägung genommen mit der Absicht, eine Lösung der Schwierigkeiten zu finden.

Eine Maßregel zur Schanksteuerreform wird vorgebracht werden. Sie bezweckt wirksam die Übel zu mindern, welche unter den geltenden Bestimmungen aus dem Verkauf und Gebrauch berauschender Getränke entstehen.

Vorschläge werden Ihnen zugehen, durch welche die Funktionen der militärischen Streitkräfte der Krone, der regulären wie der Auxiliartruppen klarer bestimmt und ihre Organisation gebessert werden soll.

Bills, welche Pacht und Taxation von Land in Schottland betreffen, werden eingebracht werden.

Ihre Aufmerksamkeit wird auf Maßregeln gelenkt werden, durch welche das Volk von Irland mehr als bisher mit herangezogen (associating) werden soll, zur Leitung (management) seiner heimischen Angelegenheiten und zu anderweitiger Verbesserung des Regierungssystems in Hinsicht auf Verwaltung und Finanzwesen. Auch werden Ihnen

Vorschläge unterbreitet werden, die eine Reform der Universitätserziehung in Irland zum Ziele haben, und ich hege das Vertrauen, daß die Schwierigkeiten, die so lange die Entwicklung einer höheren Bildung in diesem Lande verzögert haben, beseitigt werden.

Sie werden auch aufgefordert werden, folgende Vorschläge in betracht zu ziehen: Errichtung eines Kriminalgerichtsappellationshofes, Regelung der Arbeitszeit in den Bergwerken, Besserung der Patentgesetze und der Gesetze über Taxation des Grundbesitzes in England und Wales, über Berechtigung der Frauen zum Dienst in Lokalinstitutionen, Verbesserung der Gesetze über den Kleingrundbesitz in England und Wales und Verbesserung der Wohnungsverhältnisse des Volkes.

Ich empfehle all ihre eifrige Arbeit dem dauernden Segen des allmächtigen Gottes."

Sofort nach Schluß der Thronrede verließen die Majestäten das Haus.

Um 4 Uhr begann darauf die Verhandlung im Unterhause mit einer nochmaligen Verlesung der Thronrede durch den Sprecher; unter ungeheurem Beifall des Hauses, sah doch die Majorität all ihre Wünsche vorgebracht. Dann folgte die Antwortadresse, die keinerlei Widerspruch hervorrief, aber Mr. Balfour, dem Führer der Opposition, Gelegenheit zu scharfen Ausfällen gegen die gesamte Politik des liberalen Kabinetts Anlaß gab. Sir Henry Campbell-Bannerman antwortete sofort. Das allerwichtigste — so sagte er in nuce — seien die Hinweise auf das Haus der Lords. Es sei in der Tat so, daß die Geschichte der Beziehungen zwischen Lords und Commons zeige, „daß ein verhängnisvoller Fehler die Wirksamkeit der Verfassung lähme." Mr. Balfour richte seine Zuversicht nicht auf Männer, die gewählt seien, ihn zu unterstützen, sondern auf solche, die dazu geboren seien. Aber er (Campbell-Bannerman) habe nicht die Verfassung des anderen Hauses in Frage gestellt, sondern nur die Beziehungen beider Häuser zueinander. Er wisse, daß er ein Problem von ungeheurer Tragweite angreife, und er wolle es daher sorgfältig vermeiden, sich im Labyrinth konstitutioneller Pedanterien zu verirren. Dagegen sei daran festzuhalten, daß das Fundament der englischen Verfassung ein Repräsentativsystem sei. Dieses Fundament werde erschüttert, wenn eine Partei, die mit überwältigender Majorität in den Wahlen geschlagen sei, sich die letzte Entscheidung über Gesetzgebungsfragen anmaße. Das Recht der Wähler

und die von den Peers beanspruchten Privilegien ständen einander gegenüber. Hierin liege der Konflikt, und die Regierung sei entschlossen, ihn zu beseitigen. Der gegenwärtige Zustand sei gefährlich und demoralisierend, es sei daher ein anderer herzustellen, der es möglich machen soll, in vernünftiger Harmonie die Wünsche des Volkes zu verwirklichen.

Ein Schluß auf die Mittel, zu denen der Premierminister greifen wird, um das Veto der Lords zu brechen, läßt sich zunächst aus diesen Andeutungen noch nicht machen. Aber ohne Zweifel gibt es solche Mittel. Gladstone hat 1872 eine vom Oberhause verworfene Bill durch einen königlichen Vollziehungsbefehl (warrant) durchgesetzt, wie denn die königliche Prärogative vom Haupt des Kabinetts durch Proklamationen, orders in council, royal warrants usw. so ausgespielt werden kann, daß jeder Widerstand unmöglich ist. Denn die in der Theorie noch fortbestehende Omnipotenz des Königs kann vom Premierminister, der sich seiner Majorität sicher weiß, tatsächlich ausgeübt werden. Ob in dem vorliegenden Fall diese Absicht besteht, wissen wir nicht; in der Presse ist sie uns nicht entgegengetreten. Man operiert meist mit der Drohung eines Appells an die Wähler, die dann aufgefordert werden sollen, direkt über diese eine Frage und nur über sie zu entscheiden. Jedenfalls wird es vom allergrößten Interesse sein, den weiteren Verlauf zu verfolgen, zumal er sich mit der Entscheidung der irischen Frage kombiniert, auf deren ungeheure Bedeutung wir schon neulich hinwiesen. Auch dieses Mal ist das Frauenstimmrecht wieder auf der Tagesordnung, aber die Ausschreitungen der englischen Frauenrechtlerinnen in den letzten Wochen haben erstaunlich ernüchternd gewirkt, und es ist daher nicht wahrscheinlich, daß eine Entscheidung herbeigeführt werden wird. Die feministische Modekrankheit ist in England zudem keineswegs eine Bewegung von großem Umfange. Sie umfaßt ganz bestimmte Kreise der mittleren und höchsten Gesellschaftsschichten und kann den immer einigermaßen lächerlichen Anstrich nicht abstreifen, der zwischen großen Ansprüchen und nicht ausreichendem Können liegt. Solange die Frauenbewegung Agitation ist, findet sie zahlreiche Mitläufer; den ernsten Anforderungen des Lebens ist sie nicht gewachsen. Die rezeptive Anlage der Frau, das Überwiegen des Gemütslebens und die dadurch bedingte und gebotene Parteilichkeit, das selbstverständliche Aufgeben jedes, der Sphäre der Frau nicht homogenen Berufes, sobald die natürlichen Pflichten der Ehe sich gebieterisch geltend

machen, das alles macht sie für die politische Arbeit ebenso ungeeignet wie für wissenschaftliche Produktion. Dagegen haben zu allen Zeiten Männer aus ihrem Verkehr mit geistvollen und edlen Frauen einen Teil ihrer besten Gedanken und nicht selten auch den Impuls zu Taten geschöpft, die ihren Ruhm begründet haben. Und wenn dieser politische oder ethische Einfluß der Frau nicht wäre, würde allerdings die Welt um vieles öder erscheinen. Aber er macht sich nur dort geltend, wo das geistige Fluidum der Liebe Mann und Frau verbindet, der Liebe oder der Freundschaft, die bei solchen Beziehungen nahe miteinander verwandt sind. Die jüngst veröffentlichten Briefe Gambettas an Leokadie Leon geben dafür ein merkwürdiges, und wir würden sagen klassisches Beispiel, wenn das Verhältnis nicht ein so ganz französisches wäre. Aber man spürt noch jetzt, wie dieser bedeutende Mann und glühende Patriot aus dem geistigen Kontakt mit seiner Freundin die elektrischen Funken empfing, die seiner Persönlichkeit ihren Zauber verliehen.

Oder hat er etwa das alles nur in jene Leokadie hineingelegt? Auch das ist möglich, aber nicht wahrscheinlich; wir müßten ihre Briefe kennen, um die Frage beantworten zu können. Sie sind aber leider nicht veröffentlicht worden.

Im allgemeinen kann jedoch von einem großen politischen Einfluß der Frauen im heutigen Frankreich nicht die Rede sein. Persönlichkeiten wie Madame Adam gehören zu den seltenen Ausnahmen. Der klassische Boden für die politischen Frauen ist Polen und Rußland, wobei sich bei diesen slavischen Frauentypen sehr erhebliche Unterschiede feststellen lassen. Die polnische Frau ist intriganter, die russische enthusiastischer. In den Turgenjewschen Romanen werden als fast einzige Charaktere Frauen vorgeführt, und welche Rolle die russische Frau in der jüngsten Revolution gespielt hat, ist wohl in aller Erinnerung. Die russische Frau drängt selbst in den Vordergrund der Aktion; in den polnischen Revolutionen — ja, man kann sagen in der gesamten polnischen Geschichte sind die Frauen die aus dem Hintergrunde treibenden Kräfte, die Männer, sehr viel häufiger als die Geschichte erzählt, die nach außen hin agierenden Marionetten. Polen ist das Land der Welt, in welchem wohl die meisten Ehescheidungen stattgefunden haben und stattfinden — aber eine polnische Frauenbewegung hat es niemals gegeben. In Rußland dagegen ist der Feminismus fast zu einer Nationalkrankheit geworden und der Typus der Kursistin vielleicht die meist

charakteristische Erscheinung der Gegenwart. Das Thema ist unerschöpflich und psychologisch im höchsten Grade interessant, aber wir brechen ab, um uns politischen Fragen zuzuwenden, die mehr an der Oberfläche liegen und weniger indiskret sind.

Da ist zunächst darauf hinzuweisen, daß innerhalb des französischen Ministeriums die Gegensätze, die so überraschend in dem Angriff Clemenceaus auf Briand zum Ausdruck kamen, sich doch nicht, wie man meinte annehmen zu dürfen, wieder verflüchtigt haben. Vielmehr haben sie sich über der leidigen Separationsfrage so weit gesteigert, daß heute in Paris bereits Gerüchte von einer Ministerkrisis im Umlaufe sind. Die Meinung geht dahin, daß Briand, der die versöhnlichere Richtung vertritt, darüber zu Fall kommen werde. Aber auch Clemenceaus eigene Stellung wird als erschüttert bezeichnet; wie die Dinge wirklich liegen, ist von hier aus schwer zu erkennen. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die impulsive Natur des Ministerpräsidenten auf eine baldige Klärung der Lage hindrängen wird. Über die Stellung der Kurie gehen nach der letzten entschieden ablehnenden Weisung des Papstes an die Bischöfe die Meinungen wieder auseinander, und auch darüber ist es noch nicht möglich, zu sicherem Urteil zu gelangen, da je nach ihrer Parteistellung die Presse teils optimistische, teils pessimistische Mitteilungen macht.

Sehr überraschend sind die ungünstigen Nachrichten, die aus dem französischen Kongo in Paris eingelaufen sind. Vier Europäer (wie es scheint Franzosen) sind von den Bondijios aufgefressen worden, zwei der Unglücklichen nach vorausgegangenen schrecklichen Martern.

„Man hat" — schreibt der „Temps" — „nicht einmal versucht, diese Missetaten zu strafen. Die Bondijios sind darauf gegen die Dörfer gezogen, welche mit unseren Händlern in Verkehr stehen. Die Lage ist so, daß nach Verlauf von 2½ Monaten man endlich eine Kompagnie Schützen aufgeboten hat, die, da sie Sangha im Dezember verlassen hat, nur im April aktiv wird vorgehen können. Es ist nicht unnütz, zu betonen, daß das in einer französischen Kolonie geschehen ist. Aber vielleicht hausen die Bondijios in fernen und unzugänglichen Regionen? Keineswegs. Sie haben ihre Sitze im Herzen des französischen Kongo, an den Ufern des Ubanghi, der großen Kommunikationsstraße des Landes, und an seinem Zufluß, dem Ibengha, der ebenfalls schiffbar ist. Daß man sie nicht gleich gezüchtigt hat, geschah nicht, weil sie unerreichbar

waren, sondern weil die Kolonie nicht imstande war, auch nur einen Soldaten gegen sie auszuschicken. Wenn aber die Kompagnie, die man so spät in Bewegung setzt, vier Monate braucht, um ihre Operationen zu beginnen, so liegt das daran, daß sie 700 bis 800 Kilometer zurücklegen muß, ehe sie die Anführer erreicht. Diese Tatsachen beleuchten schmerzlich die elende und wahrhaft demütigende Lage, in der sich eine unserer schönsten Besitzungen befindet. . . In einem Gebiet von der Größe Frankreichs, Deutschlands und Spaniens zusammengenommen, haben wir alles in allem ein Bataillon Truppen stehen. Unsere Posten sind 400 bis 500 Kilometer voneinander entfernt und zählen nur in Ausnahmefällen mehr als 20 Mann. Will man in Ibengha operieren, so muß Sangha entblößt werden, und umgekehrt. Daraus folgt, daß wir unfähig sind, unsere Untertanen auf einem Gebiet zu schützen, das als französisch gilt, und wenn Grenzkommissionen durchs Land ziehen, entdecken sie, daß englische und deutsche Händler in aller Ruhe Tausende von Quadratkilometern ausbeuten, ohne daß wir etwas davon erfahren" usw.

Der höchlichst entrüstete Verfasser fordert den dauernden Aufenthalt von mindestens vier Kompagnien für das Kongogebiet und zugleich eine Anleihe, um durch große öffentliche Arbeiten das Land zu erschließen. Wir zweifeln nicht daran, daß diese Wünsche in nicht allzu ferner Zukunft erfüllt werden. In Frankreich ist das Interesse für alle kolonialen Unternehmungen sehr lebendig, weil das nationale Ehrgefühl dabei in Mitleidenschaft gezogen wird. In betreff des französischen Kongo spielt aber noch eine andere Erwägung mit. Das große Interesse, das England dem Kongostaat zuwendet, erregt Sorgen. „Die Bildung des Kongostaates" — schreibt René Millet in seinem lehrreichen Buch „Notre politique extérieure de 1898 à 1905" — „hat die Rivalität der Mächte nicht beseitigt, sondern nur vertagt. Großbritannien, das sich mit aller Macht der Bildung dieses ebenso philanthropischen wie einträglichen Unternehmens entgegenstemmte, versucht zunächst, es gegen uns auszuspielen. Da das nicht glückte, hat es heute einen tugendhaften Protest gegen Belgien angestrengt, um zu zeigen, daß diese „mécréants" ihre eigenen Interessen höher stellen als die Zivilisation, und daß sie, um die Neger zum Arbeiten zu zwingen, andere Mittel brauchen als die der Überredung. Diese plötzliche Fürsorge der Engländer für die Kongoneger „a de quoi faire frémir". Man weiß wirklich nicht, was man mehr

fürchten soll, ihre Zornausbrüche oder ihre Tugendanfälle." Es ist von Interesse, darauf hinzuweisen, daß Millet diese Betrachtungen nach der perfekt gewordenen englisch-französischen Entente geschrieben hat. Aber er ist ein Mann, der auf dem nüchternen Boden der französischen Interessen steht, und mit solchen Leuten kann man sich immer verständigen. Im Dezemberheft der „Revue économique et internationale" (1906) findet sich ein Aufsatz von ihm über die deutsch-französischen Beziehungen, mit dem wir uns im wesentlichen einverstanden erklären können, wenn wir von historischen Betrachtungen absehen, über die unser historisches Urteil aus guter Kenntnis anders lautet. Am Schluß seiner Ausführungen wendet er sich gegen die enthusiastische Richtung der heutigen französischen Politik, die entweder mit Haß oder mit Liebe rechne. Die auswärtige Politik sei doch keine Sache des Gefühls, nicht Sympathien und Antipathien, sondern Interesse und Macht gäben den Ausschlag. „Man glaube nicht", schließt er, „daß wir gute Beziehungen zu England geringschätzen. Das ist keineswegs der Fall. Wir wissen ganz genau, was sie im großen bei wichtigen Fragen, im kleinen in der Tagespolitik einbringen können. Wir kennen ganz genau Ursprung und Grenzen dieses Wohlwollens, denn wir kennen die Interessen Englands. Die Engländer aber folgen nur ihren Interessen. Wir bitten daher unsere Landsleute desgleichen zu tun. Mögen sie zu ihrem englischen Freunde in die Lehre gehen: sie werden dann jenen intelligenten Egoismus sich zu eigen machen, der das gegebene Wort hochhält, aber nicht bereit ist, den Ochsen gegen ein Ei einzutauschen. Ja wir werden gerade von England lernen können, daß politische Freundschaften mit Einsicht gebraucht werden müssen, und daß man niemals die eigenen Interessen vernachlässigen darf.

Freunde so viel beliebt, vorausgesetzt, daß man dabei nicht geprellt wird, und daß Deutschland gegenüber nicht, auf die Gefahr unserer nationalen Existenz hin, die Fehler des Krimkrieges wiederholt werden."

Das ist sehr vernünftig und läßt, mutatis mutandis, sich ebenso von der Politik anderer Staaten sagen. Der besondere Interessenstandpunkt der Mächte scheint zudem, trotz der optimistischen Versionen, welche durch die Presse verbreitet werden, auch auf dem künftigen Haager Kongreß sehr deutlich zutage treten zu wollen. Schon jetzt scheint es sicher zu sein, daß England gegen die so sehr erwünschte Reform des Seekriegsrechts sein Veto einzulegen beabsichtigt. Wer sich über

den Stand der geltenden völkerrechtlichen Bestimmungen orientieren will, mag bei diesem Anlaß auf die in ihrer Kürze, Präzision und sachlichen Zuverlässigkeit klassische Darlegung des Völkerrechts von Ferdinand v. Martitz verwiesen werden, die auf nur wenig über 60 Seiten das ganze Gebiet umfaßt und namentlich die Fragen des Kriegsrechts sehr lehrreich formuliert. Es ist das Resultat eingehender Spezialstudien, das hier in ganz populärer Form geboten wird, und allen Gebildeten zu den Voraussetzungen ihrer allgemeinen Bildung mit gehören sollte (Kultur der Gegenwart II. 8). Der russische Geheimrat v. Martens der jetzt auf der Rückreise nach Petersburg begriffen ist, hat sich mit dem Ergebnis seiner Rekognoszierungsreise sehr zufrieden ausgesprochen. Nach einer aus Washington kommenden Nachricht soll auch die von Herrn Millet so ironisch berührte Frage der Stellung der Neger im Kongostaate zur Verhandlung gestellt werden. Da wird man ja sehen, ob die „Tugendanfälle" und die mit ihnen kombinierten Interessen oder der Revers der besonderen belgischen Interessen das Übergewicht gewinnen wird. Vielleicht liegt der richtige Ausweg in einer recht deutlichen Begrenzung beider Tendenzen.

In Rußland erregt die offiziell verbotene Geschichte des russisch-japanischen Krieges von Kuropatkin doch großes Aufsehen. Sie erschien in drei Bänden im Dezember vorigen Jahres und ist uns bisher nur durch die von englischen Zeitungen veröffentlichten Auszüge bekannt. Ist die Selbstverteidigung eines unglücklichen Feldherrn stets mit gewissen Vorbehalten aufzunehmen, so gilt das noch mehr von der Beurteilung von Auszügen, die offenbar mit bestimmter Tendenz angelegt worden sind. Denn die bisher bekannt gewordenen Angriffe Kuropatkins auf die ihm unterstellten Generale richten sich vornehmlich gegen Persönlichkeiten, die durch ihre Teilnahme an der Niederwerfung der Revolution in den radikalen Kreisen besonders verhaßt sind: Kaulbars, Rennenkampf, Orlow — aber auch Bilderling und Grippenberg werden stark mitgenommen. Ihre Insubordination habe alles Unheil verschuldet, und von den Japanern wäre kein Mann entkommen, wenn Kuropatkins Befehle erfüllt worden wären! Das mag sein — aber der Erfolg des Krieges hat anders entschieden, und niemand wird einen Oberkommandierenden von aller Schuld freisprechen, der sich den Gehorsam seiner Generale nicht zu sichern weiß. Jedenfalls scheint jene Kuropatkinsche Publikation zu beweisen, daß wir über die Geheimgeschichte der mand-

schurischen Tragödie noch immer nur sehr unvollkommen unterrichtet sind.

Die Resultate der russischen Wahlen zweiter Kategorie liegen nunmehr bis zum 14. Februar vor uns. Sie scheinen zu beweisen, daß die politische Stimmung Rußlands in dem halben Jahre, das seit Auflösung der Duma hingegangen ist, noch weiter nach links gerückt ist. 2178 Monarchisten und Gemäßigten stehen 2330 Oppositionswahlmänner gegenüber, dazu 432 Mitglieder der nationalen Parteien und 227 von unbekannter Parteirichtung.

Monarchisten wurden gewählt von den Bauern 30,7 pCt. (bäuerliche Wahlmänner), von den Großgrundbesitzern 33,1, von den Städtern nur 6,2 und von den Arbeitern gar nur 1,6 p.Ct. Dabei sind aber die Wahlen der großen Städte, die ganz gegen die Regierung ausfielen, noch nicht mit in Anschlag gebracht.

Was kann das für eine Duma geben! Es läßt sich das allerschlimmste befürchten, wenn nicht, wie gehofft werden darf, die Regierung eine feste Stütze am Reichsrat findet und dessen durch die Verfassung verbürgte Stellung mit aller Energie aufrechterhält. Denn schon jetzt tritt die Tendenz zutage, den Reichsrat gleichsam zu übersehen. Er ist in seinem Bestand wesentlich durch Senatoren von erprobter Arbeitsfähigkeit und Geschäftskunde verstärkt worden, und wenn der Verfassung ihr Recht bleibt, müßte es möglich sein, durch sie in Kombination mit der Krone ein heilsames Gegengewicht gegen die Duma zu behaupten. Wenn, wie jetzt zuversichtlich bestätigt wird, die Truppen in Gehorsam und Disziplin zur Regierung stehen und dadurch das Land vor revolutionären Massenerhebungen geschützt wird, wenn das Ministerium sich nicht durch die radikalen Phrasen und Resolutionen imponieren läßt, die wir von der ersten Duma her kennen, ist es immerhin möglich, daß diese zweite russische Volksvertretung allmählich auf die Bahn produktiver Arbeit geführt wird. Aber wahrscheinlich ist es leider nicht!

Wie sehr sich in den letzten zwanzig Jahren die Ansprüche der russischen Liberalen gesteigert haben, mag an dem Aufruf gezeigt werden, den im Jahre 1883 die russischen Konstitutionalisten durch ihre Geheimtypographie verbreiteten, wobei darauf hinzuweisen ist, daß es sich um ein Maximum, nicht um ein Minimum des Wünschenswerten handelt. Nach einer überaus leidenschaftlichen Einleitung, wie

sie schärfer kaum heute geschrieben werden könnte, heißt es zum Schluß: „Unser Programm ist einfach und klar. Es besteht in Folgendem:

1) Berufung von Vertretern des russischen Landes zu einer besonderen beratenden Körperschaft, in welcher mündlich alle Gesetze, Projekte und das jährliche Budget beraten werden sollen. Dem Kaiser soll freistehen, dem Minoritäts- oder Majoritätsvotum zuzustimmen, und seine Entscheidung soll Gesetzeskraft erlangen.

2) Freiheit des Bekenntnisses und Beseitigung der Präventivzensur, wie der Strafen für Zensurüberschreitungen; Vergehen der Presse sollen von Geschworenen gerichtet werden.

3) Amnestie für alle Vergehen gegen den Staat."

Die Verfassung vom 17. Oktober hat die beiden ersten Forderungen längst überholt. Auch die Amnestie für politische Vergehen, soweit sie nicht gemeine Verbrechen, Raub und Mord sind, wird schwerlich lange auf sich warten lassen, aber wie wenig ist darauf zu rechnen, daß das heutige Rußland sich damit zufrieden gibt.

Wir stehen vor einer neuen Krisis von höchstem Ernste, es wäre vermessen, ihren Ausgang vorhersagen zu wollen.

21. Februar. Nachricht von einer Niederlage von Honduras im Kampf gegen Nicaragua. Die Vereinigten Staaten schließen asiatische Arbeiter von der Einwanderung in die Union aus.
22. Februar. Serbisch-Lothringischer Handelsvertrag.
23. Februar. Das erste Ministerium der Kolonie Transvaal wird mit Louis Botha als Ministerpräsidenten gebildet.
25. Februar. Ausstand der Eisenbahner in Triest.

---

27. Februar 1907.

In der „Revue politique et parlementaire" vom 10. Januar finden wir einen Brief des Vicomte Combes de Lestrade über die deutsch-französischen Beziehungen, der in Anknüpfung an einen Aufsatz von Millet in derselben Zeitschrift das Problem in einer Weise behandelt, die alle Beachtung verdient. Da ein Auszug manches verwischen würde, lassen wir, mit geringen Auslassungen, eine Übersetzung des vollen Textes folgen. Der Leser wird dabei im Auge behalten, daß es ein Franzose ist, der vor der französischen Öffentlichkeit rückhaltlos mit seiner Meinung hervorzutreten den Mut gefunden hat. Daß sie nicht in Einklang mit den Stimmen steht, die uns Tag für Tag aus der französischen Residenzpresse entgegenklingen, beweist wohl, daß eine andere öffentliche Meinung neben der der Presse hergeht. Ist sie zurzeit nicht die einflußreichere, so mag doch auch ihr Tag einmal kommen. Der Brief lautet:

„Mein lieber Direktor!" (gemeint ist der Chefredakteur der „Revue", Herr Ferdinand Faure). „Erlauben Sie mir als einem Ihrer ergebensten Mitarbeiter einige Worte dem so wohltätigen — ich finde keinen besseren Ausdruck — Artikel anzuschließen, den Herr René Millet im Dezemberheft der „Revue" veröffentlicht hat. Herr Millet hat sehr treffend, und was wichtiger ist, sehr klar das gesagt, was viele urteilsfähige Leute denken, und was die allgemeine Meinung wäre, wenn es nicht Mode wäre, den Fragen auswärtiger Politik gleichgültig gegenüberzustehen. Moden aber entstehen nicht spontan, sondern werden von jemandem ge-

schaffen, dessen Interessen sie dienen. Weder Sie noch ich blicken auf ein Jahrhundert zurück, und doch haben wir eine Zeit gekannt, in welcher jeder Bürger sich für befähigt hielt, seine politische Ansicht zu wählen, und nicht der Meinung war, daß er unfähig sei, über Fragen auswärtiger Politik zu urteilen, sich auch bemühte, seine Ansicht und sein Urteil geltend zu machen. Seit einigen Jahren stellt man es uns als patriotische Pflicht dar, uns blind und passiv allen Impulsen unterzuordnen, die der auswärtigen Politik gegeben werden. Selbst Leute, die diese Politik für höchst gefährlich halten, fühlen sich verpflichtet, zu schweigen, „um die Aktion des Quai d'Orsay nicht zu stören," d. h. um den Lauf dem Abgrunde zu nicht zu hemmen. Das ist so absurd, daß es nur Produkt eines geschickten Kunstgriffes sein kann. Man hat uns ans Schweigen gewöhnt, weil man Dinge vorbereitete, über die wir geschrien hätten. Herr René Millet hätte selbst, wenn seine Ausführungen irrig gewesen wären, dem Lande schon dadurch einen großen Dienst geleistet, daß er die dunkele Mauer niederriß, die unserem Auge Dinge verdeckte, von denen die Existenz des Vaterlandes abhängen kann.

Aber es ist ein noch größeres Verdienst, daß er diese Wahrheit, die viele fühlen und fast alle ahnen, ausgesprochen hat. Bereits in einer vorausgeschickten Studie hatte er die Genesis der Marokkoaffäre dargelegt. Sie ist im Grunde trivial, und schon der „Vicaire de Wakefield" hat sie erzählt. Sie erinnern sich der Episode, wie ein Junge von wenig Verstand sein Pferd gegen ein Kalb, das Kalb gegen ein Schwein, das Schwein gegen eine silberne Brille vertauscht, und als er heimkehrt, entdeckt, daß das Silber nur Blech ist. Genau dasselbe haben wir durch die Serie unserer Handelsgeschäfte mit England getan, sie fingen in Faschoda an und endeten mit der Anerkennung unserer Aktionsfreiheit in Marokko. Ich war in Afrika, als die Indiskretion eines englischen Blattes uns offenbarte, daß wir auf die Vorrechte verzichtet hatten, die uns im Hinterlande von Marokko zukamen, und daß man uns großmütig durch die Erlaubnis entschädigt hatte, uns auf das marokkanische Wespennest zu stürzen. Ich sah die Verzweiflung — das Wort sagt nicht zu viel, wenn alte Soldaten vor Schmerz weinen — der Führer unserer Armee, als so viele Anstrengungen zunichte gemacht wurden. Sie mußten schweigen. Ich versuchte zu reden und mußte zum ersten Male feststellen, daß mein Alarmruf keinen Widerhall fand und verloren ging in der öden Stimmung jener Tage.

Was immer die Genesis gewesen sein mag, es gibt eine marokkanische Frage. Als ich Anfang März 1905 von einer langen Reise durch Deutschland heimkehrte... schrieb ich Ihnen, daß ein einfaches Mißverständnis...wenn es fortdauere, die allerernsthaftesten Folgen nach sich ziehen könne. Jenseits des Rheins glaubte man mit Bestimmtheit, daß wir aus Tollheit oder übel beraten, einen Kriegsvorwand suchten (conflit armé). Es war das ein großer Irrtum. Man konnte ihn entschuldigen, weil durch Übertreibung, namentlich aber durch Entgleisung eines Gefühls, das uns zur Ehre gereicht, in Frankreich nie ein Wort gesagt worden war, um den Kriegsfall abzuwenden. Oder — um ganz genau zu sein —wenn wir mitunter gesagt hatten, wir w o l l t e n keinen Krieg, hatten wir doch nie gesagt, daß wir ihn nicht w ü n s c h t e n. Deutschland dagegen hatte, wenn ich so sagen darf, die Beweise, daß es eine entente wünsche, gehäuft. Man hat aber diese Beweise und die sich daraus ergebenden Zeugnisse niemals dem großen Publikum zu Gesicht kommen lassen, dessen Meinung, wenn sie einmal feststeht, sich Gehorsam erzwingt. Deutschland aber, das wußte, daß es gesprochen hatte, und nicht wußte, daß seine Worte unterschlagen und seine Handlungen verdeckt worden waren, geriet in Zorn darüber, daß es keine Antwort erhielt.

Bis dahin war die Schuld sehr ungleich zwischen beiden Ländern und beiden Regierungen verteilt. Sie wurde ausgeglichen an dem Tage, an dem Herr Delcassé zurücktrat. Die deutsche Diplomatie zeigte, wie ungeschickt sie einem Teil ihrer hohen Aufgabe gegenüberstand, indem sie es nicht verstand, in einer Sekunde alle Gegensätze aus einem Mißverständnis zu zerstreuen, das nicht länger dauern konnte (improlongeable), oder eine kordiale Haltung anzunehmen. Das wäre aber um so leichter gewesen, als damit die Wünsche der Kaiserlichen Regierung verwirklicht worden wären. Unsere Regierung beging den großen Fehler, daß sie unseren Gegner nicht nötigte, die Faust zu öffnen, indem sie ihm die Hand entgegenstreckte. Alles, was seither geschehen ist, brauchte nicht zu geschehen. Alle Gefahren, die Europa bedroht haben, sind auf diesen Nachmittag zurückzuführen. Ein leichter Ruck am Steuer genügt, um ein Schiff auf die Klippe zu werfen, die vor ihm liegt. Aber die Lage ist nun einmal, wie sie ist. Wir müssen mit ihr rechnen. Ist es aber unmöglich, sie zu modifizieren? Gewiß nein. Herr Millet zeigt es in aller Kürze, aber ganz

präzis. Die Vorwände, die man geltend gemacht hat, sind im Begriff, Gründe zu werden, mit denen man operieren wird. Während unsere materiellen Interessen in Marokko stehen blieben, unsere moralischen Interessen an relativer Bedeutung abnahmen, hat Deutschland in verschiedener Weise Fuß gefaßt. Vor 18 Monaten war der deutsche Widerspruch gegen unser marokkanisches Werk gleichsam symbolisch. Man gab unserem Verhalten die Bedeutung eines Symptoms, aus dem sich schließen ließ, was wir auf anderem Gebiet, das die Entwicklung und Sicherheit des Reiches anging, tun würden. Heute ist zu dieser fortdauernden Schätzung ein anderes weniger allgemeines aber reelleres Wertobjekt gekommen. Es ist nicht mehr daran zu denken, daß Deutschland von marokkanischen Angelegenheiten ausgeschlossen werden könnte, und eine ehemals mögliche Kombination ist dadurch unmöglich geworden. Wir können nicht mehr alleinige Herren Marokkos bleiben, indem wir Deutschland an einem anderen strittigen Punkte befriedigen. Die materielle Lage ist also schlimmer geworden. Und doch empfindet niemand mehr die Unruhe und den patriotischen Zorn, der Frankreich 1905 erregte. Der Grund kann wohl nur sein, daß verschiedene Erwägungen Deutschland veranlaßt haben, seine Opposition zu vertagen!

Ich zitiere Herrn Millet, der am besten unseren gemeinsamen Gedanken ausdrückt. „Das beweist wieder einmal, wie sehr es nötig wäre, sich mit Deutschland zu verständigen." Gewiß Herr v. Bülow hat es gesagt, von Freundschaft kann zwischen zwei Ländern nicht die Rede sein, die Elsaß-Lothringen trennt. Wer aber schlägt denn vor, Deutschland zu l i e b e n? Und wer würde raten, eine jener dauernden und allumfassenden Allianzen abzuschließen, die eine gewisse Verschmelzung der Geister herbeiführen, indem sie das Leben der verbundenen Völker solidarisieren! Aber wir haben viele gemeinsame und noch mehr gleichartige Interessen. In welcher Hinsicht würde die Regelung dieser Interessen Gefühle verletzen, die wir in Ehren aufrechterhalten? Und wie würde der Schutz, den ein vereinbartes Vorgehen diesen gleichartigen Interessen verleihen würde, die Möglichkeit von Hoffnungen mindern, die uns teuer sind? Vor allem aber, wir haben auch entgegengesetzte Interessen, die entweder zu einem Konflikt oder zu einer Verständigung führen müssen. Man muß daher wählen, bevor Gegensatz oder Opposition, indem sie sich verschärfen, die Wahl unmöglich machen.

Die Italiener sind weder aus Sympathie Alliierte Österreichs geworden noch aus Sympathie bei der deutschen Allianz geblieben. Herr Luzzati hat sich darüber mit einer Offenheit ausgesprochen, die ihm die Achtung und den Dank seiner Mitbürger eingetragen hat. Die Italiener haben den Aufschwung zum Wohlstande, der sich bei ihnen vorbereitet vor jeder Aggression schützen wollen. Sie blicken in die Zukunft, ohne etwas von ihrer Vergangenheit zu verleugnen. Und es lohnt wohl mindestens, über dieses Beispiel nachzudenken. „Wenn wir" — sagt Herr Millet — „in Marokko ein Feld der Verständigung mit Deutschland finden, werden unsere Nachbarn uns alles leichter machen. Anderenfalls stehen wir Chikanen gegenüber." Was aber werden wir dann tun? Sind wir wirklich entschlossen, Gewalt zu brauchen, um sie zu vereiteln? Ist Marokko ein so beneidenswerter Gewinn, daß wir die Existenz unseres Vaterlandes, wenn nicht materiell, so doch mindestens als Großmacht dagegen einsetzen? Antwortet man darauf mit „Nein", so wünscht man eine begrenzte klargefaßte Verständigung mit Deutschland.

Nun hat man uns allerdings gesagt, daß es einen Ersatz dafür in „ententes cordiales", „amitiés sincères" und „alliances fidèles" gäbe, deren Kombination es möglich mache, ebensogut, ja besser, die „querelles d'Allemand" zu vermeiden. Man kann es zugeben, aber ein so kompliziertes System hat auch seine Schwächen. Die Elemente, aus denen es besteht, können ohne unsere Schuld unversöhnlich und sich gegenseitig ausschließend werden. Dann aber ist auch hier die vulgäre Frage zu stellen: was kostet dieser Schutz und diese Assekuranz? Schädigt sie nicht unsere moralische Persönlichkeit und unseren berechtigten Stolz weit mehr, als eine präzise, in Freiheit überlegte, freiwillig übernommene Verständigung mit dem Nachbarstaat? Und beeinflußt nicht dieses komplizierte System die Richtung unserer inneren Politik, die durch jene fragmentarische Entente nicht berührt werden würde? Ich übergehe dabei noch die materiellen Interessen.

Man hat der Frage, welche der Artikel Herrn Millets stellt, eine Form gegeben, die notwendig zu falscher Antwort führt: Man muß, hat man gesagt, entweder mit England gegen Deutschland sein oder mit Deutschland gegen England. Gewiß nicht! Weder die Hoffnungen noch die Wünsche Deutschlands sind je so weit gegangen. Wir sind in ihren Augen keine Macht zweiten Ranges, die man benutzt und die

Dienste zu leisten hat. Bei einer Zusammenkunft, in der unsere Empfindlichkeit so wenig geschont wurde, daß man sie absichtlich zu reizen schien, gab ein angesehener Deutscher dieser Alternative einen anderen Ausdruck. Wir wollen wissen, sagte er, ob Frankreich sich den Engländern gegen uns anschließen wird, oder ob nicht.

Ich war kürzlich in Wien. Auf Grund des sehr großen Vertrauens mit dem man mich dort beehrte, fragte ich die notorischsten Gegner des Pangermanismus, welches ihre Haltung sein würde, wenn der Dreibund abliefe. Alle sprachen sich für die Erneuerung aus. Österreich kann jetzt nicht isoliert bleiben. Es müßte andernfalls auf weit mehr verzichten, als auf seine Vergrößerungspläne. Namentlich müßte, bei einer Lösung von Deutschland, eine Allianz gesucht werden, die nicht nur die gleiche Sicherheit böte, wie die deutsche, sondern auch Schutz gegen ein feindselig gewordenes Deutschland. Wo aber sei diese Allianz zu finden? Rußland könne sie zurzeit nicht bieten. England würde für Österreich nur etwas tun können, wenn seine Schiffe den Böhmerwald erreichen können. „Nur Deutschland" — schlossen meine Wirte — „kann uns vor Deutschland schützen." Nach dem Resultat zu schließen, ist die Rechnung nicht falsch, und das könnten auch andere Leute erwägen.....

Daß wir jenseits des Rheins „der Erbfeind" sind, ist möglich, aber heute von wenig Interesse. Seit 35 Jahren wird Deutschland nicht mehr von Erinnerungen beherrscht. Der Idealismus weicht immer mehr sehr konkreten Interessen, die mit seltenem Scharfblick erfaßt werden. In einer einzigen sozialen Klasse, der der Gelehrten, „der Intelligenz", wird man merkliche Reste dieses eifersüchtig überlieferten Hasses finden, aber seine Wirksamkeit schwindet mit der reinen Überlieferung Überall sonst trübt diese Empfindung die klare Einsicht nicht, wie viel Deutschland durch eine moralische Abrüstung mit Frankreich gewinnen würde. Sie hemmt die Überzeugung nicht, daß die Zukunft Europas und das Heil unserer Rasse von diesem Frieden abhängt. Man mag nun unsere Nachbarn deshalb loben oder verspotten — ich meinerseits lobe sie deshalb sehr — wir stehen weder der Zukunft Europas, noch dem Schicksal unserer Rasse gleichgültig gegenüber.

Man braucht keineswegs sehr feine Untersuchungen anzustellen, um zu entdecken, daß die notwendige Vorherrschaft Europas und die Entente der verschiedenen großen europäischen Völker in Abhängigkeit voneinander stehen. Man erfährt das nicht nur durch Gespräche. Jour-

nale, in Deutschland erscheinende Bücher, sogar solche, deren offizieller Ursprung zugegeben wird, wiederholen immer wieder diese Wahrheit und variieren nur in den vorgebrachten Argumenten. Wenn es ein mot d'ordre wäre, müßte man die Tatsache um so höher einschätzen, aber das ist unwahrscheinlich. Der noch so wenig beobachtende Reisende sammelt leicht Beweise für die Aufrichtigkeit dieser vorherrschenden Stimmung. Das Staatsoberhaupt empfängt ihn mit Auszeichnung, bloß weil er Franzose ist; die aristokratischen Kreise beglückwünschen ihn, weil er zur „nation la plus policée de l'univers" gehöre; im Offizierkasino kommt jederzeit der Respekt — ich sage: der Respekt — spontan zum Ausdruck, den unsere Armee sich in der schwersten Prüfung erworben und behauptet hat. Der Kaufmann und der Industrielle sagen, daß die Produktion beider Länder sich ergänze, und daß ihre Verständigung in ökonomischen Fragen Europa gestatten würde, von der Konkurrenz der Neuen Welt Vorteil zu ziehen, ohne ihre Gefahren zu fürchten.

Welches sind nun solchen Strömungen gegenüber unsere Gesinnungen? Es würde zu viel Raum kosten, sie darzulegen. Ihre Leser wissen, daß, wenn unsere Erinnerungen bitter und unsere Hoffnungen heiß sind, sie doch nicht einen Haß erzeugen, der groß genug wäre, ihm alles zu opfern, was ihm nicht dient. Ist das richtig, weshalb sollten unsere Bestrebungen nicht denen der Deutschen entsprechen? Aber es scheint wohl, daß sie es nicht tun, wenn man die teils stillschweigende, teils laute Billigung in Betracht zieht, welche die Politik derjenigen, die uns regieren, im Lande findet.

Vielleicht habe ich recht zu sagen: „Es scheint wohl." Dem Lande sind seine auswärtigen Angelegenheiten so gleichgültig, daß es die Ansicht, die man ihm fertig vorlegt, annimmt und diese Passivität rechtfertigt, indem es sie „patriotische Zurückhaltung" nennt. Die große Masse unserer Gesetzgeber sieht in dieser Frage eine Spezialität, die der Diskretion des Ministeriums überlassen bleibt. Nach den gesunden parlamentarischen Regeln macht sie ihr Gewicht auf das Kabinett nur geltend, wenn eine wichtige Frage — z. B. der Preis der Postmarken oder die zu frühe Entlassung von Stützen der Familie — vorliegt.

Die Nation hat also keine eigene Meinung und keine Empfindung, die stark genug wäre, um sie daran zu verhindern, eine Meinung anzunehmen, die den Deutschen sympathisch wäre. Wenn der Tag, an dem

sie entscheiden muß (und dieser Tag kann bald anbrechen), herankommt, kann nicht zweifelhaft sein, welche Wahl unser Volk trifft. Herr Millet hat recht, wenn er sagt, daß man Wilhelm II. mindestens das Verdienst zuerkennen müsse, daß er, der das formidabelste Kriegsinstrument in Händen hält, niemals den Dämon des Krieges entfesselt hat. Aber verdienen wir nicht das gleiche Lob? Wenn wir den Krieg wollten, wenn man uns bestimmen könnte, ihn aus anderem Anlaß als auf Grund einer Beleidigung und gegen den Beleidiger auf uns zu nehmen, würden wir nicht warten, bis die schwindelerregende Wandlung der Ideen das Kampfinstrument schwächt, das wir durch 30 Jahre voller Anstrengung, Opfer und Klugheit geschaffen haben. Wenn wir keinen Krieg mit unseren Nachbarn wollen, werden wir uns wohl entschließen müssen in Frieden mit ihnen zu leben, unsere Beziehungen zu regeln, auf gemeinsame Kosten gemeinsame Notwendigkeiten sicherzustellen und mit ihnen den Gefahren die Stirn zu bieten, die uns gleichzeitig bedrohen.

Die Faktoren der Zukunft geben uns zu sehr recht, als daß die Ereignisse uns unrecht geben könnten. Aber es kann geschehen, daß man diesen Ereignissen nicht ihren natürlichen Lauf läßt. Zu Zeiten des Kardinals Dubois — um unter den verhängnisvollen Ministern einen zu nennen, über den kein Streit möglich ist — wies der gesunde Verstand auch auf notwendige Verständigungen, man schloß aber andere ab. Die Tollheit der Menschen kann den Willen der Dinge matt setzen. Diesen Willen muß man ins rechte Licht setzen, ehe er uns zerbricht, weil wir ihm widerstehen....."

Wir lassen den nicht mehr sehr umfangreichen Schluß fort. Er betrifft innere deutsche Verhältnisse, über die der Verfasser sich im Irrtum befindet. An der jüngsten Reichstagsrede des Fürsten Bülow kann er sich eines Besseren belehren. Aber wir legen den oben wiedergegebenen Ausführungen, nach ihrer positiven wie nach ihrer negativen Seite, große Bedeutung bei und empfehlen sie sorgfältiger Beachtung. Vicomte de Lestrade hat in der Hauptsache ohne Zweifel recht, und über Meinungsverschiedenheiten im einzelnen wollen wir nicht streiten. Die Gesinnung, aus der er schreibt, kann nur gerühmt werden — wie viel hinter ihm steht, wissen wir, wie gesagt, nicht. Er gehört den Kreisen an, die in prinzipiellem Gegensatz zu der regierenden sozialistisch-radikalen Partei stehen; bisher sehen wir keine Anzeichen, daß sie ihren Platz zu räumen gesonnen wäre. In der Frage der Separation gehen

Clemenceau und Briand wieder Hand in Hand, wenn ersterer auch kein Hehl daraus macht, daß er den Optimismus seines Freundes und Kollegen nicht teile und an eine schließliche Kapitulation der Kurie nicht glaube. Auch ist es, nach den letzten Nachrichten aus Rom sehr wahrscheinlich, daß er recht behält. Daß aber die Kammer mehr als früher und im Sinne Lestrades in die Leitung der auswärtigen Politik eingreifen sollte, ist ebenfalls nicht anzunehmen. Dazu müßte jenes Erwachen der öffentlichen Meinung des Landes sich vollzogen haben, von der Lestrade das Heil erwartet. Wie langsam aber pflegen derartige Wandlungen sich zu vollziehen?

Von Fragen allgemeinen Interesses rückt die der bevorstehenden Haager Konferenz immer mehr in den Vordergrund. Bekanntlich hat Deutschland zuerst von allen Mächten seine Teilnahme und Förderung all der in Sicht genommenen Bestrebungen zur Humanisierung des Krieges zugesagt. Wenn trotzdem darauf hingearbeitet wird, Deutschland als diejenige Macht darzustellen, welche dem Abrüstungsgedanken, an den so große Illusionen sich knüpfen, entgegenwirke, so ist das eine böswillige Verkehrung der Tatsachen. Einmal handelt es sich für Deutschland um die Aufrechterhaltung seiner durch ein Jahrhundert bewährten Militärverfassung und des auf idealistischer und ethischer Grundlage aufgebauten Systems der allgemeinen Wehrpflicht, das wir um seiner wohltätigen erziehenden Wirkung willen in richtigem Verhältnis zur wachsenden Volkszahl zu halten haben. Es ist nicht daran zu denken, daß wir dieses deutsche System fallen lassen. Unsere Flotte aber ist nach unserem bescheidenen Flottengesetz so angelegt, daß sie der Verteidigung unserer Küsten und unseres Handels zu dienen bestimmt ist, während andere Staaten ihre Kriegsmacht zur See in formidabelster Weise vergrößert haben und noch vergrößern. Wenn sogar, wie es jüngst geschehen ist, von der Gefahr eines plötzlichen Überfalls durch die deutsche Flotte vor der großen Öffentlichkeit des englischen Parlaments geredet werden konnte, so ist das entweder eine unglaubliche Überschätzung des Möglichen oder eine bösartige Heuchelei, hinter der Schlimmeres steckt. Es wird aber immer wahrscheinlicher, daß die in Aussicht genommene Humanisierung des Kriegsbrauches zur See Unbehagen erregt und deshalb die Frage der Minderung der Rüstungen zu Lande in den Vordergrund gedrängt wird, um an ihr die Konferenz zum Scheitern zu bringen und die Schuld dann anderen zuzuweisen. In der

Abrüstungsfrage aber stehen Rußland und Frankreich und eine Anzahl anderer Mächte mit uns auf gleichem Boden und, wie wir glauben annehmen zu dürfen, ganz ebenso in den das Seerecht in Kriegszeiten betreffenden Fragen. So läßt sich hoffen, daß trotz allem die humanen Ziele der Konferenz erreicht werden, ohne daß sie die Quelle neuer Gegensätze und unnötiger Verwickelungen wird.

Über die amerikanisch-japanischen Differenzen gehen die Nachrichten neuerdings wieder auseinander. Es konnte scheinen, als sei durch das gegen die japanischen Kulis gerichtete Einwanderungsgesetz, das den Kalifornern die den Japanern zugestandene Gleichberechtigung in betreff des Schulbesuchs versüßen sollte, aller Gegensatz endgültig beseitigt. Nun ist aber Olney, der 1894 als Staatssekretär den Vertrag zwischen Japan und Amerika abschloß, mit einem offenen Brief hervorgetreten, in welchem er an der Hand des Wortlauts des Vertrages mit allem Nachdruck bestreitet, daß die japanischen Ansprüche berechtigt sind. „Was Kalifornien bezüglich seiner Schulen in San Francisko beschließt" — schreibt Olney — „fällt absolut nicht unter den Vertrag mit Japan und ist eine Angelegenheit, mit welcher sich die Nationalregierung selbst rechtmäßig nicht zu befassen hat. Mit einem Worte, da die ganze Ausübung der Polizeigewalt durch diesen Vertrag, sowohl für die Vereinigten Staaten als für die Einzelstaaten, vorbehalten wurde und die Errichtung und Erhaltung und Organisation der öffentlichen Schulen in jedem Einzelstaat nur den Gerechtsamen dieses Staates unterliegt, haben die Japaner keinerlei Grund, über das Schulsystem von Kalifornien Beschwerde zu führen. Und die Vereinigten Staaten entbehren jeder Berechtigung, gegen die Anwendung dieses Systems auf gewaltsame Weise Stellung zu nehmen." Hat Olney, wie es scheint, recht, so bleibt immer noch die Frage, ob er nicht mit seinen Einwendungen zu spät kommt. Unter allen Umständen aber halten wir es für ausgeschlossen, daß diese Angelegenheit zu weiteren ernsteren Folgen führt. Amerika hat kein Interesse, Japan zu bravieren, und Japan von Amerika nichts zu holen. Die Philippinen sind ein sauerer Bissen und für Japan wegen der einheimischen katholischen Bevölkerung unverdaulich, ähnlich aber liegt es in betreff Hawaiis, ganz abgesehen davon, daß Japan ungeheure kolonisatorische Aufgaben in Sachalin, Korea und Formosa zu lösen hat.

Von den 524 Mitgliedern, welche die Duma zählen wird, sind bisher (25.Febr.) 448 gewählt, von denen 276 den halb und ganz revolu-

tionären Parteien angehören. Die Majorität ist diesen Parteien, unter denen die Kadetten mit bisher 72 Sitzen die stärksten sind, absolut sicher. Die Monarchisten mit 85 Sitzen stellen aber gleichfalls zum Teil eine extreme Gruppe dar, am schwächsten sind die Gemäßigten mit 42 Köpfen vertreten. Nun hat allerdings der Führer der Kadetten Miljukow erklärt, daß er streng konstitutionell vorgehen werde. Aber es fragt sich, wie er den Begriff „konstitutionell" faßt. Die Partei hat offiziell in ihrem Organ, dem „Westnik Partii" erklärt, sie werde taktisch anders als in der ersten Duma vorgehen, aber unter Wahrung des früheren Programms: „Die allgemeine Direktive für die Wahlplatform ist schon durch die Entscheidungen des Kongresses von Helsingfors gegeben. Diese Entscheidungen lagen der Platform der Antwortsadresse der Reichsduma (von 1906) zugrunde." Das bedeutet die Wiederholung der früheren Kämpfe, und, wie sich annehmen läßt, mit dem gleichen Resultat. Nur liegen für die Regierung die Verhältnisse insofern günstiger, als sie stärker ist als vor einem Jahre und, wie allseitig bestätigt wird, die Truppen ihre Haltung und ihre Zuverlässigkeit wiedergefunden haben. Vielleicht wirkt diese Tatsache etwas ernüchternd auf die erregten Köpfe, die der Erfolg der Wahlen noch weiter erhitzt hat. Die Schlagworte: Beseitigung des Ministeriums, parlamentarisches Regiment, allgemeine Amnestie und Aufhebung der Todesstrafe sind für die Regierung unannehmbar. Die Revolution wird niedergehalten, aber sie dauert fort und würde, bei Aufhebung des Kriegszustandes, wahrscheinlich sofort wieder ausbrechen. Der Generalgouverneur des Balticum hat sich noch kürzlich in diesem Sinne ausgesprochen. Dazu finden die Bombenattentate immer noch statt. Die jüngste Parole der Anarchisten scheint dahin zu gehen, die Häupter der Geheimpolizei umzubringen. Es liegt eine lange Reihe solcher Morde vor

Die Untersuchung wegen der Ermordung des Abgeordneten Herzenstein hat, wie behauptet wird, schon jetzt ergeben, daß er das Opfer von Mördern ist, die von Mitgliedern des Bundes der wahrhaft russischen Leute gedungen wurden. Die Entrüstung darüber ist begreiflicherweise groß, aber ist es nicht charakteristisch, daß die von den Terroristen verübten Morde von der gesamten radikalen Presse mit einer Fassung hingenommen worden sind, die fast den Charakter einer Billigung trug. Das Parteiwesen hat offenbar in den weitesten Kreisen fast alles sittliche Urteil vernichtet.

Daß auch deutsche, französische und englische Blätter ganz unter dem Einfluß der revolutionären russischen Presse stehen, ist kläglich, aber leider nicht zu bestreiten. Haben sie doch sogar die von Anfang bis zu Ende erlogenen Berichte über die angeblichen Folterungen armer Gefangener in Riga durch die baltischen „Barone" zu wiederholen sich nicht gescheut, ohne auch nur den Versuch zu machen, durch eine Anfrage die Wahrheit festzustellen. Das „Journal des Débats", das eine Petersburger Korrespondenz ähnlichen Inhalts bringt, knüpft daran eine recht hämische Verdächtigung der deutschen Regierung. Man weiß wirklich nicht, wie man dieses Verhalten qualifizieren soll. Was aber schließlich die Arbeitsfähigkeit und Arbeitsbereitschaft der Duma betrifft, so wollen wir nicht zu schwarz sehen. Es ist immerhin denkbar, daß die Kadetten durch die Unvernunft der Sozialrevolutionäre nach rechts gedrängt werden, und das könnte der Regierung einen Ausweg bieten.

28. Februar. Beschluß des Bundesrates in der Braunschweigischen Frage.
Beginn der Verhandlungen über den Ausgleich zwischen Österreich und Ungarn.
Serbisch-Schweizerischer Handelsvertrag.
2. März. Einberufung des braunschweigischen Landtags auf den 12. März.
5. März. Eröffnung der zweiten Duma.
6. März. Straßenkämpfe in Lodz.

---

6. März 1907.

Ein Artikel, den der Prime Minister, Sir Henry Campbell Bannerman, in der neuerstandenen liberalen englischen Wochenschrift „The Nation" veröffentlicht hat, um nachzuweisen, daß alle Nationen zur See abzurüsten hätten, England aber seine übermächtige Stellung unter allen Umständen behaupten müsse, veranlaßt den „Temps" zu einigen kritischen Randglossen, die von allgemeinem Interesse sind. Der vornehmlich in Betracht kommende Satz der Campbell-Bannermanschen Ausführungen lautet:

„Ich will zum Schluß noch ein Wort über die Haltung Großbritanniens sagen. Wir haben unsere Aufrichtigkeit schon dadurch bewiesen, daß wir unsere Ausgaben für Flotte und Heer erheblich verringert und uns verpflichtet haben noch weiter zu gehen, wenn wir feststellen können, daß man auf anderer Seite ebenso gesinnt ist wie wir. Unsere Delegierten werden also nicht mit leeren Händen auf der Haager Konferenz erscheinen.

Nun hat man zwar behauptet, daß unser Beispiel zu keinem Ergebnis führen werde, weil unsere Übermacht zur See bestehen bleibe. Ich glaube das nicht (d. h. offenbar, Campbell-Bannerman glaubt an ein ihm erfreuliches Ergebnis der Konferenz).

Die Seemacht Englands bedeutet keine Herausforderung für irgend einen Staat oder irgend eine Gruppe von Staaten. Ich bin überzeugt, daß überall in der ganzen Welt unsere Seemacht als nicht aggressiv gilt, und daß man ihr keine Anschläge gegen die Unabhängigkeit, die Handelsfreiheit und die berechtigte Entwicklung anderer Staaten zumutet, daß es also ein Irrtum ist, anzunehmen, daß die Seemächte geneigt sein werden, in unserer Stellung zur See ein Hindernis zu

erblicken, das jeden Vorschlag, die Rüstungen zum stehen zu bringen oder einen zeitweiligen Stillstand herbeizuführen, zu Fall bringen müsse.

Die Wahrheit zeigt genau das Gegenteil. Unsere allbekannte Anerkennung der beiden Hauptprinzipien, daß nämlich die Nationalitäten unabhängig und der Handel frei ist, gibt uns das Recht zu behaupten, daß, wenn unsere Flotten unverwundbar sind, sie andererseits keine Drohung über See tragen, sondern eine Botschaft herzlichen Wohlwollens, die begründet ist auf dem Glauben an eine Gemeinschaft der Interessen aller Nationen."

Hierzu bemerkt nun der „Temps": „Wir tragen dem Charakter Sir Henry Campbell-Bannermans einen sehr aufrichtigen Respekt entgegen. Aber er schätzt selbst die Aufrichtigkeit viel zu hoch, um sich zu wundern, wenn wir ihm rückhaltlos sagen, was wir von seinem Artikel denken. Es gibt, wie uns scheint, in diesem Artikel keinen Satz und kein Wort, das nicht entweder durch die Tatsachen oder durch ihn selbst widerlegt wird.

Was berechtigt zunächst Sir Henry anzunehmen, daß man sich 1899 über eine Beschränkung der Rüstungen hätte verständigen können und daß man es heute nicht kann? Was hat sich in dieser bösen Welt, auf der wir leben und in der man, wie Fürst Bülow sagte, Hammer oder Amboß sein muß, denn seither verändert? Die Welt von heute wird durch ökonomische Interessen und politische Leidenschaften bestimmt. Wir haben den Burenkrieg erlebt, den russisch-japanischen Krieg, die marokkanische Krisis. Kann man wirklich sagen, eines oder das andere hätte verhütet werden können? Gewiß — wenn die Welt aus jenen Inseln der Glückseligen bestände, die, wie Waldeck-Rousseau in einer seiner bedeutendsten Reden sagte — „reich genug sind, um den Unterhalt aller Einwohner zu sichern, und doch zu arm, um den Ehrgeiz eines Rivalen zu erregen".

Nun stelle man diesem Ideal die brutale Wirklichkeit gegenüber, und es leuchtet sofort ein, wie unvorsichtig die Vertrauensseligkeit des verantwortlichen Leiters der englischen Regierung ist.

Sir Henry Campbell Bannerman erklärt ferner, daß man ohne jede Gefahr sich mit der Begrenzung der Rüstungen beschäftigen könne, und das ist gewiß richtig, denn niemand wird die Haager Konferenz so ernst nehmen, als ob von ihr Krieg und Frieden abhänge. Auch die Mächte, die sie für unnötig halten: Rußland, Deutschland, Frankreich,

Italien, Österreich sind bereit, an der Konferenz teilzunehmen. Aber wozu die Debatte, wenn man schon jetzt weiß, daß die Majorität der Mächte es für unmöglich hält, in dieser Materie zu einer internationalen Abmachung zu gelangen? Der leitende Minister Englands weist darauf hin, daß sein Vaterland — allerdings nur provisorisch und ohne Risiko — seine Flottenrüstung gemindert habe. Auch weiß man, daß die Weiterentwicklung dieser Rüstungen von dem Ergebnis der Konferenz abhängen soll. Kommt sie nicht zum Ziel, so sollen sogleich drei weitere Panzerschiffe gebaut werden. Gewiß wird nun deshalb noch kein Krieg ausbrechen. Aber es wird hinreichen, um eine gewisse Presse zu veranlassen, als drohende und offensivpolitische Maßnahmen darzustellen, was unter Umständen den Charakter einer normalen Maßregel der nationalen Verteidigung getragen hätte. Glaubt denn Sir Henry, daß dies einen Fortschritt bedeutet? . . . .

Wenn aber, wie Campbell Bannerman zum Schluß sagt, die englische Flotte das doppelte Verdienst hat, niemanden zu beunruhigen und die Sicherheit Englands zu verbürgen, weshalb spricht er dann davon, sie zu mindern, zumal, wie der Artikel sagt, bei der Reduzierung das verhältnismäßige Übergewicht Englands aufrechterhalten werden soll? Man sieht, daß selbst bei einem überzeugten Friedensapostel — wenn er Engländer ist — die patriotische Fürsorge den Ausschlag gibt. Sir Henry Campbell Bannerman würde sich nicht in den Gedanken finden, daß England aufhören könnte, die stärkste Seemacht zu sein. Wie kann er sich darüber wundern, daß, was er als selbstverständlich in Anspruch nimmt, gleich lebhaft von anderen empfunden wird?

Mag daher die Konferenz im Haag ihren Charakter wahren als eine Versammlung von Juristen, die fähig sind, Gutes zu schaffen, denen aber Schranken gesetzt sind. Herr v. Martens, der der Konferenz doch gewiß nicht übelwollend gegenübersteht, hat sich hier gerade so ausgesprochen. Wozu sollen wir Illusionen wachrufen, die in eine Enttäuschung ausmünden? Die Konferenz kann das Kriegsrecht kodifizieren und schon dadurch der Menschheit einen großen Dienst leisten. Die Periode des allgemeinen Friedens wird sie nicht begründen. Sollte aber diese Legende Glauben finden, so gibt es eine bittere Enttäuschung und es gibt nur ein Mittel, ihr vorzubeugen: die Wahrheit zu sagen. Das haben wir getan und das werden wir auch ferner tun!“

Zu diesen Ausführungen, die wir Wort für Wort unterschreiben, sagen wir dem „Temps" unseren Glückwunsch, und es soll uns freuen, wenn wir uns auch ferner auf diesem Felde die Hand reichen können. Das „Journal des Débats" zeigt weniger Aufrichtigkeit und weniger Mut und kommt zum Ergebnis, daß für Frankreich kein anderer Ausweg bleibe, als sich England anzuschließen. (Quant à notre pays, il est bien évident qu'il ne pourra refuser de s'associer aux propositions anglaises!)

Das ist aber um so kleinmütiger, als in England selbst einerseits der Gedanke der Limitierung der Rüstungen auf Widerspruch stößt, andererseits gerade dort neben den Friedensaposteln auch Skeptiker selbst in den Kreisen der Liberalen ihre Stimme zu erheben beginnen. Auch die „Tribune", die dem Kabinett doch nahesteht, gehört zu ihnen. Sie meint, das Beste wäre, wenn England offen und ohne Vorbehalt sich dem russischen Antrag anschließen und allen Handelsschiffen auch in Kriegszeiten unbehinderte Fahrt sichern wollte. Dadurch würde zwar der Schaden gemindert werden, den England einem Gegner zufügen könne, aber man wäre auch für den Fall irgend. eines Mißerfolges zur See der Sorge ledig, daß England einer Hungersnot ausgesetzt sein könnte. Gewiß ist diese Frage der Erwägung wert, aber sie greift willkürlich eine Frage des notwendig zu revidierenden Seerechtes vor anderen gleich wichtigen heraus. Wir möchten bei diesem Anlaß an einen ausgezeichneten Artikel des „Nauticus", Jahrgang 1905, S. 232—245 erinnern, der die „Fragen des Seekriegsrechtes" mit Sachkunde und Vorsicht behandelt. Der Artikel zählt dabei die folgenden Probleme auf: Die Frage der Hoheitsgewässer, der Benutzung von Minen und Torpedos, der Blockade, des Konterbandenrechts, der Ausrüstung von Hilfskreuzern, der Neutralitätsgesetze, der Kabel und Funkensprechstationen, der Postschiffe, der Benutzung neutraler Gewässer durch die Kriegführenden (einschl. Kohlenstationen). Das alles harrt einer Kodifikation, sobald sich eine Vereinbarung erreichen läßt, und auf diesem Felde, nicht auf dem utopischen der Rüstungsfrage, liegen die humanen Aufgaben des Kongresses vornehmlich. Die neuen Riesentypen für die Kriegsschiffe, die England eingeführt hat und die Japan und die Vereinigten Staaten sofort nachgebildet haben, um sie, wie es scheint, bald zu übertrumpfen, haben die Lasten der Kriegsrüstungen mehr gesteigert als der natürliche Zuwachs, den die Schutz-

pflichten notwendig vorschreiben, die jeder Staat seinen Angehörigen gegenüber hat, so lange er selbst für sich und seine Ehre einzustehen gewillt ist. Wir sind aber nach wie vor der Überzeugung, daß diese Ehre das höchste aller nationalen Güter und jedes Opfers wert ist. Es ist vielleicht nützlich, gegenüber dem Mißbrauch, der neuerdings mit einer Äußerung des Staatssekretärs Root getrieben wird und die dahin ausgelegt worden ist, daß die Vereinigten Staaten dem englischen Antrage sich voll anschließen würden, an die Botschaft des Präsidenten Roosevelt vom 4. Dezember 1906 zu erinnern, die sich durchaus mit unseren Anschauungen deckt. „Heute" — sagte er — „gibt es noch keine Macht, die verhindern kann, daß Unrecht geschehe, so viel auch die Haager Konferenz und andere Bestrebungen darauf hinarbeiten, ein internationales Gewissen und eine öffentliche Meinung zu entwickeln, die zu einer solchen Macht führen sollen. Wir müssen mit Verhältnissen rechnen, die einmal da sind, nicht mit Möglichkeiten und Scheinbildern von Visionären und Gefühlsmenschen. Wie die Dinge einmal liegen, gibt es nur eine Aussicht, daß die Gerechtigkeit über Tyrannei und Unrecht siege, die nämlich, daß die Nationen sich in Bereitschaft halten, die an das Recht glauben und auch mit der Tat das Recht zu verteidigen bereit sind. Es ist daher ein törichtes und übeles Ding für eine große und freie Nation, sich der Macht zu begeben, ihr eigenes gutes Recht zu verteidigen und in Ausnahmefällen auch für das gute Recht anderer einzutreten."

Das ist der gesunde Menschenverstand von „Unkel Sam," und wir halten es für undenkbar, daß er plötzlich versagen sollte. Dieser gesunde Menschenverstand hat sich auch an der Beseitigung der Schwierigkeiten bewährt, welche die kalifornische Schulfrage brachte. Sie ist, wie ausführlich in einer Korrespondenz der New Yorker „Evening Post" aus Washington dargelegt wird, jetzt in der Tat beseitigt, und zwar so, daß es fortan kein Ausnahmegesetz mehr gibt, das die japanischen Kinder trifft. Das neue kalifornische Schulgesetz läßt alle Kinder fremder Rasse unter 16 Jahren zu den Schulen der Weißen zu, wenn sie englisch sprechen können. Für des Englischen unkundige Kinder fremder Herkunft aber werden besondere Schulen errichtet werden. Damit hat man sich in Japan denn auch zufrieden gegeben. Die Forderung, daß ältere Japaner, das heißt solche über 16 Jahre, mit amerikanischen Kindern zwischen

6 und 10 Jahren auf einer Schulbank sitzen sollten, war von keinem Gesichtspunkte aus aufrechtzuerhalten.

Neu hinzugekommen ist dann die Immigration Bill Amendment, d. h. die Änderung des Einwanderergesetzes, welches japanische Kulis und Ackerbauer von Westamerika fernhalten wird. Dieses Gesetz ist in Tokio einfach notifiziert worden und auf keinen Widerspruch gestoßen, so daß diese Angelegenheit als erledigt betrachtet werden kann.

Von Interesse sind aber die Bemerkungen, welche die freihändlerische „Evening Post" an diese Angelegenheit knüpft. Sie findet den Ausgang wenig erfreulich wegen des angeblichen Rückzuges des Präsidenten, namentlich aber wegen der illiberalen Ausschließung der japanischen Einwanderer. Japan sei groß und mächtig geworden, weil es entschlossen mit dem Protektions- und Abschließungssystem gebrochen habe. Der Lärm, der jetzt gegen die japanische Einwanderung erhoben werde, gehe von Leuten aus, die selbst Einwanderer seien oder Nachkommen von Einwanderern mit angelsächsischen Namen wie Moriarity, Pissano oder Hovalsk. Erst durch solche Leute sei es dahin gekommen, „daß, wenn Fremde zeigen, daß sie etwas besser machen können als wir — sei es durch neue Methoden, durch Sparsamkeit oder durch bessere Anpassung, es nicht mehr heißt, wir müssen unsere Erfinder und Arbeiter rufen, damit sie ihnen die Stange halten — oh nein ! Unser erster Impuls ist, zu Papa Dingley zu laufen und ihn zu bewegen, durch ein Gesetz seine armen Kleinen vor den harten Kämpfen des Lebens zu schützen. Dies ist der unwürdige und kleinliche Geist, der bei all diesem Schreien in den Vordergrund getreten ist. Wir gehen auf einen Vorteil aus, der „unfair" ist. Wir haben vergessen, auf eigenen Füßen zu stehen, dem Kampf freudigen Herzens ins Auge zu sehen. Wenn jemand bei uns zu erfolgreich wirkt, denken wir daran, ihn an die Luft zu setzen. Es soll aber keiner glauben, daß wir da Halt machen werden, wo wir jetzt stehen. Von Ausschließung der Chinesen sind wir plötzlich zur Ausschließung der Japaner übergegangen. Aber wir haben auch Basken, Italiener, Griechen in Kalifornien; sollen die nächstens auch an die Reihe kommen? Geht das noch 50 Jahre so weiter, dann kann es wohl geschehen, daß einst eine Flottenexpedition von Japan ausgeht, um die Vereinigten Staaten für die Zivilisation zu erschließen."

Das ist außerordentlich bitter, und wenn ein Stück Wahrheit darin steckt, so sind die Übertreibungen doch weit größer. Vor allem aber über-

sieht die „Evening Post", daß es sich in der Tat um ein sehr ernstes Problem handelt. Jede Nationalität trägt fremde Elemente in sich, die sie schließlich assimiliert, ohne an ihrem besonderen Wesen eine Einbuße zu erleiden. Aber dieser Assimilationsprozeß ist doch an gewisse Gesetze gebunden. Homogene Elemente — in den Vereinigten Staaten Engländer, Holländer, Deutsche, überhaupt alles germanische Geblüt — werden leicht übernommen und kräftigen die ursprüngliche Nationalität. Schon bedenklicher ist die Aufnahme lateinischer Elemente: Franzosen, Italiener, Spanier, die Temperament und geistige und physische Anlagen der Rasse so stark modifizieren, daß d e r Typus des Amerikanertums, auf dem die Kraft der Nation beruht, geschwächt wird. Noch fremder stehen dem amerikanischen Wesen die Polen und Russen gegenüber, vollends ganz fremd die Asiaten, Chinesen und Japaner, die jedoch für die Blutmischung nicht oder doch nur in verschwindenden Ausnahmefällen in Betracht kommen. Sehr in Betracht kommt dagegen das jüdische Element, das für das gesamte Gebiet der Vereinigten Staaten schwer zu schätzen ist, da es eine Statistik der Konfessionen in Amerika nicht gibt und die Juden als Russen, Polen, Deutsche usw. einwandern. Immerhin zählt New York allein 800 000 Juden, die früher oder später in das Yankeetum aufgehen werden, so unwahrscheinlich das heute auch scheinen mag. Es sind, solange die historische Überlieferung reicht, niemals so viel Juden an einen Fleck beisammen gewesen, wie heute in New York — man könnte mit ihnen Warschau dreimal bevölkern —, und es ist begreiflich, wenn diesen schwer verdaulichen Elementen gegenüber Staatsmänner vom Schlage Roosevelts mit Sorgen an die Zukunft denken und weitere unverdauliche Elemente, wie Japaner und Chinesen es ohne Zweifel sind, ihren Kindern und Kindeskindern nicht als Mitbürger hinterlassen wollen. Dabei aber ist noch in Betracht zu ziehen, daß die unlösbare Negerfrage nach wie vor wie ein Alp auf der Nation drückt. Daß solchen Problemen gegenüber zu Prohibitivmaßregeln gegriffen wird, scheint uns eine Maßregel wohlverstandener Selbsterhaltungspolitik zu sein, die wir nicht zu tadeln vermögen. Jeder Liberalismus, auch der scheinbar theoretisch best berechtigte, muß seine Schranke an der praktischen Wirklichkeit finden.

Fast könnte man meinen, daß dieser Satz verdiente, über das Eingangstor des Palais Potemkin geschrieben zu werden, in welchem

morgen (Dienstag) die Mitglieder der zweiten russischen Duma zusammentreten. Die Sünde und das Verhängnis der ersten Duma war, daß sie sich über diese Binsenwahrheit in ihrem theoretischen Tugenddünkel hinwegsetzte. Leider sehen wir keine Anzeichen, daß der Geist der Nation seither ein anderer geworden wäre. Die Hoffnung, mit der wir vor acht Tagen unsere Wochenschau schlossen, wollen wir zwar nicht fallen lassen, aber was jene acht Tage brachten, war gewiß nicht dazu angetan, sie zu stärken. In der noch nicht vollzählig versammelten Duma (493 bisher gewählte Abgeordnete, es fehlen also noch 32) gehören 311 der Linken an. Das Organ der K. D. (Kadetten), die „Rjetsch", weist darauf hin, daß der wesentliche Unterschied zwischen der ersten Duma und der am 5. zusammentretenden zweiten Duma darin bestehe, daß neben den konstitutionellen Demokraten, die den Kern der Opposition in der ersten Duma bildeten, nunmehr eine äußerste Rechte und eine äußerste Linke getreten seien. An der Hand von 190 Biographien neuer Dumamitglieder knüpft daran die „Rjetsch" einige allgemein interessante Bemerkungen: von den 190 sind 66, also ein Drittel, administrativen Maßregelungen unterzogen worden: 33 wurden mit Gefängnis bestraft und danach in nicht allzuentfernte Gouvernements verschickt, 7 wurden auf dem Verwaltungswege verschickt, und von diesen leben noch jetzt drei in der Verbannung; 13 Deputierte wurden des Rechtes verlustig erklärt, Ämter im Dienste der Semstwo oder des Staates zu bekleiden. zwei waren zur Zeit der Wahlen flüchtig, drei standen unter Polizeiaufsicht, darunter einer seit 23 Jahren, drei waren wegen politischer Umtriebe in Anklagestand versetzt worden, wurden aber freigesprochen, davon einer wegen Vergehens gegen den § 100, der dem Schuldigen die Todesstrafe androht, zwei sind von ihren Gouverneuren nicht in städtischen Ämtern bestätigt, bei einem hatte eine Haussuchung stattgefunden, zwei waren aus der Universität ausgeschlossen.

Teilt man die Deputierten in vier Altersstufen, so ergibt sich folgendes Prozentverhältnis:

	1. Duma	2. Duma
bis 30 Jahre	7,3	16,7
von 30—40	40,4	39,9
von 40—50	37,2	29,7
50 und älter	15,1	9,7.

Es ist also die Zahl der Abgeordneten zwischen 25 und 29 Jahren erheblich gewachsen. Auffallend ist dabei namentlich, daß die Bauern einen hohen Prozentsatz junger Leute gewählt haben. 35 Prozent von ihnen sind jünger als 33 Jahre, nur 27 Prozent älter als 45.

Nach dem Bildungsstande verteilt, haben 44 Prozent eine höhere Bildung genossen, eine mittlere 18,6 Prozent, Volksschulbildung oder weniger 26,7 Prozent, ungeschult, aber des Lesens kundig sind 1,01 Prozent. Aber diese Verhältniszahlen sind nur aus einem Drittel der Duma gezogen worden. Sie sind also keineswegs beweisend und werden, aller Wahrscheinlichkeit nach, noch weit ungünstigeren Verhältniszahlen weichen müssen, wenn sich der Gesamtbestand der Duma übersehen läßt. Dazu kommt die bunte nationale Zusammensetzung der Duma, die so ziemlich alle Nationalitäten des Reiches vertreten zeigt — außer den Deutschen. Von den mindestens zwei Millionen Deutschen des Reiches ist kein einziger als Deputierter in die Duma gewählt worden, eine geradezu ungeheuerliche Tatsache, wenn man weiß, was dieses deutsche Element für Rußland bedeutet hat und noch heute bedeutet. Namentlich die Tatsache, daß die drei Ostseeprovinzen Estland, Livland und Kurland keinen einzigen deutschen Vertreter haben, ist — man verzeihe das derbe Wort — eine historisch-politische Zote! Aber allerdings, nicht einer von ihnen hat sich der Revolution angeschlossen, und da die revolutionäre Strömung den Sieg davongetragen hat, sie andererseits unmöglich sich den Extremen von rechts anschließen konnten, deren Schlagwort Reaktion heißt, gab es keinen Platz für sie auf den Bänken des Tauriſchen Palais. Das mag hart sein, aber es entspricht der Logik der russischen Revolution.

Wie aber wird die Entwicklung nun weiter gehen? Die Anarchisten setzen ihre Mordpolitik fort. Der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch ist nur durch einen besonderen Glücksfall dem Schicksal des Großfürsten Serge Alexandrowitsch entgangen, vor wenigen Tagen ist der hochverdiente ehemalige Ritterschaftshauptmann Baron Otto v. Budberg ermordet worden, der vielen Morde weniger namhafter Persönlichkeiten und der zahllosen Raubanfälle nicht zu gedenken. Das Treiben der russischen Studentenschaft geht in seiner öden Unvernunft weiter. Im Petersburger Polytechnikum findet die Polizei eine Niederlage vom Bomben, Schnellfeuergewehren, Dynamit, Pyroxilin und Handgranaten, in Kiew schließen die Herren Studenten die Universität usw.

und das entrüstet sich, wenn ausländische Beobachter solchem, teils verbrecherischen, teils schwachsinnigen Tun gegenüber von der „moralischen Verwilderung" der russischen Studenten reden! Noch toller erscheint es freilich unserem Empfinden, wenn das „Journal de St. Pétersbourg" sich über diesen Ausdruck sittlich entrüstet. Ist das nicht auch eine Verwilderung oder mindestens eine Verschüchterung des moralischen Urteils?

Alle dem gegenüber tut ein eiserner Wille und eine feste Hand neben viel Klugheit und rascher Entschlußfähigkeit not. Wir haben keinen Grund daran zu zweifeln, daß der Ministerpräsident Stolypin seinen ganzen redlichen Patriotismus daran setzen wird, um der furchtbar schweren Aufgabe gerecht zu werden, der er gegenübersteht. Aber ohne schwere Kämpfe läßt sich das Ziel, die Begründung des russischen Rechtsstaates, nicht erreichen.

Professor Burgeß führte in der Schlußvorlesung, die er an hiesiger Universität hielt, den Gedanken aus, daß ein Recht zur Selbstregierung nur da vorhanden sei, wo Selbstbeherrschung die Grundlage bilde. Auf dieser Grundlage ist die Freiheit der Vereinigten Staaten erstanden. Aus der Zügellosigkeit wird die russische Freiheit nimmermehr hervorwachsen.

7. März 1907. Empfang des Dumapräsidenten Golowin durch den Zaren.
Entlassungsgesuch des Kabinetts Giolitti.
8—10. März Ausstand der Elektrizitätsarbeiter in Paris.
11. März Ermordung des bulgarischen Ministerpräsidenten Petkow.
12. März Annahme des Nachtragsetats für S.-W.-Afrika durch den Deutschen Reichstag.
Explosion der „Jena" in Toulon.

---

13. März 1907.

Die Verhandlungen des englischen Parlaments im Oberhause wie im Unterhause haben in Anlaß der angeblich geplanten Minderungen des Bestandes der englischen Land- und Seemacht und im Zusammenhang mit den Plänen, die sich an die bevorstehende Haager Konferenz knüpfen, eine Tendenz gezeigt, die bei uns nicht unberechtigtes Befremden hervorgerufen hat. Nach dem offenkundigen Entgegenkommen, das den Bestrebungen des anglo-german frendship commitee bei uns zuteil wurde, kam die teils versteckte, teils unverhüllte Feindseligkeit, die namentlich unserer jungen Flotte entgegengetragen wurde, doppelt überraschend. Als ob wir ein Volk von Korsaren wären, wurde von der Möglichkeit eines räuberischen Überfalls der englischen Küsten durch unsere Geschwader gesprochen, und die Spezialorgane des Deutschenhasses in England taten das ihrige, um diese Ungeheuerlichkeiten noch breiter zu treten und sie urteilslosen Lesern schmackhafter zu machen. Wir mögen bei den Einzelheiten nicht verweilen, aber wir können auch nicht die Bedeutung dieser Debatten unterschätzen. Sie scheinen in innerem Zusammenhange mit einer Politik zu stehen, die seit mehreren Jahren systematisch darauf hinarbeitet, uns zu isolieren und mit einem Ring von Allianzen zu umschließen, und widersprechen zugleich in wahrhaft grotesker Weise den mit so viel moralischem Aplomb vertretenen Gedanken einer Herabsetzung der Rüstungslasten. Hat doch noch ganz kürzlich der Lord der Admiralität, Lord Tweedmouth, erklärt, daß England nach wie vor und in alle Zukunft ohne jede Rücksicht auf die Kosten den sogenannten „Zwei-Mächte-Standard" aufrechterhalten würde! Dagegen läßt sich natürlich absolut gar nichts einwenden, das ist Eng-

lands gutes Recht, und wenn es ihm notwendig scheinen sollte, kann es ja auch eine Flotte bauen, die die aller Großmächte zusammengenommen übertrifft — aber man fragt sich nur, was unter diesen Umständen all der Lärm bedeutet, als dessen Apostel Mr. Stead jetzt durch die Welt zieht? Es steht übrigens bis heute noch keineswegs fest, daß der vielbesprochene Antrag im Haag offiziell vorgebracht wird, und ebenso unsicher ist es, ob die Dragodoktrin Gegenstand der Verhandlung sein wird. Es gibt so viele nützlichere und aussichtsvollere Probleme, die der Lösung näherzuführen sind, daß man die Utopien füglich wohl minder ernsten Organen überlassen könnte.

In betreff der geplanten Reform des Hauses der Lords oder, genauer formuliert, der Herstellung normalerer Beziehungen zwischen Oberhaus und Unterhaus, hat neuerdings M. Winston Churchill, der Parlamentssekretär für die Kolonien, in der „Nation", die jetzt das führende Organ der Liberalen zu werden scheint, einen Gedanken in Anregung gebracht, der eine ebenso einfache wie radikale Lösung der bestehenden Schwierigkeiten bedeuten würde. Er schlägt nämlich vor, aus der Reihe der zum Sitz im Oberhause berechtigten Lords zu jeder Session durch die Krone nur diejenigen Lords zu berufen, welche das jeweilig regierende Kabinett in Vorschlag bringt. Damit wäre allerdings jede Möglichkeit einer Opposition tatsächlich beseitigt, aber England würde dann noch mehr, als jetzt der Fall ist, den Einseitigkeiten einer allmächtigen Parteiregierung ausgesetzt sein, ganz abgesehen davon, daß jedesmal für längere Zeiträume die Erfahrung und die politische Einsicht einer Reihe hervorragender Staatsmänner brach gelegt werden müßte. Wahrscheinlich würde die Verwirklichung der Churchillschen Gedanken zu einer weiteren Steigerung der Macht der Presse führen und dadurch einer immer mehr in den Vordergrund rückenden, auf die gröberen Instinkte spekulierenden Potenz zu neuer Machtentfaltung verhelfen. Die sich fortschreitend vollziehende Demokratisierung der englischen Politik könnte auf diesem Wege erheblich beschleunigt werden.

Für die bevorstehende Kolonialkonferenz, zu welcher die ersten Minister aller großen Kolonien erwartet werden, sind große Vorbereitungen im Gange. Die Peers werden dabei mit den Commons Hand in Hand gehen, und auf einem Luncheon, das wahrscheinlich am 24. April in Westminster Hall stattfindet, sollen die gefeierten und umworbenen Gäste von beiden Häusern bewirtet werden. Alle Kolonial-

premiers werden zudem das Bürgerrecht der City von London erhalten, eine Ehrung, die sonst nur Mitgliedern des Königshauses, hervorragenden Staatsmännern und Feldherren zuteil wird. Neben Mr. Moor von Natal, Mr. Deakin von Neuseeland und den Premiers des Kaplandes, Australiens und Kanadas wird auch General Botha jetzt Bürger von London werden, gewiß eine denkwürdige Tatsache, die dem Versöhnungsgedanken neuen Ausdruck geben soll, der durch die Organisation Transvaals als selbständiger Kolonie eingeleitet wurde. Sind die Wahlen zum ersten Parlament von Transvaal unter lebhaften Kämpfen zum Abschluß gekommen und hat das holländische Element, wie auch die Ministerliste des ersten Transvaalkabinetts zeigt, den Sieg davon getragen, so scheint doch sicher zu sein, daß beide Nationalitäten, Engländer und Buren, einträchtig zusammenzuarbeiten entschlossen sind. Ein gewisser Gegensatz ist allerdings zwischen Volkskammer und Oberhaus vorläufig noch vorhanden, da für dieses erste Parlament alle 15 Mitglieder des Oberhauses vom Gouverneur von Transvaal, Lord Selborne, ernannt worden sind, während die 69 Mitglieder des Volkshauses aus freier Wahl hervorgegangen sind. Dieser Gegensatz muß aber nach fünf Jahren schwinden, weil danach auch die Mitglieder des Oberhauses nach der Verfassung gewählt werden. Gegenwärtig scheinen der Gouverneur, das Oberhaus und die „Chamber of Mines", welche die Interessen der großen Grubenbesitzer des Rand vertritt, eine Art Allianz geschlossen zu haben. Die „Tribune" meint, es müsse darüber zu einem Konflikt zwischen Lord Selborne und dem Ministerium kommen, und das ist wohl möglich, aber gewiß nicht notwendig, da man sich der Bedeutung der Mineninduſtrie für die Zukunft Transvaals in den Kreisen von „Het Volk" sehr wohl bewußt ist. Nur will man den Minenbesitzern nicht in der Chinesenfrage nachgeben, die nach wie vor die Leidenschaften meist entzündet.

Die von einigen englischen und russischen Zeitungen verbreitete Nachricht von einer bevorstehenden englisch-französisch-japanisch-russischen Allianz wird neuerdings von der „Tribune" „on the best authority" dementiert. Dagegen seien sowohl die Verhandlungen zwischen Rußland und Japan sowie zwischen England und Rußland einem erfreulichen Abschluß nahe, was auch unseren Informationen und den Notwendigkeiten der politischen Lage durchaus entspricht. Rußland und England sind wohl vornehmlich genötigt, sich über ihre

Haltung in den persischen Angelegenheiten zu verständigen, die kritisch zu werden beginnen. Offenbar sind die abendländischen Verfassungsformen für Persien zu früh gekommen. Das Ideal der Regierung für den muselmännischen Orient bleibt immer der aufgeklärte und wohlwollende Despotismus; nur sind solche Despoten, wie die Geschichte der letzten Jahrhunderte zeigt, überaus seltene Erscheinungen. Ob auch Afghanistan und Tibet in den Kreis der russisch-englischen Vereinbarungen fallen, ist uns zweifelhaft. Hier wie dort ist der Einfluß Englands fester begründet als je vorher. Der Emir von Afghanistan, der jetzt in sein Reich zurückkehrt, ist mit größter Klugheit behandelt worden und nimmt einen überwältigenden Eindruck von der Macht und Weisheit seiner anglo-indischen Nachbarn mit. Man kann mit Bestimmtheit erwarten, daß in der afghanischen Geschichte eine Periode wirtschaftlicher Erschließung des Landes mit englischer Hilfe angeht. Nach Tibet aber reicht die Hand Rußlands nicht mehr hin.

Was die russisch-japanischen Verhandlungen betrifft, so stimmen alle Berichte darin überein, daß sie von beiden Seiten mit gutem Willen geführt werden. Nachdem Rußland mit vorzeitiger Zurückziehung seiner Truppen aus der Mandschurei das Beispiel gegeben hat, zieht nunmehr auch Japan seine Truppen ab. Nur 15 000 Mann zur Sicherung der Eisenbahnlinien bleiben zurück. Auch in China gestalten die russischen Beziehungen sich günstig. Die Parole, China für die Chinesen, macht sich — soweit das möglich ist und eine gewisse Vormundschaft Japans, die durch die Macht der Verhältnisse bedingt ist, es gestattet — immer mehr geltend. Eine antidynastische Bewegung, die in eine Revolution auszuarten drohte, ist dank der rascheren Beweglichkeit der Truppen, die mit Hilfe der Eisenbahnen in die Aufstandsgebiete geworfen wurden, vollständig unterdrückt worden. Die Reformarbeit geht ihren Weg weiter; mit welcher Aussicht auf dauernden Bestand, muß die Zukunft lehren.

Welche Bedeutung dem plötzlich aufgetauchten Plan einer Neutralisierung der Philippinen beizumessen ist, vermögen wir noch nicht zu erkennen. Auch läßt sich eine so bedeutsame Schwenkung in der pazifischen Politik der Vereinigten Staaten nicht improvisieren; der Präsident, der Kongreß, die Mächte, durch welche die Neutralisierung anzuerkennen wäre, sind Faktoren, die sich nicht übersehen lassen. Vorläufig scheint es mehr ein ballon d'essai zu sein. Die „Tribune", der wir auch diese Nachricht entnehmen, sagt, daß, um den Plan ausfuhr-

bar zu machen, vorgeschlagen werde, daß kein Staat, die Vereinigten Staaten mit eingeschlossen, berechtigt sein solle, die Philippinen als militärische Basis zu benutzen. Offenbar liege dem der Gedanke zugrunde, daß, wenn die Philippinen von keiner Macht okkupiert werden dürfen, die amerikanische Regierung auch nicht in die Notwendigkeit versetzt werden könne, sie zu verteidigen.

Von französischen Angelegenheiten hat vorübergehend der Ausstand der Elektrizitätsarbeiter in Paris, der jetzt glücklich beigelegt ist, viel Lärm gemacht und in ganz Paris große Erbitterung hervorgerufen. Diese Angelegenheit wird offenbar noch ein Nachspiel in der Kammer haben. „Es ist" — schreibt der „Temps" — „ganz unsinnig, daß eine Kategorie von Arbeitern, aus übler Laune, die allgemeinen Interessen einer Stadt wie Paris den übertriebenen und schlecht verstandenen Interessen einer Korporation opfert. Die Elektrizitätsarbeiter haben gezeigt, wie weit der Egoismus der Syndikate geht, und die Bevölkerung von Paris wird die Ausständigen und die Stadträte, die für den Ausstand verantwortlich sind, gewiß nicht milde beurteilen." Auch die Regierung bekommt einige bittere Worte zu hören — aber nachdem jetzt alles wieder hell geworden ist, scheint es uns zweifelhaft, daß wirklich ernste Eingriffe in das Recht des brutalen Arbeiteregoismus erfolgen werden. Dazu ist das heutige Frankreich bereits zu sehr von sozialistischen Doktrinen durchseucht und die Regierung selbst zu sehr in Abhängigkeit von den Geistern, die sie gerufen hat. Es ist im Grunde nicht viel anders verfahren worden, als der Kampf gegen den „Klerikalismus" bis zu Konsequenzen geführt wurde, die mit dem Begriff der Freiheit überhaupt nicht mehr zu vereinigen waren. Hier wie dort wurde die Doktrin so lange weiter entwickelt, bis sie zur Tyrannei führte.

Die Aufsehen erregende Nachricht, daß eine französische Gesellschaft in Marokko gegen Sinn und Wortlaut der Akte von Algeciras Maste für drahtlose Telegraphie errichtet habe, wird jetzt vom „Temps" bestätigt, aber zugleich behauptet, daß die Gesellschaft, von der diese Unternehmungen in verschiedenen marokkanischen Häfen ausgingen, durchaus in ihrem Recht gewesen sei und daß diese Anlagen von der Akte von Algeciras nicht betroffen würden. Das letztere wird sich wohl feststellen lassen, und wenn es zutrifft, was der „Temps" behauptet, darf man wohl annehmen, daß auch andere Gesellschaften sich diese Freiheit zunutze machen werden.

Wie in jedem neuen Frühjahr, beginnen auch jetzt wieder die Balkanangelegenheiten die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Namentlich macht sich der serbische Nationalismus bemerklich. Serbische Banden treten in Makedonien auf und wecken dadurch die ohnehin rege Eifersucht der Bulgaren. Die nie ruhende griechische Agitation ist mit neuem Eifer ans Werk gegangen, und in Bulgarien hat die Sobranje in dritter Lesung einen außerordentlichen Kredit von 32 Millionen zu Rüstungszwecken bewilligt. Das alles ist wenig erfreulich, kann aber, wie in früheren Jahren, schließlich ohne ernste Störungen, die einen mehr als lokalen Charakter tragen, wieder vorüberziehen. Auch in Beiruth hat es Ausschreitungen gegeben, die von Muselmännern gegen die einheimischen wie gegen fremde Christen verübt wurden und denen erst durch das Zusammenwirken des deutschen und des französischen Botschafters in Konstantinopel Einhalt geboten wurde. Daß Fehim Pascha nach Brussa hat übersiedeln dürfen, ist nicht erfreulich.

Inzwischen ist am 5. März die Duma wirklich zusammengetreten. Der Kaiser und sein Ministerpräsident Stolypin haben ihr Wort gehalten. Jetzt ist es an der Duma, zu zeigen, ob sie ihre nächste Pflicht, an der Reformgesetzgebung des Reiches einsichtig und fleißig zu arbeiten, erfüllen kann und erfüllen will. Soweit sich bisher übersehen läßt, ist die Zusammensetzung die folgende: die aus Monarchisten, Partei der Rechtsordnung und Oktobristen bestehende Rechte zählt 110 Köpfe, die konstitutionellen Demokraten mit ihrem Anhange 115, die Sozialisten 195, die Polen 44. Der Rest hat noch nicht Farbe bekannt, und die aller Wahrscheinlichkeit nach ganz revolutionär gesinnten Asiaten sind noch nicht eingetroffen. Das gibt ein wenig erfreuliches Bild, und zunächst läßt sich die Kombination noch nicht erkennen, die es der Regierung möglich machen soll, mit dieser Kammer produktiv zu arbeiten. Aber bei der Eröffnung der Duma ist noch alles mit leidlichem Anstande hergegangen. Zwar bei dem Hoch auf den Zaren haben nur die 110 Mann von der Rechten sich von ihren Sitzen erhoben. Auch die Polen, die doch vorgeben, Monarchisten zu sein, blieben sitzen; sie fanden es offenbar vorteilhafter, ihre Rechnung mit der Linken zu machen, und scheinen geglaubt zu haben, daß man ihnen diese Verleugnung einer selbstverständlichen Anstandspflicht mit einer Vizepräsidentenstelle belohnen werde. Das ist nun nicht geschehen. Zum Präsidenten wurde der durch seine Tätigkeit in der Moskauer Semstwo bekannte Abgeordnete

Golowin gewählt, ein ausgesprochener Kadett (konstitutioneller Demokrat), die weiteren Wahlen erfolgten am 8. März. Zu Vizepräsidenten wurden das Mitglied der sozialistischen Arbeiterpartei Beresin und ein „parteiloser Linker", der fälschlich als Sozialrevolutionär bezeichnete Posnanski gewählt, dessen Name darauf hindeutet, daß er polnisch-jüdischer Abstammung ist. Er ist Vertreter von Charkow. Zum ersten Sekretär der Duma wurde der Kadett Tschelnokow gewählt, die übrigen vier Sekretäre sind Sozialisten, so daß die Rechte keine einzige der Ehrenstellen erhalten hat.

Während der Wahlen, die sich langsam und schwerfällig vollzogen, versuchten die Sozialdemokraten einen Antrag auf Amnestie zur Abstimmung zu bringen. Sie drangen aber nicht durch, da nach der en bloc angenommenen Geschäftsordnung der ersten Duma, Anträge während der Wahlen zu stellen, nicht zulässig war. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Regierung der Wiederholung dieses Antrages dadurch zuvorkommen wird, daß sie aus eigener Initiative eine Amnestie verkünden wird. Die russische „Börsenzeitung" will zuverlässig wissen, daß folgenden Kategorien die Amnestie zugute kommen soll: allen in Preßprozessen Angeklagten, allen administrativ gemaßregelten oder gerichtlich verurteilten Personen, denen das Strafmaß auf Grund der Ausnahmezustände bemessen wurde, schließlich allen, die für Verbreitung oder Aufbewahrung revolutionärer Schriften Strafen verbüßen. Terroristen sollen nicht amnestiert werden, doch soll denjenigen die Strafe gemildert werden, die den Terroristen in irgend welcher Weise behilflich gewesen sind. Diese Amnestie geht also recht weit, sie wird aber bestimmt nicht befriedigen. Die Linke will gerade die Terroristen befreit sehen. Interessant ist die Tatsache, daß im sogenannten Judenrayon, das heißt in den Gouvernements Kiew, Tschernigow, Wolhynien, Podolien, Poltawa nicht ein einziger Jude gewählt worden ist. Nur das Gouvernement Jekaterinoslaw hat einen jüdischen Deputierten gestellt, den Bergingenieur und Kollegienrat Lazar Rabinowitsch. Auch in Polen sind die Juden unterlegen. Aber die in Petersburg gewählten Brüder Hessen oder Gessen sind Juden.

Bei alledem ist es noch immer verfrüht, ein bestimmtes Urteil über diese zweite Duma abzugeben. Es wird viel darauf ankommen, wieweit die Versammlung die Überzeugung gewinnt, daß sie einer festen und entschlossenen Regierung gegenübersteht und daß es ihr mit Ver-

wirklichung der Verfassung ernst ist. Vor allem aber ist die Ruhe im Lande aufrechtzuerhalten. Man hat berechnet, daß in der Zeit vom 1. Januar bis zum 27. Februar russ. Stils in Petersburg allein 88 Morde stattgefunden haben, davon die Hälfte am hellen Tage. Von 170 Mann der Sicherheitspolizei sind im vorigen Jahre 43 in Petersburg schwer verwundet worden, von 8000 Schutzleuten 400! Eine Statistik für das Gesamtreich gibt es noch nicht. Aber die in den Zeitungen veröffentlichten Tageschroniken gaben ein wahrhaft erschreckendes Bild von der überall herrschenden Unsicherheit. Ein Beispiel mag genügen: Die Chronik der „Nowoje Wremja" für Freitag, den 8. März, lautet:

„Gegen den Kommandanten der Festung Sewastopol, Nepljujew, wurde eine Bombe geworfen; der General ist an beiden Füßen kontusioniert. In Tiflis ist der Leibwächter des Polizeimeisters, der Lesghier Musa, erschossen und der Konditor Isbaschew verwundet worden. Geschossen wurde auf einen Schutzmann, in einen Tram eine Petarde geschleudert. Im Hafendepot von Sewastopol ist der Hafenaufseher Komarowski erschossen worden, in Lodz auf der Straße der Feldscher Rohrbach. In Woronesch verwundete ein aus der 1. Klasse ausgeschlossener Seminarist mit vier Schüssen den Inspektor Romanowski gefährlich. Das Losow-Pawlowsker Postkontor wurde von Räubern überfallen. Erschossen wurden ein Wächter und zwei Räuber, ein Beamter verwundet. Die übrigen Räuber retteten sich und ließen eine Bombe zurück; einige von ihnen sind verwundet. In Jelissajewitschi (Kreis Brjänsk) haben Räuber einen Priester verwundet. In Bender schoß Iwan Kuniza auf das Mitglied des Bundes russischer Männer Sawirko, der darauf den Kuniza erschoß. Im Kreise Signachsk sind zwei Wächter der Fürstin Schaschkow ermordet worden, in Sugdidi raubten drei Bösewichte aus Rache die 12 jährige Tochter des Pristaw Schengelani, folterten sie und ließen sie im Walde liegen.

In Warschau sind zwei Bomben geworfen worden: die eine in die Wohnung des Direktors der Realschule, Fürsten Argetinski Dolgorukow, ohne jemand zu verletzen, die zweite Bombe riß dem Arbeiter Schmotschkow beide Hände ab. In Jekaterinenburg fand ein 7 jähriges Mädchen auf dem Boden zwei Explosivgeschosse. In Mitau sind wegen Mordes, Raub und Verwundung sechs Letten erschossen worden. Einer von ihnen versuchte in den Wald zu entfliehen, wurde aber von den Kugeln des Convoi erreicht.

Das Todesurteil gegen J. Mjeschkowski ist Allerhöchst durch Zwangsarbeit ersetzt worden. In Moskau wurde die Universitätsrentei um 30 000 Rubel beraubt. Alles geschah geschickt, klug und mit genauer Kenntnis der Baulichkeiten und der Einrichtungen. Die Bösewichte erschlugen dabei den Revieraufseher Kropin. Sie trugen alle Studentenuniform.

Beraubt wurde bei Lodz von sieben bewaffneten Banditen der Kaufmann Schulz um 1741 Rubel. Im Dorfe Luschki die Kirche um 41 Rubel, bei Balta die Passagiere der Diligence, wobei ein Passagier verwundet und ein Bandit festgenommen wurde, das Postkontor von Glaskow (Gouvernement Irkutsk) um 3790 Rubel, der Akzisekontrolleur Motkowitsch bei Massalsk um 2100 Rubel, die Synagoge von Radziwillow, bei Tiraspol ein gewisser März um 3000 Rubel; März tötete einen Räuber und verwundete einen anderen, die übrigen entkamen mit dem Gelde. Auf der Halbstation Pazink wurde die Kasse um fünf Rubel beraubt, in Bendin der Jude Lempecht um 19 Rubel. Bei der Station Gomi wurde der Wächter Markin ermordet und beraubt."

Das ist die Chronik des dritten Tages nach Eröffnung der Duma! Vorher und nachher bis zur Stunde, da wir diese Zeilen niederschreiben, hat sich in steten Varianten, die uns schließlich durch das ganze weite Reich führen, dasselbe Bild wiederholt, und es ist nicht zu verwundern, wenn sich an diese Tatsachenschau höchst pessimistische Ausblicke in die Zukunft knüpfen. So schreibt der bekannte Publizist Menschikow am 9. März:

„Die Revolutionäre bereiten sich zum Angriff vor und machen daraus kein Hehl. Sie erklären es zwei Schritte von uns in ihren revolutionären Versammlungen in den Petersburger Fabriken — in Gegenwart der Polizei Tag für Tag. Sie schreien — wie es am letzten Dienstag geschah — am hellichten Tage, vor einer unübersehbaren Menge Volkes, nach Beginn des Aufstandes! Wer glaubt, daß es nichts zu bedeuten hat, denke daran, daß jeden Tag vielsagende Bomben- und Waffenniederlagen entdeckt werden, der revolutionären Literatur, die in Fuhren eingeführt wird, zu geschweigen. Das Kriegsmaterial des Aufruhrs wird nur zufällig entdeckt — hätte nicht jemand eine leere Bombe aus der oberen Etage des polytechnischen Instituts auf die Straße geworfen, so wäre die Polizei achtlos an der Niederlage vorbeigegangen. Es gibt aber etwas, was noch schlimmer ist, als diese Vorräte: die gesamte

Organisation der Regierung ist allmählich eine revolutionäre Organisation geworden. Unbegreiflicherweise scheint man das nicht zu sehen. Die Regierung, die sich selbst verloren hat, hat dem Aufruhr kolossale Staatsinstitute überlassen: die Universitäten, Institute, Polytechniken, Akademien. Das gibt ganze Festungen mit zahlreicher Garnison von jungen Leuten, die mit Bomben und Revolvern und, was das wesentliche ist, mit dem Mut von Leuten bewaffnet sind, die wissen, was sie wollen. Wurden doch im vorigen Herbst einstimmig Resolutionen gefaßt, die erklärten, daß die Hochschulen nur eröffnet würden, damit sie der Revolution zu Dienst stehen. Seither ist ein halbes Jahr hingegangen und wir sehen, daß es keine Phrase war. In Wirklichkeit hat es keinen Unterricht gegeben, die Studenten geben sich dem Garnisonsdienst der Revolution hin und nur ihm. Unter dem Schein autonomer Hochschulen bildeten sich in Petersburg und in anderen großen Zentren des Reiches unabhängige Republiken, die dem Staat feindselig sind und sich zum Kriege gegen ihn vorbereiten, die aber trotzdem aus der Staatskasse erhalten werden..., so ist allmählich das wichtige Ministerium der Volksaufklärung in den Dienst der Revolution getreten.. Durch die Reichsduma aber hat man auch die Gesetzgebung der Revolution übergeben... Man glaube um Gottes willen nicht, daß ich nur schrecken will, und daß sich schließlich alles gut gestalten werde. Haben doch Leute — die wie Peter Struve es wissen können — gesagt, die Linke der Duma stelle eine Mischung von Jakobinismus und Anarchismus dar.... Die neugewählten revolutionären Delegierten, wie z. B. Herr Kusnezow, haben schon je 40 Dörfer bereist und überall das Volk aufgerufen „zu Hauf zu kommen und wie mit einer Mauer die Duma zu schützen". „Ich wende mich an Euch, Ihr Städter" — rief Herr Kusnezow — „bleibt dem Leben nicht fern und reicht dem Lande die Hand. Bildet Verbände der Handlungsdiener, der Handwerker, des gegenseitigen Schutzes und schart euch um euere Wahlmänner. Die Schicksalsstunde naht, da die Duma genötigt sein wird, die letzte Schlacht gegen die blutige Bureaukratie zu schlagen. Wir werden kämpfen — und der Sieg wird von euch abhängen!" „Seht," rief ein anderer Abgeordneter, Herr Simin, „wir sind nackt und ziehen gegen das Lager des Feindes. Hinter uns steht die Armee des Friedens, die Armee des arbeitenden Volkes! Weckt die auf, welche schlafen! Sagt es laut und immer wieder, daß die Duma nichts machen kann ohne die Hilfe des Volkes. Verbündet

euch fest, ihr Arbeiter und Bauern, zu einem Bund, der Land und Freiheit verteidigt, dann wird der Sieg der Duma sicher sein."

Solcher Reden werden noch viele angeführt, und Herr Menschikow, dessen hitziges Temperament freilich immer in Betracht gezogen werden muß, scheint der Meinung zu sein, daß nach dem Ergebnis der Dumawahlen der Sieg der Revolution sich bereits mit Sicherheit vorhersehen lasse, wenn nicht Wunder und Zeichen geschehen, die den vorherrschenden Geist in sein Gegenteil verkehren. Welches aber dieser Geist ist, mag unter anderem die Tatsache zeigen, daß, als kürzlich in Moskau ein Student den Mut fand, energisch gegen die anarchistischen Schandtaten der letzten Zeit aufzutreten, der auf ihn folgende Redner mit den Worten begann: „Wie kann denn der Herr Kommilitone nicht begreifen, daß diejenigen, die auf einer Seite (scilicet auf der Seite der „Freiheit") stehen, nicht nur töten dürfen, sondern es auch tun müssen, während die anderen (d. h. die Regierung) es nicht dürfen!" Solchen Überzeugungen gegenüber läßt man freilich hoffnungslos die Hände sinken. Es muß aber ausdrücklich betont werden, daß die Nachrichten von einer bald bevorstehenden Auflösung der Duma nur in den Organen der Linken zu finden sind. Man kann sich kaum dem Eindruck entziehen, daß sie diesen Ausgang wünschen.

Wie die Dinge heute liegen, wird man nicht der Regierung die Schuld zuweisen können, wenn es zu diesem Äußersten kommen sollte. Sie hat, seit Stolypin die Zügel in Händen hält, ihre Pflicht redlich getan, und wir wollen nicht vergessen, wie furchtbar schwer die Anfänge seiner selbstlosen Arbeit gewesen sind. Unter allen Umständen gebührt ihm ein Ehrenblatt in der russischen Geschichte.

14. März 1907. Protest des Herzogs von Cumberland gegen den Beschluß des Bundesrats vom 28. Februar.
15. März. Einsturz der Decke des taurischen Palais.
16. März. Nachricht von der Gefangennahme Raisulis.
19. März. Ministerpräsident Stolypin legt der Duma sein Programm vor.

---

20. März 1907.

Für den 15. März 11 Uhr morgens war der Duma die folgende Tagesordnung gesetzt worden:

1) Referate über die Wahlprüfungen. 2) Erklärung des Ministerpräsidenten. 3) Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten.

Vorausgegangen waren überaus lebhafte Verhandlungen in den verschiedenen Parteiversammlungen, die sich alle mit der Frage beschäftigten, wie man sich der erwarteten programmatischen Erklärung des Ministerpräsidenten gegenüber zu verhalten habe. Da war es denn überaus charakteristisch, daß, obgleich niemand Wortlaut und Inhalt dieses ministeriellen Programms kannte, alle Parteien der Linken ohne Ausnahme darin einig waren, es zu verurteilen. Nur über die Art, wie das geschehen solle, gingen die Ansichten auseinander. Die Kadetten (konstitutionellen Demokraten) hatten schon vorher durch ihre beiden offiziellen Organe, die Tageszeitung „Rjetsch" und die Wochenschrift „Prawo", auf das nachdrücklichste erklärt, daß ein Zusammenarbeiten mit dem Ministerium ausgeschlossen sei und daß das nächste Ziel sein müsse, durch „Enthüllungen" die Weiterexistenz des Ministeriums unmöglich zu machen. Aber sie wünschten nicht, daß sich an die Erklärung des Ministerpräsidenten eine Debatte knüpfte, sondern wollten einfach zur Tagesordnung übergehen. Offenbar fürchteten sie, daß eine Debatte, bei der erregten Stimmung der noch weiter links stehenden Parteien, zu einem verfrühten Konflikt führen könne. Sie sind daher bemüht gewesen, auch die übrigen Parteien der Opposition für diese Taktik zu gewinnen. Zunächst schien es auch, daß sie damit durchdringen würden. Aber die Sozialdemokraten zeigten sich entschlossen, auf einer Debatte zu bestehen und, wie es selbstverständlich ist, mußte, wenn sie

dabei blieben, schließlich die Debatte eine allgemeine werden. Die letzte Entscheidung sollte jedoch erst am Morgen des 15. vor der offiziellen Sitzung fallen, so daß die bis dahin gefaßten Resolutionen noch nicht den Charakter eines Definitivums trugen. Immerhin ist es von Interesse, von einigen von ihnen Kenntnis zu nehmen. In der Partei der Trudowiki (Arbeitspartei) vertrat Herr Karawajew die Ansicht, daß die Duma so lange an sich halten müsse, bis ihre gewaltsame Auflösung für sie keine Gefahr bedeute. Man müsse die Duma „lebendig erhalten", bis man an die Agrarfrage gekommen sei, und dann die Schlacht schlagen. Dagegen beantragte der immer mehr in den Vordergrund tretende Littauer Bulat die folgende Resolution: „Die Arbeitspartei findet keine Zeit, auf die sonderbare Deklaration des Kabinetts zu antworten, und fordert die Deputierten auf, an die Arbeit zu gehen". Daß diese „sonderbare" Deklaration noch ein Unbekanntes war, störte keinen dieser Politiker. Ähnlich stellten sich die National-Sozialisten, die ein Mißtrauensvotum beschlossen, die Polen verständigten sich darauf, mit der Opposition Hand in Hand zu gehen, unter keinen Umständen seien sie für ein Vertrauensvotum zu haben.

Es hat dann noch am 14. abends um 9 Uhr eine Versammlung von Vertretern aller oppositionellen Gruppen in der Privatwohnung des Fürsten N. D. Dolgoruki stattgefunden, aber die Verhandlung ergab, daß jede Partei entschlossen war, bei ihrer Ansicht zu bleiben. Die Vertreter der Sozialdemokraten, Dschaparidse und Zereteli, erklärten, daß sie nach Anhörung der ministeriellen Deklaration ihre Resolution vorbringen würden, und wenn die Opposition sie nicht annehme, sie der von den National-Sozialen vorgeschlagenen Form des Übergangs zur Tagesordnung sich anschließen würden. Es sei unmöglich zu schweigen, weil dadurch die Vorstellung erweckt würde, daß die Duma sich so schwach fühle, die Politik der Regierung zu sanktionieren. Den einfachen Übergang zur Tagesordnung verfochten als Redner der Kadetten Kisewetter und Schingarew, und ihnen schlossen sich — was doch einen merkwürdigen Kommentar gibt — die Sozial-Revolutionäre an. Eine Verständigung war auch jetzt nicht zu erreichen, und man beschloß, nochmals am 15. früh, vor der ministeriellen Erklärung, zu erneuter Erwägung zusammenzutreten. Aber weder diese Beratung konnte stattfinden noch auch Herr Stolypin seine Erklärung abgeben. Am 15. früh, um 5 Uhr 20 Minuten, stürzte die Decke des Sitzungssaales der Duma

im Tauriſchen Palais ein und zerſchmetterte die Bänke der Abgeordneten, nur die der äußerſten Rechten und der äußerſten Linken entgingen der Zerſtörung. Einige Stunden ſpäter, und 4/5 der Abgeordneten wären getötet oder verſtümmelt worden.

So iſt ein ungeheures Unglück dem Lande erſpart worden; aber faſt eindruckslos ſcheint dieſe Errettung aus drohender Todesgefahr an der erregten Maſſe der Volksvertreter vorübergegangen zu ſein. Nur die Mitglieder der Rechten, die Oktobriſten mit eingeſchloſſen, fühlten ſich gedrängt, an einem Dankgottesdienſt teilzunehmen. Als ſie aus der Kirche zurückkehrten, begann in einem Nebenſaal des Tauriſchen Palais eine erregte, ungeordnete Verhandlung, in welcher zwei der Redner ſich nicht ſcheuten anzudeuten, daß dieſer Zuſammenbruch der Oberlage vielleicht ein Anſchlag der Regierung gegen die Duma ſei! Zu ſolchen Ungeheuerlichkeiten führt das gegenſeitige Mißtrauen.

Naturgemäß müſſen die Sitzungen nun auf längere Zeit ausgeſetzt werden. Man hat dem Präſidium der Duma den Auftrag erteilt, für ein geeignetes Lokal zu ſorgen, und es iſt die Anſicht laut geworden, dazu das ſogenannte Volkshaus (narodny dom) auf Waſſili Oſtrow zu benutzen, das Raum und Sicherheit bietet. Als der Schreiber dieſer Zeilen vor Jahren in Petersburg weilte und mit dem inzwiſchen verſtorbenen Hiſtoriker General Schilder das eben fertig gewordene Volkshaus in Augenſchein nahm, da ſagte Schilder: „Sie werden ſehen, hier tagt einmal die ruſſiſche Nationalverſammlung.“ Das war 1901, und doch konnte ein ſo konſervativ und monarchiſch geſinnter Mann wie Schilder ſchon damals mit der Wahrſcheinlichkeit einer ruſſiſchen Revolution rechnen. Die Geiſter waren dafür reif, nur die Ungunſt der äußeren Verhältniſſe verhinderte den Ausbruch.

Daß die Schuld an dem Zuſammenbruch der Dumadecke das Hausminiſterium trifft, liegt auf der Hand, da das Tauriſche Palais in ſein Reſſort fällt. Man hat wieder einmal koje kak, d. h. nur für den äußeren Schein gearbeitet und die Verantwortung, die mit der Renovierung des Tauriſchen Palais verbunden war, nicht ernſt genommen. Die liederliche Arbeit aber iſt das Werk der Gewiſſenloſigkeit ruſſiſcher Handwerker, derſelben vielleicht, deren Vertreter ſpäter als Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre nicht Worte genug finden, um das „Syſtem“ zu verurteilen, von dem ſie ſelbſt ein ſchlimmſter Teil ſind. Denn darüber darf man ſich nicht täuſchen: zum Bauen, im wört-

lichen wie im übertragenen Sinn, sind diese Leute nicht fähig. Sie können nur niederreißen und zerstören, und jene Trudowiki, deren Resolution die Duma auffordern sollte, „an die Arbeit zu gehen", gehören zu den bösartigsten dieser destruktiven Elemente. Uns liegt die Aufzeichnung eines Gespräches vor mit Herrn X., einem der Führer dieser Partei! Es fand wenige Tage vor Eröffnung der Reichsduma statt, vor zwei Zeugen, von denen einer, dessen peinliche Gewissenhaftigkeit uns bekannt ist, die Aufzeichnung machte.

Herr X. wurde zunächst gefragt, welcher Partei er angehöre. Die Antwort war, er habe sich vor den Wahlen nicht als Mitglied einer Partei bezeichnet, jetzt aber trete er der Arbeitspartei zu. Übrigens vertrete er auch die Interessen der Autonomie der Littauer, unter denen er nicht nur die Littauer der sogenannten westlichen Gouvernements, sondern auch die Letten ganz Kurlands und des halben Livland sowie die mindestens 200000 Littauer in Ostpreußen verstehe. Als man ihn darauf fragte, ob in der neuen Duma nur geredet oder auch gearbeitet werden solle, antwortete er, alle hätten den Wunsch, etwas zu leisten und das Resultat werde zeigen, daß die Franzosen nicht das Muster seien, vielmehr von den Russen zu lernen hätten! Was die Forderungen der Linken betreffe, so sei es natürlich nicht möglich, alle Forderungen auf einmal zu verwirklichen, wohl aber seien alle Forderungen in ihrem ganzen Umfange auf einmal zu stellen, denn wenn man ein neues Haus zu bauen beginne, müsse der ganze Plan fertig sein, ehe man das Fundament lege, sonst gebe es ein Stückwerk. Auf die Frage, was denn eigentlich die Bezeichnung „Arbeitspartei" bedeute, war die Antwort: „Unsere Partei erkennt nur die Arbeit an, und zwar soll jede Arbeit gleich gelten, die geistige wie die körperliche, jeder, der im Schweiß seines Angesichts arbeitet, soll gleichen Lohn erhalten." Nun bemerkte einer der Anwesenden, das sei doch nicht ausführbar. Ein Fabrikarbeiter könne in einem kleinen Zimmer (X.: warum in einem kleinen Zimmer, er soll ein gutes Zimmer haben!), also sagen wir in einem guten Zimmer, mit Frau und Kindern (X.: ja vielleicht mit sechs Kindern!), gut, sagen wir mit Frau und sechs Kindern wohnen und sich mit einfachem Essen ganz gut nähren, ein Rechtsanwalt z. B. schon nicht mehr. X.: weshalb denn nicht, er braucht es nicht besser zu haben! Der andere: er kann doch unmöglich in einem Raume, in dem gekocht und hantiert wird, in dem sechs Kinder schreien, mit Klienten verhandeln und eine

schwere geistige Arbeit verrichten usw. Das Gespräch kam dann auf den Kapitalismus, worüber Herr X. folgendermaßen orakelte: Die großen Kapitalien müßten natürlich aufhören, aber er sei nicht für eine gleichmäßige Verteilung des Kapitals, man könne aber, nach Einziehung der großen Kapitalien, damit die Staatsschulden bezahlen, dann werde das arme Volk nicht mehr so furchtbar von Steuern bedrückt werden. Große Vermögen seien überhaupt eine schreiende Ungerechtigkeit, wie das Beispiel Rockefellers zeige, der an Nikolai Romanow (dem Kaiser) ein Gegenstück habe!

Ganz besonders konfus waren die Ideen des Herrn X. über die Agrarfrage. Erst erklärte er, daß man dem Großgrundbesitz ein Maximum von 1000 Deßjätinen lassen könne und den Rest verteilen müsse. Dann aber sprach er sich für die Nationalisierung des Grund und Bodens aus. Jeder solle nur das Stück ausnutzen, das er persönlich bearbeite, und danach seien die Parzellen einzurichten, Knechte solle es nicht geben; wenn aber jemand alt oder arbeitsunfähig werde, so solle man ihm sein Grundstück nehmen, es einem jungen Mann überweisen und den Alten von Staats wegen auf Gnadenbrot setzen!

Damit brach das Gespräch ab. Es ist eine Momentphotographie der Gedankenwelt eines der führenden Köpfe der neuen Duma, und man wird zugeben, daß kein Staat mit solchen Ideen paktieren kann.

Zum Programm der Sozialdemokraten, die offenbar darauf ausgehen, sich die Initiative aller offenkundig populären Anträge zu sichern, gehört natürlich vor allem die Frage der Amnestie. Im Namen der Partei wird Herr Gerus die dahin zielende Deklaration vorbringen. Sie sagt, daß eine Amnestie als Voraussetzung jeder positiven Arbeit unerläßlich sei. Die Duma aber habe nicht die Macht, ohne Mittun des Volkes eine Amnestie zu erlassen. (Wie ungeheuerlich! Die Amnestie ist in aller Welt Prärogative des Staatsoberhauptes!!) Man müsse daher allen politisch Verschickten und Verbannten sein Mitgefühl ausdrücken und das Volk aufrufen, damit es sich organisiere und die Duma stütze. Die Sozialdemokraten betonen, daß die Frage der Amnestie mit der Frage der allgemeinen Organisation des Landes verbunden, und daß die Amnestie der erste Schritt auf dem Wege zur Freiheit sei.

„Das Ziel der Deklaration", bemerkt hierzu die „Rjetsch", deren Referat wir folgen, „ist demnach ein rein agitatorisches, und die Fraktion

rechnet nicht auf praktische Resultate. Die Nationalen stellen die Frage anders. Sie haben eine juristische Kommission organisiert, die aus Vertretern aller drei Gruppen besteht (Nationalsoziale, Arbeitspartei, Sozialrevolutionäre), und einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der der Duma vorgelegt werden soll. Drei Redner werden ihn auf der Tribüne vertreten: der erste wird von der Notwendigkeit der Amnestie im allgemeinen reden und den Antrag juristisch begründen unter Berufung teils auf die Gesetzgebung des Abendlandes, teils auf die Interpretation der russischen Grundgesetze und der allgemeinen russischen Gesetze. Auch soll dieser Redner in großen Zügen die schwere Lage der „Politischen" schildern. Die zweite Rede wird speziell die Notwendigkeit einer Amnestierung der Agrarverbrechen nachweisen und dabei die Agrarverhältnisse überhaupt charakterisieren. Endlich wird der dritte Redner von den Personen reden, „welche wegen Unordnungen in der Armee" gelitten haben (d. h. über Amnestierung der Meuterer)."

Die Kadetten wollen die Amnestie durch eine Petition an die Krone erlangen, die Rechte endlich will nach dieser Richtung keinerlei Initiative ergreifen und sich mit dem zufrieden geben, was die Regierung aus eigener Initiative tut. So liegen die Dinge im Augenblick. Wie sie morgen liegen werden, ist ganz unsicher.

Inzwischen geht die Erregung im Lande weiter. Sie ist durch die nach Petersburg reisenden Abgeordneten wesentlich gesteigert worden, worüber namentlich aus dem Permschen drastische Berichte vorliegen; sie wird akkompagniert von den fortdauernden Unruhen in den Universitäten und an den Gymnasien, von den nicht aufhörenden Attentaten und Raubanfällen und nebenher in gewissen Kreisen von einer religiösen Erregung, wie sie zu Zeiten großer nationaler Erschütterungen noch immer in Rußland zu beobachten gewesen ist. Die einen predigen das Nahen des jüngsten Tages, andere verfallen einem Teufelskultus, wie er ebenfalls nicht ohne Vorläufer gewesen ist. Auch die Symptome eines hetzenden Nationalismus werden wieder häufiger. Die „Nowoje Wremja" sucht ihn gegen Finnland zu wenden, die antisemitischen Leidenschaften wollen nicht zur Ruhe kommen und ebenso wenig die föderativen Utopien und die autonomistischen Bestrebungen, die z. B. von den Polen ganz offenkundig zum Parteiprogramm erhoben worden sind: Rückkehr zu der Verfassung von 1815 ist dabei die Losung für die erste zu erreichende Etappe.

Am 20. April bis 3. Mai spätestens soll die Tätigkeit der Feldgerichte eingestellt werden, aus Initiative der Regierung, wie es heißt, aber man darf wohl die Frage aufwerfen, ob die Duma ihr bis dahin die Zeit lassen wird. Beseitigung der Ausnahmezustände ist ja eine der ersten Forderungen, die von allen Parteien der Linken erhoben wird. So ergibt die Summe dieser Zustände, die durch die tatsächlich im Osten des Reiches bestehende Hungersnot noch wesentlich verschlimmert werden, eine furchtbar schwere Lage. Wir sehen den Ausgang nicht, wenn er in etwas anderem gesucht wird als in der Entschlossenheit der Regierung, an der Verfassung vom 17. Oktober festzuhalten und alles abzulehnen, was in Widerspruch steht zu den staatlichen Grundlagen, die erhalten werden müssen, wenn nicht alle bürgerliche und staatliche Ordnung zusammenbrechen soll.

Zu den neulich an dieser Stelle wiedergegebenen, für eine deutsch-französische Verständigung plädierenden Ausführungen des Grafen Combes de Lestrade ist jetzt eine weitere Stimme gekommen, die sich mutig für eine solche Verständigung ausspricht. In der „Europe coloniale et politique" hatte der bekannte Publizist Henri Moreau schon vor acht Tagen diesen Ton angeschlagen. Wir nahmen zunächst keine Notiz davon, weil wir auf den Widerhall warteten, den seine Gedanken finden würden. In einem zweiten Artikel vom 14. März rechnet er nun mit einer Kritik ab, die ihm von dem Abbé Collin im „Lorrain", der in Metz erscheint, geworden ist. Wir gehen auf die Polemik nicht ein, halten es aber für nützlich, einige positive Sätze von H. Moreau wiederzugeben. Er weist darauf hin, daß in den Tagen von Jules Ferry (für den jetzt ein Denkmal errichtet werden soll) und von Hanotaux die deutsch-französischen Beziehungen günstiger gewesen seien und daß jetzt die Haager Konferenz, auf der Frankreich und Deutschland gleiche Interessen zu vertreten hätten, die Gelegenheit biete, sie aufs neue anzuknüpfen. Die Beschränkung der Rüstungen werde von einer Macht vorgeschlagen oder vielmehr gefordert, die heute friedlich, aber wie es früher oft genug der Fall gewesen, morgen agressiv werden könne, einer Macht, welche einen deutsch-französischen Krieg für opportun halte. Ihre Politik gehe darauf aus, Rivalitäten zwischen Frankreich und dem Nachbar im Osten zu erregen, was ja leicht verständlich sei, wenn man erwäge, daß der europäische Einfluß und die Weltstellung dieser Macht in Abhängigkeit stehe von kühlen Beziehungen zwischen jenen beiden anderen. So

komme man zum Schluß, daß alles, was für eine entente cordiale geschehe, nützlich sei, daß aber alles falsch sei, was in eine englisch-französische Allianz ausmünden wolle. Ebenso falsch aber sei es, sich einzureden, daß ein deutsch-französischer Krieg etwas Unvermeidliches sei. Auch sei endlich jeder Schritt, der Frankreich und Deutschland einander näher bringe, eine Wohltat für die Elsaß-Lothringer, in deren Grenzen die germanische und gallische Zivilisation einander die Hand reichten.

Der Artikel schließt mit der lebhaft ausgedrückten Überzeugung, daß diese Versöhnungsgedanken sich einmal verwirklichen werden.

Auch wir wollen das hoffen, und dabei recht nachdrücklich hervorheben, daß niemand bei uns an die Notwendigkeit eines deutsch-französischen Krieges glaubt, es sei denn, daß er uns aufgedrängt wird von Frankreich oder von einer Politik, der Frankreich sein Blut zu Dienst stellt — das ist schließlich dasselbe. Dieses jetzt so oft wiederkehrende Thema ist übrigens nicht in Deutschland aufgebracht worden, und wir glauben, daß es auch in Frankreich Importware ist.

Man hat dieser Tage in Paris Casimir Périer zu Grabe getragen, einen Mann, der der Generation der Republikaner alter Schule angehörte, den Männern, die heute vor der herrschenden sozialistisch-radikalen Doktrin haben das Feld räumen müssen. Wie erst der französische Adel haben auch sie politisch abdizieren müssen, und vielleicht trägt Casimir Périer eine Mitschuld daran. Er hat das Geheimnis der Gründe, die ihn bewogen, die Präsidentschaft niederzulegen, mit ins Grab genommen. Die einen meinen, seine Nerven hätten die Rohheiten der über ihn herfallenden Presse nicht ertragen können, andere, er habe sich nicht zum Mitschuldigen an den Ungerechtigkeiten machen wollen, die mit der Verurteilung von Dreyfus im Zusammenhang standen. Beides würde darauf hinweisen, daß ihm die bloß dekorative Stellung, die seit den Tagen Grévis der Präsident der Republik einnimmt, unerträglich war. Was sich nicht bestreiten läßt, ist, daß mit ihm auch der Einfluß der Partei abdizierte, die ihn auf den Schild gehoben hatte. An eine république conservatrice konnte seither nicht mehr gedacht werden. Er hat danach vornehmlich philanthropischen Bestrebungen gelebt, aber sein Name war in der Zeitgeschichte der folgenden Jahre wie ausgelöscht. Außerhalb des Kreises der ihm Nächststehenden hörte man ihn nicht mehr. Man mag den edlen Mann bedauern, ein Denkmal, wie für Jules

Ferry, wird ihm nicht errichtet werden. Das wird nur Männern der Tat zuteil.

In England gehen die Parlamentsverhandlungen weiter, und man zerbricht sich den Kopf darüber, welches das Programm sein wird, mit dem das Ministerium in bezug auf das Haus der Lords hervorzutreten denkt. Aber Campbell Bannerman hält sein Geheimnis in geschlossener Hand, und alles, was bisher von Reformplänen an die Öffentlichkeit getreten ist, hat die Bedeutung von Konjekturen, über deren Wahrscheinlichkeit sich streiten läßt. Nächst dieser Frage scheint die irische Reform am meisten Interesse zu erregen. Auch hier sind die Stimmen die aus Irland herüberkommen, widerspruchsvoll. Neben lebhafter Billigung der Regierungspläne hören wir auch sehr absprechende Urteile. Ganz ablehnend verhalten sich die Iren in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, und das ist bei den lebhaften Beziehungen, die sie zur grünen Insel aufrechterhalten, nicht ohne Bedeutung. Das politische mot d'ordre für die irischen Politiker pflegt von dort auszugehen. Wir haben darüber in dem „Gaelic American" vom 9. März sehr interessante Ausführungen gefunden. Auch die sozialistisch-irische Gruppe Sinn Fein (Wir selbst) ist irisch-nationalistisch und entschieden antienglisch. Jedenfalls ist zu erwarten, daß die irische Reformfrage von zwei Seiten Opposition findet, von den Unionisten und den Iren, die sich mit keiner Abschlagszahlung zufrieden geben wollen, zumal wenn sie ihnen als endgültige Abfindung geboten wird.

Die jetzt offiziell eingetroffene Nachricht, daß Ministerpräsident General Botha als Vertreter von Transvaal auf der Kolonialkonferenz in London erscheinen wird, hat großen Jubel erregt, und aller Wahrscheinlichkeit nach wird er während der Dauer der Konferenz der meistgefeierte Mann in England sein. Gewiß ein neues Zeichen für den scharfen Instinkt der Engländer, sobald nationale Interessen in Frage stehen. Ein gutes Verhältnis zu Transvaal und der regierenden Partei von Het Volk aber ist heute eine Lebensfrage für Englisch-Südafrika.

Es macht einen eigentümlichen Eindruck, daß der dänische Gesandte in London sich genötigt gesehen hat, in der „Times" einen Protest gegen die Insinuation zu veröffentlichen, daß Dänemark (natürlich auf deutschen Antrieb) beabsichtige, die Ostsee zu einem mare clausum zu machen; denn man muß doch daraus den Schluß ziehen, daß das Dementi notwendig war, um die Leute zu beruhigen, die auch an dieses

Ammenmärchen glaubten. Es gehört das zum Kapitel der heute jenseit des Kanals um sich greifenden Gespensterfurcht, und wir irren wohl nicht, wenn wir annehmen, daß der neue Riesenkreuzer, der eben vom Stapel gelassen wurde, und dem gleichstattliche Geschwister folgen sollen, ebenfalls gebaut worden ist, um solche Gespenster zu bannen, und zugleich um im Haag die Überzeugung zu festigen, daß England eifrig auf die Herabsetzung seiner Rüstungen zur See bedacht ist.

Lebhafte Entrüstung hat überall die Ermordung des bulgarischen Ministerpräsidenten Petkow erregt. Sie steht wohl in Zusammenhang mit der seit etwas über zwei Jahren beobachteten und wie es scheint noch im Steigen begriffenen Erregung der Studenten in der Universität Sofia. Die Lorbeeren ihrer russischen Kameraden lassen den bulgarischen Studenten offenbar keine Ruhe, und dazu mögen die Kurse, die zeitweilig von emigrierten russischen Professoren an der Universität gehalten wurden, nicht wenig beigetragen haben. Politische Leidenschaften in die Jugend hineinzutragen, ist immer gefährlich. Die natürliche Neigung zum Radikalismus und zu politischer Übertreibung, die harmlos verpufft, so lange sie außerhalb des Kreises der aktiven Politik bleibt, setzt sich auf den Boden der praktischen Politik erst zu lächerlicher Selbstüberschätzung und schließlich zu jenem verbrecherischen Treiben um, das wir an einem großen Teil der russischen Studentenschaft beobachtet haben, und das nun in Bulgarien Wurzel zu fassen beginnt. Fürst Ferdinand ist offenbar entschlossen, hier energisch einzugreifen, und dabei wird man ihm den besten Erfolg wünschen. Zum Nachfolger Petkows ist der frühere Kammerpräsident Gudew ernannt worden.

Kritisch geworden ist die Lage in Persien. Das Experiment mit der Verfassung droht in eine Revolution auszumünden. Der Mittelpunkt der Bewegung ist Tabris, und die Ironie des Schicksals scheint dahin zu führen, daß russische Truppen sie niederwerfen werden.

Wir schließen mit der Notiz, daß, wie der Telegraph meldet, Raisuli gefangen sein soll. Wird er dem Sultan ausgeliefert, so ist nicht nur seine politische, sondern wohl auch seine irdische Laufbahn dem Ende nahe.

21. März 1907. Unterwerfung des Hottentotten-Führers Simon Copper.
Bauernaufstand in Rumänien.
22. März. Schließung des Rigaer Polytechnikums.
23. März. Tod des Oberprokureurs des heil. Synod Konstantin Petrowitsch Pobjedonoszew.
24. März. Urlaubsreise des Fürsten Bülow nach Rapallo.
Unterzeichnung des Siamesisch-französischen Grenzvertrages.
25. März. Rücktritt des Ministeriums Cantacuzeno. Ministerium Sturdza.
26. März. Rücktritt des Obersten Deimling vom Kommando der Schutztruppe in Süd-West.
27. März. Ermordung des Dr. Jollos in Moskau.
29. März. Einzug des Generals Lyautey in Udschda.
Blutiger Fortgang des Bauernaufstandes in Rumänien.
30. März. Besuch Tittonis beim Fürsten Bülow in Rapallo.
Auflösung der Cortes in Spanien.

---

3. April 1907.

In Frankreich haben die letzten Tage allerlei Ereignisse von Bedeutung gebracht. Mit Siam ist ein Vertrag abgeschlossen worden, der das französische Protektorat Cambodja in sehr erwünschter Weise vergrößert und die siamesisch-französische Grenzlinie zu beiderseitiger Zufriedenheit geregelt hat. Gegen gewisse Zugeständnisse in Fragen jurisdiktionellen Charakters ist dazu den Franzosen eine wesentlich erweiterte Freiheit der Bewegung in Siam selbst gewährt worden, u. a. auch das Recht, Grundbesitz zu erwerben, so daß Herr Pichon alle Ursache hat, mit dem schließlichen Ergebnisse der Verhandlungen zufrieden zu sein; unverkennbar hat sich die Stellung Frankreichs in Hinterindien verstärkt, und die kolonialen Kreise Frankreichs, die mit dem Vertrage vom 7. Oktober 1902 nur wenig zufrieden waren, kargen daher begreiflicherweise nicht mit ihrem Lob.

Eine gleiche Befriedigung hat die Schnelligkeit der französischen Aktion in Marokko hervorgerufen. Seit der Ermordung des Dr. Mauchamp in Marakesch sind nicht acht Tage vergangen, und schon haben die französischen Truppen Udschda besetzt, um es zu behaupten, bis ihnen der Sultan von Marokko Satisfaktion für den geschehenen Mord gewährt haben wird. Das kann nur gebilligt werden und gehört zu den Notwendigkeiten, denen keine Nation sich entziehen kann, die auf halbbarbarischem Boden das Leben und die Interessen ihrer Untertanen

geschützt wissen will. Aber allerdings hat dieser Fall Mauchamp wieder einmal gezeigt, wie sehr es sich empfiehlt, mit den nun einmal vorhandenen Kulturverhältnissen und religiösen Vorstellungen des Islam zu rechnen; Mauchamp scheint an seinem tragischen Untergange selbst nicht ohne Schuld zu sein. Er verschmähte es, in dem allezeit unruhigen und unsicheren Marakesch die unerläßlichen Vorsichtsmaßregeln zu treffen, und hatte zudem in hohem Grade die Eifersucht der marokkanischen „Zauberer" erregt, denen seine ärztliche Tätigkeit eine lästige Konkurrenz bereitete. So erklärt der „Courrier Européen" die Katastrophe. Daß ein großer Teil der französischen Presse sofort bereit war, Deutschland die Schuld am Tode Mauchamps zuzuweisen („C'est la faute de l'Allemagne!") und sogar den Begleiter Mauchamps, Doktor Holtzmann, direkt als den Instigator des Mordes nannte, charakterisiert eben nur die bodenlose Frivolität und Ignoranz dieser Pariser Presse. Es lohnt auch nicht, ein Wort darüber zu verlieren. Wir würden ebenso über den patriotischen Lärm hinweggehen, den die (beiläufig bemerkt, beinahe ein Avancement bedeutende) Versetzung des Generals Bailloud hervorgerufen hat, wenn die Majorität der Kammer auf eine Interpellation hin sich nicht zu den politischen Empfindungen des tapferen Generals bekannt und der Ministerpräsident sich nicht ausdrücklich mit ihnen identifiziert hätte. Was Herr Clemenceau mit Recht tadelte, war die Öffentlichkeit dieser Gefühlsäußerungen, und daß sie von einem im aktiven Dienst stehenden hohen Militär ausgingen. Da sich die Kammer ihm anschloß, war der Zwischenfall damit erledigt. Uns hat er nichts Neues gesagt und nichts, was uns beunruhigen könnte. Wir haben uns ebensowenig aufgeregt, als einst General Skobelew seine Kriegsreden in Paris und Warschau hielt, und doch nahm der weiße General seinerzeit eine weit bedeutsamere Stellung ein, als der außerhalb der französischen Militärkreise gänzlich unbekannte General Bailloud. Sich einen frischen fröhlichen Krieg zu wünschen und womöglich noch die Eroberung einiger Provinzen dazu, ist das gute Recht jedes Soldaten. Wenn er sich aber an die Landesgrenze stellt und seine Kriegsfanfare in die Welt hinaus bläst, darf er sich nicht wundern, wenn die verantwortlichen Leiter der Politik seines Staates ihn daran erinnern, daß seine Lebensaufgaben nicht auf dem Felde der Beredsamkeit zu suchen sind. Und da will uns scheinen, daß General Bailloud allen Grund hat, damit zufrieden zu sein, daß er die Treppe hinaufgefallen ist. Weit bedeutsamer

scheint uns eine andere Angelegenheit. Es gibt in Frankreich ein „Zentralkomitee zur Verteidigung der Syndikatsrechte der vom Staat, den Departements und den Kommunen besoldeten Angestellten". Dazu gehören alle Arbeiter der Marine, die Arbeiter der Munizipalitäten, die Föderation der Tabak- und der Streichholzarbeiter, der Münze und der Medaillen, die verschiedenen Föderationen der Postbeamten, der Gefängnisaufseher, der Subalternbeamten der Ministerien, der Lehrer, der Zollagenten und noch andere, in Summa alles, was an unteren Arbeitsorganen des Staates vorhanden ist. Nun hat die französische Gesetzgebung diesem Zentralkomitee sehr erhebliche (unserer Meinung nach viel zu weit gehende) Vorrechte gewährt. Abgesehen davon, daß sie sich zur Wahrung gemeinsamer Interessen assoziieren durften, gab man dem Zentralkomitee das Recht der juristischen Person und die Möglichkeit, durch richterlichen Spruch Verfügungen der Regierung aufheben zu lassen, die den Rechten der Gesamtheit oder auch nur einzelner Mitglieder Gewalt antun. Jeder Eingriff der staatlichen Vorgesetzten gegen den Gebrauch dieser Rechte war ausdrücklich ausgeschlossen worden. Nun kann man sich wohl vorstellen, daß eine derartige Organisation zum Schutz gegen mögliche Willkür in einem Staat zur Notwendigkeit wird, dem die über den Parteien stehende Spitze fehlt, welche die Person des Monarchen in unserem konstitutionellen Staatswesen oder die des Präsidenten in den Vereinigten Staaten von Nordamerika bietet. Aber doch nur, wenn diese weitgehenden Rechte der Intention des Gesetzgebers entsprechend gebraucht und nicht als Mittel benutzt werden, die staatliche Autorität überhaupt vor den egoistischen materiellen Interessen jener Gruppen zurückstehen zu lassen. Das aber ist die offenkundige Absicht, die das „comité central" usw. in einem offenen Briefe an den Ministerpräsidenten Clemenceau ausspricht und in riesigen Affichen der Beurteilung der Pariser vorlegt.

Die Forderung geht, kurz gefaßt, dahin, das comité central mit der allgemeinen Föderation der Arbeiter zu verschmelzen und damit die Möglichkeit zu schaffen, einen Generalstreik ins Leben zu rufen, der gleichzeitig alle Privatbetriebe und die Arbeiterhände aller staatlichen Organe lahm legen kann. Es fehlt dann nur noch, daß auch die Armee sich dieser Fusion anschließt, und ganz Frankreich läge, an Hand und Arm gefesselt, der siegreichen Arbeiterschaft auf Gnade und Ungnade zu Füßen; hält aber, wie mit voller Bestimmtheit angenommen

werden kann, die Armee sich von diesem Treiben fern und findet trotzdem die Fusion der Arbeiterschaften des Staates und der Privatbetriebe statt, so droht ein Bürgerkrieg — das muß früher oder später die Folge sein, und man scheint es auch in Frankreich zu fürchten. Der „Temps" spricht in hohem Pathos von den „fonctionnaires en révolte", und in der Tat, die Sprache, die jener offene Brief an Herrn Clemenceau anschlägt, ist die der Empörung. Was das comité central verweigert, ist jede Anerkennung staatlicher Interessen:

„Für uns ist der Staat ein Arbeitgeber wie ein anderer auch! Zwischen uns gibt es nur einen Austausch von Leistungen: Lohn gegen Arbeit . . . Die Tyrannei des Staates wird immer verabscheuungswürdiger . . . er verteidigt Kapital und Privilegien und versagt uns den Beitritt zu den „bourses de travail", weil die Arbeiter in ihnen über die Voraussetzungen der sozialen Organisation verhandeln. Das aber ist ihr Recht und auch unser Recht . . . Die Arbeiter, die wahren Produzenten und Erzeuger des Reichtums, wollen sich nicht nur von dem Zwang freimachen, der in den Werkstätten der Arbeitgeber herrscht, sondern auch vom Druck der heutigen Gesellschaft, die nach dem Vorbilde der Werkstatt organisiert ist! Ihr Ziel ist, die freie Arbeit an die Stelle der Zwangsarbeit zu setzen, die Arbeit zu befreien und zu veredeln. Der Staat, wie er überliefert ist, soll verschwinden, mit all den Gruppen und hierarchischen Ordnungen, die außerhalb der Produktion leben, und in einer produzierenden Gesellschaft sollen dann Beziehungen wie die von Befehlenden zu Dienenden verschwinden . . . . Das Proletariat im Staat, in Departement und Kommune, ist sich bewußt, daß, wenn es die gleichen Syndikatsrechte fordert wie die Arbeiter der Privatbetriebe, es darauf ausgeht, an die Stelle der jetzigen Verwaltungsanarchie eine rationellere und vollkommenere Organisation des öffentlichen Dienstes zu setzen und mit den eigenen Interessen auch die der Produktion zu verteidigen.

Wir wollen an die Stelle des abstrakten ideologischen und enzyklopädischen Unterrichts des Staates einen praktischen und konkreten Unterricht setzen, der den wirklichen Bedürfnissen der verschiedenen Bevölkerungsschichten und der Produktion entspricht. Wir wollen die Kinder lehren die Arbeit zu lieben, denn die heute bedrückte, beraubte, verachtete Arbeit soll das neue Ideal, das Prinzip jeder Tugend, der Gipfel des modernen Staates werden . . . .

Herr Präsident, Sie haben in einer Ihrer Reden am 17. November 1904 im Senat gesagt:

„Der Staat hat eine lange Geschichte von Mord und Blut. Alle Verbrechen, die in der Welt geschehen sind, Gemetzel, Kriege, gebrochene Schwüre, Scheiterhaufen, Torturen, das alles ist durch Staatsinteresse und Staatsraison gerechtfertigt worden. Der Staat hat eine lange Geschichte, sie triefst von Blut."

Sie wissen besser als jeder andere, daß der Staat sein Wesen nicht ändert. Wir Arbeiter aber, wir werden gegen den „unersättlichen Moloch", gegen das „tyrannische und blutdürstige Ungeheuer" kämpfen. Wir werden kämpfen für das Recht, und das ist das wesentliche Attribut der menschlichen Persönlichkeit. Das comité central."

Aus einem gleichzeitig veröffentlichten Bericht über den Kongreß der Volksschullehrer in Nantes und aus dessen Resolutionen ergibt sich, daß die Initiative zu dieser „Revolte" von den Lehrern ausgegangen ist, und das ist gewiß sehr bezeichnend. Wir können darin wohl einen Kommentar zu jenem „Moralunterricht" erkennen, der in den französischen Schulen an die Stelle des Religionsunterrichts getreten ist, und dessen Kodex den trostlosesten materialistischen Egoismus zu predigen scheint. Vielleicht gehört die angezogene Stelle aus der Rede Clemenceaus vom 17. November 1904 zu den rhetorischen Glanzstellen, aus denen der künftige Bürger Frankreichs sich seine Auffassung vom Staate aufbaut, jedenfalls ist sie eine höchst gefährliche Waffe in den Händen von Leuten, deren Bildung nicht ausreicht, um zu einer anderen Vorstellung vom Staat zu gelangen.

Der kurze Streik der Elektrizitätsarbeiter hat gezeigt, wie unbedenklich in Frankreich der Egoismus der Arbeiter seine Kraftproben anstellt; wenn er dank der energischen Haltung der Regierung und der allgemeinen Abwendung der öffentlichen Meinung von den Streikenden schnell zusammenbrach, so ist damit nicht erwiesen, daß die Massen, die hinter jenem comité central stehen, sich dadurch ihrerseits von einer Kraftprobe werden abhalten lassen. Zunächst freilich haben wir es nur noch mit einer Forderung des c. c. zu tun. Daß sie abgelehnt wird, kann als sicher gelten. Die große Frage ist, was danach geschehen wird.

In England hat eine Rede großes Interesse erregt, die Lord Roseberry in der „liberalen Liga" gehalten hat. Sie hat, wenn wir von der beabsichtigten Frage der Reformierung des Oberhauses absehen, die

er nicht berührte, eine scharfe Kritik der wesentlichen Gesetzesvorlagen des Kabinetts Campbell Bannerman angekündigt. Sowohl die schottische Agrarbill wie namentlich das Home Rule für Irland scheinen ihm verderblich. Er schloß seine Rede damit, daß er erklärte, Großbritannien werde zweierlei niemals dulden: weder Einfuhrzölle auf Lebensmittel, noch ein unabhängiges Parlament in Irland. Es kann aber für sicher gelten, daß ein Teil der Minister in diesen Fragen mit ihm auf einem Boden steht, ganz wie in seiner Abneigung gegen Zugeständnisse an die immer stärker in den Vordergrund drängende sozialistische Partei. Offenbar liegt hier, trotz der großen Majorität, die ihm im Unterhause zu Dienst ist, eine schwache Seite des regierenden Ministeriums. Lord Roseberry hat Cassandragaben, er spürt kommende Wandlungen, wenngleich er, wie alle Propheten, dabei perspektivische Fehler macht.

Das Hauptinteresse der Engländer gehört jedoch der bevorstehenden Konferenz der Kolonialpremiers. General Louis Botha, der jetzt bereits unterwegs nach England ist, hat kurz vor seiner Abfahrt aus Kapstadt im Kreise des Afrikander Bond eine Rede gehalten, die sehr bemerkt worden ist. Auf eine Ansprache Jan Hofmeyrs, in der es hieß, das Volk von Südafrika liebe in ihm den Louis Botha noch mehr als den Premier von Transvaal, erwiderte er, er habe während des Krieges einfach seine Pflicht getan, danach aber alles, was in seiner Macht stand, für seine Heimat und für das Volk von Transvaal. Seine große Aufgabe sei, das Gedeihen Südafrikas zu fördern. Er gehe nach England zu einer Zeit, da Transvaal voller Sorgen sei. „Der kaiserlichen Regierung will ich sagen, daß wir mit ihr und dem britischen Volke gern zusammenarbeiten wollen. Die wahrhaften Südafrikaner wünschten dieses Zusammenwirken, das beiden großen Nationen zum besten gereichen müsse.“ Das Volk der Kapkolonie möge ihm behilflich sein beide Nationen einander zu nähern und den südafrikanischen Idealen treu bleiben.

Auch Sir Wilfrid Laurier, der leitende Minister von Kanada, hat sich über die bevorstehende Konferenz ausgesprochen. Im allgemeinen habe Kanada keine Beschwerden, es werde sich darauf beschränken, die Aufmerksamkeit auf handelspolitische Fragen zu lenken. Kanada sei allerdings protektionistisch gefärbt, aber das einzige Mittel, das Reich (Empire) aufrecht zu erhalten, sei, jedem Teile volle Freiheit in seiner fiskalischen Politik zu lassen. Sein persönliches Ideal sei, dem Reich

durch ein gleichförmiges Freihandelssystem und durch ein System der Reichsverteidigung ein stärkeres Fundament zu geben. Zu seinen Vorschlägen von 1902 habe er nichts hinzuzufügen. Auch glaube er nicht, daß es möglich sei, die gegenwärtigen Beziehungen zum Mutterlande noch besser zu gestalten, als sie bereits seien. Kanada wolle aber nicht in den Strudel des europäischen Militarismus hineingezogen werden.

Eine sehr interessante Äußerung Lord Milners über die Kolonialkonferenz bringt das Aprilheft der „National Review". Wir heben den folgenden von der „Tribune" schon jetzt veröffentlichten Abschnitt daraus hervor:

„Drei Wochen im Verlauf von vier Jahren genügen gewiß nicht, um die schwierigsten Probleme nicht nur des Vereinigten Königreichs, sondern aller Glieder der Reichsfamilie zu lösen. Das ist einer der Gründe, weshalb die Konferenz, bevor sie auseinandergeht, irgend eine dauernde Maschinerie schaffen sollte, um ihr Werk in den langen Zwischenräumen bis zur nächsten kurzen Zusammenkunft fortzuführen. Nicht weniger als drei Kolonien: Australien, Neu-Seeland und Kapkolonie haben Anträge angekündigt, die Konferenz als „Reichsrat" (Imperial Council) permanent zu machen. Dabei ist der australische Antrag der bestimmteste . . . . wollte man ihn als Referendum aller Staaten des Reichs, die Selbstverwaltung haben, vorlegen, so würde die Annahme nicht zweifelhaft sein . . ."

Es scheinen noch andere, sehr weitgehende Anträge in Sicht zu stehen, aber schon jener Milner-australische Gedanke würde, wenn er durchgeführt wird, eine Umwälzung in der Politik Englands zur Folge haben. Er würde, wenn es England gelingt, jenen „Reichsrat" von dem besonderen kolonialen Interessenstandpunkt zu lösen und ihn den imperialistischen Ideen des Mutterlandes dienstbar zu machen, einen ungeheueren Machtzuwachs Großbritanniens bedeuten, während andererseits die Anwesenheit einer permanenten Kolonialvertretung zu einer Mitregierung der Kolonien führen kann, da schließlich die ganze auswärtige Politik Englands sich vom Zusammenhang mit Interessenfragen der Kolonien nicht lösen läßt. So scheint uns dieser permanente Kolonialrat zwei sehr verschiedene Seiten zu bieten, und wir könnten es wohl verstehen, wenn im Mutterlande selbst der Gedanke auf Widerspruch stoßen sollte.

Mit großem Interesse haben wir in der Wochenschrift „The Literary Digest“ (New York) eine Beurteilung der Kongofrage gelesen, die auf Professor Frederik Starr von der Universität Chicago zurückgeht. Professor Starr hatte die englische Kongoliteratur eingehend studiert und war danach in den Kongostaat gereist, um sich an Ort und Stelle davon zu überzeugen, was an den von der Kongo Reform Association verbreiteten Nachrichten über die Greuel der belgischen Verwaltung Wahrheit und was Übertreibung ist. Sein Resultat ist nun das folgende: Die Engländer seien für fast allen Lärm, der über den Kongo erhoben werde, verantwortlich, denn sie hofften, unter dem Schutze der so erregten Entrüstung das Territorium im Namen der Humanität wegzuschnappen (to grab), während doch gleichzeitig weit schlimmere Grausamkeiten (atrocities) in den britischen Besitzungen des schwarzen Kontinents stattfänden. Das wird dann im einzelnen belegt, und am Schlusse führt Starr Bekenntnisse einzelner Engländer auf, die drastisch genug sind. So fuhr er mit einem neuernannten englischen Vizekonsul auf einem Schiff zum Kongo. Der Mann sprach von seinen Instruktionen und erzählte, seine erste Aufgabe sei, die Ufer des Aruwimi sorgfältig darauf zu untersuchen, ob sie für eine Eisenbahn nutzbar zu machen seien. Zweitens sollte er möglichst viel Beschwerden (schwarzer) britischer Untertanen über den Kongostaat sammeln, drittens alles, was er von „atrocities“ gegen die Eingeborenen in Erfahrung bringen könne!

Derselbe Vizekonsul sagte in Gegenwart von Starr einem Missionar, der sich erkundigte, wann der Bericht der Untersuchungskommission erscheinen werde: das sei ganz gleichgültig. Die britische Regierung habe ihre Entschlüsse längst gefaßt und werde ausführen, was sie beschlossen habe, gleichviel, was der Bericht enthalte!

„Auf dem Dampfer, der uns von Antwerpen nach New York zurückführte, war ein junger Kanadier, der nach dreijähriger Abwesenheit heimkehrte. Er wußte, daß wir im Kongo-Freistaat gewesen waren, und unterhielt sich mehrfach mit mir über meine Reise. Wir hatten niemals über atrocities oder Politik gesprochen. Eines Tages aber sagte er, ohne daß das vorausgegangene Gespräch einen Anlaß dazu gegeben hatte: „Natürlich werden die Belgier den Kongo verlieren. Wir sind entschlossen, ihn zu nehmen. Wir müssen die Bahn vom Kap nach Kairo bauen. Sie wissen, wir brauchten Transvaal. Wir fanden

einen Weg, es zu bekommen, jetzt haben wir es. So werden wir auch die Mittel finden, den Kongo zu gewinnen!"

Damit schließt Professor Frederick Starr, und uns scheint, was er erzählt, große Beachtung zu verdienen. Nicht wegen der retrospektiven Beurteilung der Transvaalfrage oder wegen der Zukunft des Kongostaates, an der wir weniger direkt interessiert sind als andere, sondern vielmehr wegen einer naheliegenden Erwägung. Die von Zeit zu Zeit auftretenden Anwandlungen sentimentaler Humanität der Engländer pflegen stets in einen namhaften direkten Gewinn für England oder in einen erheblichen Nachteil für einen politischen Rivalen auszumünden. Die Entrüstung Englands über die Hinrichtung Ludwigs XVI. kostete den Franzosen ihre Seemacht, die Begeisterung der Engländer für Bolivar und Genossen den Spaniern ihre amerikanischen Kolonien, das Mitleid, das die schlechte Behandlung der Uitlander hervorrief, mündete in die Annexion von Transvaal und den Oranjefreistaat aus, jetzt scheint der Kongostaat an die Reihe kommen zu müssen, und man fragt sich nicht ohne Grund, was die neue Begeisterung Englands für Schiedsgerichte, Abrüstung und ewigen Frieden zu bedeuten hat? Dabei ist der Hergang stets der, daß in England ein Haufe ehrlicher Enthusiasten die klug eingeleitete Aktion mit echtem Gefühl begleitet und dadurch den Erfolg fördert; man duldet auch einen anderen Haufen entrüsteter Opponenten, aber das Endergebnis ist stets das gleiche, die Beute wird eingestrichen, und einmütig freut sich dann die Nation ihrer Größe. So ist es, und so wird es bleiben; auch regen wir uns nicht darüber auf. Aber die Welt ist weniger naiv als sie es war, und es will uns scheinen, daß selbst die smaller nations, die sich heute der besonderen Gunst Englands erfreuen, ein Gefühl des Unbehagens verspüren, wenn der Freund allzu herzlich wird.

Mit ganz ungewöhnlichen Ehrenbezeugungen ist jüngst das russische Geschwader in England aufgenommen worden. Seit der japanische Verbündete die russische Seemacht vernichtete und die russische Armee bis auf weiteres für aggressive Unternehmungen in Asien nicht verwendbar ist, hat der bis vor kurzem noch so scharfe Gegensatz Englands gegen den asiatischen Rivalen völlig aufgehört. Man begnügt sich damit, in die frei gewordenen Positionen einzurücken und zeigt nach allen übrigen Richtungen größtes Entgegenkommen. Auch die Sympathien für die Duma, die anfangs so geräuschvoll hervortraten, haben sich merklich

abgekühlt, seit die Aussichten sich mehren, daß die Regierung der Lage schließlich doch Herr werden könnte. Und das scheint in der Tat der Fall zu sein. Verfolgt man nochmals in Gedanken die bald vier Wochen, die hingegangen sind, seit die Duma zusammentrat, so zeigt sich, daß Tatkraft, Einsicht und Fleiß auf seiten der Regierung waren, und daß die zweite Duma bisher ebenso versagt hat, wie die erste. Gearbeitet hat sie bis zur Stunde noch nicht, wenn man nicht die Wahlprüfungen, die Feststellung der Geschäftsordnung und andere Formalien als Arbeit bezeichnen will. Nicht einmal wirklich klare Parteiprogramme liegen vor, wenn wir von den Oktobristen absehen. Denn die Kadetten segeln unter falscher Flagge. Wenn sie sich angeblich auf den Boden der Verfassung stellen, arbeiten sie tatsächlich an ihrer Beseitigung. Zunächst nach der einen Richtung hin, daß sie an die Stelle der konstitutionellen eine parlamentarische Verfassung zu erzwingen bemüht sind und mit allen Mitteln die Stellung Stolypins, an dessen Persönlichkeit jetzt die Erhaltung der Monarchie und des Staates hängt, zu erschüttern suchen. Die Zeitschrift „Prawo", in welcher die Partei ihre Gedanken am ungenierteſten zum Ausdruck bringt, läßt darüber keinen Zweifel. Die Verhandlung über die Aufhebung der Feldgerichte läßt sich nur als eine rücksichtslose Propaganda für die weitere Ausbreitung der revolutionären Bewegung bezeichnen. Die Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre haben offenbar das Bestreben, diese Agitation durch Entsendung von Kommissaren der Duma in die Provinzen zu steigern, sind aber bisher damit glücklicherweise nicht durchgedrungen. Die Verhandlungen selbst sind gedankenarm, phrasenhaft und tumultuarisch, bis jetzt auch stets auf Allgemeinheiten gerichtet gewesen. Sie haben der zu energischer Arbeit drängenden Regierung nicht einen sachlich brauchbaren Wink eingebracht. Sozialrevolutionäre, Nationalsoziale und Arbeitler (trudowiki) haben sich jetzt zu einer großen Partei, Land und Freiheit (semlja i wolja) zusammengetan, und bei der bevorstehenden Agrardebatte werden wir sie am Werk sehen. Überhaupt gewinnt man aus den Debatten den Eindruck, daß das geistige Niveau der zweiten Duma noch niedriger ist als das der ersten. Die polnischen Abgeordneten, die bisher meist mit der Linken gestimmt haben, machen aus ihrer Verachtung kein Hehl. Man sehe diesen Leuten an, daß sie „aus einem armen, dunklen, ungekämmten Lande kämen . . . Vor ihnen schwebe stets das Gespenst einer großen, unerhörten Revolution, die Rußland

schnell in ein irdisches Paradies verwandeln solle. Man streite nur darüber, auf welchem Wege man das Volk am raschesten für den letzten blutigen Kampf in Bewegung setzen könne.

Das ist ganz richtig beobachtet. Die optimistische Beurteilung, die in unserer Presse wieder an Boden gewinnt, hat keine innere Berechtigung. Die Hoffnung ruht allein auf der Regierung, nicht auf der Duma, es sei denn, daß Herr Stolypin es vermag, sie zu zähmen und zum Arbeiten zu zwingen.

Auch eine Wandlung in der Stimmung der Nation können wir noch nicht konstatieren. Der Terrorismus dauert fort. Die Opposition hat ihren zweiten Märtyrer in dem Redakteur Jollos gefunden, der meuchlings erschossen worden ist, wahrscheinlich von einem Terroristen aus den Kreisen der Rechten. Denn es wäre ja ein Wunder, wenn diese Leute allein sich dem allgemeinen Taumel entzogen hätten. Vor kurzem ist in Reval die Filiale einer Kampfesorganisation entdeckt worden, deren Ziel es ist, das ganze Reich zum Besten der künftigen Organisation auszurauben, wobei für die „Expropriatoren" die Prämien in Prozenten der Beute festgesetzt waren. Als Kampfeswaffe wird jetzt immer häufiger auch Gift angewandt. Die Studenten sind nach wie vor aus Rand und Band, revolutionäre Politiker, die weder arbeiten wollen noch arbeiten können. In den Schulen macht man „chemische Obstruktion". Das heißt, man räuchert die Lehrer mit Stinkpetarden aus, so kürzlich im Realgymnasium zu Wassili-Ostrow. Der Hunger wütet weiter, das Gefühl der Unsicherheit ist allgemein. Mit Schrecken denkt man an die Gefahren, die eine vorzeitige Aufhebung des Belagerungszustandes bringen kann. So sehen die Dinge aus, und daß dabei in den Städten das Alltagstreiben ungestört seinen Verlauf nimmt, gibt nur einen trügerischen und unsicheren Schein von Ruhe.

4. April 1907. Ersetzung des Kommandanten der Flotte des Schwarzen Meeres Skrydlow durch Admiral Wirenius.
Schließung der Universität Moskau.
6. April. Konferenz der Mittelamerikanischen Staaten in Washington.
8. April. Zusammenkunft König Eduard VII. mit König Alfons in Carthagena.

---

10. April 1907.

Die Agrarunruhen, die wie ein zerstörendes Unwetter, scheinbar unerwartet, in Rumänien ausbrachen, werden nach offiziellen Berichten als völlig erstickt bezeichnet! Richtiger wäre wohl zu sagen, daß sie zum Stehen gebracht sind und nach einigem Zögern und Schwanken die Truppen überall ihre Pflicht getan und weitere Ausschreitungen der Bauern verhindert haben. Diese Unruhen — die keineswegs das ganze Land umfaßt haben, sondern sich auf ziemlich scharf zu umgrenzende Gebiete beschränkten — trugen einen ähnlichen Charakter, wie die Anfänge der russischen Bauernbewegung: Versagung von Arbeitsleistungen, Plünderungen, gewaltsame Besitznahme. Gewalttaten gegen Personen scheinen nur in Ausnahmefällen stattgefunden zu haben, die Gutsherren und Pächter flohen, ohne einen Versuch gemacht zu haben, sich selbst zu schützen, und man ließ sie laufen. Das Eingreifen der Truppen, welche der staatlichen Autorität die Geltung wiederzuschaffen beauftragt waren, führte, da die Bauern Widerstand leisteten, zu Blutvergießen. Einige Dörfer mußten beschossen werden und es sollen in Summa 350 Bauern ihr Leben eingebüßt haben. Die energischen Vorkehrungen des Militärs verhindern weitere Ausschreitungen, aber alle Anlässe, welche jene rumänische Jacquerie hervorriefen, dauern noch fort. Der alte Sturdza, der dem konservativen Ministerium Cantakuzeno die Last der Verantwortung abgenommen hat, steht vor einer ungemein schwierigen Aufgabe, denn die Erhebung der Bauern war ein Symptom, unhaltbar gewordener agrarer Verhältnisse. Der Absentismus der rumänischen Großgrundbesitzer, das allmähliche Schwinden der größeren Bauernhöfe, das Auswuchern des Landes durch jüdische Käufer und Pächter, dazu eine Reihe ungünstiger Ernten, die den Kleinbauern in Abhängigkeit von Leuten brachten, die seine Not ausbeuteten, das alles hat

in seiner Summe diese geduldige rumänische Bauernschaft zur Verzweiflung gebracht. Wie weit das Beispiel des stammverwandten Bessarabien ansteckend wirkte, und wie weit die zahlreichen in Rumänien lebenden russischen Revolutionäre (man denke an die Besatzung des „Potemkin"!) mitgespielt haben, ist noch nicht zu entscheiden. Die Hauptsache war die Landnot, und unverkennbar ist zugleich der antisemitische Charakter der Bewegung. Das gibt sogar ein so philosemitisches Blatt wie der „Courrier Européen" zu. Für eine Bevölkerung von nicht voll 6 Millionen Köpfen sind 270 000 Juden mehr, als sie ertragen kann, zumal wenn sich darunter unternehmende Köpfe befinden wie die jüdischen Großgrundbesitzer Fischer und Juster, die nicht weniger als 200 000 Hektar Land besitzen, von dem sie den größten Teil zu übermäßigen Preisen in Parzellen an die Bauern verpachten. Es wird also darauf ankommen, die Agrarverhältnisse einer radikalen Reform zu unterziehen und den Bauern die Möglichkeit zu schaffen, unter erträglichen Bedingungen zu Eigenbesitz zu kommen. Das scheint auch das Ziel des Ministerpräsidenten zu sein, der durch Absetzung aller Präfekten in den Aufstandsgebieten und durch eine Reihe von Verheißungen, die mit den Zwangsmaßregeln parallel gehen, jedenfalls der agraren Krisis ihren akuten Charakter zu nehmen verstanden hat. Aber wer wollte sich verhehlen, daß der schwierigste Teil seiner Aufgabe noch vor ihm liegt? Die ganze Geschichte Rumäniens ist zugleich eine Leidensgeschichte des rumänischen Bauernstandes. In den Jahren der türkischen Oberherrlichkeit wälzten die Bojaren die Lasten der Fremdherrschaft auf sie ab, und diese Lasten wurden dann, so weit möglich, auch in den Jahren der Selbständigkeit ihnen überlassen. Welche Schwierigkeiten diese Verhältnisse dem Könige Karol bereitet haben, zeigen die Seiten seiner Tagebücher, sie zeigen auch, wie seit 1868 die weitere Entwicklung Rumäniens in Abhängigkeit gebracht wurde von der Stellung, die den rumänischen Juden eingeräumt werden sollte. Speziell die Jahre 1868 und 1879 sind in dieser Hinsicht lehrreich zu verfolgen. Der ungeheure Einfluß, den die alliance israélite und die jüdische Presse Europas ausübt, hat sich vielleicht niemals greifbarer dokumentiert als damals. Es lag schließlich tatsächlich, so, daß die Anerkennung der Unabhängigkeit Rumäniens davon abhing, ob den Juden in Rumänien volle bürgerliche Gleichberechtigung verliehen wurde; den größten Lärm machte Herr Crémieux von Paris aus und schließlich ist die Entwicklung so gegangen, daß dem Könige,

gegen seine bessere Überzeugung, nichts übrig blieb, als vor „Europa", d. h. vor der alliance israélite zu kapitulieren. „Es bleibt Dir" — schreibt Fürst Anton von Hohenzollern am 26. April 1879 dem Sohn — „es bleibt Dir nichts übrig, als die Judenfrage trotz aller Antipathien der Bevölkerung und ungeachtet der großen Schädlichkeit der ganzen Maßregel à tout prix durchzusetzen!" Die Kapitulation des Königs und der rumänischen Kammer erfolgte am 18. Oktober 1879, die jüngsten Bauernaufstände können als eine lange zurückgedrängte Antwort darauf angesehen werden.

Kurz vor der Entscheidung hatte Kaiser Wilhelm, der in ethischen Fragen mit unfehlbarer Sicherheit stets das richtige traf, dem Könige Karol aus Gastein über seine Stellung zur rumänischen Judenfrage geschrieben: „Was Rumänien betrifft, so habe ich von Haus aus den Kongreßbeschluß aufs äußerste gemißbilligt, freilich nur après coup, da ich die Geschäfte nicht führte. . . . ich weiß aus Erfahrung, was die Juden in jenen Gegenden sind — angefangen mit Posen, Polen, Littauen und Wolhynien — und die rumänischen Juden sollen noch schlimmer sein! . . ."

In Bulgarien und Serbien liegen die agraren Verhältnisse bei weitem günstiger; auch hat Serbien nur 5000, Bulgarien 33 000 Juden, so daß es dort weder eine Agrarfrage noch eine Judenfrage gibt. Man kämpft um nicht minder aufregende Probleme, aber sie tragen nicht einen sozialen, sondern einen konfessionellen und nationalen Charakter. Es ist, recht betrachtet, ein Ringen um die Vorherrschaft kommender Generationen, ein Kampf, der immer aufs neue von den großen Mächten zu Stillständen geführt worden ist, um den Ausdruck schlimmerer Verwicklungen, die leicht in einen Weltbrand ausmünden könnten, zu verhindern. Und gewiß haben sie darin recht. Die Schwierigkeit liegt nur darin, daß es sich bisher nicht als möglich erwiesen hat, die erhitzten Leidenschaften der Konkurrenten um die Zukunft Mazedoniens niederzuhalten. Sie haben die Schranken, die ihnen gesetzt wurden, immer wieder zu durchbrechen verstanden, während andererseits die Reformbestrebungen der Mächte an der Realität der türkischen Verhältnisse scheitern. Immerhin läßt sich eine Wendung zum besseren konstatieren, und da eben jetzt Rußland und Österreich-Ungarn sich mit großer Entschiedenheit gegen das Treiben der serbischen und griechischen Banden ausgesprochen haben — was doch eine Anerkennung der Haltung Bul-

gariens in sich schließt —, läßt sich wohl erwarten, daß der jetzt auch für dieses Frühjahr angekündigte Brand auf der Balkanhalbinsel im Keime erstickt wird. Überhaupt haben wir den Eindruck, daß die österreichisch-ungarische und die russische Regierung sich einander politisch noch mehr nähern, als es bereits der Fall war. Das wird wohl auch auf der Haager Konferenz zum Ausdrucke kommen, die nunmehr endgültig auf den 15. Juli festgesetzt ist und deren offizielles Programm jetzt im Wortlaute vorliegt. Dieses Programm ist in seiner ursprünglichen russischen Fassung von allen Mächten angenommen worden, aber eine Reihe von Mächten hat Vorbehalte gemacht und neue Fragen für die Diskussion angekündigt. Die Vereinigten Staaten wollen zwei Anträge stellen, welche die Einschränkung oder die Limitierung der Armeen betreffen, und zugleich darauf dringen, daß die gewaltsame Beitreibung von Schulden, die sich aus Vertragspflichten ergeben, obligatorisch an gewisse Voraussetzungen gebunden werde. Spanien wünscht über die Limitierung der Rüstungen zu verhandeln, England legt großen Wert darauf, daß die Frage der Rüstungskosten in der Konferenz behandelt werde, erklärt aber zugleich, daß es an der Verhandlung keines derjenigen Punkte des russischen Programms teilnehmen werde, die seiner Meinung nach nicht zu einem nützlichen Ergebnis führen können. Fast genau so drückt die japanische Regierung sich aus. Bolivia, Dänemark, Griechenland und Holland haben die Absicht, besondere Anträge zu stellen, die dem russischen Programm analog seien. Rußland Deutschland und Österreich-Ungarn endlich sind darin einig, daß sie an Verhandlungen nicht teilnehmen werden, die zu keinem Resultat führen können. Frankreich und Italien sind weder mit Reservationen noch mit der Ankündigung von Anträgen hervorgetreten.

Man wird aus alle dem den Schluß ziehen müssen, daß im wesentlichen nur die Fragen zu allgemeiner Verhandlung gelangen werden, die zu dem ursprünglichen russischen Programm gehören, minus aller Fragen, die die Humanisierung des Seekrieges betreffen, da kein Zweifel darüber besteht, daß dies die Probleme sind, von denen England meint, daß sie nicht zu einem nützlichen Ergebnis führen können. Auch der Vorbehalt Japans kann nur diesen Sinn haben, da beide Mächte jetzt mit aller Kraft ihre Rüstungen zur See fortführen und England noch kürzlich erklärt hat, daß es dabei den zwei Mächte-Standard als das Minimum behaupten werde, auch keine der beiden Mächte

die geringste Neigung zeigt, die Vorteile preiszugeben, die ihnen ihre Stellung in den beherrschenden Punkten der Weltmeere bietet. Als ein Kuriosum läßt es sich nur bezeichnen, daß England nebenher den Wunsch äußert, von den Verhandlungen über die Minderung der Rüstungen die militärischen Bevollmächtigten der Mächte fernzuhalten.

Die Vorbehalte der drei Ostmächte gehen ohne Zweifel auf die Frage der Limitierung der Rüstungen, sie wollen an der Unwahrhaftigkeit, die hinter diesen Anträgen steckt, nicht teilhaben, und das läßt sich nur billigen. Die Gründe, die uns jedes Eingreifen der Konferenz in Fragen unserer nationalen Wehrkraft unannehmbar erscheinen lassen, sind so häufig aufgeführt worden, daß wir sie nicht zu wiederholen für nötig halten. Sie ergeben sich aus unserer Geschichte und aus unserer Stellung in der Welt. Das toujours en vedette gilt von keinem anderen Staat mehr als von Deutschland. Unklar erscheint uns nur die Haltung der Vereinigten Staaten, nachdem Präsident Roosevelt sich so nachdrücklich und so häufig für die Notwendigkeit einer Stärkung der Wehrkraft ausgesprochen hat, und unsicher die Haltung Frankreichs, das offenbar zwischen seinem russischen Verbündeten und seinem englischen Freunde nicht den Entschluß findet, sich offen zu einem Programm zu bekennen, das es in seinen offiziösen Organen so nachdrücklich hat vertreten lassen. Offenbar geht die Hoffnung dahin, daß das Verhalten der anderen Mächte ihm die Unbequemlichkeit ersparen wird, seine politischen Karten aufzudecken.

Man hat in den letzten Wochen viel von der Möglichkeit, ja von der Notwendigkeit einer deutsch-französischen Entente gesprochen, einer Idee, die in Deutschland seit den achtziger Jahren lebendig geblieben ist, die aber stets an dem periodisch wiederkehrenden französischen Revanchepatriotismus scheiterte. Heute mögen die Voraussetzungen zu einer solchen Entente vielleicht günstiger liegen als seit Jahren, denn es ist Tatsache, daß man in Frankreich das Abenteuer eines deutschen Krieges nicht wünscht. Nur sollte man sich, nach allem, was vorausgegangen ist, in Frankreich darüber klar sein, daß die Initiative zu Vereinbarungen, wie man sie zu wünschen scheint, nicht uns gehören kann. Wir wünschen nichts von Frankreich; wenn Frankreich durch eine Verständigung mit Deutschland freiere Hand gewinnen will, wird es erwägen müssen, was es uns dafür zu bieten hat, es wird auch gut tun, in seiner offiziösen Presse die Nörgeleien aufzugeben, in denen Herr

Tardieu sich seit Monaten gefällt. Noch im „Temps" vom 2. April druckt er unter Hinweis auf den letzten Ausbruch des Vesuv die folgende Ungeheuerlichkeit: Relisez . . ce qui s'imprima . . à Berlin au lendemain de l'éruption du Vésuve. Peu s'en fallait que les Allemands ne s'écriassent: „C'est, bien fait! Le Vésuve nous venge des infidélités italiennes." Das ist doch eine politische Giftmischerei, wie wir sie selbst einem Tardieu nicht zugemutet hätten. Daß jemand, der sich derartige Behauptungen aus den Fingern saugt, es dabei wagt, noch als Geschichtsschreiber aufzutreten (in seinem Buche über die Konferenz von Algeciras), ist freilich kaum minder ungeheuerlich. Dabei zitiert er die deutsche Presse stets nach den ungenauen und unvollständigen Angaben des „Temps", und selbst die Reden des Fürsten Bülow, deren Wortlaut doch im offiziellen Texte in Buchform vorliegen, werden verstümmelt und unvollständig gebracht! Sein Buch ist eine der schlimmsten Tendenzschriften, die uns zu Gesicht gekommen sind, oberflächlich, einseitig und unwahr. So lange solche Leute die öffentliche Meinung Frankreichs machen, hat eine Entente geringe Aussichten — wer kann die Absicht ernst nehmen?

Es ist erfreulich, daß Herr Clemenceau sich entschlossen hat, gegen den Verband der vom Staat usw. „besoldeten Angestellten" energisch vorzugehen. Die Vereinigung mit den „Arbeiterbörsen", deren Ziel, wie wir uns erinnern, der Generalausstand ist, wird ihnen unter keinen Umständen gestattet, und die Führer sollen zur Verantwortung gezogen werden. Das mußte geschehen, wenn der Staat sich nicht selbst die Schlinge um den Hals legen wollte, und wird, abgesehen von den sozialistischen und anarchistischen Sektierern, auch allgemein gebilligt. Aber es läßt sich doch nicht verkennen, daß hier die notwendigen Konsequenzen einer Verwilderung verfolgt werden, an der die sozialistische Politik der letzten Jahre eine sehr wesentliche Schuld trägt. Wenn aber den nicht staatlichen Arbeitern jede Zügellosigkeit rechtlich gesichert wird, läßt sich verstehen, daß die Arbeiter in Staatsdiensten nach gleicher Ungebundenheit streben! Das „Journal des Débats" macht noch auf eine weitere Seite dieses ernsten Problems aufmerksam. „Die Angestellten, in deren Namen das Zentralkomitee spricht, sind noch aus anderen Gründen veranlaßt worden, den Versprechungen ihrer Führer ein offenes Ohr zu leihen; wir meinen die schreienden Ungerechtigkeiten in den Beförderungen. Gunst und Intrige gelten heute mehr

als Arbeit und Verdienst in den Augen der sich ablösenden Minister. Jeder von ihnen gibt, wenn er ausscheidet, seinen ephemeren Mitarbeitern Stellungen, welche die Karriere derjenigen durchkreuzen, die ordnungsmäßig in ihren Beruf eingetreten sind. Und da viele Minister kommen und gehen, hinterlassen sie viele Schützlinge. Das rechtfertigt die Unzufriedenheit der übrigen. Will daher die Regierung die Disziplinarmaßregeln, zu denen sie jetzt greift, geachtet sehen, so muß sie ihre Angestellten durch das Statut, das sie erhalten sollen, auch vor den Schlägen der Günstlingswirtschaft so schützen, daß für die Willkür kein Raum bleibt. Will die Regierung stark sein, so muß sie vor allem gerecht sein." Das ist gewiß richtig, aber es ließe sich noch auf viele andere Schäden hinweisen. Das Günstlingswesen geht nicht nur von der Regierung aus. Die Abgeordneten der Kammer treiben es mindestens ebenso arg, und ärger als sie die große Anstalt gegenseitiger Versicherung, der Grand Orient, der das Bekenntnis zu gewissen Gesinnungen prämiiert, die gewiß nichts mit dem Wohl des Staates gemein haben. Die französische Republik von heute ist kein Regiment der Freiheit; sie kennt nicht die Freiheit der Gewissen, sie duldet vor der Öffentlichkeit keine Gesinnung, die nicht die offizielle ist, alles andere ist suspect und wird sorgfältig von der Staatskrippe ferngehalten. Es ist kein Geheimnis, daß in Frankreich keine Korrespondenz sicher ist und daß die politische Spionage zum herrschenden System gehört. Die in ein verwandtes Gebiet fallende Affaire Montagnini — so wenig erfreulich die Schlaglichter auch sind, die auf den Vertreter der Kurie fallen — wäre in jedem anderen Lande undenkbar. Die jetzt per nefas erfolgenden Veröffentlichungen — während doch bei Konfiszierung der Schriftstücke mindestens dafür gesorgt werden mußte, daß sie in keine anderen Hände fielen als in die der Regierung — füllen die französischen Blätter mit einem Material von erstaunlicher Unbedeutendheit, und man fragt sich schließlich, was die ganze, mit so ungeheurem Eklat geführte Angelegenheit für ein Ziel verfolgte? Darauf gibt es keine andere Antwort als ein Achselzucken. Doch das alles sind Dinge, welche niemanden angehen als die Franzosen selbst, und wenn sie sich in dieser Atmosphäre wohl fühlen, ist das eine Geschmackssache, über die sich nicht streiten läßt.

Die Besetzung von Udschda wird aller Wahrscheinlichkeit nach schon bald zu der von den Franzosen verlangten Genugtuung führen, und es läßt sich hoffen, daß die Lektion, welche Marokko damit erhält, nicht ohne heil-

same Nachwirkung bleibt. Aber gewiß hat der marokkanische Minister des Auswärtigen recht, wenn er den fremden Konsuln gegenüber den Wunsch aussprach „de faire comprendre à leurs nationaux, qu'ils devaient se montrer prudents afin de ne pas exciter la population contre eux". Man darf eben nicht vergessen, daß der Islam zurzeit in gärender Stimmung ist, und das gilt von Marokko vielleicht noch mehr als von anderen islamischen Gebieten. Hat doch Lord Cromer in seiner Denkschrift über die Verwaltung und über die Lage Ägyptens und des Sudans es für nötig befunden, ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß die panislamische Bewegung die ernste Aufmerksamkeit aller am Orient interessierten Nationen verdiene. Es sei sehr wohl möglich, daß Ausbrüche des Fanatismus sporadisch in verschiedenen Teilen der Welt (Europa, Afrika, Asien) stattfänden. 1905 und im vorigen Jahre, als der Zwischenfall wegen Akabah stattfand, sei es nahe daran gewesen. Nun sagt er freilich, daß der Panislamismus in Ägypten Importware sei, aber von Marokko läßt sich das gewiß nicht sagen, und deshalb scheint es uns wichtig, daß die Udschdafrage möglichst bald erledigt werde.

Wie sich die Mächte zu der von Lord Cromer vorgeschlagenen Aufhebung der Kapitulationen stellen werden, bleibt noch abzuwarten. Das System, das er an die Stelle setzen will, bedeutet unter allen Umständen eine wesentliche Steigerung des englischen Einflusses. Die mitberechtigten und mitinteressierten Mächte werden zu erwägen haben, wie weit das Opfer, das ihnen zugemutet wird, sich von ihrem Interessenstandpunkt rechtfertigen läßt

In Rußland ist die Lage nicht durchsichtiger geworden als sie vor acht Tagen war. In der Duma hat die Debatte über das Budget gezeigt, daß auch der Finanzminister seinem Posten gewachsen ist, und daß er als Redner und Debatter seinen Mann steht. Die sachliche Opposition führte der Kadett Kutler, nicht ohne sich starke Blößen zu geben, aber doch so, daß er großen Eindruck machte, namentlich auf die bäuerlichen Abgeordneten, denen seine Angriffe auf die Eisenbahnpolitik der Regierung und auf die Mißbräuche der Branntweinakzise imponierten. Der Sozialdemokrat Alekfinski deklamierte überaus leidenschaftlich, aber in den bekannten allgemeinen Phrasen der extremen Revolutionäre; weit bedeutsamer waren die Reden der Polen, namentlich die des Abgeordneten Stetzki, der schon in der ersten Duma gesessen hatte. Er bekannte sich rückhaltlos zum Programm der Autonomie Polens, und was

er darunter versteht, zeigt eine Schrift, die er kürzlich in Krakau veröffentlicht hat: „Im Kampf um die Autonomie Polens." Was er verlangt, ist ein polnischer Reichstag, polnische Schule, polnisches Gericht und polnische Verwaltung. Dieses Ziel zu erreichen, sei nicht leicht: die Aussichten stiegen mit der Zunahme der anarchistischen Bewegung in Rußland und der Konsolidierung der nationalen Kräfte Polens, sie fielen, sobald die Zentralgewalt erstarke und die Unordnungen in Polen zunähmen, oder mit anderen Worten — so interpretiert die „Nowoje Wremja" —, es ist die Aufgabe der polnischen Realpolitik, mit allen Mitteln die Anarchie in Rußland zu fördern und sie ebenso energisch in Polen auszurotten. Der einzige Einwand, den Rußland gegen die polnischen Bestrebungen erhebe, sei die Befürchtung, daß, wenn es Polen die Autonomie verleihe, an der Westgrenze des Reiches ein neuer Staatsorganismus entstehen werde, der, wenn er erstarke, die anliegenden ehemals polnischen Gebiete sich zu eigen machen werde. Deshalb solle man sich z u n ä c h s t mit einer Provinzialautonomie zufrieden geben und das Mißtrauen der Russen und ihre Befürchtungen dadurch beseitigen, daß man ihre staatliche Oberherrlichkeit anerkenne. Es folgt ein genau ausgearbeitetes Programm der autonomen Befugnisse, die Polen beansprucht. Es entspricht im wesentlichen der Verfassung von 1815, nur daß die nationalpolnische Armee fehlt, enthält aber alle Voraussetzungen, die im geeigneten Augenblick zum selbständigen Polen überführen sollen. Dieses Stetzkische Programm erklärt die Taktik der Polen in der Duma und ihr stetes Stimmen mit der revolutionären Linken, scheiden werden sie sich von ihnen nur in der Agrarfrage, in der sie für Polen die Beibehaltung des Status quo wünschen und durchzusetzen hoffen. Hier wäre also der Punkt, der sie zu Bundesgenossen der Rechten machen könnte, aber weil in ihr der nationalistische Gedanke stark vertreten ist, bleibt es fraglich, ob sie hier ein Zugeständnis erhalten, zu dem die Regierung eher bereit wäre, weil sie überhaupt den Gedanken einer absoluten Gleichförmigkeit der Gesetzgebung für alle Reichsteile aufgegeben zu haben scheint. Aller Wahrscheinlichkeit nach führt jedoch die Verhandlung der Agrarfrage zu der Krisis, die darüber entscheiden wird, ob die Regierung mit der Duma weiterarbeiten oder ob sie sie zum zweiten Male auflösen muß. Für eine Auflösung agitiert sowohl ein Teil der Rechten wie die revolutionäre Linke, während Oktobristen und Kadetten die Duma konservieren möchten. Die letzteren in der Hoffnung,

schließlich doch ihr Ziel, ein parlamentarisches Regiment, zu erreichen und damit die Regierung Rußlands in die eigenen Hände zu nehmen. Die hoffnungsloseste Tatsache aber ist neben der revolutionären Gesinnung der Majorität der niedrige Bildungsstand der Versammlung. Es läßt sich schon jetzt erkennen, daß sie nicht arbeitsfähig ist. Das Verständnis von etwa $^2/_3$ der Mitglieder reicht nicht aus, um die Schwierigkeit der großen Probleme zu fassen, die gelöst werden müssen, und der Schluß, der sich daraus ergibt, ist, daß das Wahlsystem der Verfassung vom 17. Oktober zu optimistisch komponiert worden ist. Die Nation ist nicht reif, es zu tragen, vollends unfähig würde sie sich erweisen, auf Grund des erstrebten allgemeinen geheimen direkten Wahlrechts, das zum Programm der Kadetten gehört, mit einem parlamentarischen Regiment sich selbst zu regieren. Das geht, darüber ist kein Zweifel mehr möglich, über ihre Kräfte.

So scheinen die Verhältnisse im Augenblick zu liegen, aber alles ist darin einig, daß sich unmöglich vorhersehen läßt, wie die Dinge in acht Tagen aussehen werden. Die Regierung trifft die Vorbereitungen, um einen immer möglichen Aufstand gewaltsam niederzuschlagen, die Revolutionäre verstärken die Propaganda unter Arbeitern, Bauern und Truppen. Die terroristische Aktion nimmt zu, die Verwilderung der Studenten gleichfalls, überall wird mit Sorgen dem Augenblick entgegengesehen, da Feldgerichte und Kriegsgerichte zu funktionieren aufhören. Der General Kaulbars ist kürzlich genötigt gewesen, 27 Kosaken vor das Kriegsgericht zu stellen, weil sie sich weigerten, aufständischen Bauern gegenüber von der Waffe Gebrauch zu machen. In Zarskoje ist — wie die „Tribune" meldet, — der militärische Schutz verstärkt worden. In Lodz finden täglich blutige Straßenkämpfe zwischen den Arbeitern statt usw. Das Gesamtbild ist überaus beunruhigend. Läßt die Regierung in ihrer korrekten und festen Haltung nach, so ist ihre Stellung binnen kurzem nicht mehr haltbar. Schon ein Paktieren mit den Kadetten kann verhängnisvoll werden, jeder Schritt weiter — und vom Standpunkt der Kadetten führen die Wege nur nach links — führt unrettbar ins Verderben.

11. April 1907. Kämpfe zwischen Arbeitern und Truppen in Lodz.
Eröffnung des Carnegie-Instituts in Pittsburg.
Demission Lord Cromers.
12. April. Flucht des Präsidenten Bonilla von Honduras auf ein amerikanisches Kriegsschiff.
15. April. Eröffnung der Konferenz der Kolonialminister in London.
Der Papst spricht sich gegen die französische Kirchenpolitik aus.
16. April. Erdbeben in Mexiko.

---

17. April 1907.

„Wir haben" — so schreibt uns einer unserer Pariser Freunde — „freudig die schönen Worte begrüßt, mit denen Ihr Kaiser Herrn Jules Cambon empfangen hat. „L'appel adressé par Guillaume II. à tous les esprits élevés, dont la France et l'Allemagne disposent, ne peu ne pas être entendu." In der Tat hat Herr Cambon allen Grund, mit der politischen Atmosphäre, in die er getreten ist, zufrieden zu sein. Sie ist entschieden irenisch und wohlwollend, und diese Richtung der Geister wird wohl noch zu lebendigerem Ausdruck kommen, je mehr man sich diesseit der Vogesen davon überzeugt, daß die auswärtige Politik Frankreichs dahin geht, vor allen Dingen französisch zu sein. Die Verstimmung, die bestanden hat, ging darauf zurück, daß Frankreich nicht als politische Selbständigkeit, sondern als Werkzeug von Kräften erschien, die ihre Spitze gegen Deutschland richteten. Sie steigerte sich an den Sensationen einer Presse, von der man mit Bestimmtheit wußte, daß sie die Pensionärin fremder, in ihrem Ursprung nicht französischer Interessen war, und sie wurde weiter genährt durch die unehrlichen Verdrehungen, denen man die Äußerungen unserer nationalgesinnten Presse unterzog. Die Tatsache, daß deutsche Zeitungen in den Redaktionsbureaus der französischen und der englischen Presse nur sehr ausnahmsweise gelesen werden, und daß dort als Ersatz die telegraphischen auf Schlagworte und Sensationen zugespitzten Berichte von Korrespondenten dienen, hat weit größeren Schaden angerichtet, als derjenige ermessen kann, der nicht Gelegenheit hat, die Arbeit dieser Werkstätten einer falschen öffentlichen Meinung zu verfolgen. Es kommt aber noch ein anderes Moment

hinzu. Wo man im Auslande deutsche Zeitungen liest, ist es — abgesehen von der „Kölnischen Zeitung", die man auch dann für offiziös hält, wenn sie es nicht ist — fast immer das „Berliner Tageblatt", das doch niemand, der die Verhältnisse kennt, für ein deutsch-*nationales* Blatt halten wird. Es ist kosmopolitisch Wolff-Mossisch, vertritt die internationalen Interessen der alliance israélite und findet ein stammverwandtes, wenn auch nicht gleichsprachiges Echo in fast allen ausländischen Redaktionsbureaus. Dazu kommt der Anklang, den die bald kapitalistische, bald demokratische Tendenz des Blattes findet. Das Wesentliche aber ist die kosmopolitische Richtung, im Unterschiede zu der ebenfalls demokratischen, aber stets national-deutsch gerichteten „Vossischen Zeitung". Während der Tage des Delcassé- und Algeciras-Konfliktes trat dieser Gegensatz ganz besonders scharf hervor. Das „Berliner Tageblatt" erschien wie eine Filiale unserer politischen Gegner, die deshalb, in leicht verständlicher Täuschung, Bedeutung und Einfluß des Blattes ganz erstaunlich überschätzten. Wie stark diese irreführenden Eindrücke nachwirken, zeigt u. a. das jüngste Interview, dem sich Herr Pichon über die Ausstellungsfrage vom „Berliner Tageblatt" hat unterziehen lassen, während doch jedem Kundigen in Deutschland bekannt ist, daß nichts gleichgültiger ist, als wie die Männer vom „Berliner Tageblatt" über diese Dinge denken.

Doch wir kehren zur Frage der deutsch-französischen Beziehungen zurück. Da dürfte sich vor allem empfehlen, ehe man von entente redet, die sich zu unserer Freude ersichtlich vorbereitende détente zu pflegen, und nichts kann diesem Ziel förderlicher sein, als das Zusammenwirken der geistigen Führer der beiden Nationen. Der Entschluß, nichts zu vernachlässigen, was zu gegenseitigem Verstehen führt, das wirkliche Studium der gegenseitigen Lebensgrundlagen, wie wir es z. B. in den agrarpolitischen Studien von Mary, oder in der vortrefflichen „Revue Cronomique internationale" von Levasseur, Schmoller und Philippovich oder aber in der „Revue politique et parlementaire" von Fernand Faure finden, anderer nicht zu gedenken, ist Voraussetzung der détente, und beide Nationen können mit Recht sagen, daß in ihren wissenschaftlich ernst zu nehmenden Kreisen es an dem Streben nicht fehlt, die nationalen Probleme des Nachbarstaates zu erfassen und ihr Verständnis der eigenen Nation nahe zu bringen. Wenn die Tagespresse nicht entsprechend darauf reagiert, liegt es zum

Teil an den oben aufgeführten Ursachen, zum anderen an Fragen der Vorbildung, des Temperamentes und der inneren Unselbständigkeit. Erziehung und Kontrolle der Tagespresse, das ist eines der bedeutsamsten Probleme unserer Gegenwart, wichtiger als die Haager Konferenz und schwieriger zu lösen als die Frage der Abrüstungen und der internationalen Schiedsgerichte. Wir möchten in diesem Anlaß noch einmal auf die im vorigen Jahre in Zürich erschienene Broschüre eines „Ausland-Deutschen": „Die Presse und die deutsche Weltpolitik" hinweisen. Sie enthält nach allen Richtungen hin höchst beachtenswerte Vorschläge, die, wenn sie Gehör fänden, eine Wendung zum besseren herbeiführen müßten. Daß in unserem Budget keine Position: „Presse" zu finden ist — während doch von der Presse als Weltmacht heute mehr als je die Rede ist, und wir die Bedeutung dieser Weltmacht deutlich genug spüren —, das gehört zu den Anomalien unseres öffentlichen Lebens. Der „Ausland-Deutsche" verlangt Preß-Attachés für die deutschen Botschaften, vornehmlich in London und Paris, eigene deutsche Depeschenagenturen, für Ostasien, Nord- und Südamerika, deutsche Übersetzungsbureaus, Vermittlungsbureaus für wissenschaftliche Artikel in den Zeitschriften des Auslandes, Vermittlungsbureaus für Vortragsreisen und Vorlesungen auf Universitäten des Auslandes, wie sie dank der Initiative Kaiser Wilhelms zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zur Wirklichkeit geworden sind. Er wünscht die Begründung eines Komitees zur Verbreitung deutscher Literatur im Auslande usw., daran schließt sich noch eine ganze Reihe wohlerwogener Vorschläge, deren Verwirklichung eine heilsame Revolution in unserem Preßwesen und auch in unseren Beziehungen zum Auslande zur Folge haben müßte. Es scheint, daß eine gewisse Prüderie unserer Parlamente, speziell der linksstehenden Parteien, sich gegen den Gedanken sträubt, daß die Regierung in den Kampf der Presse auch ihrerseits anders kämpfend eingreift, als auf dem Wege der offiziellen Dementis und gelegentlicher offizieller und offiziöser Artikel. Man hält mit einer Art kindlicher Naivität an der Vorstellung von der „freien" Presse fest, während doch auf keinem Felde des öffentlichen Lebens Abhängigkeiten häufiger sind als auf dem der Presse. Das leugne, wer den Mut dazu findet: Abhängigkeit von der Partei, Abhängigkeit von Geldmächten und Abhängigkeit von Interessen, die das Gegenteil der deutschen Interessen sind. Das schlimmste ist aber wohl die Abhängigkeit von dem persönlichen Ehrgeiz und der Eitelkeit

bestimmter Personen; die Beispiele hierzu wird jeder, der der Wirklichkeit nicht blind gegenübersteht, selbst zu finden wissen, es lassen sich leider nur zu viele anführen. Das Fazit ergibt, daß nur ganz ausnahmsweise unsere Presse wie eine Einheit in Fragen vorgeht, die unsere Stellung zum Auslande betreffen. Franzosen, Engländer, Amerikaner und Italiener stehen in ihrer Presse weit geschlossener zusammen und erwecken daher auch weit eher die Vorstellung von einem tatsächlich vorhandenen einheitlichen Willen der Nation. Wie man sich im Auslande die Stellung Deutschlands vorstellt, mag an einer Korrespondenz gezeigt werden, die der „Nowoje Wremja" aus Venedig zugeht. Der Verfasser zeichnet „ein Dalmatiner" und ist entschieden anti-österreichisch. Sein Trost ist England.

„England" — schreibt er — „hat seit den Freiheitskriegen den Balkanvölkern niemals größeres Interesse zugewandt als jetzt. Es hatte stets den Einfluß der dem Balkan benachbarten Staaten zu bekämpfen und mischte sich nie in die inneren Angelegenheiten Serbiens und Bulgariens. Jetzt ist England offenkundig bemüht, den österreichischen Einfluß zu verdrängen und die nationalen Bestrebungen der Balkanvölker zu unterstützen. Man kann sogar sagen, daß es Serbien im Zollstreit mit Österreich unterstützte. Englische Kapitalisten erschienen, um die serbische Industrie aufrecht zu erhalten, und die produktiven Kräfte des Landes zu entwickeln. Fragt man, wodurch sich diese Haltung Englands erklärt, so ist die Antwort, daß England überall darauf ausgeht, Deutschland zu isolieren — in Europa wie in Asien, im nahen Orient wie in Marokko. In den letzten Jahren hatte der deutsche Einfluß auf der Balkanhalbinsel erheblich zugenommen, und dazu hat Österreich als Avantgarde Deutschlands nicht wenig beigetragen. Man blicke nur auf Bosnien, wo die Germanisation entscheidende Fortschritte gemacht hat. England will nun die Deutschen überall zurückdrängen, wo es sie findet, namentlich aber auf dem Balkan, wo eines der größten Dramen der Zeitgeschichte sich abspielen wird. Deutschland zu isolieren, das ist der Traum Englands, und Österreich wird mit isoliert werden. Daraus ergibt sich, daß England auf seiten Italiens stehen wird. Es handelt sich aber nicht um eine bloße Verständigung, sondern um ein formelles Bündnis. Kürzlich erschien in einer der einflußreichsten deutschen Zeitungen ein Artikel, in dem es hieß, daß Italien nur auf dem Papier zum Dreibund gehöre, und daß sich tatsächlich schon ein neuer Dreibund: England, Frankreich, Italien

gebildet habe. Man braucht kein Prophet zu sein, um das zu erkennen. Hat nicht Eduard VII. den König Viktor Emanuel seinen Freund und Bundesgenossen genannt? Das zeigt doch, daß dem österreichischen Einfluß auf dem Balkan eine wirkliche Gefahr droht. Herr von Aehrenthal wird all seinen Geist brauchen, um sie abzuwehren. Das Verhalten Rußlands dabei ist ganz verständlich. Die sich vorbereitende Verständigung mit England steigert nicht nur das Prestige Rußlands, sondern dient auch den russischen Interessen in Westeuropa. Dem Mürzsteger Programm treu, verfolgt es keine egoistischen Ziele. Rußland versteht auch, daß die Balkanvölker in Österreich keinen uneigennützigen Freund finden können, dagegen muß das Rassengefühl ihm die italienischen Bestrebungen sympathisch erscheinen lassen. Österreich denkt an Saloniki, niemand aber wird den Italienern vorwerfen können, daß sie Albanien erwerben wollen. Es kommen also drei Nationen in Betracht: eine von ihnen ist den Balkanvölkern verdächtig (Deutschland), die andere hat sich offen zu ihren Absichten bekannt (Österreich), die dritte ist ganz uneigennützig und erstrebt nur die Befreiung der Balkanvölker (Italien). Es liegt auf der Hand, auf welcher Seite die Sympathien der slawischen Völker stehen werden."

Wir wollen diesen naiven Dalmatiner nicht weiter analysieren. Uns interessiert das Mittelstück seiner Ausführungen, weil es mit der Legende von der Minierarbeit König Eduards und mit der Isolierung Deutschlands operiert. Was die Legende betrifft, so wundern wir uns nicht darüber, daß sie auch nach Dalmatien gedrungen ist. Sie entspricht nur dem, was „Times" und Dependenzen als die natürliche und selbstverständliche Aufgabe Englands bezeichnen und was die Welt schließlich als Glaubenssatz angenommen hat. Gewiß wird auch der bevorstehende Besuch des Königs Eduard in Italien in diesem Sinne gedeutet werden, trotz Rapallo und trotz der Stipulationen des Dreibundvertrages. Das ist nun einmal nicht zu ändern. Was aber die Isolierung Deutschlands betrifft, so ist — selbst wenn wir dem Herrn Dalmatiner den Gefallen tun von Italien abzusehen — eine Isolierung zu zweien, zumal wenn diese beiden die stärksten Militärmächte Europas sind, eine mindestens ungewöhnliche Erscheinung, etwa wie ein leeres Glas voll Wein, oder was man sonst zur Illustration heranziehen mag. Für gewöhnlich pflegt man in einer derartigen Kombination einen sehr bedeutsamen Machtfaktor zu sehen, dessen wesentliche Wirkung eine

Rücken- und Seitendeckung bedeutet, die „dem Isolierten" gestattet, seine volle Kraft dorthin zu wenden, wo er bedroht wird. Wir sind aber politisch durch eine harte Schule dazu erzogen worden, für Gegenwart und Zukunft in unserer Leistungsfähigkeit den Faktor zu erkennen, über den allein wir frei verfügen können. Und darauf haben wir uns eingerichtet. Das wissen unsere Freunde wie unsere Feinde, und wie es für die einen ein wesentlicher Grund zur Aufrechterhaltung der überkommenen Verbindung ist, so hat es sich für die anderen noch stets als eine Tatsache dargestellt, mit der sie zu rechnen nützlich und weise fanden. Wir können über kleine Intrigen an der Peripherie vornehm hinwegsehen, mit gutem Gewissen, weil wir niemanden provozieren und in aller Ruhe, ohne von unserer Tagesarbeit abzustehen, unseres Weges gehen, weil wir niemanden fürchten. Es mag in diesem Zusammenhange auf einen sehr interessanten Artikel von H. W. Wilson hingewiesen werden, der in der „Daily Mail" vom 9. April erschienen ist, und die Frage beantworten will, ob Sir Henry Campbell-Bannerman sich der Schwierigkeiten bewußt gewesen sei, die mit seinem Antrage auf eine Limitierung der Rüstungen in Zusammenhang stehen. Die Antwort ist ein entschiedenes „Nein" und die Motivierung zeigt so viel gesunden Menschenverstand, daß es ein wahres Vergnügen ist, Herrn Wilson zu folgen. Er bringt zunächst den Nachweis, daß, wenn die Mächte sich darauf verständigen sollten, die Ausgaben für die Flotte um einen bestimmten Prozentsatz des Marinebudgets einzuschränken, England sofort vor Deutschland im Nachteil sein würde. Denn in England koste der Matrose dem Staat 73 Pfd. St., in Deutschland 33 Pfd. St., oder wenn man die Reserven mit in Anschlag bringe, in England 53 Pfd. St., in Deutschland 11 Pfd. St. Die Staaten mit allgemeiner Wehrpflicht würden also einen ungeheuren Vorsprung gewinnen. Dazu komme aber noch die Frage der Pensionen, die für England ebenfalls ungünstiger liege, endlich die Verschiedenheit des Geldwertes, die z. B., wenn man Deutschland und Japan in Vergleich bringe, dem letzteren möglich mache, mit derselben Geldsumme das Doppelte zu beschaffen. Die Konsequenz würde dann jedenfalls ein allmähliches Übergewicht Asiens über Europa sein. Eine proportionale Beschränkung des Marinebudgets verbiete sich also von selbst. Noch größer aber seien die Schwierigkeiten, wenn man die Zahl der Schiffe begrenzen wolle, denn es gebe kein Mittel, die verschiedenen

Typen der Schiffe in eine Gleichung zu bringen. Wenn Deutschland die englischen Invincibles für maskierte Schlachtschiffe erkläre, werde England darauf bestehen, daß es Kreuzer seien, und ähnlich werde sich der Gegensatz bei Schätzung der Torpedoboote und Zerstörer stellen. Werde die Zahl begrenzt, so werde man größere Fahrzeuge von 40 bis 50 000 t bauen. Beschränke man die Tonnage, so werde die Konkurrenz sich sofort auf den Modus der Panzerung richten, Aluminium, Vanadium oder Tantalum würden an die Stelle der Kruppschen Stahlpanzer treten, und schließlich der Staat, der die kostspieligste Rüstung anlege, der Sieger sein. Endlich würde, welcher Modus immer vereinbart werde, ein Internationales Inspektorat zu begründen sein, um die Rüstungen der einzelnen Mächte zu kontrollieren, und es liege (wie genauer ausgeführt wird) auf der Hand, daß damit eine permanente Gefahr für den Weltfrieden organisiert werde. Es würde zu unaufhörlichen Reibungen führen und eine Freiheitsbeschränkung bedeuten, gegen welche sowohl die Völker wie die Regierungen rebellieren würden!

Wir möchten diesen Schlußsatz besonders betonen. Eingriffe in das Selbstbestimmungsrecht mündiger Nationen bedeuten eine Minderung nationaler Ehre, und die läßt man sich nicht gefallen.

Übrigens steht England im Augenblick vor Erfahrungen, die in gewissem Grade einen analogen Charakter tragen werden. Heute (Montag) ist die Konferenz der Kolonialminister eröffnet worden. Sie wird darüber entscheiden, wie weit das koloniale Selbstbewußtsein hinter den allgemeinen Interessen, wie das Mutterland sie versteht, zurückzutreten bereit ist. Gewiß eine politische Frage von allergrößter Wichtigkeit und Tragweite. Noch überwiegen die zentripetalen Tendenzen, aber die zentrifugalen sind ohne Zweifel vorhanden. Die laute Anerkennung, die Lord Cromer bei seinem unerwarteten Rücktritt in der englischen Presse gefunden hat, wird in aller Welt einen sympathischen Nachhall finden. Lord Cromer ist einer der genialen und energischen Administratoren, die England groß und reich gemacht haben. Er hinterläßt in Ägypten bleibende Spuren seiner Wirksamkeit und auch die europäischen Interessen, die ihm anvertraut waren, sind unter seiner Leitung gediehen. Am 24. April wird Sir Eldon Gorst, der von 1885 bis 1905 unter Lord Cromer in Egypten gearbeitet hat, an seine Stelle treten. Die Ägypten betreffenden Paragraphen des englisch-französischen Abkommens vom 8. April 1904 sind von ihm formuliert worden, seither

war er Unterstaatssekretär für Zentralasien und Ägypten im Foreign Office. Er ist sehr reich, der Vater seiner Gemahlin, Mr. Rudd, ein südafrikanischer Millionär. Das politische Testament, das Lord Cromer hinterlassen hat, wird aller Wahrscheinlichkeit nach auch sein Programm sein. Ob es ausführbar ist, bleibt abzuwarten.

Es wird allmählich nicht unwahrscheinlich, daß Präsident Roosevelt doch genötigt werden könnte, eine dritte Präsidentschaft zu übernehmen, obgleich er selbst mit aller Macht für Mr. Taft, den Kriegssekretär, eintritt. Aber es gibt nun einmal in Amerika keinen mehr populären Namen als Roosevelt, und vor kurzem ist das Unerhörte geschehen, daß in Chattanoga bei einem zu Ehren Bryans gegebenen Bankett der Demokraten ein Mr. George Tempel Grave den Wunsch aussprach, daß Bryan bei der nächsten Konvention der Demokraten Roosevelt zum Präsidentschaftskandidaten der Partei nominieren solle, „damit er sein glorreiches Werk zu Ende führen könne". Mr. Bryan antwortete sehr erregt, daß, wenn er nach reiflicher Überlegung zur Überzeugung kommen sollte, daß es seine Pflicht sei, Roosevelt zum Präsidentschaftskandidaten zu nominieren, er es tun wolle. Aber er glaube nicht, daß Roosevelt die geeignete Persönlichkeit sei. Nun, darüber wird eine nahe Zukunft entscheiden, — daß Bryan selbst bestimmt ist, das Weiße Haus zu beziehen, glaubt wohl niemand mehr.

In Rußland hat es in der Duma recht öde Verhandlungen, einige stürmische Szenen, und einen jetzt beigelegten Konflikt zwischen Ministerpräsidenten und Präsidenten der Duma gegeben. Die Führung geht immer mehr in die Hände der Kadetten über, ob aber die Duma lebensfähig ist, läßt sich noch immer nicht entscheiden. Zunächst verschwinden die Gesetzesvorlagen nach endlosem Reden in den Kommissionen, Kommissionen, von denen eine nicht weniger als 99 Mitglieder hat. Die „Nowoje Wremja" hat neulich berechnet, daß ein Antrag, um Gesetz zu werden, 32 verschiedene Stadien durchzumachen habe, was nicht dafür spricht, daß das neue Rußland bald erstehen wird. Bisher finden wir ruhige Überlegung, Sachlichkeit und Besonnenheit weit mehr auf seiten der Regierung als bei der Duma. Die Sitzungen werden schlecht besucht, vor einzelnen Rednern, wie z. B. vor dem Letten Ohsol, dem Vertreter Livlands, pflegt die ganze Versammlung zu flüchten, man kann die stets sich gleichbleibenden Phrasen nicht mehr anhören. Die Kadetten haben das Wort geprägt, sie wollten die Regierung durch eine „Be-

lagerung" zur Kapitulation zwingen. Diese Belagerung könnte recht langwierig werden und leicht zum Nachteil der Belagerer auslaufen. Sie sind undisziplinirt, und haben bisher noch keinen wirklich ernsten Kampf auszufechten gehabt. Noch weiß niemand, was die Duma leisten kann, erst wenn die Anträge aus der Duma zurückkommen, wird es möglich sein, ein Urteil zu gewinnen. Und auch da wohl erst, wenn die Agrarfrage an die Reihe kommt, über das Budget dürfte die Verständigung ohne sonderliche Schwierigkeiten erreicht werden. Was, abgesehen von den fortdauernden Morden und Überfällen, am meisten Sorge macht, ist die Haltung der Jugend. Der Fürst Michail Schachowskoi (Moskau) spricht sich darüber in einem Briefe an die „Nowoje Wremja" folgendermaßen aus:

„Die Universität ist geschlossen. Die „akademischen" Studenten fahren nach Hause, die „Befreier"-Studenten bleiben meist in Moskau. Es sollen Meetings über das Thema „Land und Freiheit" stattfinden, und da sind sie unentbehrlich. Das alles macht einen unsagbar schweren Eindruck. Man muß es gesehen haben, wie vergrämt die Eltern sind, wie zerrüttet ihre Nerven, wie hoffnungslos ihre Reden klingen. Sogar das Entzücken der Kadetten über die „Reife" und die „politischen Fortschritte" der Jugend beginnt zu schwinden. Vielleicht regt sich ihr Gewissen, vielleicht auch die Furcht vor dem Abgrund, den sie gegraben haben, und in den nun die unglücklichen jungen Leute verstümmelt hinabstürzen. Ja, es sind schreckliche Zeiten und schreckliche Menschen. Wer von denen, die die „Freiheitsbewegung" durchgemacht haben, wird ein Arbeiter auf dem heimischen Acker werden? Sie sind verbittert, ihr Organismus ist vergiftet, sie sind schwachen Geistes, gesättigt mit den Phrasen der Proklamationen, ihre Vorstellungen vom Leben und von der Arbeit sind gänzlich verkehrt und so sollen sie in das Leben der Nation eintreten, um sie zu führen und zu regieren: Es ist entsetzlich, in diese Zukunft zu blicken...."

Schachowskoi referiert danach über den Inhalt einer von den Tertianern eines Realgymnasiums herausgegebenen Zeitschrift: „Der Realist". In den drei Nummern, die ihm vorliegen, treten zehn Gymnasiasten als Mitarbeiter auf. Sieben von ihnen sind Juden. Meist sind es Gedichte, teils blutigen, teils schmutzigen Inhalts.

„Was soll" — fragt er — „aus Kindern werden, deren Phantasie nur in Terror und Ausschweifung lebt? Wie soll, bei dieser Verfassung,

die Wissenschaft in solchen Köpfen Raum finden? Das ist unmöglich: ihr kranker Geist wird in Straßendemonstrationen oder in sinnlichen Leidenschaften „unter dem Sternenhimmel der Leidenschaft" Nahrung suchen, sie werden nach Freiheit verlangen, aber nicht nach der Freiheit, auf welche jeder Mensch ein Recht hat, sondern nach einer Zügellosigkeit, an der schließlich die Unglücklichen zugrunde gehen werden. . . . Wohin treiben wir? Es gibt darauf keine Antwort.

In der Gouvernementsstadt Orel hat sich unter Schülern und Schülerinnen eine Gesellschaft der „Lichtstümpfe" gebildet. Sie sitzen beisammen und trinken Bier, bis die Lichtstümpfe niedergebrannt sind. Dann feiern sie „die Auferstehung des Fleisches". In der „Oreler Zeitung" hat diese unerhörte Verwilderung eine lange Polemik hervorgerufen. Die Erziehung zur Freiheit beginnt unheimliche Früchte zu reifen, nicht nur in Orel. Uns sind noch andere Fälle bekannt.

Aber wie furchtbar ernst ist diese russische Schulfrage geworden! Wir sehen nicht, daß Erhebliches geschehen ist, um Ordnung, Sitte und Arbeitspflichten zu ihrem Rechte zu führen. Der Minister der Volksaufklärung Kaufmann scheint schwach und unbedeutend zu sein. An diese Stelle aber gehört eine Kraft ersten Ranges.

18. April 1907. Zusammenkunft König Eduard VII. und König Victor Emanuels in Gaeta. Demission des belgischen Ministeriums.
19. April. Friedenspräliminarien zwischen Nicaragua und San Salvador. Schließung der Petersburger Militär-medizinischen Akademie.
22. April. Marokko erklärt sich bereit, die von Frankreich wegen der Ermordung Mauchamps geforderte Genugtuung zu leisten.
23. April. Empfang des Dumapräsidenten Golowin durch den Zaren.

---

24. April 1907.

Es ist wenig erfreulich, daß die nicht übel eingeleiteten Erörterungen über Möglichkeit und Nutzen einer Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich immer wieder durch die zänkische und anmaßende Stimme des „Temps" unterbrochen werden. Noch war der Lärm über die Frage der drahtlosen Telegraphie — die doch in aller Eintracht geregelt worden ist — nicht verhallt, so brachte der „Temps" in seinen Artikeln vom 13., 14. und 18. April neue Sensationen, die ebenso aufgebauscht waren und ohne Zweifel ebenso in aller Eintracht auf ihr richtiges Maß zurückgeführt und endgültig erledigt werden dürften. Auch würden wir weiter kein Wort darüber verlieren, wenn der „Temps" — in dem offenbar wieder das unruhige Temperament des Herrn Tardieu sich Luft macht — sich nicht gemüßigt gesehen hätte, daran einen unqualifizierbaren Angriff gegen unseren Gesandten Dr. Rosen zu knüpfen: „qui peut-être a pris dans des fonctions subalternes le gout des discussions chicanières". Das ist eine Sprache, wie sie in keinem Staate der Welt gegen den Gesandten einer Macht gebraucht wird, mit der man in Frieden lebt und in Verhandlungen zu treten wünscht, ganz wie es allen Gepflogenheiten einer nicht verwilderten Presse widerspricht, Fragen an die Öffentlichkeit zu zerren, die den Gegenstand offizieller Verhandlungen bilden. Wie Deutschland hat auch Frankreich seinen Vertreter in Marokko, und man darf wohl annehmen, daß er die Interessen Frankreichs zu vertreten vollauf das Zeug hat. Bisher haben sich noch stets die Sensationen des „Temps" bei ruhiger Prüfung als einseitig aufgebauscht erwiesen. Die Kloaken von Tanger zu einem Streitpunkte zu

machen, an dem die Akte von Algeciras scheitert, ist vergebliches Bemühen. Sie hat die Besetzung von Udschda überlebt und wird, wie wir fest vertrauen, noch lange halten. Es liegt der deutschen Politik nichts ferner als sich über sie hinwegzusetzen oder den Franzosen die Rechte zu mindern, die ihnen zukommen. Was wir wollen ist die Behauptung der uns zustehenden Gleichberechtigung, keinerlei Bevorzugung, aber auch keine Minderung dieser Rechte. Sind aber Differenzen über die Auslegung der Akte vorhanden, so sind die Wege gewiesen, die zur Klarheit und damit zur Verständigung führen müssen.

Sensationen von ernsterem Charakter als die lächerliche Kloakenkonzession sind neuerdings wieder über die englisch-deutschen Beziehungen verbreitet worden. Wir brachten vor acht Tagen den Brief eines Dalmatiners an die „Nowoje Wremja", in dem triumphierend berichtet wurde, wie erfolgreich König Eduard VII. an der Isolierung Deutschlands arbeite, und wie seine neueste Tat der Abschluß eines Bündnisses mit Italien sei. Diese Nachricht ist nun noch übertrumpft worden durch einen langen Artikel der „Correspondencia de España", der uns leider nur im telegraphischen Auszuge vorliegt, so daß Mißverständnisse nicht ausgeschlossen sind. Angenommen, daß die Wiedergabe inhaltlich zutrifft, so behauptet die „Correspondencia de España", daß ein förmliches Kriegs- und Friedensbündnis zwischen England und Spanien abgeschlossen sei, dem voraussichtlich auch Frankreich und Italien beitreten würden, so daß dann das Fazit eine Quadrupelallianz der Mittelmeermächte wäre. Aber wenn es auch beim spanisch-englischen Zweibunde bliebe, würden diese beiden Mächte von Gibraltar und Ceuta aus das Mittelmeer sperren und England nach Belieben seine Flotte je nach Bedarf im Osten oder im Westen konzentrieren können. „Italien wende sich von Deutschland ab, um im Adriatischen Meere und auf dem Balkan seine Ziele zu verfolgen." Wir knüpfen hieran eine Notiz der „Europe coloniale et politique", die wörtlich sagt: „Tausende von Postkarten mit dem Porträt des Herzogs von Connaught sind in Serbien von Offizieren in Umlauf gesetzt worden, die mit der Regierung König Peters unzufrieden sind und ihn stürzen wollen. Eine große Zahl dieser Karten trägt die kombinierten Wappen Altserbiens und Englands." Endlich gehört in diesen Zusammenhang ein Leitartikel der „Tribune", vom 20. April, auf den wir etwas ausführlicher eingehen müssen. Er führt den Titel: Deutschland und des Königs Reisen.

Den Ausgangspunkt für die Betrachtung der „Tribune" gibt der Artikel der „Kölnischen Zeitung" über die Zusammenkunft von Gaeta. Die deutsche Regierung habe zwar erklärt, daß dieser Artikel nicht offiziös sei und das Mißverständnis zurechtgestellt, das sich an das bekannte Telegramm unseres Staatssekretärs knüpfte und auf Herrn Bassermann zurückgehe. Es sei nicht richtig, wenn der letztere behaupte, daß England die internationale Lage „beherrsche", und man könne hinzufügen, daß die englischen Staatsmänner einen so gefährlichen Ehrgeiz nicht hegten. Noch unwahrer sei die Behauptung, daß England überall eine Deutschland ungünstige Politik verfolge, vielmehr hätte der Engländer in verantwortlicher Stellung keinen lebhafteren Wunsch, als zu einer offenen und alles umfassenden Aussprache über wirkliche oder angebliche Interessengegensätze zu gelangen, um durch Geben und Nehmen durchaus herzliche Beziehungen zwischen beiden Völkern und beiden Regierungen herzustellen. Ein liberales Ministerium könne eine andere Haltung überhaupt nicht einnehmen, und werde darin unfraglich von der Majorität des Parlaments unterstützt werden.

Was aber die Kommentare anlange, welche die Erholungsreise des Königs hervorgerufen habe, so ständen sie in Widerspruch zu der friedlichen Gesinnung des Königs wie zu dem Geiste der englischen Verfassung. Innerhalb der Grenzen dieser Verfassung habe der König ein weites Feld, um Freundschaften zu knüpfen, und darin habe er einen genialen Zug zum allgemeinen Vorteil der liberalen Staaten gezeigt. Es sei ein Vorteil, wenn Italien jetzt den Mittler zwischen seinen beiden Freunden machen könne, so lange noch eine Vermittlung notwendig sei. Deutschland habe nicht mehr Grund wegen der Zusammenkunft in Gaeta mißtrauisch zu sein, als England wegen der Unterhaltungen in Rapallo.

Nun könne man einwenden, daß es sich nicht nur um Gaeta, sondern um Carthagena und Athen handele, und daß dadurch die Eifersucht von Deutschland und Österreich erregt worden sei.

„Die Antwort darauf ist (und nun geben wir eine wörtliche Übersetzung), daß diese Konzentration der Liberalen das unvermeidliche Ergebnis der jüngsten internationalen Entwicklung ist, daß sie aber ebenso unvermeidlich ein Faktor des Friedens ist, und daß jeder Versuch, ihn zu Kriegszwecken zu gebrauchen, sofort die Auflösung der Konzentration zur Folge haben würde. England, Frankreich, Italien, Spanien, Por-

tugal, Griechenland, und wir könnten hinzufügen: Norwegen, Holland, Belgien und andere kleine europäische Staaten, haben viele gemeinsame moralische und materielle Interessen. Handel, Kultur und die Praxis eines ähnlichen politischen Systems bringen sie in immer engere Berührung. Gemeinsamkeit der Ideen und Ziele, die in früheren Zeiten dynastische Allianzen und Staatenverbindungen herbeiführten, werden in Zukunft mit Notwendigkeit zu demokratischen Kombinationen führen. Wir werden in diese Richtung durch den stürmischen (iconoclastic) Geist unserer eigenen Kolonien gedrängt, durch die mächtige Republik im Westen und durch den glänzenden jungen Alliierten, den wir im fernen Osten gefunden haben."

Die weiteren Ausführungen suchen in einer Polemik gegen die Bassermannsche Rede darzutun, daß dieser Zusammenschluß aller „Liberalen" keinerlei Bedrohung oder Nötigung für Deutschland bedeute.

Auch habe gewiß Deutschland allein darüber zu entscheiden, ob es abrüsten wolle oder nicht. England trete in die Konferenz ohne die geringste Absicht, einen Zwang auszuüben. Es wolle einfach an die gesunde Vernunft appellieren usw.

Es wird danach die Hoffnung ausgesprochen, daß Fürst Bülow sich vor dem Reichstage über die politische Lage äußern und daß bis dahin der Zwischenfall wegen des Kloakenkontrakts beseitigt sein werde. Das Recht liege dabei ganz auf seiten Frankreichs. Der Artikel schließt mit einem Zitat aus der Rede des Fürsten Bülow vom 5. Dezember 1904:

„Ich hoffe, die Schicksale Englands und Deutschlands werden immer von den kühlen Köpfen bestimmt werden, die wissen, daß Deutschland und England nicht nur für die Gegenwart, sondern für alle Zukunft, so weit sie dem menschlichen Auge erkennbar ist, mit einer Aufrechterhaltung der gegenwärtigen friedlichen Beziehungen am besten gedient ist."

Nun ist inzwischen der Artikel der „Corresp. de España" von Madrid und der angebliche Anschluß Italiens an die spanisch-englische Kombination von Rom aus dementiert worden, für die serbischen Connaught-karten aber gibt die „Europe coloniale" keine Quelle an, so daß man füglich alle diese Nachrichten in das Reich der publizistischen Erfindungen setzen könnte, wenn nicht jener merkwürdige Leitartikel der „Tribune" wäre, der durchaus ernst zu nehmen ist. Wir denken dabei ausdrücklich auch an die friedliche Tendenz, die ihm zugrunde liegt. Was nachbleibt

aber ist das erstaunlich naive Bekenntnis von der angeblichen Naturnotwendigkeit, die England treibt, alle liberalen Staaten um sich zu konzentrieren. Unter „liberalen" Staaten sind offenbar diejenigen mit parlamentarischer Verfassung gemeint, wobei dann freilich als politisches Dogma angenommen wird, daß die Freiheit durch politische Formen bedingt werde, und daß das parlamentarische Regime diese Idealform darstelle. Wir unsererseits sind anderer Meinung und halten den monarchischen Despotismus und den Despotismus der regierenden Parlamentsparteien für gleich gefährlich. Kann in beiden Staatsformen zeitweilig ein gesundes politisches Leben gedeihen, so ist die Versuchung, die Macht zu mißbrauchen, gleich groß beim unumschränkten Herrscher wie bei der unumschränkten Partei, und an Beispielen für beides fehlt es nicht. Niemand hat schärfer gegen den Despotismus des jetzt in der Opposition stehenden konservativen Kabinetts geeifert, als die heute regierenden englischen Liberalen, und sie sind es gewesen, die in Schrift und Wort gegen die Ungerechtigkeit des südafrikanischen Krieges protestiert haben. Ganz ebenso wird wohl niemand behaupten wollen, daß das Regiment im heutigen Frankreich „liberal" sei. Es zeigt den Mißbrauch der Gewalt wie den Mißbrauch der Freiheit in Kirche, Schule und im sozialen Leben, und man beginnt allmählich das sehr schwer zu empfinden und sich nach der Freiheit zu sehnen, die unter weniger ausgebildeten „liberalen" Doktrinen bestand. Wir unsererseits sind der Meinung, daß ein Monarch, dem das Recht zu wollen unverkürzt geblieben ist und der sein „Nein" da aufrecht erhalten kann, wo sein Gewissen es ihm gebietet, in der Verbindung, in die unsere Verfassung ihn mit Willen und Wünschen, mit Arbeit und Einsicht der Nation gesetzt hat, die höchste Garantie für die Freiheit gibt. Er ist der eine, der nie Partei ist, und deshalb meinen wir, mit besserem Recht die Bezeichnung „liberal" im wahren Geist des Wortes für uns und unsere Verfassung in Anspruch nehmen zu können. Auch scheint die „Tribune" sich dem Gefühl nicht entziehen zu können, daß die Entwicklung, der sie zustrebt, auf eine abschüssige Bahn führt. Die „demokratischen Kombinationen", die sie als gutes Recht Englands in Anspruch nimmt, sind, wie sie bekennt, der englischen Politik aufgenötigt (we are pressed in this direction by the iconoclastic spirit of our own Colonies) durch die Kolonien und höchst merkwürdigerweise angeblich auch durch Amerika und Japan! Weil aber England diese Bahn geht, sollen auch alle die „smaller

States" Frankreich, Italien usw. diese Entwicklung, die in neuseeländische Zustände ausmünden muß, mitmachen, „konzentriert" um England! Nun denke man sich die Konzentration vollzogen, mit der politischen Freiheit, die der am frühesten „konzentrierte" Staat, Portugal, erlebt hat, so gibt das allerdings eine erfreuliche Perspektive für die nicht mitkonzentrierten. Von Athen über Italien, Spanien, Portugal, Belgien, Holland, Dänemark — mit Schweden und Norwegen als Reserve im Norden, vielleicht mit den kleinen Balkanstaaten als Vorposten im Südosten — und auf dem von ihm beherrschten Meere im Hintergrunde England, das alle diese „liberalen" Mächte leitet, durch „Moral und Handelsinteressen" mit ihnen verbunden, zur Not seinen jungen ostasiatischen Bundesgenossen im Osten oder die befreundete Republik im Westen ausspielend — das gibt doch eine Kombination, mit der verglichen das spanisch-österreichische Weltreich oder das Reich des korsischen Imperators, die einst England brechen half, verhältnismäßig geringe Machtfaktoren darstellten. Nun verspricht freilich die „Tribune", daß diese neue Kombination — die ja zum Glück der Welt noch nicht Tatsache ist — nie mißbraucht werden würde, und wir wollen ihr aufs Wort glauben, daß das heutige Kabinett und die regierende Partei mit ihr gleicher Meinung ist — aber wir fürchten, daß dieses Kabinett nicht ewig dauern wird, und wir hören täglich die Stimmen der jetzt im Hintergrund stehenden anders denkenden Opposition! Nein, mit dem Idyll der „Tribune" können wir uns nicht befreunden, und wenn das wirklich die Ziele der englischen Politik sein sollten, wäre das höchste Mißtrauen gerechtfertigt. Wohl nicht nur bei uns, sondern auch bei den „liberalen" smaller nations dürfte man es vorziehen, der großartigen Konzentration fernzubleiben und bescheiden auf eigenen Füßen zu stehen. Sogar in den englischen Kolonien hat sich der Widerspruch gegen die Konzentrationsbestrebungen recht drastisch geltend gemacht. Der Premierminister von Kanada, Sir Wilfrid Laurier, hat es beim Bankett, das die Stadt London den Kolonialgästen gab, folgendermaßen formuliert: Jede Gemeinschaft weiß selbst am besten was sie braucht. Ist das unser Grundprinzip, so können wir nicht auf falsche Wege geraten . . . und in diesem Gefühl werde ich an die großen Aufgaben herantreten, über die wir zu verhandeln haben."

Übrigens haben wir uns gewundert, daß die „Tribune" nicht auch Rußland in ihre „demokratischen Kombinationen" gezogen hat. Hat

es im Augenblick auch noch nicht die nötige Reife dazu erreicht, so ist es jedenfalls auf dem besten Wege dahin. „Rußland" — schreibt die „Rjetsch" — „muß ein demokratisches Reich werden, nur dann können aus dem Schoße der Nation jene staatserhaltenden Kräfte hervorgehen, die die Mittel finden werden, die Bazillen aus dem Staatskörper zu entfernen, die ihn verzehren." Offenbar vollzieht sich in der Duma eine weitere Verschiebung nach links. Die Fraktion der Sozialdemokraten ist von 42 auf 64 Mitglieder gestiegen, die Sozialrevolutionäre haben fünf neue Mitglieder gewonnen, die Trudowiki (Arbeiter) zählen jetzt 28, 15 von den mehr rechts stehenden Parteilosen sind zu den Kadetten übergegangen, und 14 Bauern aus Wolhynien, die früher zur monarchischen Partei gehörten, sind demonstrativ aus ihr ausgetreten. Man hat berechnet, daß von den 99 Mitgliedern der Agrarkommission als Maximum 35 gegen die Zwangsexpropriation sein werden. In der Duma selbst haben die Agrardebatten einen überaus leidenschaftlichen Charakter getragen, das Mißtrauen der einzelnen Parteien gegeneinander ist auf das Höchste gestiegen. Von der Linken wird den Mitgliedern der Rechten die Ermordung von Herzenstein und Jollos durch Mitglieder der Partei wahrhaft russischer Leute — was jedoch noch nicht erwiesen ist — bei jeder Gelegenheit vorgeworfen, während andererseits ein Redner der Rechten, Schulgin, die Frage an die Herren von der Linken richtete, ob sie nicht zufällig eine Bombe in der Tasche hätten? Als die Duma es ablehnte, sich zu Ehren der Opfer der Revolutionäre zu erheben, war die Folge eine Reihe von Danktelegrammen, von denen eines als Probe hier hergesetzt werden mag: „Das Ssaratower Komitee der Sozialrevolutionäre hat vom ruhmvollen und aufgeklärten Verhalten der Volksduma in der Sitzung vom 29. März erfahren, da die von der Rechten den schmählichen Antrag stellten, durch Aufstehen von den Sitzen die von uns hingerichteten Feinde des Volkes zu ehren, und sagt all den fortgeschrittenen Mitbürgern, welche die schmähliche Provokation ablehnten, den lebhaftesten Dank. Kämpfet kühner! Das Volk ist mit Euch. Es falle die Selbstherrschaft!"

In Bialystok hat die Gruppe der anarchistischen Kommunisten eine Proklamation erlassen, die dem Andenken des Anarchisten Schai-Zukermann, alias Mowscha Spindler gewidmet ist, der am 16. März bei einer Haussuchung getötet wurde. Nach dieser Proklamation hat der nur 18jährige Zukermann an folgenden Heldentaten Anteil genommen:

1. Bald nach dem Pogrom in Bialystok tötete er einen der Organisatoren, Neshik, 2. er warf eine Bombe gegen den Chef der Detektivpolizei Chodorowski, 3. er verwundete den Quartalaufseher Neboratschenko, 4. er tötete den Schriftführer der Geheimpolizei Popelyschko, 5. er befreite, als der Gefängnisaufseher Kochanski in Grodno ermordet wurde, einen „Genossen", tötete dabei einen Soldaten und verwundete einen Gendarmen, 6. er tötete den Agenten Tschugunkin, 7. er verwundete schwer einen anderen Agenten, und endlich 8. er warf eine Bombe gegen die Equipage des stellvertretenden Generalgouverneurs General Bogaweski.

Man kann sich denken, was dieser sympathische Jüngling bei längerer Lebensdauer noch geleistet hätte.

Die Haltung der Bauern beginnt wieder drohend zu werden, in Odessa, Lodz und an zahlreichen anderen Orten sind Straßenkämpfe und Straßenmorde an der Tagesordnung. Auch die Selbstmorde, namentlich junger Leute beiderlei Geschlechts, nehmen zu. Eine Reihe erschütternder Beispiele dafür geht durch die Presse; zum Teil ist das Motiv des Selbstmordes wohl völlige Nervenzerrüttung, die Vorstellung von der Nutzlosigkeit der eigenen Existenz. Ein Student des technologischen Instituts nahm sich jüngst das Leben, weil sein Gewissen ihm verbot, einen Mord auszuführen, der ihm aufgetragen war. Er war fast noch ein Knabe, unfähig, dem Terror der revolutionären Organisation zu widerstehen!

In Edinburgh ist eine neue Niederlage von Mauserpatronen gefunden worden, nachdem vor sechs Wochen 20 000 Patronen nach Rußland abgegangen waren. Die Absender haben nicht festgestellt werden können, ebensowenig wie jüngst in Glasgow, aber es heißt, daß die Untersuchung jetzt dem Lord Advocate übergeben worden ist. Diese Angelegenheit verdient aber um so mehr Beachtung, als die Regierung in Petersburg einer Organisation auf die Spur gekommen ist, an der auch Offiziere Anteil haben sollen. Mit den einzelnen Raubanfällen, Expropriationen und Morden der letzten acht Tage ließe sich mehr als eine Seite füllen.

So sieht es im weiten Reich wenig erfreulich aus. Während einerseits von Vorsichtsmaßregeln der Regierung die Rede ist, fängt man an anderer Stelle an, die Zügel zu lockern. Die Nachricht, daß der Generalgouverneur des Baltikums, General v. Möller-Sakamelski, seinen

Posten verläßt, wird mit der bevorstehenden Aufhebung dieses Generalgouvernements und mit der Beseitigung des Belagerungszustandes in den drei baltischen Provinzen in Zusammenhang gebracht. Das wäre, abgesehen davon, daß man aller Wahrscheinlichkeit nach bald wieder genötigt sein würde, zu neuen Schutzmaßregeln zu greifen, auch insofern sehr bedauerlich, als man darin ein erstes Zurückweichen Stolypins vor den revolutionären Kräften zu erkennen meint. Sobald er aber Schwäche zeigt, wird die Kühnheit der Gegner wachsen.

Großes Aufsehen hat die Erklärung des Geheimrats Martens an die „Times" gemacht, daß die Auflösung der Duma bald erfolgen werde. Es folgte sofort eine energische Entgegnung von seiten der Regierung, und in der Tat kann als unbedingt sicher gelten, daß der Ministerpräsident die Duma konservieren will. So lange sie arbeitet und nicht revoltiert, wird er sie zusammenhalten. Aber ebenso sicher ist es, daß einflußreiche Kreise der „Gesellschaft" die Auflösung wünschen und daß die Sozialdemokraten gleichfalls darauf hinarbeiten.

Trotz aller Bemühungen, der Hungersnot in den Wolgagouvernements zu steuern, ist das Elend noch sehr groß. Auch unter den deutschen Kolonisten. Viele von ihnen wandern aus, aber doch nur solche, welche die Mittel dazu aufbringen können. Einige Familien sind nach Livland gezogen, andere nach Amerika, wieder andere wollen den Rückweg nach Deutschland nehmen. Da die Mittel, die der Staat gegen die Hungersnot aufgebracht hat, nicht reichen, tut hier die Hülfe von Privatpersonen dringend not. Während die Russen selbst, durch ihre Revolution hypnotisiert, keinerlei Initiative zu neuen Unternehmungen zeigen, haben, wie die „Nowoje Wremja" schreibt, die Engländer ihr Augenmerk auf Sibirien geworfen. Zahlreiche englische Expeditionen ziehen über Moskau nach Sibirien, um Gold- und Kupferminen zu suchen. Es sei ein fibrisches Treiben, eine englisch-sibirische und eine englisch-jüdische Kompanie seien vornehmlich tätig und hätten alles aufgekauft, was irgend verkäuflich war. An einigen Orten sei bereits eine englische Verwaltung organisiert und nur noch die Arbeiter russisch. Ein großes Moskauer technisches Bureau vermittele die Ankäufe und beziehe die ungeheure Courtage von 5 Prozent bei Unternehmungen, die mindestens 2 bis 3 Millionen Rubel kosteten.

25. April 1907. Ermordung des Odessaer Gefängnisdirektors.
Friedensschluß zwischen Honduras, San Salvador und Nicaragua.
Die Wahlen zu den spanischen Cortes ergaben eine konservative Majorität.
29. April. Rückkehr Kaiser Franz Josephs aus Prag nach Wien.
Unruhen in Montenegro.
30. April. Rede des Fürsten Bülow über Deutschlands auswärtige Politik.

1. Mai 1907.

Es fehlt nicht an Symptomen, die dafür sprechen, daß der Gedanke an Boden gewinnt, die deutsch-französischen Beziehungen von dem Druck künstlicher und konstruierter Gegensätze zu entlasten. In betreff Marokkos kann wohl nur böser Wille heute noch daran festhalten, daß wir darauf ausgehen, uns dort auf Kosten Frankreichs eine politische Stellung zu begründen. Nichts liegt uns ferner. Wir sind fest entschlossen, uns in den Schranken der Vereinbarungen von Algeciras zu halten, d. h. nicht über die Behauptung unserer wirtschaftlichen Gleichberechtigung hinauszugehen. Daß über die Auslegung der Akte Meinungsverschiedenheiten aufkommen können, ist selbstverständlich, aber da Organe vorhanden sind, die über den einzelnen Fall unparteiisch entscheiden können und bereits mehrfach entschieden haben, liegt gewiß kein Grund vor, sich über derartige Differenzen aufzuregen. Schädlich wirkt nur der Lärm, der lange, ehe die Dinge spruchreif sind, in der Presse erhoben wird. Auch will uns scheinen, daß gerade auf dem Gebiet wirtschaftlicher Kulturarbeit Eifersüchteleien sehr schlecht angebracht sind, da jedes Aufblühen des Landes allen an der Entwicklung Marokkos interessierten Faktoren zugute kommt. Das ist eine so sehr auf der Hand liegende Wahrheit, daß es uns überflüssig erscheint, sie eingehender zu begründen. Ein zweites günstiges Symptom erkennen wir in der Aufnahme, welche die Reichstagsdebatte über den Etat des Kriegsministeriums jenseit der Vogesen gefunden hat. Die Reden des Kriegsministers v. Einem, der wie immer den Nagel auf den Kopf zu treffen wußte, sind nicht, wie vor wenigen Wochen sicher geschehen wäre, in malam partem gedeutet worden, sie haben vielmehr bei dem größten Teil der französischen Presse Anerkennung gefunden. Auch

die Wandlung, die sich in der Haltung des Zentrums und der Sozialdemokratie vollzogen hat, ist sehr bemerkt worden. Man hält den Herren Jaurès und Hervé, Herrn Bebel als Muster vor, und ist sich darüber klar geworden, daß in den Fragen der Aufrechterhaltung des Reiches in seinen Grenzen wie in seiner Ehre die ganze Nation zusammensteht. Wir sind Herrn v. Einem besonders dankbar dafür, daß er so nachdrücklich und mit so gutem Gewissen darauf hingewiesen hat, daß Deutschland jederzeit bereit sei, und nicht befürchten müsse, überrascht zu werden. Er exemplifizierte an den Verhältnissen, die vor zwei Jahren in Frankreich zutage traten, als es einer plötzlichen kriegerischen Aufgabe gegenüber zu stehen glaubte und in aller Eile und mit ungeheuren Kosten frühere Versäumnisse gut zu machen bemüht war. Wir möchten dabei noch auf eine andere Seite dieser Frage hinweisen. Bei uns war man über die Zustände an den Grenzen und in der französischen Armee damals ganz genau orientiert und doch haben Kaiser Wilhelm und der verantwortliche Leiter unserer Reichspolitik keinen Augenblick daran gedacht, die Schwäche des Nachbarn zu einem Angriff zu benutzen. Unsere ganze marokkanische Aktion — und das kann nicht oft genug betont werden, um französischen Legenden entgegenzutreten — hat keinen anderen Zweck gehabt, als Frankreich und der Welt zu beweisen, daß Deutschland keine quantité négligeable sei, über die man zur Tagesordnung hinwegschreiten könne. Jetzt, da das erreicht ist, sind wir genau auf den politischen Boden zurückgetreten, auf dem wir vor Algeciras standen. Wenn die Frucht des 31. März 1905 eine Steigerung unserer wirtschaftlichen Beziehungen zu Marokko gewesen ist, erkennen wir darin das natürliche Ergebnis der Wirkung, die ein klar durchdachter und entschlossen zur Geltung gebrachter Wille noch immer gehabt hat, wenn er ein gutes Recht vertritt.

Und auf diesem Boden unseres guten Rechts denken wir zu beharren, in dem Bewußtsein, stark genug zu sein, es zu vertreten, trotz aller Isolierungsaktionen, und ohne auf die Hilfe anderer zu rechnen. Denn gegen den Irrtum muß doch nachdrücklich Front gemacht werden, als seien wir in eine Lage gedrängt, die uns n ö t i g t, eine Anlehnung an Frankreich zu suchen, das demnach in der Lage wäre, uns Bedingungen zu stellen. Davon kann keine Rede sein; wohl aber liegt für uns kein Grund vor, unsere Hand zurückzuziehen, wenn uns eine Verständigung in Fragen gemeinsamer Interessen geboten wird. Solche Interessen

liegen ohne Zweifel vor, vor allem das Interesse, nicht durch ein System von Schikanen, das naturgemäß Gegenaktionen hervorruft, Bestrebungen zu lähmen, die den anderen Teil in seiner politischen oder wirtschaftlichen Arbeit hindern. Das läßt sich nicht im Detail exemplifizieren, ist aber gewiß der sicherste Weg, eine Beruhigung der Geister herbeizuführen.

Mit großem Interesse verfolgen wir den Kampf, den die französische Regierung mit den „Syndicats des fonctionnaires" führt. Es scheint nämlich, daß an ihm das Bündnis der Radikalen mit den Sozialisten in die Brüche gehen wird, vorausgesetzt natürlich, daß das Ministerium fest bleibt. Es handelt sich in diesem Kampf um nicht weniger als um die Erhaltung des Staates, denn es ist ganz richtig, daß, wie das „Journal des Débats" sagt, die Verwirklichung der phantastischen Vision des Zukunftsstaates, von dem die „fonctionnaires" träumen, zu anarchischen Zuständen führen muß, zu jenem Quasistaat, „où tout le monde commande et tout le monde est esclave". Leider zieht sich die Entscheidung dieser hochwichtigen Frage schon so lange hin, daß die „Aufrührer" — wie der „Temps" sie nennt — daraus Mut schöpfen und die Elemente, welche in der Zersetzung aller staatlichen Ordnung und Autorität ihren Vorteil finden, den Augenblick günstig glauben, um auch ihrerseits am Umsturz mitzuwirken. Die Streikepidemie ist zu einer öffentlichen Kalamität geworden und der Brand der Arsenale von Toulon hat, kombiniert mit ähnlichen „Unglücksfällen", welche in letzter Zeit die Marineanlagen der Stadt heimgesucht haben, den Verdacht wachgerufen, daß man es mit böswilliger Anstiftung zu tun habe. Die Verwilderung die vom Sozialismus zum Hervéismus und Anarchismus führt, beginnt immer giftigere Früchte zu reifen. In einer Rede, welche der ehemalige Staatssekretär und jetzige Senator Poincaré am 28. auf einem Bankett der demokratischen Allianz in Nancy gehalten, wird der Gedanke einer „reinlichen Scheidung" zwischen Radikalen und Sozialisten mit großem Nachdruck vertreten. Die Sozialisten, sagte er, hätten seit einer Reihe von Jahren die republikanische Majorität gleichsam hypnotisiert und durch Suggestion beherrscht. In der Kammer übten sie einen Einfluß aus, der ganz außer Verhältnis mit ihrer numerischen Stärke stehe. Man solle doch nicht vergessen, daß diese Partei durch Ablehnung des Budgets dem Staat das Recht der Existenz bestritten habe, und daß sie in steter Koketterie mit Revolutionären und Terroristen lebe. Es

sei Zeit, daß die republikanische Majorität sich auf sich selbst besinne, dem Programm der Zerstörung ein Reformprogramm entgegensetze und sich unter allen Umständen bereit zeige, die Grundlagen der Verwaltung gegen die Anarchie, die öffentliche Ordnung gegen die Gewalttätigkeit, die nationalen Traditionen gegen den Wahnsinn des Antipatriotismus zu verteidigen. Daß es zu den gegenwärtigen Zuständen gekommen, daran sei jeder einzelne mitschuldig: Deputierte und Senatoren durch ihr Eingreifen in Personalfragen und Ernennungen, Minister und hohe Beamte durch ihre Schwäche und ihre Gefälligkeit gegen politisch einflußreiche Persönlichkeiten, die Wähler selbst endlich durch ihre Ansprüche und ihre Begehrlichkeit. Dazu komme, daß die Verwaltung ohne Methode und Folgerichtigkeit, durch fragmentarische und widerspruchsvolle Verordnungen der sich ablösenden Minister geleitet werde. Man habe von der Hand in den Mund gelebt, die Beamtensyndikate weder klar verboten noch formell erlaubt und sich so plötzlich einer Organisation gegenüber befunden, deren Stärke, Umfang und Solidarität nicht unterschätzt werden dürfe. Die gegenwärtige Regierung habe diese Sachlage geerbt, aber die Verhältnisse würden schlimmer werden, wenn man weiter zögere, Rechte und Pflichten der verbundenen Beamtenschaften zu regeln. Nicht zu dulden sei, daß sie autonome Korporationen werden, die den Anspruch erheben, als Gleiche mit der Nation zu verhandeln, daß sie alle Disziplin abtun, ihre hohe Autorität an die Stelle der verantwortlichen Minister setzen, daß sie sich einer revolutionären und antinationalen Konföderation anschließen und das Recht des Streiks für Staatsbeamte verlangen. Erkenne man diese Ansprüche an, so würden Parlament und Republik und Freiheit daran zugrunde gehen. „Wir gehören nicht zu denjenigen," so schloß Poincaré, „welche glauben, daß über den Nationen ein sogenannter Klassenpatriotismus steht; wir glauben, daß die Nationen die notwendigen Herde der allgemeinen Zivilisation sind. Zwischen uns und den Verächtern des Vaterlandes ist ein Abgrund, der nie geschlossen werden kann. Wir halten die Trikolore hoch, nicht die rote Fahne, die Marseillaise, nicht die Internationale, für Frankreich gegen alle, die es verraten, verleugnen oder verlassen."

Wie kraftvoll und schön das gesagt und gedacht ist! Es erinnert uns an unseren großen Patrioten Heinrich von Treitschke, dessen Todestag jetzt (am 29. April) zum elftenmal wiederkehrt. Er hat mit der Seher-

gabe, die ihn vor allen auszeichnete, in seinem bewunderungswürdigen Essay: „Der Sozialismus und seine Gönner" schon 1875 die sittlichen Schäden gezeichnet, die aus der Wurzel der sozialistischen Irrlehren hervorsprießen mußten. In der kürzlich erschienenen Ausgabe seiner „ausgewählten Schriften" (2 Bände, Leipzig, Hirzel, 1907) hat dieser Aufsatz leider keine Aufnahme finden können. Gerade in heutiger Zeit verdiente er, unter Weglassung polemischer Stellen, die nicht mehr aktuell sind, in großer Auflage verbreitet zu werden und in unseren Volksschullehrerseminaren wie in Mittelschulen in das Programm des Unterrichts gezogen zu werden. Die Ehrfurcht vor Staat und sittlicher Weltordnung ist nie eindringlicher und überzeugender gepredigt worden.

Die großen Probleme, welche mit der sozialen Entwicklung unserer Tage verbunden sind, machen sich, wenn auch in steten Varianten, überall geltend. Als jüngst in Jamestown (Virginia) Präsident Roosevelt die Ausstellung eröffnete, die zur Erinnerung an den 300jährigen Jahrestag des Eintreffens der ersten englischen Kolonisten auf amerikanischem Boden veranstaltet worden war, hat er eine andere Seite des sozialen Problems beleuchtet, die speziell in Amerika zu einer ernsten Gefahr auszuwachsen droht. Er sprach von der Entwicklung, die Amerika seit jenen dreihundert Jahren genommen und kam, nachdem er den Sezessionskrieg gestreift, auf die Gefahren der Gegenwart zu sprechen.

„Wir dürfen", sagte er, „die Maxime Washingtons nicht vergessen, daß der sicherste Weg, den Krieg abzuwenden, die Bereitschaft ist, ihn auf sich zu nehmen. Trotzdem sind die Pflichten, die an unsere Generation vornehmlich herantreten, nicht militärischer, sondern sozialer und industrieller Natur... Was die ersten betrifft, so sei daran erinnert, daß der Mensch dem Regiertwerden nicht entgeht. Entweder er regiert sich selbst, oder er muß sich darin finden, von anderen regiert zu werden. Auf dem Felde der Industrie hat unser ungeheurer Aufschwung gewisse schwere Schäden zur Folge gehabt. Unsere Aufgabe ist nun, die Schäden zu beseitigen, ohne damit uns selber zugrunde zu richten. Wir leben in einer Ära des Zusammenschlusses sowohl in der Welt des Kapitals wie in der Welt der Arbeit. Nun kann jede Art von Kombinationen Gutes wirken, aber auch der mächtigsten muß widerstanden werden, wenn sie Übles tut. Im Augenblick ist das größte Problem, mit dem wir uns befassen müssen, die Frage, wie eine Kontrolle über den Ge-

schäftsgebrauch großen Reichtums, des individuellen wie namentlich des korporativen, derart geübt werden kann, daß er nicht gegen die Interessen der Gesamtheit verwendet wird, ohne daß ein legitimer Gewinn verhindert oder die Privatinitiative entmutigt wird. Unsere Aufgabe ist, Mißbräuchen Einhalt zu tun, und ihre Wiederholung zu verhindern, ohne zu unnötigen Rekriminationen wegen dessen, was einmal geschehen ist, zu schreiten. John Morley in seiner glänzenden Charakteristik von Burke legt besonderen Nachdruck darauf, daß Burke mehr als irgend ein anderer Denker oder Politiker seiner Zeit die tiefe Lehre verwirklichte, daß wir in der Politik nicht mit unfruchtbaren Rechten, sondern mit Pflichten zu schaffen haben, nicht mit abstrakter Wahrheit, sondern mit praktischer Moral. Burke sagte: „Wenn ich nicht nach Billigkeit reformieren kann, will ich gar nicht reformieren, der Staat muß ebenso sehr erhalten wie reformiert werden." Das ist gerade der Geist, in welchem das Land an die Reform der Mißbräuche korporativen Reichtums schreiten sollte. Der Übeltäter, der Mann, welcher schwindelt und betrügt, soll von uns so wenig Gnade bekommen, als wenn er Verbrechen gewalttätiger oder brutaler Art begangen hätte. Wir sind unerschütterlich entschlossen, in Zukunft Mißbrauch zu verhindern, wir beabsichtigen nicht, ohne Auswahl vergangene Sünden so zu strafen, daß der Unschuldige mit dem Schuldigen leiden könnte. Wir wollen aufbauen, nicht niederreißen, und wir zeigen uns als die festen Freunde des Eigentums, wenn wir den Mißbrauch des Eigentums nicht dulden. Wir sind fest entschlossen, das Institut des Privateigentums zu erhalten, aber wir bekämpfen jedes Bestreben, das Volk zu ökonomischer Knechtschaft hinabzudrücken, und wir machen keinen Unterschied, ob dieses Bestreben auf eine tückische Agitation zurückgeht, die sich gegen alles Eigentum richtet, oder auf Handlungen der Mitglieder einer raubenden Klasse, deren antisoziale Macht durch die Tatsache, daß sie Reichtümer besitzt, unermeßlich gesteigert wird. Wir bestehen vor allem darauf, daß, wenn wir veränderte Verhältnisse und neue Probleme ins Auge zu fassen haben, es in dem Geiste geschehen soll, der in unseren Vorvätern lebendig war, als sie diese Republik gründeten und aufrechterhielten. Andere Republiken sind zusammengebrochen, weil ihre Bürger allmählich die Interessen einer Klasse höher stellten als die des Ganzen... wir unsererseits sind entschlossen, nicht in diesen Fehler zu verfallen. Diese unsere große Republik soll niemals der Herrschaft einer Plutokratie verfallen, und ebenso soll

sie nie beherrscht werden vom Pöbel (Mob). Mit Gottes Willen wird sie bleiben, was unsere Vorväter aus ihr machen wollten — ein Staat, in welchem jedermann gilt, was er wert ist, in dem jedem die größte Freiheit gelassen wird, die mit der Sicherheit und dem Wohlergehen des Ganzen vereinbar ist, und in dem jedem, so viel an uns liegt, die Gelegenheit geboten werden soll, im Kampf des Lebens unter günstigen Bedingungen zu zeigen, was in ihm steckt."

Der hier angekündigte Kampf gegen Trusts und Milliardäre wird vom Präsidenten ohne Zweifel in bitterem Ernst aufgenommen werden. Er wird ihm eine ungeheure Popularität, aber auch zahlreiche und mächtige Feinde bringen. Schon jetzt haben sie begonnen zu mobilisieren. Die amerikanischen Zeitungen sind voll von Reden und Gegenreden und mitunter gewinnt man den Eindruck, bereits mitten im erbittertsten Wahlkampf um die nächste Präsidentschaft zu stehen. Man wirft dem Präsidenten vor, daß er durch sein Eintreten für Taft versuche, sich einen Nachfolger zu nominieren, Bryan agitiert mit großem Eifer, aber wie uns scheint, ohne alle Aussicht auf Erfolg, für die eigene Kandidatur, die Könige der Trusts aber suchen die von ihnen abhängigen Massen in Bewegung zu setzen. Trotz alledem wird es immer wahrscheinlicher, daß unter dem unwiderstehlichen Druck einer stetig anwachsenden öffentlichen Meinung Präsident Roosevelt schließlich in ein neues Quadriennium hineingenötigt werden wird. Sind doch sogar Stimmen laut geworden, die eine lebenslängliche Präsidentschaft, mit dem Recht, sich den Nachfolger zu wählen, für ihn in Anspruch nehmen wollen. Das ist natürlich ganz undenkbar, der Präsident ist ein viel zu aufrichtiger Republikaner, als daß er sich dazu bereit finden würde. Aber als Zeichen der Zeit ist es charakteristisch.

Ein völliges Fiasko hat Carnegie mit seinem Friedenskongreß erlitten. Er hatte den ungeheuerlichen Gedanken vorgebracht, daß England, Amerika, Frankreich und Deutschland sich zusammentun sollten, um alle übrigen Staaten am Kriegführen zu verhindern! Das lustigste dabei ist, daß niemand ihm eifriger opponiert hat als Mr. Stead, über den wiederum die amerikanischen Zeitungen ein vollgerütteltes Maß von Spott ausgeschüttet haben. Seine „Friedens-Pilgrimschaft", wie er es nannte, ist gescheitert, und nach allem zu urteilen, was bisher an die Öffentlichkeit gedrungen ist, steht ihr kein besseres Schicksal im Haag bevor.

In Rußland ist, wie wir der „Weltkorrespondenz“ entnehmen, das „Journal de St. Petersbourg“, das plötzlich einen erstaunlich deutschfeindlichen Ton anschlug, ein anglo-französisches Organ geworden: „Der Redakteur für die auswärtige Politik ist der Petersburger Vertreter eines französischen Nationalistenblattes, die englischen Dinge werden vom Londoner Korrespondenten des „Figaro“ bearbeitet.“ Ob das Blatt dadurch in Rußland an Lesern gewinnen wird, erscheint uns fraglich. Die Regierung benutzt die „Rossija“ als Organ, im übrigen interessiert das russische Publikum sich heute weniger für auswärtige Politik als seit langen Jahren. Die innere Politik verschlingt alles Interesse. Da aber hat sich eine Reihe von sehr beachtenswerten Wandlungen vollzogen. Einmal, und das konnte das wichtigste Faktum werden, beginnen (wie behauptet wird) die Kommissionen wirklich zu arbeiten, während der Anteil an den fortdauernden Deklamationen der Duma stetig abnimmt. Zweitens ist die ganze Partei der Kadetten der Regierung in der Frage der jetzt von ihr geforderten neuen Rekrutierung zugefallen, was um so mehr sagen will, als bekanntlich die Kadetten in Wyborg zur Verweigerung der Rekrutenstellung aufgefordert hatten. Da nun die links von den Kadetten stehenden Parteien gegen jede neue Aushebung sind, scheint ein Bruch zwischen ihnen und den Kadetten unvermeidlich. Die letzteren werden dann etwas weiter nach rechts gedrängt werden und damit würde die Duma an Lebensfähigkeit gewinnen, vorausgesetzt, daß damit eine Majorität für die Regierung gesichert wird, was noch keineswegs feststeht. Das dritte Ereignis ist der Empfang einer Bauerndelegation aus der Duma durch den Kaiser, der überaus gnädig war, ohne freilich positive Versprechungen zu geben. Aber er hat einen lebhaften Enthusiasmus entflammt, was nur nützlich sein kann. Widerspruchsvoll ist die Stellung des Ministeriums zur Rechten. Während sie durch die „Rossija“ den Extremen von rechts sehr nachdrückliche Wahrheiten hat sagen lassen, ist andererseits Professor Pichno in den Reichsrat berufen worden und dort sofort in eine Führerstellung unter den Anhängern der absolutistischen Richtung gelangt, die auch am Hofe einflußreiche und tätige Vertreter hat. Leichter geworden ist dadurch die Stellung des Ministerpräsidenten gewiß nicht. Aber er hält nach wie vor an seiner korrekten konstitutionellen Auffassung fest und so ist es immerhin möglich, daß er bei der Furcht der Kadetten vor einer Auflösung das Staatsschiff aus den Stürmen des Augen-

blicks in ein ruhigeres Fahrwasser fährt. Die große Klippe der Agrarfrage freilich bleibt bestehen, aber es wird geraume Zeit dauern, ehe sie aus der Kommission an die Duma kommt, und bis dahin kann, wenn die Entwicklung weiter fortgeht wie bisher, die Krisis vermieden werden.

Merkwürdigerweise hat der vom polnischen „Kolo" eingebrachte Antrag auf Herstellung der Autonomie Polens ebenfalls zu einer Stärkung der Regierung geführt. Während noch vor einem Jahre gar nicht daran zu zweifeln möglich war, daß die Kadetten den Forderungen der Polen entgegenkommen würden, ist jetzt ihr Verhalten, wenn auch nicht ganz ablehnend, so doch entschieden kritisch. Das offizielle Organ der Partei, die „Rjetsch", sagt ganz direkt, die Polen hätten ihre nationalen Forderungen so hoch geschraubt, daß an ihre Verwirklichung im Ernst wohl nicht gedacht werden könne. In der Tat verlangen sie die Herstellung der Verfassung von 1815, nur ohne eigene Armee. Also auch den Ausschluß aller russischen Beamten aus dem „Zartum Polen", während doch unzählige Polen im Reich als Beamte tätig sind. Sie nehmen heute so ziemlich die Stellung ein, welche unter Nikolaus I. und während des ersten Jahrzehnts Alexanders II. die Deutschen gewonnen hatten, d. h. zweite und dritte Stellungen in fast allen Behörden des Reichs. Aber die Polen scheinen gar nicht erwartet zu haben, daß sie mit ihrem Antrag durchdringen würden. Ihnen lag jetzt vornehmlich an der öffentlichen Verhandlung, bei der sie die Stimmen der Linken für sich zu gewinnen hofften. Der Entwurf der neuen polnischen Verfassung, wie er der Duma vorliegt, gibt, wie die „Gazeta Polska" ausdrücklich erklärt, aus opportunistischen Gründen die Mindestforderungen. Um in der Dumamajorität Verteidiger der „Autonomie" zu werben, hat der „Kolo" einige Zugeständnisse gemacht, zugleich aber hat er in dem Antrage eine Deklaration vorbringen wollen und deshalb jenen Zugeständnissen auch eine Grenze gesetzt. „Unsere Bestrebungen gehen weiter, wir haben absichtlich uns auf das Minimum beschränkt, das zur Festigung und Entwicklung unserer nationalen Besonderheit unentbehrlich ist." An der Aufrichtigkeit dieses letzten Bekenntnisses ist nicht zu zweifeln. Die polnische Nationaldemokratie, d. h. die führenden polnischen Aristokraten und die sich ihnen anschließenden bürgerlichen Berufskreise (die übrigens auch fast alle Schlachtizen sind) wissen ganz genau, daß die Regierung ihnen die Autonomie nicht bewilligen wird. Die Forderung hat einen agitatorischen Zweck und soll der Zukunft

nicht präjudizieren. Man wird nehmen, was man bekommt und auf die Gelegenheit warten, um mehr zu erlangen. Im Augenblick richtet die polnische Agitation ihr Augenmerk weit mehr nach Posen als nach Rußland. Wir wissen aus sicherer Quelle, daß die Liga Narodowa sich an den Zwiazek Narodowy Polski (Polnischer Volksverband) in den Vereinigten Staaten mit der Bitte gewandt hat, den in allen Städten und Dörfern Deutschpolens etablierten Verein Straz nicht nur moralisch, sondern auch finanziell zu unterstützen. Komme aber einmal die Autonomie in Russisch-Polen zustande, so werde man stark genug sein, „den Kampf gegen die deutsche Regierung nicht nur auf diplomatischem Wege, sondern mit den Waffen in der Hand zu führen".

Das ist sehr mutig, sehr optimistisch — und sehr unwahrscheinlich. Aber es zeigt doch wieder einmal, wie wenig die Polen von ihrer eigenen Geschichte zu lernen vermögen.

Mit großer Genugtuung haben wir erfahren, daß das Gerücht von der Abberufung des Generalgouverneurs v. Möller-Sakamelski falsch ist. Er hat nur einen sechswöchentlichen Urlaub angetreten.

Im Smolenskischen ist eine 80jährige „Hexe" von den Bauern erschlagen worden, und im Gouvernement Nischny-Nowgorod einem 12jährigen Knaben der rechte Arm dicht an der Schulter abgeschnitten worden. Danach hat man den Unglücklichen ebenfalls totgeschlagen. Der Arm war für die Mörder unentbehrlich, da sie sich unsichtbar machen wollten, um ungestraft stehlen zu können. Gewiß, das Volk ist für das allgemeine, direkte Wahlrecht gut vorbereitet!

2. Mai 1907. GM. v. Deimling trifft aus Süd-West-Afrika in Hamburg ein.
Konstituierung des Ministeriums de Trooz in Belgien.
Erklärung des engl. Schatzkanzlers Asquith gegen den australischen Premier Deakin.
3. Mai. Errichtung eines deutschen Reichs-Kolonialamts.
4. Mai. Notifizierung des amerikanischen Vertrages mit San Domingo.

---

8. Mai 1907.

Am 5. April des vorigen Jahres wurde ganz Deutschland durch die völlig unerwartete Erkrankung des Reichskanzlers Fürsten v. Bülow erschreckt. Nach einer außerordentlich schweren politischen Kampagne, von deren Last und Sorgen die Außenwelt doch nur sehr wenig wußte, brachen ihm in schwerem Ohnmachtsanfalle, gleichsam auf dem Schlachtfelde, am Regierungstisch des Reichstages, als er eben im Begriff war, zum zweitenmal das Wort zu ergreifen, die Kräfte zusammen. Es ging damals das Gerücht von einer gegen den Reichskanzler gerichteten Intrige um, und wir glauben nicht, daß es ganz aus der Luft gegriffen war. Aber in dem Augenblick, da die Nation vor der Gefahr stand, den Mann zu verlieren, ward sie sich bewußt, was sie an ihm hatte und wie schwer es sein würde, ihn zu ersetzen. Man darf wohl sagen, daß diese Empfindung die allgemeine war, und so ist auch die Genesung des Fürsten überall mit aufrichtiger Freude begrüßt worden. Wir sahen ihn mit frischen Kräften seine verantwortungsvolle Arbeit wieder aufnehmen, wo er sie hatte ruhen lassen, und der Jubel, der nach dem erfreulichen Ausgang der Reichstagswahlen ihn im Reichskanzlerpalais aufsuchte, die Anerkennung, die ihm Kaiser Wilhelm entgegentrug, zeigten deutlich, daß es echte Freude war, ihn wieder zu haben. Am 3. Mai hat nun der Reichskanzler seinen 58. Geburtstag gefeiert, wozu auch an dieser Stelle dem verehrten Staatsmanne ein ehrerbietiger Glückwunsch dargebracht sei. Er hat wenige Tage vorher, durch die letzten Reden, die er im Reichstage hielt, nochmals die Erfahrung machen können, daß die Nation hinter der von ihm vertretenen Politik steht. Wir sind ihm dankbar, daß er der Zuversicht, mit der wir trotz aller Anfechtung in die Zukunft blicken, kraftvollen Ausdruck gegeben, und die

Teilnahme Deutschlands an einer Aktion verweigert hat, gegen deren innere Unwahrheit sich der gesunde Sinn des Volkes sträubte. Auch das ist dankbar aufgenommen worden, daß er den Lärm der Alarmisten in der fremden wie in der einheimischen Presse auf seine wahre Bedeutung herabdrückte. Dieser Lärm ist in seinem letzten Paroxysmus so alt wie das neue Jahrhundert, und greift in seinen Einleitungsstadien viel weiter zurück. Trotzdem ist dem Reich seit seiner Gründung der Friede gewahrt geblieben, und es ist nicht zu viel gesagt, wenn wir behaupten, daß der deutsche Friede zugleich den Frieden für Europa bedeutete. Das ist so wahr, daß heute kein Mensch daran zweifeln kann, daß der Bruch dieses „deutschen Friedens", d. h. die Herausforderung unseres friedfertigen Volkes zum Kampf um die Grenzen des Reiches oder um die politische Ehre der Nation, auch einen europäischen Krieg bedeuten würde, der über Nacht zum Weltkrieg werden kann. Niemand ist so frivol bei uns, diesen Ausgang zu wünschen, aber niemand wird auch sagen können, daß Deutschland mit minderen Aussichten als andere in diesen Kampf eintreten müßte. Es widerstrebt uns, näher auf diese Probleme einzugehen, und wir hätten sie überhaupt nicht berührt, wenn nicht neuerdings wiederum das Organ der englischen Feinde Deutschlands, die „National Review", in wahrhaft unerhörter Weise ihre Verleumdungs- und Vergiftungskampagne wieder aufgenommen hätte. Es hat uns deshalb gefreut, daß in der „Evening Post", New York, 24. April, einmal nachdrücklich gegen dieses Treiben aufgetreten worden ist. Der Artikel (Zuschrift eines Mr. Jessen, Bryn Mawr. Pa.) geht von der bekannten Rede Professor Münsterbergs auf der Carnegie-Friedenskonferenz aus, und sagt, daß einer der gefährlichsten Friedensstörer die einflußreiche Presse Großbritanniens aber auch Amerikas sei. Die Londoner „Times" z. B. haben durch ihr stetiges Verdächtigen der politischen Absichten und Motive Deutschlands erfolgreicher gegen den Frieden und gegen eine wohlwollende Behandlung internationaler Fragen (against international peace and good will) gearbeitet, als alle theoretischen Schwärmer für den Krieg in der ganzen Welt zusammengenommen. Es sei kaum glaublich, wie viel Verdacht, Ekel und Mißtrauen dadurch in Deutschland verbreitet worden sei. Auch sei es eine traurige Tatsache, daß vornehmlich durch ihre Presse die Engländer die alten Sympathien, die ihnen entgegengetragen wurden, sogar unter den Liberalen und Sozialdemokraten fast vollständig ver-

loren haben. Den Zeitungen zumal sei es zuzuschreiben, wenn das deutsche Volk im großen und ganzen die britische Politik für heuchlerisch, für grenzenlos egoistisch und für räuberisch halte, auch nicht glauben wolle, daß sie in irgend welcher Hinsicht durch ethische Motive bestimmt werde. Wenn Mr. Carnegie und Mr. Stead mit guten Gründen darauf hinwiesen, daß Kaiser Wilhelm friedlich gesinnt sei, so lasse sich zuversichtlich hinzufügen, daß die ganze deutsche Nation wie ein Mann hinter ihm stehe.

Das ist gewiß richtig, und wir würden uns freuen, wenn solche Stimmen, woran leider nicht zu denken ist, ihr Echo in England fänden, gerade sie bleiben regelmäßig unberücksichtigt oder werden entstellt und mit entsprechenden Verdächtigungen wiedergegeben.

Bei uns in Deutschland geht die Richtung der Geister im allgemeinen dahin, die Politik der Nachbarn zu verstehen, und wenn wir sie verstanden zu haben meinen, ihr die möglichst beste Seite abzugewinnen. Was Heinrich v. Treitschke die „Fremdbrüderlichkeit" nannte, entspricht einer politischen Strömung, die nicht allzuweit hinter uns liegt und die auch heute noch keineswegs zu den Seltenheiten gehört. Der Feindseligkeit der durch die Presse vertretenen öffentlichen Meinung Englands aber steht man als etwas Unverständlichem gegenüber, weil jedermann bei uns weiß, daß die uns imputierte Absicht erobernd oder zerstörend gegen die englische Weltstellung vorzugehen, nicht nur auf reiner Einbildung beruht, sondern kurzweg als Unmöglichkeit bezeichnet werden kann. Man glaubt deshalb nicht an die Aufrichtigkeit dieser Befürchtungen und erblickt in ihrer steten Wiederholung die Absicht, das englische Volk an den Gedanken zu gewöhnen, daß es einmal ein Akt der Selbsterhaltung werden könne, durch einen raschen und nicht vorgesehenen Schlag das Instrument der möglichen Gefahr, die deutsche Flotte, zu vernichten. Wir sind aber auch auf eine andere Erklärung gestoßen. Diese Drohungen der englischen Presse seien gar nicht ernst zu nehmen. Wie der Feldzug gegen die deutsche Industrie und die Chamberlainsche Tarifpolitik Deutschland zum Vorwand nahm, um gegen den eigentlich gefährlichen Konkurrenten, Amerika, Schutzwehren zu errichten, so sei auch die mit der unerhörten Entwicklung der englischen Kriegsmacht zur See verbundene Bedrohung Deutschlands nur ein nützlicher Vorwand, um für andere Eventualitäten in Bereitschaft zu stehen. Die Entwicklung der großen englischen Kolonien dränge mit Notwendig-

keit zu Bildungen, die jenen analog werden könnten, die aus den englischen Kolonien in Nordamerika die Republik der Vereinigten Staaten gemacht hätten. Die englische Position in Indien werde mit der überraschend schnellen Zuwendung der Inder zu europäischen Kulturformen von innen heraus aufgelöst, schon weise eine Reihe von Anzeichen dahin, daß England sich mit der Absicht trage, die Quellen seiner Macht und seines Reichtums in Afrika zu suchen, endlich könne der japanische Bundesgenosse von heute ein nicht ungefährlicher Konkurrent werden, den zu zügeln mehr im englischen Interesse liegen werde, als ihn weiter zu fördern. All diesen Möglichkeiten, um nicht zu sagen Wahrscheinlichkeiten, könne vorgebaut werden, wenn England durch die Übermacht seiner Flotte das Aufkommen solcher Bestrebungen verhindere. Weshalb daher annehmen, daß England durch einen deutschen Krieg sich selber Wunden schlagen wolle, die auch im günstigsten Fall nur schwer und langsam vernarben würden?

Gewiß, wenn man politische Möglichkeitsrechnungen anstellen will, wird man auch so argumentieren können, obgleich der Einwand naheliegt, daß all jene Möglichkeiten zurzeit noch sehr fern liegen, und die Bemühungen Englands, die großen Kolonien zur imperial defence heranzuziehen, dagegen zu sprechen scheinen. Was nachbleibt, ist die Empfindung, daß uns die englische Volksseele doch noch erstaunlich fremd ist, und deshalb begrüßen wir jeden Versuch, uns ihrem Verständnis näherzubringen, mit ganz besonderer Befriedigung, ganz wie wir jede Aufklärung Englands über deutsches Wesen als ein verdienstliches Werk betrachten.

Solch ein Versuch, uns die englische Psyche verständlich zu machen, tritt uns in dem Buch von Dr. Hans Plehn „Nach dem englisch-japanischen Bündnis." (Berlin, Verlag von Karl Curtius. 1907. Kl. 8°. 214 S.) entgegen. Der Verfasser ist in den letzten drei Jahren Londoner Korrespondent der Münchener „Allgemeinen Zeitung" gewesen, seinem Studiengange nach Historiker. Er will uns die „gegenwärtige weltpolitische Lage aus ihren historischen Ursachen erklären", „einen Abriß der Geschichte der Weltpolitik geben, so weit eine zeitgenössische Geschichtsschreibung eben möglich ist". Nun wäre es vielleicht richtiger gewesen, wenn der Titel gelautet hätte: „England, Asien und Amerika nach 1902." Denn Frankreich, Deutschland, Österreich-Ungarn, Italien usw. werden zum Teil nicht einmal erwähnt. Aber wir wollen damit

nicht rechten. Das Wesentliche ist, daß was der Verfasser angreift, gründlich und mit gesundem politischen Urteil angefaßt wird, nicht mit der Tendenz zu polemisieren, sondern in der ehrlichen Absicht zu verstehen, und eben deshalb soll sein Buch unseren Lesern warm empfohlen sein. Es zerfällt in drei Abschnitte, deren erster historisch gehalten und weiter zurückgreifend, vom Ursprung der Weltpolitik ausgeht, und die durch den letzten Krieg geschaffenen englisch-japanisch-russisch-amerikanischen Beziehungen darlegt. Der zweite Abschnitt: Grundlagen der auswärtigen Politik Englands, bildet den eigentlichen Schwerpunkt des Buches und zeigt uns das Gebiet, auf dem Dr. Plehn am meisten Studien gemacht und am meisten erlebt hat; Gesellschaft und Politik, auswärtige Politik und Parlament, auswärtige Politik und öffentliche Meinung, Zentralisation und Dezentralisation, Radikalismus und Imperialismus, politische Motive, das sind die Rubriken, unter denen er ein überaus lehrreiches Bild der englischen Denkungsart entwickelt. Es sei dabei namentlich auf den letzten Abschnitt hingewiesen, der die oben gekennzeichnete Neigung die Absichten des „anderen" in bonam partem zu kehren, ganz unverkennbar zeigt. Plehn glaubt nicht an aggressive Absichten Englands und nennt die englische Politik insofern konservativ, als sie darauf ausgehe, das bestehende englische Übergewicht zur See zu wahren. Aber er gibt zu, daß die jetzige Aufstellung der englischen Flotte strategisch gegen Deutschland gerichtet sei und daß Impulse der „öffentlichen Meinung" immer zu Überraschungen führen könnten. Wenn man sich jedoch der Doggerbankaffaire erinnere, werde man auch erkennen, daß eine besonnene Regierung solcher Regungen mächtig werden könne. In betreff der Entstehung des Burenkrieges können wir uns Herrn Plehn nicht anschließen. Er bestreitet, daß dieser Krieg von langer Hand vorbereitet worden sei. Die Maßregeln, auf die alles Weitere zurückzuführen ist, sind aber schon unter dem Ministerium Disraeli von Lord Carnarvon getroffen worden; was später folgte, war ein zeitweiliger Stillstand, kein Aufgeben des einmal feststehenden Planes, der Selbständigkeit der Burenstaaten ein Ende zu setzen. Doch das ist ein historisches, kein politisches Bedenken.

Der dritte Abschnitt des Buches: Korea und die Mandschurei, Probleme des Pacific, Japan und seine Nachbarn, verdient ebenfalls alle Beachtung. Wir können nur wünschen, daß eine englische Über-

setzung auch jenseit des Kanals diese besonnene deutsche Stimme zur Geltung bringt.

Die Nachricht vom bevorstehenden Abschluß eines japanisch-französischen Abkommens, durch welches beide Mächte sich ihren Besitzstand in Ostasien garantieren, kann als eine Fortsetzung der Bemühungen Japans betrachtet werden, das Mißtrauen zu beseitigen, das jeder neu auftauchenden Macht entgegenzutreten pflegt. Wenn, wie wir nicht bezweifeln, diese Verhandlungen zum Ziel führen, wird auch in Frankreich ein Mißbehagen schwinden, das, wie bekannt ist, bestanden hat, und das kann nur erfreulich sein, denn es ist durchaus wünschenswert, daß die Erregung, die in Asien durch die neue Weltlage hervorgerufen worden ist, ihre festen Schranken findet. In Indien gärt es bereits in bedenklicher Weise, ebenso in einzelnen Teilen Chinas, wo beiläufig bemerkt, der japanische Einfluß namentlich im Jantsetal fast ganz an die Stelle des englischen getreten ist. Eine merkwürdige Wendung, wenn man sich erinnert, daß dies der Teil Chinas ist, den vor wenigen Jahren England als seine besondere Einflußsphäre in Anspruch nahm. Zwischen Japan und Rußland ist die so schwierige Fischereifrage durch einen Vertrag geregelt worden, dessen Inhalt wir noch nicht kennen. Dagegen scheinen Differenzen wegen der Räumung der Mandschurei vorzuliegen. Man muß daraus schließen, daß die vor einigen Wochen verbreitete Nachricht, daß die Russen die chinesische Mandschurei bereits geräumt hätten, falsch war. Wie wir gleich nach Abschluß des russisch-japanischen Krieges annahmen, locken die Mineralschätze Sibiriens und des Urals große amerikanische und englische Kapitalien ins Land. Es ist der Weg, auf dem Rußland allmählich seine Finanzen wird in Ordnung bringen können. Die Kanadier glauben festgestellt zu haben, daß die geologischen Bildungen der russischen Küsten der Behringstraße denen Alaskas entsprechen, und hoffen ein zweites Klondike zu entdecken. Auch neuseeländische Unternehmer sind am Werke. Ob deutsche Initiative sich ebenfalls regt, wissen wir nicht, doch scheint es uns wenig wahrscheinlich, da die Nachricht sonst in die Presse gedrungen wäre. Dagegen hat sich, wie wir den „Débats" entnehmen, ein französisches Syndikat gebildet, um Mineralschätze, die weder Gold, Eisen, Kohle oder Kupfer sind, zu heben. Vielleicht handelt es sich um Edelsteine, an denen der Ural ja außerordentlich reich ist. Die Goldlager sollen fast sämtlich in englische Hände übergegangen sein, wie denn fast die gesamte Goldproduktion

der Erde heute englisch ist, aber es werden jetzt in Rußland immer neue Goldlager entdeckt, so z. B. an der Taja, einem Flusse, der in den Baikalsee mündet, Lager von ganz außergewöhnlichem Reichtume. Konzessioniert wurden in letzter Zeit folgende englische Gesellschaften: Mourgoal river Company L., Siberian Sindicate L., Company of Central Siberia, Anglo-russian platinum mining C. In Krasnojarsk hat sich eine russisch-französische Kompagnie zur Ausbeutung der Asbestlager gebildet usw. Es ist eine erstaunlich rege Tätigkeit, die sich in den Tagen des vielgeschmähten Ministeriums Stolypin entwickelt hat: Kohle, Salz, Naphtha (an der Petshora, am Baikalsee und an den alten Fundstätten am Kaspischen Meere) werden aufgespürt und ausgebeutet. Daneben sind großartige Eisenbahnbauten teils in Angriff genommen, teils geplant. Die sibirische Bahn erhält ein zweites Geleise. Man denkt die Mündung des Ob von der Stelle, wo die Sotsch mündet, durch eine Eisenbahn, die über den Ural geht, mit der Bai von Warandin zu verbinden und dort einen Handelshafen zu eröffnen. Für den Süden sind die Vorarbeiten für eine Eisenbahn angeordnet, die von Aman über Nikolajew, Jekaterinodar, Odessa nach Owidinpol führen soll.

Ein Konsortium Moskauer Kapitalisten drängt auf schleunige Verbindung Turkestans mit der sibirischen Bahn, das gäbe die Linie Taschkent—Werny—Ssemipalatinsk—Omsk. Ganz besondere Aufmerksamkeit wendet sich der Donezkohle zu. Man will im Donezgebiet eine Eisenbahn Melitopol—Skadowsk bauen, und neuerdings hat eine russische Gesellschaft der Regierung den Antrag gemacht, ihr bis 1910 alljährlich 5 Millionen Pud Donezkohle aus Mariupol in die baltischen Häfen zu liefern. Im Laufe dieses Jahres noch soll in Petersburg eine internationale Ausstellung stattfinden, die sich die Darstellung der Methoden zur Exploitierung und Verarbeitung des Torfs zum Ziel nehmen soll. Gibt es doch im europäischen Rußland allein 70 Millionen Deßjätinen Torfsümpfe! Es ließe sich noch vieles anführen. Wer sich für diese doch ungemein wichtigen Fragen interessiert, sei auf den „Petersburger Oeconomist" verwiesen. Es ist eine Wochenschrift in russischer Sprache, „gewidmet den Fragen der ökonomischen Näherung Rußlands an Westeuropa, Persien und den fernen Osten". Die westeuropäische Abteilung erscheint bei Max Behr in Berlin. So weit wir es haben kontrollieren können, haben die Nachrichten dieser Wochenschrift sich durchweg als zuverlässig erwiesen. Wer die politische Lage Rußlands richtig

beurteilen will, wird diese wirtschaftlichen Fragen mit in seine Schätzung ziehen müssen. Sie zeigen das eine, daß im Inlande wie im Auslande der Glaube an die Zukunft Rußlands nicht erschüttert ist. Es mögen noch viele und schwere Wirren bevorstehen, daß der endliche Ausgang der russische Rechtsstaat sein wird, steht uns ebenso fest, wie in den ersten Tagen der Revolution. Und eben deshalb bleiben wir auch bei unserem Widerspruch gegen die Martinsche Doktrin von dem bevorstehenden russischen Staatsbankerott. Dazu kommt es gewiß nicht, solange es eine russische Monarchie gibt; und heute dürfen wir wohl sagen, daß der Höhepunkt der Krisis als überstanden gelten kann. Die Tatsache, daß Budget und Rekrutenaushebung gesichert sind, trotz der Opposition der „reinen" Revolutionäre, und daß die Duma in die Osterferien geschickt werden konnte, obgleich sie, was an ihr lag, getan hat, um denjenigen, die eine Auflösung für unerläßlich hielten, recht zu geben, bedeutet einen großen Erfolg. Freilich steht eine neue schwere Krisis bevor, wenn das Agrargesetz zur Diskussion und zur Abstimmung kommt. Aber bis dahin ist noch Zeit, und die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß eine radikale Lösung nicht durchdringen wird. Die Kadetten werden noch weiter nach rechts müssen, und wenn nicht alles trügt, sich schließlich mit den Oktobristen verständigen und vereinigen müssen. Denn ihnen, den Oktobristen, gehört die Zukunft, wenn sie mit der Regierung nach wie vor an der Verfassung festhalten. Offenbar stehen übrigens noch verzweifelte Maßnahmen der Sozialisten aller Gruppen bevor. Sie sind eben jetzt unterwegs zu einem Kongreß, den sie auf norwegischem Boden abhalten wollen. Aus Kopenhagen und Malmö hat man sie ausgewiesen. In Norwegen werden sie wohl einen stillen Fleck für ihre lauten Beratungen finden. Die russischen Zeitungen der letzten Tage sind voll von Betrachtungen über die Aufhebung der Feldgerichte. Man zählt die Opfer her, die ihnen gefallen sind, und sucht zu beweisen, daß all die Härte keineswegs zur Beruhigung Rußlands geführt habe. Und allerdings, geraubt und gemordet wird auch heute noch. Aber wir meinen, wenn es 1400 Mörder und Räuber mehr im Lande gäbe, müßte es noch weit schlimmer aussehen, und es läßt sich doch nicht verkennen, daß es sich heute mehr um Gruppen von Banditen als um eine Gesamterhebung handelt, wie sie im letzten Winter versucht wurde. Die große Masse will ruhig ihrem Erwerb und ihrem Vergnügen nachgehen, und wenn, wie es scheint, der Unternehmungsgeist des Auslandes

reichen Gewinn in Aussicht stellt, wird nichts mehr dazu beitragen, die Geister zu dämpfen. Sogar unter den Studenten beginnen die arbeitslustigen Elemente, die sogenannten Akademisten, Mut zu schöpfen und sich dem Terrorismus ihrer Kameraden zu entziehen. Aber es ist freilich nur ein Anfang, und die Verwilderung der Jugend, der männlichen wie der weiblichen, bleibt ein schwierigeres Problem als die Landfrage und alles übrige.

In Marokko scheint eine höchst gefährliche Bewegung ausgebrochen zu sein. In Marakesch ist Malaï Hafid zum Sultan proklamiert worden, und er wie seine Anhänger scheinen ihrer Erhebung einen fanatisch-islamischen fremdenfeindlichen Charakter gegeben zu haben. Wir haben schon 1902 auf diese Gefahren hingewiesen. Malaï Hafid ist der 10 Jahre ältere Bruder des Sultans von einer maurischen Mutter. Er hat schon einmal, zu Anfang des Jahres 1905, an der Spitze der fremdenfeindlichen Partei gestanden, und es ist ihm mit seinem Hasse bitterer Ernst. Wir haben ihn damals aus dem Gesicht verloren, es muß ein Kompromiß zwischen ihm und dem Bruder stattgefunden haben. Ihn jetzt an der Spitze der erregten Massen des Volkes zu sehen gibt eine trübe Perspektive. Auch Raisuli regt sich wieder, gewiß bereit, demjenigen zuzufallen, der ihm Stellung und Leben sichert. Gelingt es den regulären Truppen des Sultans nicht, der Bewegung Herr zu werden, so droht eine böse Krisis, von der wir hoffen wollen, daß sie sich nicht weiter in Nordafrika fortpflanzt. An Zündstoff fehlt es nirgends, bis in Ägypten und in den Sudan hinein, und es ist lebhaft zu bedauern, daß jetzt eine so kräftige und kundige Hand wie die Lord Cromers von Ägypten abgezogen wird. Er ist vor seinem Scheiden von der europäischen Kolonie und von den offiziellen Vertretern des Kehdive lebhaft gefeiert worden. Auch wird niemand bestreiten können, daß seit der Blütezeit der Pharaonen kein Herrscher — denn das war er doch de facto — mehr für Ägypten getan hat als er. Daß die Ägypter es ihm nicht danken, versteht sich von selbst. So ist es allezeit gewesen; mit dem steigenden Wohlstande steigt das Selbstbewußtsein und wird das nationale Empfinden lebendiger. Indien zeigt eine parallele Entwicklung, und die Geschichte der neuesten politischen Bildungen Ostasiens kann gewiß nicht als Muster der Dankbarkeit des Schülers gegen die Lehrer dienen. Man soll sich nicht darüber wundern, sondern damit rechnen. Rußland hat analoge Erfahrungen mit den Balkanstaaten gemacht, die Geschichte der Kolonialpolitik aller Völker

predigt dieselbe Lehre. Wer sich behaupten will, muß der Stärkere bleiben.

Spanien hat ein konservatives, Belgien ein klerikales Ministerium an die Spitze der Regierung gestellt. Hier wie dort scheint damit etwas Dauerndes nicht gebildet zu sein; aber wenn wir recht sehen, hat das spanische Ministerium doch noch größere Aussichten auf Bestand.

9. Mai 1907. Erklärung Campbell-Bannermans über die Stellung Deutschlands in der Abrüstungsfrage.
Auflösung der rumänischen Kammern.
10. Mai. Geburt eines spanischen Kronprinzen.
11. Mai. Auflösung des portugiesischen Abgeordnetenhauses.
14. Mai. Vertrauensvotum der französischen Kammer für Clemenceau.
Reichsratwahlen in Österreich.

---

15. Mai 1907.

Die historische Wirklichkeit gefällt sich mitunter darin, gerade das Unwahrscheinlichste zu vollführen. Von allen dynastischen und staatlichen Kombinationen Ludwigs XIV. schien die am wenigsten Dauer zu versprechen, die seinen Enkel Philipp auf den spanischen Thron führte. Dennoch hat diese Linie der Bourbons alle anderen überlebt und trotz einer fast ununterbrochenen Reihe von Fährlichkeiten, die Reich und Dynastie in Existenz und Selbständigkeit bedrohten, sich durch den Lauf der zwei Jahrhunderte, die seither hingegangen sind, behauptet und eben jetzt einen neuen kräftigen Trieb gewonnen, der den Ausblick in eine weite Zukunft gestattet. Die Geburt des Prinzen von Asturien wird auch, wie sich hoffen läßt, die antidynastischen Regungen stillen, die bis in die jüngste Zeit hinein das Reich nicht zu gesunder Entwicklung seiner Kräfte gedeihen ließen und die eine sehr bedeutende Mitschuld an den großen Verlusten tragen, die Spanien seit den Tagen Ferdinands VII. erlitten hat. König Alfons XIII. und seine Gemahlin sind wie durch ein Wunder an ihrem Hochzeitstage der Ruchlosigkeit dieser anarchisch-revolutionären Elemente entgangen. Seitdem hat das Glück sich ihnen zugewandt, und wir wünschen, daß es ihnen und ihrem Erben treu bleibe. Spanien erscheint uns heute in einer politischen Kombination, die es zugleich an die Seite Englands und Frankreichs, also derjenigen Staaten geführt hat, mit denen es im Laufe der Jahrhunderte im tiefsten Gegensatze gestanden hat, unter äußeren Verhältnissen, welche alle Voraussetzungen einer nationalen Wiedergeburt bieten, wenn das hochgespannte nationale Selbstgefühl seine Rechnung in den neuen Beziehungen findet. Was Spanien aber vor allem braucht, ist eine Zeit

der Ruhe und der inneren Reformen, wie sie sehr wohl auch von einem konservativen Ministerium ausgehen können. Es hängt alles davon ab, daß die Konservativen, die heute am Ruder stehen, sich dessen bewußt bleiben. Eine Reaktion würde zu neuen Erschütterungen führen, ebenso eine stark klerikale Färbung des neuen Regiments, was ja nicht ausschließt, daß die ausgesprochen kirchliche Richtung der ungeheuren Mehrheit des spanischen Volkes gebührende Berücksichtigung findet.

In Anlaß der inzwischen dementierten Nachricht der „Correspondencia de la Espania" über die angeblichen englisch-spanischen Vereinbarungen, haben wir einen merkwürdigen Artikel in dem „Gaelic American", dem in New York erscheinenden Organ der amerikanischen Iren (A Journal devoted to the cause of irish independence, irish Literature and the interests of the irish Race), gefunden. Da wir den Verfasser dieses Artikels für gewöhnlich gut informiert halten, scheint es uns historisch interessant, seine Ausführungen herzusetzen. Die Zeit wird wohl das Material bringen, um einmal die kritische Sonde anzulegen. Vorläufig enthalten wir uns jedes eigenen Urteils. Der Verfasser knüpft an die Differenzen an, die während des Venezuelakonfliktes zwischen England und Amerika bestanden, und sagt, unter Berufung auf eine Bemerkung des „Sun", daß, wenn damals Spanien den Engländern Gehör geschenkt hätte, es wie in den Tagen Wellingtons Großbritannien als Rückendeckung gewonnen hätte. Dann heißt es wörtlich:

„Spanien war damals noch in vollem Besitz von Kuba, das für den Fall eines englisch-amerikanischen Krieges wegen der venezolanischen Grenzfrage, mit den Bermudas im Osten und Kanada im Norden eine Ketten von Operationsbasen gegen Amerika gebildet hätte.

Daß die britische Regierung einen Krieg erwartete (anticipated), ist zweifellos. Die kanadische Regierung wurde gefragt, ob Kanada sich 12 Tage lang gegen eine amerikanische Invasion behaupten könne, und als eine günstige Antwort erfolgte, schickte die englische Regierung ohne Zeitverlust 40 000 Gewehre mit Munition und anderem Kriegsbedarf nach Quebec. Gleichzeitig wurde unter dem Vorwande, daß es eine Antwort auf das Telegramm des Deutschen Kaisers an den Präsidenten Krüger sein solle (nach dem Überfall Jamesons), ein fliegendes Geschwader an der irischen Küste versammelt, um einen britischen Truppentransport nach Kanada zu geleiten. Aber der Krieg kam nicht,

und die Truppen wurden nicht abgesandt, denn England lenkte ein und übergab die Entscheidung einem Schiedsspruch. Im Licht späterer Ereignisse . . . werden wir wahrscheinlich berechtigt sein zu schließen, daß es geschah, weil Spanien den Engländern „sein Ohr nicht lieh" und sich weigerte zu gestatten, daß Kuba zu einer Basis englischer Kriegsoperationen gegen Amerika zu einer Zeit gemacht wurde, in der ein Schiedsspruch für England wenig vorteilhaft schien."

Es knüpfen sich daran einige scharfe antienglische Bemerkungen, die wir übergehen. Es ist ja bekannt, daß die amerikanischen Iren Englands Freunde nicht sind. Die Home Rule-Vorlage Mr. Birrels hat diese Abneigung keineswegs vermindert, und ebenso wenig die irische Landreform. Man will eben mehr haben und ist bekanntlich in Gladstones Tagen der erwünschten Lösung bei weitem näher gewesen. Was jetzt geboten wird, läßt sich in Kürze so zusammenfassen. Irland soll einen „irischen Rat" von 106 Mitgliedern erhalten, von denen 82 aus allgemeinen Wahlen hervorgehen, die übrigen 24 im ersten Jahre vom Könige, später vom Vizekönige ernannt werden sollen. Da nun dem Vizekönige (Lordlieutenant) das Recht zufällt, das Inkrafttreten jedes Beschlusses des „irischen Rates" zu inhibieren, erhält damit das englische Parlament die Möglichkeit, in die irischen Angelegenheiten einzugreifen.

Im englischen Parlament behält Irland die bisherige Vertretung (103 von den 670 Abgeordneten). Dagegen erhält der irische Rat keinerlei legislative Befugnisse, auch nicht das Recht, Steuern zu erheben. Sein Budget ist aus den Einkünften der 8 Departements und einem Zuschuß von 650 000 Pfd. St. auf 4 Millionen Pfd. St. festgesetzt. Die Befugnisse des Rates werden durch vier Komitees ausgeübt: Finanzkomitee, Komitee für öffentliche Arbeiten, für Lokalverwaltung, für Erziehung. Der gewählte Präsident des Rates und die Vorsitzenden des Komitees beziehen ein vom Rate zu bestimmendes Salarium.

Man kann nicht sagen, daß diese Vorlage eine günstige Aufnahme gefunden hätte. Sogar in den Regierungskreisen ist man enttäuscht, und allgemein wird eine Ablehnung von seiten des Oberhauses erwartet. Die Ulsterleute sind gegen jedes Zugeständnis an Home Rule, während der radikale Flügel der Liberalen findet, daß die Regierung zu wenig geboten habe. Unsicher ist noch die Haltung der irischen Nationalisten im Parlament. Während sie erklären, daß im Prinzip nur volle Selbständig-

keit und Unabhängigkeit in der irischen Gesetzgebung und Verwaltung sie befriedigen könne, scheinen sie die Vorlage als Abschlagszahlung annehmen zu wollen. Die Arbeiterpartei endlich will für die Vorlage stimmen, beabsichtigt aber, sie durch Amendements wesentlich umzugestalten. Bisher ist nur eine erste Lesung erfolgt, die 416 Ja und 121 Nein ergab, also eine Majorität von 295 Stimmen für die Regierung. Jedenfalls steht somit ein neuer Differenzpunkt zwischen den Lords und den Gemeinen bevor, und das ist ein Grund mehr, um die Frage der künftigen Beziehungen zwischen Oberhaus und Unterhaus möglichst bald der Lösung zuzuführen. Sie ist den Liberalen weit wichtiger als die Reform des Oberhauses, und Campbell-Bannerman hat erklärt, daß er sein Ziel unter allen Umständen erreichen werde. Dagegen haben die Konservativen jetzt selbst die Initiative im Oberhause ergriffen und Lord Newton wird gleich nach Pfingsten mit einem Reformantrage hervortreten, dessen Inhalt bereits bekannt ist. Es handelt sich darum, den Trägern der Lordstitel (Duke, Marquis, Count, Baron) das Recht zum Sitze im Oberhause nur dann zu gewähren, wenn sie entweder einen gelehrten Grad erworben, oder im Dienst Englands oder des Empire sich hervorgetan haben. 100 lebensfähige Sitze sollen zudem zur Verfügung der Regierung gestellt werden, endlich soll eine gewisse Zahl von Peers gewählt werden, so daß sie dadurch nur für die Dauer einer Session im Oberhause Sitz und Stimme erhalten würden. Das alles wäre gewiß ein Fortschritt und muß die Bedeutung des Oberhauses wesentlich heben, der Schwerpunkt des Interesses fällt aber auf Campbell-Bannermans Absichten, die dahin zielen, das Veto der Lords zu beseitigen. Aber es ist bis zur Stunde noch nicht bekannt geworden, auf welchem Wege er dieses Ziel zu erreichen denkt.

Die Konferenz der Kolonialminister hat nunmehr ihren Abschluß gefunden. Sie hat die großen Erwartungen nicht erfüllt, mit denen man an sie herantrat. Es ist im wesentlichen alles beim alten geblieben, sowohl in der Frage der Reichsverteidigung wie in betreff der Aufrechterhaltung des Freihandels für England. Aber viele Detailfragen sind in günstigem Sinne erledigt worden, und alle Vertreter der großen Kolonien haben ihren reichlichen Anteil an der Gastfreundschaft des Mutterlandes genossen. Keiner freilich ist gefeiert worden wie General Botha, auch ist keinem größeres Entgegenkommen gezeigt worden. Man hat ihm nicht nur eine Anleihe von 5 Millionen Pfund für Trans-

vaal unter Garantie der britischen Regierung gewährt, sondern auch keinen Anstoß an der rückhaltlosen Offenheit genommen, mit der er die Beschwerden Transvaals darlegte. Was er dagegen bot, war das Versprechen, treu zu England zu halten. Ob sein Anerbieten, eine Truppe von 40000 Mann, inkl. Artillerie, in Transvaal zu organisieren, angenommen wird, ist aber mehr als fraglich, obgleich im Prinzip nichts dagegen einzuwenden ist, daß eine Kolonie mit Selbstverwaltung auf eigene Hand für ihre Verteidigung sorgt. So geschieht es in Australien, Kanada und Neuseeland. In Südafrika haben Natal und Kapland ihre Milizen, in Transvaal aber liegt immer die Möglichkeit vor, über Nacht einen Kampf mit den Eingeborenen aufnehmen zu müssen, ganz abgesehen davon, daß die chinesischen Kulis, und man darf wohl noch allgemeiner sagen, die Bevölkerung des Rand mehr als einmal zu einer wirklichen Gefahr geworden sind. Aber nach einer ersten Notiz über diesen Bothaschen Antrag ist, soviel wir gesehen haben, nicht weiter davon die Rede gewesen. Wahrscheinlich ist es inopportun, schon jetzt an der Frage zu rühren. Dagegen scheint Botha an einen baldigen Zusammenschluß der südafrikanischen Kolonien zu glauben. Auf einem Bankett, das ihm in Edinburg kurz vor seiner am Sonnabend erfolgten Abreise gegeben wurde, sagte er, unter sympathischer Hilfe des Reiches werde man bald in Südafrika ein föderiertes, geeinigtes Land, zufrieden unter britischer Flagge, sehen. Als Botha London verließ, waren Generale, Minister, Finanzkoryphäen und viel Volks am Bahnhof erschienen. Von König Eduard hatte er auf dessen ausdrücklichen Wunsch sich persönlich verabschiedet.

Die Unruhen in Indien dürfen nicht unterschätzt aber auch nicht überschätzt werden. Daß sie für England zu einer wirklichen Gefahr werden könnten, halten wir für ausgeschlossen. Die Vervollkommnung der Waffen seit 1857 ist eine so erstaunliche, daß eine Erhebung schlecht oder gar nicht bewaffneten Volkes von vornherein als aussichtslos betrachtet werden muß. Als zweites Moment kommt hinzu, daß die antienglische Bewegung ihren Mittelpunkt in den Kreisen hat, die durch ihre Bildung hoch über dem Volke stehen und in europäischen, nicht in asiatischen Staatsidealen leben. Die von ihnen ausgegangene Agitation kann nicht in die Tiefe dringen und scheint bisher vornehmlich auf einige Städte, Rawal-Pindi, Lahore, Amritsar beschränkt zu sein. Auch hat die Regierung sofort sehr energische Maßregeln ergriffen. Der „Agentur

Reuter" sind sehr beträchtliche Mittel zur Organisation eines Nachrichtendienstes zur Verfügung gestellt worden. Der Gouverneur des Punjab, Sir Benzil Ibbetson, setzt in Lahore die Festungswerke instand und verstärkt die Garnison, alle Zusammenrottungen sind verboten. Mr. Morley, der Staatssekretär für Indien, hat einen der Organisatoren des Aufstandes, Lajpat Rei, festnehmen lassen, auch der Präsident des Nationalkongresses, der vorige Weihnachten tagte, Dadabhai Naoroji, ist verhaftet und, man weiß nicht wohin, verbannt worden. Offenbar hat die Politik Lord Curzons, namentlich die Teilung Bengalens, von der wir im vorigen Jahre mehrfach zu reden Anlaß hatten, die ohnehin seit dem japanischen Kriege vorhandene Gärung gesteigert. Leicht wird es nicht sein, die Erhebung niederzuwerfen, aber ganz bestimmt wird England ihrer Herr werden. Daß danach die Wünsche der indischen „Intellektuellen" erfüllt werden, die für Indien die Stellung einer autonomen Kolonie verlangen, ist ausgeschlossen. Auf eine Anfrage Balfours hat Staatssekretär Morley es mit aller wünschenswerten Klarheit ausgesprochen: „Die Regierung Indiens", sagte er, „muß auf unbestimmte Zeit hinaus bleiben, was sie ist: autokratisch, persönlich und absolut." Das mag sehr wenig liberal klingen, ist aber ohne Zweifel praktisch notwendig, wenn England, wozu es fest entschlossen ist, seine indische Stellung behaupten will. In der indischen Frage gibt es keine Parteidoktrinen in England, es ist eine Lebensfrage, in der alles zusammensteht, ohne jede Sentimentalität und ohne konstitutionelle Skrupel. Man wird weder vor Knebelung der einheimischen Presse, noch vor Eingriffen in das Unterrichtswesen, noch endlich vor Feldgerichten zurückschrecken.

Es ist übrigens zwischen den Bewegungen im Norden des Punjab (Rawal-Pindi und Lahore) und in Westbengalen zu unterscheiden; die letzteren sind ernster zu nehmen und komplizieren sich durch den Gegensatz zwischen Mohammedaner und Hindus, die ersteren tragen einen allgemein antieuropäischen Charakter und sind durch eine Erhöhung der Grundsteuer veranlaßt worden. Wir geben diese nur tatsächlichen Nachrichten unter allem Vorbehalt. Es sind bisher nur kurze, nicht immer ganz klare telegraphische Nachrichten nach Europa gelangt. Bis die indische Post eintreffen kann, vergehen noch einige Wochen, so lange dauert es wohl auch, bis das „Bureau Reuter" seinen Nachrichtendienst organisiert hat.

Ehe wir diese englischen Angelegenheiten verlassen, sei noch der russischen Sozialdemokraten gedacht, die am Sonntag in Islington, der Vorstadt Londons, die an die London Bridge stößt, gelandet sind. Dort werden sie nach ihrer lächerlichen Irrfahrt wie die alten Nüßlers in Reuters Stromtid sich ihre Geheimnisse in die Ohren schreien können. In England denkt man ja liberaler als in den skandinavischen Staaten und in Rußland, wenn es sich um Dinge handelt, die England nicht direkt berühren. Hat man doch auch trotz aller Entrüstung, die dem Attentat gegen König Alfons XIII. und seine Gemahlin folgte, sich nach 14tägigem Lärm beruhigt und die Anarchisten in aller Ruhe ihre Waffensendungen nach Rußland expedieren lassen. Jetzt tröstet man sich damit, daß die russischen Sozialdemokraten nicht so schlimm seien, wie die Sozialrevolutionäre und daß sie etwa der englischen Arbeiterpartei gleichzusetzen wären. So schreibt die „Tribune", die doch wissen müßte, da sie von Petersburg aus sehr intim bedient wird, daß die Sozialdemokraten in Rußland die schärfere Observanz darstellen und in ihren Ausläufern von den Terroristen nicht zu unterscheiden sind. Aber es ist vergebliches Bemühen, diese absichtlichen Selbsttäuschungen aufzuklären. Da sich mit ziemlicher Bestimmtheit darauf rechnen läßt, daß die Islingtoner Russen ihre Geheimnisse nicht lange werden bei sich behalten können, werden wir ja die Bedeutung dieses Kongresses bald genug kennen lernen. Er hat neben einigen Mitgliedern der Duma — wir wissen noch nicht wie viele und welche — zahlreiche Nichtparlamentarier versammelt. Schließen wir aus früheren Plänen auf ihre jetzigen Absichten, so handelt es sich entweder um die Organisation eines Generalstreikes, oder aber um einen neuen Aufstand, wie den, der im vorigen Herbst in Moskau niedergeschlagen wurde.

Inzwischen ist in Moskau der 4. Kongreß des Verbandes des russischen Volkes zusammengetreten. Es sind die Fanatiker der Rückkehr zum unumschränkten Absolutismus. Schwarzes Volk — wie man in Rußland sagt —, dazu hohe Geistliche, aber auch zahlreiche Popen und Kaufleute und einige Heißsporne von der äußersten Rechten der Duma, wie Herr Purischkewitsch und Kruschewan, oder Franctireurs des Absolutismus, wie Herr Gringmut, der Redakteur der „Moskowskija Wjedomosti", und der Priester Iliodor, einer der schlimmsten Finsterlinge, der seiner ganzen Weltanschauung und Bildung nach in das Rußland des 16. Jahrhunderts hineingehört. Von dem Programm: Auf-

lösung der Duma, Einführung einer Diktatur, völlige Entrechtung der Juden (sie sollen ferngehalten werden von Armee und Flotte, Staats- und Kommunaldienst, den Zeitungsredaktionen, einer Reihe freier Berufe und von allen christlichen Lehranstalten, ihr Vermögen soll eingezogen werden, wenn sie an der Revolution beteiligt gewesen sind, und die russische Judenschaft überhaupt auf ein enges Ansiedelungsgebiet eingeschränkt werden), Russifizierung der Grenzprovinzen usw. ist bisher noch nichts in Form von Resolutionen an die Öffentlichkeit gedrungen. Man hat sich zunächst auf eine große religiös-patriotische Demonstration beschränkt, die von dem Metropoliten von Moskau, Wladimir, mit Beihilfe zahlreicher Geistlichen im Kreml begangen wurde. Nach dem Gottesdienst ging der gewaltige Zug mit seinen 189 Fahnen über den „roten Platz" zum Denkmal Minin und Poscharskis, die vor bald 400 Jahren das Vaterland von den Polen befreiten. Danach zum Hause des Generalgouverneurs u. s. f. Wir betonen diese Einzelheiten, weil sie zeigen, daß Kirche und Obrigkeit der Bewegung nicht fernstehen. Das ist aber trotz der patriotisch-monarchischen Stimmung der Massen keineswegs ungefährlich, weil es ungeheuer schwer fallen wird, die entfesselten Leidenschaften wieder zu zügeln. Eine Wendung, welche den Führern dieser Bewegung die Zügel Rußlands in die Hand lieferte, wäre aber das größte Unglück, das Rußland treffen könnte. Weit größer noch als die zeitweiligen Schrecken einer neuen sozialistischen Erhebung. Denn auch in dieser patriotisch betenden und singenden Masse wurzeln die schlimmsten Instinkte, und sie wäre jederzeit bereit niederzumachen, was ihr als Feind von Gott und Kaiser bezeichnet wird. So scheint uns, daß, nachdem mit den geistlichen Feierlichkeiten dem Bedürfnis der Menge genug geschehen ist, eine möglichst schleunige Auflösung des Kongresses nicht nur ratsam, sondern absolut notwendig ist. Es gibt, nachdem man einmal den Entschluß gefaßt hat, die Verfassung vom 30. Oktober zu verleihen, kein anderes Heil, als fest auf ihr zu beharren, und sich weder nach rechts noch links abdrängen zu lassen. Die Unterstützung der Regierung sollte daher vor allem der Partei vom 17./30. Oktober gehören, und man sollte keine Opfer scheuen, um ihr eine Presse zu schaffen, die den reaktionären wie den halb oder ganz revolutionären Organen die Wage halten kann. Mit einem so gesinnungslosen Blatt wie die „Nowoje Wremja", die heute zu dieser und morgen zu jener Fahne schwört, ist es wahrhaftig nicht getan.

Die Attentate im Innern des Reiches und in den Grenzmarken dauern fort, ebenso und in steigendem Umfange die „Expropriationen", d. h. die Raubanfälle. Über die Zustände in Lodz berichtet eine Korrespondenz der „Nowoje Wremja" unter der Spitzmarke: „Die Stadt des Todes", und was der Korrespondent erzählt, ist in der Tat erschütternd. „Die einst so blühende Stadt ist wie ausgestorben, die Straßen sind leer, seltene Fußgänger laufen, sich scheu umblickend, über die Trottoire. Selbst in den Hauptläden der Stadt sind die eisernen Läden geschlossen, und man handelt im Halbdunkel. Auf den Straßen hört man fast nur den schweren Schritt der Patrouillen. Ich war zwei Tage in Lodz, und in dieser Zeit wurden 13 Leichen und ebensoviel Verwundete von den Straßen aufgelesen usw." Es folgt die Erzählung einzelner bestialischer Morde, die wir unseren Lesern erlassen wollen.

Nebenher geht die Auswanderungsbewegung. „Wir dachten darüber nach" — schreiben die Bauern des Dorfes Djanowo — „was wir tun sollten, und beschlossen, nach Sibirien überzusiedeln, obgleich es wohl bitter ist, das Land zu verlassen, auf dem man geboren ist, und dazu noch ein so fruchtbares." 300 Familien, d. i. 1500 Seelen, lassen sich als Ansiedler anschreiben. Da aber zeigte sich die „Macht der Finsternis" in all ihren Schrecken. Nachdem die Auswanderer ihre Wirtschaft verkauft und aufgelöst hatten, versoffen sie sofort das Geld, das ihnen ausgezahlt war. „Die Weiber und die Kinder schrien und die betrunkenen Männer schlugen die Frauen. Gegen 40 Seelen wurden zu Krüppeln geschlagen, drei hat man in jene Welt befördert. Gott bewahre uns davor, das noch einmal zu sehen." Schließlich sind diese Leute dann wirklich nach Sibirien gelangt ohne einen Groschen Geld, das Land aber haben sie nicht gefunden. Auf den Stationen, in den kalten Waggons „sind uns die Kinder bis auf das letzte gestorben."

„Das ist", bemerkt der Gewährsmann der russischen Zeitung, „der Typus unserer unsinnigen und abgeschmackten Auswanderung. Ohne den Weg zu kennen, fahren die Bauern betrunken fort, sie treffen als Bettler ein und kehren dann in die Heimat zurück, in der sie keine Stätte mehr besitzen." Solcher Unvernunft gegenüber wird sich schwer bestreiten lassen, daß jedes Plus an Selbstbestimmungsrechten, das diesen Kindern verliehen wird, vom Übel wäre. Trotz all dieser beunruhigenden Symptome fortdauernder Gärung glauben wir zu erkennen,

daß das Volk der Revolution müde geworden ist. Man sehnt sich nach Ruhe, und aus dieser allgemeinen Stimmung heraus wird wohl auch die Wendung kommen, die über kurz oder lang der russischen Revolution ein Ende bereiten muß.

In Frankreich hat der Riß, der zwischen Regierung und den Beamtensyndikaten klaffend geworden ist, wie wir schon jüngst bemerkten, auch den Gegensatz zwischen Radikalen und Sozialdemokraten geschärft. Es ist darüber in der Kammer zu lebhaften Debatten gekommen, in denen Deschanel in einer vortrefflichen Rede für die Autorität des Staatsgedankens eintrat. Ihm hat dann Jaurès in einer Rede, die sich durch zwei Sitzungen zog, geantwortet. Eine Rede Clemenceaus steht noch aus, doch kann schon jetzt als sicher gelten, daß die Kammer ihn nicht im Stich lassen wird. Ein Teil der Sozialisten geht zu den Radikalen über, nur die äußerste Linke wird zu Jaurès und der Föderation stehen. Im Grunde ist das insofern wenig erfreulich, als es nicht zu einer klaren Scheidung zwischen den Parteien gekommen ist. Der Kampf wird nach errungenem Sieg bei nächster Gelegenheit wieder aufgenommen werden müssen, und der Ausgang kann dann leicht von einem Zufall abhängen. Es bot sich dem Minister ein günstiges Feld, eine Entscheidungsschlacht zu schlagen. Er hat es vorgezogen, sich mit einem wenig bedeutenden Vorpostengefecht zu begnügen, durch welches nichts entschieden ist.

Die Nachrichten, die aus Marokko kommen, sind beunruhigend, aber nicht beglaubigt. Wir behalten uns unser Urteil vor.

16. Mai 1907. Entdeckung eines gegen den Zaren geplanten Attentats in Zarskoje.
Unruhen der Weinbauern in Beziers.
Beraubung der Post in Lodz. Straßenkämpfe.
Unordnungen in der Duma. Agrarunruhen in den Gouvernements Saratow, Simbersk, Kostroma.
18. Mai. Unruhen in Persien in Anlaß der noch nicht erfolgten Bestätigung der Verfassung.
Ernennung Dernburgs zum Staatssekretär des Reichskolonialamts.
19. Mai. Kämpfe zwischen türkischen Truppen und bulgarischen Banden in Makedonien.
20. Mai. Ernennung von Lindequists zum Unterstaatssekretär im Reichskolonialamt, von Schuckmanns zum Gouverneur von Sud-West-Afrika.

---

22. Mai 1907.

Ein Herr Shosai H., dessen Name uns nicht erkennen läßt, ob wir einen Chinesen oder einen Japaner vor uns haben, veröffentlicht in dem „Courrier Européen" einen Artikel „Japan gegen Deutschland", der sich zunächst bemüht nachzuweisen, daß es ein Irrtum sei, Japan für ein Werkzeug der englischen Politik zu halten. Vielmehr gehöre der Vorteil von der englisch-japanischen Allianz ihnen, den Japanern, und Japan sei bemüht, England seinen Zwecken dienstbar zu machen. Daß diese aber eine Verdrängung Deutschlands aus dem Konkurrenzgebiet des großen Ozeans verlangten, liege auf der Hand und wird durch eine Reihe von Zitaten aus japanischen Blättern wahrscheinlich gemacht. Das Homiuru Shimban vom 7. März 1907 und eine japanische Biographie von Zeitgenossen von Toyabo Shunte geben die allerdings erstaunlichen Belege dafür, wie der Deutschenhaß in Japan gepflegt wird. Auch ein Abgeordneter, Takekoshi Sosaburo, wird ins Gefecht geführt. Dieser Herr, der Deputierter für Niigata ist und als sehr einflußreich dargestellt wird, sieht Asien vor allem von der deutschen Gefahr bedroht und findet, daß die englische Verbindung dagegen noch keinen genügenden Schutz biete. „Japan und Frankreich müßten sich verbinden, denn ihre Interessen im fernen Osten sind die gleichen. Das Reich des Mikado ist glücklich, daß Frankreich Tonking und Cochinchina besitzt, es würde mit gleicher Freude die Festsetzung Frankreichs und seines Kultureinflusses, der der heutigen Welt das Licht gibt, in Kuang Tong und in Kuang Si begrüßen. Aber allerdings unter der Bedingung,

daß Frankreich Deutschland im fernen Osten knebele und seine auf Ozeanien gerichteten Pläne lahm lege." So gibt Herr Shosai die Befürchtungen und Wünsche des Herrn Abgeordneten von Niigata wieder. Er selbst aber resümiert sich am Schluß folgendermaßen:

„Wenn Deutschland nicht freiwillig im fernen Osten abdankt, wird die deutsche Politik für Japan höchst unbequem, und das kann vielleicht in Zukunft zu einem Kriege führen. Aber Japan wünscht (im Gegensatz zu seiner Stellung zu den Vereinigten Staaten) diesen Krieg nicht selbst zu schlagen. Ein europäischer Krieg wäre ihm lieber, und es ist bereit, das trügerische Versprechen einer möglichen Intervention zu machen. Vielleicht bricht dann die Macht Deutschlands unter dem Druck einer Koalition neidischer Mächte zusammen. Deshalb macht Japan sich in sehr diskreter Weise die englischen Interessen zu eigen und sorgt so unter dem Schein unerschütterlicher Freundschaft für Erfüllung seiner eigenen geheimen Wünsche. Welcher Irrtum daher, Japan als das Spielzeug Englands, als den Puterhahn der Posse darzustellen. Japan liebt weder Großbritannien noch Deutschland. Es benutzt sie, um seine Pläne auszuführen. Das ist der Schlüssel des Geheimnisses. Heute antideutsch, wird es vielleicht morgen antienglisch sein."

Das klingt beunruhigender als es ist. Deutschland vertritt im fernen Osten das Prinzip der offenen Tür, und wenn Japan dieses durchbrechen wollte, hätte es bald die ganze Welt gegen sich. Die jetzt perfekt gewordene französisch-japanische Verständigung aber hat den Zweck, Japan das zu schaffen, was es zumeist braucht, nämlich Geld. Wenn wir recht unterrichtet sind, handelt es sich um zwei Milliarden Francs, von denen England nur den kleineren Teil geben würde. Welches die Vorteile sind, die Frankreich dabei zufallen, wird wohl erst nach Veröffentlichung des Vertragsinstruments ersichtlich sein. Einer Garantie des französischen Besitzstandes bedurfte es offenbar nicht, da der Status quo Ostasiens mehrfach und zuletzt noch durch den englisch-japanischen Vertrag ausdrücklich garantiert worden ist. Es müssen also andere Interessen sein, die geschützt, eventuell erst gewonnen werden, vielleicht das Eindringen der französischen Kultur in Südchina, von der jener Deputierte für Niigata so lobend sprach. Vielleicht, aber nicht wahrscheinlich, obgleich es ein alter Wunsch Frankreichs ist, diese Gebiete zu exploitieren. Denn schließlich ist es doch chinesisches Land, über das

China, nicht Japan zu verfügen hat, und wir wissen, daß China jetzt prinzipiell neue Konzessionen nicht an Europäer verleiht, auch wäre es eine Rückkehr zum Prinzip der Einflußsphären, das als definitiv aufgegeben gilt.

Was uns als Niederschlag all der umfliegenden Gerüchte und Befürchtungen ersichtlich zu sein scheint, ist ein Gefühl der Unsicherheit, das durch die Verschiebung aller Machtverhältnisse im fernen Osten hervorgerufen ist. Die Wendung der japanischen Presse gegen Deutschland erklärt sich aus dem Einfluß, den das bekannte englische Preßkonsortium auch auf japanischem Boden ausübt. Der englische Kolonialunterstaatssekretär Winston Churchill hat am 15. Mai in einem Anlaß innerer englischer Politik das Treiben dieser Organe am Beispiel der „Daily Mail" gebrandmarkt, nur ist leider keine Hoffnung, daß dadurch irgend eine Wandlung in der Haltung dieser Kategorie von „öffentlicher Meinung" zu erwarten wäre. Sie geht schamlos ihre Wege weiter.

In betreff der marokkanischen Angelegenheiten gehen französische und englische Berichte auseinander. Wir haben im „Petit Temps" vom 19. Mai einen höchst optimistischen Bericht über die Wirkung der Okkupation von Udjda gefunden, der in den nachdrücklichen Rat ausmündet, hier dem französischen Einfluß eine dauernde Stätte zu bereiten. „Fortan müssen wir die Initiative zu allen Maßregeln ergreifen, und die Beamten des Maghsen werden unseren Willen entgegenzunehmen, nicht uns den ihrigen zu diktieren haben.... Es muß daher eine ansehnliche (sérieuse) franko-marokkanische Polizei organisiert werden, die wir, nicht nur die Agenten des Sultans sorgfältig beaufsichtigen müssen und die nach unserem Abzug das Regiment aufrechtzuerhalten haben, das wir eingesetzt haben werden." Der Artikel weist zudem auf die vielfachen Genugtuungen hin, die Frankreich vom Sultan zu beanspruchen habe, und wir zweifeln nicht daran, daß die Dinge tatsächlich so liegen. Aber die Franzosen werden selbst erwägen, ob sie einen günstigen Augenblick zur Durchführung ihrer Absichten gewählt haben. Es ist kein Zweifel mehr, daß die Gärung in Marokko einen sehr ernsten Charakter angenommen hat. Ein Korrespondent der „Tribune" aus Magador mag dafür an unserer statt das Wort ergreifen. Er schließt seine sehr umfangreiche und wohl dokumentierte Darstellung der Verhältnisse mit den folgenden zusammenfassenden Bemerkungen:

„Was die nächste Zukunft bringen wird, wäre vermessen vorherzusagen. Eins aber bleibt sicher. Die Mauren des ganzen Reiches — das nicht mehr von Mulai Abd-el-Aziz regiert wird — bewaffnen und alliieren sich, um einen Verteidigungskrieg gegen fremde Eindringlinge in ihr Territorium zu führen. Die Provinzialgouverneure, die Häuptlinge großer kriegerischer Stämme und Hochland-Clans kaufen Pferde auf jedem Markt, teils als Remonte, teils um nichts für die Expeditionen der Fremden übrig zu lassen. Alle Repetierflinten — und es soll eine halbe Million im Lande sein — werden geölt, Kartätschen sind um das Doppelte im Preise gestiegen, „Ala neyet el Jéhad, in sha-Allah" (Für den heiligen Krieg, wenn es Allah so gefällt). Das ist es, was man überall hört, außer in den Hafenplätzen, deren Bewohner keine Neigung haben, Maschinengewehren entgegenzutreten. Auch ist abgesehen von der ungeheuren Überlegenheit der modernen „zivilisierten" Waffen über das Magazingewehr, mit dem die Mauren bewaffnet sind, das Land von idealer Schwierigkeit für die Operationen europäischer Truppen. Es gehört schon nicht geringe Lokalkenntnis dazu, Wasser für 100 Mann und Pferde zu finden, geschweige denn für die 200 000 Mann, die ohne Zweifel erforderlich sind, um Marokko zu erobern, der danach folgenden „Pazifikation" von sieben Millionen wilderregten Moslem, Männern, Weibern und Kindern nicht zu gedenken."

Wir bemerken dabei, daß jener Korrespondent, der, wie er sagt, schon lange in Marokko lebt und die Landessprache spricht, die von Frankreich geforderte Absetzung des alten Kaid Warzazi von Marrakesch als das Ereignis bezeichnet, das den Fanatismus der Massen entflammt habe. Das Gerücht, daß eine Mission unterwegs sei, um die Mörder des Dr. Mauchamp zu strafen, aber habe sich blitzschnell (like wildfire) durch alle Provinzen des Sudans verbreitet. Sie alle ständen zusammen, um jedes Eindringen von Fremden zu verhindern (solid against importation of the advance agents of foreign penetration). Wir haben in keinem französischen Blatt eine so ernste Zeichnung der Lage gefunden, aber wir halten die Schilderung des Engländers nicht für übertrieben. Sie trägt nicht den Charakter politischer Tendenz, sondern den ehrlicher Berichterstattung eines kundigen Zeugen. Man wird daher den nächsten Entschlüssen der französischen Regierung mit Spannung entgegensehen. Es hängt ein Stück Zukunftsgeschichte an ihnen. Wie wir schon vor zwei Jahren ausführten, wird Marokko zum Wespennest, sobald in der

Bevölkerung der Verdacht besteht, daß man ihr ihre Unabhängigkeit beschränken will, und jede politische Frage nimmt auf diesem Boden den Charakter des religiösen Fanatismus an.

Der Islam ist seit einer Reihe von Jahren in Gärung, und wenn sich die Wogen bisher immer wieder gelegt haben, liegt darin keine Garantie dafür, daß das weiterhin ebenfalls geschehen wird. Auch das politische Leben dieser Nationen ist in ein rascheres Tempo getreten, und es läßt sich nicht verkennen, daß überall die Neigung besteht, die wie ein Schicksal hingenommene Vorherrschaft der weißen Rassen abzuschütteln. Das überall hin verbreitete Gerücht von vorhandenen oder bevorstehenden Zerwürfnissen unter den „Europäern" hat nächst den Siegen Japans und der englisch-japanischen Allianz am meisten dazu beigetragen. Ein Zusammenschluß Europas wäre die richtige Antwort darauf, aber wie läßt sich darauf rechnen, daß gerade dieses einzig Vernünftige und Zweckmäßige Wirklichkeit wird?

Auf dem Fest, das jüngst in Köln zur sechsten Zentenarfeier der heiligen Elisabeth gefeiert wurde, hat ein Franzose, der Herzog de la Solle de Bochemaure, wie wir der „Europe coloniale" entnehmen, in Anspielung auf die Tatsache, daß einer seiner Ahnen bei Roßbach mitgefochten, den folgenden Toast gehalten: „Mein heißer Patriotismus hat ohne Verlegenheit an einen Tag erinnert, der für die Meinigen unglücklich war. Ich bin allerdings der Überzeugung, daß unsere beiden Nationen, die Nachbarn sind und oft Gegner waren, alle beide auf so glorreiche Jahrhunderte zurückblicken, daß sie über keine Seite ihrer Geschichte zu erröten brauchen. So mag denn die Zukunft beiden „sans abdication ni déchéance" die Freuden friedlicher Eroberungen bringen, die den Menschen adeln und von Tag zu Tag materiell und moralisch die Menschheit heben und ihr Los bessern." Der Herzog ist Provençale und Dichter, wir wünschen ihm und uns, daß sein Traum in Erfüllung gehe.

Aus Indien sind ausführliche Berichte, wie sich voraussehen ließ, noch immer nicht eingetroffen. Man ist auf die „Agentur Reuter" und wenig eingehende Telegramme der englischen Zeitungen angewiesen. Die englische Regierung wird genauer informiert sein, ist aber mit ihren Nachrichten sehr zurückhaltend, was sich wohl verstehen läßt. Was wir wissen, zeigt, daß die indisch-englischen Handelskammern offenbar in Sorge sind und daß in Bengalen jetzt eine lebhafte Agitation

stattfindet, um englische Waren zu boykottieren. Im Punjab soll es ruhiger geworden sein, doch gibt der Gegensatz von Mohammedanern und Hindus Anlaß zu steten Unruhen. In England verlangt alles rasches und rücksichtsloses Einschreiten und, wie es scheint, war es kaum nötig, diese Mahnung an die indische Regierung zu richten. Sie zieht von allen Seiten her Truppen jeder Waffengattung an die bedrohten Punkte und hat augenscheinlich Anstalten getroffen, die Bewegung, die doch noch in ihren Anfängen steckt, zu unterdrücken. Es scheint aber, daß es nicht nur religiöse und politische Motive sind, welche die Massen in Bewegung gesetzt haben, sondern daß Not und Verzweiflung dabei eine nicht geringe Rolle spielen. Man hat es wenig beachtet, daß wieder eine bösartige Pestepidemie durch Bengalen zieht. Die Zahl der Opfer wird so hoch angegeben, daß wir uns scheuen, sie zu wiederholen, weil sie uns übertrieben scheint. Immerhin müssen die Verluste sehr bedeutend sein. Die Regierung steht dieser Seite des Übels ganz wehrlos gegenüber, da die Bevölkerung nicht dazu zu bewegen ist, sich impfen zu lassen, auch all den Millionen gegenüber eine Impfung absolut undurchführbar ist. Aber was vor der Krankheit flieht, ist verzweifeltes, zu allem bereites Volk, so recht das Material zu Aufständen und Gewalttaten, während andererseits der Aufstand dazu beiträgt, die Krankheit weiter zu verbreiten, auch das Eindringen der Truppen in diese Pestgebiete nicht unbedenklich ist. Trotz alledem glauben wir nicht, daß der Aufstand Aussichten auf Erfolg hat. Er ist für die Inder zu früh gekommen und für England gerade zur rechten Zeit, um ihn gewaltsam zu unterdrücken. Auch liegt es nicht im englischen Interesse, die mögliche Tragweite der Erhebung zu verkleinern; je gefährlicher sie erscheint, um so weniger Widerspruch wird eine erbarmungslose Repression finden.

Nächst diesen indischen Sorgen scheint man sich in England zurzeit meist für die Frage der Annexion des Kongo durch Belgien zu interessieren. Sie verknüpft sich mit der Agitation gegen die Mißstände in der Verwaltung des Kongostaates, und speziell diese Seite der Frage ist jüngst Gegenstand einer Interpellation im Unterhause gewesen. Sir Edward Grey hat sehr zurückhaltend geantwortet: Er könne nur wiederholen, was er schon im vorigen Jahre gesagt, aber es sei nicht möglich, bis ins Endlose zu warten. Sollte sich wirklich zeigen, daß Belgien unfähig oder nicht gewillt sei, das Werk auf sich zu nehmen,

das man von ihm erwarte, so werde die Frage einen internationalen Charakter gewinnen, und England werde dann gleich allen übrigen Mächten seinen Anteil an neuer politischer und diplomatischer Verantwortung auf sich nehmen. Es werde dies aber nicht gern tun, da die Last seiner Verantwortlichkeiten bereits groß genug sei.

Das heißt wohl, daß England bereit ist, die Frage der Reformen im Kongo einer internationalen Konferenz zu unterbreiten, aber keine Neigung hat, die Initiative dazu zu ergreifen. Das „Journal des Débats" bemerkt hierzu: „Diese Initiative muß von Staaten ausgehen, welche Rechte und spezielle Pflichten dem Kongo gegenüber haben." Es wird dabei offenbar in erster Linie an Belgien und Frankreich gedacht worden sein. Daß auch wir an dieser Frage lebhaft interessiert sind, ergibt sich aus der Nachbarschaft Deutsch-Ostafrikas mit dem Kongostaat und aus der Rolle, die Deutschland in der Kongokonferenz vom Februar 1885 gespielt hat. Damals sind Deutschland und Frankreich in allen Stücken Hand in Hand gegangen, und auch heute gibt es dort keine Interessenfrage, die zwischen uns stünde. Es macht sich jetzt, wo unter allen Umständen wichtige Entscheidungen getroffen werden müssen, doch lästig geltend, daß wir noch immer keine Vertretung im Kongo haben. Der Gouverneur von Kamerun besorgt die Funktionen eines deutschen Konsuls für den Kongo. Sollte es nicht an der Zeit sein, einen deutschen Berufskonsul zur Wahrung unserer Interessen an Ort und Stelle einzusetzen? Auch um ein kompetentes Urteil über die sentimentale Seite der Frage, die behaupteten Belgian atrocities zu gewinnen, könnte das nur ersprießlich sein.

Die erste Probe des allgemeinen Wahlrechts in Österreich ist nicht eben erfreulich ausgefallen. Eine starke Zunahme der Sozialdemokraten und wahrscheinlich ein klerikal-polnischer Block als Regierungspartei, das ist das Resultat. Zwar stehen noch eine lange Reihe von Stichwahlen aus (230 gültige Wahlen, 165 Stichwahlen, plus dem noch ausstehenden Resultat für Galizien). Der Reichsrat, der früher 425 Mitglieder zählte, steigt auf 516. Das prozentuale Verhältnis der Nationalitäten wird nach einer Berechnung der „N. Fr. Pr." sich so gestalten, daß je ein Abgeordneter gewählt wird auf 37,3 Deutsche, 52,7 Tschechen, 46,3 Polen, 94,7 Ruthenen; nach Wahlkollegien stehen die Slaven mit 250 Kollegien obenan, dann folgen die Deutschen mit 233 und die Italiener mit 24. Aber das alles ist zerrissen und gruppiert sich zu

in Summa 18 verschiedenen politischen Parteien. Es bleibt abzuwarten, wie die praktische politische Arbeit die Parteien zusammenführen wird. Mit voller Bestimmtheit läßt sich jedoch sagen, daß weder die auswärtige Politik noch die Armee durch den Ausfall der Wahlen berührt wird.

Am 13. Mai, als das englische Parlament in die Pfingstferien ging, ist die Duma wieder zusammengetreten. Sie hat vier Tage in leidlichem Frieden gesessen und in Geduld die endlosen Reden angehört, mit denen der Eifer der Abgeordneten sie bedachte; am fünften Tage aber brach der Sturm los. Die äußerste Linke hatte unter großer Nachsicht des Präsidenten ihren Angriffen gegen die Regierung eine besonders scharfe Form gegeben und dadurch die ohnehin kampflustigen Vertreter der Rechten noch mehr gereizt. Namentlich der Abgeordnete Purischkewitsch machte durch stete Zwischenrufe seinem Groll Luft. Als darauf ein mohammedanischer Redner, Chasanow, die Bemerkung fallen ließ, daß die Ssamodershawije (die absolute Regierung) früher stark genug gewesen sei, ihren Willen durchzusetzen, wurde er von Sassonow (äußerste Rechte) mit den Worten unterbrochen: „Sie ist auch heute noch stark.“ Den weiteren Verlauf zu beschreiben, scheint nicht möglich zu sein. Die Abgeordneten Klepowski, Purischkewitsch und Sassonow erhoben sich von ihren Plätzen und schrien etwas, was nicht verstanden wurde. Die Linke antwortete ihrerseits mit lautem Geschrei, die Pultdeckel klappten, Chasanow trommelte mit den Fäusten auf der Rednertribüne — endlich wurde es stiller und es kam nun zu einem Wortwechsel zwischen dem Präsidenten und den drei Opponenten der Rechten der dahin ausmündete, daß der Präsident ein Votum durchsetzte, das die drei für die Dauer von 15 Sitzungen von der Duma ausschloß. Da Purischkewitsch sich weigerte, den Saal zu verlassen, und auch der Drohung nicht wich, daß der Präsident ihn werde abführen lassen, schloß dieser endlich die Sitzung.

Das ist wenig würdig, ist aber schließlich auch in anderen Parlamenten mutatis mutandis vorgekommen. In Frankreich mußte am 2. März 1823 der Abgeordnete Manuel sogar gewaltsam durch Polizisten aus dem Sitzungssaal geschleppt werden. Wichtiger als die Ausweisung der drei scheint uns die Tatsache, daß der Präsident Golowin so wenig Autorität hat, und zweitens, daß die Kadetten, die, wie es schien, im Begriff waren, eine Schwenkung zu den gemäßigten Parteien zu vollziehen, sich wieder ganz

der Linken zuzuwenden begonnen haben. Das Überwiegen der Linken bedeutet aber über kurz oder lang die Auflösung der Duma. Diese Leute sind unfähig etwas aufzubauen, sie können nur deklamieren und agitieren. Beim besten Willen wird der Ministerpräsident schließlich nicht anders können, als sie nach Hause zu schicken. Fragt man sich aber, was das Land dazu sagen wird, so spricht die Wahrscheinlichkeit dafür, daß es eine Auflösung gleichgültig hinnehmen wird. Es bestätigt sich immer mehr, daß alles des Treibens müde geworden ist. Auch die Arbeiter und die Bauern. Selbst eine Änderung des Wahlgesetzes dürfte ohne großen Wiederspruch hingenommen werden, wenn nur die Zuversicht bleibt, daß es sich nicht um eine Rückkehr zum status quo ante handelt. Denn der ist unmöglich geworden und nicht wiederherzustellen. Die Regierung aber muß sich doch sagen, daß es nicht möglich ist, mit dieser Versammlung im Nacken ein lebensfähiges Rußland aufzubauen, und vor der Pflicht, den Staat zu erhalten, tritt doch schließlich jede andere Rücksicht zurück.

Allerdings bleibt die eine ungeheure Gefahr, die von der Seite der Terroristen ausgeht. Wir stehen bereits in einer neuen Ära der Attentate und daß sie nach Rückkehr der in London tagenden Revolutionäre sich noch steigern wird, ist mit Bestimmtheit anzunehmen. Die englischen Zeitungen haben ausführliche Nachrichten über die Entdeckung einer Verschwörung gebracht, die gegen den Zaren gerichtet war, und die ihre Mitglieder bis in den Kreis seiner Leibwächter hatte. Glücklicherweise fand sich noch rechtzeitig ein Angeber, der den Anschlag verriet. Schon die ersten Anfänge der Untersuchung haben ergeben, daß diese Verschwörung zahlreiche Mitglieder, darunter wahrscheinlich auch Abgeordnete der Duma, zählte. Vielleicht gelingt es jetzt der leitenden Zentralorganisation, der Terroristen habhaft zu werden, und das könnte zu einem Wendepunkt in der Geschichte der russischen Revolution führen. Den Zarenmord zu verteidigen, werden auch die wildesten Dumamitglieder nicht die Stirn finden. Man wird mit den Mördern aus Prinzip aufräumen können, und das ist wahrhaftig an der Zeit.

Wir halten es auch nicht für richtig, wenn die immer zahlreicher werdenden Raubanfälle nur auf Kosten von gewöhnlichen Räubern gesetzt werden. Summiert man, was in den letzten Wochen an barem Gelde geraubt worden ist, so kommt man auf ungeheure Summen, die gewiß bestimmt sind, revolutionären Zwecken zu dienen. Man

fragt sich zudem, woher jene 2—300 Revolutionäre die Mittel genommen haben, um ihre Fahrt nach London zu bestreiten? Es gibt Leute, welche behaupten, sie hätten das Geld von Personen erhalten, die der Regierung als unverdächtig gelten, die aber — wie es zur Zeit der ersten Nihilistenepidemie war — schadenfrohe Helfer jedes gegen das geltende Regime gerichteten Anschlages sind. Gewiß, auch das ist möglich, aber die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß es expropriiertes Geld war. Wieviel Opfer bei diesen Expropriationen fallen, ist ja schließlich zu einer Frage geworden, die nicht weiter berücksichtigt wird.

Immer größer wird die Sorge, mit welcher sich die Blicke auf die junge Generation richten. Man müßte sie — sagte jüngst ein eben aus Rußland gekommener Kenner dieser Verhältnisse — wie Moses mit den Juden tat, 40 Jahre lang durch die Wüste führen, damit sie aussterben, denn für das praktische Leben und überhaupt für das Leben im Staat sind sie verdorben! Jene Tatjana Leontjew, die jetzt als „geisteskrank" in ein Irrenhaus übergeführt worden ist (aus dem sie wahrscheinlich bald verschwinden wird, um in Rußland wieder zu neuen „Heldentaten" aufzutauchen), kann als eine typische Erscheinung betrachtet werden. Diese Art Geisteskrankheit ist epidemisch! Die Hoffnung der Zukunft kann nur auf den wenigen ruhen, die diese Jahre der Verwilderung durchlebt haben, ohne irre zu werden an der sittlichen Weltordnung.

23. Mai 1907. Die „Kamorra" vor der italienischen Kammer.
24. Mai. Die Duma willigt 17½ Mill. Rbl. für die Hungergouvernements.
Eröffnung des finnländischen Landtags.
25. Mai. Wahlunruhen in Galizien.
26. Mai. Zerstörung einer deutschen Missionsstation in China.
27. Mai. Ausbruch von Unruhen in der chinesischen Provinz Kwantung.
28. Mai. Der braunschweigische Landtag wählt den Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg zum Regenten.
29. Mai. Besuch der englischen Journalisten in Berlin.

---

29. Mai 1907.

Am 27. Mai hat die Hamburg-Amerika-Linie den 60. Jahrestag ihrer Begründung begehen können. Zum Gedächtnis des Tages ist eine Festschrift: Die Hamburg-Amerika-Linie im sechsten Jahrzehnt ihrer Entwickelung, 1847 — 1907 (von Kurt Himmer, Hamburg), erschienen, von der wir wünschten, daß sie jedem unserer Leser vorläge. Die Geschichte der Hamburg-Amerika-Linie ist ein Ruhmesblatt der Regierung Kaiser Wilhelms und ein Ehrenzeugnis für die deutsche Nation. Was kühner Unternehmungsgeist — speziell seit den Tagen, da Albert Ballin als Generaldirektor fungiert —, was Umsicht in Beurteilung des Möglichen und Gewissenhaftigkeit im großen und kleinen bei der Ausführung erreichen kann, das hat die Hamburg-Amerika-Linie bewiesen. Sie kann so recht als der Ausdruck dessen gelten, was wir Deutschen unter Weltpolitik verstehen: nicht Eroberung, sondern Erschließung der Welt in Frieden und mit den friedlichen Mitteln der Kultur. Die Geschichte des Wachstums der Hamburg-Amerika-Linie und ihrer Flotten, der Kämpfe, in denen sie sich emporgerungen, der Hindernisse, die sie überwunden, steht in so enger Verbindung mit der Geschichte unseres wirtschaftlichen Gedeihens im Innern und mit den Zusammenhängen der großen Politik, daß ihre Darstellung fast alle Probleme der internationalen Beziehungen der letzten zehn Jahre berührt. Es ist kaum eines, zu welchem die Hamburg-Amerika-Linie nicht genötigt gewesen wäre, schnell, energisch und klar Stellung zu nehmen. Der südafrikanische wie der chinesisch-japanische oder der russisch-japanische Krieg, die kubanisch-spanische Tragödie wie die Wirren

in Süd- und Mittelamerika, der Dingleytarif, wie die Pariser Weltausstellung, die russische Revolution und die damit verbundene Auswanderungsbewegung, die Ernteergebnisse der ganzen weiten Welt, Tabak, Kaffe, Reis, Baumwolle, oder was sonst die Fruchtbarkeit des Bodens oder der Fleiß von Menschenhänden produzierte, fiel in den Kreis der Interessen, mit denen sie rechnen und die sie genau übersehen mußte, wollte sie nicht jeden Irrtum und jeden Fehlgriff schwer büßen. Das soziale Problem mit seinen Ausläufern, die Tyrannei der Riesentrusts wie die Tyrannei der organisierten Sozialdemokratie sind Gegner, denen sie allzeit gerüstet entgegen zu stehen hat, ganz wie sie andererseits die charitative Seite der sozialen Arbeit in musterhafter Weise gepfleat hat. Sie hat neben den Beiträgen, die sie der staatlichen Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung entrichtet, ihre eigene Invaliden-, Witwen- und Waisenpensionskasse, deren Kapital fast vier Millionen Mark beträgt, und seit vorigem Jahr noch eine besondere Arbeiterhilfskasse, so daß sie zugunsten ihrer Angestellten mehr als eine Million Mark für wohltätige Zwecke ausgibt. Sie stellt uns für den Kriegsfall ihre Dampfer — so weit sie dazu geeignet sind — als Hilfskreuzer und Transportschiffe zu Dienst und kann dabei über ein Menschenmaterial verfügen, in dem die Kapitäne und Offiziere meist Reserveoffiziere der Kriegsmarine sind, während die Mannschaften doch zumeist bei der Kriegsmarine gedient haben.

Das alles und weit mehr erzählt uns die Festschrift auf den 145 Seiten ihres vornehmen, reich illustrierten Drucks. Man wird sich eines Gefühls berechtigten Stolzes nicht erwehren, wenn man diese Tatsachen überschaut. Für die Schatten zu dem glänzenden Bilde sorgt die Sozialdemokratie. Die Denkschrift geht in wenigen Worten auch darauf ein. „Leider — sagt sie — erstreckt sich das, was von dem Beamtenkörper in lobendem Sinne gesagt werden muß, nicht gleicherweise auf die Arbeiterschaft der Gesellschaft. Hier ist die Agitation der Führer unablässig bemüht, zu verhindern, daß sich auch diese wichtige Gruppe der Mitarbeiter als Helfer und Bundesgenossen am gemeinsamen Werke fühlt. Immer schwieriger haben sich in den abgelaufenen zehn Jahren die Verhältnisse bezüglich der Kaiarbeiter, Schauerleute und der seemännischen Arbeiterschaft gestaltet. Dabei wurden die Löhne, die Arbeitsbedingungen, die Wohlfahrtseinrichtungen aus freiem Antrieb der Reederei mit dem Wachstum des gesamten

Betriebes stetig und erheblich verbessert, und gesetzliche Bestimmungen, wie die neue Seemannsordnung, regelten das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in einer Weise, die ganz im Sinne moderner sozialpolitischer Anschauungen die Interessen der seemännischen Arbeiter bis an die Grenze des im praktischen Betriebe Erträglichen wahrnahm. Mehrfach wurde der regelmäßige Gang der Arbeit im Hafen durch Streiks unterbrochen. Es kam so weit, daß ausländische Arbeitskräfte zu vielen Tausenden herbeigeholt, auf Schiffen der Gesellschaft oder in Schuppen einlogiert und verpflegt werden mußten. Mit der Reederei leiden Handel und Verkehr unter solchen Verhältnissen. Für die Hamburg-Amerika-Linie stellte sich immer dringender die Notwendigkeit heraus, der Organisation der Arbeiter eine eigene festgeschlossene Organisation entgegenzusetzen. Die Gesellschaft, die bereits Mitglied des Vereins Hamburger Reeder war, gab im Jahre 1906 die Anregung zur Bildung eines Zentralvereins deutscher Reeder. Ihm traten die meisten Reedereien Deutschlands bei. Ein kurz vorher gegründeter Hafenbetriebsverein sorgt daneben für die Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen der Reeder und Stauereibetriebe in bezug auf die Arbeitsverhältnisse im Hafen." Wir hoffen, daß die Kraft dieser Organisation sich auch dem neuesten Hamburger Streik gegenüber bewähren wird. Denn diese ewigen frivolen Kraftproben der sozialdemokratischen Arbeiter bedeuten nicht nur einen ungeheuren Verlust für alle Beteiligten, sondern auch eine Gefahr, die wir freilich ähnlich, zum Teil sogar in größerem Umfange in anderen Staaten wiederfinden, die aber zeitweilig auf die nationale Kraft lähmend einwirken können. Nebenher aber wirkt die Zeit des Feierns verwildernd, und was wir namentlich betonen möchten, auch verbitternd. Sie macht ungerecht und erleichtert den gewissenlosen Führern, die Masse dem Ziel entgegenzuführen, das sie erstreben, sie entfremdet der Pflicht und den großen nationalen Zielen und stellt in dem Schlagwort: „möglichst wenig Arbeit bei möglichst hohem Lohn" ein materielles Ziel, dessen Verwirklichung notwendig eine Verlumpung der Nation zur Folge haben müßte. Der Weg aufwärts führt nur durch Steigerung der Arbeitsleistung, in Qualität und Quantität. Und das ist der Weg, den alles in Deutschland geht, was Soldat, Beamter, Gelehrter, Künstler, Kaufmann und Handwerker ist. Auch dem Arbeiter steht dieser Weg offen, und wenn die soziale Gesetzgebung des Staates ihm nebenher eine Fürsorge widmet,

die den anderen Ständen in gleicher Weise nicht zuteil wird und sich so in keinem anderen Staatswesen findet, der bei uns außerdem die Tätigkeit der großen Betriebe parallel läuft, die sich die gleichen charitativen Aufgaben gestellt haben, so ist damit, wie uns scheint, so viel geschehen, daß ein Mehr zur Gefahr werden kann. Es erweckt Begehrlichkeit, nicht Dank, es erzieht nicht zu individueller Kraftentwicklung, sondern entmündigt, und schädigt damit die Nation an ihrer Mannhaftigkeit und zugleich an ihrer Zukunft.

Die ungeheure Arbeitsleistung und die glänzenden Erfolge der Hamburg-Amerika-Linie wären undenkbar gewesen, wenn in dem Kreise ihrer Leiter und in dem Heere ihrer Beamten die gleichen Anschauungen geherrscht hätten. Man wird schwerlich auch nur einen unter ihnen finden, dessen Arbeitsleistung mit einem Zehnstundentag abgetan wäre. Und damit mag dieser Streifzug in das soziale Problem, das ja ein wesentlicher Faktor auch der großen Politik geworden ist, seinen Abschluß finden. Wohin die Übertreibungen dessen führen, was der Sozialismus Freiheit nennt, haben uns die letzten Wochen in Frankreich deutlich genug gezeigt, und uns scheint, das Beispiel ist lehrreich.

Wir haben zurzeit zwei Gruppen englischer Gäste auf deutschem Boden, die Studienkommission, welche die Einrichtungen unserer Städte kennen lernen will, und die auf einem Schiff der Hamburg-Amerika-Linie zu uns herübergekommenen englischen Journalisten. Es sei beiden auch an dieser Stelle ein Willkommen zugerufen. Je mehr Männer von Urteil und gutem Willen in unsere Verhältnisse Einblick erlangen, um so erwünschter ist es uns. Die Herren von der Studienkommission haben bessere Aussichten, eine gegründete Vorstellung von der deutschen Wirklichkeit zu bekommen, weil sie nicht so eilig sind und wohl auch weniger am Festtisch werden sitzen müssen. Ihre Eindrücke werden mehr sachlich begründet sein, während die Journalisten mehr auf das angewiesen sind, was sie im persönlichen Verkehr gewinnen, dazu aber ist ihnen nach dem Programm der Festlichkeiten beste Gelegenheit geboten. Die Vertreter der drei großen Zeitungen, die prinzipiell alles in Deutschland schlecht finden, sind weggeblieben, und das scheint uns nur konsequent zu sein. Die anderen werden sich der Wahrnehmung nicht verschließen können, daß, was künstlich zwischen England und Deutschland an Gegensätzen aufgebaut ist, im wesentlichen auf der

Vorstellung ruht, die jenes in London zurückgebliebene Konsortium den Engländern von uns gemacht hat, daß bei uns aber die steten Drohungen eben dieser einflußreichen Organe der öffentlichen Meinung Englands den Glauben erweckt haben, daß dort allerdings der Wunsch vorhanden ist, jede sich bietende Gelegenheit zu benutzen, um Deutschland — so weit das überhaupt möglich ist — klein zu machen. Wenn es sich irgend erreichen läßt mit Benutzung fremder Hilfe, wenn nicht anders durch ein entschlossenes Darauflosgehen der englischen Flotte. Wir unsererseits haben niemals geglaubt, daß die englische Regierung sich zum Werkzeug solcher Pläne gebrauchen lassen wird, aber wir können nicht übersehen, daß hüben und drüben infolge jener langjährigen Verhetzung ein tiefes Mißtrauen Platz gegriffen hat. Es wird uns außerordentlich freuen, wenn der Besuch der englischen Journalisten dazu beitragen sollte, es zu zerstreuen. Die deutsche Nation ist politisch so erzogen worden, daß sie vornehmlich auf die eigenen Kräfte und auf ihr gutes Gewissen vor Gott und Menschen baut. Es gibt gar nichts, was wir von England wollen, und so sehr wir davon überzeugt sind, daß eine deutsch-englische Kombination den stärksten Macht- und Friedensfaktor darstellen würde, der heute denkbar ist, so sicher wissen wir doch auch, daß diese Kombination infolge bereits gebundener Wege Englands für die nächst absehbare Zeit keinerlei Aussichten hat, Wirklichkeit zu werden. Der Zukunft aber sehen wir ruhig entgegen; die Weltentwicklung arbeitet nicht gegen uns, und den Aufgaben, die sie stellt, werden wir suchen gerecht zu werden.

Von großem Interesse sind die Nachrichten, die in den letzten acht Tagen aus Rußland eingetroffen sind. Einmal war die Duma, die sich so lange gesträubt hatte, den politischen Mord zu verurteilen, nachdem das glücklich vereitelte Attentat auf den Zaren und die Kaiserliche Familie nicht mehr als Tatsache bestritten werden konnte, genötigt, der Entrüstung Ausdruck zu geben, die durch die ganze Welt ging. Ein Deputierter der gemäßigten Rechten, Graf Bobrinski, richtete am 20. d. in der Duma an den Ministerpräsidenten die Anfrage, was von den Gerüchten von einem gegen die Person des Zaren gerichteten Komplott wahr sei. Die Sozialdemokraten, Sozialrevolutionäre und Arbeiter (Trudowiki), die vorher von der Interpellation erfahren hatten, waren infolgedessen fern geblieben. Man wolle, behaupteten sie, eine Szene provozieren, welche die Auflösung der Duma zur Folge haben

könnte! Gewiß ein erstaunlicher Vorwand, wenn man sich erinnert, daß diese Leute, — übrigens in der großen Mehrzahl Bauern! — bisher systematisch auf eine Auflösung hingearbeitet hatten! Kurz, sie blieben dem Anfang der Sitzung fern, und erst nachdem Stolypin die Interpellation Bobrinskis beantwortet und die heute bekannten Tatsachen mitgeteilt hatte, kehrten sie in den Sitzungssaal zurück, nicht alle auf einmal, sondern einzeln, was einen ganz besonders demonstrativen Eindruck machte; unter ihnen aber waren mehrere Popen: Grinewitsch, Brilliantow, Tichwinski usw., die der heilige Synod jetzt aufgefordert hat, entweder ihre geistliche Würde oder ihr Mandat niederzulegen.

Nach der Erklärung Stolypins war dann ein Beileids- und Huldigungstelegramm an den Zaren beschlossen worden, gleich danach aber ging das wilde und aufgeregte Reden und Zanken über wirkliche oder vermeintliche Machtüberschreitungen der Beamten an, welchen die Gefängnisaufsicht unterstellt ist. Es ist dabei aber zu betonen, daß, wie sich aus den Nachrichten der russischen Zeitungen aller Farben ergibt, die Revolten in den Gefängnissen zur Regel geworden sind, und daß namentlich die sogen. „Politischen" keine Gelegenheit vorüberziehen lassen, um den Gefängniswärtern ihre Verachtung zu zeigen. Daß diese Leute und ihre Vorgesetzten da schließlich Gewalt brauchen, kann eben nicht wundernehmen. Es ist eine Art Krieg, der von beiden Seiten geführt wird, wobei die Präsumtion dafür spricht, daß es nicht die Beamten sind, die ihn anfangen. Der gemeine Mann in Rußland — und die Gefängniswärter sind zum großen Teil alte Soldaten — ist gutmütig und sieht in dem Gefangenen einen Unglücklichen, dem er lieber hilft, als daß er ihm ein Leid antut. Aber es ist jetzt in Rußland in allen Kreisen, die liberale, oder, wie man sagt, „bewußte" Politiker sind, Mode, jeden Regierungsbeamten, der seine Pflicht den „Politischen" gegenüber tut, als ein Scheusal darzustellen und dem Verbrecher alles als berechtigte Notwehr auszulegen, Notwehr gegen das „herrschende System" und Notwehr gegen die Werkzeuge des „Systems". Als solche Akte der Notwehr werden wohl auch die Konspirationen bezeichnet werden, deren Zentrum im Quartier des Abgeordneten für Riga, des Letten Ohsol, aufgedeckt worden ist. Herr Ohsol selbst scheint nebst einigen anderen sozialdemokratischen Deputierten stark kompromittiert zu sein, und es sollte uns freuen, wenn bei dieser Gelegenheit

die alte Hanseſtadt Riga die Schmach los werden ſollte, durch einen Mann dieſes Schlages vertreten zu ſein. Jedenfalls läßt ſich erwarten, daß das Komplott noch bedeutſame Folgen haben wird.

Ein weiteres wichtiges Ereignis war die Programmrede Stolypins in der Agrarfrage am 23. Mai. Bevor der Miniſterpräſident ſprach, hatte die Agrarkommiſſion der Duma den Beſchluß gefaßt, unter allen Umſtänden nicht von dem Prinzip der Expropriierung des Grund und Bodens zum Beſten der Bauern abzugehen. Die Rede des Miniſterpräſidenten war klar durchdacht, überzeugend und ruhig vorgetragen, und konnte auch — was in dieſer Geſellſchaft doch viel ſagen will — ruhig zu Ende geführt werden.

Er begann mit dem Hinweis darauf, daß die Kommiſſion der Duma es nicht für nötig gefunden habe, Vertreter der Regierung in ihre Sitzungen zu bitten, um von dieſen die Daten und Materialien zu erhalten, die der Regierung zur Verfügung ſtänden. Dann kritiſierte er erſt das Programm der äußerſten Linken, danach das der Kadetten. Die Anerkennung der Nationaliſierung des Grund und Bodens, wie die Sozialdemokraten ſie erſtreben, gleichviel, ob mit oder ohne Entſchädigung der Eigentümer, würde zu einem ſozialen Umſturz, zu einer Umwertung aller Werte und zu einer ſolchen Wandlung aller ſozialen, rechtlichen und bürgerlichen Beziehungen führen, wie die Welt Ähnliches nicht geſehen habe. Das wurde dann im einzelnen ausgeführt und durch Zahlennachweiſe belegt, wobei u. a. die intereſſante Tatſache zur Geltung kam, daß in den 50 europäiſchen Gouvernements Rußlands allein genommen die Bevölkerung jährlich um 1 625 000 Köpfe oder um 341 000 Familien wachſe, ſo daß, wenn man dieſen Zuwachs mit 10 Deßjätinen für den Bauernhof befriedigen wollte, 3½ Millionen Deßjätinen jährlich erforderlich wären. Auf dem Wege der Expropriation und der Verteilung des Privatgrundbeſitzes ſei die Agrarfrage nicht zu löſen. Die Monopoliſierung des Grund und Bodens müßte aber die weitere Folge haben, das Syſtem des alten Gemeinbeſitzes mit ſeiner überall gleichen Wirtſchaftsführung, ſeinen jährlichen Umteilungen, mit ſeiner Ertötung aller Privatinitiative auf ganz Rußland auszudehnen. Eine Gleichheit in der Unkultur würde erreicht werden, die wirklich kultivierten Grundſtücke verſchwinden und das ſchließliche Ergebnis ſei ein Zuſammenſtrömen bettelhaften Proletariats aus den zugrunde gerichteten Äckern in die großen Städte.

Es folgte die Zerpflückung des Agrarprogramms der Kadetten, als dessen Konsequenz er die schließliche Aufhebung alles Eigentums und eben jene Nationalisierung nachwies, die er beim Projekt der Sozialdemokraten bekämpft hatte. Nur seien die Kadetten weniger aufrichtig und weniger klar. Mit der Drohung von Agrarunruhen lasse er sich nicht schrecken. Es sei sehr wohl möglich, daß sie noch bevorständen. Aber er werde keine Gewalttaten dulden. Wie er die Nationalisierung für verderblich halte, so erscheine ihm auch die Halbexpropriierung und Halbnationalisierung, wie die Kadetten sie verlangten, unannehmbar. Sie führe zum gleichen Ziel — dem Ruin.

Das Ziel der Regierung sei, den bäuerlichen Grundbesitz zu heben und den Bauer wohlhabend zu machen. Der fleißige Bauer müsse daher von den Fesseln befreit werden, die es ihm unmöglich machen, dahin zu gelangen. Vor allem also solle der Besitz festgelegt und erblich gemacht werden, und einem solchen bäuerlichen Grundbesitzer werde die Regierung mit Rat, Kredit und Geld helfen. Wie das geschehen solle, wurde dann weiter ausgeführt: Ein Landfonds, Meliorationskredite, eine durchdachte Übersiedelungspolitik, in gewissen Ausnahmefällen auch Expropriierung, wie sie auch in anderen Staaten geschieht, aber nicht als Regel, und nur auf Grund klarer gesetzlicher Bestimmungen, sonst schaffe man nur noch die neue Klasse der ruinierten Gutsbesitzer usw. Er hätte der Kommission ein vollständig ausgearbeitetes Programm vorgelegt, wenn sie die Regierung hätte hören wollen. In Summa: die agrare Frage lasse sich nicht mit einem Zauberschlage, sondern nur allmählich lösen. Im Abendlande habe man Jahrzehnte gebraucht, sie zu regeln, das sei ein bescheidener Weg, aber er führe zum Ziel. „Die Gegner des Staates möchten die Wege des Radikalismus gehen und Rußlands historische Vergangenheit austilgen, das Land von seinen Kulturüberlieferungen lösen. Sie wünschen große Erschütterungen, wir brauchen ein großes Rußland."

Das offizielle Organ der Kadetten, die „Rjetsch", bemerkt dazu: „In der Agrarfrage stehen die Duma und der Ministerpräsident auf verschiedenem Boden und reden in verschiedenen Zungen. Das Land aber braucht keine Reden, sondern Taten!" Das klingt sehr sicher! Aber uns scheint, die Duma hat bisher nur geredet, und gehandelt bisher nur die Regierung. Trotzdem aber wird den konstitutionellen Demokraten nichts übrig bleiben, als entweder ihr Prinzip der Zwangsent-

eignung aufzugeben oder sich darin zu finden, daß die Regierung an eine neue besser gesinnte Duma appelliert. Und davor gerade fürchten sich die Kadetten. Das Land ist, wie wir schon jüngst ausführten, der pomphaften und inhaltlich leeren Deklamationen müde. Erfolgt eine Neuwahl, speziell unter dem Eindruck, den die noch ausstehenden Enthüllungen über die Teilnehmer am Komplott gegen den Zaren bringen müssen, so hat die Regierung alle Aussichten, eine Volksvertretung zu gewinnen, die ihr mehr Verständnis entgegenbringt.. Die Kadetten, die jüngst durch Zuzug aus der weiter rechts stehenden Partei, den sogenannten Parteilosen und den Trudowiki auf 131 verstärkt sind, werden sich entweder umdenken oder ganz ins revolutionäre Lager übergehen müssen. Ein Anzeichen, daß sie zu letzterem den Entschluß nicht finden werden, glauben wir darin zu sehen, daß Regierungsvertreter jetzt in die Agrarkommission geladen worden sind. Sie sind also bereit, zu hören.

Von den Londoner Revolutionären verlautet wenig, außer daß sie bemüht sind, ihre Namen zu verbergen und daß sie ängstlich allen photographischen Apparaten aus dem Wege gehen. Trotzdem glaubt man zu wissen, daß sechs Abgeordnete unter ihnen sind. Die russische Regierung wird wohl genauer orientiert sein, da es feststeht, daß englische Agenten Zutritt zu den Sitzungen gefunden haben.

Für die unter der Hungersnot leidenden Gebiete hat die Duma auf Antrag der Regierung 17½ Millionen Rubel bewilligt, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Sozialrevolutionäre und Trudowiki! Für diese Art Volksfreunde gewiß ein charakteristisches Zeugnis.

In England hat die Ablehnung der Bill Birrel, die den Iren eine Abschlagszahlung auf ihr Verlangen nach Home Rule bot, durch den irischen Nationalkongreß großes Mißbehagen erregt. Es bedeutet eine Schlappe der Regierung und den Verlust der irischen Stimmen im Parlament, da Mr. Redmond, der ursprünglich lebhaft für die Regierungsvorlage eintrat, sich dem Nationalkongreß unterworfen hat. Einen großen Einfluß scheinen bei der Entscheidung die Vertreter der amerikanischen Irländer gespielt zu haben. So weist die Entwicklung doch darauf hin, daß einmal der Tag kommen wird, da das Gladstonesche Home Rule wieder lebendig wird.

In den marokkanischen Angelegenheiten läßt sich eine Wendung zum Besseren feststellen. Einmal hat der Sultan die französischen Ent-

schädigungsforderungen anerkannt, dann aber die Niederwerfung des Aufstandes in Marrakesch selbst in die Hand genommen. Bisher haben seine Truppen, wenn der Telegraph recht berichtet, mit Glück gefochten. Der Sultan hat Fez verlassen und soll unterwegs nach Marrakesch sein, wo, wie man hofft, bis zu seiner Ankunft die Ordnung wiederhergestellt sein wird. Es ist aber immer daran festzuhalten, daß die den Franzosen gegebenen Verheißungen noch nicht ausgeführt sind und daß, wie es scheint, Anlaß zu neuen Beschwerden vorliegt.

Aus Indien liegen eingehende Berichte noch immer nicht vor. Die telegraphischen Meldungen lassen auf ein Abnehmen der Erregung nicht schließen, aber auch nicht auf eine geographische Ausdehnung der Unruhen. Dagegen ist in dem französischen Pondichery eine Meuterei der Cipayes ausgebrochen. Sie wird ohne Zweifel schnell unterdrückt werden.

Die Publikation des japanisch-französischen Vertrages steht unmittelbar bevor. Wir glauben zu bemerken, daß er in Rußland, trotz offiziöser Versicherungen, nicht sehr günstig aufgenommen worden ist, da die alten Wunden ja noch bluten.

Eine sehr sympathisch gehaltene Charakteristik von Mr. Taft, den bekanntlich Präsident Roosevelt als Präsidentschaftskandidaten vorschickt, bringt die in Hamburg erscheinende Wochenschrift „Amerika" (vom 26. Mai) aus der Feder von James Creelman. Der Eindruck, den man gewinnt, ist, daß Taft eine Persönlichkeit von außerordentlichen Gaben und unantastbarer Lauterkeit sein muß. Er ist von Fach Jurist, hat in kritischer Zeit als Gouverneur auf den Philippinen fungiert und dort eine geradezu enthusiastische Verehrung bei Filippinos und Yankees gefunden. 1902 wurde er Bundesoberrichter, und zuletzt haben wir ihn ebenfalls in schwieriger Zeit in Kuba als Friedensstifter wirken sehen. Jedenfalls ist er mehr als eine Alltagserscheinung.

---

30. Mai 1907. Protest des Gemeinderats von Lissabon gegen die Auflösung der Kammer. Generalausstand der eingeschriebenen Seeleute in Marseille.
31. Mai. Die englischen Journalisten als Gäste des Kaisers in Potsdam.
1. Juni. Weitere Ausdehnung des Aufstandes in Kwantung.
2. Juni. Kundgebungen der Weinbauern in Nimes.
3. Juni. 72. Geburtstag des Papstes.
5. Juni. Einzug Herzog Johann Albrechts in Braunschweig.

---

5. Juni 1907.

Die gegenwärtige Lage des Ministeriums Clemenceau wird vom Pariser Korrespondenten der „Tribune" folgendermaßen geschildert:

„Die Stellung des Ministeriums wird von Tag zu Tag weniger beneidenswert. Zu der Agitation der Winzer im Süden und dem allgemeinen Schifferstreik, der heute (31. Mai) verkündigt worden ist, sind Intrigen der chambre getreten, welche die Autorität des Ministeriums unterwühlen. Die vereinigten Sozialisten haben sich von der Regierungsmajorität getrennt, und die Feindseligkeit zahlreicher Mitglieder anderer Gruppen des republikanischen Blocks gegenüber der Budgetvorlage des Finanzministers, ist vor wenigen Tagen bei der Wahl der Mitglieder der Budgetkommission offen zutage getreten. Dieselbe Feindseligkeit zeigte sich bei der Wahl des Finanzkomitees im Senat, und die gestrigen Zwischenfälle bei der Wahl des Berichterstatters des Komitees zeigen, daß die Opposition des Senats gegen den Ankauf der Westeisenbahn durch den Staat keineswegs nachgelassen hat. Diese Tatsache ist aber um so bedeutsamer, als, wie noch in frischer Erinnerung steht, während der Verhandlungen über die jüngste Interpellation, welche die allgemeine Politik des Kabinetts betraf, Clemenceau den Mitgliedern der Sozialistenpartei, die für den Ankauf der Eisenbahn sind, mit aller Deutlichkeit erklärte, daß er aus der Annahme der Regierungsvorlage durch den Senat ein Vertrauensvotum für das Ministerium machen werde. Das bedeutet aber, obgleich es nicht üblich ist, daß ein Ministerium nach einem ablehnenden Votum des Senats zurücktritt, daß es in diesem Fall nach Ablehnung der Vorlage über den

Ankauf der Westbahnen durch den Senat demissionieren werde. Herr Poincaré, der dem Eisenbahnprojekt der Regierung ganz feindselig ist, wurde zum Referenten des Finanzkomitees im Senat gewählt, obgleich er sich mehrfach geweigert hatte, für diese Stellung zu kandidieren. Als er nun erklärte, daß er nur, wenn das Finanzkomitee ihn einstimmig wähle, sich dazu bereit finden werde, erfolgte heute seine einstimmige Wahl, so daß Herr Poincaré nunmehr die Aufgabe hat, die von der chambre angenommene Regierungsvorlage zu bekämpfen."

Ohne Herrn Clemenceau zu nennen, aber in nicht mißverständlicher Zuspitzung auf das jetzige Regiment, schreibt der „Temps" vom 3. Juni:

„Wir leben in einer sonderbaren Epoche. Alle Gewalten sind in Verwirrung geraten. Die Regierung weicht vor den Deputierten zurück, und diese machen den Leidenschaften der Masse ihre Verbeugung. Es scheint, daß niemand mehr den Mut hat, seine Pflicht zu tun, und daß der Geist der Anarchie den ganzen Staatskörper verseucht und alle Verwaltungen beherrscht. Da ist z. B. die Bewegung der Winzer, die alle Tage zunimmt. Man hat sie nicht nur nicht vorhergesehen, sondern nicht einmal versucht, sie zum Stehen zu bringen; im Gegenteil, man ermutigt sie durch eine Reihe kläglicher Kapitulationen .... Da richten die Soldaten der Garnison von Agde ein Kollektivschreiben an ihre militärischen Vorgesetzten, um die Erlaubnis zu erhalten, an den Kundgebungen in Nimes teilzunehmen. Diese Erlaubnis ist ihnen gewährt worden. Die Unterzeichner, zum größten Teil Winzer, erhalten einen Urlaub von 24 Stunden, um den Tag in Nimes verbringen zu können ...." usw.

Der Verfasser dieses Artikel bemüht sich nun, nachzuweisen, daß das nicht in der Ordnung sei. Wir dürfen uns wohl die Mühe ersparen, seine Gründe aufzuführen, sie sind dem ABC der Militärordnung entnommen. Aber wir verstehen wohl die Entrüstung der Schlußworte: „In der Tat, es gibt nur einen Ausdruck, um die Schwäche der militärischen Obrigkeit und der verantwortlichen Regierung zu bezeichnen: es ist eine Störung der geistigen Funktionen (aberration!)" Nicht minder scharf hat auf der Generalversammlung der „Alliance républicaine démocratique" der Deputierte Leygues gegen das System des Augenblicks protestiert. Er verlangte eine Rückkehr zur alten republikanischen Politik, die wieder Körper gewinnen müsse, um mit

Vertrauen in die eigene Kraft ihre aggressive Energie gegen die soziale Krankheit zu richten, wie sie auch heißen möge, Unordnung, Unwissenheit, Ungerechtigkeit oder Elend. Nun läßt sich in der Tat nicht übersehen, daß Frankreich eine schwere innere Krisis durchmacht, die dem Ministerium über den Kopf zu wachsen droht. Die Winzer, deren Notstand Wirklichkeit ist, die aber einen großen Teil der Schuld selbst zu verantworten haben, weil sie durch künstliche Überproduktion (mouillage, plâtrage, sucrage) das Fallen der Weinpreise förderten (im Augenblick kostet der Hektoliter Landwein 3—4 Frcs., während die Produktionskosten 7—10 Frcs. ausmachen), verlangen von der Regierung Abhilfe ihrer Not. Wie das geschehen soll, wissen sie nicht, und es läßt sich wohl hinzufügen: auch die Regierung kann es nicht wissen, da eine derartige wirtschaftliche Krisis sich nicht über Nacht beseitigen läßt. Herr Marcellin Albert, der Führer der Winzer, aber hat der Regierung das Ultimatum gestellt, daß, wenn bis zum 11. Juni sie der Not seiner Landsleute nicht abgeholfen habe, schreckliche Ereignisse die Folge sein würden. Er meint damit die Einstellung aller Zahlung von Abgaben und anderen staatlichen Leistungen, und diese Absicht wird offenbar ernst genommen. Schon am 14. April fand eine Demonstration der Winzer unter Führung Alberts in Coursan statt, es folgten andere in Perpignan, Capistan, Narbonne, Beziers; eben jetzt tagen über 200 000 Winzer in Nimes. Die Bewegung umfaßt den Südwesten, das Departement Var, und dehnt sich immer weiter aus; das ganze weinbauende Südfrankreich ist vom Taumel erfaßt. Wie einer der Redner, der die Winzer im Namen der Stadt Nimes begrüßte, es ausdrückte: „Von den Alpen zu den Pyrenäen, von den Sevennen bis zum blauen Meer schlagen alle Herzen einmütig." Der Präsident der Zentralgesellschaft für Landwirtschaft, Marager de Rouville, fand in seiner Ansprache an den Riesenmeeting auch kein Wort, das zur Besinnung mahnte: „Wenn man bedenkt," sagte er, „daß eine der wesentlichsten Ursachen der gegenwärtigen, unerhörten Krisis die Fälschung und Nachahmung unserer Produkte ist, darf man sich da wundern, daß, nachdem wir drei Jahre gewartet haben, wir uns nunmehr in Masse erheben und von unseren Gesetzgebern und von denen, die uns regieren, gebieterisch (impérieusement) fordern, daß uns Gerechtigkeit geschehe. Es ist ihre Sache, wirksame Mittel anzuwenden!" Marcellin Albert, der nach ihm sprach, schloß mit den Worten: „Wenn unsere schmerzlichen Klagen nicht gehört werden, so wird die

männliche Stimme der Verzweifelten andere Töne finden, um sich Gehör zu schaffen. Wir haben nicht eben viel zu verlieren, höchstens ein wenig Hoffnung, und die wollen wir trotz allem im Grund unseres Herzens bewahren bis aufs höchste." Doch das sind nur Begrüßungsansprachen. Vielleicht bringen die noch ausstehenden Reden dieses Meetings auch einige praktische Vorschläge und ernüchternde Worte. Wahrscheinlich ist es jedoch nicht. Das heiße Blut des Südens will seinen Leidenschaften freien Lauf geben, und wir fürchten, daß es nicht ohne schwere Konflikte ablaufen wird.

Noch bedenklicher kann der Ausstand der sogenannten „inscrits maritimes" werden. Die Bezeichnung bedarf einer Erläuterung. Schon seit den Tagen Colberts wurde von allen Matrosen und Offizieren der Kauffahrteischiffe ein Prozentsatz ihres Lohnes erhoben. Die Regierung verwaltete die sich so ansammelnden Kapitalien und zahlte den Witwen und Kindern verunglückter oder arbeitsunfähiger Seeleute sowie jedem Seemann, der das 50. Lebensjahr erreicht hatte und „inscrit" war, d. h. seinen Beitrag entrichtet hatte, eine lebenslängliche Pension. Sie war ursprünglich niedrig, im Jahre 1791 nur 96 Frcs., ist aber allmählich erhöht worden und beträgt heute im Minimum 204 Frcs. Die Seeleute behaupten nun, daß im Laufe der Zeit die aufeinander folgenden Regierungen 3—400 Mill. Frcs. aus der Seemannskasse zu anderen Zwecken verwendet hätten. Man habe sie also bestohlen, und sie forderten nunmehr die Erhöhung der Pension im Minimum auf 600 Frcs., wogegen sie bereit seien, sich einen Lohnabzug von 5 Prozent statt der bisher erhobenen 3 Prozent gefallen zu lassen. Ein dahin zielender Gesetzesantrag wurde durch den Wortführer der Seeleute, Siegfried, der Kammer vorgelegt, und von dieser und der Regierung nicht unberücksichtigt gelassen. Man war bereit, das Minimum auf 360 Frcs. festzusetzen, und das bedeutete an sich schon eine sehr beträchtliche Belastung des Budgets, da die Pensionen der Schiffsoffiziere im gleichen Verhältnis erhöht werden müssen. Die inscrits maritimes haben sich darauf entschlossen, ihre Forderung durch einen Ausstand durchzusetzen, und seit dem 1. Juni feiert nunmehr der gesamte französische Seehandel. Es gibt keinen Hafen in der Republik, dessen Seeleute und Fischer den Ausstand nicht mitmachen. Die Schiffsoffiziere sind dabei mit den Mannschaften solidarisch. Die ganze Bewegung richtet sich gegen den Staat. Wie gefährlich dieser Ausstand ist,

fällt in die Augen; auch abgesehen davon, daß 100 000 feiernde Menschen immer Anlaß zu Unordnungen und Ungesetzlichkeiten geben, leidet der französische Handel und namentlich die Verbindung mit Algier und Tunis, die zum Teil von Frankreich ernährt werden müssen. Die gesamte Küstenschiffahrt (cabotage), die gesetzlich nur unter französischer Flagge stattfinden darf, ist plötzlich unterbunden, die in Marseille eingetroffenen Auswanderer können nicht fortgeschafft werden, und so fort. Wer kann alle die Störungen herzählen, die sich mit Notwendigkeit aus dieser plötzlichen Stockung des Verkehrs ergeben? Im Augenblick läßt die französische Regierung den Postdienst durch ihre Torpedoboote besorgen, aber sie kann unmöglich allen Bedürfnissen genügen. Das „Journal des Débats" hält auch eine Bewilligung der Forderungen der Seeleute für ganz undurchführbar. „Mag die Regierung und die Volksvertretung erwägen, was aus unseren Finanzen werden soll, wenn der Staat genötigt wird, seinen Pensionstarif zu verteidigen, und zwar nicht nur gegen einige hunderttausend Seeleute, sondern gegen Millionen Pensionsberechtigter oder Aspiranten auf Nationalversorgung."

Uns scheint das Übel noch tiefer zu liegen. Die Legalisierung und Glorifizierung der Ausstände in der französischen Kammer und durch die französische Regierung, die Duldung der zerstörenden Tätigkeit der confédération générale du travail hat dahin geführt, daß der Ausstand als das unfehlbare Mittel erscheint, jede Forderung zu erzwingen und die Staatsraison, die doch stets das Staatsganze umfassen soll, dem Willen jeder Genossenschaft zu beugen, die ihre besonderen Interessen auf Kosten der Allgemeinheit durchzusetzen entschlossen ist. Daß dabei schließlich der Staat selbst zugrunde gehen muß, wenn er sich nicht darauf besinnt, daß er die Rechte der ganzen Nation, die Landesgesetze, das Eigentum und die Kultur zu schützen verpflichtet ist, ergibt sich als notwendige Konsequenz.

Alle diese sozialen Krankheitserscheinungen aber wirken aufregend und ansteckend. Schon jetzt wird von einer Reihe von Demonstrationen berichtet, die an anderen Stellen stattgefunden haben. In Brest hat die Bourse du travail ein Meeting veranlaßt, um gegen die Verhaftung von Mitgliedern der vielgenannten Generalkonfederation zu protestieren. „Es wurden heftige Reden gehalten, und eine Tagesordnung ist angenommen worden, die das Verhalten „der alten Revolutionäre"

Clemenceau, Briand usw. brandmarkt und erklärt, sie (die versammelten Arbeiter) würden die revolutionäre Propaganda in immer größerem Maße fortsetzen und ihr möglichstes tun, um die Arretierung und Verurteilung von Genossen zu verhindern, die den Nörgeleien der Regierung zum Opfer fallen!" So referiert der „Temps". Wenn die Regierung sich nicht entschließt, endgültig mit der sozialistischen Minorität der Kammer zu brechen, von der sie sich, ohne daß die Notwendigkeit vorlag, in Abhängigkeit gesetzt hat, und nicht energisch ihre Autorität zur Behauptung der Voraussetzungen alles staatlichen Lebens einsetzt, dann bricht sie über kurz oder lang zusammen. Daran kann kein Zweifel sein: mit der Freiheit, die der Sozialismus für die rechte und wahre hält, läßt sich der Zusammenhang der menschlichen Gesellschaft nicht behaupten.

Wir schließen diese französischen Betrachtungen mit zwei literarischen Hinweisen. Von Henri Lichtenberger, maître de conférences an der Sorbonne, ist ein sehr beachtenswertes Buch: „L'Allemagne moderne, son évolution" (Paris 1907. 80. 399) erschienen, das allen empfohlen sei, die eine Vorstellung davon gewinnen wollen, wie das heutige Deutschland den gebildeten Franzosen erscheint. Es ist eine gründliche und geistvolle Studie, die alle Seiten unseres sozialen, politischen, wirtschaftlichen und geistigen Lebens unparteiisch zu erfassen bemüht ist. Man gewinnt den Eindruck, daß hier ein Freund zu uns redet, und wir können nur wünschen, daß Herr Lichtenberger in Frankreich möglichst viele Leser findet. Das Gegenteil gilt von einem Artikel, den Herr Chéradame berüchtigten Andenkens in seinem Journal „l'Energie nationale" veröffentlicht, und der uns aus einer ihn nachdrücklich mißbilligenden Besprechung der „Europe coloniale etc." bekannt geworden ist. Herr Chéradame schreibt:

„Vor einigen Wochen veröffentlichte eine Zeitung in Tokio eine Karikatur: „Die Tigerjagd". Auf einem Elefanten, der die charakteristischen Züge Eduards VII. trägt, sitzen vier Soldaten: ein Russe, ein Franzose, ein Engländer und ein Japaner. Man sieht sie auf einen Tiger zielen, der das Gesicht Kaiser Wilhelms II. zeigt. Ist dieses Bild ein Vorzeichen kommender Dinge? Und muß man nicht im Hinblick auf die diplomatische Annäherung von England, Japan, Frankreich und Rußland die Frage aufwerfen, ob das Anwachsen der japanischen Armee

nicht den Zweck hat, für den Fall, daß Deutschland in Europa den Krieg erklären sollte, den Japanern die Teilnahme am Kriege in der alten Welt zu gestatten? Diese Hypothese hat nichts Unwahrscheinliches. Die japanische Handelsflotte ist einige hundert Schiffe stark, von denen jedes 1000 Mann nebst zugehöriger Rüstung transportieren könnte. So könnten in 40 Tagen die Soldaten des Mikado aus Japan kommend in Marseille ausgeschifft werden. In 40 Tagen als erste Sendung 100 000 Mann, die dank der Begünstigung, die England ihnen zuteil werden ließe, dann dem Schlachtfeld nahe wären .... Es wäre ganz unvernünftig, diese Kombination als phantastisch zu verwerfen, denn wir haben guten Grund zur Annahme, daß, was wir als Hypothese angekündigt haben, sehr bald (en fort peu de temps) eine Wirklichkeit werden kann, die man zwar nicht offiziell zugestehen wird, die aber existiert usw."

Herr Robert Séaldy gibt sich die Mühe, in der „Europe coloniale" diese Träume mit viel Entrüstung zurechtzuweisen, er vermutet hinter den Chéradameschen Phantasien einen finsteren englischen Plan, dem auch Frankreich zum Opfer fallen würde. Wir meinen, er tut Herrn Chéradame zu viel Ehre an. Dem Manne ist der *französisch-japanische Garantievertrag*, dessen Text wir ja bald kennen lernen werden, zu Kopf gestiegen. Er gehört in eine maison de santé und verdient nicht, daß man auch nur ein Wort über ihn verliert. Es ist nur schade, daß der Artikel nicht zur Zeit des englischen Journalistenbesuches hier bekannt war; die Herren hätten den Monsieur Chéradame und seine Zukunftsphantasien von ihren Rockschößen recht kräftig abgeschüttelt.

Im übrigen sind wir mit dem Verlauf der *englischen Tage* durchaus zufrieden, und, nach dem Widerhall in den englischen Zeitungen zu urteilen, unsere Gäste ebenfalls. Die große Liebenswürdigkeit, die Kaiser Wilhelm den Herren zuteil werden ließ, die Gastfreundschaft, die ihnen allseitig geboten wurde, und die rückhaltlose Offenheit der politischen Ansprache des Unterstaatssekretärs Dr. v. Mühlberg sind sehr wohl aufgenommen worden. Fast ebenso viel Wert legen wir darauf, daß die Herren ein Stück Deutschland kennen gelernt haben. Im allgemeinen ist Deutschland den Engländern eine terra incognita. Der Strom ihrer Vergnügungsreisenden geht nach Südosten und in den Orient oder übers Meer nach Amerika und in die Kolonien. Es ist

ein verhältnismäßig sehr kleiner Prozentsatz, der auch das deutsche Herz Europas kennen lernt. Was sie jetzt gesehen haben, wird wahrscheinlich für sie unerwartet und neu gewesen sein. Deutschland ist friedfertiger, arbeits- und waffenkräftiger, als man drüben glaubt. Es ist auch fester zusammengekittet. Und das alles zu wissen, kann nur nützlich sein. Aber wir glauben nicht, daß nun mit einem Schlage in den deutsch-englischen Beziehungen eine Wandlung eintreten kann. Die englische Politik ruht in anderen Händen. Von den Zeitungen waren diejenigen, welche noch immer die größte Verbreitung haben und die uns mit entschlossener Feindseligkeit gegenüberstehen: „Times", „Morning Post", „Daily Mail" nicht vertreten; sie werden ihr altes Treiben fortsetzen. Sind Handel, Bürgerstand und gelehrte Kreise uns freundlich gesinnt, so gilt das nicht von gewissen Gruppen der Marine, der Berufspolitiker und des Hofes. Wir werden nach wie vor ihnen gegenüber unsere defensive Stellung behaupten müssen; auch glauben wir nicht, daß in dieser Hinsicht bei uns Illusionen bestehen. Aber wir sind nicht nervös und sehen den Möglichkeiten der Zukunft mit der Zuversicht entgegen, die das Bewußtsein gibt, nichts vernachlässigt zu haben, was uns eine ruhige Weiterentwicklung sichern kann.

In Italien hat der Angriff der sozialistischen Abgeordneten Morgari gegen den Deputierten von Capua, Romano, ungeheures Aufsehen erregt. Es handelt sich um den Versuch, die Organisation der Camorra, jenes berüchtigten Geheimbundes, der speziell in Neapel seinen Sitz hat und, kurz gesagt, eine organisierte Verbrecherbande darstellt, in einem ihrer Häupter zu treffen. Morgari behauptete im Angesicht der Kammer, daß Romano das Oberhaupt der Camorra sei, und der wußte nichts Tatsächliches zu seiner Verteidigung vorzubringen. Er ist nach Capua — geflüchtet. Man darf wohl hoffen, daß die Regierung jetzt mit Ernst einschreiten wird, um einem Unwesen ein Ende zu bereiten, das notorisch seit bald einem Jahrhundert eine Plage und eine Schmach des Landes ist, und von dessen Existenz jedermann in Italien wußte. Aber die Camorristen wurden gefürchtet, und so scheute man davor zurück, sie anzufassen.

Rußland hat wieder eine böse Woche hinter sich liegen. Der erneute Versuch der Rechten, eine Verurteilung der Terroristen durch die Duma herbeizuführen, ist nicht nur gescheitert, sondern mündete in ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung wegen der angeblichen

Folterungen der Gefangenen in Riga aus. Dabei ist aber in Betracht zu ziehen, daß der Justizminister in eingehender Rede, auf Grund sorgfältiger Untersuchung jedes einzelnen Falles, den Beweis erbrachte, daß jene Anschuldigungen erlogen waren. Tatsache ist, daß einzelne Gefangene von den erbitterten Gendarmen geschlagen worden sind, was nicht wundernehmen kann, wenn man den Bildungsstand dieser Leute kennt und weiß, wie furchtbar sie gereizt werden und wie sie stündlich in Lebensgefahr schweben. Der Abgeordnete Stachowitsch legte der Duma eine Statistik vor, der zufolge 6580 Personen dem Terror zum Opfer gefallen sind, davon 270 Personen, die den höheren Ständen angehören; alle übrigen sind kleine Leute, zum Teil solche, die mit der politischen Bewegung nichts zu tun hatten. Gendarmen, Gefängniswärter, Soldaten im Patrouillendienst aber galten und gelten noch heute den Terroristen als vogelfrei. Sie werden ohne Bedenken „abgeschossen". „Die täglichen Morde und Raubanfälle (schreibt die „Nowoje Wremja") sind so gewöhnlich oder vielmehr normal geworden, daß kein Leser ihnen mehr Beachtung schenkt. Vielmehr würde ein Tag, an dem kein Mord stattfand, allgemeines Erstaunen erregen und wohl auch beunruhigen..." Es wird dann von ihr eine lange Reihe von Morden — die Ausbeute eines Tages — hergezählt, die nächste Nummer der Zeitung bringt eine neue, gleich lange Liste, und so geht es fort. Geradezu schamlos ist das Treiben des lettischen Abgeordneten für Riga, Ohsol, der jüngst die Dreistigkeit hatte zu behaupten, die lettische Republik sei eine Erfindung der Deutschen und habe nie existiert; er ist auch der Erfinder der Rigaer Folterungen. Die Korrespondenten unserer sozialdemokratischen Zeitungen aus Rußland sind aber fast ausnahmslos Letten, und ebenso der Korrespondent des „Européen", eines Blattes, dessen Redaktion offenbar nicht ahnt, wie sie getäuscht wird. Von der Verlogenheit der Letten hat eben nur der eine Vorstellung, der dieses Volk kennt.

In den baltischen Provinzen beginnt es wieder zu gären. Die Ermordung des Grafen Edgar Keyserling-Grösen ist als ein ernstes Symptom der Wirkung zu betrachten, die die Aufhebung der Feldgerichte gehabt hat. Auf diesem Boden war die äußerste Strenge noch eine notwendige Wohltat.

Das Verhalten der Kadetten in der Duma bleibt gleich charakterlos und inkonsequent. Wir glauben nicht mehr, daß sie zu einer

Partei auswachsen können, mit der die Regierung paktieren kann. In der Agrarfrage scheinen sie unbelehrbar zu bleiben, und in der Frage des Budgets stößt der Finanzminister bei ihnen auf die größten Schwierigkeiten. Es ist noch nicht abzusehen, wie der unerläßliche Ausgleich gefunden werden soll.

Die Eröffnung des finnländischen Reichstages hat unter großem Zudrange von Petersburg her stattgefunden. Es ist aufgefallen, daß namentlich die Polen stark vertreten waren. So — meinte einer von ihnen — wird es auch bei uns sein! In Rußland ist wenig Neigung, diese Prophezeiung zu verwirklichen. Professor J. Ssossonow kommt in einem ausführlichen Artikel in der „Nowoje Wremja" über den Belagerungszustand in Polen zu dem Schluß, daß von einer Versöhnung mit Polen keine Rede sein könne. Sie bereiteten sich zum Kampfe vor, und man müsse, wie in den Jahren 1861 und 1863 der polnischen Schlange den Kopf zertreten.

Die Auflösung des Parlaments in Portugal hat eine sehr ernste Lage geschaffen. Englische Blätter halten eine Revolution für wahrscheinlich. Spanien zieht Truppen an der portugiesischen Grenze zusammen, und es heißt, daß englische Kriegsschiffe Ordre erhalten haben, an der portugiesischen Küste zu kreuzen.

6. Juni 1907. Protest des Grafen Merenberg gegen das geplante luxemburgische Thronfolgegesetz.
Die französischen Seeleute geben ihren Streik auf.
7. Juni. Zerstörung einer deutschen Missionsstation in Szechuang.
8. Juni. Demission des serbischen Kabinetts Paschitsch.
40jähriges Krönungsjubiläum Franz Josephs in Ungarn.
Meutereien in Sewastopol.
9. Juni. Protestversammlung der Winzer in Montpellier.
10. Juni. Unterzeichnung des japanisch-chinesischen Vertrags.
Unruhen in Teheran.
11. Juni. Neues Kabinett Paschitsch.

---

12. Juni 1907.

In einem gut dokumentierten Buche von Jules Hansen „Ambassade à Paris du Baron de Mohrenheim (1884 bis 1898)" wird uns die Entstehungsgeschichte der Alliance Franco-Russe mit großer Ausführlichkeit und, wie wir annehmen dürfen, zuverlässig erzählt. Verhandlungen die im Frühjahr 1891 zwischen dem Minister des Auswärtigen Freycinet, dem Ministerpräsidenten Ribot und dem russischen Botschafter Mohrenheim in Paris einerseits, zwischen Laboulaye, dem französischen Botschafter, und Giers andererseits in Petersburg stattfanden, hatten im August 1891 die Berufung Mohrenheims nach Petersburg zur Folge. Am 18. wurde er von Alexander III. in langer Privataudienz empfangen, und vom Zaren ein Vertragsentwurf gebilligt, den Mohrenheim mitgebracht hatte. Er kehrte sofort nach Paris zurück, und am 22. August tauschten er und Ribot im Namen ihrer Regierungen die Unterschriften eines Vertrages aus, durch den Rußland und Frankreich die Verpflichtung übernahmen, sich gegenseitig mit allen Mitteln zu unterstützen, die zu ihrer Verfügung ständen, falls eine von beiden Mächten angegriffen werden sollte. Auf Wunsch des Zaren wurde dieser Vertrag geheim gehalten. In Frankreich wünschte man den Vertrag durch eine Militärkonvention zu ergänzen und war, um den Zaren für den Gedanken zu gewinnen, eifrig bemüht, ihm militärische Gefälligkeiten zu erweisen. So setzte Freycinet, der damals Kriegsminister war, es durch, daß Rußland eine Lieferung

von 500 000 Gewehren aus der Waffenmanufaktur von Châtellerault erhielt, und gleichzeitig wurde russischen Offizieren gestattet, im französischen Generalstabe das Transport- und Proviantierungswesen Frankreichs zu studieren. Endlich stand Freycinet in regelmäßiger Korrespondenz mit dem russischen Kriegsminister General Wannowsky. Den Entwurf einer von Freycinet redigierten Militärkonvention brachte General Boisdeffre im Sommer 1892 nach Petersburg, und im Herbst des Jahres konnte Wannowsky seinem französischen Kollegen mitteilen, daß dieser Entwurf „ad referendum" von Boisdeffre und Obrutschew, dem Chef des russischen Generalstabes, unterzeichnet worden sei. Dann aber stockte die Verhandlung während der Panamaaffaire längere Zeit, bis im Sommer 1893 der Besuch des russischen Geschwaders in Toulon einen neuen Anstoß gab. Im November befahl Alexander III. die Verhandlungen zum Abschluß zu bringen, und als am 3. Dezember 1893 Casimir Périer Ministerpräsident und zugleich Minister des Auswärtigen wurde, setzte er seine Unterschrift unter das für Rußland bestimmte Exemplar des formellen, durch eine Militärkonvention vervollständigten russisch-französischen Defensiv-Allianzvertrages. In Petersburg unterzeichnete Herr v. Giers. Den Inhalt des Vertrages teilt Hansen nicht mit. Der Zar habe darauf bestanden, daß das Geheimnis gewahrt bleibe.

Seitdem sind 14 Jahre hingegangen. Der russisch-französische Allianzvertrag besteht in der Theorie fort, und einen Augenblick glaubte die Welt sogar, er sei auch auf Ostasien ausgedehnt worden. So wenigstens verkündete die russische Regierung am 16. März 1902 als Antwort auf den am 12. Februar des Jahres publizierten englisch-japanischen Bündnisvertrag. Aber die französische Neutralitätserklärung vom 15. Februar 1904 brachte eine tatsächliche Widerlegung der sanguinischen Hoffnungen, die in Rußland gehegt wurden. Der Krieg mit Japan mußte von Rußland allein geführt werden. Bis auf die Gastfreundschaft, die Frankreich den russischen Geschwadern in seinen Häfen oder in deren Nähe gewährte, und die sich durch die liberale Auffassung Frankreichs in allen Fragen des Seerechts erklärte, gewährte die französische Neutralität den Russen keine Vorteile. Dagegen hat, wie wohl bekannt ist, Frankreich seine Bemühungen um Herstellung des Friedens im Verein mit den übrigen Mächten geltend gemacht.

In ein neues Stadium tritt nun, wenn die Mitteilungen des „Figaro" über den neuen französisch-japanischen Vertrag richtig sind, die Geschichte der russisch-französisch-japanischen Beziehungen in nächster Zukunft. Die Garantie des gegenseitigen Besitzstandes in Asien (im weitesten Sinne des Wortes) bedingt, daß Frankreich den Japanern auch ausdrücklich die von ihnen an Rußland gemachten Eroberungen, speziell Port Arthur, garantiert, was gewiß eine der überraschendsten Wendungen der Alliance Franco-Russe ist. Denn daß zwischen einer Anerkennung des Friedens von Portsmouth und einer Garantie der dadurch geschaffenen politischen Grenzen ein wesentlicher Unterschied besteht, liegt so sehr auf der Hand, daß eine weitere Darlegung überflüssig erscheint. Nun ist aus der französischen Presse bekannt, daß über Inhalt und Wortlaut des Vertrages, den der Botschafter Kurino in Paris nächster Tage unterzeichnen wird, zwischen Paris und Petersburg ein Meinungsaustausch stattgefunden hat, und daß von russischer Seite keinerlei Einwendungen erhoben worden sind. Herr v. Iswolski stellt sich auf den korrekten Standpunkt, daß in Portsmouth ein Definitivum geschaffen ist, und es scheint, daß die jetzt zwischen England und Rußland hin und her gehenden Verhandlungen das Fazit der durch die Erfolge Japans geschaffenen Machtverschiebung auch nach anderer Richtung ziehen werden. Die lähmende Ungunst der inneren Entwicklung Rußlands scheint mit Notwendigkeit diese politischen Konsequenzen nach sich zu ziehen und beginnt bereits in dem Gedanken einer künftigen englisch-französisch-russisch-japanischen Allianz zu gipfeln, was noch vor Jahresfrist als das non plus ultra aller Unwahrscheinlichkeit bezeichnet worden wäre. Es läßt sich daher nicht mehr verkennen, daß jene Wandlung im fernen Osten nicht nur die politische Phantasie der Orientalen (in Indien, Afghanistan, Persien, Ägypten), sondern auch die der europäischen Nationen zu beschäftigen beginnt. Zu unserem nicht geringen Erstaunen finden wir, daß die Chéradameschen Ideen, von denen wir vor acht Tagen sprachen, in dem „Echo de Paris", und zwar aus dem Munde eines französischen Staatsmannes, eines Mr. Jules Harmand, früheren französischen Gesandten in Tokio und jetzigem ambassadeur honoraire bestätigt werden. Herr Harmand hat sich vom „Echo de Paris" befragen lassen, „ob er glaube, daß Japan Frankreich gleichgültig gegenüberstehen würde (se désinteresserait de notre sort), wenn morgen der

Friede Europas gestört werden sollte". Die Antwort lautete (wir zitieren nach der „Europe coloniale") wörtlich: „Sie stellen da eine sehr ernste Frage; ich antworte darauf: Nachdem die Japaner China besiegt hatten, sagte man ihnen: „Schön, aber es waren doch nur Chinesen!" Nachdem sie Rußland geschlagen hatten, sagte man ihnen: „Vortrefflich, aber die Russen waren von ihrer Basis weit entfernt; es waren viele Asiaten unter ihnen; einen wirklich großen Sieg kann man das noch nicht nennen. Es gibt in der Welt nur zwei Armeen, die würdig sind, sich mit der mächtigen japanischen Armee zu messen und ihren Ruhm zu besiegeln: die französische und die deutsche. Von der französischen wollen wir nicht reden, es ist undenkbar, daß Japan sich gegen sie wenden sollte.... Aber anders steht es mit Deutschland." Das hat man ihnen gesagt.

Nun sind die beiden Faktoren des militärischen Muts der Japaner: Ehrgeiz und Todesverachtung. Auch hat Japan sich Europa zugewandt, und auf seine Energie und seine erstaunlich rasche Entwicklung bauend, erhebt es den Anspruch, eine immer größere Rolle zu spielen und seine Überlegenheit den asiatischen Völkern, deren Elite es sich mit Recht nennt, zu bekräftigen. Welches Prestige würde die Teilnahme an einem europäischen Kriege im fernen Orient ihnen eintragen, wenn sie mit den Lorbeeren heimkehren, die sie auf Schlachtfeldern unseres alten Kontinents gesammelt haben?

Alles erwogen, Herr Botschafter, brauchen sie nur 45 Tage und 150 bis 200 Fahrzeuge, um eine beträchtliche japanische Kriegsmacht nach Europa zu bringen, Pferdeproviant und unzählige Impedimente würden sie bei der befreundeten Macht, auf deren Boden sie landen, vorfinden. Darf man da nicht erwarten, daß unsere Kinder außerordentliche Dinge erleben werden? — Unsere Kinder, ganz bestimmt. — Und ihre Väter? — Die Väter? ... „c'est possible!"

Damit schließt der Honorar-Botschafter seine Vision, die, wie die Chéradamesche, als ein Symptom politischer Zeitkrankheiten ad acta gelegt werden mag. Ernstere Erwägung scheint uns eine Korrespondenz zu verdienen, die dem „New York Herald" vom 27. Mai aus Tokio zugegangen ist.

Der Verfasser geht davon aus, daß das militärische Programm Japans eine Flotte erstrebe, die doppelt so stark sein müsse, wie vor Ausbruch des Krieges, und eine Armee, deren erstes

Aufgebot mindestens eine Million geschulter Soldaten betragen solle. Alle Hilfsquellen des Reiches würden diesem Ziele dienstbar gemacht, und die Presse (the British controlled Press of the Orient) sei gerade jetzt (die Korrespondenz datiert vom 28. April) eifrig beschäftigt, einen Krieg mit Amerika vorherzusagen. Diese streitlustigen Federn weisen darauf hin, daß das auf sieben Jahre berechnete Marineprogramm Japans einige Jahre vor Eröffnung des Panama-Kanals perfekt geworden sein werde. Nun sei es zwar fast unmöglich, die Geheimnisse der orientalischen Politik zu ergründen, aber alle Wahrscheinlichkeit spreche dafür, daß es sich nicht um Vorbereitungen zum Kriege gegen Amerika handele, sondern daß Japan sich für den Tag vorbereite, der den Zerfall Chinas mit sich bringen werde, denn auch an einen neuen russisch-japanischen Krieg sei schwerlich zu denken. Tatsache sei, daß Japan keine Truppen entlassen habe und gegenwärtig 400 000 Mann unter Waffen halte, die in nächster Zukunft um zwei Divisionen verstärkt werden würden. Dazu komme der bevorstehende Übergang von der dreijährigen zur zweijährigen Dienstzeit, durch die die Zahl der Reservisten um 50 pCt. erhöht werde. Schon heute könne Japan in 14 Tagen 800 000 Mann kampfbereiter Truppen aufstellen; eine Million als Grenze der jetzigen Leistungsfähigkeit sei niedrig veranschlagt. Alle Zweige der Kriegsverwaltung seien eifrig an der Arbeit. Die wunderbare Zunahme der subventionierten Handelsmarine habe einen ungemein leistungsfähigen Transportdienst geschaffen, der in Zukunft noch wachsen werde. Das alles aber sei mit den denkbar geringsten Kosten erreicht worden. Die an der mandschurischen Eisenbahn dienenden Truppen erhielten monatlich 10 Yen, die 400 000 Mann der regulären Armee nur 1 Yen und 20 Sen monatlich (60 amerikanische Cents), so daß die Gesamtkosten weit niedriger seien, als in Amerika für eine Armee von insgesamt 62 000 Mann gebraucht werde. Dazu komme, daß Japan nichts versäume, was durch Geschicklichkeit und Geld zu erlangen sei, um in den Grenzen des möglichen die beste Kriegsmarine zu besitzen. Schon hätten zwei neue japanische Schlachtschiffe „Aki" und „Satsuma", die „Dreadnoughts" übertrumpft, beide Schiffe seien aber von Japanern auf japanischen Werften erbaut worden. In Kure arbeiteten 30 000 Mann Tag und Nacht, und die Japaner seien stolz darauf, daß die „Aki" in nur acht Monaten fertiggestellt worden sei. Daß Japan zwei Schlachtschiffe in England bauen lasse,

sei daher ein äußerst charakteristisches Zeichen für die Eile, mit der man vorgehe. Im Oktober werde, nach einer Bauzeit von nur sechs Monaten, der gepanzerte Kreuzer „Ibuki" vom Stapel laufen, ein Schiff von 16 000 t. Das sei einer der drei gepanzerten Kreuzer, die zu dem sog. „dritten Flottenbauprogramm" gehören. Dieses Programm, das sieben Jahre Bauzeit umfasse, laufe noch fünf Jahre. „Aki" und „Satsuma", die in England gebauten Schlachtschiffe „Katori" und „Kashima", drei gepanzerte Kreuzer, zwei noch zu bestellende Kreuzer, drei Depeschenboote, die bereits im Bau sind, und 29 Zerstörer, die noch dieses Jahr vom Stapel laufen sollen — so ist das Programm. In den sieben danach folgenden Jahren sind 76 577 102 Yen bestimmt für Ersatz von Kriegsschiffen und Torpedobooten, laut Gesetz vom Jahre 1899. Für diese Summe können vier Schlachtschiffe von 20 000 t oder fünf Panzerkreuzer von 13 000 t gebaut werden. Wenn man alle 28 Fahrzeuge, die über zehn Jahre alt seien, nicht mitrechne, habe Japan jetzt: zehn Schlachtschiffe, elf Kreuzer erster und sieben Kreuzer zweiter und dritter Klasse, insgesamt 28 Schiffe von mehr als 300 000 t Deplacement. Japan werde aber so viel Schiffe in Zukunft haben, wie der Patriotismus der allerdings schwer belasteten Steuerzahler tragen könne.

Damit schließen ohne jede weitere Nutzanwendung diese interessanten Angaben, von denen der Korrespondent sagt, er habe sie aus unbedingt zuverlässiger Quelle. Auch wir wollen uns nicht in Konjekturen verlieren und an der nächstliegenden Erklärung festhalten, daß eine neu aufgekommene Großmacht allezeit bereit sein muß, ihre Stellung in der Welt zu verteidigen. An aggressive Pläne Japans zu glauben, fehlt jeder zuverlässige Anhalt. Dagegen läßt sich nicht übersehen, daß gerade jenes eifrige Bemühen Japans, sich auf der Höhe zu behaupten, die es erreicht hat, sehr wesentlich dazu beiträgt, sein Prestige unter den asiatischen Nationen nicht nur zu erhalten, sondern zu steigern.

Wir haben gerade jetzt mit lebhaftem Interesse die Debatte verfolgt, welche die Unruhen in Indien im englischen Unterhause hervorriefen. Der Staatssekretär für Indien, Mr. Morley, hat in zweistündiger Rede so offen, „wie das öffentliche Interesse es erlaube", die Gründe dargelegt, welche die Unruhen in Indien erklären, und auch die Politik angekündigt, an welche die Regierung sich halten werde. Er wies zuerst auf die Pest hin, die von 1906, als sie ausbrach, bis zum April 1907 nicht weniger als 5 250 000 Opfer gefordert habe. Das

seien, so tröstete er, immerhin weniger Opfer als der schwarze Tod im Mittelalter, nicht mehr als fünf vom Tausend (eine Rechnung, die wohl insofern nicht richtig genannt werden kann, als die Pest nicht durch ganz Indien ging, sondern auf bestimmte Gebiete beschränkt blieb). Es sei jedenfalls nicht zutreffend, wenn man die liberale Regierung für die aufständige Bewegung verantwortlich mache. Als Lord Minto das Regiment übernahm, habe er eine Lage von beispielloser Verwirrung vorgefunden. Von da ab, vom Dezember 1905 bis jetzt, sei nichts versäumt worden. Aber die Pest wurde ein Mittel der Agitation, in geringerem Maße die bereits von den Konservativen in Angriff genommenen agraren Umsiedelungen. Dazu sei die Aktion eines wahrscheinlich aufrichtigen Enthusiasten wie Lal Rajpat Rai gekommen, dessen Theorien Haß gegen das britische Regiment predigten, und der bemüht war, auch die Sikhs für sich zu gewinnen. Da habe man denn scharf eingreifen und alle Waffen brauchen müssen, die das Gesetz gegen Aufruhr zulasse. Jede Unterlassung wäre verbrecherisch gewesen, wie jedem klar sein werde, der überlege, welche Folgen der Abfall auch nur eines Regiments der Sikhs notwendig nach sich gezogen hätte.

Unter Berufung auf die Anschauungen John Stuart Mills ging Morley danach auf die Mittel über, durch deren Anwendung der Aufruhr gestillt und eine die englische Herrschaft sichernde Entwicklung herbeigeführt werden könne. Zunächst (so führte er aus) seien die Beamten, die das britische Regiment vertreten, überbürdet. Sie könnten beim besten Willen nicht anders als mechanisch verfahren, und das Resultat habe eine Hyperzentralisation ergeben. Man müsse daher suchen, die Inder zu gewinnen, die, wenn sie auch England nicht liebten, doch wüßten, daß das Ausscheiden der Engländer ein Chaos nach sich ziehen werde. Eine Kommission sollte eingesetzt werden, um die Frage der übermäßigen Zentralisation zu studieren. Die Schwierigkeit der Heranziehung gebildeter Inder in die Reihen der Beamten liege darin, daß dieser ganz geringfügige Teil der Bevölkerung in der Illusion lebe, Indien ebensogut wie die Engländer regieren zu können, obgleich sich voraussehen lasse, daß ihr Werk nicht acht Tage halten würde. Trotzdem habe der Vizekönig (Lord Minto) im April beim Ministerium den Antrag gestellt, den Indern entgegenzukommen, und das Ministerium seinerseits habe sich, obgleich inzwischen der Aufruhr ausgebrochen war, bereit gefunden, dem Vizekönig einen Rat von Notabeln an die Seite

zu setzen, der gutachtliche Funktionen ausüben solle. Zweitens aber beabsichtige man, die legislativen Ratsversammlungen, sowohl des Generalgouverneurs wie der Provinzen, beträchtlich zu erweitern. In den Rat von Indien aber denke er, der Staatssekretär, einen oder zwei Inder zu ziehen. Im übrigen sei er der Überzeugung, daß man der alten Zivilisation und den Vorstellungen (susceptibilities) der Inder mit Sympathie und Achtung entgegenkommen müsse, ohne an der Tatsache zu rütteln, daß das englische Regiment unter allen Umständen aufrechtzuerhalten sei. Es geschehe das nicht aus Eigennutz, sondern im Interesse der Millionen, deren Gedeihen England anvertraut sei, mit reinem Gewissen, mit Sympathie, Güte, Festigkeit und voll Liebe zur Gerechtigkeit, immer aber, in guten wie in bösen Tagen, tapferen Muts und im Glauben an die Zukunft.

Die Rede Morleys fand reichen Beifall, und die Zuhörer werden die Gründe wohl verstanden haben, die ihn bewogen, den wesentlichen Anlaß der Unruhen in Indien zu verschweigen. Es steht aber über allen Zweifel fest, daß es der Blick auf Japan ist, der in Indien Hoffnungen erregt hat, an deren Verwirklichung sie trotz der englisch-japanischen Allianz glauben. Dafür liegen zahllose Belege vor, und wir haben seit 1905 mehrfach darauf hingewiesen. So wohlgemeint Mr. Morleys Absichten sind: diese Ursache der Gärung kann er nicht beseitigen. Aber die indische Regierung hat entschlossen zugegriffen und sich der Führer der Bewegung bemächtigt, um sie zu deportieren; sie hat die Freiheit der Presse beschränkt, und, was wichtig ist, den Lohn der Soldaten indischer Herkunft wesentlich erhöht. So läßt sich wohl darauf rechnen, daß die ihrer Führer beraubte Masse sich allmählich beruhigen wird, zumal wenn, wie man hofft, die Pest aufhört, an deren Entstehung der Aberglaube des Volkes und der böse Wille der Agitatoren der englischen Regierung schuld gab. Es hieß, sie habe Ströme und Quellen vergiftet.

Über die Niederlage, die das englische Ministerium in der irischen Frage erlitten hat, hat Campbell-Bannerman in der großen Rede quittiert, in der er vor dem Unterhause das Programm der Regierung entwickelte. Wichtiger scheint uns die Rede, die er am 7. Juni in Plymouth vor einer Versammlung von 6000 Liberalen gehalten hat. Er kündigte die nunmehr unmittelbar bevorstehende Reform des Hauses der Lords an. Die Zeit der Kompromisse sei vorüber. Die Lords müßten verstehen, daß die Commons

zwar bereit seien, alle Rücksicht auf das andere Haus zu nehmen, daß das britische Volk jedoch Herr im eigenen Hause sein müsse. Die Regierung sei entschlossen, der Nation ein vergrößertes Erbe zu hinterlassen und es für alle Zukunft zu sichern. Der Prime-Minister sprach sehr zuversichtlich. Die von den Lords verworfenen Bills würden verbessert wiederkommen, das Wesentliche aber sei, den Lords Grenzen zu setzen, über die sie nicht hinaus könnten. Was mit der Education bill und der Licencing bill geschehen sei, dürfe sich nicht wiederholen. Über die irische Frage ging er mit wenigen Worten beschwichtigend hinweg. Er selbst habe seine Anschauungen nicht verändert. Aber offenbar sei die Zeit ihrer Durchführung noch nicht gekommen. Er bitte daher um Geduld. Die sehr wirkungsvolle Rede schloß mit nochmaligem Hinweis auf die ungeheure Wichtigkeit der Reformierung des Hauses der Lords. Es ist nicht zu bezweifeln, daß davor alle übrigen Fragen innerer Politik für längere Zeit zurücktreten werden.

In Frankreich ist der Ausstand der „eingeschriebenen Seeleute" wider den Willen der Führer fast ganz zusammengebrochen. Die gesamte öffentliche Meinung des Landes, die diesmal nicht gemacht war, hatte sich so entschieden von ihnen abgewandt, daß sie sich moralisch isoliert fühlten. Dazu hat die Regierung sich bereit gefunden, die Pension der Seeleute nicht unerheblich zu steigern, ohne doch den Schein zu erwecken, daß sie zurückweiche. So ist eine wesentliche Ursache der beklommenen Stimmung, die Frankreich drückte, beseitigt. Ebenso erfreulich ist es, daß die Jury die beiden Häupter der „confédération générale" der Arbeiter wegen Aufreizung zum Aufruhr schuldig gesprochen hat. Die Herren Bosquet und Levy werden im Gefängnis Zeit genug haben, über ihre Theorien nachzudenken, und — was freilich nicht wahrscheinlich ist — sich zu Anschauungen zu bekehren, die mit der Existenz eines Rechtsstaates vereinbar sind.

Dagegen stehen die Aussichten für eine Beilegung der Bewegung der Winzer wenig günstig. Nach jener Massenversammlung, zu der in Montpellier über eine halbe Million Weinbauern des Südens sich zusammenfanden, kann kaum noch erwartet werden, daß sie von ihrem törichten Beschluß abstehen werden, dem Staate alle Leistungen zu verweigern: Am Dienstag, 11. Juni, wollten sie damit beginnen. Das würde allerdings eine sehr ernste Krisis bedeuten. Denn was soll die Regierung tun? Durch Verheißungen lassen die erregten Massen

sich nicht beruhigen, ein Radikalmittel aber, um dem Weine Käufer zu erheblich höheren Preisen zu verschaffen, gibt es nicht. Man hat — halb im Scherz, aber doch nicht ohne Ernst — vorgeschlagen, die Steuerverweigerung mit einer Entziehung der staatlichen Leistungen zu beantworten, also z. B. mit Einstellung des Postdienstes usw. für den Süden. Aber auch das ist nicht durchführbar, und dann bliebe nur noch die Anwendung von Gewalt übrig. Trotz alledem glauben wir nicht an einen tragischen Ausgang. Das rasch auflodernde Temperament des Südens ist nicht mit zähem Festhalten kombiniert, und selbst wenn das Schlimmste, ein Bürgerkrieg, zeitweilig eintreten sollte, ist davon eine Erschütterung des Staates nicht zu erwarten. Die Provinzen haben noch niemals über das Schicksal Frankreichs entschieden. Paris regiert und bestimmt, und zurzeit spricht nichts dafür, daß es die Sache der Winzer zur seinigen machen wollte.

Das Programm, das der Minister des Auswärtigen Pichon für die Haager Konferenz entwickelt hat, wird nicht nur in Frankreich gut aufgenommen werden. Herr Pichon ist natürlich genötigt gewesen, mit den bestehenden Verbindlichkeiten Frankreichs zu rechnen, aber er hat aus dem Dilemma, in das er geriet, den geschickten Ausweg gefunden, die französischen Delegierten zwar sorgfältig über die Interessen Frankreichs durch eine Kommission von Fachleuten zu unterrichten, ihnen aber auf der Konferenz freie Hand zu lassen, nach eigener Überzeugung zu stimmen. In der Frage der Feststellung einer Grenze für die Rüstungen sprach er sich sehr sympathisierend aus, aber doch nur in der Theorie. An die Verwirklichung des Gedankens glaubt er nicht. „Pour l'instant, il faut bien le dire, la question, dont il s'agit, est encore chimérique.“ Das ist ganz unsere Meinung. Leider ging Herr Pichon auf die Fragen des Seerechts gar nicht ein. Wir glauben, daß unsere Interessen gerade hier mit den französischen fast identisch sind, und es soll uns freuen, wenn diese historische Tatsache auf der Konferenz einen deutlichen Ausdruck findet.

In Rußland geht die anarchistisch-terroristische Revolution crescendo fort und wir sind offenbar noch weit von ihrem Abschluß entfernt. Parallel damit läuft die Agonie der Duma, deren Fortexistenz in den letzten acht Tagen an einem Haar gehangen hat. Wenn die ganze Frage nicht so furchtbar ernst wäre, würde das unsichere Hin- und Her-Lavieren der Kadetten und der Polen nur Heiterkeit erregen.

Beide Parteien sind bemüht, in der Praxis der parlamentarischen Kämpfe nicht Farbe zu bekennen, dabei aber zugleich ihre theoretischen Ansprüche aufrechtzuerhalten. Eine Entscheidung ist am Montag gefallen. Es handelte sich um die Frage der allgemeinen Amnestie, für deren Notwendigkeit mit der gesamten Linken die Kadetten so emphatisch eintraten. Jetzt waren sie so weit gediehen, der Duma die Kompetenz zur Erörterung dieser Frage zu bestreiten, da es sich um eine Prärogative der Krone handele. Statt aber, was doch allein vernünftig und logisch gewesen wäre, mit der Rechten und den Oktobristen gegen die Amnestie zu stimmen und damit die Frage endgültig zu erledigen, stellten sie den Antrag, sie einer Kommission zu überweisen, welche dann die formelle Berechtigung der Duma zu prüfen hätte. Nachdem dieser Antrag der Kadetten mit 260 gegen 165 Stimmen angenommen worden ist, sind sie nicht genötigt, sich schon jetzt vor dem Lande mit Ja oder Nein zu entscheiden, später aber können sie ihr Votum mit der Autorität der Kommission decken. Das mag sehr schlau sein, ist aber kläglich charakterlos.

Diese Lage verwickelt sich dadurch noch mehr, daß die Parteidisziplin nirgend mehr halten will und die Führer ihres Gefolges nicht mehr sicher sind. Das gilt auch von den Polen, bei denen Herr Dmowski auf starke Opposition stößt, weil er mit dem nächst Erreichbaren (der Sprachenfrage) sich vorläufig begnügen will, während die entschlossenen Nationalisten unter Führung von Stecki die volle Autonomie als nationale Forderung aufrechterhalten wissen wollen. Die verschiedenen sozialistischen und offenkundig revolutionären Parteien sind noch extremer geworden, und es läßt sich erwarten, daß nach Rückkehr der Delegierten vom Londoner Kongreß eine weitere Verschärfung eintreten wird. Im Kongreß haben die sogenannten Bolschewiki, d. h. die Anhänger des Maximums revolutionärer Aktion, den Sieg davon getragen. Man wird nicht mit den Kadetten paktieren, sondern alles tun, um die Auflösung der Duma und danach eine neue Revolution herbeizuführen.

Die Stellung des Ministerpräsidenten Stolypin ist durchaus fest und das Vertrauen des Zaren ihm sicher. So wie er seit Beginn seiner Amtsverwaltung sich bewährt hat, läßt sich wohl annehmen, daß er keinen Tag im Amte bliebe, wenn er dieses Vertrauens nicht mehr sicher wäre. Wir glauben nach wie vor, daß er der rechte Mann am rechten Platze ist. Indessen die Ereignisse drängen sich, und auch das Unwahrscheinliche kann Wirklichkeit werden.

13. Juni 1907. Internationale Nordseekonferenz in London.
Unterzeichnung des russisch-japanischen Vertrages über die süd-mandschurische Bahn.
Erdbeben in Chile.
14. Juni. Stolypin verlangt von der Duma die Verhaftung von 15 sozialdemokratischen Abgeordneten.
Genehmigung des Frauenwahlrechts durch den Storthing in Norwegen.
15. Juni. Eröffnung der 2. Friedenskonferenz im Haag.
16. Juni. Besuch des Lordmayors von London in Berlin.
Auflösung der zweiten Duma.
19. Juni. Eröffnung des österreichischen Reichsrats.

---

19. Juni 1907.

Vor einigen Tagen brachte der „Messidor" — eine neue französische Tageszeitung, die, wie es scheint, mit Erfolg bemüht ist, sich durch lüsterne Novelletten einen großen Leserkreis zu sichern — die überraschende Nachricht vom Abschluß eines Vertrages, durch den Frankreich, England und Spanien sich ihren Besitzstand im Mittelmeer und an den atlantischen Küsten Afrikas garantierten. Obgleich nun der „Messidor" gelegentlich zu Mitteilungen des französischen Auswärtigen Amtes benutzt wird, schien uns diese Nachricht so unwahrscheinlich, daß wir nicht weiter Notiz von ihr nahmen. In der Tat, gegen wessen finstere Anschläge sollte dieser Vertrag gerichtet sein? Auch folgte ein sehr energisches Dementi der offiziellen „Agence Havas" der Meldung des „Messidor" auf dem Fuße, und damit schien die Angelegenheit erledigt, als dieselbe „Agence" nunmehr ihrerseits den Abschluß dieses Garantievertrages ankündigte, und am Tage der Eröffnung der Haager Konferenz die Vertreter der drei Mächte dem Unterstaatssekretär von Mühlberg die förmliche Mitteilung vom Abschluß des Vertrages machten. Offenbar war die Absicht gewesen, die Welt am Tage der Kongreßeröffnung mit dieser sensationellen politischen Neuigkeit zu überraschen, und deshalb war der „Messidor", der den hübschen Scherz durch seine Indiskretion verdorben hatte, so energisch zurückgewiesen worden. Was durch diesen Vertrag erreicht werden sollte, sagt uns der ebenfalls

gelegentlich offiziöse „Matin". Deutschland, so heißt es mit einem Seufzer der Erleichterung, sei es nunmehr fast unmöglich geworden, einen Seekrieg zu führen!

Wir danken für das indirekte Kompliment, das in dieser Erklärung liegt, und werden uns freuen, wenn die erregten Nerven des „Matin" sich nunmehr einigermaßen beruhigen. Frankreich braucht für Algier und Tunis nicht zu sorgen, Spanien nicht für Ceuta, und England sich keine schlaflosen Nächte wegen Maltas zu machen. Wenn das alles unter gegenseitiger Garantie der drei alliierten Mächte steht, müßten wir ja völlig verblendet sein, wenn wir unsere Flotten dorthin oder zur Eroberung von Ceuta, den kanarischen Inseln oder von Französisch-Afrika ausschicken wollten! Doch das gilt nur dem „Matin". Das offizielle Frankreich, das am 17. Juni im „Temps" durch den Mund von Herrn Pichon gesprochen hat, drückt sich nicht so unvorsichtig aus, bestätigt aber, daß die drei Mächte sich gegenseitig den status quo der Teile des Mittelmeeres und des Atlantischen Ozeans garantieren, an denen sie interessiert sind. Und zwar sind es zwei Verträge, ein spanisch-französischer und ein englisch-spanischer, deren voller Wortlaut nächster Tage veröffentlicht werden solle. Herr Pichon betont den eminent friedlichen Charakter dieser Vereinbarungen, und der Telegraph hat uns aus England und Frankreich eine ganze Flut von Telegrammen gebracht, welche beteuern, daß die drei Mächte ihr Abkommen nicht gegen Deutschland gerichtet haben. Weisen nun schon jene Versicherungen darauf hin, daß eine gegen Deutschland gerichtete Tendenz als Kommentar der öffentlichen Meinung erwartet wird, so halten auch wir dafür, daß die Absicht bestand, diesen Schein zu erwecken, denn um mehr als einen Schein handelt es sich nicht, und der Inhalt des Vertrages, wenn anders er richtig wiedergegeben ist, kann uns absolut gleichgültig sein. Er ändert, so weit wir in Frage kommen, an der gegenwärtigen Lage gar nichts. Wohl aber schließt er sehr erhebliche Vorteile für England in sich. Zum ersten Male verzichtet Spanien endgültig auf Gibraltar, dessen Besitz den Engländern jetzt ebenso von Frankreich garantiert wird, wie der französisch-japanische Vertrag den Japanern Port-Arthur garantiert. Der Wortlaut des Vertrages wird zeigen, ob nicht auch die ägyptische Stellung der Engländer eine neue Festigung gefunden hat, und ob der Vertrag nur den status quo der Mittelmeerinteressen der kontrahierenden Mächte, oder den status

quo überhaupt unter gegenseitige Garantie stellt, also etwa die Küsten des Adriatischen Meeres und speziell Albanien, den status in Tripolis usw. Aus den bisher angegebenen Erklärungen ist das nicht ersichtlich.

Wie dem auch sei, die Notwendigkeit dieser Verträge wird schwer jemandem einleuchten, der die tatsächlichen Verhältnisse nüchtern ansieht, und der Eindruck, der schließlich nachbleibt, ist der, daß zu jener politischen Blockade auf Papier, die von der französischen und englischen Politik gegen Deutschland konstruiert wird, ein neuer Paragraph hinzugekommen ist. Zu einer Besserung der gegenseitigen Beziehungen trägt das gewiß nicht bei. Die „Kölnische Zeitung" hat mit Recht an die Rede des Reichskanzlers vom 14. November 1906 erinnert, in der es heißt: „Die entente cordiale ohne gute Beziehungen der Weltmächte zu Deutschland wäre eine Gefahr für den europäischen Frieden. Eine Politik, die darauf ausginge, Deutschland einzukreisen, einen Kreis von Mächten um Deutschland zu bilden, um es zu isolieren und lahmzulegen, wäre eine für den europäischen Frieden gefährliche Politik. Eine solche Ringbildung ist nicht möglich ohne Ausübung eines gewissen Druckes. Druck erzeugt Gegendruck, aus Druck und Gegendruck können schließlich Explosionen hervorgehen." So ist die neuerdings zur politischen Mode gewordene Garantiepolitik, mit deren Lorbeeren jeder neue Minister des Auswärtigen sein Haupt zu zieren bemüht ist, keineswegs unbedenklich. Daß sie den allgemeinen Frieden fördert, ist eine Fiktion rein dekorativen Charakters und nicht einmal wahrscheinlich, daß sie gegenüber wirklichen Konflikten von praktischer Bedeutung wäre. Der erste in der Reihe dieser Assekuranzverträge, der englisch-japanische Vertrag, hatte den blutigsten Krieg zur Folge, der seit den Tagen des ersten Napoleon geführt worden ist. Wir vermögen nicht einzusehen, was diese neuesten Verträge bezwecken; sie erinnern uns an die Papierdrachen und Feuerwerke, durch welche vor nicht allzulanger Zeit die Chinesen ihre Feinde zu schrecken suchten. Eine glückliche Einleitung der Haager Konferenz sind sie unter keinen Umständen.

Es ist daher nicht müßige Neugier, sondern eine wichtige psychologisch-politische Aufgabe, den Ursachen dieses unruhigen Treibens nachzugehen. Wir glauben nicht irrezugehen, wenn wir in den inneren Verhältnissen Englands und Frankreichs

die Erklärung zu finden suchen. Hier wie dort wird eine Krisis von ungewöhnlichem Ernst bekämpft. Wir haben nach beiden Richtungen hin diese inneren Probleme der Ententemächte schon mehrfach streifen müssen. In England ist es die Reaktion gegen die Übertreibungen des imperialistischen Gedankens, wie ihn das gefallene konservativ-unionistische Kabinett vertrat, die sich geltend macht. Sie kombiniert sich mit den rein mechanischen Nachwirkungen der das Prestige Englands untergrabenden japanischen Erfolge. Die Gärung in Indien und in Ägypten, die ausgesprochen antienglische Richtung der ganzen islamitischen Welt, die so bedeutsame Absage Irlands, das politische Fiasko der Londoner Kolonialkonferenz bedeuten in ihrer Summe eine ernste Verlegenheit. Dazu kommt die Ungewißheit über den Ausgang des kühnen Experiments, das mit der Verleihung verantwortlicher Verfassungen an Transvaal und die Oranjekolonie gemacht worden ist, endlich die steigende Radikalisierung der englischen Verfassung, deren Tendenz dahin geht, dem politischen Regulator des Oberhauses jede Bedeutung zu nehmen und zur faktischen Alleinherrschaft des Unterhauses hinüberzuleiten. Mit diesen, ohne allen Zweifel eine Schwächung bedeutenden Erscheinungen kombiniert sich das leidenschaftliche Verlangen, die weltbeherrschende Stellung Englands zur See zu behaupten, und da man fürchtet, es aus eigener Kraft nicht mehr zu können, greift man zu einem System von Allianzen, das bestimmt ist, dieser Idee zum Werkzeug zu dienen. Daß dadurch ein so formidabeler Konkurrent, wie Japan es ist, großgezogen wurde, hat — obgleich es nicht eingestanden wird — die Nervosität gesteigert und dahin geführt, daß die einmal eingeschlagene falsche Bahn mit Hartnäckigkeit weiter verfolgt wird.

In Frankreich ist auf anderen Wegen die gleiche nervöse Stimmung großgezogen worden, obgleich aller Grund vorlag, mit den auswärtigen Verhältnissen und der Machtstellung des Reiches zufrieden zu sein. Die dritte Republik hat in weniger als einem Menschenalter ein Kolonialreich errichtet, wie es sonst nur in Jahrhunderten aufgebaut wird, und seit der Tag von Faschoda überwunden war, hatte sie mit keinem Gegner mehr zu rechnen. Die großartige Stellung in Nord- und Mittelafrika, in Madagaskar und in Hinterindien bot der Nation noch für Generationen kommender Geschlechter Raum und Reichtum, dem Ehrgeiz und Unternehmungsgeiste ein fast unermeßliches Feld.

Frankreich selbst war zu einem blühenden Garten und zu einem der Mittelpunkte der Weltindustrie geworden, sein Handel gedieh wie nie zuvor, und es gab niemanden in der weiten Welt, der ihm diesen Besitz strittig machen wollte. Von den bösen Tagen des Panamaprozesses und seiner Nachwehen, wie von der unerquicklichen Dreyfusaffäre hatte es sich in glücklicher Elastizität befreit und gereinigt, kurz, alle Voraussetzungen einer weiteren gedeihlichen Entwicklung in gesegnetem Frieden waren vorhanden, und niemand hat ihm dieses Gedeihen m e h r gegönnt als der deutsche Nachbar. Combismus und Sozialismus einerseits und Delcassismus andererseits haben das alles umgewandelt. Schieden die ersteren die Nation in die feindlichen Lager der Katholiken und der Kirchenfeinde, der Anhänger der bürgerlichen Gesellschaftsordnung und des zum Anteil am Staatsregiment herangezogenen, die staatlichen Ordnungen auflösenden Sozialismus, so datiert von Herrn Delcassé jener besondere französische Imperialismus, der sich mit dem englischen Imperialismus verbrüderte, um ihn auszunutzen, in Wirklichkeit aber sein Werkzeug wurde. Diese, dem russisch-japanischen Kriege vorausgegangene Wendung hat den Konflikt im fernen Osten erst möglich gemacht, der trotz des englisch-japanischen Bündnisses aller Wahrscheinlichkeit nach nicht stattgefunden hätte, wenn Frankreich, wie es einen Augenblick wollte, seine russische Allianz auch auf Ostasien ausgedehnt hätte. Wie sich daran die französisch-englischen Vereinbarungen und die marrokkanische Krisis knüpften, braucht wohl nicht wiederholt zu werden. Das Resultat aber war Unsicherheit nach außen hin und im Innern das Reifen der Krankheitserscheinungen, mit deren Bekämpfung Frankreich heute beschäftigt ist. Je größer diese Verlegenheiten wurden, desto lebhafter wurde das Bedürfnis nach Assekuranzen empfunden, die einen Schein von Stärke boten, in Wirklichkeit aber die französische Politik in eine Abhängigkeit von dem politischen Willen anderer setzten, wie sie seit dem spanischen Kriege Ludwigs XVIII. in der Geschichte Frankreichs unerhört ist. Es sieht aber so aus, als ob wir erst in den Anfängen dieser Entwicklung stehen und den schließlichen Ausgang kann man wohl in Frankreich ebensowenig vorhersehen wie bei uns.

Vielleicht das merkwürdigste Anzeichen der Krisis, in der Frankreich steht, ist ein Schreiben des bonapartistischen Abgeordneten d e D i o n, das der „Courrier Européen" veröffentlicht. Es lautet:

„Kammer der Abgeordneten. Paris, 1. Juni 1907.

Mein Herr!

Unser unglückliches Land ist den durch den Parlamentarismus entfesselten Fraktionen preisgegeben. Durch die Kühnheit der Feinde (perturbateurs) der Ordnung und die Untätigkeit der anständigen und arbeitenden Leute treibt es mit reißender Schnelligkeit der sozialen Revolution zu.

Um zu verhindern, daß wir in den Abgrund stürzen, gibt es nur noch ein Mittel: man trete für den Appell ans Volk ein, man verbreite die Prinzipien der Autorität und der Verantwortlichkeit, der Wahrheit und der Gerechtigkeit, auf denen sie beruhen, und die die Rettung bringen werden. Um diese Propaganda wirksamer zu machen, habe ich soeben die „Volonté nationale" gegründet, die zunächst als Wochenblatt und, sobald die Zahl der Leser es gestattet, als Tageszeitung erscheinen wird.

Mein Ziel ist, wie das meiner Freunde, eine Revision der Verfassung von 1875 herbeizuführen und das Staatsoberhaupt von der ganzen Nation wählen zu lassen. Wird dieses Ziel erreicht, so wird Frankreich wirklich und mit Weisheit regiert werden. Wie Sie wissen, ist unser Kandidat für diese höchste Stellung der Prinz Victor Napoléon. Aber wir folgen seinen Instruktionen und werden uns vor der freien Wahl des Volkes beugen.

Da wir wissen, daß Sie mit uns über diese großen Regierungsprinzipien einer Meinung sind, bitte ich Sie, auf die „Volonté nationale" zu abonnieren und auch Ihre Freunde dazu zu bestimmen. Ihr politischer Scharfblick und Ihre Hingabe an die gute Sache der Ordnung werden das Organ der Anhänger des Plebiszits durch Zuwendung vieler Leser stärken. Es ist unerläßlich, daß alle Wohldenkenden sich zusammentun, um dem Triumphzuge der Anarchie den Weg zu verlegen. In der Hoffnung, bald eine zustimmende Antwort zu erhalten ...

de Dion,
Präsident des Zentralkomitees der Berufung ans Volk,
Deputierter."

Der „Courrier Européen" bemerkt dazu, daß trotz der Datierung vom 1. Juni das Schreiben noch nicht verschickt sei. Es sei in einigen tausend Exemplaren auf Papier der Deputiertenkammer gedruckt.

Gewiß eine merkwürdige Kundgebung, die als Symptom der Lage von Interesse ist, aber schwerlich zu einem neuen 10. Dezember führen wird. Prinz Victor hat weder die Energie des ersten, noch die fatalistische Zuversicht des dritten Napoleon. Auch ist das Frankreich von heute nicht das von 1848 mehr. Wohl aber glauben wir, daß es den Kampf um Behauptung der staatlichen Autorität wird durchkämpfen müssen, aus eigener Kraft und ohne andere Alliierte als die, die es im eigenen Hause findet.

Gleichzeitig mit der feierlichen Eröffnung der Konferenz im Haag hat die Auflösung der zweiten Duma stattgefunden. Sie hat etwas über 100 Tage Zeit gehabt, der Welt zu zeigen, was sie zu leisten vermag, und alle Welt wendet sich heute enttäuscht von ihr ab. Sie hat nur zwei praktisch gewordene Beschlüsse zustande gebracht: die Aufhebung der Feldgerichte, die von der Regierung bereits aufgegeben waren, und die Bewilligung der 17½ Millionen für die Hungergebiete. Alles übrige, was an Regierungsvorlagen an sie herantrat, wurde teils abgelehnt, teils in Kommissionen begraben. Nicht einmal das Budget vermochte sie festzustellen. Sie hat sich hartnäckig geweigert, den Terrorismus von ihren Rockschößen abzuschütteln, und ist schließlich zu Fall gekommen, weil sie trotz erdrückender Beweise, die ihr vorgelegt wurden, sich der Regierung versagte, als diese die Auslieferung der Staatsverbrecher verlangte, die als Deputierte an dem Umsturze des Staates mit unerhörter Dreistigkeit arbeiteten. Es lag in der Hand der Dumamajorität, die Auflösung zu verhindern; aber die Kadetten sind die Totengräber der Duma gewesen. Ihre „Prinzipien" gestatteten ihnen nicht, die selbstverständliche Pflicht zu erfüllen, die sie dem Staat schuldig waren. Wie immer blickten sie nach links, und so geschah, was geschehen mußte, und was der Ministerpräsident Stolypin ihnen deutlich genug angekündigt hatte. Sie haben ausgespielt, und mit ihnen ist auch das Wittesche Wahlsystem gefallen. Ein neues, konservativ angelegtes Wahlgesetz ist von der Krone, wie es ihr gutes Recht war, oktroyiert worden. Wir wollen hoffen, daß es zum Heile Rußlands funktionieren wird. Die Krisis, die wir in Preußen zwischen 1848 und 1850 durchlebten, bietet bei allen Verschiedenheiten doch ein trostreiches Analogon. Aber freilich Preußen war nicht annähernd so revolutionär versucht wie das heutige Rußland, und es hatte eine andere Erziehung zu staatlichem Pflichtgefühl hinter sich.

Das aber ist es gerade, was in Rußland fehlt, und deshalb schlägt dort der politische Idealismus, der ohne Zweifel in weiten Kreisen vorhanden ist, in eine Feindseligkeit gegen den Staatsgedanken um, die, wie die Erfahrung gezeigt hat, direkt in die Bahnen des Verbrechens führt. Es ist deshalb schwer denkbar, daß nunmehr eine plötzliche Wendung zu geordneten Zuständen und zu normalem politischen Denken und Empfinden stattfindet. Weder der Bildungs- noch der Vermögenszensus des neuen Wahlgesetzes bietet eine Garantie gegen die Wiederkehr revolutionär gesinnter Volksvertreter. Weit eher könnte die Überzeugung, daß die Regierung stark genug ist, sich unter allen Umständen zu behaupten, und daß die Truppen treu zu ihr stehen, dahin führen. Die schwerste Aufgabe der Regierung aber wird sein, die ganz aus Rand und Band gekommene Jugend zu zähmen — es läßt sich kaum ein anderes Wort für diese Aufgabe finden. Kaiser Nikolaus II. hat einmal das Wort von dem „herzlichen Wohlwollen" gebraucht, um die Stellung zu bezeichnen, die er der heranwachsenden Jugend gegenüber einnehmen wolle. Vielleicht werden, durch die Erfahrung der letzten Jahre belehrt, Minister, Professoren und Lehrer besser, als es bisher geschah, dieses Wort zur Wahrheit machen. Ohne ein Maß gesunder Freiheit reift kein Jüngling zum Mann; aber allerdings, die Schranken, die er nicht ungestraft überschreiten darf, müssen deutlich und fest errichtet sein. Beseitigung der Willkür der Vorgesetzten und des mechanischen Unterrichts, der die Wissenschaft nie ersetzen kann, werden besser als alles andere auch der Zügellosigkeit der Jugend ein Ziel setzen. Aber dazu bedarf es vor allem Männer, die einer solchen Aufgabe gewachsen sind, und daran fehlt es jetzt ohne Zweifel. Rußland hatte früher in der deutschen Universität Dorpat eine Pflanzschule solcher Männer. Sie hat dem Reiche Professoren, Staatsmänner, Lehrer, Ärzte gegeben, nicht nur Deutsche, sondern auch zahlreiche Russen, die an dieser Hochschule lernten, was Freiheit, Wissenschaft und Pflicht ist. Das alles ist zerstört worden. Stolypin würde durch Wiederherstellung des alten Dorpat der Zukunft Rußlands einen wahrlich nicht geringen Dienst leisten. Es wäre ein wohlverdienter Lohn für den Teil der Bevölkerung des Reiches, der allein von allen vor dem Götzen der Revolution sein Knie nicht gebeugt hat.

Bisher hat die Auflösung der Duma noch keine revolutionäre Erschütterungen hervorgerufen. Wir hoffen, daß es dabei bleiben wird.

Die schlimmsten der Führer, unter ihnen der große Lügner Ohsol, sitzen hinter Schloß und Riegel. Aber gebändigt ist die Revolution gewiß noch nicht. Wir fürchten terroristische Attentate. Das ist ja das neue Heldentum, zu dem die junge Generation systematisch erzogen worden ist. Wir fürchten auch, daß diejenigen Elemente zu Einfluß gelangen, die die volle Rückkehr zu den Zuständen vor Ausbruch der Revolution wünschen. Auch das wäre ein Unglück. Rußland muß ein R e ch t s = st a a t werden, sonst nimmt die Revolution erst unter den Trümmern des Staates ein Ende.

20. Juni 1907. Unruhen in Südfrankreich. Straßenkämpfe in Montpellier und Narbonne. Regierungsfeindliche Kundgebungen in Lissabon.
21. Juni. Aufruhr in Perpignan. Meuterei des 17. Infanterieregiments.
24. Juni. Resolution Campbell-Bannermans auf Beschränkung der Rechte des Oberhauses Vertrag über die Verwaltung der Finanzen San Domingos durch die Verein. Staaten.
25. Juni. Weiszkirchner, Zaczek und Starczynski wurden zu Präsidenten des österreichischen Abgeordnetenhauses gewählt.
26. Juni. Strafversetzung des 17. Infanterieregiments nach Tunis.

---

26. Juni 1907.

Der Versuch der Südfranzosen, durch ein plötzliches Versagen ihrer staatlichen Pflichten das übrige Frankreich ihrem Willen zu beugen, führt, wie sich vorhersehen ließ, nicht zum Ziel. Es zeigte sich zunächst, daß es unmöglich ist, einen Aufruhr ohne Gewalttaten zu behaupten. Obgleich überall ausschließlich der passive Widerstand — fast im Tolstoischen Sinn — gepredigt wurde und unzweifelhaft die Absicht bestand, auf dem Boden der Legalität zu bleiben, ist dieses Programm doch in keinem der Weindepartements aufrecht erhalten worden. Es ist überall Blut geflossen, wenn auch zum Glück kein eigentlicher Bürgerkrieg, wie zeitweilig gefürchtet wurde, ausbrach. Auch die Meuterei des 17. Linienregiments in Adge nehmen wir nicht allzu tragisch. Sie trug, da die Meuterer Söhne und Brüder von Winzern waren, einen regionalen Charakter und ist bereits heute überwunden, ohne einen mehr als ideellen Schaden verursacht zu haben. Dieses Regiment hätte gewiß einem auswärtigen Feinde gegenüber niemals versagt. Was übrig bleibt, ist die Tatsache, daß dieser große Teil der französischen Republik sich von der Zentralregierung vernachlässigt glaubte und schließlich dem Staate ein Ultimatum stellte: wenn die Republik ihre Pflichten der Gesamtheit gegenüber nicht erfülle, wolle man auch ihr gegenüber sich nicht weiter zum Gehorsam verpflichtet fühlen. Das war der eigentliche Kern der Frage, und das Versagen des Gehorsams mußte in seinen logischen Konsequenzen auch zu einer Lösung des politischen Zusammenhanges führen, wenn nicht einer von beiden Faktoren, ob nun freiwillig oder dem Zwange gehorchend, nachgab.

Die Zentralregierung, also das Ministerium Clemenceau, konnte nicht nachgeben, weil sonst im Prinzip das Mittel als berechtigt anerkannt wurde, zu dem der Süden gegriffen hatte. Auch war es an sich undenkbar, einen Schaden, der sich tief eingewurzelt hatte, durch ein Wunder der Gesetzgebung zu beseitigen. Was sich hätte erlangen lassen, war, durch eine ausgiebige Unterstützung, wie das reiche Frankreich sie ohne Zweifel aufbringen konnte, der wirklich vorhandenen Not zu steuern und durch das Versprechen energischer Reformarbeit die Ungeduldigen zum Warten zu bestimmen, wie sie so oft schon, auf bloße Verheißungen hin, gewartet hatten. Aber der Gedanke, sofort mit pekuniären Unterstützungen einzugreifen, scheint überhaupt nicht aufgetaucht zu sein. Man mahnte zu Besonnenheit, tat aber nichts, um die steigende Erregung zu hindern. Es klingt uns kaum glaublich, daß die südfranzösischen Eisenbahnen den Hunderttausenden, die demonstrierend sich in den Städten versammelten, durch Preisermäßigung die Ausführung ihrer Absichten erleichterte. An den Ernst der Drohungen, die von Paris ausgingen, scheint man nicht geglaubt zu haben, den Befehlen des Ministeriums wurde kein Gehorsam geleistet, und die Verhandlungen in der Kammer haben die Erregung nur gesteigert. So blieb schließlich nichts übrig als eine militärische Besetzung des Landes. Zurzeit sind 6 Infanterieregimenter, je ein Regiment Husaren und Jäger zu Pferde und zwei Dragonerregimenter eingerückt, 10 weitere Infanterieregimenter und je 2 Regimenter Dragoner und Jäger sollen folgen, so daß insgesamt 3 Armeekorps hier beisammen sein werden. Herr Clemenceau hat damit und dadurch, daß er die Kammer nötigte, ein Gesetz zu Ende zu beraten, das bestimmt ist, der Weinkultur im Süden wieder ihre Existenzfähigkeit zurückzugeben, getan, was in seinen Kräften lag, um Frankreich von dem unheilvollen Aufruhr zu befreien. Auch hat ihm die Kammer, wie er es verlangte, ein Vertrauensvotum zuerkannt.

Das alles war bereits geschehen, als der große Theatercoup des Besuchs erfolgte, den Marcellin Albert dem Ministerpräsidenten abstattete. Clemenceau soll gescholten, Marcellin geweint haben, schließlich ist der „Rédempteur" durch eine Hintertür und durch den Garten des Präsidenten ins Freie geführt worden, eine Droschke hat ihn zur Eisenbahn gebracht, und da der Zug, der ihn nach Süden zurückführen sollte, bereits abgegangen war, hat er in aller Ruhe

gefrühstückt, sich en passant noch interviewen lassen und ist dann mit dem nächsten Zuge abgefahren, während Clemenceau seine Ministerkollegen zusammenrief, um ihnen von seinem Abenteuer zu erzählen. Beide, der Tribun des Südens und der alte Tribun auf dem Ministersessel, haben der Welt nicht verraten, welche Abmachungen sie getroffen haben. Das wird eine Überraschung sein — wir hoffen: der glückliche Abschluß des Dramas, in welchem jene Pariser Episode Marcellins als tragikomisches Intermezzo figurieren wird.

Ob aber dieser Ausgang, in Verbindung mit den Dragonaden und dem hastig fertiggestellten Weinschutzgesetz, den Süden mehr als äußerlich beruhigen wird, steht dahin. Wir wagen nicht, uns dafür zu verbürgen. Die Erbitterung dort wie in Paris richtet sich jetzt gegen die Person des Ministerpräsidenten, den man für die Sünden verantwortlich macht, die er als Erbschaft von seinen Vorgängern übernehmen mußte. Der „Figaro" zeigt in einer der berühmten Karikaturen, die unter der Überschrift doux pays so überaus sarkastisch die französische Gegenwart ironisieren, den Ministerpräsidenten vor den Leichen der gefallenen Soldaten und Bauern stehend, und setzt darunter die Unterschrift: „Wie schön, wenn ich jetzt zur Opposition gehörte!" Clemenceau ist eben sein ganzes Leben hindurch der gefürchtete Oppositionsmann und Ministerstürzer gewesen und hätte sich eine Lage wie die heutige gewiß nicht entgehen lassen, um einen Gegner — und jeder Ministerpräsident war ihm ein Gegner — zu Fall zu bringen. Das „Journal des Débats", das besonders unbarmherzig mit ihm verfährt, erinnert an Jules Ferry, der nach der unglücklichen Tongkingaffäre als Opfer Clemenceaus fiel, und dem Frankreich heute ein Denkmal errichtet. „L'homme qui refusait de laisser parler Jules Ferry, victime d'une folle panique, dont le récit n'a rien de glorieux pour notre histoire parlementaire, est à son tour sur le banc des accusés!" Sobald der Süden einigermaßen beruhigt sei, würden Senat und Kammer Clemenceau keinen Tag länger im Amte lassen! So absolut sicher dürfte das noch keineswegs sein! Ein alter Fuchs hat viele Ausgänge in seinem Bau, und vielleicht ist gerade Marcellin Albert noch bestimmt, bei der Rettung Clemenceaus eine Rolle zu spielen.

Der Text des spanisch-französischen Abkommens ist noch nicht veröffentlicht worden. Aber während zunächst ein großer Teil der französischen Blätter bemüht war, ihm einen rein formellen

Charakter beizumessen, findet man heute bereits gut, von einer französisch-englisch-spanischen Tripelallianz zu reden und auf den bevorstehenden Anschluß Italiens hinzuweisen. Auch wird, während ursprünglich nur von der Bedeutung dieser Verständigung für den westlichen Teil des Mittelmeeres gesprochen wurde, jetzt auch die Wirkung erwogen, die dadurch in Konstantinopel erzielt werden könnte. Der bekannte Berliner Korrespondent des „Journal des Débats" aber telegraphiert nach Paris, daß unser Auswärtiges Amt „so sehr von dem friedlichen Charakter der Vereinbarungen überzeugt gewesen sei, daß der Unterstaatssekretär v. Mühlberg selbst gesagt habe, daß die Veröffentlichung nur nützlich sein könne". Wenn der Herr Unterstaatssekretär das gesagt hat, und wir glauben es gern, läßt sich nur wünschen, daß nun die Veröffentlichung auch wirklich bald erfolgt. Im übrigen scheint uns selbst in der Formulierung des Korrespondenten der „Débats" noch eine ironische Note durchzuklingen, die einem so scharfen Ohr wie dem des Botschafters Cambon gewiß nicht verloren gegangen sein wird.

Auf der Konferenz im Haag sind wir noch in den Einleitungsstadien. Am meisten Eindruck hat bisher der Antrag unseres Hauptvertreters, des Botschafters Frhrn. v. Marschall auf Bildung eines internationalen Oberprisengerichts gemacht. Nebenher drängt sich den Teilnehmern an der Konferenz wie den Außenstehenden immer mehr die Überzeugung auf, daß die Konferenz in allen das Seerecht betreffenden Fragen einen hartnäckigen Opponenten in England finden wird. Namentlich geht die englische Tendenz dahin, unter keinen Umständen das Seebeuterecht beseitigen zu lassen. Schon als im Jahre 1899 die Vereinigten Staaten den auch der Schlußakte des Haager Kongresses einverleibten Wunsch aussprachen, daß das Privateigentum im Seekriege unverletzlich sein, und daß darüber auf einer weiteren Konferenz beraten werden sollte, stimmten England und mit ihm Frankreich und Rußland nicht zu. Jetzt scheint die Stimmung Englands diesem Gedanken noch feindseliger gegenüberzustehen, und es ist besonders aufgefallen, daß in einem Organ, das Campbell-Bannerman protegiert und mit eigenen Beiträgen beehrt, der „Nation", mit voller Rücksichtslosigkeit für die Beibehaltung des Seebeuterechts eingetreten wird. Natürlich aus Gründen der Humanität, um so einen Krieg rascher zu Ende zu führen. Daß dabei

auf Deutschland als den möglichen Gegner exemplifiziert wird, gehört offenbar zu den Zeichen der Zeit. „So lange wie Kriege vorkommen ... muß Großbritannien seiner nationalen Sicherheit wegen auf der Zerstörung des Handels irgend einer Macht bestehen, die unvorsichtig genug ist, es anzugreifen. Es ist eine Unsinn, anzunehmen, daß die deutsche Flotte imstande sei, oder jemals imstande sein wird, den deutschen Handel zu schützen." Die Größe des englischen Handels beruhe auf der Vernichtung der Handelsflotten Frankreichs und der Vereinigten Staaten. Beseitige England dieses Recht auf Zerstörung, so werde seine maritime und kommerzielle Übermacht zerschmettert werden.

Diese Ausführungen erklären sich aus der Vorstellung, daß die Weltkonstellation von heute von ewiger Dauer sein werde. Wir blicken nicht mit gleicher Sicherheit auf die Beständigkeit der heutigen Allianzen. Es können sehr merkwürdige Wandlungen eintreten, und namentlich zweifeln wir nicht daran, daß die englisch-japanische Kombination nicht für die Ewigkeit geformt ist. Sie dient der Heranbildung eines künftigen providentiellen Gegners der englischen Politik, und wenn einmal die Wandlung eingetreten ist, die das Gleichgewicht zur See herstellt, oder gar zu ungunsten Englands verschiebt, so läßt sich mit Sicherheit darauf rechnen, daß auch die englische Auffassung vom Seebeuterecht aus „humanitären Gründen" in ihr Gegenteil umschlagen wird.

Die japanisch-amerikanischen Differenzen, von denen in der letzten Zeit wieder viel und in sensationeller Weise die Rede gewesen ist, nehmen wir nicht ernst. Beide Teile wollen keinen Krieg. Aber einigermaßen ungeduldig ist man nachgerade in den Vereinigten Staaten geworden, weil der japanische Chauvinismus sich gar zu ungeniert äußert. Auch hat man das französische Anerbieten, zwischen den Vereinigten Staaten und Japan zu vermitteln, nicht eben als einen Akt der Freundschaft aufgenommen. Die Franzosen, sagt man, hätten wissen müssen, daß ihr Antrag abgelehnt werden würde, und haben es nun den Vereinigten Staaten unmöglich gemacht, ähnliche Bemühungen Englands oder einer anderen Großmacht anzunehmen.

Einen merkwürdigen japanischen Antrag für die Haager Konferenz kündigt der Wiener Korrespondent des „New York Herald" an. Der japanische Vertreter, Herr Susuki, früher Unterstaatssekretär, sei nämlich beauftragt, mit großem Nachdruck darauf zu bestehen, daß das Eroberungsrecht auch alles Privateigentum des

eroberten oder annektierten Landes umfassen solle. Rußland und die Vereinigten Staaten würden dagegen wirken, da Japan offenbar auf diesem Wege sich zum Herrn der Minen und Konzessionen in der Mandschurei und in Korea machen wolle. Da derselbe Bericht behauptet, daß Japan und Deutschland auf Ausschließung der Presse vom Kongreß bestanden hätten, was notorisch falsch ist, wird man wohl auch der ersten Behauptung keinen Glauben schenken dürfen. Sie ist an sich unwahrscheinlich, da sie einen Rückschritt in der Entwicklung des Völkerrechts bedeuten würde. Eine andere Kongreßente vermittelt der berüchtigte Arguskorrespondent der „Nowoje Wremja" aus London. Es handle sich um eine englisch-französisch-deutsche Teilung des Kongostaates den Deutschland ausgeheckt, aber schließlich fallen gelassen habe, um Engländer und Franzosen zu ärgern. Man kann sich wirklich nichts Abenteuerlicheres ausdenken. In ähnlichem Stil aber sind die Betrachtungen von Argus über die Bagdadbahn gehalten, eine Frage, von der er prophezeit, daß sie bald aktueller sein werde als alle übrigen. Herr Chéradame und Herr Maxse von der „National Revue" mußten ihm dabei als Schwurzeugen dienen, was wohl an sich genügt, um die ganze Aktion zu charakterisieren. Aber wir können Herrn Argus und seine Hintermänner beruhigen: weder Kongostaat noch Bagdadbahn sind aktuelle Fragen. Die erste ist ein belgisches Problem, die zweite eine türkische Kulturfrage, die uns zwar interessiert, die wir aber nicht mit anderen Problemen verquicken, und von der wir überzeugt sind, daß sie einer normalen Lösung entgegenreift.

Von den russischen Dingen ist jetzt noch nicht viel zu sagen. Die Auflösung der Duma hat die revolutionären Parteien trotz allem überrascht und außer Fassung gebracht. Die Führer konnten zum größeren Teil verhaftet werden. Entkommen sind die Abgeordneten Ohsol, Ssaltykow, Komar, Gerus und Mitrow. Einige von ihnen sind gewiß schon auf deutschem Boden. Abgesehen von einer schnell niedergeworfenen Meuterei in Kiew haben die Truppen überall ihre Pflicht getan, und die Ruhe ist bisher nicht gestört worden, obgleich feststeht, daß eine Reihe von Aufständen vorbereitet war. So hat man im Fraktionszimmer der lettischen sozialdemokratischen Partei einen Aufruf des lettischen sozialistischen Lehrervereins gefunden, der zu bewaffnetem Aufstand und zur Konstituierung einer Republik auffordert. Die „Nowoje Wremja" bringt darüber Einzelheiten, die lehr-

reich genug sind. Der Entschluß der russischen Regierung, die drei Ostseeprovinzen zu einem besonderen Militärbezirk zusammenzufassen und erhebliche Truppenverstärkungen dahin abzufertigen, sowie die Beibehaltung des Generalgouverneurs scheint mit diesen Beweisen der fortbestehenden revolutionären Tendenz der Bauern und ihrer halbgebildeten Führer in Zusammenhang zu stehen. Aus Polen soll ein Teil der Truppen in die Wolgagouvernements gezogen werden, was ohne jede Gefahr geschehen kann, da Polen auch danach militärisch außerordentlich stark besetzt bleibt. Über die feindselige Stimmung der Polen täuscht man sich nicht, auch wäre das kaum möglich, da sie selbst aus ihrer Gesinnung kein Hehl machen. So schreibt die „Praca P." Nr. 79: „Wir brauchen weder Fortschritte, noch allgemein menschliche Freiheit, auch nicht ein Regime, das auf Freiheit und Gleichheit begründet ist, sondern nur eines: unsere polnische Freiheit!" Im „Goniec" (Nr. 500) wird das folgendermaßen erläutert: „Wir sagen es jetzt offen vor dem Angesicht ganz Rußlands, das bis in seine Grundfesten erschüttert ist, wir, die Feinde des russischen Regiments im Zartum Polen, brauchen eine eigene polnische Armee." In „Naicha Shisn" aber schreibt Herr Stadnicki: „Die Rekruten der jetzigen Aushebung müssen in Polen bleiben, Generalgouverneur Skalon muß verjagt werden, und als Statthalter verlangen wir durchaus einen Polen." Die „Nowoje Wremja", der wir diese Zitate entnehmen, gibt noch eine lange Reihe ähnlicher Aussprüche wieder, aber sie versäumt, Jahr und Datum beizusetzen. Sie scheinen uns aus vorigem, nicht aus diesem Jahre zu stammen, sind aber darum nicht minder charakteristisch.

Über die Bedeutung des neuen Wahlgesetzes wird sich erst urteilen lassen, wenn man seinen Effekt sieht. Sicher ist, daß der Großgrundbesitz dominieren wird. Die Ostseeprovinzen werden diesmal durch Deutsche vertreten sein, die alle auf dem Boden der Verfassung stehen werden. Von den russischen Großgrundbesitzern läßt sich das nicht mit gleicher Sicherheit sagen. In der Versammlung der Semstwovertreter, die jetzt in Moskau tagen, sind von etwa 150 Personen 15 Mitglieder der äußersten Rechten, 15 Kadetten, der Rest gemäßigte Rechte und Oktobristen. Bleibt dies das Verhältnis, so wird die nächste Duma lebensfähig sein.

Es fällt auf, daß die „Nowoje Wremja" heftige Angriffe gegen die Kollegen Stolypins richtet. Das Ministerium, in welchem der Ministerpräsident zugleich Minister des Innern ist, besteht heute aus

folgenden Personen: Finanzen: Kokowzew, Justiz: Schtscheglowitow (beiläufig bemerkt wohl der einzige Minister der Welt, der noch Zeit findet, regelmäßig Vorlesungen zu halten — in der Rechtschule über Zivilrecht), Öffentliche Arbeiten: Schaufuß, Krieg: Roediger, Marine: Tikow, Unterricht und Kultus: Kaufmann, Hof: Fredericks, endlich Auswärtiges: Iswolski.

Herr Menschikow, von dem die oben erwähnten Angriffe ausgehen, erklärt zwar alle für redliche und tüchtige Männer, vermißt aber an ihnen Energie. „Wenn der Wolf kommt, braucht man Jäger!" Der Petersburger Korrespondent des „Journal des Débats", der ebenfalls an dem Ministerium mäkelt, klagt, daß kein Genie in der ganzen Reihe sei. Rußland brauche ein Genie!

Wir fürchten, daß das Genie auch in den Reihen der äußersten Rechten nicht zu finden ist, für die beide Herren einzutreten scheinen. Nicht Genie — das sich nicht bestellen läßt —, sondern Charakter tut not, und Charakter hat der Ministerpräsident gewiß gezeigt. Man kann zufrieden sein, wenn die anderen seine Wege gehen.

In Brüssel erscheint in französischer Sprache eine Wochenschrift „zur Verteidigung der Interessen des osmanischen Reiches", „l'Orient". In der Doppelnummer vom 15. bis 22. Juni haben wir einen P. M. gezeichneten Artikel gefunden, der von allgemeinerem Interesse ist, weil er zeigt, nach welcher Richtung die politischen Antipathien der hohen Pforte gehen. Die osmanische Regierung, so führt dieser Artikel aus, habe sich vor einiger Zeit daran gemacht, den Plan einer Justizreform in den Vilajets von Rumili zu studieren. Sofort hätten darauf die Mächte es für ihre Pflicht gehalten, sich ebenfalls mit dieser Frage zu beschäftigen. Bisher aber habe die Erfahrung gelehrt, daß das Eingreifen der Mächte stets die einfachsten Fragen kompliziere und ihre Lösung fast zur Unmöglichkeit mache. Im vorliegenden Falle vollends lasse sich nicht absehen, welche Ratschläge von praktischer Bedeutung diese Mächte erteilen könnten, denn wenn man prüfe, wie es bei ihnen aussehe, dränge sich die Überzeugung auf, daß die Justiz bei ihnen einer erheblichen Reform bedürftig sei. In Frankreich hätten die Kammerverhandlungen aus Anlaß der Krisis im Süden gezeigt, daß französische Beamte den Weinfälschern alle Mittel geliefert hätten, sich der Strenge der Gesetze zu entziehen, daß jene Beamten wiederum durch die Regierung vor den Folgen ihrer Ungesetzlichkeiten bewahrt

wurden. Ein zweites Beispiel gebe Italien, wo die Mitglieder der neapolitanischen Camorra durch bestochene Beamte freigesprochen worden seien. In der Türkei aber verfolge man bestechliche Beamte und bestrafe sie streng. Das sollten die abendländischen Staaten sich zum Muster nehmen!

Ein anderer Artikel des „Orient" entrüstet sich über die „Verleumdungen" der türkischen Armee durch französische Blätter, während doch niemals osmanische Soldaten der Welt ein Schauspiel wie heute die meuternden französischen Truppen geboten hätten. Wenn aber Herr Clemenceau in Anlaß der Revolte der Weinbauern in Südfrankreich kein Hehl aus der Sorge gemacht habe, die ihm das „Mouvement régionaliste", d. h. der provinzielle Separatismus der südlichen Departements mache, so sei doch darauf hinzuweisen, daß gerade Herr Clemenceau im Verein mit Herrn v. Pressensé und anderen, als Mittel zur Lösung der orientalischen Frage, die Autonomie türkischer Provinzen — die doch nur eine Form des Regionalismus sei — verlangt habe. „Wir kommen also zum Schluß, daß, was Herr Clemenceau als Privatmann für das türkische Reich gut findet, ihm als Ministerpräsident für Frankreich schädlich scheint."

Man fühlt den lange verhaltenen Groll, der aus diesen Ausführungen spricht, und wird ihnen eine gewisse Berechtigung nicht absprechen können, auch wenn man, wie wir, nicht zu den Bewunderern der türkischen Justiz gehört. Die Schuld an den unhaltbaren Zuständen in Mazedonien trifft weit weniger die Pforte, als die, um eine außerhalb ihrer Grenzen liegende türkische Provinz rivalisierenden, kleinen christlichen Staaten: Serbien, Bulgarien, Griechenland, aus deren Streitschriften über die „mazedonischen Greuel" sich das eine mit aller Bestimmtheit ergibt, daß sie es sind, die eine Herstellung des inneren Friedens in der unglücklichen Provinz zur Unmöglichchkeit machen. Wie weit auch die politischen Gegensätze der großen Mächte dabei mitspielen, wollen wir nicht untersuchen. Der „Orient" hat es für nützlich befunden, die in der islamischen Welt meist gehaßte der europäischen Großmächte nicht einmal zu nennen.

Man soll sich aber nicht darüber täuschen, daß in der Tat der Orient politisch lebendig wird. Die ägyptischen, indischen, chinesischen Zeitungen lassen darüber keinen Zweifel. Im „Etendard Egyptien" vom 15. Juni lesen wir das folgende Zitat aus dem „Al Minbar": „Die

Völker des Orients sind erwacht von ihrem langen Schlummer, seit Japan über Rußland triumphierte. Dieser Triumph ist die Folge eines lebenerweckenden Windes, der über die Völker des Orients wehte. Persien hat ein Parlament und über 100 politische und wissenschaftliche Zeitschriften geschaffen. Dieses Auferstehen wird dem Ehrgeiz der Fremden ein Ziel setzen. Die Inder, die 150 Jahre lang sich in Tyrannei beugten, streben nach Freiheit, getrieben vom Geist einer neuen Bildung. China bereitet sich vor, dieselben Wege zu gehen, und wendet sich dem Studium zu. Hält diese Bewegung an, so wird einmal der Orient mit dem Okzident in Bildung und Politik rivalisieren."

Niemand wird den Orientalen diese Wünsche und Hoffnungen verübeln. Nur glauben wir nicht, daß die Entwicklung in den osmanischen Landen so schnell vor sich gehen wird, wie es in Japan geschah und vielleicht in China geschehen wird. Zu den Ergebnissen der europäischen Kultur wird sie unter keinen Umständen führen, sondern — wie es heute in Japan der Fall ist — etwas trotz aller äußeren Anpassung im Wesen Verschiedenartiges darstellen. Man kann alles nachahmen, aber die geschichtliche Vergangenheit Europas läßt sich nicht mit übernehmen und gerade diese historische Entwicklung der germanischen, romanischen, slavischen Völker, namentlich aber der beiden erstgenannten großen Völkergruppen, stellt etwas Besonderes dar und hat, auf der Unterlage gemeinsamer christlicher Weltideale, eine geistige Schöpferkraft gereift, wie sie die anderen Rassen und Nationen der Gegenwart nicht entwickelt haben und, wie es scheint, auch nicht entwickeln können. Der Unterschied des rezeptiven und des produktiven Ingeniums läßt sich nicht durch Anpassung verwischen und eben deshalb glauben wir nicht, daß die Führerrolle den Händen Europas verloren gehen kann.

28. Juni 1907. Vertrauensvotum der franz. Kammer für Clemenceau.
29. Juni. Der Koreanische Prinz Tiying Chiyi im Haag.
Unterredung des franz. Abgeordneten Etienne mit Kaiser Wilhelm in Kiel.
Etienne beim Fürsten Bülow.
3. Juli. Das Kaiserpaar in Kopenhagen.

---

5. Juli 1907.

Vor mir stand Mikula Seljäninowitsch. Der Held war abgemagert und klein von Wuchs. Sein zerrissenes rötliches Hemd hing in Fetzen über den schmalen, knöchernen Schultern. Aus den halbverfaulten Stiefeln drängten sich große verkrüppelte, schmutzige Zehen hervor.

Eine Kopeke, um Christi willen! so sang, sich tief verbeugend, dieser große Kämpfer des russischen Vaterlandes.

Wie, Bruder, ist es im Dorfe denn gar zu schwer geworden?

Mikula Seljäninowitsch hob seine müden verblaßten Augen zu mir auf: Weshalb sollte es im Dorfe zu schwer sein? fragte er gleichsam erstaunt. Das Gras duftet — und Gottes Vöglein singen — das ist ihre Art, Gott anzubeten.

Weshalb dann bist du aus dem Dorfe fortgezogen?

Weshalb aus dem Dorfe? Das Bäuerlein kraute sich den Hinterkopf... Ja, siehst du — sagte er, als dächte er laut — es gab nichts zu essen. Anfangs gab es noch Spelt. Aber als das alles auch aufgezehrt war und die Leute vor Hunger nicht nur zu schwellen, sondern zu sterben begannen, da haben wir das Dorf verlassen.

Und hattest du eine große Familie?

Ja, eine große Familie — sagte der Bauer mit Nachdruck —, aber jetzt, Gott sei Dank, sind es nur noch wenige, im ganzen zwei: ich und Grünka, meine Großtochter.

Und die übrigen?

Die übrigen? Wo sollen sie geblieben sein? Die sind gestorben...

Vor Hunger?

Nein! Vor Hunger starb nur meine Alte. Sie lag fünf Tage, ohne etwas zu essen. Sie hatte alles zernagt, was im Hause war, den Trog, die Holzlöffel, die Schüssel. Am sechsten Tage rief sie mich und sagte: „Hörst du, Mikuluschka, wie es nach Brot riecht? Sieh nach im Ofen, vielleicht hat ein Engel Brot gebracht.“ Ich lief zum Popen, damit er ihr die Sünden erlasse, denn ich sah, daß es mit ihr zu Ende ging. Aber als der Pope kam, hatte die Alte schon ihre sündige Seele Gott übergeben.

Mikula Seljäninowitsch schwieg einige Sekunden. Er kämpfte sichtlich mit sich, ob er sein Leid weiter erzählen solle oder nicht. Aber offenbar würgte ihn der Jammer zu sehr, und er beschloß, seine Seele zu erleichtern.

Und meine Söhne sind auch gestorben, sagte er plötzlich und blickte zur Seite.

Woran sind sie denn gestorben?

Meine Söhne? Sieh, das ist so gekommen. Es ist ja heute für einen Rechtgläubigen nicht schwer zu sterben. Gar nichts ist heute leichter.

Aber es muß doch ein besonderer Anlaß gewesen sein?

Natürlich gab es einen Anlaß, wie sollte es anders sein! Ich habe nämlich drei Söhne gehabt. Der eine diente bei den Menschewiki und hätte sich gewiß noch zu den Bolschewiki (Minimalisten und Maximalisten) aufgedient, aber da hat man ihn erhängt. Der andere war zu den Gendarmen gegangen: „Ich“ — so sagte er manchmal — „muß dem Zaren und dem Vaterlande dienen, dafür werde ich bezahlt, und das habe ich beschworen.“ Aber der ist in kleine Stücke zerrissen worden, nur die Stiefel blieben übrig, und auch die waren zerfetzt. Ich habe in der Stadt nur zwanzig Kopeken dafür bekommen können.

Und der dritte?

Der dritte hat das Wohnhaus des Herrn angezündet. Man hatte ihm gesagt, daß alles uns, den Bauern gehöre. Wenn es aber uns gehört, weshalb sollen wir es nicht verbrennen..., so steckte er das Haus an, und ihn selbst streckte eine Kugel nieder. Dort auf dem Ackerfeld, hat er seine Seele Gott übergeben... So ist mir nur Grünka, meine Enkeltochter geblieben, und für die hat sich, Gott Lob, ein Käufer gefunden.

Ein Käufer? Für Grünka?

Gewiß, der Herr vom Nachbargut hat sie gekauft.

Gekauft?

Ja, gekauft. Weshalb, Mikuluschka, sagte er, soll das Mädchen bei dir Hungers sterben? Gib sie mir, sagte er, für fünf Rubel. Grünka aber war hoch gewachsen, obgleich eben erst 13 Jahre alt. So habe ich sie verkauft. Der Schreiber schrieb ein Papier, und der Älteste drückte ein Siegel darunter. Jetzt lebt sie gut. Der Herr hat sie als Kosaken gekleidet, und sie ist Tag und Nacht bei ihm. Er liebt sie sehr, ich selbst aber bin fortgegangen.

Und dein Land hast du aufgegeben?

Mein Land? — Der Bauer rückte näher zu mir heran. Er erhob seine Augen, und ich erkannte sie nicht wieder, sie glühten von einem ganz sonderbaren Feuer. Das Land, sagte er mit leiser Stimme, kann man nicht aufgeben. Es ist heute nur krank — krank vor Kummer!

Was für ein Unsinn ist das?

Nein, Herr, das ist kein Unsinn! Die Mutter Erde ist krank und kann nicht gebären, und nichts kann aus ihr reifen. Sie ist krank von dem Blut, das sie nun schon zwei lange Jahre trinken muß. — Er schwieg einen Augenblick, dann sagte er: Die einen sagen, das Land ist mein, gib her! die anderen: es gehört uns, wir geben es nicht! Und dann fließt Blut und wieder Blut. Ihr aber, dem Mütterchen, sind alle gleich, alle sind ihre Kinder, und sie liebt alle gleichmäßig. Und wessen Blut die Erde auch trinken muß, immer ist es das Blut ihrer Kinder. Und dadurch ist sie vor Kummer krank geworden. Und sie stöhnt bitterlich, die Arme, sie stöhnt.

Ich wollte etwas erwidern, aber der Bauer wehrte mit seiner schwieligen Hand ab.

Du glaubst es nicht, Herr, sagte er erregt, aber es ist wahr. Geh hinaus ins Feld und wirf dich an die Brust unserer schmerzensreichen Ernährerin, dann wirst du dieses Stöhnen hören. Nur wirst du dann weder trinken noch essen, und dein Herz wird vertrocknen — wie dieses Gras. Und du wirst weinen wollen, aber deine Tränen werden hineinfallen in dein Herz, und aus den Augen werden sie nicht fließen. Und du wirst schreien wollen, aber die Lippen werden deinen Schrei nicht durchlassen; auch er wird inwendig bleiben, und er wird deine Brust in Stücke zerreißen!

Der Bauer sprach leise, ganz leise. Seine Worte drangen mir wie Nägel ins Hirn und ins Herz... Mir wurde unwillkürlich bange.

Fast wider Willen drängte sich mir die Frage auf: Und wie lange wird sie denn stöhnen?

Sie wird stöhnen, antwortete derselbe leidenschaftliche Flüsterton, so lange die Tropfen heißen Menschblutes die Brust der Mutter Erde versengen werden. Bis diejenigen sich erbarmen, die meinen ersten Sohn erhängt und meinen zweiten Sohn in Stücke gerissen haben. Bis sie Erbarmen, Erbarmen, Erbarmen zeigen!

Er schwieg. Es war eine peinvolle Pause. Plötzlich aber raffte er sich auf und sagte: Jetzt, Herr, lebe wohl.

Wohin? Er lachte. Wer kann wissen, wohin, irgend wohin.. leb wohl!

Mikula Seljäninowitsch schritt schnell vorwärts, und eine Minute später hörte ich schon die Stimme des großen Kämpfers der russischen Lande: Um Christi willen eine Kopeke! Und die Erde stöhnte.

Diese ergreifende Wiedergabe eines wirklichen Gesprächs findet sich in der „Rjetsch". Der sie wiedererzählt hat, zeichnet Starodum, und wir wollen uns seinen Namen merken als den eines der großen Erzähler, an denen Rußland so reich ist. Es will uns aber scheinen, als ob die schlichten Worte des Bettlers, dem Starodum den legendarischen Namen Mikula Seljäninowitsch gibt, besser, als der eingehendste Leitartikel es vermöchte, uns einen Blick tun lassen in die Seele des russischen Volkes. Sie ist müde, todmüde von all dem Jammer, und das viele Blut, das geflossen ist, lastet wie ein Alp auf ihr. Die Sage, daß die Erde mitdulde, war uns schon vor Monaten entgegengetreten, herumgetragen von wandernden Bauern und Mönchen. Nur hieß es damals, sie weine blutige Tränen. Wer recht hinschaue, werde die Blutstropfen finden, an den Gräsern des Feldes, im Walde, wo immer die Mutter Erde sich unbeachtet glaube. Sie weint um ihre Kinder, die sich zerfleischen, und will Frieden haben, Frieden!

Wird sie ihn finden? Das ist die Frage, die heute durch ganz Rußland geht. Mit der Auflösung der Duma, deren Mitglieder, soweit sie den Sozialdemokraten und Sozialrevolutionären angehörten, unter dem Schutze ihrer Immunität einen Mordanschlag gegen das Zarenhaus und eine Militärrevolution im Reiche vorbereiteten, um auf den Trümmern dem politischen Phantom, das sie „Freiheit" nennen, einen Tempel zu errichten, — mit der Auflösung der Duma ist ein wichtiger Schritt getan, um diesem Zustande des Friedens näher zu kommen. Denn darüber kann nur der politisch Blinde sich täuschen: es war nicht

möglich, mit den Volksvertretern, die wir in den beiden Dumen kennen gelernt haben, das zu erreichen, was das Ziel der Freiheitsbewegung war und was heute das Ziel der Regierung ist: die Umbildung Rußlands zu einem Rechtsstaate. Die einzigen, die sich entschlossen auf diesen Boden stellten, die Oktobristen, waren zu schwach vertreten, um zur Geltung zu kommen. Die Partei, welche die meisten Kapazitäten aufzuweisen hatte, die der konstitutionellen Demokraten, erwies sich in einem Doktrinarismus befangen, der allen Nachdruck auf die Form legte und darüber von der russischen Wirklichkeit jede Vorstellung verlor. Sie haben kein Hehl daraus gemacht, daß ihr Ziel ein parlamentarisches Regiment war, mit all dem Beiwerk, das sich im Laufe der Generationen an den abendländischen Parlamenten emporgerankt hat, und konnten sich von dem Grundirrtum nicht freimachen, daß das Heil an den Formen hänge. Werde die richtige Formel gefunden, um die Freiheitsgleichung zu konstruieren, so müsse das Ergebnis eben die wirkliche, erhabene, irrtumlose Freiheit sein, die auch für Rußland das Ideal menschlicher Glückseligkeit verwirklichen werde. Man braucht nur einen Blick in die Idealverfassung zu werfen, die im vorigen Jahre von den Kadetten veröffentlicht wurde und deren Verfasser — wenn wir recht unterrichtet sind — Herr Struve ist, um in den Kreis dieser Utopien versetzt zu sein. Es ist in der Tat eine ideale Verfassung, aber berechnet auf ideale Menschen und so wenig auf dem Boden der Wirklichkeit, daß wir nicht wüßten, welcher Staat der Welt mit ihr leben könnte. Und wie kläglich sind dann alle diese Träume in das Nichts zerflossen! Vom Obskurantismus der Anhänger des alten Regime quand-même gereizt, von dem stärkeren Radikalismus der Extremen überholt, aus prinzipiellen Gründen unfähig zu Kompromissen mit der Regierung: so hat diese stärkste Partei der ersten wie der zweiten Volksvertretung die Stunden vorüberziehen lassen, da die Sterne ihr günstig waren. Was zwischen dem Heute und dem Tage liegt, da die erste Duma zusammentrat, zwang der Regierung die Pflicht auf, wenn anders sie den Staat nicht zugrunde gehen lassen wollte, Vorkehrungen zu treffen, um eine künftige Duma zu organisieren, die dem nächsten Bedürfnis des Staates und des Volkes — dem Bedürfnis zu existieren — Rechnung zu tragen bereit war.

Ob das neue Wahlgesetz dahin führen wird, daß die dritte Duma uns eine arbeitsfähige, staatserhaltende, die Grundlagen der

notwendigen Freiheit nicht verleugnende Volksvertretung bringt, das wollen wir abwarten. Daß der Zar und sein Ministerpräsident nicht zu absolutistischem Regiment zurückkehren wollen, ist zweifellos. Aber nicht über allen Zweifel sicher ist uns der Ausgang der Krisis, die bis zum Zusammentreten jener dritten Duma überwunden werden muß. Dauert das System der Attentate, der Militärrevolten, der Agrarverbrechen fort, so ist allerdings zu befürchten, daß eine Gegenbewegung ausbricht, die in ihren Konsequenzen zu einer harten Reaktion führt. An Symptomen dafür fehlt es nicht, und es scheint uns deshalb die nächste und wichtigste Aufgabe jedes Russen zu sein, der sein Vaterland liebt und der an dem Ziel festhält, den Rechtsstaat Rußland aufzubauen, vor allem, soviel an ihm liegt, zur Beruhigung der Geister behilflich zu sein. Solange die Bauern an ihrem Agrarkommunismus, die Arbeiter am Fetisch ihrer unverstandenen sozialistischen Utopien festhalten, solange die Jugend es für ihre Aufgabe hält, über den Staat zu Gericht zu sitzen und den Henker zu spielen, solange endlich Männer in reifen Jahren die Kinderkrankheit doktrinärer Staatskonstruktion nicht losgeworden sind, so lange wird auch die russische Revolution fortdauern und die Erde, die schmerzensreiche Mutter, stöhnen und blutige Tränen weinen.

Wir möchten noch auf eine andere Krankheit hinweisen: die Sucht zu verdächtigen und die Schuld an dem Unglück, das Rußland betroffen hat, anderen zuzuweisen. Der Petersburger Korrespondent des „Journal des Débats", auf dessen in jüngster Zeit immer stärker hervortretende deutschfeindliche Tendenz wir schon mehrfach hinweisen mußten, führt den Ursprung des japanischen Krieges und seine Folgeerscheinung, die russische Revolution, namentlich aber die Gemetzel in den baltischen Provinzen zurück — man sollte es nicht für möglich halten! — auf deutsche Intrigen. „En un mot" — sagt dieser Korrespondent — „la crise actuelle serait le résultat d'un souverain voisin!" Und er schließt mit dem Spruch „is fecit cui prodest!" Uns wundert nur, daß die Redaktion des „Journal des Débats" es nicht als eine Pflicht selbstverständlichen Anstandes empfunden hat, die verleumderische Insinuation, deren Nonsens zudem jedem urteilsfähigen Menschen einleuchten muß, ihrem Korrespondenten zu streichen.

Eben heute ist wieder aus Anlaß des gnädigen Empfanges, den Herr Etienne in Kiel bei Kaiser Wilhelm gefunden hat, viel von der Wahrscheinlichkeit einer deutsch-französischen

Verständigung die Rede. Daß auch der Herr Reichskanzler mit Etienne eine eingehende Unterredung hatte, schien das Gerücht zu bestätigen; und in der Tat läßt sich annehmen, daß jene Unterredungen nicht die Banalitäten der letzten Wochen zum Gegenstande gehabt haben werden. Aber man scheint zu vergessen, daß Herr Etienne nicht in verantwortlicher Stellung steht, und daß, wenn anders wirklich politische Probleme berührt wurden, er nicht mehr bieten konnte, als die Ansichten und Urteile eines welterfahrenen Mannes: subjektive Überzeugungen, nicht Anträge oder einen praktischen Anhalt zu Verhandlungen. Namentlich erscheint es uns höchst unwahrscheinlich, daß über aktuelle Fragen der marokkanischen Politik verhandelt sein sollte. Die Frage der Regelung der Polizeiorganisation ist auf fünf Jahre durch den Vertrag von Algeciras festgelegt, im übrigen aber handelt es sich um laufende Geschäfte, die in den Händen der Diplomaten liegen und schwerlich Gegenstand einer prinzipiellen Erörterung bilden konnten. Was aber die jüngsten Verträge zwischen England und Spanien sowie zwischen Frankreich und Spanien betrifft, so ist ihr Text ja jüngst publiziert worden, und der Wortlaut hat sich unverfänglicher erwiesen, als zunächst angenommen werden konnte. Daß noch geheime Abmachungen nebenher laufen, wird von französischer wie von englischer Seite auf das bestimmteste bestritten, wobei jeder Geschichtskundige sich freilich sagt, daß es noch niemals einen Geheimvertrag gegeben hat, der nicht auf das feierlichste verleugnet wurde, ehe der Augenblick kam, da man es für nützlich hielt, mit ihm vor die Öffentlichkeit zu treten. Haben wir doch erst kürzlich erlebt, daß der Besuch König Eduards VII. in Carthagena als ein politisch völlig bedeutungsloser Höflichkeitsbesuch dargestellt wurde. Heute aber verkünden amerikanische Blätter („New York Herald", „New York Times", „Sun", „The World") in fast wörtlich gleichlautenden Korrespondenzen, daß jene Verträge in Carthagena entstanden und keineswegs so harmlos seien, als man glauben machen wolle. Vielmehr sei eine gegen Deutschland gerichtete Tripelallianz abgeschlossen worden. Diese Artikel führen die Überschrift: Check to the Kaiser, Germanys isolation und ähnlich! Wenn man nun weiß, daß die „Sun" vom „Matin" versorgt wird, der wiederum von der „Daily Mail" einen Teil seiner Sensationen erhält, so gewinnt man einen interessanten Zusammenhang, in den auch „New York Herald", „New York Times" und „The World"

fallen. Es gehört viel Naivität dazu, demgegenüber an die volle Harmlosigkeit der sogenannten Mittelmeerverträge zu glauben, die zudem, soweit unsere Interessen in Frage kommen, vielmehr „atlantische Verträge" genannt zu werden verdienten. Sind sie wirklich harmlos, so ist man wenigstens bemüht, sie als recht drohend darzustellen, und das würde dann den Eindruck bestätigen, den wir zunächst gewannen, daß es sich um ein épouvantail nach alter chinesischer Kriegsmethode handelt. Warnen aber möchten wir nochmals vor der neuerdings wieder auftretenden Vorstellung, als ob Deutschland sich in einer Lage befinde, die es nötigt, neue Anlehnungen zu suchen. Ein Vergleich der inneren Verhältnisse bei uns mit denen unseres französischen Nachbars sollte genügen, von dieser Vorstellung abzubringen. Das Gespenst eines drohenden deutsch-französischen Krieges ist nicht von uns heraufbeschworen worden; wir wollen keinen Konflikt und glauben an keinen Konflikt; aber wir haben keinerlei Anlaß, uns in unserer Haut ungemütlich zu fühlen. Und das kann nicht jedermann von sich sagen. Wir haben in den letzten acht Tagen in französischen Blättern überaus pessimistische Beurteilungen der Zustände in der französischen Armee gefunden. „Heute", schreibt das „Journal des Débats", „wird ein Oberst in Avignon von seinen Leuten ausgepfiffen. Weshalb, weiß man nicht und ist im Grunde auch gleichgültig. Ist doch jeder Vorwand gut, die Internationale im Hofe einer Kaserne zu singen. Hier weigern sich die Soldaten, sich das Haar schneiden zu lassen, dort verlangen sie einen Urlaub für die Nacht. Das genügt, um die Offiziere zu beschimpfen, und nie fehlt es an Zivilisten, welche die Meuterer ermutigen.... Das Furchtbare der jetzigen Lage liegt aber darin, daß sie nicht auf Zufälligkeiten zurückgeht; sie ist die Resultante tiefliegender, gehäufter Fehler, deren Wirkungen nicht durch wohlgemeinte Notbehelfe beseitigt werden können. Man hat das 17. Regiment nach Gap geschafft und feiert diese Tat als einen großen Erfolg. Und doch kommt es nicht darauf an, daß die Regimenter ihre Garnison, sondern daß sie ihre Gesinnung ändern. Generationen werden hingehen, ehe wieder ein guter Geist in Zivil und Militär hergestellt wird; wenige Jahre genügten, ihn zu verderben. Wie soll die zweijährige Dienstzeit ausreichen, unsere Soldaten zu erziehen, da schon der dreijährige Dienst uns Nationalgarden einträgt, die räsonnieren und die im Regiment weder die Leidenschaften noch den Egoismus ihres Zivilistenlebens

aufgeben." Und der „Temps" schreibt in einem Artikel, dessen Spitze sich gegen Jaurès richtet: „Wenn Keime der Zersetzung bei uns vorhanden sind, so hat er sie uns eingeimpft. Er hat uns das Fieber der Neurasthenie gebracht, unter dem wir leiden, er hat die Bande der Disziplin zernagt, im Zivil- wie im Militärdienst, er hat uns die Wirbel gebrochen, und wenn wir noch aufrecht stehen, geschieht es trotz ihm." Und in einem anderen Artikel, der die Überschrift „Sursum corda" trägt, lautet die Schlußbetrachtung: „Das Ansehen der Obrigkeit ist geschwunden, der Respekt vor dem Gesetz existiert nicht mehr, und in zahlreichen Gemeinden, in denen die Staatsgewalt unzureichend ist, hat der Syndikalismus die Herrschaft der Brutalität aufgerichtet... Man beginnt damit, daß man die Obrigkeit höhnt und die Gesetze mißachtet; man endet mit Bestialität und wilder Grausamkeit. Und diese Sozialisten wollen uns glauben machen, daß auf diesen schmachvollen Bahnen die Menschheit zum Fortschritt vordringt. Nein und aber nein! Ihre Handlungen sind schändlich und ihre Doktrin ist barbarisch. Es ist Zeit, ihnen entgegenzuwirken. Für die Regierung wie für die Kammern muß es im Hinblick auf das Anwachsen der Anarchie heißen: sursum corda! Es ist unerläßlich, die wesentlichen Prinzipien wiederherzustellen, ohne die eine bürgerliche Gesellschaft nicht leben kann!"

Wir könnten noch eine lange Reihe ähnlicher Zeugnisse fortsetzen. Sie sind erfreulich als ein Beweis des nahenden Entschlusses, dem Unwesen des destruktiven Sozialismus ein Ende zu bereiten. Daß Clemenceau ein Vertrauensvotum erhielt, als er der Kammer seinen festen Entschluß kundtat, die Autorität des Staates zu behaupten, ist vielleicht ein Anfang zur Wendung, die eine neue Zeit anbahnt. Uns wird ein Frankreich, das sich von der sozialistischen Krankheit befreit hat, näher stehen als das Frankreich von heute. Wir meinen, es wird auch mit billigerem Urteil der deutschen Politik, wie sie Kaiser und Kanzler in vollster Übereinstimmung vertreten, gegenüberstehen. Nach Osten wie nach Westen hin ist uns der gesunde Nachbar lieber als der kranke.

Wir schließen mit Aufzählung einer Reihe von Tatsachen. In England ist der Vorstoß gegen das Haus der Lords von Campbell-Bannerman jetzt wirklich gemacht worden; aber sein Plan ist weniger radikal als vorausgesetzt wurde, dagegen hat er das Prinzip, daß nur das Haus der Gemeinen den Willen des Volkes darstelle und daß ihm allein die endliche Entscheidung gebühre, überaus scharf betont.

Auf diese Prinzipienfrage fällt denn auch der Schwerpunkt der bestehenden Gegensätze. Darüber wird debattiert, die endliche Entscheidung steht noch weit aus.

Zwei englische Blaubücher über Mazedonien geben in 186 Depeschen ein Bild der Ereignisse, wie sie seit Anfang 1905 bis zum März 1907 sich in diesem unglücklichen Lande abgespielt haben. Es ist ein wahrhaft entsetzliches Bild, und die wesentliche Schuld an all dem Blutvergießen wird den griechischen Banden zugewiesen.

Nicht geringes Aufsehen erregt ein Artikel des „Montreal Star", der für Kanada größere Selbständigkeit vom Mutterlande, ein wirkliches kanadisches Homerule verlangt.

Mr. A. M. Suawardy, Sekretär der Londoner panislamitischen Gesellschaft, hat von dem türkischen Botschafter in London die folgende Mitteilung erhalten: „Mit vielem Vergnügen benachrichtige ich Sie, daß ich eine offizielle Mitteilung von Seiner Exzellenz Tevfik Pascha, Minister des Auswärtigen, erhalten habe, welche besagt, daß Se. Kaiserliche Majestät der Sultan, mein erhabener Herr, die Gnade gehabt hat, Ihnen den Kaiserlichen Medjidieorden zu verleihen." Aus demselben Schreiben erfahren wir, daß in London eine Moschee errichtet werden soll, die der Sultan unter seinen Schutz nehmen wird.

Über die portugiesischen Unruhen schreibt eine Korrespondenz der „Tribune" aus Lissabon: „Don Carlos' Thron ist in dringender Gefahr, von der großen demokratischen Welle weggeschwemmt zu werden, die durch den unsinnigen Zäsarismus Francos plötzlich so gefährlich angeschwollen ist. Das Land ist sehr liberal und stark von republikanischen Strömungen beherrscht" usw. Man müßte aus diesen Ausführungen schließen, daß allerdings Gefahr im Verzuge ist. Aber augenscheinlich haben wir es mit Übertreibungen zu tun. Unserer Meinung nach ist alle Aussicht, daß die Regierung schließlich den Sieg davonträgt. Und das ist in jeder Hinsicht wünschenswert. Der unreife portugiesische Radikalismus könnte nur zerstörend wirken.

Eine sehr ansprechende Schilderung des Aufenthaltes der englischen Journalisten in Berlin bringt die „Yorkshire Post" vom 25. Juni. Dieses große, in Leeds erscheinende Provinzblatt urteilt so verständig und sympathisch über Deutschland und seine politischen Führer, daß wir nur wünschen können, ein Echo dieser Stimmen in den Residenzblättern wiederzufinden.

4. Juli 1907. Gefangennahme Mac Lean's durch Raisuli.
Feier von Garibaldis 100jährigem Geburtstag als Nationalfeiertag in Italien.
5. Juli. Beginn der Nordlandreise Kaiser Wilhelms.
Die luxemburgische Kammer erkennt das Erbfolgerecht der ältesten Tochter des Großherzogs an.
8. Juli. Fürst v. Bülow in Norderney.
9. Juli. Französisch-deutsches Abkommen über den Schutz künstlerischen und literarischen Eigentums.

---

10. Juli 1907.

Als H. Taine von seinem großen Werk über den Ursprung des heutigen Frankreich den Band „la conquête jacobine" veröffentlicht hatte (1881), schrieb er einem Freunde, er danke diesen Studien die Erkenntnis einiger politischer Wahrheiten: „Die beiden Tendenzen, die Rousseau pflegte, die die Revolution weiterentwickelte und die unsere Geschichtschreiber gutgeheißen haben, nämlich die anarchistische Tendenz und die Tendenz zum Despotismus, sind in unserer Geschichte seit 90 Jahren immer wieder zu finden. Das Individuum trägt der Regierung keinen Respekt entgegen, und die Regierung hat keinen Respekt vor dem Individuum. Das führt aber zu ernsten Folgeerscheinungen, die noch lange nicht erschöpft sind, und die Zukunft wird für unsere Kinder hart sein."

Man könnte diese Worte allerdings als Motto über die letzten 30 Jahre französischer Geschichte setzen. Aber wer gerecht sein will, wird auch zugeben müssen, daß niemand schärfer als die Franzosen selbst den Anarchismus und den Despotismus, die in ihrem öffentlichen Leben zur Geltung kommen, verurteilt hat. Die großen politischen Zeitschriften bieten dafür drastische Belege. Es ist als eine sehr erfreuliche Erscheinung zu bezeichnen, daß heute die Regierung dem Anarchismus, wie er in der Confédération Générale du travail, im Hervéismus und in dem großen politischen Streik des Südens zutage getreten ist, mit Energie zu Leibe geht. Herr Clemenceau hat trotz des Widerspruchs, der ihm entgegentrat, und trotz seiner politischen Vergangenheit seine Pflicht erfüllt und die Verantwortung, die ihm zufiel, auch

auf sich genommen. Auch glauben wir zu erkennen, daß der Widerstand im Süden erlahmt und die unsinnigen Methoden der Weinbauern und der sich mit ihnen identifizierenden lokalen Gewalten durch die Macht der Verhältnisse und die Konsequenz der Regierung bald ad absurdum geführt sein werden. Daß das neue Gesetz, das bestimmt ist, einer Weinkrisis für die Zukunft vorzubeugen, nun wirklich fertiggestellt ist, wird seinen Eindruck nicht verfehlen. Eine momentane Abhilfe kann es freilich nicht gewähren. Den wirklich Notleidenden wird das übrige Frankreich helfend beispringen müssen, nachdem sie die staatliche Autorität anerkannt haben. Auch Strafen werden nicht ausbleiben dürfen, wenn sich auch vorhersehen läßt, daß sie nicht allzu hart sein werden und daß schließlich eine Amnestie den Schleier über das Geschehene decken wird. Je früher diese Wendung eintritt, um so besser. Der Brand im Nachbarhause ist unter allen Umständen bedenklich.

Die Rede, die Herr Pichon aus Anlaß der Interpellation Denys Cochin über die deutsch-französischen Beziehungen hielt, macht im vollen Wortlaut gelesen einen noch besseren Eindruck als in dem gekürzten telegraphischen Berichte. Die Audienzen Etiennes in Kiel und Berlin wurden zwar jedes offiziellen und offiziösen Charakters entkleidet, zugleich aber wird die Persönlichkeit und Stellung Etiennes so nachdrücklich als eine bedeutende hervorgehoben (Mr. Etienne qui occupe des fonctions considérables en France et a rendu à notre pays des services que nous sommes unanimes à apprécier), daß dadurch der Schlußsatz dieses Teiles der Rede des Ministers noch an Gewicht gewinnt. „Ein Empfang, wie er ihn gefunden hat, ist ein Beweis für unsere ausgezeichneten Beziehungen zu unseren Nachbarn." Es schloß sich daran eine Darlegung des augenblicklichen Standes der marokkanischen Frage, die auf eine wesentliche Abnahme der Spannung hinwies, die infolge der Mauchampschen Ermordung entstanden war. Besonders erfreulich ist, daß Herr Pichon sich sehr bestimmt auf den Boden der Vereinbarungen von Algeciras stellte und ausdrücklich hervorhob, daß heute keinerlei diplomatische Schwierigkeiten zu befürchten seien. Auf die letzten Verträge übergehend, beschränkte er sich begreiflicherweise auf die von Frankreich und Spanien getroffenen Vereinbarungen. Aber doch nur auf eine Seite derselben. Er sprach vom Mittelmeer, nicht von den atlantischen Küsten, auch nur von der Erhaltung des Status quo, nicht von den in den Verträgen in Aussicht genommenen möglichen

Veränderungen dieses gegenwärtigen Bestandes. Dabei wies er darauf hin, daß diese Verträge überall gut aufgenommen worden seien, und erinnerte an das Wort des Fürsten Bülow, daß die Größe Deutschlands nicht auf die Zwietracht anderer Mächte gegründet sei. Im 20. Jahrhundert werde in Europa keine Macht sich zum Schaden anderer stärken wollen. Frankreich suche, um des Friedens willen, in voller Unabhängigkeit, zum Besten aller den Kreis seiner Freundschaften zu erweitern.

Wir wissen nicht, ob die Beschränkung auf „Europa" eine absichtliche oder zufällige Redewendung bietet. Im fernen Osten hat ja das 20. Jahrhundert sehr erhebliche Wandlungen gebracht, und es kann nicht daran gezweifelt werden, daß auf afrikanischem Boden solche Wandlungen erstrebt werden. Die Kap-Kairobahn z. B. ist anders nicht zu verwirklichen, und niemand glaubt wohl, daß dieser Plan aufgegeben sei. Es ließen sich noch andere Beispiele aufführen, die gegen den erfreulichen Optimismus Herrn Pichons argumentieren, aber gewiß war es nicht seine Aufgabe, darauf hinzuweisen, und wir wollen gern anerkennen, daß auch die Beschränkung der Sentenz (Nul dans notre Europe du vingtième siècle ne voudrait essayer de se fortifier au détriment des autres) auf Europa einen nicht geringen Wert als Programm hat. Sie gewinnt noch dadurch an Bedeutung, daß gleichzeitig in dem offiziellen Organ der englischen Regierung, der „Westminster Gazette", die deutsch-englischen Beziehungen in sehr freundschaftlicher Weise erörtert werden. Es gebe, sagt die „Westminster Gazette", nur eine geringe Zahl von Engländern, die entschlossen deutschfeindlich seien, und diese Gruppe sei, beiläufig bemerkt, vor wenig Jahren ebenso entschlossen franzosenfeindlich gewesen. Wenn der Strom der europäischen Politik dahin geführt habe, daß England sich genötigt sah, eine Rolle zu spielen, die in Deutschland Anstoß erregte, so sei das im übrigen England als das unglückliche Resultat eines gebotenen Verhaltens betrachtet worden. Niemand bedaure in England die Entente mit Frankreich, das gegenwärtige Kabinett habe sie übernommen, aber die große Majorität der Engländer habe niemals gewünscht, daß diese Beziehungen zu Frankreich einen antideutschen Charakter annehmen. Auch müßten ernste Männer sich sagen, daß chronische Friktionen mit Deutschland auf die Dauer auch die Beziehungen zu Frankreich gefährden müßten. Denn Deutschland werde nicht immer so christlich gesinnt sein, um der Versuchung zu widerstehen,

es Frankreich entgelten zu lassen, wenn England es schädige, und bei solchen Händeln laufe Frankreich Fährlichkeiten, gegen die England geschützt sei. Von jedem Gesichtspunkt aus müsse daher gewünscht werden, daß Großbritannien und Deutschland zu normalen freundschaftlichen Beziehungen zurückkehren, und daß die Reibungen aufhören, die in den drei letzten Jahren mehrfach ihre Beziehungen entstellt haben. Eine Rivalität freilich bleibe und müsse zwischen zwei mächtigen und tatkräftigen Nationen bestehen bleiben, die in denselben Teilen der Welt um den gleichen Preis ringen. Das sei aber gut für beide Teile, und man dürfe nicht wünschen, sie niederzuhalten, denn beide Rivalen hätten die Erfahrung gemacht, daß das Gedeihen des einen Teiles dem anderen zugute komme und umgekehrt, daß ein Niedergang hier, dort schädige. Handelsrivalität trage das Heilmittel in sich und werde eher beitragen, den Frieden zu erhalten, als den Handelskrieg herbeizuführen, den die Alarmisten für die Zukunft ankündigen. „Wir sehen daher" — so schließt die „Westminster Gazette" — „mit Hoffnung der Aussicht entgegen, daß ein Verhältnis gegenseitiger Freundschaftlichkeit und gegenseitigen Respekts zwischen beiden Mächten wiederhergestellt wird, und nehmen die Ankündigung des Besuchs des Deutschen Kaisers als ein Zeichen guten Willens auf beiden Seiten auf."

So wollen auch wir es aufnehmen; die deutsch-englischen Gegensätze sind künstlich gezüchtet worden, gemacht, nicht aus der Natur der Verhältnisse entsprungen, und wir zweifeln nicht daran, daß sie bei gutem Willen zum Besten beider Teile beseitigt werden können. Nur sehen wir nicht, daß die „Gruppe", von der sie ausgegangen sind, entwaffnet wäre. Entwaffnen kann sie nur die öffentliche Meinung Englands selbst, nicht wir.

Es sei bei dieser Gelegenheit auf einen Bundesgenossen hingewiesen, den die Bestrebungen auf Besserung der deutsch-englischen Beziehungen in Österreich gefunden haben. Alexander v. Peez, Mitglied des österreichischen Herrenhauses, Historiker, Nationalökonom und Politiker, und auf all diesen Gebieten in hervorragender Stellung, hat in einem Aufsatze „Großbritannien und das Deutsche Reich" die Frage nach den Gründen der „tiefgehenden und systematischen Feindschaft", mit der England das Deutsche Reich in letzter Zeit verfolgte, untersucht [1]).

[1]) Gedruckt in der „Oesterreichischen Rundschau", Band 11, Heft 4.

Wir wollen seine Argumentation nicht wiederholen. Er tritt der Anschauung entgegen, daß Deutschland in irgendwelcher Weise die englische Weltstellung und den englischen Wohlstand schädige, und weist ziffernmäßig nach, wie parallel mit dem Fortschreiten Deutschlands auch England und zwar in noch weit höherem Grade materiell gedeihe. Sein Prognostikon für die Zukunft ist, daß, wenn man früher nur von Konkurrenz und Kampf ums Dasein gesprochen habe, künftig einmal dieser Gedanke durch den versöhnlicheren und mehr sozialen Gedanken der friedlichen gegenseitigen Hilfe zu ergänzen sein werde.

Eben darin glaubt er auch eine würdige Aufgabe der Haager Konferenz zu erkennen. Aber für die nächste Gegenwart fürchtet er noch das Überwiegen der alten Tendenz, und sein Schlußwort klingt pessimistisch aus. Vielleicht sieht er im Augenblick wieder hoffnungsvoller. Es sind drei Monate hingegangen, seit seine Betrachtungen im Druck erschienen, und wir stehen nicht an zu behaupten, daß sich seither die politische Atmosphäre geklärt hat.

Mißtönend, aber nicht von allgemeiner politischer Bedeutung sind die nationalen Zänkereien, die aus Österreich und aus Ungarn zu uns herüberklingen. In Pest sind es die Kroaten und Magyaren, die durch Schuld der letzteren den inneren Frieden stören, in Wien will die allgemeine Zerfahrenheit der Parteien und die klerikal-polnische Koalition ein gesundes Zusammenarbeiten nicht aufkommen lassen. Dann kommt als weiteres Element des Unfriedens der tschechische Größenwahn hinzu. Die Tschechen haben eben jetzt zum 40. Jahrestage des Moskauer Slavenkongresses von 1867 ein Sokolfest gefeiert, zu dem sie Gäste aus allen slavischen Ländern und dazu aus Frankreich und England geladen haben, nur Deutsche durften nicht dabei sein, denn der tschechische „Falke" hält keinen Gedanken heiliger, als seine Feindschaft gegen alles Deutsche. Das ist denn auch recht deutlich zum Ausdruck gekommen. Ferngeblieben sind dem Fest nur die Polen aus Galizien, Russisch-Polen und Posen. Die ersteren wegen der „taktlosen Sympathien der Tschechen für die Ruthenen", die beiden anderen Zweige der Polen, weil sie gewohnt sind, aus Galizien ihre Parole zu erhalten. Nur Herr Kolerski, Reichstagsabgeordneter für Marienwerder, war aus Posen erschienen. Er war so „mutig", gegen das „sinnlose" Verhalten seiner Volksgenossen zu protestieren und zu versichern, daß bei den Polen in Posen der panslavistische Gedanke mächtig

an Boden gewonnen habe. „Sie ächzen unter den furchtbarsten Verhältnissen, unter dem Joch der rohen und aufs äußerste brutalen Preußen."

Die französische Regierung hatte offiziell eine Sèvrevase als Turnpreis überreichen lassen, wie denn überhaupt die Beteiligung Frankreichs sehr lebhaft war. Der Pariser Gemeinderat war durch seinen Vizepräsidenten Lampué vertreten, von Zeitungen das „Journal des Débats" durch Maurice Muret, die „Petite République", der „Parisien", die „Aurore", der „Figaro", der „Temps". Auch Jules Claretie und Mr. Sousbouf waren erschienen. Es ist sehr viel Vive la France gerufen worden „avec un accent slave qui prête à ces mots un charme de plus". Rußland hatte vornehmlich Generale geschickt: Butkowski, Wladimirow, Gudim, den Oberst Rittich. Dazu eine Vertretung des Petersburger Stadtrats und des Moskauer slavischen Vereins. Auch Gymnasiasten aus Kiew und Jalta, die am Turnen teilnahmen, waren erschienen. Die russischen Zeitungen geben zahlreiche Einzelheiten und sind voll Lobes.

„Man muß gestehen" — schreibt die „Nowoje Wremja" —, „die Tschechen sind in sich und in ihr Heimatland verliebt, und das mit Recht. Sie sind die führende slavische Nation, und obgleich sie unter den Schlägen des Schicksals und durch das vielhundertjährige Joch der Deutschen, die sie mit feindlichem Ring umgeben, fast verschwunden waren, haben sie sich dennoch erhoben, auf die eigenen Füße gestellt und sich von dem Feinde befreit, nicht mit Schwert und Krieg — aber Jahr für Jahr schlagen sie die deutsche Industrie. Jetzt haben sie bereits eigene Industrie, eigenen Handel, eigene Wissenschaft und Literatur. Die Sokolgesellschaften sind aber die Führer dieser notwendigen Wiedergeburt. Ja, ihr russischen Kinder, lernt von den Tschechen, auch eure Eltern müssen bei ihnen in die Lehre gehen."

Das ist gewiß sehr schmeichelhaft für die Tschechen — aber noch vor drei Jahren wäre es undenkbar gewesen, daß der Vertreter der größten russischen Zeitung die Tschechen als die Führer der Slavenwelt verherrlichte!

Das Turnen der Tschechen — das beiläufig wie die gesamte tschechische Kultur nicht Original, sondern deutsche Kopie ist — kann übrigens nur beifällig begrüßt werden; es ist eine vortreffliche Vorschule für den Militärdienst, und da ihre Loyalität gegen Österreich und seine Dynastie sich nicht bezweifeln läßt, können wir darauf rechnen, wenn einmal unser Bundesgenosse mit uns ins Feld rücken sollte, an den

Herren Tschechen trotz ihres Deutschenhasses tapfere und abgehärtete Kampfgenossen zu finden.

Großes Aufsehen hat neuerdings ein in der „Nowoje Wremja" veröffentlichter und redaktionell warm empfohlener Artikel eines Herrn Jussarow gemacht: Russisch-französische Abrechnungen. Die Quintessenz dieser sehr scharf gehaltenen Ausführungen sagt, daß seit 1902 die russisch-französische Allianz einen Charakter angenommen habe, der ihren Nutzen für Rußland als höchst problematisch erscheinen lasse. Das wird durch eine Reihe allbekannter Tatsachen belegt, die wir nicht wiederholen wollen. Der Artikel schließt mit der Bemerkung, daß, wenn hier nicht eine Wendung zum Besseren bald eintrete, für Rußland nichts übrigbleibe, als das russisch-französische Bündnis als eine Tatsache der Vergangenheit zu betrachten und sich nach einer andern Richtung zu orientieren. Darauf hat nun ein Leitartikel des „Temps" geantwortet, der die Schuld der den Russen mißfallenden Politik auf Herrn Combes wirft und für die Zukunft alles Beste verspricht. Amüsiert hat uns dabei, daß Fürst Bismarck als der Schwurzeuge für die Notwendigkeit der russisch-französischen Allianz herhalten muß, gewiß ein Mißbrauch seiner Gedanken, den er sich nicht hat träumen lassen. Was aber Herrn Combes betrifft, so erhärtet der „Temps" damit nur die Tatsache, daß bei gewissen parlamentarischen Regierungen jedes neue Ministerium de facto die Wirksamkeit eines Bündnisses außer Kraft setzen kann. Je häufiger solche Wechsel stattfinden, desto geringer ist die Festigkeit der Verträge. Man läßt die Form bestehen, aber nimmt ihnen, was immer möglich ist und wofür sich Vorwände und Entschuldigungen allezeit finden lassen, ihren wesentlichen Inhalt.

Inzwischen hat die „Ruß" den Artikel der „Nowoje Wremja" bereits desavouiert, und zu weiterem Trost können wir darauf hinweisen, daß dieselbe „Nowoje Wremja" am 1. Juli sich höchlichst darüber entrüstete, daß, wie ein Gerücht ihr zugetragen hatte, Frankreich beabsichtige, sein Geld in das deutsche Bagdadbahnunternehmen zu stecken. Ob denn Frankreich nicht genug Milliarden am Suezkanal (?) und Panamakanal verloren habe? Wo so rege Eifersucht spricht, ist gewiß noch Liebe vorhanden.

Die inneren russischen Angelegenheiten sind nach wie vor nicht erfreulich. Die Morde und Überfälle nehmen nicht ab. Wir müßten mehrere Spalten füllen, wollten wir alle Attentate, Morde, Raub-

anfälle, Plünderungen und Brandstiftungen der letzten acht Tage herzählen. Nach wie vor werden Bomben geworfen, Bombenwerkstätten entdeckt, aufrührerische Proklamationen verbreitet. In Simferopol sind 3800 falsche Pässe gefunden worden, und in Wilna hat man eine Organisation zur Fälschung von Abiturientenzeugnissen entdeckt. Einige Militärmeuten sind im Keim unterdrückt worden, wenn auch nicht ohne Blutvergießen. Die Wahlen zur Duma werden vorbereitet, aber alle Versuche, ein Zentrum staatserhaltender Parteien zu bilden, scheitern an der Hartnäckigkeit, mit der die Kadetten an ihrem unfehlbaren Programm festhalten. Wir bedauern, daß von den deutschen Blättern Rußlands auch die „St. Petersburger Zeitung" dem Doktrinarismus dieser Partei verfällt, die offenbar die Petersburger Atmosphäre beherrscht. Die „St. Petersburger Zeitung" zeichnete sich in den Tagen, da ihr hochverehrter früherer Redakteur Herr Paul v. Kügelgen noch lebte, durch ihren stets sicheren politischen Takt aus, jetzt schwankt auch sie unter den Windstößen der revolutionären Bewegung.

Kaum glaublich klingt es, daß es fast unmöglich ist, in den Gouvernements, die von der Hungersnot betroffen sind, Arbeiter zum Bestellen der Felder zu finden. Aber die Tatsache wird aus den verschiedensten Gouvernements bezeugt. Die Leute vertrinken das Saatkorn, mit denen Regierung oder Landschaft sie unterstützen, und hungern lieber, als daß sie arbeiten; wenn sie aber arbeiten sollen, fordern sie doppelten Lohn, fremde Arbeiter aber, die sich anbieten, verjagen sie. Das geschieht, schreibt ein Korrespondent aus dem Pensaschen, in allen Wolgagouvernements. Andere Nachrichten kündigen eine neue Agrarbewegung an, wieder andere klagen über Brandstiftungen. Das Gesamtbild ist überaus trübselig. Dem Volk muß wieder zum Bewußtsein gebracht werden, daß es arbeiten und gehorchen muß, sonst wird es nicht besser werden. Die Freiheit ist zur Zügellosigkeit geworden und droht in volle Anarchie überzugehen. Besser sieht es in den Grenzprovinzen aus. Der Generalgouverneur Möller Sakamelski hält die Räuber und Revolutionäre in Schrecken. Aber noch ist die Nachwirkung der allgemeinen Verwilderung eine so große, daß auch hier Morde und Überfälle häufig sind, wenn auch nicht so häufig wie in Polen, wo namentlich Lodz nach wie vor keinerlei Sicherheit für Leben und Eigentum bietet.

Der Tatsache, daß die Vereinigten Staaten ihre Kriegsflotte in den Großen Ozean schicken, ist eine kriegerische Bedeutung beigemessen

worden, die sie gewiß nicht hat. Wir halten einen amerikanisch-japanischen Krieg für absehbare Zeit für ausgeschlossen, denn es steht fest, daß weder Japan noch Amerika ihn wollen. In der Frage der Ablehnung japanischer Einwanderer ist aber, wie die Japaner selbst zugestehen, auf Grund des Handelsvertrages von 1884 das Recht auf amerikanischer Seite. Aus Südafrika sind zwei wichtige Nachrichten zu verzeichnen: der Dampfer „Heliopolis" hat, wie „Reuter" meldet, mit 1948 chinesischen Arbeitern den Hafen von Durban verlassen. Damit beginnt das Ende des Experiments, das 1904 mit der Heranziehung chinesischer Kulis begonnen wurde. Es wird nun freilich noch einige Zeit dauern, bis die 16 000 Chinesen repatriiert sind, die allmählich nach Südafrika geschafft wurden. Aber das Ende läßt sich absehen, und der Triumph in den liberalen Kreisen Englands ist groß. Die zweite, ebenfalls als frohe Botschaft aufgenommene Nachricht aber sagt, daß Lord Selborne entschieden für die schleunige Begründung einer südafrikanischen Föderation eintritt, der Führer des Bond im Kapland hat sich ebenfalls für diesen Gedanken ausgesprochen, und es kann als sicher gelten, daß er verwirklicht werden und alles englische Gebiet bis nach Mozambique umfassen wird. In London setzt man große Hoffnungen auf das einmütige Zusammenwirken von Buren und Engländern, das gäbe ein Kapital an gesundem Menschenverstand und praktischem Geschick, das auch schwierigeren Aufgaben gewachsen sein werde. Wenig erfreulich lauten die Nachrichten aus Bengalen. Die Angriffe auf Europäer mehren sich; so ist die Eisenbahn Assam—Bengal allein fünfzehnmal überfallen worden. Auch Dampfboote sind angegriffen worden, die Europäer bewaffnen sich, wenn sie ausgehen. Unzweifelhaft steigt die nationale Bewegung, überall entstehen Nationalschulen, die ganz von Bengalen finanziert werden und auf die die Regierung keinen Einfluß ausüben kann. „Unter den Europäern, die nicht Beamte sind" — schreibt die „Westminster Gazette" — „wird der Wunsch immer lauter, daß die Regierung die Polizei in Ostbengalen durch reguläre Truppen, womöglich durch Engländer, verstärke und die strengsten Maßregeln gegen die „National-Freiwilligen" und die aufreizenden Redner und Zeitungen ergreife".

11. Juli 1907. Die Gemeindevertreter in den südfranzösischen Weingebieten demonstrieren.
12. Juli. Schluß der Session der französischen Kammern.
Beginn des Nasiprozesses vor dem italienischen Senat.
14. Juli. Besuch des Frh. v. Aerenthal in Desio.
Attentat auf den Präsidenten Falliéres.
15. Juli. Abreise des Staatssekretärs Dernburg nach Deutsch-Ostafrika.
Verhaftung von Nasi.

---

17. Juli 1907.

Im fernen Osten von den Küsten des Pazifischen bis zu denen des Indischen Ozeans gärt es. Neue politische Probleme sind aufgetaucht, und neue geistige Strömungen sind in eine Welt eingedrungen, die bisher wie in politischen Schlaf versunken schien und in der eigenen Kultur den höchsten Gipfel erreichbarer Vollkommenheit zu verehren gewohnt war. Oder anders formuliert: der ferne Osten, der bisher lediglich abwehrend der europäischen Kultur und den europäischen Machtmitteln gegenüberstand, hat begonnen, nach beiden Richtungen hin aufzunehmen, was ihm brauchbar schien, ohne dabei den Anspruch auf Behauptung seiner Eigenart preiszugeben. Dem europäisch-christlichen Gesamtgefühl tritt der Versuch gegenüber, etwas entsprechendes Asiatisches zu begründen, und ohne allen Zweifel hat Japan dabei, unter ungewöhnlich günstigen Verhältnissen, die Führung übernommen. Ist Japan heute vor allem bemüht, die eigene Machtstellung auszubauen und auszudehnen, so nutzt es doch zugleich das ungeheure Prestige, das ihm die Siege über Rußland und die beiden Bündnisse mit England, vom 30. Januar 1902 und vom 12. August 1905, sowie die jüngsten Verträge mit Frankreich und Rußland in den Augen aller asiatischen Nationen eingetragen haben, um seinen Einfluß als Vorkämpfer der besonderen asiatischen Interessen möglichst fest zu begründen. Neben den japanischen Instruktoren, die beschäftigt sind, die chinesischen Truppen zu drillen, und den japanischen Kaufleuten, die in den neuerschlossenen Gebieten den Vorsprung auszubeuten verstanden haben, den ihnen die hegemonische Stellung ihres Vaterlandes sicherte, gehen Missionare der „asiatischen Idee", die sogar vor dem Gedanken nicht zurückschrecken,

eine besondere asiatische Religionsgemeinschaft zu begründen. Tokio kann heute beinah eine „asiatische" Universität genannt werden, in der indische Mohammedaner, Hindus und Chinesen sich ihre politischen Ideale und Anleitung, oder doch mindestens die Sehnsucht holen, dem großen Beispiel zu folgen, das Japan gegeben hat. Daß sich dabei neben dem Gefühl der Solidarität asiatischer Interessen auch eine gewisse Rivalität entwickelt hat, ist nicht zu übersehen. In Korea ist Japan nicht der Befreier, sondern der Unterdrücker geworden, und in China ist das nationale Selbstbewußtsein zu stark, um die Vorstellung aufkommen zu lassen, daß der japanische Lehrer auch auf die Dauer der Führer und Vormund Chinas sein dürfte. Man ist dort offenbar von der Absicht erfüllt, sich auf eigene Füße zu stellen. Die Reformbewegung nahm im vorigen Jahre ihre ersten kräftigen Anläufe, wurde danach aber von Peking her zum Stehen gebracht, weil man ihre spezifisch chinesische, gegen die mandschurische Dynastie gerichtete Tendenz zu fürchten begann, oder zu fürchten vorgab. Es war namentlich Prinz King, der Präsident des Pekinger Reichsrats, der die Kaiserin in diesem Sinne beriet, und sein Einfluß war so stark, daß der mächtigste seiner Gegner Tscheng-Tschoeng Hien von der Kaiserin zum Vizekönig von Kanton ernannt wurde, um ihn so aus der Hauptstadt zu entfernen. Er hat es aber vermocht, unter allerlei Vorwänden, mit Hilfe der zahlreichen Gegner Kings, bisher seinen Platz zu behaupten; und es scheint jetzt, daß trotz allem die Reformen wieder aufgenommen werden sollen. Im Augenblick ist es namentlich der wichtige Plan, ein einheitliches Münzsystem in ganz China einzuführen, das die Reformer betreiben; und da die Handelskammern von Schanghai, Hongkong und Tientsin das Projekt befürworten und aller Wahrscheinlichkeit nach alle am chinesischen Handel beteiligten Mächte es nach Kräften fördern werden, ist Aussicht vorhanden, daß das Ziel schließlich erreicht wird.

Nebenher aber mehren sich die Nachrichten von der sich organisierenden antidynastischen Bewegung. Der „New York Herald" brachte kürzlich darüber eine interessante Korrespondenz aus Tokio, das ja heute die große politische Nachrichtenbörse Ostasiens ist.

Das Ziel der Bewegung sei, ein rein chinesisches Regiment zu organisieren; die Unruhen in den südchinesischen Provinzen, die einen ganz lokalen Charakter trügen, seien nicht damit zu verwechseln. Diese Leute sollen erst später, wenn alle Vorbereitungen getroffen seien, der

Anti-Mandschu-Erhebung angeschlossen werden. Hieran knüpft der Korrespondent des „New York Herald“ die folgende merkwürdige Mitteilung:

„Beglaubigte chinesische Reformer sind an einen wohlbekannten ausländischen Experten mit dem Anerbieten herangetreten, ihm jede erforderliche Summe zur Verfügung zu stellen, wenn er einen der wichtigen strategischen Punkte Innerchinas zu einem wohlversorgten modernen Arsenal umbilde. Dieser Mann, dessen Kenntnisse und Erfahrungen dem Auftrage gewachsen sind, wird, wie wir hören, die Aufgabe übernehmen, nachdem er sich überzeugt hat, daß das Unternehmen ernst gemeint ist und daß diejenigen, die ihn berufen, finanziell und in jeder anderen Hinsicht dem Unternehmen gewachsen sind. Sie wiesen ihm nach, daß sie in Japan ein Kapital von 400 000 Yen liegen haben, die ihm zur Verfügung stehen sollen, sobald er einen formellen Kontrakt unterzeichnet. Sollte er aus irgend welchem Grunde ablehnen, so wird sich ein anderer finden, denn es liegt auf der Hand, daß sehr erhebliche chinesische Interessen das Unternehmen stützen. Das geplante Arsenal soll in einer der Hauptstädte des westlichen Teiles des Reiches errichtet werden. Diese westlichen Provinzen sind vom Einfluß der Mandschu so gut wie gar nicht berührt. Man rechnet darauf, daß die Vizekönige dem Unternehmen den nötigen Schutz gewähren, es vielleicht sogar direkt unterstützen werden. Der Punkt, den man gewählt hat, ist so gelegen, daß von ihm aus die ganze südliche Sektion des Reiches, die alten rein chinesischen sieben Königreiche, mit modernen Waffen versorgt und equipiert werden können. Denn sonst wäre die revolutionäre Bewegung aussichtslos, da trotz des lebhaften Waffenschmuggels das von außen her kommende Material an Geschützen und Kriegsbedarf sehr gering ist. Die Häupter der Bewegung glauben ihren Schlag ohne eigenes Arsenal nicht führen zu können.“

Der Korrespondent schließt mit der Bemerkung, daß man diese Bewegung nicht mit den sonstigen Revolten verwechseln dürfe, die gelegentlich von den Lokalautoritäten selbst angezettelt werden, um sich in Peking durch ihre Bewältigung den Ruf eines tapferen und klugen Beamten zu begründen. Diesmal sei es bitterer Ernst, und wenn die Einrichtung des Arsenals auch 2 bis 5 Jahre in Anspruch nehmen sollte, kommen werde die Erhebung bestimmt. Jedenfalls aber, „wenn die alte Frau sterben sollte“.

Nun, das mag noch fernliegen, und die Mitteilung des „New York Herald" wird wohl genügen, um die Ausführung des Planes zu verhindern. Was uns dabei interessiert, ist die Bestätigung der Tatsache, daß die chinesische Bewegung, wie all die übrigen asiatischen Zukunftspläne, nach Japan orientiert und dort ihre Vorbilder sucht. Denn ganz dasselbe gilt von den indischen Unruhen, die, wie nicht mehr bezweifelt werden kann, trotz aller Gegenmaßregeln der englischen Regierung im Steigen, nicht in der Abnahme sind. Zu der Boykottierung englischer Waren (der Swadeshibewegung) und der lauten Propaganda für ein indisches Homerule sind jetzt Streiks eingetreten. In Lyallpore, Multan, Wazirabad legen Eisenbahnbeamte und Arbeiter ihre Arbeit nieder, und da die indischen Blätter jetzt für einen Generalstreik zu agitieren beginnen, könnte die Lage allerdings bedenklich werden. Eine in Punjab erscheinende Wochenschrift „Shang Sivel" schlägt vor, daß alle indischen Beamten sich an jenen Eisenbahnern ein Beispiel nehmen sollten. Das werde der leichteste und sicherste Weg sein, England zum Nachgeben zu zwingen. Aber es sei nicht leicht, ihn durchzuführen. (*Of course a general strike should be a big affair in order to be successful.*) Von der Bitterkeit der Sprache der großen indischen Blätter kann man sich kaum eine Vorstellung machen. Wir Inder, sagt der in Kalkutta erscheinende „Bande Mataram", sind eine Viehfarm, die England zu seinem Nutzen ausbeutet.

Es ist schwer zu sagen, was England unter diesen Verhältnissen tun soll. So viel sich erkennen läßt, hat die Verhaftung der vornehmsten Führer und die Unterdrückung der lautesten Zeitungen bisher nur dahin geführt, die Erbitterung zu steigern. Auch von Zugeständnissen an das Programm der Nationalen ist kaum eine Besserung der Stimmung zu erwarten. Das Gesetz der historischen Undankbarkeit der Schüler gegen den Lehrer macht sich hier ebenso geltend wie etwa in Ägypten und wie in den großen autonomen englischen Kolonien. Mit gewissen Einschränkungen, die im wesentlichen niedere, nicht kulturfähige Rassen betreffen, beruht aber auf dieser historischen Undankbarkeit der Fortschritt der Welt, und es wäre vergebliche Mühe, dagegen zu kämpfen. Seinen großen Kolonien gegenüber hat England das erkannt und ihnen rechtzeitig — neuerdings in beschleunigtem Tempo — das äußerste Maß von Selbständigkeit gewährt, das mit dem Gedanken des einheitlichen britischen Reiches noch vereinbar ist, und trotzdem droht der koloniale

Sondergeist stärker zu werden als das Bewußtsein notwendigen Zusammenhanges. In Irland aber, dem England das Home Rule nicht meinte gewähren zu können, ist die Frucht ein glühender Haß der politisch meist gereiften und bewußten Elemente. Was in Indien den Engländern die Behauptung ihrer Stellung erleichtert, ist, abgesehen von der Klugheit, mit der sie das Interesse der Dynasten an sich zu fesseln verstanden haben, der Gegensatz zwischen Moslem und Hindu, der bisher nie überwunden werden konnte. Aber neuerdings scheint sich auch nach dieser Richtung eine für England wenig günstige Wandlung vorzubereiten. In dem „The Mussulman", einer großen in englischer Sprache zu Kalkutta erscheinenden Zeitung, die sich „Organ der öffentlichen Meinung der Mohammedaner" nennt, finden wir nicht nur eine lebhafte Agitation für die Swadeshibewegung, sondern auch Artikel, die auf das entschiedenste für eine Verständigung beider Gruppen eintreten. Schon Mitte Mai dieses Jahres hat in Modatipore eine große Versammlung stattgefunden, in welcher Mohammedaner und Hindu sich auf dem Boden des Swadeshi-Programms verbrüderten und aus dem gemeinsamen Gegensatz gegen das englische Regiment kein Hehl machten. Weit schärfer aber sind die Angriffe, die gegen das ganze System der englischen Regierungsmethode erhoben werden: die Schuld an dem Notstande in Bengalen und Punjab wird ihr zugewiesen und in leidenschaftlichen Tönen für rechtliche Gleichstellung der Indigenen mit den englischen Herren eingetreten. Es ist ein fast drohender Ton, der hier angeschlagen wird, und wir verstehen es wohl, wenn die großen englischen Blätter allmählich beginnen, diesen Erscheinungen mit ernster Sorge zu folgen. An eine wirkliche Gefährdung der englischen Stellung glauben wir trotzdem für die jetzige Generation nicht. Die Bewegung ist erst im Entstehen, und es wird von der Klugheit und der Regierungskunst der Engländer abhängen, wie weit sie sich auszudehnen vermag. Aber zum Schweigen ist sie nicht mehr zu bringen und die nächste Generation wird aller Wahrscheinlichkeit nach mit weit ernsteren Erscheinungsformen dieser nationalen, sozialen, religiösen und politischen Gegensätze zu rechnen haben.

Viel aktueller ist zurzeit die Frage der japanisch-amerikanischen Beziehungen; das offizielle Organ der englischen Regierung, die „Westminster Gazette", hat es für notwendig befunden, in einem Leitartikel vom 13. Juli ausführlich auf die Frage einzugehen. Sie sieht

die Lage ernster an als wir es tun, glaubt aber nicht an eine akute Gefahr *für den Augenblick*. Uns scheint — um unsere Auffassung gleich hier auszusprechen — die Verantwortung auf beiden Seiten so ziemlich die gleiche zu sein. Der Intoleranz, die von seiten der Kalifornier den Japanern entgegen geübt wird, steht der Hochmut gegenüber, den der Orientale dem Weißen entgegenträgt. Wir haben im vorigen Jahre darüber die sehr lehrreichen Ausführungen eines Engländers wiederholt, der auf einem japanischen Dampfboot von Shimonoseki nach Fusan fahren wollte, und dem man den Zutritt verwehrte, weil den Japanern der Vortritt gehört. Man brachte ihn und seine europäischen Begleiter auf einem schmutzigen, nach Fischen riechenden Schlepper mit den Kulis des Zwischendecks unter (vergl. Deutschl. u. d. gr. Politik 1906 S. 351). Auch finden wir es begreiflich, wenn ein bereits bevölkertes Gebiet sich gegen eine Masseneinwanderung Fremder wehrt, zumal wenn es sozial minderwertige Elemente sind. Dazu kommt auf beiden Seiten die Empfindung, daß man einem Konkurrenten gegenübersteht. Ist es doch nicht gar so lange her, seit Kapt. Mahan erklärte, der große Ozean bis an das Indische Meer falle in das Gebiet der Monroedoktrin. Jetzt aber ist jede Möglichkeit geschwunden, diesen Gedanken zu verwirklichen. Auch glaubt Amerika durch seine Bemühungen um den Frieden, der in Portsmouth zustande kam, einen Anspruch auf die Dankbarkeit der Japaner erworben zu haben, es hat sich seither davon überzeugen müssen, daß ihm überall im fernen Osten durch die japanische Konkurrenz die Wege, wenn nicht ganz gesperrt, so doch wesentlich erschwert werden. Hüben und drüben hat danach eine aufgeregte und sensationelle Presse diese Gegensätze aufgebauscht. Es fiel auf beiden Seiten das Wort von der Wahrscheinlichkeit eines amerikanisch-japanischen Krieges, und die Lage schien kritisch geworden, als man in Kalifornien mehreren japanischen Spionen auf die Spur kam. Die ohnehin erregte und erbitterte Bevölkerung von San Francisco hat sich dadurch zu Exzessen gegen die Japaner hinreißen lassen und nun geht der Kriegslärm der Presse von neuem an. Trotzdem bleibt es dabei, daß, wie wir schon vor acht Tagen darlegten, weder Amerika noch Japan den Krieg wollen und, wie wir fest glauben, auch nicht führen werden. Es steht kein vitales Interesse des einen oder des anderen Teiles in Frage, wohl aber würden sehr wesentliche Schädigungen beider unter allen Umständen die Folge eines Krieges sein. Der oben erwähnte Artikel der

„Westm. Gazette" weist außerdem sehr treffend darauf hin, daß die ungeheuren Entfernungen, die beide Mächte trennen, das Fehlen von Kohlenstationen auf dem Wege, den sie zurücklegen müssen, um ihr Ziel zu erreichen, die Kriegspropheten in Tokio und San Franzisco doch nachdenklich stimmen sollten. „Selbst wenn die japanische und amerikanische Regierung so kriegerisch wären, wie wir sie für friedlich halten, wäre ein solcher Krieg der letzte, den sie wünschen könnten. Es gibt hundert gute Gründe, moralische wie materielle, die dagegen sprechen, und diese Gründe werden, wir sind davon überzeugt, in der jetzigen Schwierigkeit den Ausschlag geben."

Aber, fährt die „W. G." fort, es lasse sich nicht verkennen, daß der Gegenstand des Streites im Grunde sehr ernst sei und wahrscheinlich noch Jahre lang fortleben werde. Das Rassenproblem bestehe nun einmal und England könne sich nicht verhehlen, daß die Australier, Kanadier und Neuseeländer ebenso empfänden wie die Männer von San Francisco; damit werde aber die Angelegenheit der Vereinigten Staaten zugleich die Englands. Doch sei es nutzlos, darüber zu dogmatisieren und auf die Jagd nach Ausgleichungsformeln zu gehen. Es bleibe nichts übrig als für den nächsten Augenblick zu sorgen und zu hoffen, daß die Erregung allmählich abnehme. Auch dürfe man annehmen, daß die Japaner die vor nicht allzu langer Zeit selbst eine Politik des Ausschließens aller Fremden verfolgten, diese Schwierigkeiten verstehen und maßvoll und vorsichtig vorgehen würden.

Dieser Schluß, der nicht undeutlich für Amerika Partei ergreift, wird in Japan gewiß nicht unbemerkt vorüber gehen, und dort abkühlend wirken, wo auf einen Konflikt hingearbeitet wird, d. h. in der japanischen Presse, die sich die schlechtesten Vorbilder der abendländischen Presse zum Muster genommen zu haben scheint.

Es sei in diesem Zusammenhange bemerkt, daß jüngst in der englischen Presse die Insinuation verbreitet worden ist, daß die deutsche Diplomatie darauf hinarbeite, die Gegensätze zwischen Japan und Amerika zu schärfen. Darauf zu erwidern, ist wohl überflüssig. Wenn wir uns recht gründlich schädigen und unsere Stellung in Ostasien und in Amerika dauernd gefährden wollten, wäre dies der Weg, der am sichersten zum Ziele führen würde. Daß die „Nowoje Wremja" voller Schadenfreude den drohenden Konflikt ansieht und ihn als eine gerechte Strafe für

die „Europäer und Amerikaner" ansieht, die der neuen Großmacht Japan politisch und militärisch die Wege zu ihren Erfolgen bereitet haben, kann nicht wunder nehmen. Dieses Blatt ist so gallig, daß es in den letzten acht Tagen fast allen europäischen Staaten den Handschuh zugeworfen hat. Die deutschfeindlichen Artikel gehören zum regelmäßig wiederkehrenden Programm der Zeitung, dann kam die Absage an Frankreich, die trotz aller offizieller Dementis aufrecht erhalten wurde, danach Verdächtigungen Englands und Österreichs, das Neueste ist ein Angriff auf die Haager Konferenz. „Sie verbessert nicht, sondern sie verschlechtert die internationale Lage. Die ganze Welt wird erleichtert aufatmen, wenn sie geschlossen wird."

Herr Wesselitzki, der Londoner Korrespondent der „N. W.", weiß sogar von einem formellen Ultimatum, das Japan an Amerika gerichtet haben soll. Die japanische Regierung habe eine Note folgenden Inhalts nach Washington abgesandt: „Kann die Regierung Kalifornien bewegen, die Bestimmungen des amerikanisch-japanischen Traktats einzuhalten, deren Verletzung Präsident Roosevelt selbst zugegeben hat? Wenn nicht, so wird Japan die Kalifornier zwingen, internationale Verträge einzuhalten." Zum Glück existiert dieses Ultimatum nur in der Einbildung Herrn Wesselitzkis, und so mag es zu den vielen Phantomen gelegt werden, die im Laufe der Jahre seinen erfindungsreichen Kopf entsprungen sind, um danach spurlos zu verschwinden.

In sehr interessanter Weise hat jüngst Herr Kramarz — bekanntlich auch einer unserer guten Freunde — einem Korrespondenten des „Journal des Débats" gegenüber sich über seine und seiner Partei politische Ziele ausgesprochen. Die Jungtschechen, sagte er, werden in der neuen Kammer positive Politik treiben. Sie wollen endgültig mit der widerspruchsvollen Politik brechen, die sie seit 1879 eingehalten haben. Die Tschechen erkennen den Reichsrat nicht an und werden ihn niemals anerkennen. Sie sehen in diesem Institut eine Negation der Rechte, die Böhmen als den Staat der Wenzelskrone zukommen. Ihr politisches Ideal ist die Föderation der unter dem österreichischen Zepter vereinigten Länder. Ein Staat, der wie Österreich aus neun Nationalitäten bestehe, die historisch, ökonomisch und kulturell so sehr voneinander verschieden seien, könne nicht ein zentralisiertes Regiment ertragen. Seine besonderen Forderungen für die Tschechen formuliert er dann dahin: Gebrauch der tschechischen Sprache im inneren Dienst der

Staatsbehörden, eine zweite tschechische Universität in Brünn in Mähren, endlich einen tschechischen Minister. Das Wesentliche aber bleibt ihm die Beseitigung des Reichsrates und die große Föderation; aber er fürchtet, daß trotz der so glänzend verlaufenen Sokolfesttage Österreich noch immer nicht erkenne, welche Fülle an Kraft, Gesundheit und Macht das tschechische Volk darstelle. Die österreichische Regierung sei blind und wolle nicht sehen.

Armes Österreich! In der Tat, einen Mann wie Kramarz zu besitzen und ihn nicht zu hören, scheint unerträgliche Verblendung zu sein Und welchen Minister des Auswärtigen könnte Österreich an ihm haben!

Auch die ungarisch-kroatischen Beziehungen haben ihren unerfreulichen Charakter bewahrt, und es ist zunächst nicht abzusehen, welchen Verlauf sie nehmen werden. Das Unrecht ist so sehr auf magyarischer Seite, daß sogar der „Temps" mit großer Entschiedenheit für die Kroaten Partei ergreift und den Ungarn ihr Unrecht zu Gemüt zu führen bemüht ist. Aber in Fragen nationaler Färbung sind die Ungarn nicht zu bekehren. Es muß die Macht entscheiden und die wird, seit das allgemeine Stimmrecht gilt, mit Notwendigkeit den Gegnern der ungarischen Gewaltpolitik zufallen, wenn sie sich zu vereinigen wissen.

Dagegen läßt sich als erfreuliche Tatsache notieren, daß der Ausgleich zwischen Österreich und Ungarn unmittelbar bevorsteht, und zwar fast ganz auf der Basis des status quo ante, der nun bis 1917, d. h. bis zum Ablauf der von Österreich-Ungarn mit dem Auslande abgeschlossenen Verträge gesichert bleibt. Der Wunsch ging dahin, dem Ausgleich eine Dauer bis 1927 zu sichern, aber das war nicht zu erreichen, und man ist froh, den Frieden auf zehn Jahre gesichert zu haben.

Daß der Vertrag mit Italien und damit auch der Dreibund bis zum Jahre 1914 verlängert ist, da am 28. Juni von keiner Seite eine Kündigung erfolgte, ist eine zweite erfreuliche Tatsache, unter deren Wirkung die Zusammenkunft zwischen dem Freiherrn v. Aerenthal und Tittoni stattfindet.

In Frankreich ist die Kammer in die Ferien gegangen und damit dem Ministerium Clemenceau seine Stellung bis zum November gesichert. Es steht schwierigen Aufgaben gegenüber, die in der Zwischenzeit gelöst werden müssen. Die Krisis im Süden ist nicht, wie sich vor acht Tagen hoffen ließ, beigelegt, sondern dadurch verschärft worden, daß der feierliche Schwur von zurückgetretenen Bürgermeistern und Räten

(conseillers généraux et d' arrondissement) geleistet worden ist, beim passiven Widerstande zu beharren. So läßt sich nicht absehen, wie ein friedlicher Ausgleich gefunden werden kann.

In Rußland haben fruchtlose Versuche, eine Verständigung zwischen Kadetten und Oktobristen herbeizuführen, die oft gekennzeichnete doktrinäre Unbelehrbarkeit der ersteren neu belegt. Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß ihr intransigentes Verhalten sich bei den Neuwahlen schwer an ihnen rächen wird. Auch von einem Zurückweichen der unverhüllt revolutionären Parteien ist nichts zu bemerken. Mord und Raub dauern nach wie vor im ganzen weiten Reich fort. Die ganz reaktionären und zugleich nationalistischen Elemente scheinen sich bereits als die Herren der Lage zu betrachten. Aber darin dürften sie sich doch täuschen. Wir erwarten von dem Ausgang der Wahlen ein Überwiegen gemäßigt monarchischer Elemente, die an der Verfassung festhalten wollen. Die Polen rechnen darauf, die Stimmen, die ihnen im Königreich verloren gehen, in den sogenannten Westgouvernements zu gewinnen, da dort der Großgrundbesitz meist, oder doch zu großem Teil in polnischen Händen ist. Für eine glückliche Maßregel halten wir die Verschiebung des ursprünglich für den Mai, dann für den September geplanten großen russischen Konzils auf das nächste Jahr. Was drohte, war die Wahl eines Patriarchen und damit das Auftauchen eines neuen, unberechenbaren politischen Faktors. Die meist revolutionär gesinnte niedere Geistlichkeit wird jetzt vom heil. Synod in scharfe Zucht genommen, auch die Presse gemaßregelt, wo sie sich Ausschreitungen erlaubt. Die Gesamtstimmung scheint die einer allgemeinen dumpfen Unzufriedenheit zu sein. Die Auflösung der Duma ist aber von den Bauern gleichgültig aufgenommen worden.

18. Juli 1907. Tumultuarische Kundgebungen zugunsten Nasis in Sicilien.
19. Juli. Abdankung des Kaisers von Korea.
Straßenkämpfe in Söul.
20. Juli. General Lacroix tritt an Stelle des zur Disposition gestellten Generalissimus Hagron.
Konzessionierung einer deutschen Bank in Teheran.
23. Juli. Verhaftung koreanischer Staatsmänner und Offiziere in Söul.

---

24. Juli 1907.

Die Niederlage der „Daily Mail" in dem Prozeß, den der Seifenfabrikant Mr. Lever wegen Beleidigung gegen sie anstrengte, ist nicht durch ein Urteil der Jury bekräftigt worden, sondern Mr. Harmsworth hat sich, um diesem Spruche zu entgehen, zu einem Vergleich bequemt, der ihn verpflichtet, dem beleidigten und durch eine gewissenlose Preßagitation geschädigten Fabrikanten die ungeheure Summe von 50000 Pfd. St. auszuzahlen. Mr. Harmsworth sitzt heute im Hause der Lords und hat schon einmal scharfe Bemerkungen hinnehmen müssen, die die Skrupellosigkeit seines Preßkonsortiums geißelten. Jetzt nimmt das offizielle Organ der Regierung, die „Westminster Gazette", in ernsten Worten Stellung gegen das frivole und sensationelle Treiben einflußreicher englischer Blätter, und da die Gedanken der „Westminster Gazette" nicht nur englische Preßverhältnisse treffen, sondern von allgemeiner Bedeutung sind, mögen sie auch an dieser Stelle einen Widerhall finden.

„Die Zeitungen der neuen Schule", sagt die „W. G.", „sind in den letzten 10 bis 12 Jahren sehr in Aufnahme gekommen, so daß die Zeitungen der alten Schule sich veranlaßt sahen, ihre Methoden zu ändern, was nicht immer einen Fortschritt zum Besseren bedeutete... Denn niemand kann übersehen, daß die Konkurrenz der Zeitungen untereinander in den letzten Jahren dahin geführt hat, sie greller und sensationeller, weniger gewissenhaft, genau und anständig (fair) in ihrer Politik und in Behandlung von Fragen öffentlichen Interesses zu machen. Eine Sensation wird durch die andere übertrumpft, und alle sind gleich trivial. Große öffentliche Interessen und heikle auswärtige Angelegenheiten werden, wie die kleinen Sensationen der heimischen Politik, ohne

jedes Gefühl von Verantwortlichkeit behandelt. Offenbar nimmt der Glaube immer mehr zu, daß das Publikum so überaus unintelligent und von so kurzem Gedächtnis sei, daß diese Trivialitäten es ganz in Anspruch nehmen, daß es in steter Sorge um den eigenen Beutel sei, in krankhafter Bewunderung zu dem Reichtum anderer Leute aufschaue und großmütiger Regungen gänzlich unfähig sei. Wir glauben, daß keine dieser Voraussetzungen richtig ist, und daß, wenn auch langsam, so doch sicher eine Reaktion dagegen aufkommen wird."

Wir wollen hoffen, daß die „W. G." mit ihrem Optimismus recht behält. Bisher sind leider die Anzeichen einer Wandlung noch nicht zu erkennen. Das aufdringliche Anschreien durch sensationelle Schlagworte, das versteckte Verdächtigen, das rücksichtslose Preisgeben nationaler Interessen, um zu reden, wo Schweigen geboten wäre, der Unfug der Witzblätter, das alles ist leider bei uns ebenso im Schwange, wie jenseit der Landesgrenzen und jenseit des Ozeans. Aber gewiß hat die „W. G." recht, wenn sie einen großen Teil der Schuld an diesem Treiben dem Publikum zuschiebt, das solche Zeitungen oder Wochenschriften kauft und willig ist, auf jede noch so abenteuerliche Sensation „hereinzufallen". Es ist, recht betrachtet, nur ein gradueller Unterschied, der zwischen diesem Verhalten und dem des russischen Bauern besteht, der eo ipso annimmt, daß jedes gedruckte Wort die lautere Wahrheit sagt. Statt daß die Presse das Publikum *verzieht*, sollte das Publikum die Presse erziehen und, wenigstens in seinen bestgebildeten Gliedern, prinzipiell zurückweisen, was von Sensation und Skandal lebt!

Wie oft haben nicht in Fragen auswärtiger Politik die Übertreibungen der Presse durch Erhitzung der öffentlichen Meinung verhängnisvolle Entscheidungen herbeigeführt. Das Verhalten der Pariser Presse im Juli 1870, der russischen vor Ausbruch des letzten Türkenkrieges könnten als klassische Beispiele dienen, und wenn es nach dem Willen unserer sozialdemokratischen Zeitungen gegangen wäre, hätten wir schon längst, ihrem Druck folgend, einen russischen Krieg auf uns nehmen müssen. In England, wo das politische Meeting gelegentlich die Rolle der Presse spielt, hat jüngst eine Versammlung der „Freunde russischer Freiheit" auf Trafalgar-Square resolviert, daß England verpflichtet sei, Rußland politisch zu boykottieren, bis die russische Verfassung eine Gestalt angenommen habe, „die liberaler und zivilisierter Nationen" würdig sei. Und für diese politisch unsinnigen Ideen tritt ein Politiker

wie Lucien Wolf (Diplomaticus) ein, der in einer Zuschrift an die „W. G." sich folgendermaßen äußert:

„Ich bin der Meinung, daß wir während der jetzigen Unruhen in Rußland uns von unnötigen Vertragsverpflichtungen fernhalten sollten, die eine Annäherung zwischen uns und der blutbefleckten Regierung jenes Landes zur Folge haben könnten. Wenn ich das sage, bestimmen mich keineswegs pedantische Rücksichten auf liberale Traditionen oder übermäßige Selbstgerechtigkeit. Die einzige Wirkung einer solchen Annäherung würde sein, daß die Taschen der vorurteilslosen und geldgierigen Anleihemakler in Paris und Berlin gefüllt würden, und daß die hochgestellten Terroristen in Petersburg bewaffnet würden für neue Pogroms und Blutgerichte. Man braucht weder sehr selbstgerecht noch orthodox liberal zu sein, um diese furchtbare Verantwortlichkeit abzulehnen, denn sie würde den praktischen Nachteil haben, uns ehrlos zu machen!"

Man staunt über die Oberflächlichkeit dieser Urteile, die von völliger Unkenntnis der gegenwärtigen Lage Rußlands zeugen, da doch auf der Hand liegt, daß die Regierung an der Verfassung festhält, und daß auf der Behauptung ihrer Autorität die Erhaltung der Grundlagen staatlichen Lebens beruht. Und was würde man in England sagen, wenn die siegreiche russische Revolution es für ihre Pflicht hielte für die Menschenrechte der Iren unter entsprechender Charakteristik des englischen Regiments einzutreten? Wir meinen, den Fragen des inneren Lebens anderer Nationen gegenüber gibt es nur eine gesunde Politik, die der Nichteinmischung. Auch wird wohl jede Nation am eigenen Herde Stoff zu ausreichender Arbeit finden, um ihren Reformern Arbeit zu geben. Eben jetzt veröffentlicht ein Kenner indischer Verhältnisse, Sir William Markby, gleichfalls in der „Westminster Gazette" einen sehr lehrreichen Aufsatz, der die Frage beantworten will, was die Ursachen der jetzigen Unruhen in Indien seien. Er kommt dabei zu dem Ergebnis, daß, ganz abgesehen von der zweifellos bestehenden Absicht der Eingeborenen, die englische Herrschaft zu stürzen, ein wesentlicher Grund der Unzufriedenheit auf die völlige Unzulänglichkeit des englischen Richterstandes, speziell der Distriktsrichter, die als Appellationsinstanz für die Untergerichte der Eingeborenen dienen, zurückzuführen sei. Das wird an den Parlamentsakten des Indian Civil Service von 1832 ab exemplifiziert und gipfelt in dem Urteil, daß in Bengalen und in den Obergerichten

des Nordwestens die Majorität der Distriktsrichter in schmählicher Weise unzureichend seien (shamefully inefficient), wozu Sir John Stratley, dem dieses Urteil zugeht, bemerkt: Ich stimme dieser Bemerkung durchaus zu!

Es gibt also in der englischen Verwaltung wunde Punkte, die bei Beurteilung fremder Zustände nachsichtig stimmen sollten, namentlich wenn man bedenkt, daß jetzt in Indien alle Mittel der Gewalt ohne Skrupel in Anwendung gebracht werden, um eine Bewegung niederzuhalten, deren ostensibeles Ziel die Gewinnung eines bescheidenen Anteils am Regiment ist, wie es in Rußland schon vor der Revolution und vor Verleihung der Verfassung bestanden hat. Man wird aber in Verlegenheit kommen, wenn man darüber entscheiden sollte, wer politisch reifer ist, der Durchschnittsbauer und Arbeiter in Rußland oder in Indien! Zu dem hochmütigen Ton, den Herr Lucien Wolf anschlägt, liegt also eine Berechtigung schwerlich vor. Wir wollen damit natürlich kein summarisch absprechendes Votum über die englische Verwaltung in Indien abgeben. Sie ist in vieler Hinsicht bewunderungswürdig und die englische Machtstellung trotz allem erstaunlich fest fundiert, nur wolle man nicht daraus einen Kodex liberaler Staatsordnungen abstrahieren. Warren Hastings und Lord Clive und ebenso die Männer, die den Aufstand des Nena Sahib niederschlugen, hatten gewiß nicht unblutige Hände und haben weder Pogroms noch Blutgerichte gescheut. Ihr Ziel war, die Voraussetzungen staatlichen Lebens und die englische Herrschaft aufrecht zu erhalten — right or wrong, my country! Sollten die Männer, auf denen jetzt die Verantwortung für die Aufrechterhaltung und den Fortbestand des russischen Staates ruht, nicht von gleichen Erwägungen bestimmt sein?

Da wir gerade von englischen Angelegenheiten reden, sei eines Schreibens gedacht, das der ehemalige Gouverneur von Jamaika, Sir Frank Swettenham, an die „Times" gerichtet hat und das von historischem Interesse ist, da es den wahren Zusammenhang des Zwischenfalls feststellt, der nach dem Erdbeben von Jamaika am 15. Januar dieses Jahres zwischen dem Gouverneur und dem amerikanischen Admiral Davies stattfand und in die Abberufung Swettenhams ausmündete, die, ohne daß man ihn gehört hatte, von London aus dekretiert wurde.

Nach Swettenhams Erzählung war der Verlauf der folgende. Als der Gouverneur am 16. Januar, dem Tage nach dem stärksten Erdstoß,

nach Kingston ritt, traf er zwei amerikanische Seeoffiziere, die von Kuba auf einem Torpedoboot eingetroffen waren und allerlei chirurgische Vorräte mitgebracht hatten. Sie wurden mit vielem Dank empfangen und teilten mit, daß am nächsten Morgen Admiral Davies mit zwei Kriegsschiffen eintreffen werde, auch versprachen sie durch einen Boten, der ihnen mitgegeben wurde, Nachricht zu geben, sobald der Admiral landen wolle. Swettenham ordnete darauf an, daß der Admiral von einer Ehrenwache empfangen werden sollte. Am 17. früh aber landete der Admiral ohne vorausgegangene Botschaft und ohne die üblichen Salutschüsse abgegeben zu haben, er ging direkt auf das Sekretariat zu und fragte den Kolonialsekretär, ob er irgend helfen könne. Man sagte ihm, daß im Zuchthaus eine Revolte ausgebrochen sei, und als Davies sich erbot, sie niederzuwerfen, ging der Kolonialsekretär darauf ein. Beide hatten offenbar vergessen, daß der Befehlshaber eines fremden Kriegsschiffes nur mit dem Gouverneur in Verkehr treten darf. Erst als 60 amerikanische Marinesoldaten auf dem Marsch gegen das Zuchthaus waren, machte der Admiral dem Gouverneur davon Mitteilung. Dieser wies darauf hin, daß die Landung bewaffneter Mannschaften gegen alles Völkerrecht sei, war aber bereit, die vollzogene Tatsache gelten zu lassen; Davies erwiderte, daß die Zurückziehung der Truppen ihm seinen Vorgesetzten gegenüber Verlegenheiten bereiten werde, aber Swettenham bestand darauf, daß die Truppen zurückgezogen werden sollten, sobald er es verlange. Davies war damit sehr einverstanden, machte dann noch einen Gang durch die Stadt mit dem Gouverneur und kehrte schließlich auf sein Schiff zurück. Dort empfing er den Gegenbesuch des Gouverneurs und die offizielle Aufforderung, nunmehr die Truppen zurückzurufen, was dann auch geschah, und damit schien der Zwischenfall erledigt.

Aber am anderen Morgen erhielt der Gouverneur einen Brief des Admirals, der die befremdliche Mitteilung enthielt, daß die Landung der Truppen den Gouverneur nichts angehe. Gleichzeitig landeten wiederum bewaffnete amerikanische Matrosen und es wurde ein Feldhospital unter amerikanischer Flagge aufgestellt. Swettenham, der dadurch seine Autorität in Frage gestellt sah, schrieb darauf dem Admiral einen energischen Brief, was zwar die Wiedereinschiffung der amerikanischen Matrosen zur Folge hatte, aber unmittelbar danach lief ein Brief des Bürgermeisters von Kingston an den Admiral ein, der das Vor-

gehen des Admirals beklagte, und in scharfen Ausdrücken desavouierte. Admiral Davies beantwortete diesen Brief in höchst korrekter Weise und wies jeden Anschein eines Mißverständnisses zwischen ihm und Swettenham zurück. So war wiederum alles, wie es schien, in bester Ordnung. Nun aber wurde Swettenhams Brief an Davies von einem sensationsfrohen Journalisten publiziert und dadurch die Vorstellung erweckt, daß man am Anfang eines Konflikts stehe, während tatsächlich durch diesen Brief die ganze Angelegenheit erledigt wurde. Es kam zu einer hysterischen Preßkampagne (hysterical effusion of journalistic abuse of the governor), die auch den englischen Staatssekretär des Auswärtigen impressionierte, so daß er den britischen Geschäftsträger in Washington beauftragte, eine entschuldigende Erklärung abzugeben, obgleich keinerlei Verschuldung des Gouverneurs vorlag. In ähnlichem Sinne aber telegraphierte der britische Kriegsstaatssekretär an Mr. Root, und endlich forderte der Kolonialstaatssekretär Sir Frank auf, seinen Brief zurückzunehmen und der amerikanischen Regierung seine Entschuldigung zu machen. Das alles geschah, ohne daß die amerikanische Regierung eine Beschwerde erhoben hatte.

Der Gouverneur gehorchte, zog seinen Brief zurück, machte seine Entschuldigung und nahm seinen Abschied. Sir Frank Swettenham knüpft hieran eine Reihe bitterer Bemerkungen. In Zukunft werde man in englischen Kolonien fremde Truppen landen können ohne vorher anzufragen, selbst wenn eine britische Garnison am Platze sei und die britischen Autoritäten jede Hilfeleistung für unnötig erklären. Aber offenbar kenne man im Foreign wie im Colonial Office nicht des Königs Regulative über die Landung fremder Truppen auf britischem Boden. Man habe den, der diese Regulative kenne, genötigt, Entschuldigungen zu machen, weil er seine Pflicht erfüllte, nicht wegen vorausgesetzter Formfehler eines Briefes, den er zu schreiben freilich veranlaßt wurde, sondern wegen schnöder (outrageous) Mißachtung der von ihm ausgesprochenen Wünsche. Da sei es kein Wunder, daß die amerikanische Regierung sich der britischen dankbar bezeigte, weil sie so schnell die Handlung des Gouverneurs desavouiert habe, „ohne offizielle Berichte abzuwarten".

Das ist, vorausgesetzt, daß Sir Frank unparteiisch berichtet, allerdings höchst charakteristisch für die englisch-amerikanischen Beziehungen, noch mehr aber für die suggestive Kraft telegraphischer Preßpolitik. Wenn

selbst die führenden Köpfe der Regierung einer Großmacht sich so von ihr beeinflussen lassen, muß man nachsichtig über das profanum vulgus urteilen, das hilflos diesen Einflüssen verfällt. Denn die telegraphierte Sensation hat erfahrungsmäßig eine potenzierte Wirkung.

Nur auf telegraphischem Wege haben wir von den tragischen Ereignissen erfahren, die sich auf koreanischem Boden vollziehen. Auch halten wir noch mit unserem Urteil zurück. Was feststeht, ist, daß der Versuch des Kaisers von Korea, seine Beschwerden vor die Haager Konferenz zu bringen, seine erzwungene Abdankung zur Folge gehabt hat, und daß in Söul ein Aufstand ausgebrochen ist, in welchem 2000 und einige Hundert Japaner einer furchtbar erregten und erbitterten Volksmasse gegenüberstehen, die zum Teil aus ehemaligen koreanischen Soldaten besteht und bewaffnet ist.

Aber die Japaner erwarten Nachschub und werden unzweifelhaft der Bewegung Herr werden. Als 1896 Courzons berühmtes Werk Problems of the far East in zweiter Auflage erschien, war es noch zweifelhaft, ob der russische oder der japanische Einfluß sich Korea dienstbar machen werde. Der chinesisch-japanische Krieg und der Friede von Shimonoseki hatte Korea von der Oberlehnsherrlichkeit Chinas befreit. Aber diese „völlige und vollständige Unabhängigkeit und Autonomie Koreas", wie es im ersten Artikel des Friedensvertrages vom 8. Mai 1895 heißt, war auch der Anfang der Entwicklung, die in die völlige Abhängigkeit von Japan ausmünden sollte. Am 8. Oktober 1895 wurde die Kaiserin, eine Frau von Geist und Charakter, von den Japanern ermordet, und von da ab drang der japanische Einfluß rücksichtslos vor. Beim Ausbruch des japanisch-russischen Krieges mußte der Kaiser von Korea sich am 23. Februar 1904 zu einem Vertrage bequemen, der ihm zwar die Integrität seines Territoriums, die Unabhängigkeit seiner Regierung und den Thron garantierte, aber tatsächlich Japan zum Herrn der inneren und äußeren Politik des Staates machte. Diese Stellung Japans wurde von Rußland am 23. August, von England am 27. September 1905 ausdrücklich anerkannt und neuerdings hat auch Frankreich in seinem jüngsten Vertrage mit Japan desgleichen getan. Von den übrigen Staaten hat nur Amerika noch eine besondere Stellung zu Korea eingenommen. Die Vereinigten Staaten haben in einem Vertrage von 1882 ihre „guten Dienste" für den Fall versprochen, daß irgend eine andere Macht Korea in ungerechter Weise bedrängen sollte. Als

aber im Frühjahr 1905 der Kaiser von Korea den amerikanischen Residenten in Söul, Mr. Homer B. Halbert, nach Washington schickte, um diese guten Dienste in Anspruch zu nehmen, kamen die Japaner ihnen zuvor. Marquis Ito nötigte den Kaiser von Korea zu einem Vertrage, der endgültig die auswärtigen Beziehungen Koreas in japanische Hände legte. Seither ist der Kaiser ein Gefangener in seinem Palast gewesen, und Ende vorigen Jahres wurde er genötigt, sich mit Ministern zu umgeben, die ausschließlich aus Anhängern Japans bestanden. Die Entsendung eines Prinzen seines Hauses in den Haag ist der letzte Versuch, den der unglückliche Herrscher gemacht hat, um in seiner hülflosen Lage eine rettende Hand zu finden. Es hat ihn den Thron gekostet, und die Frage ist jetzt nur noch, wie lange das Scheinkaisertum, das seinem Sohn zugefallen ist, dauern wird. Wie die Dinge liegen, wäre man geneigt, ein baldiges völliges Aufgehen Koreas in Japan zu wünschen. Was vor sich geht, ist das Spiel der Katze mit der Maus, ein Entrinnen kaum denkbar. Daß die koreanische Nation die Kraft hat, sich selber zu helfen, glauben wir trotz der krampfhaften Erregung des Augenblicks nicht. Auswärtige Hülfe aber gibt es für Korea nicht.

In der „Europe Coloniale" plaidiert Albert de Poupourville für eine Verständigung der europäischen Mächte auf dem Boden der Kolonialpolitik. Es ist das ein Gedanke, der ähnlich vom Herzog Johann Albrecht und auf einem englisch-französischen Meeting im Juni 1907 angeregt worden ist. Am schärfsten formuliert hat ihn der Professor Enrico Catellani (Padua) in den folgenden Sätzen: 1. Reziprozität in der Grenzpolizei und bei der Auslieferung von Verbrechern. 2. Gestattung der Grenzüberschreitung für Truppen von Nachbarkolonien. 3. Kooperation beim Verbot des Handels mit Feuerwaffen. 4. Zusammenwirkung bei Bekämpfung des Sklavenhandels. 5. Analoge Verordnungen gegen Verkauf von Alkohol. 6. Gemeinsamen Schutz von Karawanen und internationalem Handel. 7. Gemeinsame Regelung des Schutzes von Schiffbrüchigen und Unterdrückung des Strandrechts.

Das sind unzweifelhaft gute Vorschläge, und da Herr Jules Huret in seiner Unterredung mit dem Reichskanzler verwandte Töne angeschlagen hat, darf man vielleicht annehmen, daß in Frankreich, zumal in kolonialen Kreisen, der Gedanke einer „europäischen" Kolonialpolitik populär ist. Irren wir nicht, so ist eine der Voraussetzungen, um ihn zu verwirklichen, daß überall das Prinzip der offenen Tür an-

erkannt und ohne Mißgunst durchgeführt wird. Ist das erreicht — und im Augenblick bildet Frankreich das größte Hindernis zur Verwirklichung des Gedankens —, so werden mit der steigenden Gemeinsamkeit der Interessen des Handels auch die politischen Interessen der Kolonialmächte näher zusammenrücken, und dann mögen die Vorschläge Catellanis wohl Wirklichkeit werden. Vorläufig sind sie noch Aufgaben einer Zukunft, die wir nicht zu erkennen vermögen.

In Rußland werfen die Bemühungen um die bevorstehenden Wahlen ihre Schatten voraus. Bisher läßt sich hoffen, daß die Oktobristen stark vertreten sein werden und ebenso, daß von der Rechten mehr gemäßigte als extreme Elemente in die Duma einziehen werden. Aber sicher ist weder das eine noch das andere. Es ist möglich, daß der große Einfluß der Popen teils den Kadetten, teils den Revolutionären zugute kommt. Von den Sozialdemokraten will eine Anzahl an den Wahlen nicht teilnehmen, und vielleicht wird die ganze Partei schließlich dieser Parole folgen, was ja nur erfreulich sein könnte. Die Regierung ist bemüht, schon jetzt administrativ reformierend zu wirken. Neue Bestimmungen für die Universitäten sind darauf angelegt, dem Unwesen der Studententyrannei ein Ziel zu setzen, indem das Verbindungswesen auf neue Grundlage, und von der Bestätigung durch den Conseil der Universität in Abhängigkeit gestellt, unbestätigte Verbindungen aber als geheime verboten werden. Das ist nur zu billigen. Aber es läßt sich nicht erwarten, daß diese Maßregeln ihre heilsame Wirkung bald bewähren. Weit durchschlagender wäre die Wiederherstellung der Universität Dorpat auf alter Grundlage als Universität mit deutscher Unterrichtssprache, wie sie drei Menschenalter hindurch zum Segen des Reiches bestanden hat. Auch wären die Schwierigkeiten der Umbildung geringer als man sich vorstellt. Das Studentenmaterial würden neben dem zu erwartenden starken Zustrom aus den Provinzen diejenigen Russen liefern, die arbeiten, nicht politisieren wollen, und auch die Lehrstühle ließen sich meist aus den drei baltischen Provinzen und durch Berufungen aus Deutschland besetzen.

Nur müßte man den ganz unsinnigen Gedanken entschlossen aufgeben, lettische und estnische Lehrstühle zu begründen. Beides sind keine Kultur- und keine Literatursprachen, und beide haben keine Zukunft, schon weil es eine unerhörte Verschwendung wäre, ihnen die Lehrbücher zu übersetzen, deren nun einmal das wissenschaftliche Studium

nicht entraten kann. Dagegen wären, wie die Verhältnisse sich seither entwickelt haben, die Lehrstühle für russische Sprache, russische Literatur, Geschichte und Recht Rußlands natürlich mit Russen zu besetzen, die in russischer Sprache vortragen. Wenn man bedenkt, wie zahlreiche Lehrstühle auf russischen Lehranstalten heute unbesetzt sind, drängt sich die unerläßliche Notwendigkeit der Herstellung einer wissenschaftlich funktionierenden und erziehenden Universität, wie Dorpat es war und wieder sein kann, jedem auf, dem an der Sanierung Rußlands liegt.

Eine andere Maßregel von großer Wichtigkeit hat der Ministerrat vorbereitet: die Legung eines zweiten Gleises an der sibirischen Bahn. Das Projekt wird eine der ersten Vorlagen sein, die der neuen Duma zugehen. Gewiß, das ist sehr notwendig. Wichtiger vielleicht wäre aber, wenn die Regierung ihre Energie daran setzen wollte, Rußland mit Wegen zu versorgen, denn abgesehen von den großen Chausseen, welche die Hauptorte verbinden, sind die Straßen und Wege Rußlands in einem Zustande, wie er so elend in ganz Europa nicht wieder zu finden ist. Das darin eines der wesentlichsten Hindernisse einer gesunden Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens, vor allem der russischen Landwirtschaft, liegt, ist aber absolut sicher. Die Semstwos haben in dem fast halben Jahrhundert ihres Bestehens in dieser Hinsicht lächerlich wenig geleistet.

Im übrigen sind die inneren Verhältnisse immer noch sehr beunruhigend. Raub und Mord gehen sich steigernd weiter. Die Ausstände in den Fabriken nehmen zu, auf der Wolga und auf dem Schwarzen Meer wird frechste Piraterie getrieben. Die „Expropriatoren" machen ungeheure Beute, so jüngst auf der Odessa–Charkower Bahn $1^1/_4$ Million Rubel, die einer Dame abgenommen wurden, die — man sollte es kaum glauben — diese ungeheure Summe in ihrer Reisetasche bei sich trug! Eine Reihe von aufregenden Prozessen steht bevor: Stössel, Fock, Smirnow, an deren Namen sich die Katastrophe von Port Arthur knüpft. Dazu Prozesse, die durch schmutzigen Unterschleif notwendig geworden sind. Es ist ja gut, wenn mit solchen Elementen aufgeräumt wird, aber erschreckend, daß die Zahl solcher Prozesse im Wachsen ist.

25. Juli 1907. Die Japaner erzwingen einen Vertrag, der die gesamte Verwaltung Koreas unter ihre Kontrolle stellt.
26. Juli. Kampf zwischen türkischen Truppen und bulgarischen Banden.
Unruhen in Kamerun (Adamana).
28. Juli. Überfall deutscher Touristen durch Irridentisten in Süd-Tirol.
Unterzeichnung eines englisch-japanischen Handels- und Schiffahrtsvertrages, sowie einer Fischereiconvention.
Generalratswahlen in Frankreich.
29. Juli. Der König von Dänemark trifft in Island ein.
31. Juli. Kämpfe der Türken mit griechischen Banden in Mazedonien.

---

31. Juli 1907.

In Frankreich flaut die „passive Revolution" der Weinbauern langsam ab. Es scheint sich jetzt vornehmlich um einen möglichst anständigen Rückzug des Südens zu handeln, und man darf mit Bestimmtheit erwarten, daß der Ministerpräsident alles, was an ihm liegt, tun wird, um reuigen Sündern goldene Brücken zu bauen. Auch läßt sich ein Zustand politischer Ekstase, der zugleich auf jede Aggression verzichten will, auf die Dauer nicht behaupten. Mit der Spannung schwindet schließlich auch die Kraft passiven Widerstandes. So läßt sich wohl darauf rechnen, daß Clemenceau der Kammer, wenn sie aus den Ferien zurückkehrt, einen beruhigten Süden wird vorführen können. Auch hat außerhalb Frankreichs die „Weinkrisis" weniger Aufsehen erregt als ihre Begleiterscheinungen: die Theorie des Regionalismus, die an gewisse Ideale der Kommune von 1870 erinnert, der Streik der Munizipalbeamten, die Disziplinlosigkeit der Truppen, wie sie zuerst beim 107. Regiment und neuerdings in Perpignan sich zeigte. Man vermutet, daß dabei die Sekte der Antimilitaristen ihre Hand im Spiel gehabt hat und daß die Soldaten aufs äußerste gereizt waren, ehe es zu den Ausschreitungen vor dem Café Magnan kam. Aber weder die Offiziere noch die Unteroffiziere vermochten die Mannschaft zur Ordnung zurückzuführen, und erst als die Polizei sie umzingelt hatte, gelang es, sie zur Rückkehr in ihre Kasernen zu bewegen. Fast noch größeres Aufsehen hat der Rücktritt des Generalissimus Hagron und die Motivierung seines Abschiedsgesuches hervorgerufen. Im „Journal des Débats"

ergeht sich der ausgezeichnete Kenner französischen Militärwesens, Herr Charles Malot, darüber in sehr bitteren Betrachtungen. Es ist daher von Interesse, die Ausführungen des im Augenblick wohl einsichtigsten und bestredigierten russischen Residenzblattes, des „Golos Moskwy", über diese Frage mitzuteilen.

„Wenn noch Beweise für die arge Desorganisation der französischen Armee nötig wären, so müßte die Demission Hagrons als einer der schlüssigsten betrachtet werden. Die Mitteilung der Regierung sagt, daß der Vizepräsident des Oberkriegsrats, General Hagron (als Präsident gilt der Präsident der Republik), um Entlassung von seiner Stellung gebeten hat, mit der im Kriegsfall das Oberkommando aller französischen Armeen verbunden ist. Als Motiv seines Entschlusses (die Mitteilung der Regierung schweigt darüber) gibt Hagron an, daß es ihm unmöglich sei, die Verantwortung für die Folgen des Gesetzes auf sich zu nehmen, durch welches das Parlament die zweijährige Dienstpflicht und die vorzeitige Entlassung der Jahrgänge 1903 und 1904 votiert hat. Nun bestreiten freilich die Regierungsblätter die Argumentation Hagrons und teilen seine Befürchtungen keineswegs. Alle anderen Zeitungen aber stimmen dem verabschiedeten Generalissimus zu und bedauern, daß ein so feuriger Patriot und ein so hervorragender Kenner des Krieges ausscheidet. Sie erklären das unglückliche Votum des Parlaments ausschließlich durch Rücksichten, welche die Abgeordneten auf ihre Wähler nehmen. Sie seien aber zu jedem denkbaren Zugeständnis bereit, wenn sie dadurch erreichen, daß sie ihren Wählern bei den nächsten Wahlen personae gratissimae bleiben."

Der „Golos Moskwy" erinnert dabei an eine Rede des Generals Langlois, des jetzigen Senators, der in Anlaß der Debatte über die Entlassung der Reservisten von dem Eindruck sprach, den japanische Offiziere im Lager von Châlons gewonnen hätten. Es sei vortrefflich manövriert worden, und die jungen französischen Offiziere glaubten, daß alles den Japanern gewaltig imponiert habe. Die aber hätten gesagt, das sei allerdings alles sehr schön, nach ihren Erfahrungen im letzten Kriege komme es aber vorzüglich auf zwei Dinge an: auf den Geist der Truppe (Disziplin und Patriotismus) und darauf, daß die Führer Männer von Charakter sind! General Langlois fuhr dann fort:

„Geist der Truppe? Davon will ich lieber gar nicht reden.... Disziplin und Patriotismus!! Ihr habt ja noch in frischer Erinnerung,

wie unsinnig und unaufhörlich in der Kammer wie im Senat dagegen Sturm gelaufen wurde. Darüber noch zu reden, ist überflüssig. Es ist zum Weinen! Was aber den Charakter der Kommandierenden betrifft, so hat ein skandalöses Günstlingswesen beim Avancement und bei Verteilung der Stellungen die Armee geradezu vergiftet."

So zu reden kann sich naturgemäß nur ein französischer Patriot erlauben, dem man die Übertreibungen nachsieht, weil sie aus dem Willen zu bessern, nicht schlecht zu machen, entspringen. Hagron ist durch einen so tüchtigen Mann wie den General Lacroix ersetzt worden, zu dem Regierung und Armee in gleichem Vertrauen aufschauen, und die Entlassung der Reservisten von 1903 und 1904 wäre eine bedenkliche Maßregel nur, wenn Frankreich in den nächsten Monaten einen Krieg an seinen Grenzen zu erwarten hätte. Daran aber glaubt heute niemand mehr, nicht einmal die Alarmisten von 1905 und ihre Freunde jenseit des Kanals. Wir konstatieren vielmehr mit Genugtuung, daß der Gedanke, daß Deutschland und Frankreich sehr wohl in Frieden nebeneinander leben können, immer mehr Boden und Glauben gewinnt, und daß die Haager Konferenz den bündigen Beweis erbracht hat, daß beide Staaten auch in wichtigen Fragen internationaler Politik sehr wohl Hand in Hand gehen können. Herr Bourgeois und der Frhr. v. Marschall sind unzweifelhaft die führenden Köpfe auf der Konferenz, und bisher haben sie noch fast immer ihr Votum so abgeben können, daß sie sich gegenseitig unterstützen.

Viel Lärm hat neuerdings die „Affäre Lambert" gemacht. Der „Temps" ist zweimal in seinen Leitartikeln auf sie zu reden gekommen, im englischen Parlament mußte Sir Edward Grey sich darüber interpellieren lassen, und die gesamte ägyptische Presse, namentlich aber der „Etendard Egyptien", hat leidenschaftlich für die französische Auffassung Partei genommen. Im Grunde handelt es sich um eine Bagatelle. Die Rechtsschule des Khedive in Kairo hatte bisher stets einen Franzosen zum Direktor gehabt, der in Frankreich studiert hatte. Erst Herrn Testond, dann Herrn Grandmoulin, zuletzt Lambert. Der letztere überwarf sich mit dem englischen Unterstaatssekretär des Khedive für den Unterricht, Mr. Dunlop, und reichte seinen Abschied ein. Darauf schlug Dunlop für den freigewordenen Posten einen Mr. Hill vor, einen ganz jungen Mann, von dem behauptet wurde, daß er schlechte Examina hinter sich habe, der aber den Vorzug hatte, Engländer zu sein. Darüber

schlug der „Temps" Lärm. Es widerspreche diese Ernennung dem Geiste der entente cordiale, der Direktorposten hätte durch einen Zögling französischer Universitäten besetzt werden müssen. In England stellte man sich dagegen auf den Rechtsstandpunkt, das Abkommen sichert den Franzosen nur die Besetzung der Stelle des Direktors der ägyptischen Altertümer, und daran wird wohl nicht gerüttelt werden. Im übrigen kann aber gar nicht zweifelhaft sein, daß die Anglisierung Ägyptens rastlos weiterbetrieben werden wird. Die Million, mit der Lord Cromer dotiert wurde, zeigt aller Welt, daß nicht nur die englische Regierung, sondern auch das englische Volk seine Politik billigt. Mr. Dunlop ist nur einen Schritt weiter auf dem Wege vorwärts gegangen, den er gewiesen hat, und wenn, wie der „Temps" behauptet, die Anglisierung der Khedivialschule einen Niedergang der französischen Primär- und Sekundärschulen zur Folge haben muß, so mag man das vom französischen Standpunkte aus bedauern, vom englischen ist es im höchsten Grade erfreulich.

In Marokko hat die Gefangennahme Macleans durch Raisuli eine neue Sensation gebracht. Es schien eine Zeitlang, als habe England nicht übel Lust, für diesen englischen Untertan einzutreten. Aber es ist sehr bald still davon geworden. Das marokkanische „Wespennest", wie wir es schon 1905 nannten, ist entschieden für England nicht verlockend, und man ist bereit, jedem zu danken, der die Mühe auf sich nehmen will, Sir Henry zu befreien und die Opfer freundlich anzuerkennen, die dafür gebracht werden. Selbst gegen eine Rehabilitierung oder gar Erhöhung Raisulis schien man nichts einzuwenden. Da aber offenbar auch Frankreich keine Neigung hat, die Jagd auf sich zu nehmen, um Maclean zu befreien, ist man allerseits zufrieden, daß die Mahalla des Sultans endlich gegen den kühnen Räuber vorgeht. Ob der telegraphisch gemeldete Erfolg, den sie errungen hat, viel zu bedeuten hat, ist sehr fraglich. Die letzten durch einen Boten der „Westminster Gazette" nach Tanger gebrachten Nachrichten sagen, daß der Stamm der Hkmaß Maclean nur ausliefern werde, wenn der Sultan persönlich zu ihnen komme und sie von der Pflicht befreie, in der Kaiserlichen Armee zu dienen. Raisuli selbst würden sie unter keinen Umständen ausliefern, wenn man ihm aber Straflosigkeit verspreche, sein Schloß wieder aufbaue und ihm sein konfisziertes Eigentum zurückgebe, seien sie bereit, sich für sein Wohlverhalten zu verbürgen! Derselbe Bote berichtet,

daß Maclean wohlauf sei und gut behandelt werde. Das Lager Raisulis sei von Alcazar, Fez oder Tanger für Pferde und Mannschaft ganz unzugänglich.

Eine interessante Betrachtung über die englische Flotte bringt der „New York Herald" vom 17. Juli. Sie werde im Mai 1908 nicht weniger als 86 % ihrer Schlachtschiffe in den heimischen Gewässern konzentriert haben. Das bedeute, daß, abgesehen von den Reserven, 26 Schlachtschiffe und 14 Panzerkreuzer an den Toren der Nordsee liegen würden. So mobilisiere England seine Seemacht, ohne um Genehmigung zu fragen oder sich um die Empfindlichkeiten anderer zu kümmern. Strategisch betrachtet komme dabei die Hoffnung, wenn nicht die Erwartung zum Ausdruck, daß es im Fall eines Krieges der deutschen Flotte nicht gelingen werde, aus der gefährdeten Zone zu entkommen. Die englische Presse diskutiere ungeniert die Aussichten Deutschlands und erkläre, daß, selbst wenn mit Genehmigung Dänemarks das Baltische Meer neutralisiert werden sollte, es ebensowenig möglich sein werde, ein britisches Geschwader von der Verfolgung des Feindes in die Ostsee hinein abzuhalten, als etwa eine Bulldogge durch Absingung eines Kirchenliedes zu beruhigen! Der „New York Herald" macht sich seine Moral daraus im Hinblick auf amerikanische Verhältnisse, aber die Betrachtung ist doch auch für uns recht lehrreich!

Nicht ohne Beunruhigung haben die englischen Liberalen die Siege verfolgt, welche die Sozialisten bei den Wahlen in Durham, Jarrow und Colne Valley errungen haben. Das droht mit der Zeit zu einer Entwicklung zu führen, wie sie in Frankreich sich vollzogen hat. Heute nehmen die Arbeiter als *Verbündete* der Liberalen einige dreißig Sitze ein, aber die Zeit muß kommen, da sie ihre Gegner werden und die liberale Partei ebenso zersetzen, wie die konservative Partei durch ihr Bündnis mit den Radikalen Chamberlainscher Färbung zersetzt wurde. Das ist nun einmal ein Gesetz, das bei allen Parteikombinationen im parlamentarischen Leben zur Geltung kommt: die radikalere Richtung reißt den gemäßigteren Verbündeten zu sich hinüber, nicht umgekehrt, und kleine Zugeständnisse ziehen die großen nach sich. Das englische Parlament hat noch 43 Bills zu erledigen, bevor es in die Ferien gehen darf, und das soll Ende August geschehen! Die Regierungsblätter meinen nun, es werde sich trotz allem das Ziel erreichen lassen, da viele Bills keine Debatten hervorrufen würden. Aber wenn das für das Unter-

haus richtig sein mag, ist die Haltung der höchst verstimmten Lords doch zweifelhaft, und so könnte es geschehen, daß schließlich wichtige Fragen unerledigt bleiben. Immerhin kann die Regierung auf ein stattliches Pensum geleisteter Arbeit zurückblicken, wenn sie gleich in einer so wichtigen Frage wie die irische Reformbill es ist, eine unzweifelhafte Niederlage durch eine außenstehende Macht, die Iren Amerikas, erlitten hat. Aber dieser Gegner ist nicht zu fassen, und vom parlamentarischen Gesichtspunkte aus konnte das Kabinett sich darüber hinwegsetzen, ohne sich geschwächt zu fühlen.

Die koreanische Frage hat den Ausgang genommen, den wir voraussahen. Die Halbinsel ist heute ganz in japanischen Händen, und der Scheinkaiser, den man der Nation gelassen hat, ist eine willenlose Puppe. Niemand hat sich gemüßigt gesehen, ihnen dreinzureden. Trotz der moralischen Bedenken, die sich hier und da in der Presse geltend machten, ist die japanische Flotte überall glänzend empfangen worden, und Rußland, das einst darauf ausging, Korea unter seine schützenden Flügel zu nehmen, hat eben jetzt den Vertrag unterzeichnet, der die noch schwebenden Differenzen endgültig beilegen soll. Auch Amerika hat sich nicht geregt, und das mit Recht. Die Rolle der politischen Sittenpolizei in internationalen Fragen steht niemandem zu, der nicht dabei zugleich eigene Interessen zu verteidigen und zu vertreten hat.

Weniger erfreulich wird es für Japan sein, daß der Versuch, in England für die südmandschurische Bahn eine Anleihe aufzunehmen, fast völlig scheiterte. Man sucht es durch den Stand des Geldmarktes zu erklären, aber wir halten es nicht für unwahrscheinlich, daß auch andere Erwägungen mitgespielt haben.

Dem Haager Kongreß ist übrigens ein Gegenstück zu der koreanischen Petition zugegangen. Eine „Gruppe nationaler Polen" hat an den Präsidenten des Kongresses ein Schreiben gerichtet, das nach einer historischen Einleitung, die wir übergehen, und unter Berufung auf ein ähnliches Memorandum, das der Haager Konferenz 1899 von der polnischen nationaldemokratischen Partei zugestellt wurde, in den folgenden Forderungen gipfelt:

1. für die Bevölkerung des ehemaligen Herzogtums Warschau: autonome Verwaltung, eine nationale Armee von 40 000 Mann, ein konstitutionelles Parlament, Gebrauch der polnischen Sprache und freie Ausübung der Kulte;

2. für die Provinzen Littauen, Podolien und Ukraine, die Teile des alten Polens waren, dieselben konstitutionellen Rechte außer Armee und eigenem Parlament;

3. für die Preußen unterworfene polnische Bevölkerung: freien Gebrauch der nationalen Sprache und das Polnische als Unterrichtssprache, freie Ausübung des Kultus und individuelle Freiheit....

„Wir stellen" — heißt es zum Schluß — „diese Forderung im Namen Polens, das durch eine Bevölkerung von 40 Millionen Köpfen vertreten ist, die im Gebiet des ehemaligen Königreichs Polen leben."

Wir enthalten uns jeden Kommentars; mit der politischen Wirklichkeit haben diese Forderungen nichts zu schaffen.

Es fällt auf, daß sich die „Nowoje Wremja" in letzter Zeit, noch mehr als sonst zu geschehen pflegte, in deutschfeindlichen Artikeln ergeht. Wir haben uns, um die Bedeutung dieser Artikel zu ermessen, bemüht festzustellen, aus welcher Quelle sie stammen, und gefunden, daß der Verfasser ein Herr Schelkin oder Schelgin ist, der in Berlin, Paris und, wenn wir nicht irren, auch in Brüssel untergeordnete Stellungen an den betreffenden russischen Legationen bekleidet hat. Er wurde dann vom Grafen Lamsdorff aus dem diplomatischen Dienste entfernt und wandte sich dem politischen Journalismus zu. Jetzt leitartikelt er für die „Nowoje Wremja". Daß seine Artikel in irgendwelchem Zusammenhang mit der russischen Regierung stehen, ist ganz ausgeschlossen, und wir würden sie nicht beachten, wenn ihnen die große Verbreitung des Blattes nicht eine Bedeutung gäbe, die ihnen nicht zukommt. Die neueste Leistung Herrn Schelgins knüpft an das törichte Martinsche Buch: Kaiser Wilhelm und König Eduard VII. an, dessen Inhalt in pointierter Form mit allerlei bösartigen Zutaten eigener Kombination wiedergegeben wird. Als Resultat gewinnt der Leser die Vorstellung, daß Deutschland sich anschickt, die ganze Welt zu verschlingen: Frankreich, Rußland, England; Kleinasien und Marokko werden als kleine Bissen, pour la bonne bouche so nebenher aufgezehrt. So sei das Martinsche Buch eine prophetische Warnung für jeden, der seine Augen nicht vor einer vielleicht schon morgen drohenden Gefahr verschließen wolle! Man sollte wirklich annehmen, daß in den ernsten Tagen, die Rußland heute durchlebt, das größte Blatt des Reiches und zugleich das meistgelesene, obgleich gewiß nicht das meistgeachtete, bessere Dinge

zu tun hätte, als diese politischen Giftmischereien eines unklaren Kopfes, der aus trüber Quelle schöpft, wiederzugeben. Denn bei all der äußerlichen Stille, die im Reiche zu herrschen scheint, ist die tatsächliche Lage doch im höchsten Grade beunruhigend. Wenn in Petersburg und Moskau das Leben seinen gewöhnlichen Gang geht und überhaupt in den Städten zurzeit von der Revolution wenig zu merken ist, so weisen doch untrügliche Anzeichen darauf hin, daß das Feuer weiterfrißt und daß es plötzlich wieder aufflackern kann. Zunächst haben die Terroristen nicht entwaffnet. Die letzten Wochen haben zur Entdeckung einer Reihe von Verschwörungen geführt, die, von verschiedenen Mittelpunkten ausgehend, sich gegen die Person und die nächsten Angehörigen des Kaisers richteten. Man hat Pläne des kaiserlichen Schlosses bei den glücklicherweise verhafteten Verbrechern gefunden, die keinen Zweifel darüber lassen, wo und wie die Anschläge ausgeführt werden sollten. Studenten, Offiziere, Beamte, Frauen natürlich, sind an den Mordanschlägen beteiligt. Einige sind entflohen, die meisten ergriffen. Aber wer bürgt dafür, daß nicht andere Anschläge unentdeckt geblieben sind? Der Blutwahnsinn hat wie in den Jahren 1878 bis 1881 Gewissen und Gefühl dieser Sektierer allem Menschlichen entfremdet. Sie leben nur ihrem Wahn und halten es für eine Ehre, als Henker die Befehle der Mordzentrale auszuführen, die, wie es scheint, all diese Anschläge leitet. Ganz besonders niederträchtig erscheint es uns, daß überall die Frauen, zum Teil halbe Kinder, an die gefährlichsten Posten gestellt werden. Das ist in der Geschichte aller Völker beispiellos. Der „Golos Moskwy" zählt für einen Tag, den 27. Juli, die folgende blutige Chronik auf:

In Petersburg wird eine Verschwörung entdeckt, die gegen das Leben des Kriegsministers Rödiger gerichtet ist.

Die Teilnehmer an der Ermordung des Stadthauptmanns von Petersburg, v. der Launitz, werden zum Tode durch den Strang verurteilt.

In Petersburg wird der Mörder der Ingenieure Bers und Nyberg ergriffen. Es ist ein Student der Petersburger Universität.

In Sakateli bei Tiflis ermordet ein ehemaliger Matrose den Kommandeur des 2. Bataillons des 201. Lebjädinschen Reserveregiments. In Charkow wird eine Schildwache verwundet, die vor dem Militärzuge stand, in Lodz ein Soldat.

An dem Überfall auf die Wohnung Zuckermanns in Kiew nahmen die Schüler der Kiewer Handelsschule teil.

Im Dorfe Mackow fanden Unordnungen statt, bei denen ein Wächter und zehn Bauern erschlagen wurden.

In Kiew wurden von spielenden Kindern sieben geladene Bomben gefunden!

Greift man auf die Ereignisse einer ganzen Woche zurück, so wächst die Zahl der Morde und Raubanfälle ins Ungeheuere. Trotz der guten Ernte, die sich erwarten läßt, blickt man mit großer Sorge auf die Stimmung der Bauern. Sie stehen den Wahlen ziemlich gleichgültig gegenüber, aber ihre agrarischen Utopien halten sie eigensinnig fest, und die Apostel der Revolution sind am Werk, sie weiter aufzureizen. Wenn sich ein Pugatschew findet, schreibt uns ein Freund, setzt sich das alles in Bewegung. So ist die Ruhe nur eine scheinbare, und die furchtbare Verantwortung, welche die zweite Duma auf sich lud, als sie eine Kundgebung ablehnte, die den politischen Mord verurteilte, und sich danach weigerte, Ohsol und Genossen der Gerechtigkeit auszuliefern, wird jeden neuen Tag durch die Chronik der Morde neu illustriert. Es lag in der Hand der Kadetten, damals durch ein entschlossenes Abrücken von den blutigen Revolutionären die Revolution zu schließen und den Übergang zum russischen Rechtsstaat zu ermöglichen. Sie haben die günstige Stunde versäumt, und Rußland geht, daran kann kaum gezweifelt werden, neuen Erschütterungen entgegen, wenn nicht die Wahlen eine dritte lebens- und arbeitsfähige, staatserhaltende Duma ergeben.

Der frühere Minister der Landwirtschaft, Jermolow, hat in der „Nowoje Wremja" einen Artikel veröffentlicht, der die Überschrift trägt: „Nicht auf Parteiprogramme, sondern auf Menschen kommt es an."

„Vor uns", schreibt er, „stehen die Wahlen zur dritten Duma, und zum dritten Male wird das Schicksal Rußlands auf eine Karte gesetzt. So rufe ich denn nochmals meinen Mitbürgern zu, allen Russen, sogar allen Fremden und Andersgläubigen, die Rußland nicht verraten haben, allen denen, denen Rußlands Schicksal teuer ist, die es nicht zerstören und nicht zum Untergang führen wollen: nennt uns die euch bekannten besten Männer, schart euch rechtzeitig um sie, haltet fest zu denen, die noch fähig und würdig erscheinen, euch zu vertreten, und ihr werdet den Sieg erringen ..."

Wir fürchten, daß dieser Aufruf wirkungslos verhallen wird. Es ist eine Gefühlsäußerung, kein greifbarer Vorschlag, kein klarer und starker Wille, der das Mittel weiß, das zum Ziele führt. Erreichen aber

läßt sich gewiß noch mancherlei. Vor allem muß es möglich sein, die Arbeiterwelt zu beeinflussen, wenn ihr rechtzeitig die rechten Führer gegeben oder ihre schon vorhandenen und gewiß nicht unbekannten Führer aufgeklärt und gewonnen werden. Sie alle haben Enttäuschungen erlebt und sind ernüchtert. Sie stehen unter einem Terror, von dem sie befreit werden können, und dasselbe gilt von einem Teil der Bauern. Im Grunde ist das Verlangen nach einer starken Hand, die sicher führt, allgemein. Der Ministerpräsident Stolypin hat erst kürzlich, indem er den Kadetten einen Parteikongreß in Petersburg verweigerte, gezeigt, daß er mit der verdeckten Revolution ebensowenig paktieren will wie mit der offenen. Er hat auch allen Beamten verboten, Parteien beizutreten, die dem russischen Staatsgedanken feindlich gegenüberstehen, und dabei die Kadetten ausdrücklich genannt. Aber Stolypin allein kann die ungeheuere Aufgabe, Rußland aus der Revolution zu staatlicher Ordnung zurückzuführen, nicht lösen. Die Werkzeuge, an deren Hilfe er gebunden ist, aber haben bisher noch immer versagt. Wir sehen die Menschen nicht, nach denen Jermolow sucht, oder sehen sie doch nicht an der rechten Stelle.

1. August 1907. Ermordung von Europäern in Casablanca.
Der französische Resident nimmt den König von Anam gefangen und setzt eine Regentschaft ein.
3. August. Zusammenkunft Kaiser Wilhelms mit Kaiser Nikolaus II.
4. August. Der König von Siam trifft in Berlin ein.
5. August. Türkisch-persische Grenzkonflikte.
6. August. Beschießung und Besetzung von Casablanca durch französische Truppen.

---

7. August 1907.

Die Kaiserzusammenkunft vor Swinemünde ist gewiß ein Ereignis von politischer Bedeutung; das wird schon durch die Tatsache bewiesen, daß Fürst v. Bülow und Herr v. Iswolski sich den Monarchen angeschlossen haben, nicht als Figuranten, sondern weil die politische Lage eine persönliche Aussprache beider Staatsmänner als wünschenswert erscheinen ließ. Alles, was dagegen in unserer wie in der auswärtigen Presse über Ziel und Gegenstand der Besprechungen mitgeteilt wird, hat den Wert, den Konjekturen und Wahrscheinlichkeitsrechnungen haben können. Es ist möglich, daß sie der Wahrheit sehr nahe kommen, aber ebenso möglich, daß sie weit am Ziel vorüberschießen. Das hängt davon ab, wie weit die Voraussetzungen richtig sind, von denen sie ausgehen, und wie groß oder gering die politische Bildung und die Urteilskraft ist, die auf dem Material dieser Voraussetzungen ihre Schlüsse baut. Als vor zwei Jahren am 24. Juli die Kaiserzusammenkunft in Björkö stattfand, wurden wir von einer wahren Flut derartiger Konjekturen überschwemmt, sie sind durch die Ereignisse, die sich inzwischen abgespielt haben, ad absurdum geführt worden, und in diesen für Rußland so furchtbar schweren zwei Jahren hat sich gezeigt, daß der Nachbar im Westen in mancher Fährlichkeit sich als ein treuer und zuverlässiger Freund Rußlands erwiesen hat. Daß diese Tatsache ein politischer Faktor geworden ist, mit dem hüben und drüben gerechnet wird, ist so selbstverständlich, daß wir es kaum ausdrücklich zu sagen brauchen. Daran werden auch die systematischen Verdächtigungen der deutschen Politik durch die „Nowoje Wremja", auf die wir vor acht Tagen hinwiesen, nichts ändern. Was heute in Rußland eine Schließung

der Revolution und eine Versöhnung zwischen Volk und Regierung wünscht, was an den Grundgedanken vom 17. Oktober festhält und den russischen Rechtsstaat, ausgerüstet mit den konstitutionellen Befugnissen, die er ertragen kann, verwirklicht wünscht, sieht auch in dem Zusammenstehen von Deutschland und Rußland eine moralische Kräftigung der eigenen Bestrebungen. Der charakteristische Unterschied zwischen der Haltung, die Deutschland und die z. B. England und Frankreich während der Krisis eingenommen haben, liegt darin, daß die deutsche Politik sich gleichbleiben und eben dadurch dem russischen Interesse förderlich sein konnte, ohne, wie andere es getan haben, unsicher hin- und herzuschwanken und dem jeweiligen stärkeren Teil seine Verbeugung und seine Liebesanträge zu machen. Wir wollen das nicht spezialisieren, die Beispiele dafür sind wohl von den Tagen des sich vorbereitenden russisch-japanischen Krieges bis zu der Abgötterei, die in Paris und London mit der ersten wie mit der zweiten Duma getrieben wurde, noch in frischer Erinnerung. Aber auf eine andere Tatsache von allgemeiner Bedeutung muß doch hingewiesen werden. Aus dem Gewirr der politischen Doktrinen, die während der russischen Revolution danach strebten, die faktische Macht an sich zu reißen, um das zu verwirklichen, was ihnen als politisches Ideal erschien, läßt sich als ein Besonderes die Aktion der sozialdemokratischen Partei herausschälen, die zum ersten Male, seit die Partei bestand, Gelegenheit gefunden hat, einen großen Staat zum Gegenstand ihrer politischen Experimente zu machen. Was es bedeutet, wenn die Sozialdemokratie „reformiert", wird in einem ausgezeichneten Buch „Die lettische Revolution"[1]) an der Hand der Tatsachen dargelegt, die sich im Baltikum seit 1881 vorbereiteten und in den Verwüstungen und Morden, den Folterungen und „Expropriationen" der Jahre 1905 und 1906 ihren Höhepunkt erreichten. Es ist leider durchaus wahr, wenn der Verfasser die internationale, speziell aber die deutsche Sozialdemokratie mit verantwortlich macht für alle die Greuel, die dort vollbracht wurden, und für all das Blut, das dort vergossen worden ist. Die lettische Sozialdemokratie ist die direkte Schülerin der Bebel und Singer. Sie sind auch die Lehrer der polnischen und russischen Sozialdemokratie, und wir finden ihre Namen mit denen der Parvus, Kautsky, Klara Zetkin

[1]) Mit einem Geleitwort von Prof. Dr. Schiemann Bd. 1—2. Berlin 1906 und 1907. Druck und Verlag von Georg Reimer.

unter dem Aufruf „der russischen und polnischen, sowie der europäischen Sozialdemokratie", der in Tausenden von Exemplaren durch ganz Rußland verbreitet wurde. Auch hat die russische Jüdin Rosa Luxemburg, die leider heute Deutsche genannt werden muß, ausdrücklich erklärt, daß die Leiter der russischen Revolution mit der Leitung der deutschen Sozialdemokratie in steter Fühlung stehen und handeln. Während Herr Bebel sich in sittlicher Entrüstung über die „Greuel" in Afrika ergeht, feiert sein Organ, der „Vorwärts", den politischen Mord an unseren deutschen Stammesgenossen! Die Jahrgänge 1905 und 1906 des „Vorwärts", die als urkundlicher Beweis für die Mitschuld der Führer der Sozialdemokratie an all dem vergossenen unschuldigen Blut vor uns liegen, werden so ein dauerndes Denkmal der sittlichen und geistigen Verworfenheit sein, zu der die Praxis der Sozialdemokratie führt. Es ist allerdings, wie der Verfasser jenes Buches sagt: „Die Sozialdemokratie ist wie das scheinbar gezähmte wilde Tier. Zeigt sein Wächter ein Zeichen von Schwäche, ja wendet er nur den Blick ab, so springt es zu, ihn zu zerfleischen." Am 5. Oktober 1906 quittierte der „Vorwärts" über 326 522 M., die er für die „Opfer des russischen Freiheitskampfes" gesammelt hatte. Unmittelbar vorausgegangen waren die Meuterei in Kronstadt, die Ermordung des Generalgouverneurs von Samara, der Moskauer Generalstreik, das Attentat auf den General Kaulbars, die Meuterei in Odessa, das Attentat auf den Ministerpräsidenten Stolypin, die Ermordung des Generals Min und des Generalgouverneurs Wonljarljarski, ungezählte Missetaten in den baltischen Provinzen usf. in blutiger Reihe. Unter diesen äußeren Eindrücken wurden die Spargroschen der deutschen Arbeiter den „Helden" der Revolution zu weiterer glorreicher Arbeit übergeben!

Die Zerstörung der deutschen Kultur im Baltikum aber wurde von Anfang bis zum heutigen Tage von den ermunternden Beifallsrufen des „Vorwärts" für die Zerstörer und Mörder und von Hohn und Beschimpfung für die Geschädigten und Ermordeten begleitet! Es ist uns völlig unverständlich, daß sich im Reichstage niemand gefunden hat, um den Sozialdemokraten ihr blutiges Konto vorzuhalten. Der „Vorwärts", die „Königsberger Volkszeitung" und die ihnen gesinnungsverwandten Blätter sind ja wohl in der Bibliothek des Reichstages zu finden! Die Klagen, die aus den baltischen Provinzen heraus gegen den „Vorwärts" erhoben worden sind, scheiterten teils aus formalen Grün-

den, teils weil der „Vorwärts" leugnete, und so ist seine ruchlose Politik unbestraft geblieben. Auch ist uns die Strafe des einzelnen nicht das Wesentliche, wohl aber die öffentliche Brandmarkung der Führer durch die berufenen Vertreter der idealen Interessen der deutschen Nation im deutschen Reichstage. Vor allem aber ist mit den Trugschlüssen aufzuräumen, die Sozialdemokratie und Terrorismus als durch einen Abgrund voneinander getrennt darstellen, *während doch die sozialdemokratische Theorie, wo sie sich ans Werk setzt, ihre Ideale durchzuführen, notwendig in Anarchismus und Terrorismus umschlägt.* Das ist die große Lehre, welche die russische Revolution der Welt eindringlich genug predigt! Herr Ohsol, der Kaisermord und Militäremeute systematisch organisierte, war korrekter Sozialdemokrat, und wenn einmal die Möglichkeit vorliegt, seinen Entwicklungsgang zu verfolgen, wird sich auch zeigen, aus welchen Quellen er seine politischen Grundsätze geschöpft hat.

Wir kommen hier auf eine Frage, welche zurzeit die öffentliche Meinung Rußlands beschäftigt. Aus Anlaß der Wahlen ist vom Fürsten Trubetzkoi eine lebhafte Agitation ins Werk gesetzt worden, um ein Wahlkartell zwischen Kadetten und Oktobristen herbeizuführen. Seine Bemühungen sind gescheitert, nachdem der Führer der Kadetten, Professor Miljukow, erklärt hat, daß er eher für einen Sozialdemokraten als für einen Oktobristen stimmen würde, und ebenso haben jetzt die Oktobristen sich von den Kadetten losgesagt. Sie mußten es tun, denn obgleich einige der Kadetten, wie Peter Struve, merklich enttäuscht sich den gemäßigten Konstitutionalisten zu nähern begonnen haben, besteht die Mehrzahl unter Miljukows Führung darauf, in den Sozialdemokraten Verbündete zu sehen. Die russischen Sozialdemokraten sind aber aus Prinzip Förderer des *gewaltsamen* Umsturzes, so daß ihre Verbündeten, sie mögen persönlich Mord und „Expropriation" noch so sehr verabscheuen, notwendig zu Mitschuldigen werden. Diese nicht wegzuleugnende Tatsache spielte in entscheidender Weise schon bei der Katastrophe mit, die zur Auflösung der zweiten Duma führte, und daraus ergibt sich, daß niemand, der in Rußland die Grundlagen staatlichen Lebens sichern will, mit den Kadetten Hand in Hand gehen kann, ehe sie sich förmlich und öffentlich in bindender Form vom Zusammenhang mit der Sozialdemokratie und den andern mehr links stehenden Par-

teien losgesagt haben. Darüber läßt sich nicht hinwegkommen, und wenn die Kadetten den Entschluß zu diesem Schritt nicht finden können, werden sie, wie schon durch den Wyborger Aufruf geschah, mit zwingender Gewalt selbst in die Reihen der offenen Revolutionäre hineingedrängt werden. Tertium non datur.

In Marokko ist, wie wir immer befürchtet haben, ein wilder Ausbruch des islamitischen Fanatismus nun doch erfolgt. In Casablanca sind ihm zahlreiche Europäer — die Zahl steht immer noch nicht mit Sicherheit fest — zum Opfer gefallen, die Stadt selbst ist in Händen der Fanatiker, und der Sultan steht, wie es scheint, diesem Paroxysmus seines Volkes so gut wie rat- und fassungslos gegenüber. Leider liegt von französischer und spanischer Seite das große Versäumnis vor, daß, obgleich seit Unterzeichnung der Akte von Algeciras ein Jahr und vier Monate vergangen sind, nichts geschehen ist, um, wie es der Artikel 16, Kap. 1 der Akte von Algeciras in Aussicht nahm, die Polizei in Casablanca zu organisieren. Die abergläubische Furcht, welche die umwohnenden arabischen Stämme Erdarbeiten entgegentragen, ist durch die in Angriff genommenen Arbeiten am Hafen von Casablanca geweckt worden; dazu kam religiöse Agitation, die von einem „Wundermann" ausging, und so konnte es geschehen, daß die unbeschützte Stadt dem Fanatismus der erregten Massen zum Opfer fiel. Man kann noch froh sein, daß von den etwa 800 Europäern, die in Casablanca leben, nicht noch mehr Leben und Eigentum eingebüßt haben. Ein großer Teil von ihnen konnte eine Zuflucht auf den im Hafen liegenden Kauffahrteischiffen finden. So wie die Dinge im Augenblick liegen, haben Frankreich und Spanien getan, was unerläßlich war. Sie schicken Kriegsschiffe nach Casablanca, und wir hätten uns gefreut, wenn Italien desgleichen getan hätte. Die französisch-spanische Aktion findet in Übereinstimmung mit allen Vertragsmächten statt und wird in eine Landung von Truppen und in eine zeitweilige Okkupation von Casablanca ausmünden, die wohl bis zu vollendeter Organisation der Polizeitruppe dauern könnte. Man darf annehmen, daß diese letztere Aufgabe der Spanier und Franzosen sofort in Angriff genommen werden wird. So befriedigend die Einmütigkeit ist, mit der alle Mächte die bevorstehende Demonstration und Aktion Frankreichs ansehen — denn trotz der Teilnahme Spaniens ist Frankreich die führende Macht — so nahe liegt doch die Erwägung, daß die Ereignisse von Casablanca Symptome einer

steigenden Erregung sind und daß die Wahrscheinlichkeit dafür spricht, daß ähnliche Äußerungen des islamischen Fanatismus auch an anderer Stelle ausbrechen und sich chronisch wiederholen können. Im Grunde richtet sich diese Erregung gegen ein Phantom, seit Frankreich sich so nachdrücklich, wie es durch den Mund des Herrn Pichon geschehen ist, zum Programm von Algeciras bekannt hat. Aber in den Köpfen der Marokkaner, namentlich aber unter den arabischen Stämmen des Westens, lebt nun einmal die Vorstellung, daß es sich um die Behauptung ihrer politischen Freiheit handele, und für diese zu kämpfen und zu sterben sind sie bereit. Es wäre daher gewiß zu empfehlen, daß diesem Mißtrauen Zeit gelassen wird, sich zu legen. Ist erst ein starker Polizeidienst in den Häfen eingeführt, so daß Handel und Wandel, Leben und Eigentum gesichert sind, so müßte den Marokkanern Zeit gegeben werden, sich an die neuen Verhältnisse zu gewöhnen. Man darf doch nicht übersehen, daß noch vor wenigen Jahren Marokko eine terra clausa war, und daß die neuen Formen europäischer Kultur, die jetzt eindringen, eine geistige Revolution bedeuten. Geschieht das Vordringen langsam und schonend, so kann es zu einer allmählichen Wandlung führen, geschieht es in Hast und gewaltsam, so führt es zu einem Umsturz, der allen, den Marokkanern wie den europäischen Interessenten mit Gefahren droht, deren Tragweite bei der ohnehin unter den Völkern des Islams bestehenden politisch-religiösen Erregung schwer zu ermessen ist. So hängt sehr viel für die Zukunft von der politischen Weisheit und Mäßigung ab, die Frankreich jetzt zu beweisen hat. Wir haben das beste Vertrauen, daß Herr Pichon sich der schweren Aufgabe gewachsen zeigen wird, der er gegenübersteht.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen je länger je mehr die irischen Angelegenheiten. Seit dem Scheitern des Campbell-Bannermanschen irischen Reformprojektes am Widerspruch des von Amerika aus geleiteten Nationalkonvents, gärt es unzweifelhaft. König Eduard hat durch seinen Aufenthalt in Dublin vergeblich versucht, die bestehende Spannung zu mindern. Sie besteht fort. Erst war es ein Streik der Kohlenarbeiter und Kärrner in Belfast, der fast ganz beigelget war, als ein Streik unter den herangezogenen Polizisten ausbrach. Die Regierung war bemüht, andere Konstabler aus Dublin heranzuziehen, mußte aber die Erfahrung machen, daß die Dubliner sich mit den Belfastern solidarisch erklärten. Man hat darauf den in York stehenden 18. Husaren Befehl erteilt, sich

marschbereit zu halten und will die versagenden Konstabler in die Landdistrikte versetzen. In Summa sind jetzt drei Infanterieregimenter und ein Kavallerieregiment in Belfast. Es handelt sich zurzeit um 300 Konstabler, und die Maßregel erscheint nicht ganz unbedenklich, da gerade in den Tagen einer steigenden national-irischen Bewegung unzufriedene und gemaßregelte Polizisten nicht eben am Platze sein dürften. Schon am 6. Juli hatte in Tubbercurry, Grafschaft Sligo im nordwestlichen Irland, eine dort tagende Versammlung einstimmig eine Resolution angenommen, die dahin ausmündete, daß, nachdem 25 Jahre lang die irischen Parlamentarier im Londoner Parlament nichts hätten erreichen können, es nunmehr ihre Pflicht sei, das Parlament zu verlassen und nach Irland zurückzukehren, um sich ganz der Sinn Fein-Politik, so wie Parnell sie vertrat, hinzugeben, nämlich: „England zu schädigen durch einen organisierten Boykott seines Handels, seines Einkommens, seiner Flagge, Armee, Flotte und Polizei, und dabei irische industrielle Unternehmungen zu pflegen, den Handel und Handelsverkehr Irlands mit der außerenglischen Welt, speziell mit Deutschland und den Vereinigten Staaten zu fördern, und die Regierung Irlands durch das Parlament schwierig oder unmöglich zu machen, indem man den britischen Staatsmännern, wann und so oft sich die Gelegenheit bietet, Hindernisse in den Weg legt." Die unter Anführungszeichen gebrachten Sätze sind eine wörtliche Wiedergabe des Parnellschen Programms, und man erinnert sich, welche schweren Verlegenheiten seine Kampfesweise für England bedeutete. Sie bedeutet aber auch für die Iren selbst eine große Summe von Unbequemlichkeiten und Opfern, und wir vermögen nicht zu ermessen, ob die Resolution der Männer von Tubbercurry mehr bedeutet als eben die Willensäußerung der erregten Bevölkerung einer kleinen Stadt in einem irischen Winkel. Auch sehen wir keinen Führer der irischen Bewegung. Mr. Redmond hat seinen Einfluß verloren und die amerikanischen Führer des Sinn Fein können wohl bei besonderen Anlässen einen bestimmenden Einfluß ausüben, aber nicht aus der Ferne die dauernde Leitung einer so höchst komplizierten Boykottierungsmaßregel, wie sie geplant scheint, in Händen behalten. Wirklich geschädigt würde England zudem nur durch die Versagung von Mannschaften für Armee und Flotte werden, die unwahrscheinlich ist, weil sie ganz direkt die persönlichen Interessen von Einzelindividuen trifft. Unbequem aber bleibt diese irische Be-

wegung unter allen Umständen, zumal sie mit verwandten Verlegenheiten in Indien und zum Teil auch in Ägypten zusammentrifft. Dazu kommen Schwierigkeiten der inneren Politik, die dem liberalen Kabinett trotz seiner überwältigenden Majorität das Leben sauer machen und ihm von der straff organisierten Presse der Opposition mit gewisser Schadenfreude vorgehalten werden. Typisch in dieser Hinsicht ist wiederum die „National Review", die neben ihren, von uns schon lange nicht mehr beachteten Angriffen auf Deutschland an dem liberalen Kabinett kein gutes Haar läßt. Nur Sir Eduard Grey findet Gnade vor ihren Augen, weil sie ihm Absichten unterzulegen scheint, welche er gewiß mit Entschiedenheit abweisen würde. Der neueste Einfall der „National Review" ist, daß die englische Nordseeflotte immer noch zu schwach sei und wesentlich verstärkt werden müsse, wenn sie nicht rettungslos der drohenden deutschen Übermacht zum Opfer fallen solle! Man weiß wirklich nicht mehr, wie man dieses Treiben charakterisieren soll.

Von den amerikanisch-japanischen Gegensätzen ist es ziemlich still geworden, aber es ist nunmehr Tatsache, daß allerdings die amerikanische Flotte um das Kap Horn herum ihren Weg in den Großen Ozean nimmt. Das ist offiziell angezeigt worden und zugleich, daß die japanische Regierung darin keinerlei Bedrohung ihrer Interessen erblicke. Auch wird bei ruhiger Erwägung jedermann zugestehen müssen, daß dieses amerikanische Geschwader einen rein defensiven Charakter trägt. Daß Amerika nicht geneigt ist, sich auf dem Großen Ozean depossedieren zu lassen und den Japanern die Alleinherrschaft in pazifischen Ozean stillschweigend in die Hände zu geben, müßte denen, die die Geschichte Amerikas seit dem kubanischen Kriege verfolgt haben, von vornherein feststehen. Es kommt aber hinzu, daß Amerika sehr wesentlich daran interessiert ist, daß China nicht ganz in wirtschaftliche Abhängigkeit von Japan gerät und das Prinzip der offenen Tür nicht nur dem Namen nach, sondern auch in Wirklichkeit aufrecht erhalten werde. Namentlich an der Mandschurei ist Amerika in hohem Grade interessiert, und diesen Interessen gegenüber tritt die kalifornische Frage, die im Grunde stark aufgebauscht worden ist, ganz in den Hintergrund. Für Kalifornien allein würde die öffentliche Meinung Amerikas gewiß nicht in Bewegung zu setzen sein. Wohl aber für die Behauptung der amerikanischen Stellung in Hawai und auf den Philippinen, sowie für die ungeheuren Interessen, die schon heute mit dem chinesischen Handel verbunden

sind und in Zukunft noch wesentlich an Bedeutung wachsen müssen. Die Verstimmung, die sich in China zeitweilig gegen Amerika geltend machte, und in dem Versuch, amerikanische Waren zu boykottieren, gipfelten, ist längst überwunden. Namentlich hat die Botschaft einen überaus günstigen Eindruck gemacht, durch welche Präsident Roosevelt ankündigte, daß er den Überschuß der Entschädigungen, die für die durch den Boxerkrieg verursachten Verluste von China gezahlt worden sind, soweit sie die wirklichen Kriegskosten übersteigen, zurückzahlen wolle. Auch weiß man in China, daß die Vereinigten Staaten unter keinen Umständen auf dem asiatischen Kontinent Erwerbungen machen werden, während das Mißtrauen gegen die Absichten Japans sehr rege ist, und durch die letzten koreanischen Ereignisse noch gesteigert wurde. Der Schluß, zu dem man bei Erwägung dieser Tatsachen gelangt, ist, daß die Verlegung der amerikanischen Kriegsflotte in den Stillen Ozean nur beifällig begrüßt werden kann. Es ist eine Maßregel, die bestimmt ist, in diesen Gewässern das politische Gleichgewicht wieder herzustellen, und das kann dem Weltfrieden nur dienlich sein.

8. August 1907. Kaiser Wilhelm trifft in Wilhelmshöhe ein.
10. August. Polenkongreß in Zakopane in Galizien.
11. August. Unruhen streikender Arbeiter in Belfast.
12. August. Fürst Bülow in Wilhelmshöhe.
Beilegung der Unruhen in Kamerun.
13. August. Gefangennahme des Gouverneurs von Casablanca durch die Franzosen.
14. August. Zusammenkunft Kaiser Wilhelms mit König Eduard VII.

---

14. August 1907.

Eine überraschend weitgreifende Bedeutung gibt der „Golos Moskwy", eine Zeitung, die stetig an Bedeutung gewinnt und im Gegensatz zur „Nowoje Wremja" auf dem Boden wirklich fester politischer Überzeugungen steht, den Monarchenzusammenkünften bei Swinemünde und in Wilhelmshöhe. Das Blatt geht von den beunruhigenden Gerüchten aus, die heute in Betreff Japans und Chinas durch Rußland ziehen. Japan bereite sich mit fibrischem Eifer für einen neuen Krieg vor. Auch China sei in Aufregung und hier wie dort richte sich die Bewegung gegen alle Fremden. Es sei keine chauvinistische Welle, die plötzlich und durch Zufälligkeiten entstanden sei, sondern die Erhebung einer Rasse und einer besonderen Kultur gegen die Völker und die Kultur anderer Rassen. Auch seien die Gegensätze nicht durch den Widerspruch materieller Interessen zu erklären, sie lägen tiefer und hätten ein breites Fundament. Dann heißt es wörtlich:

„Die Gefahr wächst. Und nicht nur wir Russen, sondern alle europäischen Nationen werden ernstlich damit zu rechnen haben. Die letzten Wochen haben die lange ersehnte Wandlung in den diplomatischen Beziehungen der europäischen Mächte zueinander gebracht. Die frühere Politik, da Zweibund, Dreibund und da alle Bündnisse gegen einander gerichtet waren, da es sich darum handelte, eine Gruppierung gegen die andere zu verwenden, diese Politik, welche die Atmosphäre des Militarismus schuf und immer aufs neue das Gespenst des bevorstehenden Kontinentalkrieges erzeugte, diese Politik gehört nunmehr der Vergangenheit an. Die Zusammenkunft in Swinemünde,

die Begegnung Kaiser Wilhelms mit König Eduard, die englisch-russische Verständigung — das sind die ersten Schritte auf einer Bahn, die alle Völker Europas zusammenführen wird, *der erste Anfang zu einer wirklichen Friedenspolitik*. Europa muß zu einem Ganzen zusammengefaßt werden, die ganze Vergangenheit und auch die Gegenwart ruft dazu auf. Auch die Zukunft weist darauf hin. Gott gebe, daß Japan und China sich rechtzeitig ernüchtern und einsehen, daß der Kampf mit dem Abendlande ein Kampf gegen die Kultur überhaupt ist, daß alle Gedanken an Krieg im 20. Jahrhundert verbrecherisch sind. Hat aber das Schicksal neue Prüfungen bestimmt, so mag dem Feinde im fernen Osten die europäische Völkerfamilie als eine freundschaftliche Einheit gegenüberstehen."

Nun glauben wir zwar weder an eine unmittelbar drohende japanisch-chinesische Gefahr, zumal Japan und China nichts weniger als einheitlich denken und empfinden, vielmehr trotz einigender Interessen im wesentlichen doch als Rivalen einander gegenüberstehen, noch vermögen wir die optimistischen Schlußsätze uns zu eigen zu machen, schon weil ihnen die Tatsache des englisch-japanischen Offensiv- und Defensivbündnisses entgegensteht, dagegen liegt in den Mittelsätzen unzweifelhaft ein Stück Wahrheit. Daß der französisch-russische Zweibund heute kein Kriegsbündnis sein kann, liegt in der Natur der Verhältnisse, für ebenso sicher halten wir es, daß Frankreich keine Neigung hat, ein englisches Kriegsinstrument zu werden, wie etwa die „Daily Mail" es sich denkt, so daß, wenn man nicht etwa annehmen will, daß dieses edle Blatt mit seinen journalistischen Helfershelfern uns die englische Flotte auf den Hals zu hetzen vermag, heute der cauchemar des coalitions gewiß keine innere Berechtigung mehr hat. Auch von der „Umzingelung" Deutschlands, die vor wenigen Monaten so viel Lärm erregte, kann heut schwerlich die Rede mehr sein. Die nach dieser Richtung hin geplanten Aktionen haben sich — um einen bezeichnenden englischen Ausdruck zu gebrauchen — als bluff erwiesen, und als Gesamtbild der gegenwärtigen politischen Lage erscheint uns, dank der besonnenen und weitblickenden Staatskunst von Kaiser und Kanzler, eine wesentliche Steigerung des Ansehens wie der Machtstellung Deutschlands. Alles spricht dafür, daß es sich dabei nicht um eine momentane Kombination, sondern um etwas Bleibendes handelt, und wir sind der festen Überzeugung, daß die Weltentwicklung nicht gegen uns, sondern für uns arbeitet. Ein charakteristi-

sches Beispiel dafür bietet der Verlauf der Haager Konferenz, die, wie jedem erinnerlich sein wird, ursprünglich als ein wesentliches Glied in der Kette der zur Isolierung Deutschlands bestimmten Maßnahmen dargestellt wurde. Heute ist kein Zweifel mehr darüber, daß die Haltung Deutschlands von entscheidendem Einfluß auf den Gang der Verhandlungen gewesen ist, und daß alle die Beschlüsse, die Aussicht haben, Realitäten zu werden, deutscherseits teils durchgesetzt, teils unterstützt worden sind. Es gibt vielleicht für diese Tatsache nichts charakteristischeres als das Loblied, das Mr. Stead auf den Frhrn. v. Marschall angestimmt hat. Wir haben durchweg auf der Seite des Fortschritts und der Humanität gestanden, zugleich aber keinen Anteil an der Heuchelei der offiziellen oder nichtoffiziellen Friedensdemagogen gehabt, die Utopieen vertreten an deren Verwirklichung nun einmal ein ruhig denkender Verstand nicht zu glauben vermag. Wenn die sehr erwünschte Reform des Seekriegsrechts nur in bescheidenem Maße verwirklicht zu werden Aussicht hat, so hat das am Widerspruch Englands und Japans gelegen, während wir mit Frankreich meist Hand in Hand gehen konnten.

Das gute politische Gewissen, mit dem wir in der großen Politik stehen, erklärt es auch, daß die neue Wendung, welche die marokkanischen Angelegenheiten genommen haben, bei uns keinerlei Beunruhigung erregt. Man kann es bedauern, daß Frankreich und Spanien mit der so heiß von ihnen erstrittenen Reform der Hafenpolizei so überaus langsam vorgegangen sind und damit Katastrophen, wie die von Casablanca, überhaupt möglich gemacht haben, man kann sich auch fragen, ob nicht das Bombardement offener Dörfer eine Maßregel übermäßigen Kriegseifers gewesen ist, die eher erregend als einschüchternd wirken muß — das wird uns die Zukunft lehren; daß deutsche Interessen darüber in Frage gestellt werden könnten, ist wohl ausgeschlossen. Zunächst bleibt das Abkommen von Algeciras in voller Kraft und wenn, gegenüber den Verwicklungen, die bevorzustehen scheinen, sich die Bestimmungen dieser Akte als nicht ausreichend erweisen sollten, ist es ganz undenkbar, daß an ihnen ohne die Zustimmung Deutschlands Veränderungen vorgenommen werden sollten. Man hat englischerseits an die Folgen erinnert, die das Bombardement von Alexandria am 11. Juli 1882 für Ägypten nach sich zog. Aber die Parallele hinkt. Die Konferenz der Mächte, die dem Bombardement von Alexandria vorhergegangen war, hatte am 27. Juni auf englischen Antrag bestimmt, daß während der

Dauer der Konferenz jede einseitige Unternehmung in Ägypten verboten sein solle, „sous la reserve d'un cas de force majeure, tel que la nécessité de protéger la vie des nationaux". Die Akte von Algeciras enthält keine entsprechende Klausel, wohl aber die für Ägypten damals nicht formulierte ausdrückliche Garantie der Integrität des Territoriums und der Souveränität des Herrschers (. . . sur le triple principe de la souveraineté de Sa Majesté le Sultan, de l'intégrité de ses états et de la liberté économique sans aucune inégalité. . .) Das gibt natürlich eine dem Wesen nach verschiedene Grundlage. Aber, wie gesagt, wir verkennen nicht, daß die Lage eine außerordentlich schwierige ist und halten weitere Komplikationen keineswegs für ausgeschlossen, nur werden sie sich auf afrikanischem, nicht auf europäischem Boden abspielen, dagegen ihre völkerrechtliche Regelung durch das Zusammenwirken der Konferenzmächte finden müssen. Die Hauptgefahr liegt in der Möglichkeit, daß die Bewegung einen panislamitischen und zugleich gegen die Person des Sultans von Marokko gerichteten Charakter annimmt. Wenn die Ebene von Casablanca durch das Geschütz weittragender Schiffskanonen beherrscht werden kann, so daß die einheimischen Streitkräfte sich so gut wie wehrlos einem unwiderstehlichen und unerreichbaren Feinde gegenübersehen, so schwinden diese Vorteile, sobald der Kampf sich von der Küste entfernt und in die schwer zugänglichen Gebirge des Inneren hineinzieht. Oder mit anderen Worten, die Lage wird bedenklich, sobald die Strafexpedition in einen Krieg ausmündet, und das hängt weder vom guten Willen des Sultans, noch von dem der Franzosen ab. Die politische Atmosphäre in Marokko ist außerordentlich gespannt und eine Entladung der vorhandenen Elektrizität im Grunde das Wahrscheinliche.

Die „Westminster Gazette", die offenbar das Urteil des offiziellen England wiedergibt, drückt sich in einem Leitartikel folgendermaßen aus: „Französische Bürger sind massakriert worden, das ist ohne Zweifel ein großes Unglück, aber es kann vielleicht auch a kind of service sein, den sie durch ihr unerwartetes Ende ihrem Vaterlande geleistet haben." Darüber darf man wohl anderer Meinung sein.

Über den jüngsten persisch-türkischen Zwischenfall geht die folgende persische Lesart durch die russischen Blätter: Vor kurzem führten kurdische Begs eine Reihe von räuberischen Einfällen in der Provinz Ader-

beidschan aus. Sie plünderten persische Dörfer und Siedelungen, wobei zahlreiche friedliche Einwohner umgebracht und Vieh und Eigentum im Werte von fast einer Million Rubel geraubt wurde. Diese Raubzüge, bei denen schließlich auch ein amerikanischer Geistlicher umgebracht wurde, führten zu einem energischen Eingreifen der persischen Regierung. Sie schickte eine Abteilung regulärer Truppen gegen die Begs und ihre Banden. Diese Expedition erreichte ihren Zweck. Die Begs verließen die Provinz und kehrten auf türkisches Territorium zurück. Jetzt aber sind, wie die persische Gesandtschaft in Petersburg erfährt (die türkische hat unseres Wissens noch nichts von den Einzelheiten des Zwischenfalls erfahren), die Banden der Begs in Begleitung türkischer Truppen aufs neue in Aderbeidschan eingebrochen. Die wenig zahreiche persische Strafexpedition mußte vor dem stärkeren Feinde den Rückzug antreten, und dieser warf sich nun vor allem auf das nächste Dorf Mewan, das von persischen Christen meist lutherischer Konfession bewohnt wird. Ein weiteres Vorrücken der Kurden, die mit den regulären türkischen Truppen zusammenwirken, in das Gebiet von Urmia hinein, bedroht die gesamte Bevölkerung, die Mohammedaner wie namentlich die Christen, unter denen sich auch eine nicht geringe Zahl griechisch-orthodoxer Christen befindet.

Die persische Regierung hat wegen des Vergehens der türkischen Grenzbeamten in Konstantinopel Protest erhoben, Abberufung der Truppen und Entschädigung für die durch den Einfall herbeigeführten Verluste verlangt. Außerdem hat die persische Regierung den englischen und den russischen Gesandten auf das illoyale Verfahren der Türken aufmerksam gemacht, sie gebeten, ihren Regierungen von dem Zwischenfall Bericht zu erstatten und sie um Hilfe anzugehen, da in den sechziger Jahren die Vertreter beider Mächte bei der türkisch-persischen Grenzrichtung zugegen gewesen seien.

Nach Meinung der persischen Gesandtschaft haben die türkischen Lokalobrigkeiten auf eigene Gefahr und Verantwortung gehandelt, ohne Direktiven aus Konstantinopel erhalten zu haben. Die Regierung des Schah wird natürlich die Interessen ihrer Untertanen nicht preisgeben, zumal diese ganze traurige Affäre durch türkische Truppen veranlaßt sei, die 50 Werst weit in das persische Gebiet eindrangen.

Die türkischen Truppen verletzen nicht zum ersten Male die persische Grenze, namentlich die Kurden plündern periodisch die Nachbarbe-

völkerung aus, so dreist ist es aber noch nie geschehen. Natürlich kann Persien nur diplomatisch vorgehen, da jetzt — da das Reich in der Umbildung begriffen ist — an Krieg nicht gedacht werden kann. Es gibt aber auch eine andere Lesart, die vielleicht größere Beachtung verdient. Danach soll die Erregung der kurdischen Begs darauf zurückzuführen sein, daß die Auswanderung der Armenier aus dem Kaukasus eine ungewöhnliche Höhe erreicht hat. Angeblich sollen es 15 000 Köpfe sein. Es scheint, daß sie sich auf beiden Seiten der türkisch-persischen Grenze niederlassen, und daran mag sich der Haß der Kurden entzündet haben und die Grenzüberschreitung so ihre Erklärung finden. Es ist eine uralte Blutsfeindschaft, die Kurden und Armenier trennt, und von jeher ist keines beider Völker in der Wahl der Mittel bedenklich gewesen, die diesem Haß Ausdruck geben. Charakteristisch ist übrigens, daß die englische und die russische Politik in dieser persisch-türkischen Streitfrage Hand in Hand gehen und beide sehr nachdrücklich in Konstantinopel für die persische Auffassung eintreten. Wie weit es möglich sein wird, in der mazedonischen Frage die russischen und die englischen Tendenzen zu verbinden, ist fraglich. Rußland geht auf diesem Boden mit Österreich-Ungarn Hand in Hand. Die größte Wandlung, die sich in letzter Zeit auf der Balkanhalbinsel vollzogen hat, ist wohl die erhebliche Besserung der Beziehungen Bulgariens zu Österreich-Ungarn und die schon vor längerer Zeit erfolgte Beilegung der rumänisch-griechischen Differenzen. Aber das empörende System der „Banden"wirtschaft dauert fort und es fällt schwer zu sagen, wen dabei die größere Schuld trifft. Jedenfalls sind es schließlich doch die Türken, die durch ihren militärischen Schutz der eingeborenen Bevölkerung das Leben überhaupt möglich machen. Trotzdem nimmt die Auswanderung aus Mazedonien nach Amerika stetig zu. 1904 waren es 8000 Auswanderer, im folgenden Jahre bereits 15 000, und 1906 sind es gar 26 000 gewesen. Wie es heißt, soll die Progression in gleichem Verhältnis weitergehen. Ob es, wie russische Blätter behaupten, richtig ist, daß die Türkei diese Auswanderung begünstigt, vermögen wir nicht zu beurteilen, aber wahrscheinlich ist es nicht. Dagegen sieht man die fleißigen mazedonischen Bauern in den Vereinigten Staaten gern.

Rußland steht unter dem Zeichen der bevorstehenden Dumawahlen, aber die Beteiligung ist überaus lau. Der „Golos Moskwy", der eine Enquete über die Gründe dieser Abstinenz angestellt hat, erhielt von

einem der Führer der Kadetten die folgende Antwort: „Der Glaube ist geschwunden, daher der Indifferentismus den Wahlen gegenüber.“ Weder glaubten die früheren Dumamitglieder, daß die 100 Millionen des russischen Volkes hinter ihnen ständen, noch hätten die Kaufleute und Fabrikanten Vertrauen; Bauer und Arbeiter aber hätten gesehen, daß weder die erste noch die zweite Duma ihnen Hilfe gebracht habe. Aber es sei kein absichtlicher Boykott oder der Wunsch des Volkes, zu den alten Zuständen zurückzukehren, sondern die Apathie, die der Enttäuschung folge. Alles, auch die Politiker seien enttäuscht und neigten dazu, die weitere Entwicklung als Zuschauer mitzumachen.

Wohl auch als Kritiker, was ja immer das bequemste ist.

Ein Vertreter der äußersten Rechte dagegen meint, daß das Volk die Duma boykottiere, weil es sie nicht brauche. Der Konstitutionalismus sei Rußland aufgenötigt worden, im Grunde wolle es nichts von ihm wissen. Die dritte Duma werde die letzte sein und den Übergang zum Semski Sjobor bilden. Es ist nicht zu wünschen, daß dies der Ausgang wird, und auch nicht wahrscheinlich, daß es dahin kommt. Was dagegen steht, ist der Entschluß des Zaren, das Versprechen zu halten, das er am 30. Oktober gegeben hat. Aber das noch weitere Modifikationen im Wahlsystem bevorstehen, ist wahrscheinlich und wohl auch notwendig. Es ist nicht möglich, das ganze Reich als etwas absolut Gleichartiges zu behandeln. Dazu sind die Unterschiede der Kultur zu groß, auch die wirtschaftlichen Verhältnisse allzu verschieden. So wird, um ein Beispiel anzuführen, das jetzt geltende Wahlsystem dahin führen, daß in den westlichen Gouvernements sowie in Littauen und Kleinrußland die Polen reichlich an Vertretern gewinnen werden, was ihnen im Königreich Polen genommen worden ist, so daß höchstwahrscheinlicherweise das Kolo in der dritten Duma stärker sein wird als in der zweiten. Und das hat Herr Stolypin gewiß nicht gewollt.

Es werden jetzt fast Tag für Tag Bombenfabriken entdeckt, in Odessa, Moskau, Minsk, Dorpat, Petersburg, und doch ist keinerlei Gewähr vorhanden, daß man damit die Wurzel des Übels trifft. Die Bombenbereitung ist fast die einzige Wissenschaft, die mit Eifer und gewissenhafter Gründlichkeit betrieben wird von Schülern, Studenten und Studentinnen. In Odessa hat nur ein Zufall zur Entdeckung von drei dieser Fabriken geführt, Bomben aber werden bald hier bald dort von spielenden Kindern gefunden. So geschah es in Kiew, wo auf einer der Haupt-

straßen Kinder sieben geladene Bomben fanden. In Kischinew wurden mitten in der Stadt 80 Pack Dynamit und sechs fertige Patronen gefunden, in Bachmut bei der Reparatur eines Eiskellers vier Bomben, in Luganst in der Wohnung eines Fabrikarbeiters zwei Bomben, hinter dem Ofen des Gefängnisses in Jekaterinenburg eine geladene Bombe und im Odessaer Gefängnisse eine ungeheure Masse von Explosivstoffen, die bestimmt waren, das Gebäude in die Luft zu sprengen, um die gefangenen „Politischen" zu befreien. Zieht man in Betracht, daß das alles zufällige Entdeckungen sind, die im Verlauf von etwa acht Tagen gemacht wurden, so wird man sich dem nicht verschließen können, daß Rußland noch immer von den Anschlägen der Terroristen auf das höchste bedroht wird.

Inzwischen aber rücken von Osten her Cholera und Bubonenpest heran. Es ist, als ob die Schale des Unheils sich noch immer nicht erschöpft hat. Auch die merkwürdige Anlage der russischen Bauern zu religiösen Abenteuerlichkeiten macht sich, wie stets in erregten Zeiten, geltend. Im Dorfe Ssyssojewo, Gouvernement Mohilew, träumt ein junger Bauer, der Antichrist sei im Dorfe in Gestalt eines zweijährigen Knaben erschienen. Er teilt das der Gemeinde mit und diese beschließt, den Antichrist umzubringen. Vater und Mutter des als Antichrist bezeichneten unglücklichen Kindes liefern es ohne Widerspruch aus, und der Prophet hat es dann mit eigenen Füßen totgetreten. Dann hat man die Leiche in zwei Stücke zerrissen, wobei acht Bauern tätig waren, sie dann noch weiter zerhackt, die Stücke auf einen Karren gelegt, der an den Schweif eines Pferdes gebunden wurde und endlich den Kleinen unter Lobgesängen in Prozession unter Vortragung des Bildes des heiligen Nikolaus zu Grabe getragen. Erst als der Prophet gen Himmel fahren wollte, aber das Wunder nicht ausführen konnte, wurden die Bauern irre und begannen ihn zu prügeln. Ein zufällig vorbeifahrender Polizeibeamter hat ihn gerettet. Jetzt aber haben 32 Bauern und der Prophet sich vor dem Untersuchungsrichter zu verantworten.

Auch das ist ein Kapitel aus der Geschichte der russischen Revolution.

15. August 1907. Zusammenkunft König Eduards mit Kaiser Franz Josef in Ischl.
Rückkehr Morengas nach Südwest.
18. August. Toast Kaiser Wilhelms zum 77. Geburtstag Franz Josefs.
19. August. Angriff der Marokkaner auf Casablanca.
Der Machsen fordert die Europäer auf, Fez zu verlassen.
24. August. Besuch des Botschafters Cambon beim Reichskanzler in Norderney.
26. August. Proklamierung Mulay Hafids zum Gegensultan.
28. August. 20jähriges Regierungsjubiläum Ferdinands von Bulgarien.
8. September 1907. General Drude stellt die Offensive gegen die Marokkaner ein.
9. September. Kämpfe zwischen Japanern und dem Pöbel von Britisch-Columbia.
10. September. Judenmetzelei in Lodz.
11. September. Veröffentlichung des russisch-japanischen Handels, Seeschiffahrts- und Fischereivertrages.
12. September. Havarie der russischen Kaiserjacht in den finnländischen Schären.
Enthüllung des Alexanderdenkmals in Sofia.
Vorstoß General Drudes von Casablanca aus.
15. September. Haldanes Plan einer Verstärkung der englischen Landarmee.
17. September. Eröffnung der holländischen Generalstaaten.
18. September. Scheitern der österreichisch-ungarischen Ministerkonferenzen über den Ausgleich.
20. September. Morenga wird von Truppen der Kaplanders erschossen.
24. September. Erfolgreiche Fahrt des Graf Zeppelinschen Luftschiffes.
Beendigung des Ausstandes der Hafenarbeiter in Antwerpen.
25. September. König Karl von Rumänien und Minister Iswolski in Wien.
5. Oktober 1907. Rückkehr des Reichskanzlers nach Berlin.
6. Oktober. Rückkehr Kaiser Wilhelms nach Berlin.
7. Oktober. Ernennung des Staatssekretärs von Tschirschky zum Botschafter in Wien, des Botschafters von Schön zum Staatssekretär, des Grafen Wedel zum Statthalter von Elsaß-Lothringen.
Abdul-Aziz erhält das Großkreuz der Ehrenlegion.
10. Oktober. Wiedereröffnung des spanischen Parlaments.
Ernennung des Grafen Pourtales zum Botschafter in Petersburg.
Festsetzung der Neuwahlen zur 3. Duma auf die Zeit vom 27.—31. Oktober.
Antrag der holländischen Regierung auf Einführung des allgemeinen aktiven und passiven Wahlrechts für Männer und Frauen.
15. Oktober. Die Abgesandten Mulay Hafids werden in Berlin nicht empfangen.

---

16. Oktober 1907.

Die letzte Sitzung der Haager Konferenz hat mit einer hübschen und hoffnungsvollen Motivierung zwar den ideellen Nutzen der Begründung eines obligatorischen Weltschiedsgerichtsvertrages anerkannt, aber von seiner praktischen Durchführung abgesehen wegen der damit verbundenen, vornehmlich juridischen Schwierigkeiten. Sie hat damit unserer Meinung nach recht getan, denn nichts ist gefährlicher,

als die Übernahme von Verpflichtungen, die voraussichtlich nicht eingehalten werden können. Die „Times" freilich ist anderer Meinung. Sie sieht in der ablehnenden Haltung des Kongresses eine deutsche Intrige, die darauf hinziele, *England zu isolieren*, ein Gedanke, der um so erstaunlicher scheint, als die Welt seit bald vier Jahren voll davon ist, wie kunstvoll England es verstanden habe, Deutschland mit Hülfe jener Kette von Verträgen zu isolieren, als deren letztes, oder sagen wir lieber jüngstes Glied der eben perfekt gewordene russisch-englische Vertrag gilt. Die sichtliche Schadenfreude, mit der jeder neue Vertrag registriert wurde, steht ja wohl noch in frischer Erinnerung.

Uns sind diese diplomatischen Transaktionen von vornherein in anderem Lichte erschienen. Sehen wir recht, so ist es eine umfassend gedachte Anlage von Stützen, die bestimmt sind, den Punkten des britischen Imperiums einen Halt zu geben, die seit geraumer Zeit angefangen haben, brüchig zu werden. Also eine Art *politischer Krükken*, von denen uns jedoch zweifelhaft ist, wie weit sie einen starken Druck ertragen können. Wenn all diesen Verträgen eine gegen Deutschland gerichtete Spitze angedichtet wird — was wir, wie ausdrücklich wiederholt werden mag, nicht tun —, so ist das ein Kompliment, das wir gern hinnehmen. Nichts könnte mehr dafür zeugen, daß wir unermüdlich und gewissenhaft, wie es unsere Pflicht ist, am Ausbau unserer nationalen Kraft gearbeitet haben. Ganz ebenso erblicken wir in der höchst verdrießlichen Begrüßung, die, wiederum von der „Times", unserem Reichskanzler gewidmet wurde, eine ungewollte Anerkennung. Staatsmänner, die die Interessen, die ihnen anvertraut sind, vernachlässigen und dem Konkurrenten gestatten, sich auf Kosten des Rivalen auszubreiten, pflegen von gegnerischer Seite gelobt, nicht getadelt zu werden. Das ist, man könnte beinahe sagen, ein diplomatisches Gesetz. Wir wollen jedoch mit Befriedigung darauf hinweisen, daß die „Westminster Gazette", das offiziöse Organ des liberalen Ministeriums, mit allem Nachdruck das Verhalten der „Times" zurückgewiesen hat, das ja in schreiendem Gegensatz zu der mit Recht gerühmten Gastlichkeit Englands steht. Auch zweifeln wir keinen Augenblick, daß den hohen Gästen, die England im November erwartet, der allerbeste Empfang bevorsteht.

Zur Beurteilung des *englisch-russischen Vertrages* liegt ein interessantes Material in amerikanischen Blättern vor. Die

„Sun", die, wie unsere Leser wissen, in ihren telegraphischen Informationen mit der „Daily Mail" und dem Pariser „Matin" identisch ist, knüpfte am 25. September an den Abschluß des russisch-englischen Vertrages die folgenden Betrachtungen:

„Wenn man die wahre Bedeutung eines Vertrages ermessen will, von dem allgemein zugegeben wird, daß er das Gegenteil der Haltung zeigt, die das englische Foreign Office länger als ein halbes Jahrhundert Rußland gegenüber behauptete, so muß man sich fragen, welche geheim gehaltene Gegenleistung England für eine Verständigung gewährt hat, die durchaus einseitig ist und England von der gefürchteten russischen Invasion in Indien sowie von der unbequemen Alternative befreit hat, die Hülfe Japans anzurufen. Es gibt nur ein Zugeständnis, das in Petersburg als Äquivalent betrachtet werden könnte, nämlich, daß im nächsten russisch-türkischen Kriege keine britische Flotte zur Verteidigung Konstantinopels entsendet wird. Mit anderen Worten: es wird Rußland freigestellt, sich einen Ausgang ins Mittelmeer durch türkisches Territorium zu suchen und seine historische Mission, soweit es die Interessen Deutschlands und Frankreichs gestatten, zum Ziele zu führen. Es ist deshalb für Sultan Abdul Hamid II. wichtiger als je, sich die Gunst des Deutschen Kaisers zu wahren, um die er in den letzten Jahren so eifrig bemüht war. Es wäre aber voreilig, anzunehmen, daß Deutschland mehr durch Erhaltung als durch Aufteilung der Türkei zu gewinnen hat."

Am 28. September ließ dieselbe „Sun" sich aus Ottawa einen anderen Kommentar zu der russisch-englischen „Allianz" schreiben, der nicht minder interessant ist:

„Vielleicht will England" — heißt es in dieser Zuschrift — „den Exklusionisten (so nennt man in Kanada die Gegner farbiger Einwanderung) größere Satisfaktion in der japanischen Einwanderungsfrage gewähren, als heute wahrscheinlich ist. Es liegen Gründe für die Annahme vor, daß die britische Politik Japan mit großer Festigkeit entgegenzutreten beabsichtigt. Einmal ist, wie Professor Goldwin Smith dargelegt hat, das Risiko sehr groß, wenn Großbritannien der Krisis untätig zuschaut, es ist vielmehr eine Lebensfrage für die innere Harmonie des Reiches, daß energische Maßregeln ergriffen werden, und heute sind sie möglich geworden. Die Ratifikation des Anglo-russischen Vertrages macht die englisch-japanische Allianz überflüssig. Ihre einzige

Existenzberechtigung war der Schutz für Indien, den sie bot. Nun ist die japanische Allianz den Engländern gewiß von großem Nutzen gewesen, um von Rußland alles zu erhalten, was sie wünschten. aber jetzt, da der Wall erstiegen ist, kann die Leiter entbehrt werden. Vielleicht hören wir eines Tages, welche Revanche Japan am „perfiden Albion" genommen hat, womit nicht gesagt werden soll, daß diese Vereinbarung eine Perfidie ist. Aber Japan, dessen Allianz einen Teil des britischen Reiches vor Rußland schützte, könnte anders denken. Heute, da für die indischen Angelegenheiten Japans Hülfe überflüssig geworden ist, wird Rußland dazu dienen, einen anderen Teil des Imperiums vor Japan zu schützen. Das heißt: England wird den antijapanischen Strömungen in Kanada und Australien größere Beachtung schenken, als bisher möglich war. Es liegen auch schon Anzeichen vor, daß von dieser größeren Freiheit Gebrauch gemacht werden soll".

Diesen Gedanken wiederholt eine Londoner Korrespondenz der „Sun" vom 28. September. Sie sagt ganz direkt, die japanische Allianz sei überflüssig geworden, da ein russisch-englischer Krieg und die damit verbundene Gefährdung Indiens nicht mehr zu fürchten sei. Für einen bei den gegenwärtigen internationalen Beziehungen unwahrscheinlich gewordenen deutsch-englischen Krieg komme die Unterstützung Japans kaum in Betracht (Japanese assistance would be trifling). Es liege nun allerdings so, daß Japan den Engländern gute Dienste geleistet und die Verständigung mit Rußland erst möglich gemacht habe. Aber — und nun wird recht kaltblütig die Theorie entwickelt, daß eine Allianz nur so lange binde, als sie Vorteil bringe. Die japanisch-englische Allianz sei heute nur noch für Japan von Wichtigkeit, und zwar von ungeheurer Wichtigkeit, für England sei sie höchst unbequem (highly embarrassing). England werde daher den Vertrag zwar nur brechen, wenn eine Gefährdung des Weltfriedens vorliege, und auch dann sich nicht zum Vertragsbruch bekennen (She would, of course, deny any intention of doing so even then), aber man werde Japan jede Kriegspolitik gegen Rußland und Amerika verbieten.

Wir knüpfen an diese doch sehr lehrreichen Ausführungen einen Passus aus einer Rede, die Sir Wilfried Laurier, der kanadische Ministerpräsident in Ottawa, gehalten hat, da sich daraus ergibt, wie sehr England Grund hat, den Wünschen seiner großen Kolonien

Rechnung zu tragen. Sir Wilfried sagte: „Bis jetzt sind die diplomatischen Beziehungen Kanadas zu anderen Staaten in allen Dingen in den Händen der Diplomaten Großbritanniens gewesen. Besonders in betreff unserer amerikanischen Beziehungen hat eine lange Erfahrung uns gelehrt, daß sie durch die Hände englischer Diplomaten nicht so geführt worden sind, wie es unserer Überzeugung nach hätte geschehen sollen." In jedem einzelnen Falle seien die Interessen Kanadas geopfert worden: auf dem Atlantischen wie auf dem Pazifischen Ozean und auf den großen Seen, überall wo zwischen englischen Diplomaten und Fremden über kanadische Interessen diskutiert wurde, und so sei Kanada zur Einsicht gelangt, daß es besser sei, in den Beziehungen zum Auslande die eigenen Interessen auch in die eigenen Hände zu nehmen. Namentlich gelte das von allen handelspolitischen Fragen, und dieser ersehnte Augenblick sei jetzt endlich gekommen. Mitte September habe Kanada zum erstenmal einen Vertrag unterzeichnet, der für Kanada allein gelte, den kanadisch-französischen Handelsvertrag.

Nun kann nicht zweifelhaft sein, daß diesem Vertrage andere folgen werden, und damit ist auch der Weg gewiesen, den Neuseeland, der Common Wealth von Australien und Südafrika gehen werden. Neuseeland und Südafrika werden aber noch weit mehr als Kanada von der Frage der Einwanderung fremder Rassen berührt, und auch das mag in der Abwendung Englands von Japan, die der russisch-englische Vertrag einleitet, von Bedeutung gewesen sein. Der Schluß, den wir daraus ziehen aber ist, daß der englisch-russische Vertrag von seiten Englands vornehmlich geschlossen worden ist, um in einer Frage von so ungeheurer Tragweite, wie es die Masseneinwanderung von Japanern wäre, den großen Kolonien, insbesondere Kanada, Neuseeland und Australien, einen wirklichen Dienst zu leisten und dadurch immer vorhandene zentrifugale Tendenzen zu schwächen und vielleicht ganz zu beseitigen. Daß Rußland vor der Gefahr eines zweiten japanischen Krieges gestanden habe und deshalb des englischen Schutzes bedürftig gewesen sei, aber läßt sich mit aller Bestimmtheit verneinen. Wir wissen sehr wohl, daß derartige Gerüchte gewiß nicht ohne Absicht verbreitet worden sind, bevor die jüngste Verständigung in den zwischen Rußland und Japan noch schwebenden unerledigten Fragen erfolgte, und halten die damals von Japan bewiesene Hartnäckigkeit für einen großen Fehler; nach dieser Verständigung, und das ist die Zeit, in welche die russisch-englischen

Verhandlungen fielen, war auch nicht ein Schimmer solcher Gefahren vorhanden.

Fragt man nun nach den Vorteilen, die Rußland aus dem Vertrage gezogen hat, so ist die Antwort allerdings schwer zu finden. Sollte die Konjunktur der „Sun" richtig sein, was wir nicht glauben, und Rußland sich die sympathische Haltung Englands für den — offenbar in sehr ferner Zukunft liegenden — Fall gesichert haben, daß ihm ein Krieg mit der Türkei Konstantinopel und die Dardanellen öffnet, so wäre das von englischer Seite kein Zugeständnis, da die englische Politik schon seit einer Reihe von Jahren ihre Interessen durch die Frage der Meerengen nicht mehr bedroht glaubt. Dagegen hat Rußland die so leidenschaftlich erstrebte maritime Position im Persischen Golf endgültig aufgegeben, die nicht minder leidenschaftlich ersehnte Position in Seistan, den Einfluß auf Afghanistan und Tibet fallen lassen, und überhaupt die Möglichkeit verloren, an irgendeinem Punkte der Welt einen realen Druck auf die englische Politik auszuüben. England aber hat direkte Angriffspunkte gegen Rußland niemals gehabt. Was jedoch die Teilung Persiens in Interessensphären betrifft, so ist das einem unabhängigen Staate gegenüber, wie Persien, eine völkerrechtlich nicht zu rechtfertigende Usurpation, deren Verwirklichung doch wohl von den Persern selbst in gewisser Abhängigkeit steht und in den Augen der an diesem Vertrage unbeteiligten Mächte als nicht existent zu betrachten sein wird.

Kurz, das alles ist schwer zu verstehen. Was Rußland aus dem japanischen Kriege gerettet hatte, war seine Aufstellung in Zentralasien, von Pamir bis zu den Ufern des Kaspisees. Dort stand es unangreifbar in einer Stellung, die Respekt einflößte und Rücksichten zur Notwendigkeit machte. Mit Japan war die Rechnung geschlossen, und von einer japanischen Invasion konnte weiter keine Rede sein, ebensowenig von einem englischen Angriff. Was also sind die Motive gewesen? Wir finden keine Antwort darauf. In Rußland freilich ist sie gefunden worden. Vor kurzem sind in Moskau drei Broschüren erschienen. Alle drei sind von Lew Ssemenow gezeichnet (offenbar ein Pseudonym), die dritte im „Zeugen" veröffentlicht, einer Monatsschrift des bekannten Dumaabgeordneten Ssergej Scharapow. Sie sind als ein zusammenhängendes Ganzes zu betrachten und haben ungeheuere Verbreitung gefunden. Der Gedanke, der ihnen zugrunde liegt, ist,

das Zukunftsphantasiebild auszumalen, das sich nach dem Sturze Stolypins und nach Auflösung der dritten Duma ergeben soll. Der Zar ernennt einen bisher ganz unbekannten Mann, den Oberst Iwanow den 16., zu seinem Bevollmächtigten mit diktatorischer Gewalt, und dieser bringt auch tatsächlich alles in beste Ordnung durch Beseitigung der schädlichen Bureaukraten — Witte wird als erster genötigt, Hals über Kopf Rußland zu verlassen —, durch Herstellung der Disziplin, Verbannung der revolutionären Jugend nach Sibirien, wo ihr gestattet wird, in einem ihr ganz überlassenen, aber vom übrigen Rußland durch eine strenge Quarantäne getrennten Gebiete ihren sozialistischen Zukunftsstaat wirklich ins Leben zu führen, Abschaffung der Goldvaluta, Überführung der Residenz nach Moskau usw. Wir bedauern, des Raumes wegen nicht näher darauf eingehen zu können. Aber was uns im Zusammenhange unserer heutigen Betrachtung interessiert, sind die Phantasien des Verfassers über die Möglichkeit und die Ziele der heute zur Realität gewordenen russisch-englischen Verständigung. Sie werden uns in Form eines Gesprächs des „Diktators" mit einem Korrespondenten des „Daily Telegraph" (wir hätten dafür die „Daily Mail" vorgeschlagen) vorgetragen. Das alles ist höchst amüsant zu lesen und verdient, in vollem Zusammenhange ins Deutsche übersetzt zu werden, denn der, oder die Verfasser haben entschieden kein geringes literarisches Talent.

Der Korrespondent bittet den Diktator, ihm die Bedingungen zu nennen, unter denen Rußland sich zu einem Bündnis mit England bereit finden könnte. Der Diktator antwortet: „Sie werden die Bedingungen selbst verstehen, sobald Sie sich auf den Boden stellen, daß wir und ihr, d. h. die Slaven und die Angelsachsen, als die beiden bedeutendsten christlichen Nationen, an der Spitze der weißen Rasse und der europäischen Zivilisation stehen und im engen Bündnis miteinander vorgehen müssen. Dann braucht England kein geschwächtes und zerrüttetes Rußland, sondern ein Rußland, das mächtig und stark ist. Vorteilhaft ist uns die endgültige Lösung der slavischen Frage, das heißt die politische Einigung aller Slaven zu einem Weltreiche, dem mächtigsten der Erde. Vorteilhaft ist die Lösung der orientalischen Frage und die Erwerbung der Meerengen für uns. Vorteilhaft ist endlich die Schwächung und Isolierung Deutschlands, des Feindes der Slaven und des Urhebers des neuesten Militarismus und des politischen Raubsystems (!). In all diesen Fragen ist es euer Interesse, uns zu helfen; wir wollen dagegen

alles fördern, was für England gut und vorteilhaft ist. Es wird unser Vorteil sein, wenn England die Meere beherrscht, wenn es mit seinen Kolonien sich zu einer geschlossenen Weltgruppe zusammenschließt, die so stark ist, wie die unserige. Wir garantieren euch den Besitz von Indien und eine feste Stellung auf dem Weltmarkte. Unsere unermeßliche Kraft zu Lande wird euch zu Gebote stehen als Gegenleistung für die Dienste, die eure Flotte in Verteidigung unserer Interessen leisten wird. Die Teilung der Weltherrschaft zwischen Slaven und Angelsachsen wird vollständig sein, und auf unserem Planeten wird dann endlich Friede und Ordnung herrschen, denn neben diesen beiden Mächten wird keine dritte bestehen können."

Gewiß ein schöner Traum, aber wir hatten nicht gedacht, daß Herr Ssemenow schon jetzt so weit ist, die Welt teilen zu können, und ebensowenig, daß die Herstellung der „Ordnung" gerade die Mission ist, die ihm und seinen Freunden im Blute liegt. Herr Scharapow und Herr Lew Ssemenow gehören zur Gruppe der „wahrhaft russischen Leute". Wir haben nie daran gezweifelt, daß ein starker Deutschenhaß unter ihnen gepflegt wird, aber für so völlig direktions- und urteilslos haben wir sie doch nicht gehalten. Wo aber bleibt Frankreich bei diesem Zukunftsprogramm?

Inzwischen sind einige, wie es scheint, zuverlässige Nachrichten über die Mission French vom „Golos Moskwy" gesammelt worden. Lord Brock, der Adjutant des Generals, hat sich ausfragen lassen und mitgeteilt, daß die Reise des Generals keinerlei politischen Charakter trage. Er reise als Tourist und werde unter anderem Wassilkow besuchen, wo die König-Eduard-Dragoner stehen, denen der General ein kostbares Geschenk überbringt. Auch denke der General die russischen Militärverhältnisse zu studieren. Sein Reiseprogramm sei Moskau, Kiew, Wassilkow, Odessa und von da zurück nach England. Die englische Armee sei über die Verständigung mit Rußland entzückt. Ein Besuch der englischen Flotte in Kronstadt werde, wenn auch nicht gleich, so doch bestimmt stattfinden.

Etwas offener war General French einem englischen Korrespondenten (welchem, wird nicht gesagt) gegenüber. Er leugne nicht, daß sein Besuch in gewissem Zusammenhang mit dem abgeschlossenen Vertrage stehe, aber dieser Vertrag sei nur ein erster Schritt zu weiteren Konventionen

und Verträgen, deren Ziel es sei, den Frieden nicht nur in Europa, sondern auch in Asien und Amerika aufrechtzuerhalten. Wenn Rußland diese Bahnen einschlage, so werde es ohne Zweifel auf dem Felde der auswärtigen Politik eine der ersten Rollen spielen. Das englisch-russische Bündnis gebe auch England freie Hand, das bisher, um der öffentlichen Meinung zu genügen, an der indisch-afghanischen Grenze Festungen bauen und andere Maßnahmen ergreifen mußte. Das werde in Zukunft nicht nötig sein (natürlich, da die Befestigungen schon fertig dastehen), aber leider werde es infolge der Unruhen in Indien nicht möglich sein, dort die Anzahl der Truppen zu reduzieren. Zunächst werde es sich darum handeln, eine Verständigung über den fernen Osten herbeizuführen, aber es sei schwer, vorherzusagen, in welcher Form das geschehen werde. Schließlich erklärte der General, daß nur Leute, die nichts von der Geschichte wüßten, behaupten könnten, daß England darauf ausgehe, die Russen von den eisfreien Meeren abzuschneiden.

Wir versagen uns eine sehr naheliegende Kritik dieser Ausführungen, denn schließlich sind das englisch-russische Fragen, die beide Teile miteinander auszumachen haben. Es ist nur zu bedauern, daß der schöne Entschluß, den Frieden in Europa, Asien und Amerika aufrechtzuerhalten, nicht vor Ausbruch des japanischen Krieges, der ja nur durch die Allianz Englands für Japan möglich wurde, gereift ist.

Man wird wohl nicht übersehen, daß diese Erklärungen des Generals, der bekanntlich auch in der Entstehungsgeschichte der französisch-englischen Allianz eine hervorragende Rolle gespielt hat, einerseits an die Phantasien Lew Sjemenows anklingen, andererseits aber die amerikanischen Auslegungen bestätigen, die wir an die Spitze unserer Betrachtungen gestellt haben.

Der Hinweis auf die Unruhen in Indien führt zu einer weiteren Erwägung. Das sich regende Selbstbewußtsein der Inder ist nicht durch Aussicht auf russische Unterstützung, sondern infolge des ungeheueren Prestiges der Japaner so mächtig angewachsen. Durch die „Sedition Bill", die jetzt erlassen werden soll, ist die Bewegung nicht zu beseitigen. Ebensowenig durch die russisch-englische Vereinbarung. Sie hat tiefer liegende Ursachen, und es liegt in der Natur der Dinge, daß sie zunehmen muß, denn diese Frage trägt einen asiatischen, nicht einen spezifisch indischen Charakter. Summieren wir all dieses Material an Vermutungen und Tatsachen, so tönt uns aus dieser englisch-russischen Vereinbarung

viel Zukunftsmusik entgegen, und ein großer Teil der Instrumente ist zweifellos verstimmt.

Die bisher erfolgten Vorwahlen zur dritten Duma ergaben bis zum 9. Oktober 885 Wahlmänner, die der linken Gruppe, von den Sozialrevolutionären bis zu den Kadetten, 1834, die der rechten angehören, wobei wir allerdings voraussetzen, daß der offiziöse Telegraph diesmal gewissenhafter berichtet, als zur Zeit der Wahlen für die zweite Duma. Ist das der Fall, so ist es wohl möglich, daß sich die neue Versammlung als arbeitsfähig erweist. Auch scheinen nach einer Erklärung Miljukows die Kadetten von den offenkundigen Revolutionären abschwenken zu wollen. Wir werden es ihnen glauben, wenn sie sich in der Duma bereit finden, den politischen Mord rückhaltlos zu verurteilen, was sie zweimal zu tun sich weigerten. Höchst bedenklich wäre auch ein Überwiegen der äußersten Rechten. Sie ist unduldsam, gewaltsam, unverständig. Aber wir glauben, daß die besonnenen Elemente, die Fortschritt ohne Umsturz vertreten, mehr und nachdrücklicher zu Worte kommen werden, als es in den beiden ersten Dumas geschah. Sollte auch dieser dritte Versuch des Zaren, die Verheißungen vom 17./30. Oktober zu verwirklichen, an Radikalismus und Unvernunft scheitern, so könnte damit leicht der Gedanke der Wahlvertretung auf der Basis eines allgemeinen Wahlrechts zu Fall kommen. Zu einem Abschluß ist die russische Revolution noch keineswegs gekommen; Morde, Raubanfälle, Brandstiftungen, Bombenattentate dauern fort. Auch die revolutionären Organisationen bestehen noch, und ihre Proklamationen predigen nach wie vor den völligen Umsturz. Nichts wäre gefährlicher, als wenn die jetzt noch ziemlich straff angezogenen Zügel plötzlich nachgelassen würden. Alle Erscheinungen der schlimmsten Revolutionstage würden sich wiederholen.

In den marokkanischen Wirren ist ein entscheidender Wendepunkt noch nicht eingetreten. Die Verhandlungen von Abd el Aziz mit M. Regnault und die französischen Erfolge um Casablanca können die Tatsache nicht beseitigen, daß die Aufregung im Lande fortdauert und daß Mulay Hafid mit seinen Anhängern noch eine Macht bedeutet, mit der gerechnet werden muß. Es ist eine Illusion, anzunehmen, daß die Hand des Sultans weiter reicht, als die Flinten seiner Mahalla, und ebenso der Einfluß Frankreichts weiter als seine Kanonen und seine Francs. Die Dinge lägen anders, wenn Marokko ein wirk-

licher Einheitsstaat wäre. Aber es ist eine lose Föderation zahlreicher Stämme, die in Bewegung geraten sind, wie ein aufgestörter Wespenschwarm. Es ist schwer anzunehmen, daß sie sich bald beruhigen werden. Inzwischen läßt sich nur anerkennen, daß Frankreich sich an die Bestimmungen von Algeciras hält. Was wir bedauern ist, daß die französischen und deutschen Unternehmer auf marokkanischem Boden sich nicht von Fall zu Fall verständigen, eventuell assoziieren. Das Ergebnis wäre beiden Teilen vorteilhaft und würde die friedliche Erschließung Marokkos in gesunde Bahnen leiten.

Die Entsendung des amerikanischen Geschwaders in den Großen Ozean erfolgt im Dezember. Sie wird zeigen, daß die Vereinigten Staaten auf einen Einfluß im Pacific keineswegs verzichtet haben, und das kann nur erfreulich sein.

18. Oktober 1907. Schließung der zweiten Haager Friedenskonferenz.
19. Oktober. Vertagung der serbischen Skuptschina.
20. Oktober. Zusammenstoß zwischen Franzosen und Marokkanern bei Taddert.

---

23. Oktober 1907.

Es heißt, daß Herr Pichon ein neues Gelbbuch über die Marokkanische Frage veröffentlichen wird, das damit an die entsprechende Publikation Rouviers anknüpfen wird, die bis zum September 1905 reichte. Das ist sehr erfreulich, denn je mehr Licht auf dieses heikle Problem fällt, um so eher wird es möglich sein, es wirklich unparteiisch zu beurteilen, vorausgesetzt natürlich, daß der Stoff nicht allzu einseitig traktiert und Dokumente von entscheidender Bedeutung, wie der französisch-spanische Vertrag über Marokko, von dem nur der unwesentlichste Teil bekannt geworden ist, nicht vorenthalten werden. Wir haben schon neulich hervorgehoben, daß das offizielle Frankreich sich in den Grenzen des Vertrages von Algeciras bewegt. Dennoch erscheint uns die Gesamtlage unsicher und kritisch. Zwischen den offiziellen Nachrichten und dem, was auf privatem Wege bekannt wird, besteht häufig ein schreiender Gegensatz, und die französischen Zeitungen machen selbst aus der Divergenz kein Hehl. Sehen wir recht, so fällt der Schwerpunkt im Augenblick auf die pekuniäre Seite der Frage. Erhält Abdul Aziz von Frankreich so viel Geld, daß er seine Truppen löhnen und einen Teil der rebellischen Stämme gewinnen kann, so steigen seine Aussichten, Mulay Hafids mächtig zu werden, aber es steigert sich zugleich seine Abhängigkeit von Frankreich und eben damit auch die Feindseligkeit, die ihm die ungeheure Majorität des marokkanischen Volkes entgegenträgt. Denn darüber wird man sich auch in Frankreich nicht täuschen, daß die Bewegung in Marokko einen fast ausschließlich antifranzösischen Charakter trägt. Neuerdings behaupten spanische Blätter, daß diese Feindseligkeit von der algerischen Grenze sich auf das Riff ausgedehnt habe, und das führt in Summa zum Schluß, daß Vereinbarungen, die mit Abdul Aziz abgeschlossen werden, sehr leicht hinfällig werden können.

Die militärischen Operationen Frankreichs aber finden ihre Grenzen an den klimatischen Verhältnissen und an der geographischen Konfiguration des Landes, sowie an dem lockeren Zusammenhang des marokkanischen Staatswesens. Nur ein harter und energischer Sultan hat es verstanden, sich Gehorsam bei den Stämmen zu schaffen und Abdul Aziz kann, wie es scheint, zwar gelegentlich hart sein — wie die Niedermetzelung der Angehörigen jener Boten zeigt, die Abdul Hamid nach Europa gesandt hat — aber Energie und Umsicht hat er bisher nicht erwiesen. So spricht alle Wahrscheinlichkeit für einen Bürgerkrieg, und für Frankreich rückt die Verdrießlichkeit und die Gefahr eines Guerillakrieges immer näher, in welchem der Gegner schwer zu fassen und mit den bisher aufgewandten Streitkräften ein durchschlagender Erfolg gewiß nicht zu erzielen ist. Dazu kommt, daß ein Vorgehen, wie es bei dem Bombardement von Casablanca geschah, mehr die europäische, als die einheimische Bevölkerung der Stadt geschädigt hat. Wir wissen, daß die zahlreichen Engländer in Marokko sich über den Gang der französischen Politik sehr bitter äußern, und wenn sie heute mit ihren Klagen bei der englischen Regierung nicht Gehör finden, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß erst das ungeschickte Vorgehen gegen Casablanca dem in leidliche Bahnen geführten französisch-marokkanischen Konflikt neue Schärfe gegeben hat. Wenn jetzt die Schlappe, die ein unvorsichtiger Kapitän sich bei Casablanca zugezogen hat, zu neuen Konflikten führen sollte, wird man sich nur schwer der Argumentation des „Journal" anschließen, wenn es schreibt: „Bisher konnten wir abwarten und im Verteidigungszustand bleiben, jetzt sind wir herausgefordert worden. Wir müssen unsere Toten rächen und den neuen Gegner unsere Stärke fühlen lassen, alles muß von neuem begonnen werden"; man fragt sich vielmehr, ob nicht der Kapitän Ihler der Herausfordernde gewesen ist! Doch darüber wollen wir nicht streiten, auch glauben wir nicht, daß die französische Regierung sich der Ansicht des „Journal" anschließen wird. Aber das eine sehen wir deutlich, daß die Strafexpedition in Casablanca in einen Krieg auszumünden droht, was gewiß nicht notwendig war.

Die „Westminster Gazette", das offiziöse Organ der englischen Regierung, faßt die Lage am 18. Oktober folgendermaßen zusammen:

„Die Verhandlungen, welche jetzt zwischen den Vertretern Frankreichs und Sultan Abdul Aziz in Rabat stattfinden, setzen die Geduld der französischen Patrioten auf eine schmerzliche Probe. Der Sultan,

sagen sie, muß sofort Geld erhalten, sonst bricht das ganze System der marokkanischen Regierung zusammen. Was soll dann geschehen, oder wenn der Sultan abdankt, um in Europa in unrühmlichem Wohlleben seine Schätze zu verprassen? Dann stände Frankreich einer allgemeinen Anarchie gegenüber, die nur durch das Vorrücken Mulay Hafids durchbrochen würde, der trotz des ungünstigen Empfanges, den seine Boten in Berlin gefunden haben, wahrscheinlich aus europäischen Quellen, und unter veränderten Verhältnissen sogar von europäischen Mächten Geld erhalten könnte. Und dabei werden die französischen Truppen in Casablanca als „tatsächlich in der Defensive befindlich" bezeichnet, auch leiden sie Mangel an gutem Wasser und Feuerung während der schlechten Jahreszeit. Wartet das französische Ministerium auf die Eröffnung der Kammer, um zu sehen, ob seine radikalen und sozialistischen Freunde ihm gestatten werden, sich weiteren Verwickelungen auszusetzen? Man tröstet sich damit, daß der Zeitverlust nur durch den Wunsch veranlaßt wird, zu einem präzisen Abkommen mit dem Sultan zu gelangen. Aber wenn diese Verständigung nicht sehr bald erfolgt, kann eine ernste Krisis in Marokko und eine ernstere in Europa beginnen. Inzwischen ist in Spanien gegen jede Aktion der spanischen Regierung, die über den Buchstaben der Akte von Algeciras hinausgeht, ein erneuter energischer Protest eingelegt worden."

Die „Westminster G." knüpft hieran keinerlei Betrachtungen, so daß sich ihre Meinung nicht erkennen läßt. Wir haben ähnliche Erwägungen vornehmlich in den konservativen französischen Blättern, z. B. im „Gaulois", gefunden, und wenn wir auch nicht an die „ernstere Krisis in Europa" glauben, scheinen uns die Sorgen jener „französischen Patrioten" doch keineswegs ohne reales Fundament zu sein. Wenn Frankreich unvorsichtige Rekognoszierungen durch Aufwendung großer Kampfesmittel rächen will, wie das „Journal" vorschlägt, steuert es in einen Krieg hinein, der allerdings im allgemeinen europäischen Interesse nur als wenig opportun bezeichnet werden kann. Kriege mit islamischen Völkern nehmen notwendig den Charakter von Religionskriegen an, und zurzeit ist der Islam ohnehin in großer Erregung.

Inzwischen hat erfreulicherweise die Kommission zur Verteilung des Vorschusses, den der Reichstag den durch das Bombardement geschädigten Deutschen bewilligt hat, ihre Arbeiten unter dem Vorsitze unseres Konsuls begonnen. Es ist alle Aussicht vorhanden, daß umsichtig und rasch

gearbeitet wird, so daß unser Handel, der freilich durch das Stocken der Geschäfte noch weitere Verluste erleidet, wenigstens Aussicht hat, sich einigermaßen zu erholen.

Es ist uns aufgefallen, in wie pessimistischen Tönen die russischen Zeitungen neuerdings die türkischen Angelegenheiten beurteilen. Eine Konstantinopeler Korrespondenz des „Golos Moskwy" will wissen, daß die russische Revolution auf türkischen Boden hinüberzuschlagen beginne. In den Kasernen der mit dem Schutz des Jildiz Kiosk betrauten Leib-Gardedivision seien mehr als zehn Handbomben gefunden worden, und die Untersuchung habe die den Sultan umgebenden albanischen Schützen als verdächtig erwiesen. Auch viele Offiziere der Garnison von Konstantinopel und Gemeine der 1. Division seien arretiert worden. Dazu hätten die aus Brussa herangezogenen Ersatzmannschaften den Gehorsam verweigert, wenn man ihnen nicht vorher den schuldigen Sold auszahle. Der Sultan habe sie befriedigt, aber sogleich fortgeschickt. Die meuternden Junker der Militärschule habe einer von den in türkischen Diensten stehenden preußischen Generale (Brinken Pascha) nur mühsam beruhigt, dann aber arretieren und ins Meer werfen lassen (?!). Es schließt sich daran eine lange Ausführung über den schädlichen Einfluß der Albaner und starke Ausfälle gegen den Sultan und seine Umgebung, die uns entschieden übertrieben scheinen. Parallel damit geht eine Korrespondenz der „Nowoje Wremja" aus Teheran, die sich gegen die Übergriffe der Türken an den persischen Grenzen richtet. Der türkische General Mahommed Feisi Pascha habe die kurdische Reiterei der Perser gewonnen und die große Mehrzahl dieser Kurden bewogen, in das türkische Lager überzugehen. Die Folge sei eine ungeheure Aufregung im persischen Parlament gewesen, und der Antrag der Linken, ein allgemeines Aufgebot gegen die Türkei anzuordnen. Dabei bestehe der Verdacht, daß die persische Regierung insgeheim die Türkei begünstige, um mit ihrer Hilfe die konstitutionelle Bewegung niederzuschlagen. Nun hat es mit dem türkisch-persischen Grenzkonflikte seine Richtigkeit, aber es sind von alters her strittige Gebiete und die nomadischen Stämme an der Grenze nie sichere Untertanen des einen oder des anderen Staates gewesen. Bisher jedenfalls sind die Beziehungen zwischen der Türkei und Persien noch friedliche, und über gegenseitige Anfragen ist der Grenzkonflikt nicht hinausgegangen. Weit größer ist in Teheran die Erregung über die russisch-englische Vereinbarung, die als na-

tionale Beleidigung empfunden wird. Die neue Gedankenwelt, in der sich die Bevölkerung bewegt, die, soweit die historische Erinnerung zurückreicht, in despotischem Regiment erwachsen war, hat ein politisches Ehrgefühl und einen Ehrgeiz hervorgerufen, die früher auf diesem Boden nicht existierten und in Zusammenhang mit jenem Erwachen des Orients stehen, der einer völlig neuen Entwicklung die Bahn freizumachen sucht. Wir finden ähnliche Erscheinungen auch in Ägypten. Jede Nummer des „Etendard Egyptien" legt davon Zeugnis ab und sucht zugleich das nie erloschene Interesse Frankreichs an der Entwicklung Ägyptens gegen das verhaßte Regiment Englands auszuspielen. Es ist im Grunde dieselbe Bewegung, der England in Indien gegenübersteht, nur mit dem Unterschiede, daß sie in Ägypten die niederen Volksschichten weniger ergriffen hat und mehr literarisch als national zu sein scheint. In Indien aber schreitet die antienglische Bewegung mit elementarer Kraft weiter, und Keir Hardie, der jüngst Indien bereiste, um für seine sozialistischen Ideale Propaganda zu machen, hat damit gewiß seinem Volke keinen Dienst geleistet. Die vorhandenen Zündstoffe sind ohnehin gefährlich genug. Nun hat die englische Regierung durch Veröffentlichung ihrer Reform der Councils die gebildeten Kreise ihrer indischen Opponenten zu gewinnen gesucht, aber der Versuch kann endgültig als gescheitert betrachtet werden. Mit solchen Abschlagszahlungen ist es nicht gemacht, und wenn der Gegensatz zwischen Mohammedanern und Hindus das System des divide et impera noch aufrechterhält, läßt sich doch nicht verkennen, daß der englischen Herrschaft hier eine wirklich ernste Gefahr droht. Kenner, und unter ihnen vornehmlich Engländer, geben einen Teil der Schuld daran dem Hochmut des englischen Beamtentums, namentlich in seinen unteren Schichten, aber auch das würde die indische Bewegung nicht hervorgerufen haben, wenn nicht eine völlige Wandlung der Geister seit dem russisch-japanischen Kriege sich vollzogen hätte. Sie zurückzuschrauben aber scheint fast unmöglich. Man hat es mit der Verhaftung und Verschickung der Führer versucht; so wurde z. B. der vielgenannte Babu Bepin Chandra Pal kürzlich wegen aufreizender Reden zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Aber diese „Märtyrer" der nationalen Bewegung werden dadurch nur um so populärer. Auch der Presse vermag England nicht Herr zu werden, sie hat es zu erstaunlicher Vollkommenheit in der Kunst gebracht, so zu schreiben, daß ihr das Gericht keine Schuld nachweisen kann, und doch ihren Lesern verständlich den

Kampf gegen England zu predigen. Dazu kommt, daß diese Zeitungen, da sie in englischer Sprache erscheinen, in ganz Indien von allen Gebildeten verstanden werden und damit Organe der Verständigung geschaffen sind, die noch vor 20 Jahren nicht existierten. Auch von außen her wurde die indische Bewegung literarisch gefördert, so durch den „Gaelic American", der in New York erscheint und als Organ des Sin Fein (Wir selbst) im irischen Interesse in alle englischen Wunden rücksichtslos eingreift, oder durch den in London herausgegebenen „Indian Socialist", oder durch die „Justice", Organ des Sozialagitators Hyndman. Alle drei Zeitungen sind neuerdings für Indien verboten worden, ohne daß sich viel Erfolg davon versprechen läßt. Was die Inder wünschen, ist nationale Selbstregierung, zunächst nach dem Muster der großen englischen Kolonien, um in Zukunft einmal zur vollen Selbständigkeit zu gelangen. Das mag, wenn man Bildungsstand, Charaktereigenschaften und Temperament der Inder in Betracht zieht, noch für weite Zeiträume eine Utopie sein, aber das leidenschaftliche Verlangen nach dem Ziel ist schon jetzt eine Gefahr, darüber ist auch in England nur eine Meinung. Man steht ihrem jetzigen Stadium so gut wie ratlos gegenüber und wird erst wissen, was geschehen soll, wenn die Notwendigkeit eintritt, einen Aufstand niederzuschlagen.

Wie weit das Erwachen Chinas in eine fremdenfeindliche Bewegung ausmünden wird, läßt sich noch nicht vorhersagen. Viele Anzeichen sprechen eher für eine antidynastische Bewegung, in der der tiefe Gegensatz zwischen Chinesen und Mandschus ihren Ausdruck fände. Aber es ist auch möglich, daß beides nebeneinander hergeht. Nun sucht die Kaiserin jetzt unter dem Einfluß des Chinesen Juanschikai, der ein wirklich bedeutender Mann zu sein scheint, ihrer Dynastie ein neues Fundament durch Einführung parlamentarischer Institutionen zu geben, für deren Vorbereitung sie einen Ausschuß, den Tsutschengyan, eingesetzt hat, der, wie jüngst in der „Kreuz-Zeitung" vom 20. Oktober ausgeführt wurde, dem Genrain nachgebildet ist, der in Japan von 1874 bis 1890 fungierte und den Übergang zu modernen Verfassungsformen vorbereitete. Seine besondere Aufgabe war, Gesetzentwürfe zu begutachten und bald auch aus eigener Initiative vorzubereiten. Es ist die vorausgegangene Verwirklichung des Gedankens, den auch Kaiser Nikolaus II. und seine Staatsmänner ursprünglich ins Auge gefaßt hatten, um das Verlangen der russischen Nation nach Teilnahme am

Regiment zu befriedigen und es zu weiterer Mitarbeit zu erziehen. Man kann nur bedauern, daß die Ungeduld des russischen Volkes dieses Übergangsstadium nicht glaubte hinnehmen zu können; die politischen Kämpfe der letzten Jahre wären ihm erspart worden.

Doch, wie dem auch sei, der Weg, den China einschlägt, führt in neue Bahnen, und es hieße die Chinesen unterschätzen, wenn man annehmen wollte, daß sie nicht reif sind, auf ihnen zu schreiten. Auch das wäre ein Irrtum, anzunehmen, daß sie diesen Schritt unter japanischem Einfluß tun. Es steht nichts fester, als daß China keine Neigung hat, sich von Japan führen oder gar bevormunden zu lassen. Die Bewegung könnte eher als antijapanisch bezeichnet werden und wird, wenn auch nach abendländisch europäischen Mustern, im Effekt etwas ganz national Chinesisches ins Leben rufen.

Summieren wir diese neuen Regungen politischen Lebens auf asiatischem Boden, so geben sie zwar keinen äußeren Zusammenhang, aber ihnen allen ist das eine gemeinsam, daß sie in ihren nationalen Bestrebungen nach langer Stagnation plötzlich sich einer Reform ihrer inneren staatlichen Ordnung zugewandt haben, und zwar die technischen Errungenschaften unserer modernen Kultur anzunehmen entschlossen sind, im übrigen aber ein nationales Selbstgefühl zeigen, das von fremder Vormundschaft nichts wissen will. China und Japan haben sich dabei auch finanziell emanzipiert, oder sind auf dem Wege es zu tun. Die Schwäche Persiens und der Türkei, in der die gleichen politischen Wünsche noch nicht offen an die Oberfläche treten können, geht darauf zurück, daß sie in dieser Hinsicht weit zurückgeblieben sind, aber in Persien stehen wir vielleicht vor einer Wendung zum Besseren. Im allgemeinen ist für die islamischen Staaten der Fortschritt schwieriger als für die anderen.

Die Ansichten über die Zusammensetzung der r u s s i s c h e n D u m a gehen noch immer weit auseinander. Der Korrespondent des „Journal des Débats", dessen Feindseligkeit gegen Deutschland wir schon mehrfach hervorgehoben und der auch jetzt die Gelegenheit an den Haaren herbeizieht, um zu erklären, daß nichts populärer wäre als ein Krieg gegen eine deutsche Invasion (!!), sieht sehr pessimistisch und glaubt nicht, daß eine arbeitsfähige Vertretung zustande kommen kann. Die Wahlergebnisse scheinen aber ein günstigeres Prognostikon zu versprechen. Von 5455 Wahlmännern waren bis zum 18. Oktober gewählt: Gemäßigte

und Rechte 3030, Linke aller Schattierungen 1490, Parteilose und Unbestimmte 935. Das würde für die Duma folgendes Resultat ergeben, wenn das Verhältnis bei den noch ausstehenden Wahlen dasselbe bleibt: Gemäßigte und Rechte 238 Deputierte, Linke 117, Polen 14, Parteilose und unbestimmter Parteizugehörigkeit 73. Fällt von den letzteren ein Drittel den Gemäßigten zu, so wäre das Schlußresultat: Gemäßigte und Rechte 262, Linke aller Farben 180. So rechnet die „Nowoje Wremja", und mit einer so zusammengesetzten Duma könnte die Regierung gewiß arbeiten. Aber es werden bestimmt noch innerhalb der Parteien Wandlungen zu erwarten sein. Ein Teil der Kadetten scheint sich mehr nach rechts wenden zu wollen, so daß zeitweilig sogar von einem Zusammenschluß von Oktobristen und Kadetten die Rede war. Das aber ist, obgleich Miljukow sich von den offenen Revolutionären losgesagt hat, schließlich doch in nichts zergangen. Auch wollen wir nicht vergessen, daß auf dem Kongreß der russischen Sozialdemokraten in London ausdrücklich von ihnen beschlossen wurde, die Kadetten zu bekämpfen. Jedenfalls kann man darauf rechnen, daß die dritte Duma eine andere Physiognomie zeigen wird als ihre Vorgängerinnen. Wenn sich eine Handvoll wirklich bedeutender Männer in der Versammlung findet, erleben wir vielleicht noch den Schluß der russischen Revolution.

Zunächst ist sie freilich noch in vollem Gange. Die „Retsch" stellt für die Zeit vom 13. September bis 13. Oktober die folgende Liste der Opfer der Revolution zusammen:

Die Kriegsgerichte sprachen 84 Todesurteile, davon wurden vollzogen 34. In Petersburg wurden 7 hingerichtet. In derselben Zeit wurden bei Zusammenstößen mit den Revolutionären getötet: Privatpersonen 34, Beamte 73, verwundet Beamte 76, Privatpersonen 96. Dabei sind die Opfer des Bundes russischer Männer in Odessa, Simferopol und anderen Städten nicht mitgezählt. Bewaffnete Überfälle 165, geraubt wurden 500 000 Rubel, Bomben, Waffenniederlagen und Explosivstoffe wurden in 34 Fällen entdeckt!

Zurzeit weilt Herr v. Iswolski in Paris, wo er diese Woche hindurch zu bleiben denkt, dann soll er, wie wir hören, seine politische Rundreise in Berlin zum Abschluß bringen.

Der „Gil Blas" behauptet, daß Herr v. Iswolski mit Mr. Clemenceau vornehmlich folgende Fragen beraten werde: Auslegung einer russischen Anleihe in Paris, Revision der franko-russischen Militärkonvention, Ver-

öffentlichung des diplomatischen Teiles der russisch-französischen Allianz, endlich für den Fall, daß die Anleihe ausgelegt werden sollte, Genehmigung der Garantie durch die Duma.

Punkt 1 ist in Rußland offiziell dementiert worden, Rußland brauche für das laufende Jahr keine Anleihe. Ob die übrigen Punkte gleiche Glaubwürdigkeit beanspruchen dürfen, vermögen wir nicht zu entscheiden.

Am 18. Oktober ist die zweite Haager Friedenskonferenz geschlossen worden. Sie hat 125 Tage die Vertreter fast aller Staaten der Welt in heißer Arbeit beschäftigt. Das Urteil über die Ergebnisse der Arbeit geht weit auseinander; „Times" und „Temps" z. B. sind nicht eben nachsichtig, wenn auch nicht auf Grund derselben Erwägungen. Am günstigsten ist wohl das Urteil bei uns ausgefallen.

Es lag die Befürchtung vor, daß einerseits utopistische, andererseits einseitig nationale Strömungen die Überhand gewinnen könnten. Beide Klippen sind glücklich vermieden worden, und was uns als Ergebnis der Arbeiten vorliegt, trägt den Interessen der Gesamtheit Rechnung und verläßt nicht die Grenzen des Ausführbaren, wobei freilich vorausgesetzt wird, daß den Beschlüssen der Konferenz, wenn einmal der Augenblick kommt sie praktisch anzuwenden, kein übler Wille entgegenarbeitet, der stark genug ist sich durchzusetzen.

Wir heben hier nur die wichtigsten Resultate hervor. Vor allem ist darauf hinzuweisen, daß die Grundsätze, die von der Genfer Konvention für den Landkrieg festgesetzt waren, auf den Seekrieg ausgedehnt worden sind. Damit fällt die ältere Haager Konvention vom 29. Juli 1899 für diejenigen Mächte, welche der neuen Konvention beigetreten sind, während sie für die Mächte in Kraft bleibt, welche die neue Konvention nicht ratifizieren.

Die Konvention über die Einsetzung eines internationalen Prisengerichts umfaßt in 4 Kapiteln 57 Artikel, die im wesentlichen bestimmen, daß in strittigen Fällen ein Prisengericht darüber zu entscheiden hat, ob bei Wegnahme eines Handelsschiffes oder seiner Ladung es sich um ein neutrales oder feindliches Gut handelt, und daß von einem nationalen Prisengericht an einen internationalen Prisengerichtshof appelliert werden kann. Es folgen Bestimmungen über die Organisation dieses internationalen Appellhofes, der aus 15 Richtern bestehen und bei Anwesenheit von 9 Richtern als beschlußfähig gelten soll. Diesen Richtern werden alle Privilegien von diplomatischen Vertretern gesichert.

Die Konvention über Rechte und Pflichten der neutralen Mächte und Personen während eines Landkrieges bestimmt, daß Territorien neutraler Mächte als unverletzlich gelten, daß die kriegführenden Parteien solche Territorien weder mit ihren Truppen passieren, noch Munition oder Proviant durchführen dürfen. Die Anlage von Telefunkenstationen oder ähnlichen Anstalten, die ausschließlich militärischen Zwecken dienen, wird im Gebiet einer neutralen Macht den Kriegführenden schon vor dem Kriege untersagt.

Der Eröffnung von Feindseligkeiten hat eine nicht mißverständliche Warnung vorauszugehen, die entweder die Form einer Kriegserklärung mit Angabe der Kriegsgründe, oder aber die eines Ultimatums mit eventueller Kriegserklärung haben soll.

Endlich sind die Gesetze und Usancen, die im Landkriege Geltung haben sollen, zusammengesetzt worden und nicht nur auf die aktive Armee, sondern auch auf die Miliz und die Organisationen von Freiwilligen ausgedehnt worden.

Dazu kamen dann drei Deklarationen, die einhellig angenommen worden sind und zwar 1. Anerkennung des Prinzips obligatorischer Schiedsgerichte; 2. daß Fragen, welche die Auslegung und Anwendung internationaler Konventionen betreffen, ohne jede Ausnahme durch internationalen Schiedsspruch entschieden werden können; endlich 3. daß die zweite Haager Konferenz die Resolution der ersten in betreff der Einschränkung der Militärlasten bestätigt, und da seither diese Lasten erheblich gestiegen sind, erklärt, daß es in höchstem Grade wünschenswert sei, daß die Regierungen diese Frage aufs neue mit allem Ernst studieren.

Als „Wünsche" der Konferenz wurden den Konferenzmächten empfohlen:

Annahme einer (im Entwurf vorliegenden) Konvention über Begründung eines Schiedsgerichtshofes, der einzusetzen wäre, sobald Übereinstimmung über die Wahl der Richter und über die Verfassung des Gerichts erreicht ist; im Kriegsfalle durch Zivil- und Militärautoritäten den friedlichen Verkehr, speziell in bezug auf Handel und Industrie, zwischen der Bevölkerung der kriegführenden und der neutralen Staaten zu sichern und zu schützen; die Frage der Militärlasten Fremder, die sich auf dem Gebiet anderer Staaten niedergelassen haben, durch besondere Konferenzen zu regeln; in das Programm der nächsten Kon-

ferenz ein Reglement über die Rechte und Gewohnheiten des Seekriegs aufzunehmen und jedenfalls nach Möglichkeit auf den Seekrieg die für den Landkrieg geltenden Grundsätze in Anwendung zu bringen. Endlich, daß jede der Mächte, die die Haager Konvention unterzeichnet haben, durch Sendung von Bau- und Ziermaterial jeder Art am Aufbau des „Friedenspalastes" mitwirkt, so daß dieser Palast als Ausdruck allgemeiner Hoffnung und allgemeinen Willens auch aus dem Material aller Länder erbaut werde. Die Berufung einer dritten Konferenz nach Ablauf von etwa 8 Jahren, und 2 Jahre vorher die Einberufung eines Komitees, welches die Vorarbeiten zu besorgen und eine Geschäftsordnung auszuarbeiten hätte, bildet das Schlußdesiderium.

Wir wollen das weitere Desiderium daran knüpfen, daß der in dem Kongreß so aufrichtig zum Ausdruck gekommene Wunsch nach Frieden sich verwirkliche.

Die Sorge, mit der die Nachricht von der Erkrankung unseres allverehrten Bundesgenossen, des Kaisers Franz Josef begleitet worden ist, scheint erfreulicherweise sich nicht zu rechtfertigen. Die deutsche Nation hofft ihn noch lange in Gesundheit zum Heil seiner Staaten am Regimente zu sehen.

24. Oktober 1907. Erdbeben in Kalabrien.
25. Oktober. Die Franzosen besetzen Magador.
26. Oktober. Demission des norwegischen Ministerpräsidenten Michelsen. Kabinett Loevland.
27. Oktober. Beginn der Wahlen zur 3. Duma.
28. Oktober. Das spanische Königspaar in Paris.

---

30. Oktober 1907.

Der Historiker und Publizist Waliszewski, dem wir eine Reihe geistvoller Monographien zur Geschichte Rußlands vom 16. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts danken, hat kürzlich in der „Nowoje Wremja" ein Feuilleton veröffentlicht, dem er die Überschrift gibt „Krankhafter Schrecken". Was er beweisen will ist, daß Rußland, sobald es sich auf sich selbst besinne, weder die Japaner noch auch die Revolution zu fürchten habe. Kuropatkin habe seine Rückzüge angetreten, bevor er geschlagen war, gewiß nicht aus Mangel an physischem Mut, sondern weil er unter dem moralischen Eindruck stand, den die wahrscheinliche oder bereits vollzogene Umgehung seiner Position durch die Japaner auf ihn machte. Er fürchtete die Verantwortlichkeit vor möglichen durch die Einbildung vergrößerten Gefahren, und die Truppen waren durch die ersten überraschenden Erfolge des Feindes demoralisiert. Endlich habe auch Kuropatkin unter dem Bann gestanden, durch den die innere Krisis alle Köpfe in Rußland verwirrte. Ob Stössel, der auch unter der suggestiven Einwirkung der Gesamtstimmung stand, sich noch einige Wochen hätte halten können, wolle er nicht entscheiden, wohl aber behaupte er, daß nichts Rußland nötigte, den übereilten Frieden von Portsmouth zu schließen. Gewiß hätten noch eine oder zwei Schlachten verloren gehen, noch einige Kilometer weiter abgerückt werden müssen, aber was hätte das bedeutet, da doch Rußland seit der Mitte des 17. Jahrhunderts fast ohne Verluste Tausende von Kilometern weit vorgedrungen sei. In Wirklichkeit sei es die Angst gewesen, daß die Goldvaluta zu Fall kommen könne, die Witte so mühsam durchgeführt hatte.

„In Portsmouth habt ihr eure Schwäche durch Furcht vor der Revolution entschuldigt, die damit drohte, daß sie euren gegen die Japaner kämpfenden Soldaten den Dolch hinterrücks in den Nacken stoßen

werde. Aber war das nicht die Furcht vor einem Phantom? . . . Euch bannte krankhafte Angst. Ihr habt erst Gapon und seine Bande gefürchtet, dann die zweite Duma und ihre Rhetoren. Ihr habt vor Shilkin gezittert und aus Furcht vor Anikin keine Nacht schlafen können. Ich weiß nicht bestimmt, ob sie euch nicht heute noch schrecken . . . . . Jetzt, da die revolutionäre Agitation sich immer mehr in ein Räuberwesen auflöst, fürchtet ihr euch vor den Räubern, und eure Publizisten streiten, ohne ein Ende zu finden, darüber, ob der Staat oder die Gesellschaft mit der Handvoll Taugenichtse aufräumen solle, die am hellen Tage im Angesicht der Polizei ihr Räuberhandwerk treiben. Das alles wäre höchst lächerlich, wenn nicht so bittere Tränen, dank diesen Taugenichtsen, vergossen würden."

Waliszewski schließt mit der Erzählung persönlicher Erlebnisse. In Warschau und Lodz sei er durch die verrufensten Straßen, unbewaffnet, gegangen und niemand habe ihm ein Leid angetan. Im Räubergebiet um Palermo habe er die entlegensten Schluchten aufgesucht, und wenn ihm verdächtige Persönlichkeiten begegneten, habe er sie nur scharf angesehen, und sie seien vorübergegangen, ohne ihn anzutasten. Es seien Phantome, die ja mitunter Fleisch und Blut annehmen, deren Macht aber nur darauf zurückgehe, daß man sie fürchte. „Schaut ihnen tapfer ins Auge und ihr werdet nicht mehr mit euren Armen den optischen Telegraphen spielen müssen. Diese Art Gymnastik ist ermüdend und lächerlich, es ist die höchste Zeit, daß ihr sie aufgebt." Der Rat ist ohne Zweifel gut, und gewiß haben die von Waliszewski geltend gemachten Ursachen sowohl beim Abschluß des Friedens von Portsmouth wie bei den unglücklichen Retiraden Kuropatkins mitgewirkt. Aber er unterschätzt doch die Tatsache, daß die russische Revolution eine Realität, kein Phantom war. Daß ihr sehr bedeutende und sehr gewaltsame Kampfesmittel zur Verfügung standen und daß infolge einer verhängnisvollen Erziehung zu sittlicher Urteilslosigkeit die revolutionäre Bewegung fast von der gesamten russischen Jugend und von einem sehr bedeutenden Teil der in amtlichen Stellungen stehenden russischen Intelligenz getragen wurde, daß endlich die Entstehung der agraren Leidenschaften der Bauern sich fast wie eine Notwendigkeit aus der Leidensgeschichte des russischen Bauern ergab. Es ist ja wohl denkbar, daß ein siegreiches Heer dem Staat die Mittel geboten hätte, dieser elementaren Bauernbewegung rascher und vollständiger Herr zu werden,

als heute geschehen ist; der eigentliche Kern der Revolution, die Richtung der Jugend, die ihre Ideale im Umsturz des Bestehenden suchte, konnte mit diesen Mitteln nicht getroffen werden. Auch das scheint er zu übersehen, daß in dem Verlangen nach Veränderung des geltenden Regierungssystems ein Kern von Berechtigung lag. Reform auf dem Gebiete der Verwaltung und der Agrarpolitik war allerdings unerläßlich und ebenso eine Umbildung des gesamten Unterrichts und Erziehungswesens. Weil diese notwendigen Aufgaben von der Regierung nicht gelöst wurden, wurden aus den Liberalen Radikale und aus diesen Revolutionäre, und weil sie auch heute noch nicht gelöst sind, kann auch nicht mit Recht behauptet werden, daß von der Revolution nur noch Räuberbanden als Rest übriggeblieben seien. Wir haben Herrn Stolypin in seiner gesamten Tätigkeit mit unserer Sympathie begleitet und rechnen es ihm hoch an, daß er wenigstens den Schein geregelten staatlichen Lebens wiederherzustellen vermocht hat, aber der schwierigste Teil seiner Aufgabe liegt noch vor ihm. Die dritte Duma, mit der er seine Arbeit zu teilen haben wird, scheint ihm eine Majorität darbieten zu wollen, mit der die Regierung arbeiten kann. Auch hat diese nach allen Enttäuschungen, die ihr die beiden ersten russischen Vertretungskörper brachten, vollauf Zeit gehabt die Vorlagen vorzubereiten, durch deren Annahme und Verwirklichung das Fundament für ein neues, glückliches Rußland gelegt werden soll. Wir glauben auch, daß solche Regierungsvorlagen in der Duma durchdringen werden — die ungeheuere Schwierigkeit liegt aber in der praktischen Ausführung der Reformen und in dem geordneten und gewissenhaften Funktionieren der Organe, denen sie anvertraut werden. Denn das entscheidende sind die Menschen, nicht die Formen.

Nun wollen wir uns nicht den Pessimismus zu eigen machen, den fast alle Russen zeigen, mit denen diese Frage behandelt wird. Sie sagen, wir haben keine Menschen! Aber wie ist das unter einer Nation von so ungeheuerer Kopfzahl denkbar? Herr Stolypin war nur sehr wenigen bekannt, als der Zar ihn an die Spitze des Reiches berief, und im Kampf der Parteien ist doch auch eine Reihe namhafter, einsichtiger und kenntnisreicher Patrioten in den Vordergrund getreten. Wir dürfen hoffen, daß sie uns in der dritten Duma zeigen, daß sie auch praktisch zu arbeiten verstehen. Die Schwierigkeit liegt in der Frage, wie die durch die Revolution vergiftete Generation der Gymnasiasten und

Studenten des letzten Dezenniums ersetzt werden soll, da es fast aussichtslos erscheint, daß sie noch von innen heraus gesundet. Dies ist für Rußlands Zukunft das wichtigste aller Probleme, und es scheint fast unlösbar, wenn man bedenkt, daß es im Lande an nichts mehr fehlt, als an brauchbaren Volksschullehrern, Elementar- und Gymnasiallehrern sowie an Professoren für die Universitäten. Man will eine neue Universität gründen und hat nicht die Lehrkräfte, um die vakanten Katheder an den alten Universitäten zu besetzen. Das schmachvollste Beispiel dafür ist heute die Universität Dorpat, einst die höchststehende wissenschaftliche und ethische Bildungsstätte des Reiches. Es ist völlig unverständlich, weshalb die Regierung sich sträubt, aus Jurjew wieder Dorpat zu machen und durch Herstellung der alten von Alexander I. der Universität verliehenen Statuten auch den wissenschaftlichen Austausch wieder lebendig zu machen, der durch drei Menschenalter zwischen Rußland und Deutschland bestand. Man duldet noch heute die in deutscher Sprache unterrichtenden Petersburger Kirchenschulen, und es ist unter den zahlreichen Russen, die in ihnen das Fundament ihrer Bildung erhielten, nur ein Urteil der Anerkennung über die Leistungen dieser Schulen, aus denen gewiß keine Revolutionäre hervorgegangen sind. In weit höherem Grade aber erzog die Universität Dorpat zu wissenschaftlicher Bildung und zu politisch fester Gesinnung, und daß die baltischen Deutschen wie die Russen, die in dem alten Dorpat die bestimmenden Eindrücke ihres Lebens erhalten haben, dem Staate treue und tüchtige Diener in allen Lebensstellungen lieferten, das werden wohl auch die nicht bestreiten, die in den Chor der Russifikatoren einstimmten, als die Universität zugrunde gerichtet wurde.

An bedeutenden politischen Ereignissen haben wir nur wenig zu verzeichnen. In Frankreich sind am 22. Oktober die Kammern wieder zusammengetreten, und es hat lebhafte Debatten über die Frage gegeben, ob die Landesverteidigung in genügendem Stande sei. Die Kammer hat durch ein Vertrauensvotum von 400 Stimmen gegen 80 die Frage bejaht. Aber in zwei der bedeutendsten Pariser Blätter hat sich dagegen ein ernster Widerspruch erhoben, St. Malo im „Journal des Débats" und General Langlois im „Temps" machen im Gegensatze zu den Verteidigern des Bestehenden auf innere Defekte aufmerksam, denen sie die eigentlich entscheidende Bedeutung beilegen. Ihre Ausführungen verdienen entschieden gelesen zu werden.

In Marokko sind wir von einer Beruhigung des Landes noch weit entfernt, vielmehr gewinnt es den Anschein, als würde ein Bürgerkrieg zwischen Abdul Hamid und Abdul Aziz sich nicht vermeiden lassen. Die 60 000 Lstr., welche die Banque de Paris et des Pays-Bas dem Sultan vorgeschossen hat, können ihm eine Zeitlang das Übergewicht sichern, aber es ist zweifelhaft, ob diese Summe reichen wird, um ihm auf die Dauer gegen den Prätendenten das Übergewicht zu sichern, zumal französische Blätter wissen wollen, daß Abdul Hamid in den Besitz eines Schatzes alter spanischer Dublonen gelangt sei, die ihm helfen seine Truppen zusammenzuhalten. Auch über namhafte Waffenankäufe Abdul Hamids wird berichtet.

So scheint, trotz des guten Willens der französischen Regierung, die Krisis noch lange fortdauern zu wollen, und es wäre vermessen, ihren Ausgang vorhersagen zu wollen. Sicher ist nur das eine, daß der Handel aller mit Marokko im Verkehr stehenden europäischen Staaten empfindliche Einbußen erleidet, am meisten vielleicht der der Engländer. Über die Stimmung Mulay Hafids gibt ein Korrespondent des „Matin" interessante Auskunft, der Gelegenheit hatte, den Prätendenten in Marrakesch zu sprechen. Der Prätendent sagte:

„Unsere Anstrengungen richten sich nur gegen die Politik, die unser Land zu anarchischen Zuständen geführt und uns an den Rand des Verderbens gebracht hat. Unsere Angelegenheiten werden von einem unserer Brüder schlecht geführt, und wir haben beschlossen ihm seine Stellung zu nehmen. Haltet ihr Franzosen nicht selbst Abdul Aziz für schwach und unfähig? Ist das nicht der Grund, weshalb ihr, ohne ihn sogar zu benachrichtigen, Ujda und Casablanca besetzt habt? Ich habe den Titel Sultan des heiligen Krieges erhalten. Das Wort „Jehad" bezeichnet alle Kriege gegen unsere Feinde. Ich habe Abdul Aziz den Krieg erklärt, weil er unser Vaterland verderben will und es Stück für Stück den Fremden ausliefert. Unsere Empfindungen Frankreich gegenüber sind wohl bekannt. Als Dr. Beauchamp ermordet wurde, sind die anderen Europäer durch meine eigenen Garden beschützt worden. Ich weiß, daß euere Forderungen gerecht sind, und obgleich sich mein Bruder in Algeciras Bedingungen ohne zu diskutieren vorschreiben ließ, will ich sie einhalten. Frankreich, hat man mir gesagt, wünscht in Marokko Ordnung zu schaffen, es muß zwischen mir und meinem Bruder neutral bleiben. Wenn Frankreich aber, obgleich es die Un-

fähigkeit meines Bruders kennt, ihn unterstützt, kann es nur geschehen, weil es Anarchie und Verwüstung in Marokko erhalten will. Ich kann nicht glauben, daß Frankreich das wünschen kann. Ich werde gegen meinen Bruder vorgehen, sobald ich den Süden des Reiches pazifiziert habe. Ich will nach Mogador, Saffi und Mazagan ziehen um in Verkehr mit den Stämmen zu treten und mich dann mit der Schauja Mahalla verbinden, die 20- bis 25000 Mann stark ist und Leute von allen Stämmen enthalten wird."

Das klingt sehr selbstbewußt und männlich und verdient von den Franzosen doch beachtet zu werden.

In England wird die öffentliche Meinung zumeist durch einen drohenden Streik der Eisenbahner in Anspruch genommen. Der sozialistische Charakter des Unternehmens hat aber nicht nur die Eisenbahndirektoren zu festem Zusammenhalten geführt, sondern auch eine ganze Reihe antisozialistischer Verbände ins Leben gerufen, so daß sich wohl darauf rechnen läßt, daß Mr. Richard Bell, der als Generalsekretär des Syndikats der Eisenbahner die Bewegung führt, unterliegen wird. Es hat namentlich empört, daß Bell es wagte, mit der Drohung hervorzutreten, daß er vor einer Lähmung des gesamten englischen Handels nicht zurückschrecken werde. Diese sozialistische Mobilisierung macht um so mehr Sorgen, als sie, wie wir uns erinnern, von Keir Hardie nach Indien übertragen worden ist und neuerdings den Sozialisten auch gelungen ist, in den Ergänzungswahlen Erfolge zu erringen. Das hat dahin geführt, daß, wie es scheint, die beiden großen Parteien überall, wo die Sozialisten zu bekämpfen sind, Hand in Hand gehen werden, und daß die gesamte Pesse einhellig gegen die Eisenbahner Stellung genommen hat. Gewiß ein Zeichen für den gesunden politischen Sinn der Nation.

Die Haldanesche Territorialarmee ist nunmehr Wirklichkeit geworden, und König Eduard hat sehr nachdrücklich auf die Bedeutung dieser Tatsache hingewiesen und namentlich die Wichtigkeit des Freiwilligenelements betont. Auch darin hat er sicher recht. Wir hätten es für noch weit nützlicher gehalten, wenn England den Entschluß gefunden hätte, zum System der allgemeinen Wehrpflicht überzugehen, die, wie die Geschichte zeigt, dem Frieden förderlicher ist als jedes andere System, weil es Kabinettskriege ausschließt.

Da in letzter Zeit in Anlaß des Lärmes, den die Spannung zwischen den Vereinigten Staaten und Japan hervorrief, die Frage viel ventiliert wurde, welche Haltung in solchem Fall England ein-

nehmen werde, ist es vielleicht nützlich, auf eine Mitteilung hinzuweisen, die der „New-Yorker Sun" am 11. Mai dieses Jahres zuging und die an unserer Presse unbemerkt vorübergegangen ist. Der Artikel, der, wie bei einer Londoner Korrespondenz des Blattes nicht anders zu erwarten war, mit einigen Bosheiten gegen Deutschland anhob, führte nämlich aus, daß England aus mannigfaltigen Ursachen die Beziehungen zu seinem Alliierten im fernen Osten noch weiter festigen müsse. Nach den antijapanischen Gewaltsamkeiten in Kalifornien habe England ernstlich gefürchtet, daß es zu einem Bruch zwischen Japan und den Vereinigten Staaten kommen könnte. Nun wisse jedes englische Ministerium, daß es undenkbar sei, daß England im Verein mit Japan die Vereinigten Staaten bekriege. Vor 6 Monaten (das würde also auf den Dezember 1906 führen) aber habe für England eine solche Verpflichtung bestanden. Sie sei jetzt zwar noch nicht technisch aufgehoben, aber tatsächlich beseitigt worden. Der (inzwischen erfolgte) Besuch des Prinzen Fushimi werde die Sache zu endgültigem Abschluß bringen. Japan werde sich verpflichten, während der Dauer seiner Allianz mit England keinen Versuch zu machen, sein Territorium weiter auszudehnen, und namentlich möglichst freundschaftliche Beziehungen zu den Vereinigten Staaten aufrechtzuerhalten. Die „Sun" fügt hinzu, daß es lächerlich sei, von kriegerischen Absichten Japans zu reden, da die inneren Verhältnisse des Staates jede kriegerische Unternehmung verbieten; aus alledem folge, daß für die nächsten 8 Jahre der Friede im fernen Osten gesichert sei. Obgleich wir nun eine Bestätigung dieser sehr zuversichtlich gehaltenen Meldung der „Sun" nirgends gefunden, auch an die behauptete Lähmung Japans durch innere Schwierigkeiten nicht glauben, wollen wir den Schlußsatz als gutes Omen gern annehmen. Auch wird von der Entsendung des amerikanischen Geschwaders in den Stillen Ozean jetzt hüben und drüben als von einer keineswegs beunruhigenden Tatsache gesprochen und geschrieben. In Washington ist offiziell erklärt worden, die Beziehungen zwischen Japan und den Vereinigten Staaten seien so gute, daß die Entsendung der amerikanischen Schlachtflotte keinerlei Bedenken errege. Sie belegt nur die Tatsache, daß Amerika im pazifischen Ozean sehr wesentliche Interessen zu wahren hat, und das wird wohl niemand bestreiten wollen.

Eine andere interessante politische Neuigkeit bringt der „Gil Blas" in betreff der noch schwebenden russisch-französischen Verhandlungen.

Nach Abschluß des Friedens mit Japan habe Frankreich das russische Kabinett darauf aufmerksam gemacht, daß durch den Abzug russischer Truppen von der Ostgrenze Deutschlands eine der Bestimmungen der alliance franco-russe verletzt worden sei. Das russische Ministerium habe durch Hinweis auf die veränderten Zeitverhältnisse sein Verhalten zu erklären versucht, und sei jetzt bemüht, die in Frage kommende Bestimmung ganz zu beseitigen.

Wir haben kein Mittel, um die Zuverlässigkeit dieser Nachricht festzustellen.

Die Unruhen im südlichen China dauern immer noch fort, aber seit England und Deutschland und ihrem Beispiele folgend die übrigen Mächte das nicht zu behauptende System der sogenannten Interessensphären endgültig quoad China aufgegeben haben, läßt sich wohl darauf rechnen, daß die Bewegung einen fremdenfeindlichen Charakter nicht annehmen wird. Auch scheint der energische Inanshikai seinen Einfluß zu behaupten, und da jetzt prinzipiell Chinesen neben den Mandschus in die höchsten Stellungen erhoben werden, ist es wohl sehr möglich, daß die unzweifelhaft vorhandene antidynastische Tendenz der südchinesischen Bewegung, wie schon oft geschehen ist, schließlich in sich zerfällt. Ein ungeheurer wirtschaftlicher Fortschritt würde sich anbahnen, wenn, wie beabsichtigt wird, die Goldvaluta in China eingeführt werden sollte. Der Finanzminister hatte einen dahin zielenden Antrag eingebracht, und die Kaiserin ihn dem Gesamtministerium zur Begutachtung vorgelegt. Dieses Gutachten ist nunmehr veröffentlicht worden. Es empfiehlt, sofort mit dem Prägen von Goldmünzen zu beginnen (zuerst in China) und eine fiktive Goldvaluta einzuführen. Da zunächst die Zahl der Goldmünzen gering sein werde, solle auch Silbergeld mit einer im Verhältnis zum Golde bestimmten Kaufkraft umlaufen und beim Einwechseln von Gold, Silber und Kupfer ein fester Kurs bestimmt werden. Der Finanzminister hatte außerdem vorgeschlagen, den Wechselbuden und Kaufhäusern die Herausgabe eigenen Papiergeldes zu untersagen, aber das wurde für unausführbar erklärt, da gerade dieses Papiergeld allgemeines Vertrauen finde, während die Banknoten des Staates mißtrauisch aufgenommen würden. Aber es wurde als nützlich anerkannt, allmählich das staatliche Papiergeld im Verhältnis zum Goldfond zu vergrößern. Abgelehnt wurde auch das vom Finanzminister vorgeschlagene Verbot der Einfuhr ausländischen Silbergeldes. Nun mag,

wie wir dem „Golos Moskwy" entnehmen, dem diese Notizen aus Peking zugehen, noch geraume Zeit hingehen, ehe es zur wirklichen Einführung einer Goldvaluta kommt, aber wir haben auch hier einen Beweis, mit welcher Konsequenz China bemüht ist, sich den neuen Weltverhältnissen anzupassen, und das verdient gewiß die größte Beachtung. Wie es heißt, soll Professor Jenks aus Amerika nach Peking gerufen werden, um die praktische Ausführung der Reform des Geldwesens zu leiten. Er war bereits vor 3 Jahren in China und hat den Gedanken, die Goldvaluta einzuführen, zuerst angeregt. Den äußeren Anlaß gaben die ungeheuren Kursverluste Chinas, als es die Entschädigungen für die Wirren des Jahres 1900 zahlen mußte.

Während der großen Finanzkrisis in New York und von da aus in den übrigen Zentren der amerikanischen Geldwirtschaft hat Präsident Roosevelt wiederum gezeigt, daß er ein Mann starker Initiative und schnellen Entschlusses ist. Dank seinem Eingreifen kann der Höhepunkt der Krisis bereits als überwunden gelten. Erfreulicherweise haben die europäischen Geldmärkte sich nur wenig von der Panik in Amerika beeinflussen lassen.

Beunruhigung erregen wieder die Balkanangelegenheiten. Trotz der russisch-österreichischen Bemühungen, durch eine wohldurchdachte und mit zäher Geduld verfolgte Reformarbeit in Mazedonien erträgliche Zustände herbeizuführen, scheitert alles an dem tödlichen Haß, mit dem die rivalisierenden Nationen und Konfessionen um Seele und Stammeszugehörigkeit der unglücklichen Mazedonier streiten. Bulgaren, Serben und Griechen hausen gleich barbarisch auf diesem Boden, und es gehört mehr Leichtgläubigkeit, als wir aufbringen können, dazu, um anzunehmen, daß die betreffenden Regierungen wirklich nicht imstande sein sollten zu verhindern, daß bewaffnete Banden ihrer Staatsangehörigkeit ein Nachbarland überfallen und durch Mord und Brand verwüsten. Das sind Erscheinungen, die an Zeiten niedrigster Kulturstadien erinnern und gewiß nicht angetan, die Sympathien der großen Kulturnationen diesen werdenden Staaten zuzuwenden. Weiteren Anlaß zur Beunruhigung geben die serbischen Angelegenheiten, die, wie es scheint, in eine Revolution ausmünden wollen. In betreff der türkisch-persischen Differenzen läßt sich erfreulicherweise annehmen, daß sie zu einem friedlichen Ausgange führen werden. Wie die Ver-

hältnisse liegen, ließe ein persisch-türkischer Krieg sich nur als ein wahnwitziges Unternehmen bezeichnen.

Es ist nicht übertrieben, wenn wir sagen, daß ganz Europa die Nachricht von der Genesung Kaiser Franz Josefs mit aufrichtiger Freude begrüßt hat. Sein Leben hat einen europäischen Wert und wird in der Wagschale des allgemeinen Friedens als ein bedeutsames Gewicht empfunden. Möge es ihm beschieden sein, daß das so mühsam erreichte Werk des Ausgleiches auch in den Parlamenten erfolgreich durchdringt. Was sich jetzt im österreichischen Reichsrat abspielt, ist sehr wenig erquicklich.

Die letzte Woche hat eine Reihe schwerer Naturereignisse gebracht: die Überschwemmungen in Frankreich und Norditalien und jetzt das schreckliche Erdbeben, das Kalabrien verwüstet hat. Wer die Katastrophe überlebt hat, scheint wie gelähmt und gebrochen. Das Gefühl völliger Machtlosigkeit der Gewalt der Elemente gegenüber wirkt offenbar erdrückend auf die Psyche. Glücklich die Regionen, die, wie Deutschland, außerhalb der Zone dieser Erdbebenrevolutionen liegen.

30. Oktober 1907. Meuterei der Marine in Wladiwostok.
31. Oktober. Zunahme des Bandenwesens in Mazedonien.
2. November. Norwegischer Integritätsvertrag von Deutschland, England, Frankreich und Rußland unterzeichnet.
3. November. Annahme der neuen schweizerischen Wehrverfassung durch Volksabstimmung.

---

6. November 1907.

Im Oktoberheft der „Edinbourgh Review" ist ein von „Morning Post" und „Tribune" inhaltlich wiedergegebener und günstig kommentierter Aufsatz veröffentlicht worden, der unseres Wissens zum erstenmal in überaus wohlwollendem Tone die Kulturarbeit darlegt, welche Deutschland durch den Bau der Bagdadbahn in Angriff genommen, und hoffentlich in beschleunigtem Tempo zu glücklichem Abschluß führen wird. Der leider ungenannte Verfasser des sehr umfangreichen Aufsatzes (S. 371—398) muß freilich seinen Lesern eine Reihe von Ausführungen vortragen, die uns selbstverständlich erscheinen, um zum Schluß zu gelangen, daß es kein politisches Verbrechen Deutschlands an England und Frankreich ist, wenn es sich die Aufgabe setzt, den einst reichsten Kulturboden der Erde, der jetzt als unwirtliche Wüste nur spärliche Nomadenhorden ernähren kann, wieder der Kultur zurückzuerobern. Er mußte daran erinnern, daß Deutschland sowohl die Kulturarbeit Englands in Ägypten politisch nach Möglichkeit gefördert hat, als auch die großen Aufgaben, die Frankreich sich bei Erschließung der Sahara setzte, mit seinen Sympathien begleitete und durch seine Forscher mit erschließen half. Weshalb — darin gipfelt die Ausführung der „Edinbourgh Review" — weshalb sollte Deutschland nicht versuchen, Kleinasien und einem Teil von Mesopotamien etwas von ihrem einstigen Wohlstand wiederzugeben?

„Die einzig vernünftige und verständliche Antwort darauf lautet: ja! weshalb nicht? Es mag ja wahr sein, daß mit den kommerziellen und industriellen Unternehmungen Deutschlands sich deutscher Ehrgeiz verbindet. Aber diese Verbindung ist natürlich und berechtigt. Sie

besteht in Englands Beziehungen zu Ägypten und in Frankreichs Beziehungen zu Algier, Tunis und Marokko. Möchten doch unsere Landsleute von diesem Gesichtspunkt aus die Frage der britisch-deutschen Beziehungen betrachten. Dann wird sich ergeben, daß in den Friktionen der letzten Jahre die übermäßige Spannung des Nationalgefühls erbitterte, und — es ist gleichgültig wie — in Chauvinismus ausartete. Wenn die Deutschen, wie ein großer anglo-ägyptischer Wasseringenieur bestätigt, imstande sind, die Kornfelder Babyloniens wieder zum Leben zu erwecken, so werden beide, die Türkei und England, davon Vorteil haben, und sie werden selbst berechtigt sein, davon einigen Nutzen zu ziehen."

So schließt das Resümee der „Morning Post", das wir als besonders charakteristisch wiedergeben.

Wir möchten, ohne jede Polemik, daran noch einige weitere Betrachtungen knüpfen. Der laute Widerspruch, der sich in England erhob, als dort — nicht bei uns — der Gedanke auftauchte, daß die Bagdadbahn in Koweit ausmünden werde, hat gewiß dazu beigetragen, das Interesse unseres Großkapitals an diesem genial gedachten Unternehmen, von dem man wohl sagen darf, daß es der reichen Gedankenwelt unseres Kaisers gehört, zu lähmen. Man ließ sich durch die Gespenster schrecken, die von den fremden Gegnern des Planes aufgerichtet wurden. Trotzdem sind wir keinen Schritt zurückgewichen, und es freut uns, daß der Kulturgedanke, der ihm zugrunde liegt, allmählich auch innerhalb und außerhalb Deutschlands Verständnis findet. Soviel uns bekannt ist, geht der deutsche Plan nicht über Basra hinaus; was an Neben- und Seitenbahnen entstehen mag, wenn das große Werk seine belebende Kraft erwiesen hat, ist eine noch ganz unberührte Frage und hat mit dem deutschen Bagdadbahnprojekt nichts zu schaffen. Ebensowenig steht im Hintergrunde der Gedanke einer deutschen Kolonisation in Kleinasien oder Mesopotamien; vielmehr ist der Ausschluß solcher chimärischen Absichten eine conditio sine qua non für das Gelingen und Gedeihen aller Kulturarbeit auf diesem Boden. Unter einer Bevölkerung von gegen 40 Millionen Mohammedanern, von allen Seiten von ihnen umschlossen und unter allen Umständen in Abhängigkeit von ihnen stehend, lassen sich Elemente fremder Nationalität und anderen Glaubens als dauernde Siedelungen oder Kolonien nicht behaupten, ja nicht einmal denken. Das Interesse ist ein rein kulturelles, dessen Lohn im Erfolge

der Arbeit liegt, die naturgemäß dem, der sie leistet, ihre Früchte nicht versagt.

Wir haben ein Beispiel im kleinen an der Hedjasbahn, über die wir gerade jetzt in der in Brüssel erscheinenden Zeitschrift „L'Orient" einen lehrreichen Aufsatz gefunden haben. Die Bahn ist, seit wir im vorigen Jahre (Deutschland und die große Politik 1906, S. 390) von ihr berichteten, bis nach El Ala vorgerückt, und jedermann bei uns wie in der Türkei weiß ja, wie groß die Verdienste sind, welche unser Landsmann Auler Pascha sich durch seine Energie und Sachkunde um den Bau erworben hat. Ein türkischer Reisender, der kürzlich die Tour von Damaskus bis El Ala zurücklegte, schildert uns, wie mit der Bahn hier Leben und Kultur in die Wüste eindringen. Maan ist zu einer Stadt herangewachsen, bei Zalel-Hatz und weiter südlich bei Medaini-Salih (Kil. 954, Jan. 1906 war man bei Kil. 750) sind Wasserwerke angelegt worden und überall sprießt neues Leben empor. Zugleich erschließt sich eine untergegangene Welt: Höhlenanlagen voller Skulpturen und Inschriften in einer nicht hieroglyphischen Linearschrift, wahrscheinlich alte Grabstätten, die noch zu erforschen sind. In El Ala mit seinen etwa 3000 Bewohnern „qui sont tous pieux et savent lire et écrire" ist bereits fruchtbarer, ausreichend bewässerter Boden erreicht, aber gewiß wird auch dieser Ort erst jetzt zu wirklicher Blüte erstehen. Ebenso ist Englisch-Südafrika erst durch Eisenbahnen der Kultur erobert worden, und ähnlichen Aufgaben stehen wir heute in Südwestafrika gegenüber. Endlich ist eben jetzt von russischer Seite her der Gedanke wieder aufgenommen worden, den Überlandweg nach Indien herzustellen. Das Projekt geht auf den russischen Gesandten in China P. M. Lessar zurück, der von Fach Ingenieur ist und auch an der berühmten Grenzrichtung von 1885 beteiligt war, die die russisch-afghanischen Differenzen regelte. Diese Linie ist so gedacht: von London über Berlin nach Alexandrowo, 1487 km in 28 Stunden, von dort über Warschau—Rostow nach Baku, 3149 km in 63 Stunden, von Baku nach Krasnowodsk über das Kaspische Meer, 12 bzw. 15 Stunden, Krasnowodsk—Merw—Kuschka—New-Chaman, 1842 km oder 48 Stunden, bis Suchowa, 470 km in 12 Stunden, endlich 300 km nach Karatschi in 7 Stunden. Die verschiedene Schnelligkeit der Züge ist dabei mit in Anschlag gebracht. In Summa gibt das 7568 km, die in 174 Stunden oder $7\frac{1}{2}$ Tagen zurückgelegt werden können. Das Wesentliche aber ist, daß nur 700 km neu zu bauen wären,

da von russischer wie von englischer Seite die bereits vorhandenen Bahnen einander entgegenstreben. Natürlich wäre die Ausführung dieses Planes in hohem Grade willkommen zu heißen. Wir verstehen nur nicht, weshalb die „Nowoje Wremja", die lebhaft für die Ausführung des Projektes plädiert, es für notwendig gefunden hat, um den Gedanken in London schmackhafter zu machen, die Bemerkung einzuschieben, daß die von Deutschland in Angriff genommene Bagdadbahn „eine Bedrohung der wesentlichsten Lebensinteressen Englands" bedeute. Derartige Argumentationen lassen sich kurzweg als unanständig bezeichnen, ganz abgesehen davon, daß der Gedanke, aus der Bagdadbahn eine indisch-englische Überlandbahn zu machen, überhaupt nicht bestanden hat. Gegen derartige Hetzereien kann nicht ernst genug protestiert werden, es ist im Felde der auswärtigen Politik dieselbe Methode der nationalen Verhetzung, welche zum Schaden Rußlands die „Nowoje Wremja" durch Jahrzehnte im Innern des Reiches verfolgt hat.

Im inneren Leben Englands haben die letzten Wochen eine Reihe interessanter Tatsachen gebracht. Der Premierminister Campbell-Bannerman hat in Edinburg auf einem Meeting die Erklärung abgegeben, daß er fest entschlossen sei in betreff des Hauses der Lords die Resolution vom 11. Juni 1907 auszuführen. Sie bezwecke, dem Unterhause die Möglichkeit zu geben, die ihm wünschenswerten Gesetze auch gegen den Willen des Hauses der Lords durchzuführen. Dafür ist dann der folgende modus procedendi in Aussicht genommen. Eine von dem Hause der commons angenommene, vom Hause der Lords verworfene Bill soll einer gemischten Kommission von Lords und Gemeinen überwiesen werden, damit sie sich über einen, beiden Teilen annehmbaren Text verständigen. Geschieht das, so wird der aus der gemeinsamen Beratung hervorgehende Text dem Könige zur Bestätigung vorgelegt, anderenfalls aber geht die Bill an das Unterhaus zurück, um dort in beschleunigtem Tempo nochmals durchberaten zu werden. Lehnen die Lords zum zweiten Male ab, so tritt eine zweite gemischte Kommission zusammen, aus der, im Fall daß abermals keine Verständigung erfolgt, die Bill wieder ins Unterhaus gelangt, dessen Votum der König dann bestätigt.

Das klingt maßvoller als es in Wirklichkeit der Fall ist, weil das Votum des Unterhauses dem regierenden Kabinett stets sicher ist, und

jene Beratungen mit den Lords wohl nur einer Aufforderung zum Nachgeben gleich kommen. Es ist ein Schauspiel, das dem Lande gegeben wird. Aber trotz der diktatorischen Gewalt, die dem Primeminister gehört, glauben wir doch nicht, daß diese Frage ihre Entscheidung finden kann, ohne daß durch Neuwahlen ein Referendum vorgenommen wird. Denn die Wählerschaft, nicht mehr das Unterhaus, gibt die letzte Entscheidung. Das ist die merkwürdige Wandlung, die sich im englischen Verfassungsleben während des letzten Jahrzehnts vollzogen hat.

Eine andere interessante Tatsache, die übrigens keinen spezifisch englischen Charakter trägt, sondern sich z. B. auch in Frankreich verfolgen läßt, ist die Rüstung der gesamten bürgerlichen Gesellschaft und des Staates gegen das immer anspruchsvoller und gefährlicher werdende Treiben der Sozialisten. Bei der Besetzung des ausscheidenden Drittels der Munizipalbeamten haben am 2. November die Sozialisten in 360 Städten und Ortschaften eine völlige Niederlage erlitten. Sie sind fortgefegt worden. Am meisten gewonnen haben die Konservativen, was gleichfalls als Symptom von Bedeutung ist. Wenn nun, wie jetzt immer wahrscheinlicher wird, der große Ausstand der englischen Eisenbahner wirklich erfolgen und das gesamte Verkehrsleben Englands lahm gelegt werden sollte, läßt sich wohl darauf rechnen, daß die energische Selbsthilfe der Engländer zu Maßregeln führen wird, die dem unerträglich gewordenen, alle Rücksichten auf die Gesamtheit und auf den Staat hintansetzenden Treiben der Sozialdemokraten ein für allemal ein Ende bereiten. Auch das wäre eine Leistung, die nicht nur England, sondern überhaupt der menschlichen Kultur zugute käme, und von der es dann heißen würde, daß das gute Beispiel Nachahmer wirbt.

Sehr merkwürdig ist der Eifer, mit dem sich das Interesse der Engländer der Frage des Kongostaates zuwendet. Es finden fast täglich große Meetings statt, die gegen die belgischen „Atrocities" im Kongogebiet protestieren. In Jarmouth am 28. Oktober, in Uttoxeter am 30., in Strond am 4. November, in Berwik oder Tweed am 6., das ist so das Programm der letzten Woche. Es sind aber noch sechs weitere Meetings in Aussicht genommen. In Northhampton allein haben in den letzten 14 Monaten 29 solcher Meetings stattgefunden. Diese Protestbewegung, die zum Teil von den zahlreichen protestantischen Sekten Englands ausgeht, aber auch eine politische Seite hat, übertreibt die im Kongo bestehende Ausbeutung der Schwarzen so sichtlich, daß die

Tendenz sich nicht verkennen läßt. Die Bewegung begann schon 1903 und mündete 1905 in die immer deutlicher hervortretende Forderung aus, daß England den Kongostaat annektieren soll. So verlangte es z. B. die Wochenschrift „Afrika" (konf. Deutschland und die große Politik 1905, S. 202). Eine andere, nicht englische Protestbewegung, die zum Teil in Belgien selbst ihren Sitz hat und dem Könige entschieden feindselig gestimmt ist, wünscht, daß die ganze Kongofrage nochmals den Unterzeichnern der Berliner Kongoakte vorgelegt werde. Der „Courrier Européen", dessen radikale Weltanschauung uns sehr fern liegt, dessen ernste politische Arbeit und dessen Unabhängigkeit wir aber sehr hoch einschätzen, hat sich noch kürzlich zu dieser Forderung bekannt. Aber es ist uns sehr zweifelhaft, ob er damit in England Anklang finden wird.

Die Nachricht, die wir vor acht Tagen über angebliche Verhandlungen Frankreichs und Rußlands brachten, nach denen von dem einen Teil eine Anleihe verlangt, von dem anderen als Gegenleistung eine Verstärkung der russischen Truppenmacht an den preußischen Grenzen gefordert wurde, ist merkwürdigerweise von der „Sun" in einer Londoner Korrespondenz vom 21. Oktober in erweiterter Form aus anderer Quelle wiederholt worden. Clemenceau habe erklärt, er werde die Anleihe nicht gewähren, falls nicht die Bedingungen, unter welchen von russischer Seite militärische Hilfe zu erwarten sei, zu seiner Befriedigung festgestellt würden („unless the conditions under which military aid would be forthcoming from Russia should be defined to his satisfaction"). Inzwischen sei aus Petersburg eine befriedigende Antwort gekommen, und danach habe der französische Ministerpräsident seinen Widerspruch zurückgezogen.

Obgleich der alarmistische Ton dieser Mitteilung wohl auf Rechnung der „Sun" zu setzen ist, wäre eine Aufklärung entschieden erwünscht. Zur Sache aber bemerken wir, daß seit der bekannten Erklärung des Fürsten Bismarck vom 6. Februar 1888 Deutschland sich auf den Standpunkt gestellt hat, daß es wegen Truppenanhäufungen an seinen Grenzen „nicht koramiert", daß es aber auch heute noch denkt, daß „Gott uns in eine Situation gesetzt hat, in welcher wir durch unsere Nachbarn daran verhindert werden, irgendwie in Trägheit oder Versumpfung zu geraten". Im übrigen gönnen wir Frankreich das bei einer russischen Anleihe zu machende gute Geschäft und unserem russischen Nachbarn die Mittel,

die er so dringend braucht, um wieder aufzurichten, was Krieg und Revolution niedergelegt haben.

Die Zusammensetzung der neuen Duma läßt sich jetzt bereits mit voller Sicherheit übersehen. Der „Golos Moskwy" vom letzten Sonnabend berechnet die Verteilung der Parteien wie folgt:

Äußerste Rechte	66	Linke	69
Rechte	97	Äußerste Linke	27
Zentrum	129		
Rechte und Zentrum	292	Linke	96

Wir stellen dem die Berechnung des „Temps" vom Montag gegenüber (seither waren sieben weitere Wahlen erfolgt), weil er anders gruppiert und dadurch das Bild an Anschaulichkeit gewinnt:

Monarchisten, Rechtskonservative, Reaktionäre	189
Oktobristen, friedliche Erneuerung, Gemäßigte	117
Nationalisten und Progressisten	20
Kadetten	33
Radikale, Arbeiterpartei, Sozialisten	34
Unabhängige	2
Summa	395

Es fehlen noch die Wahlen von 47 Abgeordneten, aber sie können das Gesamtverhältnis nur wenig verschieben. Das wesentliche Ergebnis ist demnach, daß es keine Kombination in der dritten Duma gibt, bei der die Linke durchdringen kann. Der „Golos Moskwy" rechnet die Monarchisten zum Zentrum, die Nationalisten und Progressisten zur Linken und das wird der Wirklichkeit entsprechen. Es würde die Kombination der Rechten mit dem Zentrum die absolute Majorität haben, selbst wenn ein unnatürliches Bündnis zwischen äußerster Rechten und Linken stattfinden sollte. Sagen, wie wir hoffen und wie ein praktischer Blick in die politische Lage es zu einem Gebot der Klugheit machen sollte, die Kadetten sich gleich anfangs von den revolutionären Elementen los, indem sie sich offen gegen jede Form des Terror aussprechen, so würde die der extremen Rechten und ihren möglichen Verbündeten gegenüberstehende konstitutionell monarchische Majorität die unbedingte Herrschaft in der Duma ausüben können und eine Zeit fruchtbarer Arbeit in Sicht sein. Eine andere Voraussetzung wäre natürlich die Verständigung mit dem Ministerpräsidenten Stolypin. Darauf aber

läßt sich wohl nach den großen Verdiensten, die er sich bereits um Rußland erworben hat, mit Zuversicht rechnen.

Das Mißtrauen, welches von vielen Seiten der äußersten Rechten entgegengetragen wird, halten wir für sehr übertrieben. Sie wäre eine Gefahr, wenn sie die Partei der Majorität wäre; da das nicht der Fall ist, wird sie eher Nutzen als Schaden bringen. Es wäre ja ein Wunder, wenn nach allem, was geschehen ist, in Rußland eine große Zahl guter Patrioten nicht reaktionär gesinnt wäre: lieber die Rückkehr zur Vergangenheit mit all ihren Schäden, als ein Fortdauern der unleidlich gewordenen Zustände, die die letzten zwei Jahre gebracht haben! Das ist keineswegs eine unnatürliche Empfindung; es war in den Tagen der großen französischen Revolution eine Gesinnung, die in Kreisen lebendig war, die keineswegs zu den Anhängern des ancien régime gehörten. Diese Rückkehr zum Alten ist aber zum Glück nicht mehr möglich. Der Zar selbst hat sich von ihm losgesagt, der Ministerpräsident steht durchaus auf dem Boden der Verfassung vom 30. Oktober, und ein Zugeständnis von solcher Tragweite, wenn es einmal gewährt ist, läßt sich wohl nach Bedürfnis ummodeln, aber nicht zurücknehmen. Das würde eine neue Revolution bedeuten. Daran also, so scheint es uns, ist nicht zu denken. Wohl aber wird diese äußerste Rechte stark genug sein, um ein Gegengewicht gegen Sentimentalität und politische Schwäche da zu bilden, wo der Einsicht der Regierung diese Modekrankheiten entgegentreten. Wir denken dabei vor allem an die so stürmisch von den Linksliberalen und den Revolutionären verlangte Aufhebung des Belagerungszustandes. In den baltischen Provinzen, deren Verhältnisse sich von hier aus am besten übersehen lassen, wäre das gleichbedeutend mit einem Signal, das zur Wiederaufnahme der Revolution auffordert. Noch gärt es überall, und die sozialrevolutionären Kampfkomitees sind dort ebensowenig verschwunden wie in Petersburg, wo die Ermordung des Chefs der Hauptgefängnisverwaltung Maximowski durch die „Genossin" Wanda Ragosinnikowa die öffentliche Meinung aus der trügerischen Sicherheit aufgeschreckt hat, in der sie sich bereits zu wiegen begann. Der sich eben jetzt abspielende Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre, welche das Gebäude der Ochrana in Petersburg im vorigen Jahre in die Luft sprengen wollten, der Versuch eines neuen Bombenattentates bei der Bestattung von Maximowski, die Meuterei in Wladiwostok, das alles sind Mahnungen, die doch nicht überhört werden dürfen.

Wenn nach dieser Richtung die äußerste Rechte der Duma das Gewissen schärfen sollte, würde sie Rußland einen wesentlichen Dienst leisten. Gegen Ermordung und Beraubung von Privatpersonen ist man ja in Rußland so abgestumpft, daß, wie uns glaubwürdig versichert wird, die Berichte der Zeitungen über diese Alltäglichkeiten keinerlei Eindruck mehr machen.

Die Gefahr vor der äußersten Rechten liegt, wenn wir richtig sehen, nach einer anderen Seite. Es ist die Gefahr nationalistischer Russifikations- und Verfolgungspolitik, wie die „Nowoje Wremja" sie Tag für Tag predigt, obgleich sie keineswegs zur äußersten Rechten gehört, die aber unter dem schlecht verstandenen Schlagwort: Rußland für die Russen, ihre Anhänger in fast allen Parteien hat und nur der Führer harrt. Dies ist der Punkt, bei dem rechts und links sich zu gemeinsamer Aktion zusammenfinden können, und wo es die Pflicht vor allem der Regierung sein wird, sich nicht auf verhängnisvolle Bahnen leiten zu lassen. Übrigens wollen wir nicht unterlassen, auch auf eine erfreuliche Erscheinung hinzuweisen. In Moskau wollten die Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre die Erinnerung an den Aufstand vom 20. Oktober bis 2. November 1905 durch einen Lernstreik von zwei Tagen feiern. Sie sind aber von den übrigen Studenten mit ihren Anträgen abgewiesen worden, und als sie den Versuch machten, die Vorlesungen zu stören, haben ihre Kameraden sie sehr energisch aus den Räumen der Universität auf die Straße gesetzt. Überhaupt beginnt die studierende Jugend sich dem Terrorismus zu entziehen, den die „bewußten Sozialisten" unter ihren Kommilitonen bisher ausübten; und wenn es wahr ist, daß in Rußland die Studenten gleichsam das politische Barometer der Nation darstellen, läßt sich auf besseres Wetter hoffen.

In Italien beginnt sich ein Sturm gegen das Ministerium Tittoni wegen seiner klerikalen Politik zusammenzuziehen, und es gilt für wahrscheinlich, daß eine Kammerauflösung ihm seine Majorität entziehen werde. Trotzdem scheint König Viktor Emanuel entschlossen, ihn zu halten, und es ist immerhin möglich, daß die Krisis noch vorüberzieht.

In Portugal dagegen rückt die Gefahr einer Revolution immer näher heran, sie könnte unvermeidlich werden, wenn der König sich nicht entschließt, das Ministerium Franco fallen zu lassen und zu legalen Zuständen zurückzukehren. Sehr ähnlich liegen die Dinge in Serbien, nur daß dort die Bewegung noch mehr einen antidynastischen Charakter anzunehmen droht.

Die persisch-türkischen Interessen dürften, nachdem beide Teile ihre Kommissare an die strittigen Grenzen geschickt haben, einen friedlichen Ausgang nehmen, was gewiß dem beiderseitigen Interesse zumeist entspricht. Die marokkanischen Angelegenheiten sind nach wie vor durchaus unklar und ihre Wendung nicht vorauszusehen. Doch wollen wir notieren, daß der „Temps" sich kürzlich mit großer Bestimmtheit für seine Politik ausgesprochen hat, die fest auf dem Boden der Vereinbarungen von Algeciras bleiben will.

Kaiser Franz Josef ist zu allgemeiner Freude nunmehr völlig genesen und wird wohl die immer noch schwierige Frage des Ausgleichs in seine Hände nehmen. In betreff der inneren österreichischen Angelegenheiten sei auf einen sehr interessanten Aufsatz von Prof. Hans Delbrück in den „Preußischen Jahrbüchern" hingewiesen, dem wir uns in fast allen Punkten anschließen könnten. Nur scheint uns, daß er die Siebenbürger Sachsen zu hart anfaßt, wenn wir auch nicht verkennen, daß es ihnen gut tut, aus einem politischen Schlummer aufgeschreckt zu werden, der in kritischen Zeiten, wie es die jetzigen sind, gefährlich werden kann.

8. November 1907. Kaiser Wilhelm tritt seine Reise nach England an.
Rückkehr des Staatssekretärs Dernburg nach Berlin.
Geburt eines zweiten Sohnes des Kronprinzen.
Umgestaltung des Ministeriums Beck in Österreich.
10. November. Deutsch-italienisches literarisches Abkommen.
13. November. Einzug des Kaisers und der Kaiserin in London.

---

13. November 1907.

Daß die Deutschen New Yorks (American-German Society) sich dazu hergegeben haben, Hearst bei seiner Kandidatur zu unterstützen, läßt sich nicht nur als ein politischer Fehler, sondern auch als eine moralische Verirrung bezeichnen. Es gibt Leute, denen man nicht die Hand reicht, wenn man etwas auf sich hält, und zu diesen gehört Mr. Hearst. Wir haben ihn schon im vorigen Jahre, als er um den Gouverneursposten von New York kandidierte, zur Genüge charakterisiert. Er ist der König der gelben Presse, dem neun Tagesblätter und die Wochenschrift „Cosmopolitan" gehören, ein rücksichtsloser und vorurteilsloser Demagoge, der auf die schlechten wie auf die guten Instinkte der Massen spekuliert. Es ist jetzt ziemlich genau ein Jahr, seit seine erste Kandidatur zu Fall kam, und seither hat er sich keineswegs zu seinem Vorteil geändert. Früher gehörte er zu den Propheten der „deutschen Gefahr", heute predigt er von der Perfidie Englands. Ein Brief, den er an die „Times" am 2. November kabelte, kann als Musterbeispiel des unerhörten Tones dienen, in dem er seine Polemik führt. Auch er ist ein „Brigand de plume", wie der „Messidor" jüngst Herrn Brand und seine Freunde benannte, nur in größerem Maßstabe und mit reicheren Mitteln. Unter diesen Umständen kann man sich sogar über den Sieg von Tammany Hall freuen. Es ist von zwei Übeln das geringere. Übrigens halten wir es für falsch, wenn die „Westminster Gazette" aus den Siegen, welche die Demokraten errungen haben, auf ein Erlöschen des Sterns von Roosevelt schließt. Das ist keineswegs der Fall; vielmehr liegen die Dinge so, daß es einen ernst zu nehmenden Gegenkandidaten gegen eine dritte — oder, genauer gesagt, gegen eine zweite Wiederwahl des

Präsidenten nicht gibt. Bryan hat keine Aussichten, man findet selbst in den demokratischen Kreisen, daß er trotz seiner Jahre und seiner Lebenserfahrung ein Phantast geblieben sei; gegen Mr. Taft, den der Präsident auf jede Weise gefördert hat, sträubt sich ein eigentümlich widerspruchsvolles Selbständigkeitsgefühl der amerikanischen Wähler, die prinzipiell einen Einfluß des Präsidenten auf die Wahl seines Nachfolgers ablehnen. Es würde ihnen weniger widerstreben, den Präsidenten nochmals auf den Schild zu heben. Nun wendet man freilich ein, daß Roosevelt durch seine Politik gegen die Trusts eine Wiederwahl verspielt habe. Aber abgesehen davon, daß ums Jahr die Nachwirkung der Geldkrisis längst überwunden sein wird, welche Amerika jetzt durchmacht und die wohl sicher mit der Bekämpfung der Trusts in Zusammenhang steht, kann es als sicher gelten, daß gerade die Rücksichtslosigkeit seines Vorgehens die Sympathien noch gesteigert hat, die von der großen Überzahl des amerikanischen Volkes dem Präsidenten entgegengetragen werden. Auch kann ja niemand, der nicht auf die Trusts eingeschworen ist oder direkt zur Liga der Milliardäre gehört, bestreiten, daß es wirklich himmelschreiende Schäden sind, an deren Beseitigung der Präsident seine Energie gesetzt hat. Daß aber beim Hobeln Späne fallen, gehört nun einmal zu den natürlichen Notwendigkeiten.

Um jedoch auf die Piraten von der Feder zurückzukommen, sei darauf hingewiesen, daß, nachdem der ersten Schadenfreude über die „Scandals de Berlin" breiter Raum gegeben war, auch im Auslande wie bei uns ein radikaler Umschwung der öffentlichen Meinung stattgefunden hat. Nirgends in aller Welt wird noch für die Herren Harden und Brand eingetreten; das gesunde Gefühl wendet sich, gottlob, schließlich vom Sykophanten ebenso ab wie vom Verräter. Weniger klar liegt es leider mit der Stellungnahme der öffentlichen Meinung zum politischen Sykophantentum, das in geschickter Benutzung nationaler Vorurteile und Sorgen Zwiespalt säet und Situationen schaffen kann, die schließlich keinen anderen Ausgang übrig lassen als den gewaltsamer Abrechnung. Uns liegen heute zwei solcher Machwerke vor, ein Buch von Rawland Thirmerle: Der Zusammenprall der Weltmächte (the Clash of Empires) und ein Artikel des Militärkorrespondenten der „Times", der in der „National Review" eben jetzt, im Novemberheft, veröffentlicht worden ist, wohl als Protest der Unversöhnlichen um Herrn Maxse gegen den sympathischen Empfang, auf den Kaiser Wilhelm

ohne Zweifel in England rechnen kann. Beide, das Buch und die Korrespondenz, gipfeln in dem Rat, nun nicht länger zu zögern und über die deutsche Flotte herzufallen, ehe sie so mächtig wird, um die von Deutschland geplante Invasion in England ausführen zu können. Wir wollen unseren Lesern die Kette von Trugschlüssen und bewußten Unwahrheiten ersparen, mit denen beide Autoren auf ihr Publikum einzuwirken suchen. Der Hinweis auf die Tatsache mag genügen. Wir denken, daß den Engländern ihr gesunder Verstand die Frage nahelegen wird, was denn Deutschland, wenn es den wahnsinnigen Einfall hätte, England überfallen zu wollen, selbst für den Fall eines Gelingens der Invasion zu gewinnen hätte? Wir wissen keine Antwort darauf, denn daß es das Ziel unserer Politik sein könnte, Kulturwerke zu zerstören, und um diesem Barbarenwerk zu willfahren, unsere nationale und wirtschaftliche Existenz den allergrößten Gefahren auszusetzen, das wird doch ein einigermaßen gesunder Verstand nicht annehmen wollen.

Admiral Fisher hat, offenbar in Hinblick auf die oben charakterisierten Taktlosigkeiten, am 9. November auf einem Bankett zu Ehren des neuen Lordmayors von London, Sir John Charles Bell, in Guildhall das Hirngespinst der drohenden deutschen Invasion lächerlich gemacht. Es sei, als wolle man ankündigen, daß nächstens die St. Paulskathedrale auf einem Postdampfer verladen werden solle! Solches Geschwätz sei töricht und schädlich. Er schloß, indem er seiner Freude darüber Ausdruck gab, daß in Kaiser Wilhelm ein Admiral der englischen Flotte seinen Einzug in England halten werde.

Wir dürfen wohl darauf rechnen, daß bei dem nicht durch die „Times" und ihre Dependenzen politisch vergifteten Teil der Nation diese Gedanken allmählich Wurzel schlagen werden. Sie sind ein Ausdruck des schließlich doch siegreichen common sense des Volkes.

Vom praktischsten Verstand der Engländer haben wir aber eben jetzt ein glänzendes Beispiel an dem Geschick gehabt, mit dem der drohende Ausstand der Eisenbahner zu allseitiger Zufriedenheit beseitigt und das Fundament zu einem System von Schiedsgerichten gelegt worden ist, das einerseits den berechtigten Beschwerden der Arbeiter genug zu tun geeignet ist, andererseits die Aussicht bietet, die Tyrannei zu brechen, welche die organisierten Arbeiter in England auf ihre nichtorganisierten Kameraden ebenso ausüben, wie es bei uns durch die sozialdemokratische Organisation geschieht. Daß dieser Ausgleich zustande kam, ist das

Verdienst von Mr. Lloyd George, der es verstanden hat, im letzten Augenblick die Gegensätze abzustumpfen, ohne den berechtigten Interessen des einen wie des anderen Teiles zu nahe zu treten. Vielmehr läßt sich darauf rechnen, daß die Arbeiterfrage in England fortan in Bahnen gelenkt wird, die sie von den Utopien und der demoralisierenden Agitation der sozialdemokratischen Doktrin weg zu einer gesunden Entwicklung führt. Das Wesentliche ist wohl, daß prinzipiell der Begriff des unversöhnlichen Gegensatzes zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, also die Lehre vom Klassenkampf, aufgegeben wird und Differenzen stets durch ein Zusammenwirken beider Interessengruppen endgültig entschieden werden. Man kann nur wünschen, daß eine analoge Entwicklung sich bei uns vollzieht.

Das lange angekündigte Gelbbuch, das Herr Pichon über die marokkanische Angelegenheit veröffentlicht hat, liegt uns nur in den allerdings sehr reichen Auszügen der französischen Zeitungen vor. Wir können nicht sagen, daß wir etwas Neues daraus gelernt hätten. Es bestätigt, daß Frankreich bemüht gewesen ist, sich gewissenhaft an die Vereinbarungen von Algeciras zu halten und daß alle Mächte ohne Ausnahme, wenn auch in gewissen Nuancen, die leicht zu erkennen sind, sich auf dem gleichen Boden behaupten. Was wir vermissen, ist eine Aufklärung über die Notwendigkeit, die Okkupation von Casablanca so auszuführen, wie es geschehen ist. Die Ausschiffung einer größeren Truppenmacht hätte aller Wahrscheinlichkeit nach ein Bombardement der Stadt unnötig gemacht, und damit wären Schädigungen vermieden worden, die nicht nur die Eingeborenen, sondern auch die europäische Kolonie sehr empfindlich getroffen haben. So wenigstens stellt sich uns das Bild dar, und wenn es falsch sein sollte, hätte das Gelbbuch dazu dienen können, diese sehr weit verbreitete Auffassung zu widerlegen.

Aber wir glauben überhaupt nicht, daß das Gelbbuch im Hinblick auf das Ausland veröffentlicht worden ist. Augenscheinlich ist es vornehmlich bestimmt, auf das Urteil der Franzosen einzuwirken und sie davon zu überzeugen, daß die Politik des Ministeriums keine Politik der Abenteuer ist und Frankreich nicht, wie viele fürchten, in unabsehbare Verwicklungen hineinnötigen wird.

Es hat uns interessiert, wie die „Westminster Gazette", die, wie sich von selbst versteht, der französischen Politik freundliche Worte widmet, ihr Schlußurteil formuliert:

„In dem Urteil über Marokko" — so schreibt sie — „macht sich eine gewisse Enttäuschung bemerklich. Vor vier Jahren sprach man davon, als sei es eine Beute, die jeder europäischen Macht von ausreichender Unternehmungslust zufallen müsse. Marokko war das gelobte Land, die große Kornkammer der Zukunft, die augenblicklich von entnervten und unkriegerischen Stämmen besetzt sei, und nur darauf warte, daß weiße Männer, die auf der Höhe der Kultur stehen, in das Land einrücken und es sich zu eigen machen. Heute spricht man ziemlich allgemein von dem „Wespennest", und jedermann verwahrt sich dagegen, daß er mehr tun wolle, als einen Stock in die Öffnung des Nestes zu stecken, was übrigens auch ein etwas bedenkliches Unternehmen ist. Wir erinnern uns der Zeit, da in Ostafrika Uganda ein ähnliches Streitobjekt war. Erst nannte man Uganda den „Garten von Afrika", dann aber sank es so sehr in der allgemeinen Schätzung, daß man vom „Bärenzwinger" (bear garden) sprach. „Wespennest" und „Bärenzwinger" werden wahrscheinlich bei der öffentlichen Meinung im Wert steigen, wenn man sie vernünftig behandelt und den Empfindungen der Einwohner die Rücksicht schenkt, auf die sie Anspruch haben. Im Augenblick aber wird die Eifersucht der europäischen Mächte durch die Entdeckung gemildert, daß es nicht ein Gewinn, sondern eine Last für diejenige Macht ist, die durch ihre besondere Lage genötigt ist, das Problem ernst zu nehmen. Dieser Schluß wird sehr deutlich durch die jüngsten militärischen Erfahrungen bestätigt. Sie lehren, daß die Eroberung oder was man Pazifikation großer Landstrecken nennt, auch für die stärkste Militärmacht ungeheuere Kosten und Schwierigkeiten mit sich bringt, wenn die Eingeborenen dem Unternehmen nicht freundlich gegenüberstehen."

Es ist wohl das erstemal, daß dieser Ton von englischer Seite her angeschlagen wird, und gewiß verdient er volle Beachtung. Wir haben schon im April 1904 auf die heute zur Wirklichkeit gewordenen Schwierigkeiten hingewiesen. Marokko, sagten wir damals, ist ein Land von gegen $^1/_2$ Million Quadratkilometer mit etwa 8 Millionen der meist fanatisierten Anhänger des Islam, deren Unterwerfung auch dann noch außerordentlich schwierig bleibt, wenn, wie im Plan der französischen Regierung zu liegen scheint, der Sultan durch pekuniäre Gefälligkeiten verpflichtet und zum Werkzeug der Unterjochung seiner eigenen Untertanen gemacht werden soll, um sie zunächst unter seine Obedienz, dann

aber unter die französische Schutzherrschaft zu bringen. So ungefähr hat sich praktisch die Lage gestaltet, nur ist sie noch verwickelter geworden durch die Rivalität der beiden Sultane, und es liegt nicht in der Hand Frankreichs und auch nicht in der irgend einer anderen Macht, endgültig darüber zu entscheiden, welchem von beiden der Erfolg gehören wird. Die Macht von Abd el Aziz reicht wenig weiter als die Schußweite der französischen Kanonen in den marokkanischen Häfen, und wenn es ihm gelingen sollte, Mulay Hafid zum Gehorsam zu führen oder zu unterwerfen, bürgt nichts dafür, daß nicht über Nacht ein neuer Prätendent ersteht, dem das Glück günstiger ist. Eine Beruhigung ist nicht eher zu erwarten, als bis die Marokkaner sich davon überzeugt haben, daß man in der Tat von ihnen nichts anderes haben will als Erschließung ihres Landes, und daß jeder Gedanke aufgegeben ist, an ihrer politischen und territorialen Unabhängigkeit zu rütteln. Das offizielle Frankreich hat sich jetzt auf diesen Boden gestellt, es kann wohl als sicher gelten, daß Herr Pichon die marokkanische Frage nicht mit der Brille des Herrn Delcassé betrachtet.

Der „Courrier des Balkans", der in Bukarest erscheint und sich Organ der rumänischen Interessen in der Türkei nennt, gibt einen Artikel der „Hamburger Nachrichten" wieder, der über eine Unterredung Herrn Bratters mit König Karl von Rumänien eingehende Auskunft gibt. Da diese Unterredung zur Aufklärung über wesentliche Punkte der Balkanpolitik erheblich beiträgt, wird es von Interesse sein, die entscheidenden Äußerungen des Königs kurz wiederzugeben.

Der König hob zunächst hervor, daß er mit den Ministern von Österreich-Ungarn und Rußland, Baron Aerenthal und Herrn v. Iswolski sich in betreff der Balkanpolitik in vollem Einvernehmen befinde. Die Aufrechterhaltung des politischen status quo sei eine absolute Notwendigkeit, und er, der König, habe sich bemüht, auch den Fürsten Ferdinand für diese Auffassung zu gewinnen. Das russische Kabinett unterstütze die großbulgarischen Bestrebungen nicht, und es sei absurd, dem Großfürsten Wladimir eine andere Haltung zuzuschreiben. Rußland und Österreich-Ungarn würden vielmehr mit größter Energie jedem Versuch entgegentreten, die Ruhe auf der Balkanhalbinsel zu stören. Daß Rußland seine traditionelle Balkanpolitik aufgegeben habe, wolle er nicht mit Bestimmtheit behaupten, jedenfalls aber würden Jahre hingehen, ehe Rußland zu einer aktiven Politik schreite. Auch

liege es nicht so, daß Rußland, um zum offenen Meer zu gelangen, sich Konstantinopels bemächtigen müsse. Es gebe andere Wege, um dies Ziel zu erreichen, und Rußland, das sie kenne, werde sie vorziehen. Was aber die Rumänen in Mazedonien betreffe, so seien sie ein durchaus friedliches Element. Das wisse auch der Sultan, der deshalb seit einiger Zeit den Kuzzowalachen sein Wohlwollen zeige, und ebenso dächten Hilmi Pascha, der Generalinspektor der mazedonischen Provinzen und der Großvezier Ferid Pascha. Der König würde den Rumänen in Mazedonien sofort sein Interesse entziehen, wenn sie an dem Bandenwesen teilnehmen sollten.

Daß die griechischen Banden nicht mit größerer Energie niedergehalten werden, liege wohl daran, daß die Türkei die Griechen fürchte. Sie seien in allen großen Städten zahlreich vertreten und verfügten über reiche Mittel. Dann hätten sie eine mächtige Stütze am ökumenischen Patriarchen, der sich mit der griechischen Nationalidee identifiziere und dessen Geistlichkeit die Unruhen in Mazedonien schüre. Es sei nicht daran zu denken, daß es in Mazedonien besser werde, so lange diesem Treiben nicht ein Ende gemacht werde. Aber Griechenland treibe eine kurzsichtige Politik und werde schließlich die Sympathien aller Mächte verlieren. Eine gesunde Politik sollte Griechenland dahin führen, Hand in Hand mit Rumänien zu gehen, statt Konflikte zu suchen. Beide Staaten hätten mit einer slavischen Gefahr zu rechnen. Diese letztere Bemerkung wurde jedoch nicht vom König, sondern von Herrn Bratter gemacht. Der König — referiert Bratter — nickte mit dem Kopfe und bemerkte: „Gewiß, ich habe erst kürzlich in Wien darauf hingewiesen."

Das Interessanteste an diesem Gespräch — das uns nachträglich im Wortlaut der Hamburger Nachrichten zugegangen ist — ist wohl die bestimmte Erklärung, daß keinerlei russisch-bulgarische Abmachungen getroffen seien. Damit wären die beunruhigenden Nachrichten, die in letzter Zeit durch die Presse liefen, als endgültig beseitigt zu betrachten. Aber es wäre nützlich, wenn jetzt, da die Frage zu öffentlicher Diskussion gestellt ist, eine gleich unzweideutige Erklärung von russischer Seite erfolgte; haben doch so ernst zu nehmende Blätter wie die „Westminster Gazette" die Nachricht von der angeblichen russisch-bulgarischen Militärkonvention weiter getragen. Jetzt geht demselben Blatte aus Konstantinopel eine Korrespondenz zu, die im entschiedenen Gegensatz zu anderen englischen Blättern

und zu einer vorausgegangenen Korrespondenz der „WestminsterGazette" die Lage in Mazedonien sehr treffend folgendermaßen zeichnet:

„Leider" — schreibt der Korrespondent — „ist es wahr, daß infolge gröblicher Entstellung viele in England glauben, daß die mazedonischen Unruhen darin bestehen, daß in diesem unglücklichen Lande die Christen von den Türken verfolgt werden. Die Ursache aller Wirren liegt aber in dem Streit der griechischen und bulgarischen Christen um die Suprematie. Selbst wenn die türkische Verwaltung so schlecht wäre, wie man sie darstellt, steht fest, daß sie des Bandenwesens längst Herr geworden wäre, wenn nicht die bulgarische und die griechische Regierung ihre Hand im Spiel hätten." Es ist aber interessant, darauf hinzuweisen, daß ihre Verantwortlichkeit jetzt festgestellt ist.

Sir Edward Grey sagte am 9. Juli 1907, als ihm der Erzbischof von Canterbury eine Deputation des mazedonischen Komitees vorstellte: „Es gibt heute keine schlimmere Quelle des Blutvergießens und des Elends in Mazedonien, als die Banden, die von Bulgarien, Griechenland und Serbien ausgeschickt werden, um sich gegenseitig niederzumetzeln. Diese Entwicklung" — fügte er hinzu — „geht zum Teil auf die Intervention der Mächte zurück, die von den Balkanstaaten mißbraucht worden ist, um vorläufig diesen Teil des osmanischen Reiches (vom Ganzen) abzutrennen. Diese verschiedenen christlichen Rassen haben sich beeilt, durch Massakrierung ihrer Rivalen sich in den Distrikten, die sie beanspruchen, die Vorhand zu sichern. Man sehe die Frage doch vom Standpunkt der praktischen Politik an. Welche Aussichten bieten sich denn für Rußland, wenn es, durch eine Militärkonvention mit Bulgarien verbunden, den Krieg gegen die Türkei aufnimmt? Die Unruhen im Innern und der Zusammenbruch seiner Kriegsmacht im japanischen Kriege haben Rußland für die Dauer der nächsten Generation doch nicht stärker gemacht, als es 1877 war. Und was war der Erfolg der Kampagne? Rußland mußte, um einen Yankeeausdruck zu brauchen, sich sagen, daß es mehr abgebissen hatte, als es kauen konnte, und geriet in solche Not, daß es durch den britischen Militärattaché bei der russischen Armee, Disraeli, bitten ließ, einen Frieden mit der Türkei zu vermitteln. Disraeli aber lehnte ab, wie man annimmt, weil er Rußland, das die Juden schlecht behandelt hatte, demütigen wollte. Nun ist allerdings wahr, daß nach dem Falle von Plewna der Weg nach Konstantinopel offen lag. Aber die Türkei war keineswegs hors de combat, und nach Schluß

der Kampagne war der Zar, wenn nicht ein weiserer, so doch ein viel ernsterer Mann geworden.

Da es nun die einmütige Ansicht aller militärischen Kenner ist, daß die türkische Armee aus dem besten Soldatenmaterial der Welt besteht, darf das Hinausdrängen der Türkei aus Europa durch eine russisch-bulgarische Allianz nicht im Ernst als möglich angesehen werden; da aber König Edward über die Hälfte aller Mohammedaner herrscht, die im Sultan ihr religiöses Haupt sehen, heißt es doch gar zu weit gehen, wenn man den Namen des Herzogs von Connaught in Verbindung mit dieser angeblichen Konvention bringt."

Der Korrespondent geht danach auf die Reformfrage über, und die Mächte, die die Reformarbeiten führen, werden dabei nicht eben glimpflich behandelt. Österreich-Ungarn und Bulgarien müssen sich sehr unangenehme Dinge sagen lassen, am schlimmsten aber kommt Rußland dabei weg. Man solle nicht den Teufel durch Beelzebub austreiben!

Aus einer Schlußbemerkung des Verfassers müssen wir wohl schließen, daß er englischer Jude ist. Die Türkei, sagt er, sei das einzige Land in Europa, das nie eine antisemitische Bewegung gehabt habe. Als der Vertrag von Berlin geschlossen wurde, seien in Rumänien 80 000 friedfertige und fleißige Juden gewesen. Die große Mehrzahl von ihnen sei inzwischen ausgewandert, um in der Türkei Schutz zu finden. Der Durchschnittstürke gebe gern zu, daß vieles in der türkischen Verwaltung reformbedürftig sei, aber da der jetzt regierende Sultan friedfertig sei, wollten sie auf seinen Nachfolger warten, um nicht nur die inneren Verhältnisse umzugestalten, sondern auch den heuchlerischen Humbug zu demaskieren, der da behaupte, daß die Türkei unterjocht sei. Man habe nur, wie die Boa Constrictor es tue, ehe sie ihre Beute verschlinge, versucht, sie mit Speichel zu überziehen!

„Mr. Chamberlain hat einst dem Deutschen Kaiser gesagt, daß England niemals eine Kolonialpolitik gehabt habe — die Kolonien seien ihm zugewachsen. Die meisten Engländer draußen glauben, daß, wenn immer das Foreign Office eine Politik aufnahm, es sich „auf das falsche Pferd" setzte. Aber mit dem Erkennen kommt die Weisheit. Sir Edward Greys neue Politik, gefördert durch die staatsmännische Weisheit des alten Königs, verspricht eine bessere Zukunft...."

Es ist gewiß wichtig, von dieser Stimme aus der Wüste Notiz zu nehmen. Die „Westminster Gazette" hat ihr einen Ehrenplatz in ihren Spalten eingeräumt. Vielleicht ist es ein Anzeichen, daß wir vor einer Wandlung der englischen Orientpolitik stehen, denn diese Ausführungen sind eitel Ketzerei, sobald man sie der Praxis der englischen Orientpolitik gegenüberstellt.

Nachrichten, die uns aus Petersburg zugehen, lassen die Zusammensetzung des rechten Flügels der neuen Duma in sehr ungünstigem Licht erscheinen. Die Rechte zählt nicht weniger als 51 Geistliche, darunter 49 Popen, die gewiß nicht das unerläßliche Minimum an Bildung mitbringen. Auch sonst sind die Zusammensetzungen der äußersten Rechten wenig Vertrauen erweckend. Um so notwendiger erscheint die Konstituierung einer geschlossenen Mittelpartei.

14. November 1907. Genehmigung der Novelle zum Flottengesetz durch den Bundesrat.
Unterstaatssekretär von Mühlberg wird zum Gesandten am Vatikan ernannt.
Eröffnung der 3. russischen Duma.

17. November. Kämpfe zwischen Mulay Hafid und der Mahalla von Auflas.
Kämpfe der Polizei mit Anarchisten in Riga.
Abreise des Kaisers aus Windsor nach High-Cliff.
Unruhen in Formosa.

---

20. November 1907.

Der Besuch Kaiser Wilhelms in England hat, wie wir es nicht anders erwartet haben, zu lebhaften, fast könnte man sagen enthusiastischen Kundgebungen geführt, die, wenn sie vor allem seiner Person galten, doch auch sehr deutlich den Wunsch nach guten und freundschaftlichen Beziehungen von Volk zu Volk zum Ausdruck brachten. Auch die Presse hat, so weit wir es verfolgen konnten, nicht nur taktvoll, sondern mit wirklichem Verständnis für die Persönlichkeit unseres Kaisers und für die Notwendigkeiten unserer Politik geschrieben. In dieser Hinsicht mag namentlich auf drei Artikel von Charles Lowe im „Daily Chronicle" hingewiesen werden, die von wirklicher Sympathie zeugen und dabei dem so sehr angefeindeten Gang unserer Politik gerecht werden. Der „Morning Leader" und der „Star" haben sich in Anlaß der Fälschungen, in welchen die „Daily Mail" sich bei Wiedergabe deutscher Preßstimmen über die Monarchenbegegnung gefiel, mit außerordentlicher Schärfe gegen die Methoden dieses oft genug von uns charakterisierten Organs der „gelben Presse" gewandt und dabei ihren Sympathien für Deutschland unzweideutigen Ausdruck gegeben. Das alles schätzen wir sehr hoch ein, und an uns soll es nicht fehlen, um dahin zu wirken, daß dieser Ton der bleibende werde. Nur erwarten wir von diesen Kaisertagen nicht, daß nun plötzlich eine Wandlung in der Richtung der englischen Politik eintreten wird. Wenn Friedrich der Große in einem berühmten Briefe an seinen Gesandten in Paris, den Freiherrn von Knyphausen schrieb: „de grands princes... n'ont point de parents", so sagte er damit, daß in den Beziehungen der Staaten zueinander nicht Stimmungen, sondern Interessen entscheiden. Die englische Politik schien

zwischen 1885 und 1895, wenn nicht an die Identität, so doch an ein Zusammenstimmen der Interessen Deutschlands und Englands zu glauben, und wenn danach während der Vorbereitung und des Verlaufes des Burenkrieges eine Trübung eintrat, so ist doch mit dem neuen Jahrhundert das alte gute Verhältnis fast ganz wiederhergestellt worden, und die gemeinsame Aktion in der Venezuelaaffäre konnte bestimmt scheinen, zu einer noch engeren Verständigung zu führen. Aber gerade von der Venezuelaexpedition datiert die Wandlung, die zu einer entschiedenen Abwendung Englands von uns führte und die sich schließlich zu einer Feindseligkeit der führenden englischen Presse und der Leiter der englischen Politik gegen uns steigerte, auf deren noch in frischer Erinnerung stehende Äußerungen wir nicht eingehen wollen. Einer der kenntnisreichsten Interpreten des heutigen England, der Franzose Jacques Bardoux, hat unter dem Gesamttitel: „Essai d'un psychologue de l'Angleterre contemporaine", in zwei Bänden diese Wandlungen verfolgt. Der erste führt den Sondertitel: Les crises belliqueuses (Paris 1906) und behandelt die mehr politische Seite des Problems, der zweite nennt sich: Les crises politiques. Protectionisme et Radicalisme (Paris 1907) und legt den Schwerpunkt auf die wirtschaftliche Seite der Frage. Aber gerade in diesem zweiten Bande wird in dem Kapitel „La poussée germanophobe" die oben charakterisierte Wendung zu einer gegen Deutschland gerichteten Politik sehr anschaulich und mit guter Begründung dargelegt. Man wird aber bei ruhiger Erwägung hüben und drüben schließlich zur Erkenntnis kommen müssen, daß ein wirklicher, in den vitalen Bedürfnissen beider Mächte begründeter Interessengegensatz nicht besteht. Und darauf gründen wir die Hoffnung, daß, was unserem Kaiser als persönliche Huldigung dargebracht wurde, sich auch in der Richtung der englischen Politik geltend machen wird. Der aus dem englischen Sportsleben übernommene Ausdruck „fair play" schließt, bei aller Rivalität, ein Geltenlassen des Mitspielers in sich, und das sollte wohl auch auf den Wetteifer übertragen werden, in dem beide Nationen bemüht sind, die Welt einem höheren Kulturleben zu erschließen. Daß in Windsor Castle über Fragen der hohen Politik Vereinbarungen getroffen worden sind, glauben wir nicht. Wenn diese Absicht bestand, hätte trotz aller Arbeit, welche die neue Tagung des Reichstages verlangt, der Kaiser schwerlich den Fürsten Bülow in Berlin zurückgelassen, und improvisiert werden solche Vereinbarungen niemals.

Wohl aber glauben wir aus den Äußerungen der englischen Presse schließen zu dürfen, daß dort die ernste Neigung besteht, das Urteil, mit dem man bisher an die deutsche Politik herantrat, zu revidieren, und die Behauptungen unserer Feinde an den Tatsachen zu prüfen. Jedenfalls nehmen wir mit lebhaftem Dank die Gastfreundschaft entgegen, die Kaiser Wilhelm in England gefunden hat und noch finden wird. Aber was von einem Austausche des sogenannten Caprivizipfels gegen die Walfischbai, oder gar von einer Vermittlung Englands zwischen Frankreich und Deutschland in Umlauf gesetzt wurde, ist ganz bestimmt auf Rechnung der Phantasie von sensationslustigen Berichterstattern zu setzen. Ein Austausch des einzigen Gebietes, das uns mit dem Sambesi verbindet, gegen die Walfischbai, hätte die Bedeutung eines von uns gemachten Geschenkes, und dazu liegt wahrlich kein Grund vor, zumal wir uns in Swakopmund leidlich eingerichtet haben. Noch weniger vermögen wir einzusehen, wozu es einer Vermittlung in unseren Beziehungen zu Frankreich bedarf, da doch nichts direkten Verhandlungen im Wege steht, solche Verhandlungen naturgemäß auch ununterbrochen stattfinden und an keinem Punkt auf Schwierigkeiten stoßen, die nicht von beiden Mächten in gutem Einvernehmen gelöst werden können. Die Erklärungen, welche Herr Pichon während der letzten Debatte in der französischen Kammer abgegeben hat, lassen sich gar nicht anders interpretieren. Freilich ist nicht jedermann in Frankreich mit den Erklärungen des Ministers zufrieden gewesen. Aber die überwältigende Majorität der Kammer hat sie gut geheißen, und die internationalen Beziehungen, die in der marokkanischen Frage mitspielen, ruhen nun einmal auf der Basis des Vertrages von Algeciras, zu dem das offizielle Frankreich sich so nachdrücklich bekannt hat. Nun ist aber in der „Revue politique et parlementaire“ (Novemberheft), zurzeit wohl der besten politischen Zeitschrift Frankreichs, von zwei Kennern dieser nordwestafrikanischen Verhältnisse ein sehr gewichtiger Widerspruch erhoben worden. Herr Camille Sabatier weist in einer Studie „l'erreur d'Algeciras“ nach, daß die Politik der pénétration pacifique, wie sie Herr Delcassé aufgebracht hat und wie die Konferenz von Algeciras sie international fortsetze, sich Ziele stelle, die überhaupt nicht zu erreichen seien. Er sucht das zu beweisen, indem er näher auf die soziale Organisation Marokkos eingeht und namentlich die eigentümlichen kollektivistischen Anschauungen darlegt, die für den Grundbesitz gelten und durch die in

Marokko autoritative Koraninterpretation des Sidi-Khelil ihre religiöse Weihe erhalten haben. Marokko kennt keinen Privatgründbesitz und es ist deshalb unmöglich, in Marokko dauernd Fuß zu fassen. Ebenso gebe es nur einen Kollektivhandel, und die Handelskarawanen ständen so sehr in Abhängigkeit von den Marabuts, daß sie gegen deren Gebot mit Fremden keinen Handel treiben. Sabatier führt als Beleg dafür die interessante Tatsache an, daß seit 15 Monaten infolge der marokkanischen Wirren die Bevölkerung von Tafilet ihren Handel mit den algerischen Franzosen eingestellt habe. Das aber sei auf Befehl eines Marabut geschehen.

„Es ist eine merkwürdige Tatsache, daß dieses Land, das politisch, administrativ und militärisch in einem Zustande voller Anarchie ist, in sozialer Hinsicht organisiert ist wie ein Kloster. Der Maghsen, d. h. die politische Macht, bedeutet in Wirklichkeit sehr wenig in Marokko, dagegen ist die Organisation der Marabut allmächtig. Mit ihr, und nur mit ihr hat man zu rechnen."

Wolle man sich nicht einen formidablen Krieg auf den Hals ziehen, so müsse man daher die soziale Organisation Marokkos respektieren. Man müsse mit den einzigen Elementen, die imstande seien, ihren Willen zur Geltung zu bringen, sich über eine Zone verständigen, in welcher die Europäer Grund und Boden erwerben dürfen, außerhalb deren ihnen aber gestattet wird, Handel zu treiben. Mit Geld und guten Worten werde sich das von den Marabuts erlangen lassen. In Frage komme das Weichbild der Häfen um Casablanca, das Gebiet der Stämme, die sich unterworfen hätten und die durch die europäische Polizei vor den Nachbarstämmen zu schützen wären. Am Riff wäre es um die Präsidios das Gebiet, das Spanien als seine Einflußsphäre fordern könnte, an der algerischen Grenze außer Udjda nebst Weichbild das Gebiet von 2—3 Stämmen. Im Rest des Reiches will Sabatier die Stellung der Europäer durch besondere Vereinbarungen, deren Detail er darlegt, sichern und Verkehrsfreiheit proklamiert wissen. Das alles wird gut begründet und verdient als Angabe einer neuen politischen Richtung gewiß Beachtung, auch wo das ausgeführte Bild Widerspruch hervorruft. Aber die Politik Frankreichs und die Politik der Vertrages von Algeciras ist es gewiß nicht. Gegen diese Politik richtet sich von anderen Gesichtspunkten ausgehend auch die politische Monatsübersicht von René Millet. Er bekämpft mit allen Waffen der Ironie und des Spottes

in seiner geistvollen und leidenschaftlichen Weise das gesamte Resultat der Konferenzpolitik. Was er will, ist freie Hand in Marokko für Frankreich, wogegen er dafür plädiert, uns in unseren Unternehmungen in Vorderasien pekuniär zu unterstützen. Wir wollen nicht mit ihm polemisieren und uns begnügen, darauf hinzuweisen, daß zwischen der marokkanischen Frage und dem Problem der Bagdadbahn keinerlei innerer oder äußerer Zusammenhang besteht, daß die von Herrn Delcassé aufgestellte Gleichung vielmehr lautet: Marokko — Ägypten, und daß in dieser Gleichung die Zwischenglieder fehlten. Auch in Deutschland hält man die Stipulationen von Algeciras nicht für ein Meisterstück, sie führten zu einem Notbehelf, von dem auch wir nicht annehmen, daß er in nächst absehbarer Zeit zu einer Herstellung normaler Verkehrsverhältnisse — und auf die kommt es uns an — zwischen Europäern und Marokkanern führen wird. Vielleicht ist die von Herrn Sabatier empfohlene Methode die richtige, aber mit der Politik energischen Vorgehens, die Herr Millet empfiehlt, ist sie gewiß nicht zu vereinigen. Übrigens heißt es jetzt, daß Mulay Hafid von der Mahalla des Sultans geschlagen worden sei und seine Unterwerfung angeboten habe. Wir wollen abwarten, ob dadurch eine wesentliche Änderung der Gesamtlage herbeigeführt wird.

Sehr unnötigen Lärm hat in Frankreich der Besuch des Fürsten Radolin beim Herzog von Rohan gemacht. Der „Messidor" wirft gar die Frage auf, was man wohl in Deutschland dazu sagen würde, wenn Herr Cambon dem alten Bebel einen Besuch in seiner Villa machen wollte? Die Antwort ist nicht schwer zu geben. Man würde darüber lachen, im übrigen aber der Ansicht sein, daß der Privatverkehr eines Botschafters nicht Sache öffentlicher Kritik ist.

Doch wir kehren zu den englischen Angelegenheiten zurück, von denen wir ausgingen. Es tritt immer deutlicher zutage, daß die Unionisten sich darauf vorbereiten, energischer als es bisher geschah, den Absichten des liberalen Kabinetts auf „Reformierung" des Hauses der Lords entgegenzutreten. Mr. Balfour hat seinem alten Rivalen Chamberlain einen Besuch gemacht, der zu dem Ergebnis führte, daß der Kampf gegen den Freihandel und das ganze Programm der imperialistischen Politik Chamberlains wieder aufgenommen werden soll. Nebenher wird dem Ministerium Campbell-Bannerman vorgeworfen, daß es sozialistische Bahnen einschlage, ein in Hinblick auf die bescheidenen

Sozialreformen des Kabinetts gewiß ungerechter Vorwurf. Aber allem Anschein nach stehen wir vor einem erneuten Ringen der beiden großen Parteien um das Regiment, und da, wie es heißt, für nächstes Jahr eine Parlamentsauflösung geplant wird, wenn die Lords nicht vorher sich dem Willen des Unterhauses unterwerfen, könnte es einen heißen Kampf geben.

Aus Indien melden die „Times", daß eine merkliche Besserung der Stimmung zu verzeichnen sei, so daß die Regierung sich entschlossen habe, die beiden Führer der antienglischen Bewegung, Lajpat Rai und Ajit Singh, freizugeben. Auch der gegen A. C. Banerjee angestrengte Prozeß ist niedergeschlagen worden. Wie weit dabei die Rücksicht auf die furchtbare Hungersnot mitgespielt hat, die in Bengalen wütet, vermögen wir nicht zu beurteilen, und ebenso nicht, wie weit es sich bei dem letzten Raubzuge der Afridis um eine politische Aktion handelt. Die Agitation gegen die Politik König Leopolds im Kongostaate, deren wir jüngst gedachten, wird noch weiter fortgesetzt, und da neben offenbaren Übertreibungen auch zweifellose Mißbräuche dazu den Anlaß gegeben haben, wäre das klügste, wenn der König von sich aus sein Regiment und seine Wirtschaftsmethoden in Einklang mit der Kongoakte setzen wollte. Es ist stets vorteilhafter, selbst zu reformieren als reformiert zu werden.

Die große Finanzkrisis in den Vereinigten Staaten verliert allmählich ihren akuten Charakter. Erinnert man sich der noch weit schlimmeren Krisis des Jahres 1893, so wird man nicht daran zweifeln, daß die jetzt eingetretene wirtschaftliche Depression bald überwunden sein wird; daß aber der Überspekulation und dem Jagen nach dem Dollar von Zeit zu Zeit ein memento zugerufen wird, kann nur nützlich sein. Gewiß sind es nicht die Reformbestrebungen des Präsidenten, die den Zusammenbruch so vieler, zum Teil keineswegs unsolider Geschäfte herbeigeführt haben. Was zusammenbrach, war das Vertrauen, das bisher auch den Finanzgrößen geschenkt wurde, die mit mehr fiktiven als realen Werten arbeiteten, und bei der plötzlich wie eine ansteckende Seuche um sich greifenden Panik haben dann vertrauenswürdige Unternehmungen leiden müssen, deren einziger Fehler darin lag, daß sie die Möglichkeit einer solchen Panik nicht mit in ihre Berechnungen gezogen hatten.

Am 9. Dezember werden die 16 Fahrzeuge der amerikanischen Kriegsflotte in Hampton Roads beisammen sein. Dort wird sie der

Präsident am 16. d. M. inspizieren und den Admiralen, bevor sie die Fahrt in den Stillen Ozean antreten, ihre letzten Instruktionen erteilen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Instruktionen durchaus friedlicher Natur sein werden. Die Expedition hat, abgesehen von der Bedeutung, welche ihr für die Ausbildung der amerikanischen Marine zukommt, vornehmlich die Aufgabe, der Welt zu zeigen, daß die Vereinigten Staaten keineswegs gesonnen sind, auf ihre Stellung im Großen Ozean zu verzichten. Das aber kann im allgemeinen Interesse nur gebilligt werden. Seit es eine russische Flotte nicht mehr gibt und England seine Flotte aus diesen Gewässern zurückgezogen hat, um seine Übermacht im Atlantischen Ozean und in seinen Ausläufern deutlicher zu markieren, war die Macht Japans in der Südsee so überragend, daß die Versuchung, von ihr Gebrauch zu machen, leicht zu groß für das Temperament der Nation werden konnte. Dazu hat Amerika, auch abgesehen von den Philippinen, eine ungeheure, fast ungeschützte Küstenstrecke zu verteidigen. Im nächsten Jahre wird die amerikanische Flagge einen Stern mehr zählen. Es steht bereits fest, daß ein Teil des Indianerterritoriums als 46. Staat der Union unter dem Namen Oklohama seine Vertretung in Senat und Haus der Repräsentanten erhalten wird.

Am 14. November ist die dritte Duma unter günstigen Auspizien eröffnet worden. Der Verlauf der Feierlichkeit war überaus würdig, und der Eindruck, den die Versammlung machte, vertrauenerweckend. Sie ist russischer als die beiden ersten Dumen und steht auf einem höheren gesellschaftlichen und Bildungsniveau. Meist sind es neue Männer. Von den 437 Abgeordneten haben nur 13 der ersten und zweiten, 8 der ersten und 42 der zweiten Duma angehört. Die Majorität gehört der Rechten und den Oktobristen an, die das Zentrum bilden und zwischen denen eine prinzipielle Verständigung von großer Tragweite stattgefunden hat. Die Rechte hat ihre ursprüngliche Absicht aufgegeben, die Duma nur als beratende, nicht als beschließende Körperschaft gelten zu lassen, wogegen die Oktobristen darauf verzichtet haben, auf der vollen politischen Rechtsgleichheit der Juden zu bestehen. Wir glauben, daß damit der russischen Judenschaft ein großer Dienst geleistet worden ist, denn alle Kenner süd- und westrussischer Verhältnisse sind der festen Überzeugung, daß dadurch der Wiederholung von Judenhetzen vorgebeugt wird, die sonst unzweifelhaft stattgefunden hätten. Zum Präsidenten wurde mit allen gegen 9 Stimmen N. A. Chomjákow, ein Okto-

brist, gewählt, der in bescheidenen und patriotischen Worten die Abgeordneten auf ihre Pflichten dem Staat gegenüber hinwies. Sie seien gekommen, die Wunden des Vaterlandes zu heilen und in Wahrheit den Willen des mächtigen (dershawny) Zaren zu erfüllen, der sie gerufen habe, eine schwere und verantwortliche gesetzgeberische Arbeit zu erfüllen. Gott möge ihnen dazu helfen. Diese Rede hatte zur Folge, daß der zum Vizepräsidenten in Aussicht genommene Führer der konstitutionellen Demokraten, Professor Miejukow, erklärte, daß er eine Wahl nicht annehmen werde, weil Chomjäkow die Verfassung nicht ausdrücklich erwähnt habe. Die Kadetten sind eben Doktrinäre, und die Form ist ihnen wichtiger als das Wesen. Die zweite Vizepräsidentschaft ist nun dem Oktobristen Baron Meyendorff zugefallen, einem Livländer, dessen Mutter eine Fürstin Gortschakow ist und dessen Fähigkeiten sehr hoch eingeschätzt werden. Der Reichsrat wurde wenige Stunden danach ebenfalls in aller Feierlichkeit eröffnet. Das Petersburger Publikum war ziemlich teilnahmlos. Auch darin sehen wir ein gutes Vorzeichen. Man erwartet keine großen Sensationen und keine lärmenden Szenen. Die Sozialdemokraten nahmen an der Eröffnungsfeierlichkeit nicht teil und erschienen erst, als die Vereidigung stattfand, auch fehlten die dreizehn Vertreter der polnischen Gouvernements. Sie hatten sich verspätet. Es wird nun viel darauf ankommen, ob die Kadetten eine selbständige Stellung behaupten oder sich der halb oder ganz revolutionären Linken anschließen. Miljukow hat erklärt, daß sie arbeiten wollen; dann könnten sie, bei nicht zu bezweifelnden Fähigkeiten, ein trotz allem nützliches Element werden. Aber wir wollen nicht vergessen, daß es eine in der Tat furchtbar schwere Aufgabe ist, vor der diese dritte Duma steht. Ihre beiden Vorgängerinnen haben nichts zustande gebracht. Was sie an Arbeiten geleistet haben, blieb in den Kommissionen liegen und wird vielleicht als schätzbares Material wieder hervorgeholt werden. So veröffentlicht der „Westnik Jewropy" die Arbeiten der Budgetkommission der zweiten Duma, die viel Beachtenswertes enthalten, aber doch wesentlich kritisch, nicht schöpferisch sind. Die schwierigsten Aufgaben bleiben die Schulfrage und die Agrarfrage, es wird kaum möglich sein, mehr als bescheidene Grundlagen zu legen, und es fragt sich, ob die Ungeduld der bäuerlichen Bevölkerung sich damit zufrieden geben wird. Eben jetzt laufen Nachrichten von einer ganzen Reihe von Brandstiftungen aus den Gouvernements Tula und Poltawa ein.

Auch die terroristische Aktion dauert fort. Es wird ganz unmöglich sein, den Belagerungszustand, der einen großen Teil von Rußland umfaßt, aufzuheben. Auch das ist von Wichtigkeit, welche Rolle der Reichsrat spielen wird. Er ist bisher so gut wie gar nicht zur Geltung gekommen, und doch schließt er eine Reihe ganz hervorragender Spezialitäten und Arbeiter in sich. Neben den übernommenen Mitgliedern des alten Reichsrats sind die berufenen neuen Mitglieder eingetreten, und das sind fast ausnahmslos Männer von großem Ansehen. Es wird alles darauf ankommen, ob der Reichsrat Einfluß zu gewinnen versteht, wozu ihm die Verfassung vom 30. Oktober die volle Möglichkeit gibt. Aber auch da gilt das Wort, daß nicht die Form, sondern der Geist und der Wille entscheidet, der der Form Leben gibt.

20. November 1907. Revolutionäre Bewegungen in Portugal.
Wahlsieg der Buren bei den Wahlen zum Cronje-Parlament.
23. November. Kämpfe zwischen Franzosen und Marokkanern an der algerischen Grenze.
24. November. Feindseligkeiten der Afridis gegen eine englische Polizeipatrouille.
25. November. Entdeckung eines Waffenlagers russischer Terroristen in Berlin.
Die Truppen von Abdul Aziz rücken in Mazagan ein.

---

27. November 1907.

Vor acht Tagen zeigten wir an der Hand einer autoritativen französischen Quelle, daß die Methoden der „pénétration pacifique" genannten, aber mit allen Hülfsmitteln des Krieges zur Verwirklichung geführten Bestrebungen, welche dahin zielen, islamische Länder europäischer Herrschaft zu unterwerfen, auf sehr ernst begründeten Widerspruch zu stoßen beginnen. Heute liegt uns eine englische Meinungsäußerung vor, die nicht minder den zurzeit herrschenden Anschauungen widerstreitet, aber uns unsere oft wiederholte These bestätigt, daß die Länder des Islam ein auf die Dauer nicht abzuweisendes Recht haben, auf eigenen Füßen zu stehen, sobald sie sich anschicken, der fortschreitenden Entwicklung und Humanisierung der Welt Rechnung zu tragen.

Ein Artikel der „Daily News" (der uns in der Übersetzung des „Etendard Egyptien" vom 17. November vorliegt) weist nämlich in Anlaß eines Meetings von Muselmännern, das in London am 7. d. Mts. stattfand, darauf hin, daß es einen Panislamismus im vulgären Sinne des Wortes nicht gebe. Die Inder seien konservativ und England gegenüber durchaus loyal, die Ägypter fortschrittlich und entschlossen, ihre Nationalität zu behaupten, Marokko wolle von einer Suprematie Konstantinopels nichts wissen, Persien sei fortschrittlich aber schismatisch, die russischen Muselmänner ebenfalls fortschrittlich und keineswegs Anhänger der hamidischen Schule. Kurz, die Möglichkeit einer politischen Einigung liege nicht vor. Was man Panislamismus nennen könnte, sei eine duldsame, demokratische Strömung, ohne Verbindungen mit Konstantinopel, mehr ideal als politisch organisiert. Auf jenem Londoner Meeting sei nun von einem zur Partei der Kadetten gehörenden russischen

Muselmann der Gedanke angeregt worden, daß die russischen, indischen, türkischen, arabischen und ägyptischen Bekenner des Islam ihren Mittelpunkt nicht in Konstantinopel, sondern in Kairo suchen sollten. Dieser Gedanke wird von den „Daily News" mit lebhafter Sympathie aufgenommen. Ägypten sei ja der alte Sitz des Kalifats, Kairo eine heilige Stadt und die alte Universität El-Azhar die vielleicht berühmteste der muselmännischen Welt, die arabische Presse Ägyptens nicht nur in Nordafrika, sondern überall verbreitet, wo das Arabische noch die klassische Sprache sei; da sei es nun von höchster Wichtigkeit, daß man dafür sorge, daß die Einflüsse, die von Kairo nach allen Himmelsgegenden ausstrahlen, eine England freundliche Tendenz vertreten. Die ägyptischen Nationalisten verfolgten das Ziel, eine auf moderner wissenschaftlicher Grundlage ruhende Universität in Kairo zu begründen, und es liege im englischen Interesse, diesen Gedanken zu ermutigen und nicht den Mann zu verfolgen, der der Träger dieser Ideen sei: Mustafa Kamel Pascha. Die „Times" stellen ihn zwar als den Typus des Fanatismus dar, aber in Frankreich feiere ihn der „Temps" als den Propheten der Toleranz und der Zivilisation, und unzweifelhaft sei das Unrecht auf seiten der „Times". Die ägyptischen Nationalisten sollten nicht unterschätzt werden, hinter ihnen stehe die ungeheuere Masse des ägyptischen Volkes. „Wenn sie Extremisten sind, so muß man zugeben, daß es eine Ungeheuerlichkeit ist, von uns zu verlangen, daß wir das Versprechen erfüllen, das wir gaben als wir Ägypten besetzten — und das Land räumen. Wenn sie unvernünftig sind, so ist es Unvernunft, auf die Ehre Englands zu bauen." Die Wahrheit sei, daß man zwar die Wohltaten anerkenne, die die englische Herrschaft Ägypten gebracht habe, aber allmählich ungeduldig geworden sei, weil England so gar keine Anstalten treffe, das Land für ein self government vorzubereiten. Die Zahl der englischen Beamten wachse stetig, man anglisiere die Schulen, habe die Minister zu Marionetten gemacht, die nach der Pfeife englischer „Räte" tanzen, und die schwachen, schlecht besetzten repräsentativen Körperschaften weder reformiert noch ermutigt.

Nun sei das Ideal Mustapha Kamels natürlich die volle Selbständigkeit, aber die „Daily News" meinen, daß er sich eine diplomatische Kontrolle und eine englische Garnison zu dauernder Beschützung des Suezkanals wohl gefallen lassen werde. Zurzeit gehe jedoch sein Programm gewiß nicht so weit, und England müsse damit beginnen, den

ägyptischen Ministern größere Selbständigkeit, den Provinzialgouverneuren mehr Freiheit der Aktion und den legislativen Versammlungen mehr Autorität zu gewähren. Vor allem aber seien die Gefangenen von Denscharai zu begnadigen und mit dem System zu brechen, das das Englische als Schulsprache oktroyiere. Sir E. Gorst habe sich die Devise erwählt: „nicht regieren, sondern die Ägypter lehren sich selbst zu regieren!“ Das sei vortrefflich, und jeder aufgeklärte und liberale Engländer werde wünschen, daß er diese Aufgabe zu gutem Ende führe!

Damit schließt dieser merkwürdige Artikel, der zum erstenmal nach langer Zeit die Frage einer eventuellen Räumung Ägyptens wieder in Anregung bringt. Wir können uns seinen Inhalt keineswegs ganz zu eigen machen, wenn wir uns auch den humanen Gesichtspunkten nicht verschließen, von denen er ausgeht. Der russische Muselmann Ismael Bey Gasprenski, den die „Daily News“ als einen Freund von Professor Miljukow einführten und der in London so lebhaft für Kairo als künftigen Mittelpunkt des Islam eintrat, unterschätzt offenbar den Einfluß, der trotz allem dem Sultan Abdul Hamid als dem Träger der Insignien des Kalifats und als Beschützer von Mekka und Medina in der islamischen Welt zukommt. Er hat diese Stellung durch den Eifer, mit dem er am Ausbau der Bahn nach Mekka tätig ist, gerade in letzter Zeit noch sehr wesentlich gekräftigt. Der Artikel der „Daily News“ aber gibt uns die Verbindung eines höchst englischen mit einem höchst unenglischen Gedanken. Der unenglische Gedanke ist der der Räumung Ägyptens. Es gibt unseres Wissens nur ein Beispiel dafür, daß England aufgab, was es einmal in Händen hatte: das war die Überlassung der jonischen Inseln an Griechenland und geschah unter ganz besonderen politischen Verhältnissen und in der Erwartuug, ein Gegengewicht gegen den russischen Einfluß in Griechenland zu gewinnen. Der englische Gedanke aber ist, die heiligen Stätten des Islam in Abhängigkeit von Kairo zu setzen, was ja allerdings, so lange England der Herr in Ägypten bleibt, eine ungeheuere Erweiterung seines Einflusses auf die gesamte islamische Welt zur Folge haben müßte. Unmöglich aber scheint uns die Kombination der Räumung des ägyptischen Kalifats vom englischen Standpunkte aus, und deshalb glauben wir nicht, daß in diesen Ausführungen der „Daily News“ kommende Entschlüsse des liberalen Kabinetts angekündigt werden. Vielmehr setzt Sir Eduard Gorst die Politik Lord Cromers fort, die auf Ersetzung des Französischen,

das immer noch in Ägypten dominiert, durch das Englische hinarbeitet. Der „Temps" hat sich dieser Frage mit großem Eifer angenommen und den energischen Protesten Mustapha Kamel Paschas nicht nur Gastfreundschaft in seinen Spalten gewährt, sondern auch redaktionell die Interessen der französischen Sprache in Ägypten unterstützt. Da ist es von großem Interesse, daß die französische Regierung sich neuerdings dieser Sprachenfrage annimmt. Professor Aulard, der in der Sorbonne den neugegründeten Lehrstuhl für Geschichte der französischen Revolution einnimmt und jedem bekannt ist, der dieser Periode der französischen Geschichte näher tritt, hat den Auftrag erhalten, alle französischen Lehranstalten im Orient zu besuchen, und zwar sowohl die geistlichen wie die weltlichen, denn als article d'exportation läßt man die in Frankreich verfehmte Geistlichkeit mit ihren Kongregationen immer noch gelten. In Ägypten knüpft man die Hoffnung daran, daß die jüngst anglisierte „Rechtsschule des Khedive" von Frankreich zurückerobert werden könnte, denn die Erbitterung gegen die Schulpolitik der Herren Dunlop-Hill ist trotz der oben zitierten humanen Maxime Sir Edwards ganz außerordentlich groß.

Von allgemeinem Interesse ist die sehr entschiedene Wendung Australiens zu einer protektionistischen Politik. Bei den letzten Wahlen hat Mr. Deakin eine Zweidrittelmajorität für seine Ideen gewonnen und sie benutzt, um einen Tarif auszuarbeiten, der den von 1901 und 1902 ersetzen soll und den auswärtigen Handel schwer treffen wird. Toilettengegenstände, die bisher einem Zoll von 25 % ad valorem unterlagen, werden in Zukunft 45 % entrichten, wobei den Engländern ein Abzug von 5 % gewährt wird; Teppiche und Metallartikel werden um 20—30 % ohne jede Ermäßigung gesteigert, am schwersten aber alle Maschinen getroffen. So wird von jedem Fahrrad ein Zoll von 132,50 Fr. erhoben, aus besonderer Gunst von England 125, was natürlich bei diesem Prohibitivsystem ein illusorisches Zugeständnis ist. Nebenher geht die für Australien höchst charakteristische Überschätzung der eigenen Leistungsfähigkeit. Ein drastisches Beispiel dafür bietet der folgende vom 19. November datierte Brief eines Australiers an den Herausgeber der „Westminster Gazette":

„Sir. Ich möchte auf einen Brief antworten, den Sie am 18. veröffentlicht haben und in dem behauptet wird, daß Australien nicht imstande sei, sich gegen eine beliebige größere Seemacht zu verteidigen.

Die Erfahrung lehrt, daß Australien die Italiener nicht zu fürchten hat, wenn man sie nach ihrem Mißerfolg in Abessinien schätzt; oder Frankreich, wenn man an seine Expeditionen nach China oder Madagaskar denkt, oder Deutschland, das mit großen Kosten und Verlusten fast drei Jahre brauchte, um einige Hottentottenstämme zu unterwerfen. Wenn die Macht und Stärke des britischen Reiches $2^3/_4$ Jahre und einen Aufwand von 250 Mill. Lstr. brauchte, um eine Bauernbevölkerung von 200 000 und einigen Köpfen niederzuwerfen, die zudem von der übrigen Welt isoliert waren und denen alle Zufuhr durch Blockaden abgeschnitten wurde, welche denkbare Aussicht auf Erfolg könnte da ganz Europa gegen fünf Millionen Australier haben, die nach allen Richtungen hin im Vorteil sind? Tausende von Meilen Küste, an denen der Handel unbehindert fortgehen könnte, die vornehmsten Häfen so gelegen und durch Minen geschützt, daß Schlachtschiffe weit mehr sich selbst als Australien schädigen würden; ein Gebiet, in welchem eine europäische Armee, falls sie landen sollte, sich im Busch verirren und dem Sport der Buschmänner zum Opfer fallen würde . . . ."

Ernster als diese grotesken Übertreibungen ist der Schlußsatz:

„Inzwischen wird das Sticheln auf Australien, weil es keine Zahlungen zur „Imperial defence" leistet, sehr übel aufgenommen, und wenn es dabei bleibt, könnte es schließlich zu wenig wünschenswerten Beziehungen zwischen England und Australien kommen. Auch gilt noch der Satz: „Keine Zahlung ohne Vertretung", dazu kommt aber noch, daß die britische Regierung wegen ihrer Mißwirtschaft bei Kriegsausgaben von mehreren Spezialkommissionen mehrfach scharf angefaßt werden mußte." Ein Australier.

Wir haben hier ein recht drastisches Beispiel des sich naturgemäß entwickelnden kolonialen Egoismus, dessen minder drastische Symptome uns auch in Kanada und Südafrika entgegengetreten sind. Es kommt dabei dasselbe tragische Gesetz zur Geltung, das im Leben der Völker die Schüler zu Feinden ihrer Lehrer macht und, wie es scheint, keine Ausnahmen zuläßt.

Vielleicht stehen wir vor einer ähnlichen Entwicklung in China. Der japanische Krieg gegen China könnte bereits mit gewissen Einschränkungen als Krieg der Schüler gegen die Lehrer betrachtet werden. Danach schien Japan die Erziehung Chinas zu moderner Weltkultur in Konkurrenz mit den europäischen Mächten übernehmen zu wollen.

Heute kann nicht mehr zweifelhaft sein, daß China sich aus eigener Kraft regenerieren will und sowohl gegen Japaner wie gegen Europäer eine höchst ablehnende Haltung einzunehmen beginnt. Ein französischer Kenner Chinas Cottrel hat kürzlich im „Courrier Européen" über das „neue China" eine höchst lehrreiche Studie veröffentlicht, deren wesentlichster Inhalt hier wiedergegeben werden soll.

Von den chinesischen Reformbestrebungen haben wir schon mehrfach Anlaß gehabt zu reden. Diese Reformgedanken sind das Eigentum nicht der regierenden Mandschudynastie, sondern hervorragender Chinesen und namentlich im Süden des Reiches verbreitet. Da sie jedoch einen antidynastischen Charakter trugen, stand die Regierung ihnen mißtrauisch gegenüber. In der Zeit vom Juni bis zum September 1898 schienen trotzdem die Reformer zu siegen, als ein Staatsstreich der Kaiserin-Mutter und die Einsetzung einer Regentschaft wieder in die alten Bahnen zurückführte. Trotzdem behaupteten sich die Führer der chinesischen Reformpartei, die Vizekönige Juanschikai und Tsangschetong, indem sie loyal zur Dynastie standen, aber die hinter ihnen drängende Masse war entschieden revolutionär. Wir haben von den Aufständen in den Provinzen des Südens und des Zentrums ja mehrfach Notiz nehmen müssen. Zu durchgreifenden Reformen entschloß sich die Regierung nicht, es blieb bei Studienkommissionen und Entwürfen, bis ganz kürzlich eine Wendung eintrat. Ein hoher mandschurischer Polizeibeamter, Nganhuei, wurde ermordet und der Mörder erklärte, daß er, als Chinese, in ihm die Dynastie habe treffen wollen. Die chinesische Revolution werde die Tyrannei der Mandschu zerbrechen. Die Folge war ein blinder Schrecken am Hofe und am 4. August die Ernennung Juanschikais zum Präsidenten des Waiwupu und zum Mitglied des großen Rats, in den gleichzeitig auch Tsangschetong berufen wurde. Zum Vizekönig von Petschili aber wurde ein alter Freund Juanschikais, Jangschinhsiang, ernannt, so daß Juanschikai nach wie vor die reorganisierte Armee in Händen behält. Einen Versuch, ihm trotz seiner hohen Stellung keinen entscheidenden Einfluß zu gewähren, beantwortete Juanschikai mit Einreichung seines Entlassungsgesuches, das natürlich abgelehnt wurde. Aber seine Feinde wurden dadurch zum Schweigen gebracht.

Schon am 10. August erschien dann ein Reformedikt, das ankündigte, daß fortan beide Nationen, Mandschu und Chinesen, sich miteinander

verschmelzen sollten. Wie diese der Geschichte der letzten 250 Jahre ins Gesicht schlagende Wandlung sich vollziehen soll, zeigen die folgenden Dekrete (nach dem Bericht des Kaiserlichen Zensors):

1. Heirat. Der Thron sollte befehlen, daß das Ministerium der Riten Vorschriften vorbereitet, die den Chinesen gestatten, junge Mandschumädchen zu heiraten, und den Mandschu, junge Chinesinnen zu Frauen zu nehmen.

2. Familiennamen. Die Mandschu sollen chinesische Familiennamen brauchen, um zu zeigen, daß zwischen Mandschu und Chinesen Gleichheit herrscht.

3. Mandschusoldaten. Die Mandschu sollen als Soldaten unter den gleichen Bedingungen wie die Chinesen eingestellt werden.

4. Besondere Stellungen. Die Stellungen als Marschall und Oberkommandierende, die jetzt nur den Mandschu zugänglich sind, sollten aufgehoben und den Vizekönigen der Provinzen zur Verfügung gestellt werden. Diese verleihen die Titel ohne Unterschied der Rasse.

5. Mandschuschulen. Mandschuschulen werden überall eröffnet werden, damit alle Chinesen die Sprache der Mandschu verstehen können.

Am 27. September hob ein Dekret die Bannersoldaten auf (privilegierte Schutztruppen der Dynastie). Heute ist Verteilung der hohen Würden die folgende: Im großen Rat (unter dem Präsidium des Prinzen Sching) sitzen 4 Mandschu und 4 Chinesen, von den Ministerien sind 5 von Mandschu besetzt, 3 von Chinesen (Auswärtiges, Wege, Riten); endlich sind neben 4 Mandschu, 5 Chinesen Vizekönige (in Tschili, Hukwang, Liangkwan, Szeschuan und in der Mandschurei).

Am 30. September ist die allgemeine Schulpflicht eingeführt worden, schon vorher das Verkrüppeln der Frauenfüße und das Opiumrauchen verboten worden.

Cottrel hält es nicht für unmöglich, daß noch einmal ein Rückschlag folgen könne, nimmt aber für sicher an, daß, wenn die alte Kaiserin, die schon zwei Schlaganfälle gehabt habe, sterben sollte und Kaiser Kuanghsu kinderlos (was sicher sei) sterben sollte, die Vorherrschaft der Mandschu für immer ihr Ende gefunden haben werde.

Jedenfalls bereitet sich ein Neues vor, und zurzeit ist nicht mehr wahrscheinlich, daß die chinesische Welt, wie es eine Zeitlang scheinen

konnte, von Japan mobilisiert und als Werkzeug benutzt werden könnte. Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß hier die Wendung zu neuen Kulturformen, zu anderen, dem Charakter der Rasse und ihrem Temperament entsprechenden Resultaten führen wird. Japanische und chinesische Art aber sind grundverschieden.

Von der bevorstehenden Abfahrt des Geschwaders der Vereinigten Staaten in den Stillen Ozean wird kaum noch gesprochen. Die Ankündigung, die so großes Aufsehen erregte, ist klugerweise früh genug geschehen, um allen Interessenten Zeit zu geben, sich an die Tatsache zu gewöhnen. Interessant ist, daß die Vereinigten Staaten auf 3 Jahre eine Kohlenstation von Mexiko gepachtet haben. Sie liegt in der Nähe von Acapulco, so daß, da Panama natürlich ganz zur Verfügung Amerikas steht, für alle Eventualitäten gesorgt ist. Weit mehr beschäftigt die Geldkrisis die öffentliche Meinung, und ebenso die Präsidentenwahl. Was die erstere betrifft, so scheint es, daß man zum Heilmittel der Gründung einer Staatsbank greifen wird, was dann einen wirklichen Fortschritt bedeuten würde; über die immer neuen Namen, die als Präsidentschaftskandidaten genannt werden, verzichten wir zu berichten. Der Präsident selbst schweigt und was von angeblichen Äußerungen von ihm umläuft, ist widerspruchsvoll und schon deshalb wenig glaubwürdig. Tatsache ist, daß die Wallfahrten zum Weißen Hause zunehmen und die Zahl derer, die einen „run“ und einen „third term“ von Roosevelt wünschen, im Wachsen ist. Zunächst ist wohl abzuwarten, mit welchen Eindrücken Taft zurückkehren wird. Er soll, wie wir hören, ohne Aufenthalt über Hamburg nach New York zurück.

Über die Arbeitsfähigkeit der russischen Duma halten wir noch mit unserem Urteil zurück. Die Voraussetzungen zu fruchtbarer Arbeit sind ohne Zweifel vorhanden, wenn auch eine zum Glück nicht sehr zahlreiche Gruppe von Finsterlingen rechts und von unzweifelhaften Revolutionären links erhebliche Schwierigkeiten machen kann. Die Gefahr liegt im Doktrinarismus der Kadetten, vielleicht auch in der ziemlich allgemein verbreiteten Neigung, zu viel auf einmal anzugreifen, während, was not tut, nächst Stärkung der Autorität von Gesetz und Recht, eine nicht überstürzte und fortschreitende Reformarbeit ist. Leider hat die Duma durch den plötzlichen Tod des Vertreters der Stadt Riga, des Rechtsanwalts Moritz, ein ungemein tüchtiges Mitglied verloren, das nur schwer zu ersetzen sein wird.

Mit großer Genugtuung haben wir einen Artikel von Charles Malo, der militärischen Autorität des „Journal des Débats", gelesen, der mit voller Entschiedenheit für Stössel eintritt. Er weist mit Recht darauf hin, daß die elfmonatige Verteidigung von Port Arthur, bei der 60 000 Feinde fielen, unter allen Umständen eine höchst anerkennenswerte Leistung darstellt. Auch war die gesamte öffentliche Meinung Rußlands voller Bewunderung für den Mann und schon Monate vorher hielt man ein längeres Behaupten der Position nicht für denkbar, wenn nicht Ersatz durch die russische Flotte käme. Er hat sich aber nach dem Desastre bei Tsuschima noch volle vier Wochen gehalten. Die Entrüstung in Rußland kam zum Ausbruch, als man erfuhr, daß die Japaner noch sehr beträchtliche Vorräte an Lebensmitteln erbeutet hätten, Stössel aber hatte nicht wegen Mangels an Lebensmitteln kapituliert, sondern weil, wie er dem Zaren schrieb, „nach elf Monaten des Kampfes, unsere Kräfte erschöpft sind. Unsere Leute sind Schatten geworden". Der Prozeß gegen Stössel und zugleich gegen die Generale Fock, Smirnow und Reiß soll am 12. Dezember beginnen. Wir wünschen ihnen billige Richter, solche, die selbst, wie jene, durch 221 Tage und Nächte unter dem Feuer und den Sturmangriffen eines Feindes gestanden haben, der weder sich noch den Gegner schonte und zum ersten Male alle die furchtbaren Hilfsmittel moderner Kriegskunst zur Anwendung brachte. Aber wo sind solche Richter zu finden?

In der Casablancaaffäre gehen die Verhandlungen über die Art, wie die Entschädigungsforderungen geprüft werden sollen, immer noch hin und her. Nachdem wir unsere Aufstellung gemacht haben, sehen wir keinen Grund, weshalb ein internationales Zusammenwirken zur Durchführung gleicher Grundsätze nicht möglich sein sollte. Das entspricht ja den Anschauungen, die wir von vornherein vertreten haben. Viel wichtiger erscheint uns die Tatsache, daß die nicht enden wollende Aktion der Franzosen vor Casablanca den Handel aller Mächte schädigt. Es ist nur wenig Aussicht vorhanden, daß mit den bisherigen Methoden das Ziel, die Herstellung normaler Verhältnisse, in absehbarer Zeit erreicht wird.

In Portugal nehmen trotz der optimistischen Erklärung, die der König durch einen Korrespondenten des „Temps" hat verbreiten lassen, die Gegensätze zwischen Regierung und Volk stetig zu. Was besonders bedenklich ist, sind die Bombenfunde (134 Bomben!), die in Lissabon ge-

macht worden sind. Offenbar scheint der Anarchismus zu meinen, daß seine Zeit gekommen ist.

Nicht ohne Beschämung notieren wir zum Schluß, daß bei einem deutschen Sozialdemokraten, der um die Stellung eines Berliner Stadtverordneten kandidiert hat, ein Lager revolutionärer Pamphlete, Waffen und Explosionsapparate gefunden worden ist, deren Bestimmung es war, nach Rußland geschafft zu werden. Wir haben an dieser Stelle mehrfach auf die Rolle hingewiesen, die seit Beginn der Revolution das offizielle Organ der Sozialdemokratie, der „Vorwärts", durch Verherrlichung terroristischer Verbrechen gespielt hat. Jetzt finden wir einen der Genossen als Hehler der russischen oder lettischen Mordbuben, d. h. als ihren Gesinnungsgenossen. Hoffentlich führt die bevorstehende Untersuchung dahin, auch die Zusammenhänge bloßzulegen, die zwischen den russischen Terroristen und bestimmten Persönlichkeiten in den Reihen unserer Sozialdemokratie ohne Zweifel bestehen.

28. November 1907. Angriffe des Polen Golembinsky gegen die preußische Politik im österreichischen Abgeordnetenhause.
Eröffnung des rumänischen Parlaments.
Erfolge Mulay Hafids:
Die Beni Snassen überschreiten die algerische Grenze.
29. November. Rede des Reichskanzlers über die auswärtige Politik.
30. November. Niederlage der Beni Snassen.
1. Dezember. Unfall des französischen Militärballons „Patrie".
2. Dezember. Mobilisierung der Miliz von Natal gegen die Zulus.
4. Dezember. Attentat auf den Generalgouverneur von Moskau Hörschelmann.

---

4. Dezember 1907.

Es ist jetzt wohl möglich, ein Urteil über die Richtung zu gewinnen, welche die dritte Duma aller Wahrscheinlichkeit nach einhalten wird, und wir freuen uns, ihr ein günstiges Prognostikon stellen zu können. Die arbeitsfähigen und arbeitslustigen Elemente überwiegen ohne allen Zweifel, das Vertrauen zur Regierung, speziell zum Ministerpräsidenten Stolypin, gewinnt immer mehr Boden, und wenn wir uns an die bisher gefallenen Entscheidungen halten und über das Nebenwerk an oft leidenschaftlichen und noch öfter uferlosen Diskussionen hinwegsehen, verdient, was bisher geschehen ist, volle Anerkennung. Die ersten Sitzungen gingen mit Einleitungsfeierlichkeiten, Verhandlungen zwischen den einander näherstehenden Parteien und Organisationsarbeiten hin. Erst am 24. November erfolgte die Wahl des Vorsitzenden. Sie ist, wie wir bereits gesehen haben, günstig ausgefallen. Der Oktobrist Chomjäkow kann in vollem Sinne als der Vertreter derjenigen gelten, denen beides, die Wiederherstellung gesetzlicher Ordnung und der Fortschritt des Landes zu politisch freiheitlichen Formen, das Ziel ist. Daß sich auf diesem Boden die Majorität der Rechten mit den Oktobristen zusammengefunden hat, sichert diesen maßvollen Elementen die Majorität, und damit wird dem Ministerpräsidenten Stolypin zum ersten Male die Möglichkeit geboten, zu einer Volksvertretung zu reden, die den guten Willen hat, ihn zu verstehen, und die nicht von vornherein in der Regierung einen Feind sieht. Auch die Gefahren, die möglicherweise von einer

reaktionären Rechten drohen konnten, haben sich als geringer erwiesen, als ursprünglich angenommen werden mußte.

Am 25. November fand keine Sitzung statt. Das Präsidium tagte, wohl um über die Fragen der Geschäftsordnung und Geschäftsführung die notwendige Verständigung herbeizuführen. Am 26. begannen die Debatten über die Antwortsadresse. Wir bemerken dabei, daß die Duma bisher stets zwei Sitzungen am Tage abgehalten hat, was bei der allgemeinen Lust am Reden wohl eine Notwendigkeit ist, wenn man zum Ziel gelangen will. Aber die Entscheidung folgte überraschend schnell. Bei Stimmenthaltung der Linken und der Polen wurde schon am 26. abends einstimmig die vom Führer der Oktobristen Gutschkow auf grund eines Kompromisses mit der Rechten entworfene Adresse angenommen. Beide Teile hatten je einen Ausdruck geopfert. Die Adresse sprach weder vom „Selbstherrscher" noch von der „Konstitution", aber die äußerste Rechte hat dann nachträglich eine besondere Adresse an den Zaren gerichtet, die mit denkbarster Schärfe die volle Unumschränktheit des Zaren hervorhob.

Im Grunde war es ein Streit um Worte. Weder kann zweifelhaft sein, daß der Zar aus souveräner Machtvollkommenheit die Verfassung verliehen und durch das neue Wahlgesetz modifiziert hat, noch auch, daß diese Verfassung in der Tat und rechtskräftig besteht. Wenn der Führer der Kadetten Miljukow in langer Rede die Frage traktierte: „Hat Rußland eine Konstitution?" so war das eben rein doktrinär. Es ist absolut gleichgültig, ob die russische Volksvertretung Konstitution genannt wird oder nicht. Russisch heißt sie Gossudarstwennaja Duma, und ihre legislativen Befugnisse, wie die kaiserliche Urkunde vom 17. Oktober sie verliehen und, wenn es nützlich sein sollte, zu *erweitern* versprochen hat, werden von keiner Seite bestritten, wenn auch unzweifelhaft ist, daß die äußerste Rechte die Versammlung gern zu einer bloß beratenden machen möchte. Daß sie keine Aussichten hat, mit ihren Idealen durchzudringen, zeigte, nachdem der 28. mit Kommissionswahlen hingegangen war, die Morgensitzung des 29., an welcher Stolypin das Regierungsprogramm verlas. Der Inhalt dieses Programms ist zwar unseren Lesern sofort durch den Telegraphen bekannt geworden, aber es wird doch nützlich sein, noch einen Augenblick bei ihm zu verweilen. Es ist im wesentlichen dasselbe Programm, mit dem der Ministerpräsident an die zweite Duma herantrat, nur weiter vertieft und den veränderten Zeitverhält-

nissen angepaßt. Der Minister sagte, daß die „zerstörende Bewegung" (der Ausdruck ist absichtlich so gewählt, daß er in Klang und Inhalt sich der Bezeichnung „befreiende Bewegung", der für die Revolution gebraucht wird, entgegenstellt) nunmehr in offenkundiges Räubertum übergegangen sei, und diesem nur mit Anwendung von Gewalt begegnet werden könne. Die Regierung würde daher eine Abschwächung ihrer Aktion diesen Elementen gegenüber als ein Verbrechen ansehen und wolle nicht ruhen, bis sie das Übel ausgerottet habe. Stolypin wies dabei darauf hin, daß er Schwäche und Begünstigung des Treibens weder durch Beamte noch durch Richter dulden, auch vor einer zeitweiligen Aufhebung der Unabsetzbarkeit des Richterstandes nicht zurückschrecken werde. Wenn man weiß, wie namentlich in den baltischen Provinzen ein Teil der Beamten und Richter zu den offenkundigen oder geheimen Förderern der Revolution gehörte, wird man ihm für diese mutige Erklärung doppelt dankbar sein. Dann folgte sein Agrarprogramm: Hebung der Klasse der Ackerbauer; eine selbständige Bauerbevölkerung müsse auf eigene Füße gestellt werden, nicht durch ungeordnete Landverteilung, auch nicht durch Geschenke, sondern durch Anerkennung der Unantastbarkeit des Privateigentums und durch Schaffung eines persönlichen Grundbesitzes, durch Verwirklichung des Rechts, aus der Gemeinde auszutreten und durch Lösung des Problems, wie die Nutzung des Landes zu heben sei. Der Duma würden zu diesem Behuf eine Reihe von Gesetzentwürfen zugehen, welche die Regierung bereit sei, zu verteidigen. Sie wolle außerdem die Selbstverwaltungsrechte der Landschaften (Semstwo) erweitern und sie bei den Fragen heranziehen, welche lokale Bedürfnisse beträfen, wie die Fürsorge für Arbeitsunfähige, Versicherung und Gewährung ärztlicher Hilfe; vor allem aber sollen die Semstwos die Fragen der Besserung ihrer besonderen landschaftlichen Verhältnisse, parallel mit den Arbeiten der Duma, in den Kreis ihrer Beratungen ziehen. Eine Reform der Justiz in den lokalen Gerichten und in Zusammenhang damit über die Unantastbarkeit der Personen sowie eine Reihe von Anträgen auf Reform der Lokalverwaltung werden noch vorgelegt werden. Endlich werde die Regierung auch Projekte zum Ausbau der Selbstverwaltung der Grenzmarken einbringen, dabei aber zur Richtschnur die Aufrechterhaltung der Einheit des Staatsganzen nehmen.

Danach kam der Minister auf die Notwendigkeit zu sprechen, die Wehrkraft Rußlands wieder auf den Stand zu bringen, der der Ehre und

Würde Rußlands entspreche. Daher werde die Duma vor allem das Reichsbudget zu beraten und als Grundlage der Erneuerung Rußlands das Gleichgewicht im Budget aufrecht zu erhalten haben.

Zu aller Zeit habe die historische selbstherrliche Macht und der freie Wille des Monarchen sich als der kostbarste Besitz des russischen Staatslebens erwiesen. Denn allein diese Macht und dieser freie Wille seien, indem sie die bestehenden Ordnungen geschaffen und bewahrt haben, berufen, in Augenblicken der Erschütterung und Gefährdung des Reiches, Rußland zu retten und es auf den Weg der Ordnung und des historischen Rechts zu führen. Damit schloß der Ministerpräsident unter lautem Beifall der Rechten und des Zentrums diese Erklärung, und es folgte nun nach längerer Pause eine lebhafte Debatte, in der die Opposition namentlich durch den Sozialdemokraten Pokrowski (2) und durch den Führer der Polen (11 aus dem Königreich und 6 aus den westlichen Provinzen) Dmowski hervorzuheben ist. Der erstere erklärte, daß seine Partei nach wie vor ihr Ziel verfolgen werde, Rußland dem Sozialismus zuzuführen, damit es ein Teil der internationalen Armee des sozialistischen Proletariats werde, Dmowski aber schloß mit der Erklärung, daß das polnische Volk sich nie damit zufrieden geben werde, in der Lage von Bürgern zweiter Klasse zu leben. Niemals werde es mit den Staaten Frieden schließen, die ihm eine solche Rolle bereitet hätten. Als danach als Wortführer der Kadetten Maklakow seine doktrinären Bedenken vorbrachte und auch einen Teil des Zentrums zum Beifall fortriß, erhob sich der Ministerpräsident zu einer improvisierten Antwort, die nach dem Zeugnis aller Hörer ein Meisterstück oratorischer Kraft gewesen sein muß. Auch gelesen macht sie einen großen Eindruck. Es liege ihm fern, das Recht des Kaisers zu verteidigen, in Augenblicken der Gefahr den ihm von Gott anvertrauten Staat zu retten. Aber er wolle nicht auf die Beschuldigung antworten, daß Rußland eine Art orientalischer Despotie sei. Habe er doch eben erst im Namen der Regierung ausgeführt, daß die Staatsordnung, in der Rußland lebe, eine repräsentative sei, die der selbstherrschende Kaiser geschenkt habe und die folglich für alle seine Untertanen verbindlich sei. Nicht um zu drohen sei darauf hingewiesen worden, daß er eventuell vor einer Suspendierung der richterlichen Unabsetzbarkeit nicht zurückschrecken werde. Unter dem Eindruck einer Hypnose, wie sie durch ein politisches Chaos geschaffen werde, sowie unter der Wirkung von Drohungen könnten auch Richter versagen. Wenn

es sich um die Rettung des Vaterlandes handele, müßten schwache Männer aus gefährdeten Stellungen entfernt und Ausnahmemaßregeln ergriffen werden, die für ruhige Zeiten nicht Geltung haben. Auch in Frankreich sei das seinerzeit (unter Gambetta) geschehen. Es sei nicht wahr, daß die Regierung nur an Repressionen denke, sie habe gleichzeitig mit Unterdrückung der Revolution stets daran gearbeitet, den wirklichen Nöten der Bevölkerung abzuhelfen, und vor allem darauf hingearbeitet, die Bauern aus dem Schraubstock der Gemeindeverfassung zu befreien. Aus der papiernen Freiheit solle der Bauer zu jener wirklichen Freiheit geführt werden, die aus dem Genuß bürgerlicher Freiheit, aus Staatsbewußtsein und Patriotismus erwachse. Das wurde noch weiter ausgeführt, dann aber wandte sich Stolypin gegen den polnischen Protest.

„Der Vertreter der Zartums Polen" — sagte er — „hat von der Notwendigkeit gesprochen, daß die Regierung gerade im gegenwärtigen Augenblick, ihre Kräfte nicht aus bureaukratischer Zentralisation, sondern aus der Herbeiziehung lokaler Kräfte zur Selbstverwaltung schöpfen müsse, damit die Lücke ausgefüllt werde, die sich notwendig bei einer Zentralgewalt bilde, die sich nur auf die Bureaukratie stützt. Darauf antwortete ich, daß die Regierung demgegenüber nichts einzuwenden hat. Aber ich muß erklären, daß die Kraft der Selbstverwaltung, auf die die Regierung sich stützen wird, immer eine nationale sein muß. Man hat uns gesagt, daß 1828 in Polen verhältnismäßig mehr Schulen waren als 1900. Darauf antwortete ich, dort sind jetzt vielleicht nicht nur wenig Schulen, sondern nicht einmal eine höhere Lehranstalt, weil die Bürger, die sich eben erst Bürger zweiter Klasse nannten, in der Hochschule die allgemeine russische Staatssprache nicht brauchen wollen. Verbindet Euch uns, Ihr Herren, mit dem allgemeinen nationalen Zement, und danach verlangt Dezentralisation von uns. Dezentralisation kann nur da vorgenommen werden, wo ein Überfluß an Kräften vorhanden ist. Das mächtige England, das allen Bestandteilen seines Reiches sehr weitgehende Rechte gewährt, hat einen solchen Überschuß; wenn man aber von uns diese Dezentralisation in einem Moment der Schwäche verlangt, wenn man sie ausreißen will mit den Wurzeln, die das ganze Reich verbinden sollen, mit all den Fäden, die Reich und Grenzmarken verbinden, dann freilich antwortet die Regierung: nein! Stellt Euch zunächst auf diesen Standpunkt, bekennt, daß das höchste Gut ist, russischer Staatsbürger zu

sein, stellt diesen Namen so hoch, wie einst die römischen Bürger taten, dann werdet Ihr Euch selbst Bürger erster Ordnung nennen und alle Rechte erhalten."

Der Schluß der Rede führte aus, daß es sich in dem Programm der Regierung nicht um willkürlich ersonnene Reformen handele. Alte historische Institute würden weiter ausgebildet. Es handele sich um Ausbildung der semschtschina, um eine Selbstverwaltung, der ein Teil der Pflichten der Regierung übertragen werden solle, es handle sich darum, einen Untergrund starker Männer zu schaffen, die mit dem Boden zusammenhängen und der Staatsgewalt verbunden sind. Das sei sein Ideal der Selbstverwaltung; nach oben hin aber sei das Ideal die Entwicklung der vom Kaiser geschenkten Vertretung, die der kaiserlichen Spitze neuen Glanz geben solle. Sie hüte den russischen Staatsgedanken, verkörpere in sich die Kraft und Integrität des Reichs, und wenn Rußland fortbestehen solle, so werde es nur geschehen, wenn all seine Söhne sie schützen, diese Macht, die Rußland zusammengeschmiedet und vor dem Zerfall bewahrt habe. Die Selbstherrschaft des Moskauer Zaren sei nicht die Peters gewesen, die Katharinas nicht die Alexanders II. Mit der Entwicklung und dem Wachstum Rußlands habe auch die zarische Gewalt sich verändert und entwickelt. Auf die russischen Wurzeln lasse sich nicht eine ausländische Blume pfropfen. Vielmehr solle eine russische Blüte aus dem Zusammenwirken der obersten Gewalt und der von ihr geschenkten Vertretung erblühen. Das sei der wohlüberlegte Gedanke der Regierung. Um ihn zu verwirklichen, bedürfe es nicht nur des guten Willens, von dem die Regierung erfüllt sei, sondern auch des guten Willens der Duma. Sie solle vor der schweren Arbeit mit der Regierung nicht zurückschrecken. Auf die weiteren Einwände wolle er nicht antworten. Wer seinen Weg durch die Sterne leiten lasse, dürfe sich nicht durch Irrlichter ablenken lassen. Deshalb habe er nur die wesentlichen Gesichtspunkte der Regierung dargelegt. Verwandle man die Duma in einen Zirkus, um der Menge ein Schauspiel zu bieten, um Gegner zu suchen und sich an ihnen einen Triumph zu bereiten, so schade man. Die Regierung solle überflüssige Worte vermeiden, aber es gebe Worte, die Gefühle ausdrücken, bei denen durch alle Jahrhunderte das russische Herz höher geschlagen habe — diese Worte lauten: Unerschütterliche Anhänglichkeit zu den historischen Grundlagen Rußlands. Das sei das Gegengewicht gegen den vaterlandslosen Sozia-

lismus. Den Wunsch, zu erneuern und Licht zu schaffen, und im Gegensatz zu den Leuten, die den Zerfall wünschen, das Vaterland hoch zu erhalten, die Ergebenheit auf Leben und Sterben für den Zaren, in dem sich Rußland verkörpere. „Dies, meine Herren, ist alles, was ich sagen wollte. Ich habe gesagt was ich dachte und wie ich es konnte."

Der Eindruck dieser Rede war ein ganz außerordentlicher, und zwar um so mehr, als sie eine Überraschung war. Niemand hatte im Ministerpräsidenten einen großen Redner vermutet; die warme und innere Leidenschaft seiner Worte riß die Versammlung hin. Namentlich die Bauern und die Geistlichkeit konnte sich in Beifallrufen nicht genug tun. Die Rede aber hatte auch die Bedeutung, Rechte und Zentrum wieder näher aneinander zu rücken und den linken Flügel der Oktobristen, der infolge der Debatten am 26. zu den Kadetten überzugehen drohte, wieder zu disziplinieren. Stolypin hatte zwar das Wort Konstitution, um das so heiß gestritten worden war, nicht gebraucht, und mehrfach und nachdrücklich das ebenfalls so hart angefochtene Wort Ssamoderschawije (Selbstherrschaft) gebraucht, aber er hatte die Begriffe Selbstherrschaft und Volksvertretung so eng miteinander verknüpft, daß sie sich gegenseitig zu bedingen schienen. Wir irren aber wohl nicht, wenn wir annehmen, daß diese Rede auch bestimmt war, in Zarskoje Sselo denjenigen Elementen entgegenzutreten, die dort — was zweifellos geschieht — für den Gedanken der Rückkehr zur unumschränkten Selbstherrschaft wirken. Beides hätte nicht zweckmäßiger geschehen können. Wir wollen hoffen, daß von ihr noch eine andere Wirkung ausgeht, daß sie auf diejenigen Elemente der irregeleiteten russischen Jugend einen Eindruck macht, die durch die falschen Ideale sozialdemokratischer und anarchistischer Theorien innerlich noch nicht ganz ausgehöhlt sind.

Die Entdeckung des Kriegslagers der russischen Revolutionäre in Berlin hat ja gezeigt, auf welches Niveau diese Affilierten der Hintermänner unserer sozialdemokratischen Führer gesunken sind. Wenn man neben Revolver und Bombe auch zur Falschmünzerei greift, muß auch jener Rest von Selbstachtung schwinden, den die Rinaldo Rinaldinis der Landstraßen sich zu wahren bemühen. Besondere Bedeutung wird man der Antwort beimessen, die Stolypin dem Polen Dmowski gab. Sie fällt in eine Zeit, da das Polentum überall in Aggression ist und sich eben erst in Wien und in Lemberg in unerhörten Herausforderungen des Deutschen Reiches gefallen hat, Herausforderungen, von denen

zwar, wie wir wissen, unsere Beziehungen zu Österreich-Ungarn nicht berührt werden, die aber prämeditiert waren und den künstlich konstruierten Einfluß, den die galizischen Polen in Österreich ausüben, in einem sehr bedenklichen Licht erscheinen lassen. Die Antwort darauf wäre, daß die österreichische Regierung den von den Polen mißhandelten und unterdrückten Ruthenen zu dem guten Recht verhilft, auf das sie zweifellos einen Anspruch haben, was sich um so mehr empfiehlt, als diese Elemente bekanntlich von anderer Seite her sehr eifrig umworben werden. In der Sitzung am 1. Dezember ist es dann doch noch zu einer überaus leidenschaftlichen Szene gekommen, die aber schließlich in einen neuen Triumph des Ministerpräsidenten und der Regierung ausmündete. Sozialdemokraten und Kadetten waren bemüht, den großen Eindruck zu verwischen, den das Auftreten Stolypins gemacht hatte, und den verlorenen Boden zurückzugewinnen. Es geschah zum Teil in geschickter Weise, so daß auch aus den Reihen des Zentrums Beifallsrufe ertönten. Aber eine von glühender Leidenschaft getragene Rede des Kadetten Roditschew verdarb ihnen den halben Erfolg. Er vergaß sich so weit, eine „Galgenschnur ein Stolypinsches Halstuch" zu nennen. Es erhob sich nun ein unbeschreiblicher Sturm, der in Tätlichkeiten auszuarten drohte und dahin führte, daß der Präsident den Sitzungssaal verließ und damit die Sitzung auf eine Stunde aufhob. In dieser Zeit traten die einzelnen Fraktionen zusammen. Sie verständigten sich dahin, über Roditschew die höchste Ordnungsstrafe, Ausschluß aus den nächsten 15 Sitzungen, zu verhängen. Dieser Antrag ist dann von der Kammer mit allen gegen 96 Stimmen angenommen worden, und danach wurde Stolypin durch Aufstehen der Versammlung und laute Beifallsrufe eine Ovation dargebracht, die er stehend und schweigend entgegennahm.

Dieser Schlachttag bedeutete für die Linke eine schwere Niederlage.

Von der marokkanischen Frage wird im Augenblick wieder mehr Lärm gemacht, als die Sache wert ist. Es sind einige Franzosen bei einer Expedition gefallen, die zur Beitreibung einer Strafzahlung von dem Stamm der Beni-Snassen in marokkanisches Gebiet eindrang, und danach hat dieser Stamm in der Verfolgung einige Kilometer französischer Grenze überschritten und einen heillosen Schrecken in den nächst gelegenen algerischen Städten erregt. Die Beni-Snassen sind aber mit blutigen Köpfen unter unverhältnismäßig großen Verlusten zurückgeworfen worden. Danach sind zwei algerische Grenzstämme, die Beni-

Benguſch und die Attia, auf marokkaniſches Gebiet übergegangen, um ſich den ihnen ſtammverwandten Beni-Snaſſen anzuſchließen. Das iſt unter Weglaſſung aller Details das Tatſächliche. Aber die franzöſiſche Preſſe iſt in höchſter Aufregung und es ſcheint, daß auch die Regierung etwas von ihrer Kaltblütigkeit verloren hat. Man hat dem General Lyautay völlig freie Hand gegeben und ſchickt neue Verſtärkungen nach Marokko. Es ſcheint, daß die Abſicht dahin geht, einen weiteren Punkt auf marokkaniſchem Gebiet, Scherraa, zu beſetzen. Das geht dann auf die Rubrik: Grenzpolizei. Ob es ſehr klug iſt, und ob nicht die Folge dieſes Vorgehens ein weiteres Steigen der Erregung in Marokko ſein wird, iſt eine andere Frage. Rein menſchlich betrachtet können einem dieſe tapferen Reiterſtämme der Marokkaner herzlich leid tun. Sie werden von weitem von dem franzöſiſchen Geſchütz niedergeworfen, und wenn einige von ihnen trotz allem bis an den Feind dringen, iſt es eben ein Beweis des Heldenmutes, der ſie beſeelt. Es ſind Leute, die zu ſterben wiſſen.

Auch in anderer Beziehung ſcheinen die marokkaniſchen Wirren übertrieben zu werden; wie ein Bericht der „Weſtminſter Gazette“ zeigt, ſind die Engländer mit den Ergebniſſen des diesjährigen Handels in höchſtem Grade zufrieden. Der Chef der Firma Forword Brothers ſagt, der Handel mit Marokko ſei niemals einträglicher geweſen als jetzt, da nach zweijähriger Mißernte die diesjährige Ernte einen ungewöhnlich reichen Ertrag gegeben habe. Auch ſei in Mazagan, Saffa, Magador alles in beſter Ordnung (we have never had any trouble), nur Caſablanca mache eine Ausnahme. Aber auch dort hätten ſeine Paſſagiere ſtets landen können.

Mr. Dudley Forword ſpricht dann die ketzeriſche Anſicht aus, daß ſeiner Meinung nach es beſſer geweſen wäre, wenn England die Kontrolle Marokkos übernommen hätte. (I think England ought to be the controlling Power in Marocco, and I feel sure if she had been, the trade of that country generally would have gone up much more than it is). Aber er fügt hinzu, daß wohl keine engliſche Regierung von den einmal getroffenen Vereinbarungen zurücktreten werde.

Im Dezemberheft der „Fortnightly Review“, die nicht zu der uns prinzipiell feindlichen Preſſe gehört, findet ſich ein Artikel, der ſich mit unſerem Marinebudget beſchäftigt und dabei zu den folgenden Schlüſſen gelangt, die wir ohne weiteren Kommentar wiedergeben:

„Wir ſtehen vor einer ernſteren Lage als jemals im Verlauf unſerer Geſchichte. Die Deutſchen glauben, daß die ſtetige und ſchnelle Ent-

wicklung ihrer Flotte eine Lebensfrage ist. Trotz unserer Versicherung, daß sie ihre Kriegsfähigkeit nicht steigern können, und daß wir stets zwei Panzerschiffe gegen eines vom Stapel lassen werden, wissen sie sehr wohl, daß durch Beschaffung eines großen Marinepersonals und einer großen Tradition, sie tatsächlich diese Ungleichheit vermindern. Wir unsererseits haben das Recht, alle unsere diplomatischen Hilfsmittel daranzusetzen, um Deutschland daran zu verhindern, zu seiner militärischen Macht auch eine ausschlaggebende Seemacht zu besitzen. Das ist das große Problem, das die nächsten Jahre stellen. Die Herausforderung geht nicht von England aus. Wir wollen nur bewahren, was wir haben. Seit fast einem Jahrhundert gehört die Suprematie zur See England, und es hat nichts getan, den Frieden zu stören. Wir wollen den Dreizack so fest halten, wie Deutschland seinen Degen."

Der „Temps" erklärt die in diesem Artikel enthaltene Andeutung dahin, daß, wenngleich England stets pekuniär in der Lage sein werde, den Vorsprung in der Marine zu bewahren, soweit das Material in Frage komme, dasselbe doch nicht vom Personal gelte. Es gebe ein Maximum der Mannschaft, das England nicht überschreiten könne.

6. Dezember 1907. Verlobung des Fürsten Ferdinand von Bulgarien mit der Prinzessin Eleonore von Reuß j. Linie.
8. Dezember. Tod König Oskars von Schweden.
Regierungsantritt Gustavs V.

---

11. Dezember 1907.

Wir haben lange nicht von den italienischen Angelegenheiten an dieser Stelle gesprochen. Einmal, weil sie sehr wenig erfreulich sind, zweitens, weil zum Glück diese inneren italienischen Angelegenheiten nicht Exportware sind. Dennoch wäre es falsch, sie nicht zu beachten; sie zeigen uns gewisse Ausartungen des parlamentarischen Lebens, die zu den Schwächen des Systems gehören: die stetig zunehmende Abhängigkeit der Deputierten von ihren Wählern, und das Interesse, der zeitweilig regierenden Partei oder der am Ruder sitzenden Koalition die Augen zu schließen, wenn es sich um Sünden der Parteigenossen handelt. Der Fall Nasi, der ja ein besonders drastisches Beispiel bietet, kann keineswegs als ein Ausnahmefall betrachtet werden. Der Mann ist der Sündenbock eines Systems, das von 1891 bis 1903 im italienischen Unterrichtsministerium unbeanstandet im Schwange war. „So machen es alle", das war das Leitmotiv seiner Verteidigung, und die jüngsten Enthüllungen über die Art und Weise, wie die Millionen vergeudet worden sind, die in aller Welt zum Besten der durch das Erdbeben geschädigten Kalabresen gesammelt wurden, scheinen das Diktum zu bestätigen, wenn sie es auch nicht rechtfertigen. Zum Glück läßt sich darauf rechnen, daß jetzt nach beiden Seiten hin, im Falle Nasi wie in der kalabresischen Angelegenheit, der Gerechtigkeit genug geschehen wird, denn eine Sühne ist unerläßlich. Ob aber damit die Schäden des Systems beseitigt werden, ist mehr als fraglich. Die Wahlen werden durch Versprechungen an die Wähler erkauft und diese Versprechungen müssen eingelöst werden. Geschieht es, so fragt die Wählerschaft nicht danach, wie der Mann ihres Vertrauens es möglich gemacht hat, sie zu befriedigen. Nasi ist noch heute der populärste Mann in Sizilien, und wenn er jetzt verurteilt wird, was wir in Anbetracht der ihn erdrückenden Tatsachen für sicher halten, so wird es dort

eine ungeheuere Entrüstung geben. Man mag das alles durch eine gewisse Naivität entschuldigen, die der Vorstellung entspricht, die bei niedrigem Bildungsstande sich über die Pflichten festsetzt, die der Gewählte seinen Wählern gegenüber hat, während andererseits der naive Egoismus und die gleich naive Selbstüberschätzung des Gewählten dahin drängt, sich durch die Gunst der Wähler die Wiederwahl zu sichern. Endlich spielt der nichts weniger als naive Egoismus der Parteien mit, die am Ruder bleiben wollen und um Anhänger werben müssen, wenn sie sich behaupten wollen. Zu welcher Parteityrannis diese Verhältnisse in Frankreich geführt haben, wo alles was nicht radikal und sozialistisch und nicht freimaurerisch ist, von der Staatskrippe ferngehalten wird, bedarf keiner weiteren Erläuterung. In England liegen dank der historischen Schulung der Nation, und dank der Tatsache, daß es wirklich zwei große Parteien sind, die alternierend die Regierung übernehmen, diese Verhältnisse weit günstiger, wenn sie auch keineswegs dem Ideal entsprechen, das kontinentale Theoretiker konstruiert haben, und sich im Wesen von allem nicht englischen Parlamentarismus unterscheiden. Wie der österreichisch-ungarische Parlamentarismus fungiert, hat eine lange Erfahrung gezeigt, und die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß jetzt, unter der Herrschaft des allgemeinen Wahlrechts noch gröbere Ausschreitungen und Mißbräuche Platz greifen werden, als vorher. Je mehr die kontinentale Schablone des parlamentarischen Systems sich praktisch durchsetzt, um so mehr entfernt sich die politische Wirklichkeit von dem Ideal, das erreicht werden soll. In England regiert eine geschulte Elite, mit Hilfe einer unbedingt gehorchenden, wohldisziplinierten Majorität, die ihrerseits wieder aus einer Elite der Bildung und der sozialen Stellung besteht, die nicht, um besondere Wünsche ihrer Wähler zu erfüllen, in das Parlament geschickt wurde, sondern um dem Führer zu gehorchen, zu dem sich die Partei bekennt, die ihn gewählt hat. Ein in seiner Machtstellung so gut wie unumschränkter Premierminister macht die Politik, und die Aufgabe der Parlamentsmajorität, über die er gebietet, ist nur, diese Politik vor aller Welt zu rechtfertigen, ganz wie der Führer der Opposition mit seiner gleichfalls unbedingt fügsamen Gefolgschaft sie vor aller Welt kritisiert, ohne jedoch dabei über die Grenzen hinaus zu gehen, die ihm bei Übernahme der Regierung durch seine Partei unerfüllbare Verpflichtungen auflegen könnten. Wollte man den englischen Parlamentarismus auf einen beliebigen europäischen Staat übertragen,

so würde er als eine unerträgliche Tyrannei empfunden werden. Er ist aber nicht übertragbar, und selbst die großen englischen Kolonien, die ihn übernommen haben, haben etwas ganz anderes, im Wesen verschiedenes daraus gemacht. Unseres Erachtens ist das konstitutionelle System, wie es bei uns in Preußen fungiert und im Könige ein Haupt findet, das nicht darauf verzichtet hat, einen politischen Willen zu haben und zu behaupten, die lebensfähigste Form einer repräsentativen Verfassung, weil es die Parteityrannis ausschließt und weder in eine Oligarchie noch in eine Ochlokratie ausarten kann. Die Einführung des allgemeinen Wahlrechts aber würde ohne allen Zweifel diese Vorzüge erheblich mindern, der Parlamentarismus sie tatsächlich aufheben.

Das sind freilich sehr wenig moderne Anschauungen, aber sie ruhen auf dem Fundament unserer Geschichte und werden bestätigt durch das Bild, welches das parlamentarische Regime ringsumher uns zeigt. Der Fortschritt vom konstitutionellen zum parlamentarischen System würde für uns einen Rückschritt bedeuten, und zwar um so mehr, als, wie es scheint, Torheiten auf dem Gebiet der Verfassungen sich nicht rückgängig machen lassen. Doch wir kehren zu Italien zurück, um noch die erstaunliche Tatsache zu notieren, daß Ernesto Nathan, ein in England geborener Jude, wahrscheinlich deutscher Herkunft, der sich in Italien hat naturalisieren lassen und der eines der Häupter der italienischen Freimaurer ist, zum Bürgermeister von Rom gewählt worden ist. Man braucht nicht sehr weit zurückzudenken, um diese Wahl „erstaunlich" zu finden. Sie erklärt sich wohl als Reaktion gegen die kaum noch verständlichen Übertreibungen des unduldsamen römischen Klerikalismus, der mit unserer Weltanschauung nichts mehr gemein hat, von dem wir aber verstehen, daß er als notwendige Konsequenz aus dem Unfehlbarkeitsdogma hervorgewachsen ist. Es wird nur folgerichtig sein, wenn jetzt, wie angekündigt wird, die Beatifikation Papst Pio IX. folgen soll.

Die Gossudarstwennaja Duma hat in den acht Tagen, die seit unserer letzten Betrachtung ihrer Tätigkeit hingegangen sind, recht öde und unfruchtbare Verhandlungen geführt. Es handelte sich darum, mit einer motivierten Tagesordnung auf die jüngste Kundgebung des Ministerpräsidenten zu antworten. Es wurden aber am 5. Dezember alle in Vorschlag gebrachten Formeln abgelehnt, auch die der Oktobristen, weil die äußerste Rechte mit der Linken (Kadetten, Polen, Arbeiterpartei) dagegen stimmten. Nur die Sozialdemokraten haben nicht mit-

gestimmt. In einer stürmischen Parteiversammlung hatten sie schon vorher den Beschluß gefaßt, zwar mitzureden, um die demokratischen Elemente vom Einfluß der Kadetten zu befreien, aber in keiner Weise an der Arbeit der Duma teilzunehmen. Gewiß eine Resolution, die den Vorzug hat, den Nutzen dieser Partei dem Lande ad oculos zu demonstrieren. Dem Maximalisten Lenin gebührt der Ruhm, gegen die Stimmen der Minimalisten diesen Parteibeschluß durchgesetzt zu haben. Da nun die Duma sich auf keine Antwort an den Ministerpräsidenten einigen konnte, hat man sich schließlich damit zufrieden geben. Man wird gar nicht antworten, und Herr Stolypin wird das wohl verschmerzen können. Dagegen ist ein ungemein vernünftiger Beschluß gefaßt worden. Die Duma wird nur zweimal wöchentlich tagen, die ganze übrige Zeit soll den Arbeiten in den Kommissionen gehören, und diese Arbeit ist dann auch gleich in Gang gebracht worden. Ihr Erfolg vor der Plenarversammlung wird über die Zukunft des russischen Verfassungslebens entscheiden.

Inzwischen schwirrt die Luft von Krisengerüchten. Es heißt, daß Purischkewitsch die größten Aussichten habe, nächstens Minister zu werden, wie denn nicht zu übersehen ist, daß die äußerste Rechte einen starken Anhang in den Hofkreisen hat. Es wäre verhängnisvoll, wenn sie wirklich das Übergewicht gewinnen sollte, aber nach allem, was vorausgegangen ist, kann diese Wendung wohl nur eintreten, wenn auch die dritte Duma völlig versagt, und das können wir bis auf weiteres noch nicht annehmen, da der Wille zu arbeiten bei der Majorität gewiß vorhanden ist. Wenn nur die ruchlosen anarchistischen Attentate aufhören wollten. Vor wenigen Tagen ist ein Bombenattentat gegen den Generalgouverneur von Moskau, Hörschelmann, den Sproß einer baltischen Pastorenfamilie, versucht worden. Seine Pferde wurden getötet, sein Kutscher verwundet, er selbst und sein Adjutant, ein Fürst Obolenski, durch die Wucht der Explosion aus dem Wagen geschleudert, blieben unverwundet. Es ist wieder eine junge Frau gewesen, die das „Aktionskomitee" ausgeschickt hat, den Mord zu vollführen. Sie hat ein Auge verloren und ist auch sonst vielfach verwundet worden. Aber man nimmt an, daß sie am Leben bleibt, und hofft noch ihre Identität festzustellen und damit der verbrecherischen Organisation auf die Spur zu kommen. Auch die Haltung der studierenden Jugend ist nach wie vor kläglich. In Anlaß des Prozesses der 49 Sozialdemokraten, die an der

Verschwörung beteiligt waren, deren Konsequenzen zur Auflösung der zweiten Duma führten, haben Demonstrationen in fast allen Petersburger Lehranstalten und in den meisten Universitäten stattgefunden, so daß die zeitweilige Schließung der Hörsäle dekretiert werden mußte. Die Immatrikulierten von 1905, in denen der Rausch der Revolution noch fortwirkt, führen jetzt das große Wort in den Studentenversammlungen, und die Masse läßt sich terrorisieren, wenn auch eine Gegenwirkung einzusetzen beginnt. So sind die russischen Zustände noch immer höchst beunruhigend und selbst im besten Falle neue Erschütterungen zu erwarten, ehe der Staat zu einigermaßen geordneten Lebensformen wieder zurückkehren und sein volles Gewicht im internationalen Leben wird geltend machen können. Wenn Herr Pichon jüngst sagte, daß nach wie vor die russische Allianz das Fundament der politischen Stellung Frankreichs sei, so eskomptiert er eine Zukunft, die noch nicht Wirklichkeit geworden ist. Er rechnet dabei wohl auch, und wie wir glauben mit Recht, auf das kurze Gedächtnis der Russen gegenüber den zahlreichen Schwankungen der französischen Politik seit den Tagen, da die Möglichkeit eines russisch-japanischen Krieges auftauchte, und während der Wirren der russischen Revolution. Im Augenblick hat für Frankreich die russische Allianz nur einen dekorativen Charakter und die „entente cordiale“ mit England ist der eigentliche Angelpunkt ihrer Politik.

Das französische Ministerium ist jüngst in der wichtigen Frage der Herabsetzung der Übungszeit der Reservisten und der Landwehr in der Kammer unterlegen, ohne eine Kabinettsfrage daraus gemacht zu haben. Offenbar rechnen Herr Clemenceau und Herr Picquart darauf, daß der Senat sich auf ihre Seiten stellen wird und daß dann schließlich auch die Kammer sich wird umstimmen lassen. Wahrscheinlich wird das auch der Ausgang sein. Die Herren Deputierten haben ja ihren Wählern gezeigt, daß sie voll guten Willens sind und an der patriotischen Formel für den Rückzug kann es schließlich nicht fehlen. In der marokkanischen Frage ist Herr Pichon seiner Kammer sicher, ob er des Ausgangs ebenso sicher ist, den die Schwierigkeiten an der algerischen Grenze nehmen werden, steht uns weniger fest. Ein ehrgeiziger und tüchtiger General, dem freie Hand zur Aktion gegeben worden ist, kann sich leicht über Schranken hinwegsetzen, die ein vorsichtiger Politiker, wie Herr Pichon es ist, gern gewahrt sehen möchte, und daß einflußreiche Kreise in Frankreich für eine energische Aktion in Marokko eintreten, ist sicher. Es spielen aber noch

andere Momente mit. Die Franzosen klagen über einen sehr regen Waffenschmuggel, der angeblich von deutschen und belgischen Händlern ausgeht; die Waffen sollen aus den Vereinigten Staaten kommen und über Hamburg in die Kanarischen Inseln gebracht werden. Dort sei das eigentliche Zentrum, und man verstehe es, sie auf Umwegen nach Marokko zu schaffen, so daß sie der französischen Kontrolle entgehen. Die Marokkaner aber zahlten jeden Preis für ein gutes Gewehr. Eine andere Schwierigkeit bringt der Bürgerkrieg zwischen Mulai Hafid und Mulai Abd el Aziz, der noch keineswegs entschieden ist und voraussichtlich nicht an der Küste, sondern im Innern entschieden werden wird. Endlich hieße es absichtlich blind sein, wenn man verkennen wollte, daß die nationale und religiöse Erregung im Zunehmen, nicht in der Abnahme sei.

In der dépêche de Toulouse vom 6. Dezember hat Jaurès seine Stimme erhoben, um auf die wahrscheinlichen Gefahren der marokkanischen Frage hinzuweisen. Er versichert dabei, nicht als Parteimann, sondern nur als französischer Patriot zu sprechen, und wir wollen es ihm wohl glauben. Es ist nichts Gemachtes und Zweideutiges in seiner Sprache. Er beruft sich dabei auf den auch von uns angezogenen Artikel von Camille Sabatier in der „Revue politique et parlementaire" und warnt vor den unberechenbaren Zufällen, die Frankreich über Nacht in einen großen afrikanischen Krieg verwickeln können. „Am schlimmsten — so fährt er fort — wird es sein, daß wiederum eine europäische Verstimmung geschaffen wird.... Die beklagenswerte Wirkung wird auch darin bestehen, daß in der weiten muselmännischen Welt Frankreich als ein leidenschaftliches Volk von aggressiven Neigungen erscheinen muß. Durch den Islam geht jetzt das Bemühen, sich zu regenerieren. In Indien, in Ägypten zumal streben die Muselmänner nach Freiheit, sie wollen an der europäischen Zivilisation teilnehmen und den Koran weiter und menschlicher deuten. Und diese Stunde wählen wir, um den Haß eines Teils der islamischen Welt, deren moralische Solidarität man kennt, auf uns zu häufen. Was aber am wunderbarsten und trostlosesten ist, das ist, daß mit Ausnahme einer kleinen Gruppe skrupelloser und tätiger Spekulanten und Finanzgrößen niemand in Frankreich, weder die Bürger, noch das Parlament, noch die Regierung, diese Expedition gewollt hat...."

Das mag genügen, um die Richtung der Ausführungen von Jaurès zu kennzeichnen. Ob er in den zuletzt aufgeführten Sätzen recht hat, ist uns fraglich. Es gibt sehr patriotische Männer in Frankreich, die ein

französisches Marokko als Ausgang all dieser Wirren sehnlichst wünschen, und zwar Männer, die weder Spekulanten noch Finanzleute sind. Was entscheiden wird, dürfte schließlich der Erfolg sein. Diejenigen, für die er spricht, werden als die wahren Patrioten anerkannt werden. So ist es immer gewesen, und so wird es auch dieses Mal sein!

Großen Beifall hat Herr Pichon in der Kammer dadurch gewonnen, daß er auf die Interpellation des Abgeordneten Colin hin versprach, die Frage der Aufnahme von Tunesiern in den französischen Staatsverband einer Kommission zur Prüfung zu überweisen. Er macht dabei allerdings darauf aufmerksam, daß diese Frage schwierig sei, und das leuchtet ein, sobald man sich vorstellt, daß die Naturalisation einen weiteren Umfang annehmen sollte.

Der Übergang des souveränen Kongostaates aus den Händen König Leopolds in die des belgischen Staates wird von der „Westminster Gazette" etwas übellaunig in einem Leitartikel behandelt, dem sie die Überschrift gibt: Das wahre Kongoproblem. Dieses wahre Problem liegt darin, und wir schließen uns der Argumentation der „Westminster Gazette" hierin ganz an, ob Belgien die durch die Kongoakte allen Mächten zugesicherte Handelsfreiheit zur Wahrheit macht, oder ob die prohibitive Politik König Leopolds, der das sogenannte „Domaine de la couronne" seiner ausschließlichen Nutzung vorbehielt, auch fürderhin fortdauern soll.

„Wenn alles, was einen Handelswert hat — Wälder, Kautschuk und andere afrikanischen Produkte, worunter Elfenbein zu verstehen ist — als Eigentum der Regierung gilt, dann müssen — sagt die „Westm. G." — die Eingeborenen zu praktischer Sklaverei reduziert werden, und Bedrückung und Tyrannei werden die notwendigen Folgen des Bestrebens der Regierung, ihre Rechte geltend zu machen. Dann bleibt für den legitimen Handel der Weißen mit den Eingeborenen nichts übrig ... und Sklaverei und Sklavenjagd sind die Konsequenzen. ..."

Das wird noch weiter ausgeführt und in den Satz gegipfelt, daß das wahre Problem, vor dem Belgien jetzt stehe, darin liege, die früheren Traditionen fallen zu lassen und zur Begründung eines Systems anständigen Handels zu schreiten (to a foundation of honest trade). Das erwarten auch wir und, wie uns scheint, ist dies der einzige Weg, auf dem Belgien sich den dauernden Besitz seiner Kongokolonie sichern kann. Von französischer Seite ist — wenn die Presse gut orientiert ist — an das Vorkaufsrecht Frankreichs erinnert worden!

Eine sehr lehrreiche Tatsache, die auf die zwischen Japan und den Vereinigten Staaten sowie zwischen Japan und Kanada strittige Einwanderungsfrage ein grelles Schlaglicht wirft, lernen wir aus dem „Courrier Européen" kennen. Einige japanische Unternehmer, denen die steigenden Ansprüche ihrer Arbeiter schließlich unerträglich wurden, entschlossen sich, chinesische Arbeiter einzuführen. So wurden 250 Chinesen zum Bau einer Eisenbahn in der Präfektur Miyazaki benutzt, 50 andere Chinesen trafen am 1. September dieses Jahres in Kobe ein, sie sollten für einen gewissen Hashino Kyosakura einen Eisenbahnbau beendigen. Hier aber griff die japanische Regierung ein; sie befahl den Chinesen, unverweilt das japanische Territorium zu verlassen, den neuangekommenen aber verbot sie, das Paketboot, auf dem sie gekommen waren, zu verlassen. Ein Kaiserliches Edikt Nr. 385 vom Jahre 1899 wurde zur Rechtfertigung dieser Maßregel vorgewiesen, es verbietet in der Tat die Einfuhr chinesischer Arbeiter in Japan. Obgleich der chinesische Gesandte zugunsten seiner Landsleute alles mögliche tat, blieb es dabei. Der Unterstaatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten erklärte, das Verbot sei in Kraft und dabei müsse es bleiben. Es kann kaum zweifelhaft sein, daß diese Haltung Japans der chinesischen Einwanderung gegenüber, die Amerikaner in ihrem Widerstande gegen die japanische Einwanderung erheblich kräftigen wird, während es andererseits gewiß nicht dazu beitragen kann, die beiden ostasiatischen Vettern einander näher zu bringen.

Überhaupt beginnen diese Rassengegensätze und Antipathien eine nicht geringe Rolle in der internationalen Politik zu spielen. Die Aufregung in Indien dauert fort und hat kürzlich sogar zu einem Bombenattentat gegen einen Eisenbahnzug im Gebiet von Kalkutta geführt. Das erscheint um so bedenklicher, als dieser Kampf mit den Zerstörungsmitteln des Anarchismus auf diesem Boden bisher unbekannt war und die Gefahren der indischen Bewegung erheblich steigert. Auch in Südafrika spielt das Rassenproblem mit. Transvaal weist die aus Natal herüberkommenden Inder aus, wenn sie nicht eine ausdrückliche Erlaubnis erhalten, und die ablehnende Haltung, die Australien und Neuseeland allen Farbigen gegenüber einnehmen, trifft die indischen Untertanen Englands ebenso wie Chinesen und Japaner. Russische Korrespondenzen aus Charbin klagen über die systematische Durchforschung Russisch-Ostasiens durch japanische Offiziere, und vor wenigen Tagen ging die Notiz durch die Zeitungen, daß die Admirale Togo, Kamimura, Taschimura und die

Generale Nogi und Niski nach einer Reise, die sie unerkannt und geheim durch ganz Europa gemacht hatten, schließlich als sie im Begriff waren die Heimreise anzutreten, in einem Hotel in Neapel erkannt worden seien. Wenn diese Nachricht wahr sein sollte, was uns keineswegs feststeht, sehen wir nicht recht, weshalb diese Herren ein Geheimnis aus ihrer Reise gemacht haben. Sie wären überall in Europa gut aufgenommen worden und hätten wahrscheinlich mehr gesehen, als man unbekannten Touristen zu sehen gestattet.

In König Oskar II. von Schweden ist ein hochbegabter edler Fürst aus dem Leben geschieden. Seine letzten Lebensjahre sind ihm durch den Bruch mit Norwegen getrübt worden. Aber er war glücklich in seinem Hause und sein Volk liebte ihn.

Zum Schluß sei noch mit zwei Worten auf einen Leitartikel des „Temps" in seiner Sonntagsnummer hingewiesen. Er beschäftigt sich mit der „politischen Lage in Berlin" und ist voller Gehässigkeit, wie wir es vom „Temps" gewohnt sind. Wir hätten kein Wort darüber verloren, wenn der Artikel in einem Blatt gestanden hätte, das der französischen Regierung ferner steht. So aber gewinnt die systematische Feindseligkeit, mit der dieses Organ des französischen Auswärtigen Amtes sich dem verantwortlichen Leiter der deutschen Reichspolitik bei jeder Gelegenheit entgegenwirft, eine Bedeutung, die auf die allgemeine Tendenz der französischen Politik ihre Schatten wirft.

12. Dezember 1907. Ermordung von Boris Sarafow in Sofia.
13. Dezember. Kaiser Wilhelm in Amsterdam.
14. Dezember. Rückkehr Kaiser Wilhelms nach Potsdam.
Gefechte der Truppen des Machsen mit Bu Hamara.
16. Dezember. Demission des persischen Ministeriums.
Teheran in Belagerungszustand erklärt.

---

18. Dezember 1907.

Kaiser Wilhelm ist in bester Gesundheit von seiner englischen Reise zurückgekehrt. Das herrliche Klima von Wight, die vornehme und rücksichtsvolle Gastfreundschaft der Engländer und die Summe angenehmer Eindrücke, die ihm entgegengetragen wurde, haben gewiß sehr wesentlich dazu mitgewirkt, daß er die körperliche Erholung und geistige Ausspannung gefunden hat, deren er bedurfte. Auch an dieser Stelle sagen wir dafür unseren englischen Vettern aufrichtigen Dank. Läßt sich doch nicht verkennen, daß der Aufenthalt des Kaisers auf englischem Boden auch wesentlich dazu beigetragen hat, eine Spannung zu mindern, die hüben und drüben in der Presse einen übertriebenen Ausdruck gefunden hat und einen chronischen Charakter anzunehmen drohte. Nach dieser Richtung hin hat sich eine Wandlung zum Besseren vorbereitet. Ausführungen, wie sie in dem leitenden Organ der regierenden Partei, der „Westminster Gazette", über die deutsch-englischen Beziehungen zu finden sind, haben die Bedeutung sehr erfreulicher Stimmungssymptome, und zahlreiche englische Blätter haben den gleichen Ton angeschlagen. Daß es der allgemeine Ton werden könnte, dürfte nicht erwartet werden. Wir haben in der englischen Presse gewisse unversöhnliche Feinde, die gerade die Anwesenheit des Kaisers auf englischem Boden benutzt haben, ihre giftigsten Pfeile abzuschießen. Aber wer nimmt die „National Review" und ihren „Ignotus" noch für ernst und politisch zurechnungsfähig. Es spricht aus ihnen ein Verfolgungswahn, der als unheilbar zu betrachten ist und mit dessen Argumenten natürlich nicht mehr gestritten wird.

Aber vielleicht ist der Augenblick gekommen, um an der Hand historischer Tatsachen eine allgemeine Betrachtung anzustellen, die zwar auch von den deutsch-englischen Beziehungen gilt, aber nicht von ihnen aus-

geht. Die Anregung dazu haben die schon jüngst erwähnten beiden Bände von Jacques Bardoux uns gegeben, die unter dem Titel: „Versuch einer Psychologie des heutigen England" erschienen sind *). Sie zeigen, daß die Krisis der deutsch-englischen Beziehungen, die wir heute erlebt haben, nur ein Glied in einer Kette ähnlicher Erscheinungen darstellt, und führt zu dem tröstlichen Schluß, daß diese Krisen keineswegs in einen Konflikt ausmünden müssen. In ziemlich regelmäßigen Zwischenräumen treten in der öffentlichen Meinung Englands Krisen ein, in welchen die Vorstellung gilt, daß die Nation vor der Notwendigkeit stehe, einen Krieg auf sich zu nehmen. Solche Krisen traten 1823, 1833—1835, 1845—1848, 1852, 1859—61, 1876—78, 1885, 1897—1902 ein, und in der jüngsten dieser Krisen stehen wir eben jetzt. Alle diese Krisen knüpfen an bestimmte Namen großer Parteiführer an: Lord Palmerston, Lord Beaconsfield, John Chamberlein, wobei wir heute noch unter der Nachwirkung der großartigen Agitation stehen, die von dem letzten dieser Staatsmänner ausging. Fast alle Nationen haben in Zeiten solcher Krisen das Mißtrauen Englands erregt, und einer nach der anderen ist mit dem Zorn Englands gedroht worden (jeté à la tête de presque toutes les nations du globe .... le gantelet de fer de la Grande-Bretagne ...), aber nur einmal nach dem Sturz des großen Napoleon ist es infolgedessen zu einem europäischen Kriege, dem Krimkriege, gekommen. Die Regel war, daß nach einem leidenschaftlichen Ausbruch der nationalen Erregung die Wogen sich allmählich legten und das Interesse wie die Leidenschaften der Nation sich anderen Objekten zuwandten. Wir heben aus der Reihe dieser Krisen eine hervor, weil in ihr der Parallelismus mit dem papiernen deutsch-englischen Konflikt, in dem wir stehen, besonders drastisch hervortritt.

Im September 1842 hatte Frankreich sein Protektorat über Tahiti durch einen Vertrag, den die Königin Pomare mit dem französischen Admiral Dupetit-Thouars schloß, festgestellt und danach einen Engländer Pritchard, der eine Revolte gegen die Franzosen zu organisieren versuchte, ausgewiesen. Die schon dazu höchst erregte Stimmung in England wurde durch die Ausdehnung des französischen Einflusses von Algier

*) Bibliothèque de philosophie contemporaine. Essai d'une psychologie de l'Angleterre contemporaine. Bd. I. Les crises belliqueuses. Paris 1906. Bd. II. Les crises politiques. Protectionisme et radicalisme. Paris. Félix Alcan. 1907.

auf Marokko und Tunis weiter gesteigert und erreichte einen Höhepunkt, als durch die spanischen Heiraten der französische Einfluß in Spanien, wie es schien, dauernd Fuß gefaßt hatte. Dazu kam, daß eben damals eine viel gelesene Broschüre des Prinzen Joinville zeigte, daß die französische Flotte um eben jene Zeit fast genau so stark war wie die englische. Diese Tatsachen wurden zunächst von der Presse aufgegriffen. Man begann von einer Gefahr zu reden, die von Frankreich her drohe, und am 30. Juli 1845 machte Lord Palmerston sich zum Dolmetsch der Sorgen der Nation. Frankreich, so führte er aus, habe durch Organisation seiner Nationalgarde allein in Paris 100 000 Mann geschulter und ausgerüsteter Soldaten, so daß er für eine Expedition über seine gesamte aktive Armee verfügen könne. Da nun die französische Flotte der englischen gleich sei (was eine arge Übertreibung war), tue man gut, zu bedenken, daß „heute der Kanal kein Hindernis ist; was früher für eine militärische Expedition unüberschreitbar war, ist heute nur noch ein Fluß, über den eine Dampffähre führen kann". Diesen Ausführungen schloß sich der alte Herzog von Wellington mit gleichen Übertreibungen an. „Ich habe — sagte er — immer aufs neue die ganze Küste studiert und gefunden, daß von Nord-Foreland über Dover, Folkestone, Beachyhead, Brighton, Arundel bis nach Selsey Bill bei Portsmouth, wenn man die Strecke ausnimmt, die von den Geschützen von Dover beherrscht wird, kein einziger Punkt an der Küste ist, an dem nicht Infanterie gelandet werden könnte, gleichviel ob Ebbe oder Flut, günstiger oder ungünstiger Wind, Sturm oder schön Wetter ist, und überall in einem Umkreis von 5 Meilen könnte das so gelandete Korps durch die Felsenriffe einen Weg finden, der die Truppen bequem in das Innere des Reiches führt." Die Folge dieser Erklärung des illustren Feldherrn war eine unbeschreibliche Panik. Der „Spektator" führte aus, daß England wahrscheinlich ohne jede Kriegserklärung angegriffen werden würde, sogar Osborne House schien ihm gefährdet. Lord Ellesmore veröffentlichte einen Brief, in dem er vorhersagte, daß, während die englischen Garden durch ein Tor Londons abziehen, die Franzosen durch das andere einziehen würden, und daß dann dem Lordmayor die Aufgabe zufallen könne, in Mansionhouse die Quartierbillette für die französischen Truppen auszuschreiben. Sogar Sir Robert Peel hielt es für notwendig, diesen Stimmungen Rechnung zu tragen. Er brachte eine Bill im Parlament ein, welche die Einkommensteuer von 7 Pence auf 1 Schilling erhöhte, um Armee und Marine zu verstärken und eine

Miliz zu organisieren. Das Parlament diskutierte gerade über diesen Antrag, als in der Nacht vom 24. Februar 1848 die Kunde von der Revolution eintraf, die Louis Philipp nötigte, als Flüchtling in England Schutz zu suchen! Damit waren vorläufig alle Invasionspläne, mit denen Frankreich sich angeblich getragen hatte, ad absurdum geführt, aber das Mißtrauen dauerte fort, und 1852 gab es eine neue Krisis. Der Ehrgeiz Napoleons machte Sorgen. Lord John Russel stellte am 16. Februar 1852 den Antrag auf Reorganisation der Milizen, und als dann die Torys mit Lord Derby ans Ruder kamen, mußten auch sie, um der öffentlichen Meinung Rechnung zu tragen, diesen Antrag aufnehmen. Obgleich die englischen Militärs damals nachwiesen, daß ein plötzlicher Angriff unausführbar sei und Männer wie Robert Peel II., Hume und Cobden sie unterstützten, wurde die Militiabill vom Parlament votiert. Lord Palmerston hatte den Ausschlag dafür gegeben, und es ist auch heute nützlich, die Rede wiederzugeben, die er damals im Parlament hielt. Sie könnte gestern gehalten sein. Er sagte:

„Die Verwendung des Dampfes bei der Navigation hat in der Tat eine Brücke über den Kanal geworfen und es möglich gemacht, einen Angriff in großem Stil durchzuführen, wie es dergleichen noch nicht gegeben hat. Nun sagt man ja, daß wir es vorher wissen werden, wenn die Vorbereitungen dazu getroffen werden. Ich aber erwidere, ihr werdet es nicht wissen können. Die Eisenbahnen sind so angelegt und die Truppen so verteilt, daß 50- bis 60 000 Mann in Cherbourg konzentriert werden können, ehe ihr das geringste davon erfahrt. Wer aber diese ungeheueren Anlagen gesehen hat, muß auch wissen, daß eine solche Zahl von Mannschaften ebenso bequem vom Kai an Bord der Schiffe gelangen kann, wie aus der Kaserne in den Kasernenhof. In einer Nacht können sie hier sein, und wie groß immer unsere Vorbereitungen zur See sein mögen, werden wir uns doch nicht darauf verlassen können, daß sie eine solche Expedition zu verhindern vermögen. Und ebenso werden alle Batterien und Kanonenboote uns nicht die Sicherheit bieten, daß die Ausschiffung der Expedition, wenn sie einmal angelangt ist, verhindert werden kann."

Als dann am 18. November 1852 Wellington starb und gleich danach das Kaisertum des dritten Napoleon proklamiert wurde, sah man gleichsam den ersten Napoleon aus dem Grabe erstehen und in dem Kaisertitel eine Herausforderung Englands. Die „Times" läuteten Sturm, und

Lord Derby hielt es nun für notwendig, eine Steigerung der Rüstungen zu beantragen. Auch hier war die Motivierung überaus charakteristisch, die der Sekretär der Admiralität vorbrachte:

„Die Stunde ist gekommen, da trotz der friedfertigsten Absichten es für uns unumgänglich notwendig ist, unsere Verteidigungsanstalten am Kanal auf neuen Fuß zu bringen und die Meerengen durch eine beträchtliche Flotte zu besetzen... Wenn ich mich weigern muß, detaillierte Angaben zu machen, so liegt es daran, daß die Regierung nach reiflicher Erwägung beschlossen hat, bei der augenblicklichen Lage auch nicht das geringste Tatsächliche über diese Affäre mitzuteilen."

Die Forderungen des Ministeriums, 5000 Matrosen usw., wurden ohne Abstimmung bewilligt und noch übertrumpft durch eine weitere Verstärkung von Artillerie und Kavallerie, obgleich Cobden den Nachweis erbrachte, daß die Überlegenheit der englischen Flotte über die französische niemals größer gewesen sei. Man wollte ihn nicht hören, aber um so begieriger nahm man die ganz haltlose Nachricht auf, daß General Changarnier dem Kaiser einen Landungsplan und einen Plan zur Einnahme Londons vorgelegt habe. Wie immer machten sich auch damals die „Times" zum Organ der überhitzten öffentlichen Meinung, beruht doch darauf zumeist ihr Einfluß, daß sie zu führen scheint, während sie in Wirklichkeit widerstandslos den Strömungen des Tages folgt. Sie kann in diesem Sinne als ein untrügliches politisches Barometer gelten.

In Wirklichkeit haben weder Louis Philipp noch Napoleon der Dritte sich jemals mit dem Gedanken einer kriegerischen Expedition nach England getragen, das steht historisch absolut fest. Aber nicht die Wahrheit und Wirklichkeit, sondern eine merkwürdige, zum Teil aus dem Willen entspringende Halluzination beherrschte das Volk, und von der Furcht, angegriffen zu werden, bis zum Angriff schien nur noch ein Schritt zu sein — da lenkte das plötzlich auftauchende orientalische Problem die Geister von Frankreich ab, und vereint sind die Flotten Englands und Frankreichs in den Krimkrieg gezogen. Nach dem Pariser Frieden ruhte die Besorgnis drei Jahre lang, aber wenige Tage vor Villafranca wurde sie wieder lebendig.

Lord Pakington, der neue Lord der Admiralität, verlangte vom Parlament, daß es ihm behilflich sei, die englische Flotte wiederherzustellen. Vor dem Hause der Lords unterstützte ihn Lord Howden, der,

wie er ausdrücklich erklärte, in Frankreich lebte und dort zahlreiche Freunde habe, mit folgenden Ausführungen:

„Es gibt nicht einen Franzosen, der nicht Tag und Nacht davon träumte, England zu demütigen und ihm den Vorzug zu rauben, den es allein unter allen Nationen bewahrt hat, den Vorzug, ein unvermindertes Territorium zu besitzen.... Es kann geschehen, daß auf britischem Boden ein „Bulletin" unterzeichnet wird, das den glorreichen Triumph der französischen Armeen verkündet. Es kann geschehen, daß vom Glockenturm von Acton bis nach Eagling und von Eagling nach Harrow die französischen Adler herabschauen. Schon diese einfache Hoffnung versetzt jeden Franzosen in Entzücken.... Solch ein Krieg wäre der einzig populäre in Frankreich, und so tollkühn auch der Versuch einer Invasion in England sein mag, wie wenig Aussicht auf Erfolg er auch bieten mag — es gibt keine Witwe in Frankreich, die nicht ihren letzten Sohn, keinen Bettler, der nicht seinen letzten Sou hergeben möchte, um diesen Gedanken zu verwirklichen."

Ganz ähnlich sprachen Lord Lyndhurst, Sir Charles Napier, ein Mr. Hasmann, der die Invasion als unmittelbar bevorstehend bezeichnet und mit der dringenden Aufforderung schließt, Tag und Nacht an den Arsenalen zu arbeiten. Damals bildeten sich die Freiwilligenkorps, die noch heute eine charakteristische Eigentümlichkeit der englischen Armee darstellen, die rifle corps, und ganz England glaubte wirklich und wahrhaftig am Vorabend einer französischen Invasion zu stehen. Diesmal lief die Krisis nicht in einen Krieg, sondern in die ungeheuer verblüffende Tatsache des englisch-französischen Handelsvertrages vom 29. Januar 1860 aus.

Es war ein Triumph von Cobden, und einige Wochen lang wurde es nun still. Aber schon am 13. Februar motiviert Lord Clarence Paget im Namen der Admiralität eine starke Erhöhung des Marinebudgets damit, daß die französische Flotte der englischen noch niemals an Stärke so nahe gekommen sei, und bald danach folgt eine Interpellation, die wissen will, was die Regierung zu tun gedenke, um den Bemühungen Frankreichs entgegenzuwirken, das die Errungenschaften von Trafalgar zunichte machen und der französischen Flotte ihr altes Prestige wiedergeben wolle. Sir Charles Napier erkläre damals, er wisse von einem amerikanischen Reisenden, daß im Hafen von Toulon 14 000 Arbeiter und 3000 Galeerensträflinge an der Arbeit seien, und nach weiteren

Reden verlangte am 23. Juli Lord Palmerston die Anlage neuer Verteidigungswerke bei den Bassins und Arsenalen von Dover und Portland, und die Errichtung eines Zentralarsenals. „Werden die Häfen nicht befestigt, so wird der Feind genügende Kräfte auf die Küsten werfen können, um die Arsenale zu verbrennen und dadurch unsere Flotte an der Wurzel zu schädigen." „Was soll geschehen, wenn unsere Marine nicht fähig ist, Liverpool, Bristol, Glasgow und London vor einer Blockade zu schützen — woher werden wir dann unsere Lebensmittel erhalten?"

Das alles geschah mitten im Frieden unter dem Eindruck der Annexion von Savoyen und Nizza, eine wirkliche Bedrohung Englands oder englischer Interessen war damals so wenig Wirklichkeit wie 1848 oder 1852. Man kämpfte gegen ein Phantom. Damals wie 1861 ist es wesentlich der gesunde Interessenstandpunkt der englischen Großkaufleute und ihrer literarischen Vertreter gewesen, der das Platzen der Kriegsbombe verhinderte. Bardoux, der die wirtschaftliche und psychologische Seite dieser kriegerischen Erregungen Englands untersucht, kommt zum Resultat, daß ihnen stets eine ökonomische Krisis folgt, und daß die Krisen regelmäßig auftauchen, wenn das alte England bemüht ist, den Fortschritt des neuen England aufzuhalten. Dann pflegen die militärischen Leidenschaften Englands von einem Staatsmann, der eine Diversion sucht, geschickt ausgebeutet, lebendig zu werden. Er weist es in glänzender und überzeugender Weise an einer Kritik der Politik Disraelis und Gladstones nach, und wir bedauern, nicht darauf eingehen zu können, ebenso wie darauf verzichten zu müssen, auf das höchst lehrreiche und plastisch dargestellte Kapitel „la poussée germanophobe" im 2. Bande seines Buches einzugehen. Für alle diese Fragen und für ein tieferes Eindringen in die englische Psyche sei auf das Werk selbst verwiesen. Wir würden eine Übersetzung desselben ins Deutsche lebhaft befürworten. Worauf es uns ankam, war, die Parallele zwischen den Tatsachen der jüngsten deutsch-englischen Beziehungen, die uns allen in frischer Erinnerung stehen, und jener verschollenen Periode der Gallophobie Englands unseren Lesern nahezubringen. Der Parallelismus beider ist unverkennbar, wir hoffen, daß der Ausgang der gleiche sein wird. Für völlig überwunden aber können wir die „poussée germanophobe" nicht halten. Hat doch neulich noch Mr. Stead sein Votum dahin abgegeben, daß es unerläßlich sei, als Antwort auf jedes neue deutsche Kriegsschiff zwei englische von Stapel laufen zu lassen! Ist

das nicht dieselbe Gespensterfurcht, die sich 1848 gegen eine von Louis Philipp drohende Invasion Englands zu sichern suchte?

Übrigens sind wir keineswegs sicher, daß nicht eine gleiche Furcht vor Phantomen in Frankreich weiterlebt. Was soll man z. B. dazu sagen, wenn in einer nicht uninteressanten Studie, die Angel Marvaud über die englisch-deutsche Rivalität und die auswärtige Politik Frankreichs in der „Revue politique et parlementaire" veröffentlicht, sich ihm der deutsche Adler in den vautour allemand verwandelt, wo er von dem Ankauf der Marianen und Karolinen nach Abschluß des spanisch-amerikanischen Friedens redet. Er drückt sich dabei folgendermaßen aus:

Nach dem Desastre von Cavite und Santjago de Cuba haben Engländer und Deutsche in ihrem Eifer, die Gunst des Siegers zu erwerben, (accaparer!), in Washington um den traurigen Ruhm gestritten, wer von ihnen zuerst das Prinzip der Nichtintervention proklamiert habe. Nach Unterzeichnung des Friedens, als Frankreich seine guten Beziehungen zu beiden kriegführenden Mächten benutzte, um seine uneigennützige Vermittelung anzubieten, — stürzte sich der deutsche Geier, ohne Rücksicht für unglückliche Tapferkeit, auf die kolonialen Trümmer Spaniens, die von den Yankees respektiert oder verschmäht worden waren: Marianen, Palaos und Karolinen, die das spanische Kabinett in einem Augenblick moralischer Verzweiflung und großer finanzieller Verlegenheiten für eine Lumperei von 20 Millionen abzutreten bereit war!"

Das ist ebenso geschmacklos wie unhistorisch. Zunächst wollen wir Herrn Marvaud daran erinnern, daß am 7. April 1898 England, Frankreich, Deutschland, Italien, Österreich und Rußland eine Kollektivnote in Washington überreichten, um den spanisch-amerikanischen Krieg abzuwenden, und daß der Streit zwischen der englischen und der deutschen Presse, nicht zwischen den beiden Regierungen, darüber stattfand, ob Deutschland sich bemüht habe, eine europäische Koalition gegen Amerika herbeizuführen, was eine offenbare Verleumdung war, die in Szene gesetzt wurde, weil dieselbe Presse mit allen Mitteln dem günstigen Eindruck entgegenwirken wollte, den die Reise des Prinzen Heinrich in Amerika hervorgerufen hatte. Das Detail darüber findet er in „Deutschland und die große Politik", Bd. 2 S. 52 und folgende. Was aber die „uneigennützige Vermittelung Frankreichs" betrifft, so hat sie bekanntlich dahin geführt, daß Spanien auch die Philippinen verlor! Es ist kläglich, daß

man an solche Dinge erinnern muß. Sie tragen gewiß nicht dazu bei, das Verhältnis zwischen dem gallischen Hahn und dem deutschen „Geier" zu bessern.

In der großen Politik ist nichts an wesentlichen Ereignissen zu verzeichnen. Die Gesamtlage ist wie sie vor acht Tagen war. Weder ist in der marokkanischen Frage wesentlich neues geschehen, noch der österreich-ungarische Ausgleich perfekt geworden, noch in der Duma eine Entscheidung von Bedeutung. Am wichtigsten ist, daß Präsident Roosevelt nochmals sehr nachdrücklich und mit weiter Öffentlichkeit erklärt hat, daß er unter keinen Umständen eine Wiederwahl annehmen werde. Aber auch damit ist noch keineswegs gesagt, wer sein Nachfolger auf dem Präsidentenstuhl wird. Zunächst hat er noch ein und ein Vierteljahr seines Amtes zu walten. Wer aber vermag so weit vorauszusehen?

Boris Sarafow ist ermordet worden. Ein unheilbringender Mann, um dessentwillen das Blut von vielen Hunderten schuldloser Menschen geflossen ist. Er glaubte für einen idealen und nationalen Zweck zu kämpfen. Aber wie bei den russischen Terroristen galt ihm der Satz, daß der Zweck die Mittel heiligt, und dieser Lehre ist er dann schließlich selbst zum Opfer gefallen.

17. Dezember 1907. Ratifikation des russisch-italienischen Handelsvertrages.
Angebliche Unterwerfung Mulay Hafids.
Entlassung von 20 Professoren der Universität Odessa.
20. Dezember. Verschärfung der Lage in Persien.
21. Dezember. Die 2. holländische Kammer lehnt den Militäretat ab.
23. Dezember. Der Schah von Persien unterwirft sich dem Parlament und beschwört die Verfassung auf den Koran.

---

25. Dezember 1907.

Kaiser Franz Josef hat jüngst Gelegenheit genommen, in kurzen aber klaren Worten über die allgemeine politische Lage zu sprechen. Sein Urteil läßt sich dahin zusammenfassen, daß zurzeit die europäischen Probleme ruhen und keinerlei Friedensstörung zu befürchten ist. Eingehender hat Sir Edward Grey, der englische Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten, vor seinen Wählern in Berwick über die große Politik geredet. Er ging davon aus, daß der Besuch Kaiser Wilhelms in England allgemeine Freude erregt und den besten Eindruck hinterlassen hätte. Wohl mehr als die Hälfte der bestehenden diplomatischen Schwierigkeiten würde verschwinden, wenn beide Nationen sich davon überzeugten, daß sie sich nicht gegenseitig schädigen wollen. Das führte den Redner auf das System der von England geschlossenen Freundschaften und Allianzen, deren Aufrechterhaltung das Interesse und die Treue Englands fordere. Von der japanischen Allianz sei in letzter Zeit wenig die Rede gewesen, weil Japan nur mit der friedfertigen Festigung und Entwicklung seiner Weltstellung beschäftigt sei; auch hätten die von den Japanern mit Frankreich geschlossenen Verträge und Vereinbarungen den Beweis erbracht, daß die anderen Mächte dieses Bündnis nicht für unvereinbar mit ihren eigenen Interessen im fernen Osten hielten. Seit drei Jahren sei die mit Frankreich abgeschlossene Konvention in Kraft. Sie habe keinerlei Modifikationen erlebt, aber ihr Wirkungskreis sei weiter geworden, weil diese Konventionen sich auf beiden Seiten des Kanals so außerordentlicher Popularität erfreuten und diplomatisch erprobt seien.

Überhaupt gehe die gesamte politische Tätigkeit der gegenwärtigen englischen Regierung dahin, die guten Beziehungen zu anderen

Ländern zu festigen und zu stärken. So sei ergänzend zum französischen Abkommen ein spanisches gekommen. Frankreich habe desgleichen getan, und damit sei aufs neue bewiesen, daß die Mittelmeermächte keine Politik des Angriffs und der Ausdehnung verfolgen, sondern nur den status quo erhalten wollen. Er (Grey) sage es ausdrücklich, daß diese Vereinbarungen gegen keine andere Macht gerichtet seien, und daß England ebenso bereit sein werde, Vorschläge zum Abschluß ähnlicher Abkommen mit jeder beliebigen anderen Macht entgegenzunehmen. Was Rußland betreffe, so seien die Beziehungen in den letzten 50 Jahren zeitweilig wenig angenehm, wenn auch nicht kritisch gewesen, weil gewisse europäische Fragen sich auf Asien ausdehnten. Jetzt aber habe die russisch-englische Konvention zu einer Wandlung geführt, die Tage gegenseitigen Mißtrauens seien vorüber, und eine neue Ära der Freundschaft und des Friedens habe begonnen. Auch Lord Lansdowne sei mit dieser Politik einverstanden, die namentlich in bezug auf Indien die besten Früchte verspreche. Es knüpften sich hieran einige Worte über den Haager Kongreß, und der Schluß lautete wörtlich: „Es ist bekannt, daß die Regierung ein sehr umfassendes Marineprogramm durchgeführt hat. Ich habe keinerlei Klage darüber zu führen, und ich erwähne es ohne polemische Absicht, weil die Tatsache wichtig ist. Wenn die anderen Nationen ihre Marine vergrößern, liegt es auf der Hand, daß wir auch unsere Marine vergrößern müssen; wir brauchen aber nicht in aller Eile Ausgaben für die Flotte auf uns zu nehmen. Denn zurzeit ist die englische Marine durchaus gesichert, und zwar mindestens für ein bis zwei Jahre. Wir sind gegenwärtig, soweit die Seemacht in Betracht kommt, in einer Lage, die es uns ermöglicht, es ohne Beunruhigung anzusehen, wenn eines der anderen Länder die Ausgaben für seine Marine steigert."

Von den zahlreichen Kommentaren, die diese Rede hervorgerufen hat, verdienen zwei Beachtung. Die „Westminster Gazette" erläutert den die Entente mit Frankreich betreffenden Abschnitt folgendermaßen: „Es war in den letzten Jahren sowohl ein günstiger wie ein ungünstiger Umstand bei unseren Beziehungen zu Deutschland, daß es keine Probleme gab, die zum Ausgangspunkte direkter Verhandlungen zwischen uns hätten dienen können. Es war günstig, daß wir vor den akuten Schwierigkeiten gerettet worden sind, die mehr als einmal unsere Beziehungen zu Frankreich trübten; es war ungünstig, daß sich keine Gelegenheit bot, durch praktische Verhandlungen zu zeigen, daß uns

genau ebenso viel daran liegt, in freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland wie zu Frankreich und Rußland zu leben. Es ist ausschließlich der Mangel an diplomatischem Material in den Beziehungen zu Deutschland und der Überfluß an solchem Material in den Beziehungen zu Frankreich und Rußland, was dahin geführt hat, daß der Schein erweckt wurde, wir wollten nur mit jenen beiden Mächten, nicht aber mit Deutschland in Verhandlung treten. Die Tatsache ist einfach die, daß es nichts gab, worüber sich hätte verhandeln lassen. Besser als glatte Worte aber wäre es, wenn beide Mächte einander ihre gute Gesinnung durch praktisches Zusammenwirken in irgendwelchen Teilen der Welt beweisen könnten".

Hier erlauben wir uns die Zwischenbemerkung, daß solch ein praktisches Zusammenwirken in den Jahren 1902 und 1903 in der Venezuela-Affäre stattfand, und daß gerade von diesem Zusammenstehen in einer Frage gemeinsamen Interesses die Aktion datiert, welche zu der systematischen Aufhetzung der öffentlichen Meinung Englands gegen uns führte. Damals schrieben die „Times": „Lord Lansdowne scheint keine klare Vorstellung davon zu haben, welchen Widerwillen in England jedes Zusammenwirken mit Deutschland erregt." Lord Balfour aber sagte in einer Rede, die er am 13. Februar 1903 in Liverpool hielt, aus Anlaß dieser Hetzereien: „Was Venezuela betrifft, so geht das vorüber, und unser Treiben wird auch die schärfste Prüfung nicht fürchten. Aber im Hinblick auf die Zukunft bin ich voll Unruhe, wenn ich bedenke, wie leicht es ist, das Feuer internationaler Eifersucht zu schüren, und wie schwer es fällt, es wieder zu löschen.

Seither sind bald fünf Jahre hingegangen, die aller Welt den Beweis brachten, daß Lord Balfour mit staatsmännischem Blick richtig in die Zukunft gesehen hatte. Eine Zeit bitterer politisch-literarischer Fehden liegt hinter uns, und es kann wahrlich nicht wunder nehmen, daß die parallel laufende Allianz- und Akkordpolitik Englands, die Deutschland von allen Seiten, wie es schien, umfassen wollte, als eine feindselige, gegen uns gerichtete Politik gedeutet wurde. Auch wir hoffen, daß der große Eindruck, den der Aufenthalt Kaiser Wilhelms auf englischem Boden gemacht hat — trotz der dissonierenden Stimmen bekannter englischer Blätter, die schon jetzt laut werden — eine dauernde Nachwirkung übt. Auch sehen wir in den englischen Allianzen und Ver-

trägen keinerlei Gefahr. Das Abkommen mit Frankreich hat an den tatsächlichen Machtverhältnissen, so weit sie in unseren Beziehungen zu Frankreich in Betracht kommen, absolut gar nichts geändert. Die Mittelmeerverträge treffen uns nicht, und ebensowenig die japanische Allianz. Was endlich den Ausgleich der englisch-russischen Interessen betrifft, so gönnen wir es England durchaus, wenn es sich nach Abschluß seines russischen Vertrages in Indien sicherer fühlt. Wir haben dort nichts zu suchen, und ebenso gönnen wir es Rußland, wenn es fortan in Zentralasien englische Rivalitäten nicht zu fürchten braucht. Die „Westminster Gazette" drückt sich in ihrem Kommentar der Rede Sir Edwards darüber so aus:

„Über die Verständigung mit Rußland sprach Sir Edward Grey mit üblicher Mäßigung. Er gibt sich damit zufrieden, daß Lord Lansdowne das Prinzip der Übereinkunft billigt. Er gibt rückhaltlos zu, daß wir damit auf eine Politik des Vorrückens (forward policy) verzichten; aber wenn dies ein Opfer unsererseits ist, entspricht dem ein ähnliches Opfer der Russen. Er gibt zu, daß der Vertrag durch die Zeit erprobt werden muß, aber es sei ein Vorteil für Rußland, daß England auf eine „Vorwärtspolitik" in Nordpersien verzichtet; ein mindestens gleicher Gewinn aber sei es für England, daß Rußland sich in Südpersien die gleiche Beschränkung auferlege. In der Tat sichert uns der Vertrag den großen Vorteil, daß die drohende Umgehung unserer Verteidigungspositionen an der Nordwestgrenze Indiens durch eine strategische Eisenbahn nunmehr ausgeschlossen ist. Rußland mag ja nicht die Absicht gehabt haben, gegen Indien vorzugehen, aber die Drohung damit war eine diplomatische Waffe, die uns sehr unbequem war, und wenn wir aus irgendeinem anderen Grunde mit Rußland Krieg führen müßten, würde die Existenz einer derartigen Eisenbahn einer ungewöhnlich starken Versuchung gleichkommen, sie zu einem Angriff auf Indien auszunutzen. Nun liegt der Hauptgewinn des Abkommens mit Rußland darin, daß Rußland behindert (estopped) ist, den Bau dieser Bahn zu beginnen, auch nicht unter dem Vorwande einer handelspolitischen Bahn. So weit unsere Einflußsphäre reicht, und das bedeutet viele hundert Meilen von der indischen Grenze, ist das ausgeschlossen. Wir haben auf Grund des Vertrages nicht nur das Recht zu protestieren, sondern lange, ehe diese Operation zu einer Drohung

werden kann, unser Veto dagegen zu setzen. Das ist, wie wir kaum zu sagen brauchen, etwas ganz anderes, als die unwirksamen Schikanen von Persien aus, die vor Abschluß des Vertrages unser einziges Auskunftsmittel waren. Daß wir einen so großen Vorteil nicht ohne Zugeständnisse unsererseits erringen konnten, ist begreiflich, und deshalb haben wir allerdings in Nordpersien Zugeständnisse gemacht. Aber in Anbetracht der inneren Lage Persiens haben wir keinen Grund, eine Abmachung zu bedauern, die den Anlaß zum Einschreiten oder zum Zwist zwischen beiden Mächten beseitigt."

Das ist sehr interessant und zum Teil ganz neu. Durch die russischen Zeitungen ging noch ganz kürzlich die unwidersprochen gebliebene Nachricht, daß die Regierung eben jetzt die Frage des kürzesten Weges nach Indien prüfe, wobei die Linie so gedacht ist: London, Berlin, Alexandrowo, Rostow, Baku, Krasnowodsk, Kutschik, Herat, Quetta, Karatschi, Bombay, Kalkutta. Auf diesem Wege würde allerdings der Weg aus England nach Kalkutta um gegen 10 Tage gekürzt werden.

Doch wir gehen zum Kommentar des „Temps" über, der gleichfalls nicht ohne Interesse ist. Nach einer sauersüßen Einleitung, die dahin ausmündet, daß die auf Deutschland bezüglichen freundlichen Worte des Staatssekretärs nach dem Besuche des Kaisers ja selbstverständlich seien, aber doch nur als Zukunftsmusik gelten könnten, geht das Blatt mit großer Befriedigung auf den Teil der Rede ein, der Frankreich gilt. Man könnte zwar auch heute nicht sagen, daß im vollen Sinne des Wortes eine Allianz zwischen England und Frankreich bestehe, aber „wenn eine europäische Krisis ausbrechen sollte — wir sprechen von einer militärischen Krisis —, so ist kein Zweifel, daß die Flotten Englands und Frankreichs berufen werden, vereint zu operieren: was natürlich keine Verminderung unserer militärischen Streitkräfte rechtfertigt, denn das Gleichgewicht (?) der Landmacht in Europa würde nicht verändert werden. Es hat daher die moralische Wandlung, die sich in den Gefühlen Frankreichs und Englands vollzogen hat, einen praktischen Wert. Dieser Wert wird sofort klar, wenn man an die gleichzeitigen Verträge Englands und Frankreichs mit Spanien denkt, und an die nicht minder interessanten Verträge, die im Laufe dieses Jahres zwischen Frankreich und Japan, Japan und Rußland, Rußland und England abgeschlossen wurden." Nachdem so

der „Temps" nach einem Blick auf den „großen Bruder" sich mutig in die Brust geworfen hat, kommt er auf die Bemerkung Sir Edwards zu sprechen, die seine Bereitwilligkeit zeigt, auch mit anderen Mächten Abkommen zu schließen:

„Wenn Deutschland also eine Unterhaltung anknüpfen wollte (désirait causer), böte sich ihm eine Gelegenheit. Aber Deutschland, das anderen ihr Schweigen vorwirft, ist die stummste aller Mächte oder wenigstens war Deutschland es bisher. Es ist gut — welches immer die Folge sein mag —, daß England, wie Frankreich es getan hat, sich bereit erklärt, über alles zu reden, „ohne übrigens irgend jemand zu brauchen" (sans avoir besoin de personne!)."

Der „Temps" merkt wohl nicht, welche ungewollte Komik in diesem Satze liegt, nachdem er ausführlich jedes Stück des Bündnispanzers hergezählt hat, mit dem Frankreich sich umhüllt hat. Aber wir freuen uns, den Schlußsatz des tapferen Blattes ganz unterschreiben zu können:

„Jeder Diplomat, der sich darüber Rechenschaft gibt, daß seine Diplomatie eine Funktion der militärischen Macht seines Staates ist, hat große Aussicht, ausgezeichnete Geschäfte (besogne) zu machen. Das gilt von England. Aber es gilt nicht nur von ihm."

Das ist auch unsere Meinung. Der Staatsmann wird sich aber zugleich sagen, daß als moralischer Faktor die innere Kraft eines Volkes, seine ethischen und sozialen Zustände in Rechnung zu setzen sind, und daß Allianzen und Ententen nur wenig Wert haben, wo sie Kulissen sind, welche die eigene Schwäche verbergen sollen. Hat doch erst kürzlich Rußland die Erfahrung machen müssen, daß die bestformulierte Allianz mit dem Glück versagt. Sicher steht nur, wer seinen besten Bundesgenossen an der eigenen Kraft hat. Militärische Macht aber ist eine Relation und bedeutet auf unserem Kontinent etwas ganz anderes, als z. B. in Marokko.

Dort liegen heute die Verhältnisse ebenso unklar wie vor Wochen, und es ist wenig Aussicht, daß es anders wird. Mulai Hafid und Abdul Aziz raufen sich nach wie vor. Heute siegt dieser, morgen jener, immer ohne viel Blutvergießen, und es scheint der französischen Politik nicht ganz unlieb zu sein, daß ihr Schützling gelegentlich Hiebe bekommt. Er kommt dadurch in immer größere Abhängigkeit und — was wesentlich ist — in immer größere Schulden. Denn offenbar arbeitet Frankreich mindestens ebensosehr mit seiner Finanz, wie mit seinen Straf-

expeditionen und den Geschützen seiner Kreuzer. Das Resultat der Pazifikation ist bisher, daß noch nie in Marokko größere Verwirrung geherrscht hat, als jetzt, und daß in einzelnen Städten, wie z. B. in Mogador, das von den Kabylen des Hinterlandes boykottiert wird, daneben noch Handel und Wandel stocken und eine Hungersnot ausgebrochen ist. Auch gibt es jetzt in ganz Marokko keinen verhaßteren Namen als den Frankreichs, und darunter hat auch Abdul Aziz zu leiden. Seitdem er das Großkreuz der Ehrenlegion von Herrn Regnault entgegengenommen, gilt er dem Volke für einen Abtrünnigen. Kurz, ein Ende ist nicht abzusehen, und von der Weiterführung dieses marokkanischen Abenteuers ist gewiß kein Ruhm zu holen.

In Persien haben die Gegensätze, die zwischen dem Medschlis und dem von Rußland schlecht beratenen Schah bestanden, zu einer völligen Niederlage des letzteren und damit auch zu einer politischen Niederlage Rußlands geführt, das nunmehr der von dem Abkommen mit England erwarteten Vorteile verlustig geht. Der Sultan hat die Verfassung auf den Koran beschwören müssen, und da ein Einschreiten Rußlands zur Herstellung des Absolutismus in Persien ausgeschlossen ist, wird auch die russische „Einflußsphäre" nur auf dem Papier fortbestehen. Überhaupt hat Rußland mit seinen jüngsten politischen Operationen kein Glück gehabt. Die Regierung hat sich entschließen müssen, die Amurbahn von Stretensk bis Chabarowsk auf Staatskosten in Bau zu nehmen, um den japanisch-chinesischen Eisenbahnbauten einen Kulturfaktor entgegenzusetzen und den Befestigungen auf dem chinesischen Amurufer zu begegnen. Die russischen Zeitungen sind voller Klagen über das stetige Vordringen der Japaner und Chinesen. Es sei ein heimlicher Krieg, der geführt werde, und der Tag nicht fern, da er in einen offenen ausmünden werde. Sie fürchten, daß das Amurgebiet und das sogenannte Seegebiet (primorskaja oblastj) ihnen verloren gehen werde. Auch China macht ihnen Sorgen. Dieses Land, das Babylon, Griechenland, Rom und die türkische Herrlichkeit überlebt habe, verjünge sich und habe seit dem Ausgang des japanischen Krieges keinen Respekt mehr vor Rußland. Schon drängen die Chinesen über den Amur. Eine Festung werde fast gegenüber Blagoweschtschensk erbaut, und von der Stelle, wo Amur und Seja sich vereinigen, solle eine Eisenbahn nach Zizichar gebaut werden, was eine direkte Bedrohung Rußlands sei. Auch die chinesische Armee sei nicht mehr zu verachten,

man werde vielmehr mit ihr rechnen müssen, und es lasse sich nicht vorhersehen, wie gewaltig sie einmal in Zukunft dastehen werde. Endlich macht der angeblich drohende amerikanisch-japanische Krieg den russischen Patrioten Not. Es sei unerläßlich, sich auf alle Eventualitäten vorzubereiten. So schreibt nicht etwa die stets alarmierende „Nowoje Wremja", sondern der besonnene „Golos Moskwy", ein Zeichen, daß wir es mit echten patriotischen Beängstigungen zu tun haben.

Nun ist trotzdem das alles sehr übertrieben. Japan denkt gewiß nicht an einen zweiten russischen Krieg, und wohl überhaupt an keinen Krieg. Wenn wir recht unterrichtet sind, gestatten ihm, abgesehen von allem anderen, seine Finanzen nicht, neue Abenteuer zu suchen. China aber hat vollauf mit seinen inneren Angelegenheiten zu tun und schwankt zwischen Reformanläufen und einem Rückfall in das System der alten Routine. Wir wollen hoffen, daß Rußland längst wieder auf festen Füßen steht, wenn einmal das neue China weitere Grenzen für die Millionen seiner Untertanen sucht. Was aber das amerikanische Geschwader betrifft, das jetzt dem fernen Osten zudampft, so ist es nicht ausgeschickt, um einen Krieg zu suchen, sondern um ihn zu verhindern und die Stellung zu behaupten, die der großen Republik im Stillen Ozean zukommt. Auch die, wie es heißt, in Esquimault auf Vancouver zu erwartende englische Flotte läßt sich als eine Waffe zur Erhaltung des Friedens, vielleicht auch zur Beruhigung Kanadas bezeichnen, das ebenso wie San Francisco nun einmal von japanischer Masseneinwanderung nichts wissen will. Japan wird sich mit Korea, Sachalin, Formosa begnügen müssen, wenn es den Überschuß seiner Bevölkerung verpflanzen will, und das gibt Raum genug.

So meinen wir, kann Rußland ohne Sorge vor auswärtigen Verwicklungen — sie drohen ihm nur, wenn sie aufgesucht werden — sich seinen inneren Angelegenheiten zuwenden. Sie sehen nicht sehr erfreulich aus. Zwar die Kommissionen arbeiten, und die Plenarversammlung der Duma ist offenbar nicht gewillt, der Regierung Schwierigkeiten zu machen. Auch hält der Ministerpräsident nach wie vor an seinem wohldurchdachten Programme fest. Aber es gehen uns nicht abzuweisende Gerüchte und Nachrichten zu, die es wahrscheinlich machen, daß in der Tat einflußreiche Kreise auf eine Reaktion in absolutistischem Sinn hinarbeiten. Es wäre ein Unglück, wenn diese

Elemente den Sieg davontragen sollten. Die einmal verliehene Verfassung ist ohne ein Wiederauftauchen der Revolution nicht zu beseitigen. Das steht über allen Zweifel fest. Auch beunruhigen die fortdauernden Attentate, die immer neu entdeckten Verschwörergruppen und die Unbelehrbarkeit der frondierenden Jugend. Dazu kommen Anzeichen, die auf Maßregeln hindeuten, die gegen Finland getroffen werden sollen. Es heißt, daß ein ganzes Armeekorps in das Großherzogtum geworfen werden soll, und die Beunruhigung darüber in Finland ist groß. Nebenher gefällt sich die „Nowoje Wremja", die auch die Verdächtigungskampagne gegen Finland führt, darin, bei jeder Gelegenheit gegen Deutschland zu schreiben, als ob sie eine Filiale der „National Review" wäre. Das kann uns gleichgültig sein, aber es ist ein Zeichen, daß neben den Schäden, die uns als Produkt der Revolution erscheinen, auch die alten Gehässigkeiten der „glücklichen" Jahre noch fortleben.

Über die Wahlkampagne in Amerika schreibt uns vom 11. Dezember ein Freund: „Mr. Taft wird, wenn er heimkehrt, hier eine sonderbare Lage vorfinden. Welches die Lösung sein wird, ist jetzt schwer vorherzusagen. Mr. Bryan hat mehr als je die demokratische Partei in Händen, und sein logischer Opponent auf republikanischer Seite ist Mr. Roosevelt. Man könnte glauben, daß das die Lage vereinfacht, aber man bringt dabei nicht in Anschlag, was die Masse der Wähler auf beiden Seiten im letzten Augenblick entscheiden wird, denn das hängt von der pekuniären und ökonomischen Lage zur Zeit der Wahl ab. Jetzt steht es mit beiden schlecht, und es läßt sich kein Anzeichen baldiger Besserung erkennen, obgleich die interessierten Berichte unserer Zeitungen und, was nach Europa in die Presse geschickt wird, das Gegenteil sagen. Die Japaner hier beobachten mit Sorge die Vorbereitungen zur Abfahrt der Kriegsschiffe und lassen sich durch die mehr oder minder friedlichen Artikel der Blätter nicht beruhigen. So erinnert mich die ganze Lage an das große Friedensplebiszit des Kaisers Napoleon vor 1870." Wir sind, wie gesagt, nicht so pessimistisch, aber diese amerikanischen Eindrücke sind doch von Interesse.

Die Krisis in Portugal wird immer schärfer. Im Grunde haben der König und Minister Franco gewiß recht gehabt, wenn sie dem Lande eine Zeitlang die Parteiintrigen des Parlaments ersparen wollten. Handelt es sich in der portugiesischen Kammer doch meist um rein persönliche Interessen, nicht um wirkliche politische Fragen, die dem Volk

teils unverständlich, teils gleichgültig sind. Aber die Diktatur hat auch diese persönlichen Interessen verletzt, und hinc illae lacrimae! Jetzt hat die Agitation das ganze Land ergriffen, und es steht fest, daß republikanische Tendenzen dabei mitspielen. Sollten sie siegen, so würde Portugal wohl auf das Niveau der unruhigen mittel- und südamerikanischen Republiken herabsinken.

Es sei dabei beiläufig bemerkt, daß die mittelamerikanischen Republiken sich auf einem Kongreß zu Washington zu obligatorischen Schiedsgerichten verpflichtet haben, die jeden Krieg zwischen ihnen unmöglich machen sollen. Da die Vereinigten Staaten dabei eine Oberaufsicht üben, läßt sich annehmen, daß dieses Schiedsgericht in der Tat wirksam arbeiten wird. Und das wäre ein Segen.

Sachregister.

(Die Ziffern bedeuten die Seiten.)

A.

Abdul Aziz 316. 325. 363.
— Geld von Frankreich 327.
— und Mulay Hafid 402. 420.
— Truppen in Mazagan 377.
Abdul Hamid, Sultan 318. 328. 379.
— und Abdul Aziz 342.
— Waffenankäufe 342.
Aberdeen 32.
Acapulco 384.
Acton Lord 411.
Adam, Madame 70.
Aderbeidschan, Plünderung 312.
Adrianopel 63.
Adriat. Meer 152. 233.
Afghanistan 102.
— Eisenbahnen 19.
— Emir 19. 67.
— Grenze 324.
— und Rußland 321.
— russ. Differenzen 350.
Afridis und engl. Polizei 377.
— Raubzug 373.
Afrika 262. 311.
— Bond 125. 268.
— Deutsch-Ostafrika und Kongo 196.
— und England 173.
— englische Gebiete 4.
— Frankreichs Stellung 234.
— französ.-Afrika 232.
— portugiesische Gebiete 4.
— Südafrika 125. 381.
— — chines. Arbeiter 268.
— — Einwanderung 320.
— — englisch 118.
— — — Eisenbahnen 350.
— — Föderation 184. 268.
— Südwestafrika 99.
— Krieg 155.
— — Bondelzwarts 4.
— — Eisenbahnen 350.
— — Hottentotten 57.
Afrika, Wochenschrift 353.
Agde, Meuterei 240.
— Soldaten 211.
Agence Havas 231.
Ägypten 21. 35. 178. 272.
— Arab. Presse 378.
— Cromer, Lord 147.
— und England 21. 23. 311. 349.
— — Kulturarbeit 348.
— — Stellung 232.
— Entwicklung 331.
— und Frankreich 22. 23.
— Gärung 234.
— Muselmänner 402.
— Nationalisten 22.
— Panislamismus 138.
— Presse 248. 291.
— Rechtsschule des Khedive 380.
— Selbständigkeit 378.
— und Türkei 21.
— Verwaltung 138.
Ajit Singh 373.
Akabah 138.
Alaska 175.
Albaner 1. 24. 330.
Albanien 61. 233.
— und Italien 145.
— Italien und Österreich 2.
Albert, Marcellin 212. 241.
Alekfinski, Dumaabgeordneter 138
Alexander II. 168.
Alexander III. 220. 221.
Alexandria, Bombardement 310.
Alexandrowo 419.
— Eisenbahn 350.
Alfons XII., König von Spanien, Attentat 14.
Alfons XIII. 180. 186.
— und Eduard VII in Carthagena 131.
Algerien, Beni Snassen 387.
— Grenzkämpfe 377.
— Handel 3.
Algeciras 142.

Algeciras, Abkommen 310.
— Akte 4. 103. 152. 303. 361.
— — Ratifikation 1.
— — und Frankreich 326.
— Konferenz 136.
— — und Deutschland 13.
— Vereinbarungen 160. 261.
— Vertrag 256. 327.
Algier 214. 232. 327.
— und Frankreich 349.
— franz. Einfluß 408.
Allgem. Zeitung 173.
Alliance française 3.
Alliance israélite universelle 3. 142.
Al Minbar 248.
Aman, Eisenbahn 176.
Amerika 32.
— american-german society 358.
— Arbeit und Kapital 164.
— Asien und England 173.
— China und Japan 306.
— und England 35. 172.
— engl. Krieg 181.
— Finanzkrisis 373.
— Flotte 43. 306.
— Frieden 324.
— Geldkrisis 359. 384.
— Geldwirtschaft 346
— Geschwader im Großen Ozean 326. 344. 384.
— und Haager Konferenz 51.
— und Hawai 306.
— und Japan 5. 6. 8. 9. 19. 34. 52.
— japan. Beziehungen 273.
— japan. Differenzen 86. 244.
— japan. Einwanderung 7. 268. 404.
— japan. Krieg 268.
— Industrie 164.
— und Kanada 34. 35.
— Kapital und Arbeit 164.
— und Korea 285.
— Kriegsschiffe in Hampton Roads 373.
— und Kuba 35.
— und Mandschurei 306.
— Marine 374.
— Mexico, Kohlenstation 384.
— Milliardäre 166.
— Mittelam. Staaten 131. 424.
— Nordam. deutsche Depeschenagenturen 143.
— Pazifische Staaten 7.
— und d. Philippinen 8. 306.
— Plutokratie 165.
— Präsidentenwahl 384.
— Presse 144. 171.
Amerika, Reichtum 165.
— russ. Auswanderer 159.
— und San Domingo 35. 170.
— Staatsbank 384.
— und Still. Ozean 422.
— Südamerika 51.
— — Deutsche Depeschenagenturen 143
— Trusts 166. 359.
— Ver. Staaten 67. 93. 98. 173. 402.
— — Algecirasakte 1.
— — Asiaten 95.
— — — Arbeiter 77.
— — Chinesen 94. 95.
— — Deutsche 95.
— — Einwanderergesetz 94.
— — und England 9.
— — Engländer 95.
— — Franzosen 95.
— — und Haager Konferenz 134.
— — Handelsflotte 244.
— — Holländer 95.
— — und Japan 7. 86. 244. 343.
— — Japaner 94. 95.
— — — Einwanderung 404.
— — — Kinder 93.
— — Iren 118.
— — und Irland 305.
— — Italiener 95.
— — Juden 95.
— — Kriegsflotte 267.
— — Kriegsschiffe 92.
— — Negerfrage 95.
— — Pazifische Politik 102.
— — Polen 95.
— — Russen 95.
— — und San Domingo 240.
— — Spanier 95.
— Wahlen 423.
— Westamerika 94.
— Zeitungen 166.
Amerika Wochenschrift 209.
Amritsar, anti-engl. Bewegung 184.
Amsterdam, Wilhelm II. 406.
Amur, Schiffahrt 6.
Amurbahn 421.
Anam, König, Gefangennahme 299.
André, franz. General 20.
Angelsachsen, Weltherrschaft 323.
Anglo-russian platinum mining Comp. 176.
Anikin 339.
Anton v. Hohenzollern, Fürst 133.
Antwerpen 127.
— Hafenarbeiter 316.
Arenberg 31.

Aerenthal, Baron 145. 363.
— Desio 269.
— und Tittoni 277.
Argus 6. 245.
Armenier 47.
— im Kaukasus 313.
Arundel 408.
Aruwimi, Ufer-Eisenbahn 127.
Asiaten in Ver. Staaten 95.
Asien 27. 144.
— Arbeiter, asiat. in Ver. Staaten 77.
— und England 5.
— England und Amerika 173.
— England und Rußland 128.
— Erwachen 6.
— und Europa 146.
— Frieden 324.
— Gleichberechtigung 7.
— Interessen 269.
— Ostasien 178.
— — deutsche Depeschenagentur 143.
— — Deutschlands Stellung 275.
— — franz.-russ. Allianz 235.
— — Japan und Frankreich 175.
— — Russisch-Ostasien 404.
— polit. Leben 333.
— Religionsgemeinschaft 270.
— und Rußland 5. 128.
— Verfassung 27.
— Zentralasien und Rußland 418.
Asquith, engl. Schatzkanzler 170.
Assam-Bengal, Eisenbahn 268.
Asturien, Prinz v. 180.
Athen 153. 156.
Atlant. Küsten 261.
Atlantische Verträge 257.
Attia 395.
Aulard, Prof. 380.
Auler Pascha 350.
Aurore 265.
Australien 4. 23. 101. 126. 320.
— und England 381.
— Farbige 404.
— und Japan 9.
— japanisches Geschwader 8.
— — antijapanische Strömungen 319.
— Landesverteidigung 381.
— protektionist. Politik 380.
— Verfassung 19. 21.
— Verteidigung 184.
Avignon, Soldaten 257.

B.

Babu Bepin Chandra Pal 331.
Babylon 421.
Babylonien und Deutschland 349.
Bachmut, Bombenfund 315.
Bagdadbahn 245. 348. 349. 351. 372.
— und Frankreich 266.
Bagehot 58.
Baikalsee, Naphthalager 176.
Bailloud, General 121.
Baku 419.
— Eisenbahn 350.
Balfour, Lord 68. 185. 372. 416.
Balkan 134.
— Autonomie 2.
— Bulgaren 104.
— und Bulgarien 313.
— und Deutschland 145.
— deutscher Einfluß 144.
— griechische Agitation 104.
— und Italien 145. 152.
— Krieg 61.
— nationale Grenzen 2.
— und Österreich 145. 313.
— österreichischer Einfluß 144. 145.
— Politik 363.
— Rassenhaß 1.
— Reform 346.
— Serben 104.
— serb. Nationalismus 104.
— Slaven 24.
— Staaten 24. 156.
— — und Rußland 178.
— Türken 1.
— Völker und England 144.
Ballin, Albert 200.
Balta, Raub 107.
Baltische Provinzen 46. 159. 218. 300.
— Beamte und Richter 389.
— Belagerungszustand 355.
— Deutsche 341.
— deutsche Kultur 301.
— Feldgerichte 218.
— Gemetzel 255.
— Häfen 176.
Bande Mataram 272.
Banerjee, A. C. 373.
Banque de Paris 342.
Bardoux, Jacques 369. 407.
Basken in Kalifornien 94.
Basra, Bagdadbahn 349.
Bassermann 153.
— und die Liberalen 154.
Batum-Tiflis, elektr. Bahn 46.
Beachyhead 408.
Beaconsfield, Lord 407.

Beauchamp, Dr. 342.
Bebel, Aug. 31. 161. 300. 301.
— und Cambon 372.
Beck, österr. Minist. 358.
Behringstraße 175.
Beiruth 104.
Belfast, Labour Party 61.
— Streik 304.
— Truppen 305.
— Unruhen 308.
Belgien 72. 153. 156. 245.
— Annexion d. Kongo 195.
— und der Kongostaat 74. 127. 353. 403.
— Ministerium 151. 179.
— Ministerium de Trooz 170.
Bell, Richard 343.
Bell, Sir John Charles 360.
Bender, Attentat 106.
Bendin, Raub 107.
Bengal-Assam, Eisenbahn 268.
Bengalen 195.
— Angriffe auf Europäer 268.
— Hungersnot 373.
— Notstand 273.
— Teilung 185.
Beni Benguſch 395.
Beni Snassen, alger. Grenze 387.
— Niederlage 387.
Bérard 63. 64.
Beresin, Vizepräs. der Duma 105.
Berlin 39. 64. 419.
— engl. Journalisten 200. 259.
— König von Siam 299.
— Lordmayor von London 231.
— russ. Terroristen 377.
— Sozialdemokraten 393.
— Waffenlager russ. Terroristen 377. 386. 393.
Berliner Kongreß 3.
Berliner Tageblatt 30. 49. 142.
Bermudas 181.
Bers, Ingenieur, Ermordung 296.
Berwik 352. 415.
Bessarabien 132.
Beziers, Weinbauern 190.
— Winzerdemonstration 212.
Bialystok, Kommunisten 157.
— Pogrom 158.
Bilterling, General 74
Björkö, Kaiserzusammenkunft 299.
Birilew, russischer Minister 30.
Birma und Frankreich 23.
Birrel's Home Rule-Vorlage 182.
Birzel, Staatssekretär für Irland 66.
Bismarck, Fürst 266. 353.
Blagowestschtschensk 421.
Bobrinski, Graf 204.
Bogawesti, Gen.-Gouverneur 158.
Böhmerwald 82.
Boisdeffre, General 221.
Bolivia und Haager Konferenz 134.
Bolivar 128.
Bombay 419.
Bondelzwarts Unterwerfung 1. 4.
Bondijios 71.
Bonilla, Präsident von Honduras 141.
Borissow, Kreis 53.
Börsenzeitung, russ. 105.
Boshidarowitsch, Wesselitzki 10.
Bosnien 24.
— Banden 25.
— Germanisation 144.
Bosquet, franz. Arbeiterführer 228.
Botha, Louis, General 77. 101. 118. 125. 183. 184.
Bourbons 180.
Bourgeois, Léon 51. 52. 291.
Brand, Preßpirat 358.
Bratter, Unterredung mit König Karl von Rumänien 363.
Braunschweig, Frage 89.
— Landtag 89. 200.
— Regentschaftsrat 20.
Brest, Bourse du travail 214.
Briand, franz. Minister 60. 85. 215.
— und Clemenceau 50. 71.
Briant 20. 48.
Brighton 408.
Brilliantow, Pope, Dumaabgeordneter 205.
Brinken Pascha 330.
Bristol 412.
Brock, Lord 323.
Brussa 330.
Brünn, tschechische Universität 277.
Brüssel 50. 247.
Bryan, amerik. Präs.-Kand. 148. 166. 359. 423.
Bryce, engl. Botschafter 9. 32. 34.
Buchholz, G., Professor 41.
v. Budberg, O., Baron 97.
Bu Hamara 406.
Bulat, Dumaabgeordneter 111.
Bulgaren 1. 64. 346.
— und Serben 2.
Bulgarien 62. 134. 248.
— Agrarverhältnisse 133.
— und Balkan 104. 313.
— Bandenwesen 3. 24.
— — und türkische Truppen 289.

Bulgarien, Eisenbahnerstreik 61.
— und England 144.
— großbulg. Bestrebungen 363.
— Juden 133.
— russ. Großbulgarien 3.
— russ. Militärkonvention 364.
— Rüstungen 104.
— serb.-montenegr.-bulg. Union 23.
— Studenten 119.
Bülow, Fürst 30. 31. 40. 48. 49. 80. 84. 90. 154. 160. 233. 262. 369.
— und die Bondelzwarts 13.
— und Cambon 316.
— Erkrankung 170.
— und Etienne 256.
— und Iswolski 299.
— in Norderney 260.
— in Rapallo 120.
— Rede über ausw. Politik 387.
— Reden 136.
— Rückkehr nach Berlin 316.
— und Wilhelm II. 170.
— in Wilhelmshöhe 308.
Bureau Reuter 185. 194. 268.
Buren und Engl. in Afrika 268.
Burenkrieg 90. 174. 369.
Burenstaaten, Selbständigkeit 174.
Burgeß, Professor 98.
Burke 165.
Butkowski, General 265.

C.

Caillaux, franz. Minister 57.
Calcutta, Nationalkongreß 1.
Cambodja, franz. Protektorat. 120.
Cambon, franz. Botschafter 13. 141. 243.
— und Bebel 372.
— bei Bülow 316.
Campbell-Bannerman, 26. 51. 59. 60. 68. 89. 90. 91. 118. 125. 146. 183. 227. 240. 243. 258. 351. 372.
— und Deutschland 180.
Canalejas, span. Minister 49.
Canning 59.
Cantacuzeno, Ministerium 120. 131.
Canterbury, Erzbischof v. 365.
Capistan, Winzerdemonstr. 212.
Carnarvon, Lord 174.
Carnegie 166. 171. 172.
Carthagena 153.
— Alfons und Eduard VII. 131.
— Eduard VII. 256.
Casablanca 310. 311. 316. 342.
— Beschießung 299.
Casablanca, Besetzung 361.
— Bombardement 328.
— Entschädigungsforderung 385.
— Erdarbeiten 303.
— Ermordung von Europäern 299.
— französ. Erfolge 325.
— französ. Truppen 329.
— Gouverneur, Gefangennahme 308.
— Handel 371.
— Morde 303.
— Polizei 303.
Catellani, Enrico, Professor 286.
Cavite 413.
Ceuta 152. 232.
Chabarowsk, Eisenbahn 421.
Chamberlain, engl. Min. 366. 372. 407.
— Tarifpolitik 172
Changarnier, General 410.
Charbin 404.
Charkow 296.
— Odessaer Eisenbahn 288.
Charopna, Plünderung 46.
Chasanow, Dumaabgeordn. 197.
Chattanoga 148.
Chéradame 63. 215. 216. 222. 245.
Cherbourg 409.
Chile, Erdbeben 231.
China 421.
— anti-dynast. Bewegung 270.
— Armee 421.
— Arsenal 271.
— Banknoten 345.
— Boxerkrieg 307.
— deutsch. Missionsstation, Zerstörung 200.
— Erwachen 332.
— Familiennamen 383.
— Finanzminister 345.
— Freiheit 249.
— Fremdenhaß 308.
— Gärung 175.
— Geldwesen 346.
— Goldvaluta 345.
— Handel 270.
— u. Japan 270. 309. 333.
— Japan u. Amerika 306.
— japan. Krieg 381.
— japan. Vertrag 220.
— Kupfer 345.
— Mandschu u. Chinesen 383.
— Münzsystem 270.
— offene Tür 306.
— Opiumrauchen 383.
— Papiergeld 345.

China, Presse 248.
— Reformen 382.
— Reformbewegung 270.
— u. Rußland 52.
— russ. Beziehungen 102.
— Schulen 383.
— Silber 345.
— Soldaten 383.
— Südchina, franz. Kultur 191.
— Truppen 269.
— Tsutschengyan 332.
— Unruhen 345.
— Waiwupu 382.
— Wandlungen 5.
— Zerfall 224.
Chines.-japan. Krieg 285.
Chinesen in Südafrika 268.
— in Ver. Staaten 95.
Chodorowski, russ. Polizeichef 158.
Chomjäkow, N. A., Dumapräs. 374. 387.
Cholmsches Rußland 18.
Churchill, Winston 100. 191.
Claretie, Jules 265.
Clemenceau, franz. Min. 20. 48. 85. 121. 124. 136. 180. 211. 215. 248. 260. 289. 334. 401.
— u. Briand 50. 71.
— u. d. comité central 122.
— Ministerium 210. 241. 277.
— u. russ. Anleihe 353.
— Vertrauensvotum 250. 258.
Clementine v. Koburg 66.
Clive, Lord 282.
Cobden 409. 410. 411.
Cochin, Denys 261
Cochinchina 190.
Colin, franz. Abgeordn., Abbé 116. 403.
Colne Valley, Wahlen 293.
Columbia, Brit. Kämpfe 316.
Combes, franz. Min. 20. 77. 266.
Company of central Siberia 176.
Connaught, Herzog 152. 366.
Copper, Simon 120.
Correspondencia de España 152. 154. 181.
Cosmopolitan 358.
Cottrel 382. 383.
Courrier des Balkans 363.
Courier Européen 121. 132 190. 235 236. 353. 382. 404.
Coursan, Winzerdemonstration 212.
Creelman, James 209.
Crémieux 132.
Cri de Paris 48.
Cromer, Lord 23. 138. 147. 178. 292. 379.
— Demission 141.
Cumberland, Herzog 110.
Curzon, Lord 185.
Czapski 31.

D.

Dadabhai Naoroji, Präs. d. ind. Nationalkongr. 185.
Daily Chronicle 368.
Daily Mail 146. 192. 217. 256. 279. 309. 318. 368.
Daily News 377. 378
Daily Telegraph 6. 322.
Dalmatien 145.
Damaskus, Eisenbahn 350.
Dänemark 41. 156.
— deutsch. Vertrag 41.
— Gesandter in London 118.
— u. Haag. Konferenz 134.
— König in Island 289.
— Optantenkinder 20. 42.
— u. Preußen 41.
Dardanellen u. England 321.
Davies, amerik. Admiral 282.
Deakin, Min. v. Neuseeland 101. 170. 380.
Deimling, Oberst 120. 170.
Delbrück, H., Prof. 357.
Delcassé 79. 142. 363. 370. 372.
Denshawai, Gefangene 379.
Derby, Lord 409. 410.
Dernburg, Staatssekretär 190.
— Abreise n. Afrika 269.
— Rückkehr 358.
Deschanel 189.
Desio, v. Aerenthal Besuch 269.
Deutschland 12. 44.
— Abrüstung 51. 52. 154. 180.
— u Algecirasakte 372.
— u. Algeciraskonferenz 13.
— Armee 223.
— Auswärt. Amt 243.
— Ausw. Politik 160.
— u. Babylonien 349.
— Bagdadbahn 348.
— u. d. Balkan 145.
— Blockade auf Papier 233.
— u. Bosnien 144.
— Botschaften, Preß-Attachés 143.
— u. Chamberlainsche Tarifpolitik 172.
— u. Dänemark 41.
— dänischer Staatsvertrag 20. 41.
— Depeschenagenturen 143.

Deutschland, Deutsche in Österr. 196.
— — in Rußland 168.
— Deutschpolen 169.
— Einfluß a. Balkan 144.
— Einkreisung 233.
— u. England 19. 153. 264. 349. 369.
— engl. Beziehungen 152. 217. 262. 406. 412. 416.
— englische Feinde 171.
— u. engl. Flotte 174. 306. 309.
— engl. Journalisten 203.
— England isolieren 317.
— engl. Krieg 173. 319.
— u. engl. Politik 233.
— u. Englands Seemacht 172.
— engl. Studienkommission 203.
— u. engl. Volksseele 173.
— Etat d. Kriegsministeriums 160.
— u. d. ferne Osten 191.
— Flotte 85. 99. 146. 172. 293. 396.
— — u. England 360.
— — u. Handel 244.
— Flottengesetz 368.
— u. Frankreich 21. 48. 79. 116. 117. 141. 161. 235. 291. 420.
— — Abkommen betr. literar. Eigentum 260.
— — Beziehungen 73. 77. 142. 160. 261.
— — Entente 135.
— — Krieg 257.
— — Politik 233.
— — Verständigung 116. 151. 256.
— Freunde u. Feinde 146.
— Friede 171.
— Friedensliebe 172.
— u. Große Ozean 190.
— u. Haager Konferenz 85. 90. 134. 310
— Handel u. Flotte 244.
— — m. Marokko 3.
— Japan u. Amerika 275.
— — Deutschenhaß 190.
— — gegen Deutschland 190.
— — geheime Wünsche 191.
— — Presse 191.
— Industrie u. England 172.
— Industrie u. d. Tschechen 265.
— industrielle Unternehmen 348.
— innere Verhältnisse 257.
— u. Irland 305.
— Isolierung 145. 152. 322.
— — Traum Englands 144.
— u. Italien 136. 152.
— u. Kleinasien 348.
— Kolonialamt 170.
Deutschland, Kolonialfragen 4.
— Kolonialpolitik 30.
— Kommerzielle Unternehmungen 348.
— u. Kongo 196. 245.
— Konservative u. Liberale 40.
— kriegsbereit 161.
— Kronprinz, zweiter Sohn 358.
— liberal 155.
— literar. Abkommen m. Italien 358.
— Literatur im Ausland 143.
— Machtstellung 309.
— Marine 5.
— Marinebudget 395.
— u. Marokko 25. 151. 160. 161. 310.
— u. Mesopotamien 348.
— u. d. Mittelmeer 232. 418.
— Norweg. Integrit. Vertrag 348.
— u. Österreich 82.
— Ostgrenze, russ. Truppen 345.
— u. Ozeanien 190.
— Parlamentar. Regiment 39.
— Parlamente 143.
— Petersb. Korr. des Journ. des Débats 255.
— Polen 394.
— Politik 40.
— — u. Frankreich 258.
— Polit. Absichten 171
— Presse 136. 144.
— — u. Weltpolitik 143.
— Reedereien 202.
— Reichstag 39.
— — Eröffnung 66.
— — u. Soz.-Demokr. 302.
— — Wahlen 170.
— u. Rußland 25. 299. 300.
— — russ. Auswanderer 159.
— Truppen u. Grenze 353.
— Seemacht 40.
— Seekrieg 232.
— Seemannsordnung 202.
— u. d. Seerecht 244.
— Sozialdemokratie 39. 40. 44. 386.
— — Presse 280.
— — u. russ. Greuel 300.
— — sittl. Verworfenheit 301.
— — u. Zentrum 161.
— Sozialismus 61.
— Stellung 144.
— — in Ostasien 275.
— u. die „Times“ 171.
— u. d. Tod Mauchamps 121.
— Tripelallianz gegen Deutschland 256.
— u. Tschechen 264.
— u. Türkei 318.
— Übersetzungsbureaus 143.

Deutschland, Umzingelung 309.
— Verein Straz 169.
— u. Ver. Staaten 95. 143.
— Wahlen 39. 40. 61.
— Wahlkampf 31.
— Wehrkraft u. Haag. Konf. 135.
— Welthandel 4.
— u. d. Weltmächte 233.
— Weltpolitik u. Presse 143.
— Zeitungen, deutsche im Ausland 142.
— Zentrum 40.
— — u. Sozialdem. 161.
— u. Zwietracht anderer Mächte 262.
Djanowo 188.
Dikow, russ. Minist. 247.
Dingley 94.
Dingleytarif 201.
de Dion, franz. Abgeordn. 235.
Disraeli, Ministerium 174. 412.
Disraeli, engl. Attaché 365.
Dmowski, poln. Dumaabgeordn. 230. 390.
Doggerbankaffaire 52. 174.
Dolgoruki, Fürst 111.
Dolgorukow, Fürst 106.
Dongebiet, Kohlenfelder 46.
Donezgebiet, Eisenbahn 176.
Dorpat 238.
— Bombenfabriken 314.
— Universität 56. 287. 341.
Dover 408. 412.
Drago-Doktrin 51.
Draganow 63. 64.
Dratschewsky, Stadthauptm. v. Petersburg 38.
Dreibund 277. 308.
Dreibundvertrag 145.
Dreyfusaffaire 235.
Dreyfus, Verurteilung 117.
Drude, General 316.
Dschaparidse, Dumaabgeordn. 111.
Dublin, Eduard VII. in Deutschl. 304.
Dubois, Kardinal 84.
Dunlop, Unterstaatssekretär 291. 292.
Dunlop-Hill 380.
Dupetit-Thouars, franz. Admiral 407.
Durban 268.
Durham, Wahlen 293.

E.

Eagling 411.
Echo de Paris 222.
Edinburgh 351.
— General Botha 184.
— Patronenniederlage 158.
Edinburgh Review 348.
Eduard VII. 26. 66. 215. 343. 366.
— u. Alfons in Carthagena 131.
— in Dublin 304.
— in Carthagena 256.
— u. Deutschlands Isolierung 152.
— u. Franz Joseph 316.
— u. General Botha 184.
— in Italien 145. 152.
— in Paris 48.
— u. Victor Emanuel 145. 151.
— u. Wilhelm II. 308.
v. Einem, Kriegsmin. 160. 161.
El Ala, Eisenbahn 350.
El-Azhar 378.
El Guebbas u. Raisuli 18.
Eleonore, Prinzessin v. Reuß 397.
Ellesmore, Lord 408.
Elsaß-Lothringen 117. 316.
— u. Frankreich 23.
Ena, Prinzessin v. Battenberg 14.
Energie nationale 215.
England 12. 35. 153.
— Abrüstung 52. 128.
— in Afrika 173.
— u. Ägypten 21. 23. 310.
— ägypt. Stellung 232.
— u. Amerika 35. 155. 172.
— Amerika u. Japan 8.
— amerik. Krieg 181.
— Arbeiter 293.
— Arbeiterpartei 61.
— Arbeiterschiedsgerichte 360.
— Arbeitersyndikate 57.
— Armee 89.
— — Organisation 20.
— — Reform 67.
— — u. Rußland 323.
— u. Asien 5. 128.
— Asien u. Amerika 173.
— Asylrecht 14.
— u. Australien 381.
— u. ausw. Mächte 67.
— auswärt. Politik 26. 126. 174.
— Balfour, Kabinett 26.
— u. d. Balkanvölker 144.
— Bedrohung Deutschlands 172.
— Bergwerke 68.
— Bill Birrel 208.
— u. Buren in Afrika 268.
— u. Clemenceau 20.
— u. Dardanellen 321.
— Denkungsart 174.
— u. Deutschland 153. 349. 369.
— — Beziehungen 152. 217. 262. 416.
— Deutschfeindlichkeit 369.

England, u. deutsche Flotte 85.
— Deutschenhaß 99.
— u. deutsche Industrie 172.
— deutsche Invasion 360.
— deutsch. Krieg 173. 319.
— u. deutsche Politik 40.
— u. deutsches Wesen 173.
— deutsche Zeitungen 141.
— Dreadnoughts 43.
— Dreibund 144.
— u. d. Duma 129.
— Education bill 57. 59. 228.
— Eisenbahnerstreik 343. 352. 360.
— Feinde Deutschlands 171.
— Finanzgesetz 60.
— Flotte 89. 91. 100. 146. 174. 204. 293. 374. 408. 410.
— — in Kronstadt 323.
— u. Frankreich 43. 81. 92. 419.
— — Abkommen 23. 147. 416.
— — Allianz 117.
— — Entente 73.
— — Invasion 410. 411.
— franz.-engl.-span. Allianz 243.
— franz.-jap.-engl. Allianz 101.
— Frauenstimmrecht 69.
— Freihandel 183.
— Freiwilligen 343. 411.
— Friede, ewiger 128.
— u. Frieden v. S. Stephano 3.
— Fushimi, Prinz, Besuch 344.
— gegen Deutschland 174.
— gelbe Presse 368.
— Gesetzgebung 59.
— u. Goldproduktion 176.
— Grundbesitz 68.
— u. Haager Konf. 51. 89. 134.
— Haltung gegen Deutschl. 144.
— Handel 244.
— Home-Rule 182. 208.
— Hungersnot 92.
— u. Japan 9. 155. 173. 190. 234. 318
— Japan und Amerika 9.
— japan. Bündnis 6. 173. 221. 309. 318. 415. 418.
— — Handel-, Fischerei-Vertrag 289.
— — Verhältnisse 244.
— Imperial council 126.
— Imperial defence 173.
— Imperialismus 235.
— u. Indien 19. 22. 173. 272. 331. 416. 418.
— indische Politik 225.
— — Stellung 185. 273.
— — Überlandbahn 351.
— — Untertanen 404.
England, innere Politik 306.
— innere Verhältnisse 233.
— Journalisten in Berlin 259.
— u. Irland 305.
— irische Angelegenheiten 182.
— irische Bill 32.
— irische Frage 25. 227.
— u. Italien 144.
— Kabinett 8. 9. 67.
— Kanaltunnel 19.
— Kolonialkonferenz 100. 125. 126. 141. 147. 183. 234.
— Koloniale Fragen 4. 8.
— Kolonialpolitik 366.
— Kolonialrat 126.
— Kolonien 22. 26. 155. 156. 172. 272.
— u. d. Kongostaat 72. 127. 128. 195. 196. 245. 352.
— — Annexion 353.
— Königsgewalt 26.
— Konservative 293.
— Kriegsmacht 172.
— Kriegsschiffe 92.
— — a. portug. Küste 219.
— Kriminalgerichtsappellationshof 68.
— Landmacht 99.
— Legislatur 32.
— Liberalen 31. 293.
— Licencing bill 228.
— Lords, s. a. Oberhaus 26. 32. 228.
— u. Malta 232.
— Marine 416.
— marokkan. Handel 3. 342.
— Mazedonien, Blaubuch 259.
— Miliz 409.
— Ministerium 118.
— — u. irische Frage 227.
— Mittelmeervertrag 231. 418.
— Mobilisierung d. Seemacht 293.
— Nordseeflotte 306.
— norweg. Integrit.-Vertrag 348.
— Oberhaus 26. 32. 34. 57. 68. 99. 100. 118. 124. 228. 258. 351.
— — Rechte 240.
— — Reform 227. 372.
— — u. Unterhaus 183. 234.
— öffentliche Meinung 407.
— Orientpolitik 367.
— Parlament 25. 31. 33. 57. 66. 99. 118. 182.
— — Auflösung 373.
— Parteien 398.
— Patentgesetze 68.
— Peers 58. 183.
— u. Persien 26. 418.
— Politik 100. 172.

England, Politik, ausw. 26. 126. 174.
— Presse 23. 100. 144. 147. 171. 172. 204. 275.
— Preßverhältnisse 279.
— Reichsrat 126.
— u. Rußland 92. 101. 145. 416. 418.
— russ. Geschwader 128.
— russ. Vertrag 317. 322. 330.
— u. russ.-jap. Verhandlungen 6.
— Rüstungen 92.
— u. Schah v. Persien 26.
— Schanksteuer 67.
— u. Schiedsgerichte 128.
— Seemacht 99. 172.
— u. d. Seerecht 243.
— Seerüstung 89. 119.
— Seestellung 234.
— u. Serbien 152.
— u. serb. Industrie 144.
— u. Sibirien 159.
— Sozialismus 343.
— Sozialisten 352.
— Sozialist. Partei 125.
— Sozialreformen 373.
— u. Spanien 49.
— — Kriegs- u. Friedensbündnis 152.
— Vereinbarungen 181.
— Stellung in Indien 185. 273.
— Suprematie zur See 396.
— Territorialarmee 343.
— Terroristen 14.
— Thronrede 66.
— u. Transvaal 118.
— u. Türkei 321.
— Unionisten 57. 372.
— Unterhaus 32. 57. 68. 99. 100. 258. 351.
— Verfassung 8. 234.
— — Änderungen 33.
— Verfassungsleben 352.
— u. Verein. Staaten 9. 95.
— Verträge 256.
— u. d. Völkerrecht 14.
— Volksseele 173.
— Wahlrecht 33.
— Wilhelm II., Besuch 358. 368. 415. 417.
— Wehrpflicht 343.
— Wohnungsverhältnisse 68.
Esquimault, engl. Flotte 422.
Estland, Dumavertreter 97.
Etendard Egyptien 248. 291. 331 377.
Etienne, franz. Abgeordneter 250.
— bei Bülow 256.
— in Kiel und Berlin 261.
Etienne, bei Kaiser Wilhelm 255.
Europa 144. 262.
— und Asien 146.
— Friede 171. 324.
— Friedenspolitik 309.
— Handel 287.
— jüdische Presse 132.
— Mächte, Kolonialpolitik 286.
— Rüstungen 43.
— sozialist. Feind 40.
— Verfassungsstaaten 27.
— Westeuropa und Rußland 176.
— — russ. Interessen 145.
— Zukunft 82.
Europe coloniale 61. 116. 152. 154. 194. 215. 216. 223. 286.
Européen 218.
Evening Post 93. 95. 171.

F.

Fallières, Präsident, Attentat 269.
Faschoda 78. 234.
Faure, Ferdinand 77. 142.
Fehim Pascha, Chef der türk. Geheimpolizei 61. 62. 104.
Ferdinand, Fürst von Bulgarien 119. 180. 363.
— Regierungsjubil. 316.
— Verlobung 397.
Ferid Pascha, Großvezier 364.
Ferry, Jules 116. 118. 242.
Fez, Europäer 316.
— Sultan 209.
Fidel, Camille, franz. Kolon.-Politiker 3.
Figaro 50. 167. 222. 242. 265.
Finnland 47. 115. 423.
— Landtag 200.
— Reichstag 219.
Fisher, Admiral 360.
Fock, russ. General 385.
— Prozeß 288.
Folkestone 408.
Formosa 422.
— Japans Aufgaben 86.
— Unruhen 368.
Fortnightly Review 395.
Forword Brothers 395.
Frankreich 153.
— und Abdul Aziz 327.
— Abrüstung 51. 52. 86.
— Adel 117.
— und Ägypten 22. 23. 331.
— und Afrika 234.
— und Algecirasakte 361.
— und Algecirakonferenz 13.

Frankreich, und Algier 232. 349.
— Alliance franco-russe 220.
— Alliance républ. democr. 211.
— antikathol. Repreſſ. 13.
— Antimilitariſten 289.
— Arbeiter 122.
— Arbeiterbörſen 136.
— Armee 20. 122. 161. 223. 290. 408.
— — Zuſtände 257.
— Ausw. Amt 231. 405.
— auswärtige Politik 141.
— und Bagdadbahn 266.
— Beamte 122. 163.
— — und Regierung 189.
— — Streik 289.
— und Birma 23.
— Budgetkommiſſion 210.
— Bürgerkrieg 123.
— Combismus 235.
— „comité central" 122.
— Confédération gen. du travail 214. 228. 260.
— Delcaſſismus 235.
— Demokrat. Allianz 162.
— Deputierte 163.
— und Deutſchland 21. 48. 79. 116. 117. 141. 291.
— — Abkomm. betr. literar. Eigentum 260.
— — Beziehungen z. D. 73. 77. 142. 160. 261.
— — Entente 135.
— — Krieg 257.
— — Verſtändigung 116. 151. 256.
— deutſche Zeitungen 141.
— Dreibund 144.
— Eiſenbahnen, ſüdfranz. 241.
— und Elſaß-Lothringen 23.
— und England 43. 81. 92. 410. 419.
— — Abkommen 23. 147. 416.
— — Allianz 117.
— — Entente 73.
— engl.-franz.-ſpan. Allianz 243.
— engl.-japan.-franz. Allianz 101.
— England und Spanien 152.
— Finanzkomité 211.
— Finanzminiſter 210.
— Flotte 408.
— Föderation der Arbeiter 122.
— Franzoſen in Verein. Staaten 95.
— Friedensliebe 262.
— Gefängnisaufſeher 122.
— Gelbbuch über Marokko 327. 361.
— Generalratswahlen 289.
— Generalſtreik 122. 136.
— Geſetz 258.
Frankreich, Grand Orient 137.
— Günſtlingswirtſchaft 137.
— und Haager Konferenz 42. 90. 134.
— Handel 214.
— Handelsflotte 244.
— Hervéismus 260.
— in Hinterindien 120. 234.
— und Japan 190.
— — Abkommen 175.
— — Verſtändigung 191.
— — Vertrag 209. 222.
— Imperialismus 235.
— 17. Infanterie-Regiment 240.
— Innere Verhältniſſe 233. 257.
— Kammer 250. 269. 277. 289. 341. 401.
— Kirche 50. 85. 155.
— — und Staat 60.
— Kirchenpolitik 66.
— — und Papſt 141.
— klerikale Oppoſition 13.
— Klerikalismus 103.
— koloniale Fragen 4.
— Kolonien 22. 72. 234.
— und Kongo 196. 245.
— Kriegsbereitſchaft 13.
— Kriegsvorbereitungen 161.
— Küſtenſchiffahrt 214.
— Landesverteidigung 341.
— Landwehr, Übungszeit 401.
— Lehrer 122.
— und Madagaskar 234.
— Marine 122.
— und Marokko 4. 79. 80. 151. 304. 349. 421.
— — Handelsbeziehungen 3.
— Miniſter 137. 163.
— Miniſterium 71. 210. 401.
— Mittelmeervertrag 231.
— und muſelmänn. Welt 402.
— Nationalgarde 408.
— norweg. Integrit.-Vertrag 348.
— Obrigkeit 258.
— öffentl. Meinung 77. 136.
— und Papſt 60.
— Parteityrannis 398.
— polit. Spionage 137.
— Poſtbeamte 122.
— Preſſe 31. 77. 117. 141. 144. 160.
— Radikale und Sozialiſten 162. 189.
— Regierungsbeamte 189.
— Republikaner 163.
— Reſerviſten, Übungszeit 401.
— Revolution 1848: 409.
— und ruſſ. Allianz 235. 401.
— — Anleihen 60. 353.
— — Bündnis 309.

Frankreich, russ. Militärkonvention 334.
— Rüstungen 229.
— Schifferstreik 210.
— Schiffsoffiziere 213
— Schule 155.
— Moralunterricht 124.
— Seeleute, Ausstand 213. 220. 228.
— Seemacht 128.
— Seerecht 229. 243.
— Senat 210.
— Senatoren 163.
— Separationsgesetz 60.
— Siamesf. Grenzvertrag 120.
— Sozialismus 235.
— Sozialisten 210. 258. 352.
— — und Radikale 162. 189.
— sozialist. Politik 136.
— und Spanien 49. 261.
— — Vertrag 242.
— Streikepidemie 162.
— Süden, milit. Besetzung 241.
— — Gemeindevertreter 269.
— — Unruhen 240.
— Syndicats des fonctionnaires 162.
— und Tahiti 23. 407.
— und Tanger 25.
— Truppendisziplin 289.
— und d. Tschechen 265.
— und Tunis 232. 349.
— Überschwemmung 347.
— Verträge 256.
— Vertrauensvotum f. Clemenceau 180.
— Verwaltung 163.
— Volonté nationale 236.
— Weinkultur 241.
— Weinschutzgesetz 242.
— Westeisenbahn 210.
— Winzer 210. 211. 228. 248. 261. 289.
— Zollagenten 122.
— zweijährige Dienstzeit 257.
Franco, portug. Minister 356. 423.
Franz Joseph v. Österreich 337. 415
— und Eduard VII 316.
— Genesung 347. 357.
— Krönungsjubiläum 220.
— in Prag 160.
Fredericks, russ. Minister 247.
Freycinet, franz. Minister 22. 220.
Friedrich der Große 368.
French, General 323.
Fushimi Prinz, Besuch in England 344.

G.

Gaelic American 118. 181. 332.
Galizien, Polenkongreß 308.
Galizien, Wahlen 196.
— Wahlunruhen 200.
Gambetta 70.
Gap, 17. Regim. 257.
Gapon 339.
Garibaldi, 100jähriger Geburtstag 260.
Gaeta 153.
— Eduard VII. und Vict. Emanuel 151.
Gaulois 329.
Gazeta Polska 168.
Genfer Konvention 335.
George, Lloyd 361.
Gerus, Dumaabgeordneter 114. 245.
Gibraltar 152.
— und England 232.
— Spaniens Verzicht 232.
Giers 220.
Gil Blas 334. 344.
Gladstone 58. 60. 69. 182. 208. 412.
Glasgow 158. 412.
Glaskow, (Rußland) Postraub 107.
Goldwin Smith, Professor 318.
Golembinsky, österr. Abgeordn. 387.
Golos Moskwy 290. 296. 308. 313. 330. 346. 354. 422.
Golowin, Dumapräsident 105. 197
— beim Zaren 99. 151.
Gomi, Mord 107.
Goniec 246.
Gorki, Polizeibeamte erschossen 11.
Gorst, Sir Eldon 147. 379.
Gortschakow 25.
Grave, George Temvel 148.
Grévis, Präsident von Frankreich 117.
Grey, engl. Minister 26. 195. 291. 306. 365. 366. 415. 416. 418. 420.
Griechen 1. 24.
— in Kalifornien 94.
Griechenland 154. 248. 346. 421
— Bandenwesen 3. 24. 133. 364.
— — in Mazedonien 259.
— Geistlichkeit und Mazedonien 364.
— und Haager Konferenz 134.
— und Rumänien 364.
— rumän. Differenzen 313.
— und Türkei 364.
Grinewitsch, Pope, Dumaabgeordneter 205.
Gringmut 186.
Grippenberg, General 74.
Gudew, bulg. Minister 119.
Gudim, General 265.
Gurko-Lydval, Prozeß 45.

Gustav V., König v. Schweden 397.
Gutschkow, russ. Abgeordneter 388.

H.

Haag, Friedenskongreß 13. 33. 42. 44. 50. 73. 85. 90. 93. 99. 116. 134. 143. 231. 243. 264. 291. 316. 416.
— Ausschließung d. Presse 245.
— und Deutschland 310.
— England 89.
— und Kaiser von Korea 285.
— Schließung 327. 335.
Hagron, General 279.
— Rücktritt 289. 290.
Halbert, Homer B., 286.
Haldane 343.
— und engl. Armee 316.
Hamburg 402.
— Reeder 202.
— Streik 202.
Hamburg-Amerika-Linie 35. 200.
Hamburger Nachrichten 363.
Hampton Roads, amerik. Kriegsschiffe 373.
Handelsschiffe in Kriegszeiten 92.
Hannover, Maria, Königin 20.
Hannov.-braunschweig. Erbfolge 20.
Hanotaux 116.
Harden, Maximilian 359.
Harmand, Jules 222.
Harmsworth 279.
Harrow 411.
Hashino Kyosakura 404.
Hasman 411.
Hastings 282.
Hawai, amerik. Stellung 306.
— und Japan 86.
Hearst, amerik. Präsid.-Kandidat 358.
Hébrard, Adrien 13. 21. 42.
Hedjasbahn 350.
Heinrich, Prinz, in Amerika 413.
Heliopolis, Dampfer 268.
Helsingfors, Kongreß 87.
Herat 419.
Hereros 30.
Hervé 161.
Hervéismus 162.
Herzegowina 24.
— Banden 25.
Herzenstein, Abgeordn., Ermordung 45. 87. 157.
Het Volk 101. 118.
Hilmi Pascha 364.
Hindus u. Mohamedaner 331.
Hinterindien, Frankreichs Stellung 234.
Hochland 36.
Hofmeyer, Jan 125
Hohenzollern 63.
Holland 154. 156.
— Generalstaaten 316.
— und Haager Konferenz 134.
— Kammer 415.
— Holländer in Verein. Staaten 95.
— Wahlrecht 316.
Holtzmann, Dr., Marakesch 121.
Homiuru Shimban 190.
Honduras, Friedensschluß 160.
— und Nikaragua 77.
— Präsident Bonilla 141.
Hongkong, Handelskammer 270.
Hörschelmann, Generalgouv. von Moskau 387.
— Attentat 400.
Hovalsk 94.
Howden, Lord 410.
Hukwang 383.
Hume 409.
Huret, Jules 286.
Hyndman, engl. Soz. 332.

J.

Jalta, Gymnasiasten 265.
Jamaika, Erdbeben 20. 35. 67. 282.
Jamesons, Überfall 181.
Jamestown, Ausstellung 164.
Jangschinhsiang, Vizekönig von Petschili 382.
Jantsetal, England im J. 175.
— japan. Einfluß 175.
Japan 146. 249. 419. 422.
— Abrüstung 51. 52.
— und Amerika 5. 6. 7. 8. 9. 19. 34. 52. 86. 319.
— — Beziehungen 273.
— — und China 306.
— — Differenzen 244.
— — Krieg 7. 268.
— Anleihe für südmandschur. Bahn 294.
— Armee 224.
— und Australien 8. 9.
— und China 270. 309. 333. 381.
— chinesische Einwanderung 404.
— — Krieg 285.
— — Vertrag 220.
— Deutschenhaß 190.
— und deutsche Politik 191.
— Einfl. im Jantsetal 175.
— und England 9. 173. 190. 234. 318.

Japan, engl. Bündnis 6. 173. 221. 309. 318
— engl.-franz.-jap. Allianz 101.
— engl. Handels- und Fischereivertrag 289.
— engl. Verhältn. 244.
— Eroberungsrecht 245.
— Flotte 43. 294.
— und Formosa 86.
— und Frankreich 190. 415.
— — Abkommen 175.
— — Verständigung 191.
— — Vertrag 209. 222.
— Freunde in Japan 275.
— Fremdenhaß 308.
— — gegen Deutschland 190.
— Genrain 332.
— und Haager Konferenz 134.
— Handelsflotte 216.
— und Hawai 86.
— und Indien 9.
— und kaliforn. Schulen 93.
— Kaufleute 269.
— und Korea 9. 86. 270. 285. 289.
— Kriegsmacht in Europa 223.
— Kriegsschiffe 92. 225.
— Machtstellung 269.
— und Mandschurei 52.
— Militär. Programm 223.
— und seine Nachbarn 174.
— und Neuseeland 9.
— Parlament, Eröffnung 1.
— und Pazif. Ozean 306.
— und Philippinen 8. 86.
— Presse 192.
— und Rußland 5. 6. 18. 52. 101. 175. 319.
— — Handelsvertrag 316.
— — Krieg 5. 90. 221.
— — Seemacht 128.
— — Vertrag 231.
— und Sachalin 86.
— und Sandwichinseln 8.
— und San Franzisko 48.
— Schulen 17.
— in Südsee 374.
— Truppen in Europa 216.
— und Ver. Staaten 95. 343.
Jarmouth 352.
Jarrow, Wahlen 293.
Jaurès 161. 189. 258. 402.
Jbbetson, Sir 185.
Jbengha 71.
Jddesleigh, Lord 58.
Jegorjewski, Dorf 47.
Jchad 342.
Jekaterinenburg 106.
— Bomben im Gefängnis 315.
Jekaterinodar, Eisenbahn 176.
Jekaterinoslaw, Dumawahl 105.
— Polizeibeamte erschossen 11.
Jelisajewitschi, Räuber 106.
Jenks, Prof. 346.
Jermolow, russ. Minister 297.
Jessen 171.
Jgnatjew, Graf, Ermordung 11. 28.
Jgnotus 19. 406.
Jhler, Kapitän 328.
Jildiz Kiosk 330.
Jliodor, russ. Priester 186.
Jndian Socialist 332.
Jndien, 178. 209. 319.
— Agrar. Umsiedelungen 226.
— antiengl. Bewegung 373.
— Autonomie 22. 185.
— Eisenbahn 418.
— Emir und Afghanistan 19.
— und England 22. 331. 416.
— engl. Handelskammern 194.
— engl. Position 173.
— engl. Richter 281.
— engl. Überlandbahn 351.
— europ. Kulturformen 173.
— Freiheit 249.
— Gärung 175. 234.
— Generalstreik 272.
— Grenze 324.
— Hindus 9.
— Homerule 272.
— Hungersnot 373.
— Hyperzentralisation 226.
— und Japan 9. 227.
— Mohammedaner 9. 19. 402.
— — und Hindus 185. 273.
— Nationalkongreß Kalkutta 1.
— Pest 225.
— Presse 227. 248.
— und Rußland 418.
— russ. Invasion 318.
— Sedition bill 324.
— Selbstregierung 332.
— Sozialisten 343.
— Swadeshibewegung 272.
— Überlandweg 350.
— Unruhen 184. 225. 272. 281. 324.
— — und Japan 227.
— Verwaltung 282.
Johann Albrecht v. Mecklenburg, Regent von Braunschweig 200. 286.

Johann Albrecht v. Mecklenburg, Einzug in Braunschweig 210.
Joinville, Prinz 408.
Jollos, Dr., Ermordung 120. 130. 157.
Jonische Inseln 379
Journal des débats 12. 88. 92. 136. 162. 175. 196. 214. 242. 243. 247. 255. 257. 265. 276. 289. 290. 328. 329. 333. 341. 385.
Journal de St. Pétersbourg 98. 167.
Iren, amerikanische 181.
Irische Frage 25. 60. 69.
Irland 26. 234.
— und Deutschland 305.
— und engl. Parlament 305.
— Handel 305.
— Homerule 26. 60. 125. 273.
— Landreform 182.
— Nationalisten 60.
— Nationalkongreß 208.
— Parlament 125.
— Polizei 305.
— Reform 26. 118.
— Reformbill 294.
— Reformen 304.
— Selbständigkeit 31. 33.
— Selbstverwaltung 67.
— Sinn Fein-Politik 305.
— Universitäten 68.
— und Verein. Staaten 305.
Islam 27. 138. 329.
— antienglisch 234.
— Gärung 194.
— heil. Stätten 379.
— panislam. Bewegung 138.
— Panislamismus 377.
— Regeneration 402.
Island, König von Dänemark 289.
Islington, russ. Sozialdemokraten 186.
Ismael Bey Gasprenski 379.
Iswolski, russ. Minister 222. 247. 316. 334. 363.
— und Bülow 299.
Italien 153.
— und Albanien 145.
— und der Balkan 145. 152.
— und Deutschland 152.
— und Dreibund 144.
— Eduard VII. 145. 152.
— und England 144.
— England und Spanien 152.
— und franz.-engl.-span. Allianz 243.
— und Haager Konferenz 91. 134.
Italien, Italiener in Kalifornien 94.
— — in Österreich 196.
— — in Verein. Staaten 95.
— Kabinett Giolitti 99.
— Kammerauflösung 356.
— Kamorra 200. 217. 248.
— literar. Abkommen m. Deutschl. 358.
— Ministerium Tittoni 356.
— Norditalien, Erdbeben 347.
— und Orient 2.
— und Österreich-Ungarn 2. 81. 277.
— Presse 144.
— russ. Handelsvertrag 415.
— Senat, Nasiprozeß 269.
— Unterrichtsminister 397.
Ito, Marquis 286.
Juanschikai, chin. Vizekönig 332. 345. 382.
Juden in Newyork 95.
— in Verein. Staaten 95.
— in Warschau 95.
Jurjew-Dorpat 56. 341.
Jussarow 266.
Justice 332.

K.

Kairo, islam. Mittelpunkt 378.
— Rechtsschule des Khedive 291.
— Universität 378.
Kairo-Kap, Eisenbahn 127. 262.
Kalabrien, Erdbeben 338. 347. 397.
Kalifornien 306.
— Basken 94.
— Griechen 94.
— Italiener 94.
— Japaner 34. 86.
— und Japan 344.
— Schulfrage 93.
Kalkutta 272. 419.
— Bombenattentat 404.
— Kongreß d. Hindus 19. 22.
Kamerun, Gouverneur 196.
— Unruhen 289. 308.
Kamimura, Admiral 404.
Kanada 101. 156. 181. 381. 422.
— und Amerika 34. 35.
— antijapan. Strömungen 319.
— diplomat. Beziehungen 320.
— engl. Flotte 9.
— französ. Handelsvertrag 320.
— Freihandelssystem 126.
— Homerule 259.
— jap. Einwanderung 404.
— Laurier, Minister 125.
— Militarismus 126.
— Verfassung 19. 21.

Kanada, Verteidigung 184.
Kanarische Inseln 232. 402.
Kanton 270.
Kap Horn 306.
— japan. Geschwader 8.
Kap—Kairo, Eisenbahn 127. 262.
Kapkolonie 126.
Kapland 101.
— Bond 268.
— Miliz 184.
Kapstadt 125.
Karatschi, Eisenbahn 350. 419.
Karawajew, Dumaabgeordn. 111.
Karol, König von Rumänien 132. 133. 316.
— Unterred. m. Bratter 363.
Karolinen 413.
Kaspisches Meer 350.
— Naphthalager 176.
Kaspisee 321.
Katharina II. v. Rußl. 50.
Kaufmann, russ. Minister 150. 247.
Kaukasus 47.
— Armenier 313.
Kaulbars, General 74. 140.
— Attentat 301.
Kautsky, Sozialdemokrat 300.
Keir Hardie 331. 343.
Keyserling-Grösen, Edgar, Ermordung 218.
Kiew, Bombenfund 297. 314.
— Dumawahl 105.
— Gymnasiasten 265.
— Meuterei 245.
— Studenten 97.
— Überfall Zuckermanns 296.
— Universität 97.
King, Prinz 270.
Kingston 35. 283.
Kischinew, Dynamitfund 315.
Kisewetter, Dumaabgeordn. 111.
Kitchener, Lord 19.
Kleinasien und Deutschland 348.
— Deutsche Kolonisation 349.
Kleinrußland, siehe Rußland.
Klepowski, Dumaabgeordn. 197.
Klondike 175.
v. Knyphausen, Freiherr 368.
Kobe, Chinesen 404.
Kochanski, Gefängnisaufseher 158.
Kokowzew, russ. Minister 46. 247.
Kolerski, Reichstagsabgeordn. 264.
Köln 194.
Kölnische Zeitung 142. 153. 233.
Komar, Dumaabgeordn. 245.
Kongofrage 127.
Kongo, französ. 71.
Kongostaat, Annexion durch Belgien 195.
— und Belgien 353. 403.
— belgische Interessen 74.
— belg. Verwaltung 127.
— deutscher Konsul 196.
— und England 72. 195. 196. 352.
— — annekt. 353.
— und König Leopold 373.
— Neger 74.
— Teilung 245.
— Zukunft 128.
Königsberger Allgemeine Zeitung 65.
Königsberger Volkszeitung 301.
Konstantinopel 63. 243. 312. 321. 330. 366.
— engl. Flotte 318.
— Geheimpolizei 61.
— islam. Mittelpunkt 378.
— und Rußland 364.
Kopenhagen, russ. Sozialisten 177.
— Wilhelm II. 250.
Korea 174. 307. 422.
— Abdankung des Kaisers 279. 285.
— und Amerika 285.
— und Japan 9. 270. 289. 294.
— Japans Aufgaben 86.
— — Einfluß 285.
— Kaiser und Haager Konferenz 285.
— Minen 245.
Kossowo 2.
Kostroma, Agrarunruhen 190.
Koweit, Bagdadbahn 349.
Krakau 139.
Kramarz 276.
Krasnojarsk, Asbestlager 176.
Krasnowodsk, Eisenbahn 350. 419.
Kreta, Zaimis, Statthalter 61.
Kreuzzeitung 30. 49. 332.
Kriegsrecht 74.
— und Haager Konferenz 91.
Krimkrieg 407.
Kronstadt, Meuterei 301.
— Oktoberunruhen 29.
Kropin, Revieraufseher Moskau 107.
Krüger, Präsident, und Wilhelm II. 181.
Kruschewan 186.
Kuanghsu, Kaiser von China 383.
Kuang Si 190.
Kuang Tong 190.
Kuba und Amerika 35.

Kuba und Spanien 181.
v. Kügelgen, Paul 267.
Kurden 312.
— und Armenier 313.
Kurino, Botschafter 222.
Kurland, Autonomie 113.
— Dumavertreter 97.
Kuropatkin 74. 338.
Kuschka, Eisenbahn 350.
Kusnezow, Dumamitglied 108.
Kutler, Dumaabgeordn. 138.
Kutschik 419.
Kuzzowalachen 364.
Kwantung, Aufstand 200. 210.

L.

Laboulaye, franz. Botschafter 220.
Labrador 35.
Lacroix, General 279. 291.
Lahore, antiengl. Bewegung 184.
— Festungswerke 185.
Lajpat Rei, ind. Aufständ. 185. 226. 373.
Lambert-Affäre 291.
Lampué, Pariser Gemeinderat 265.
Lamsdorff, Graf 295.
Langlois, General 290. 341.
Lansdowne, Lord 9. 416. 417. 418.
Lateiner 64.
Launitz, v. d. Stadthauptmann von Petersburg, Ermordung 11. 28. 296.
Laurier, Sir Wilfried 125. 156. 319. 320.
Leeds 259.
Lemberg, Polen 393.
Lenin, russ. Abgeordn. 400.
Leontjew, Tatjana 199.
Leopold von Belgien 403.
— und Kongostaat 373.
Lessar, P. M. 350.
de Lestrade, Vicomte 84. 116.
Letten 218.
— Autonomie 113.
Lettische Republik 245.
Levasseur 142.
Lever, Fabrikant 279.
Levy, franz. Arbeiterführer 228.
Leygues, Deputierter 211.
Liangkwan 383.
Libau, Anarchisten 46.
— Polizeibeamte erschossen 11.
Lichtenberger, Henri 215.
Lichtstümpfe, Gesellschaft 150.
Liga Narodowa 169.
v. Lindequist, Unterstaatssekretär 190.
Lissabon 259
— Anarchisten 386.
— Bombenfunde 385.
— Gemeinderat 210.
— Kundgebungen 240.
Litauen, Provinz 295. 314.
— Autonomie 113.
— Juden 133.
Litauer 47.
Literary Digest 127.
Litwinow, General, Ermordung 28.
Ljublin, Kreis 18.
Liverpool 412. 417.
Livland, Autonomie 113.
— Dumavertreter 97.
Lodz 296. 339.
— Arbeiterausspерrung 1.
— Arbeiter und Truppen 141.
— deutsche Sozialdemokraten 44.
— Generalstreik 30.
— Judengemetzel 316.
— Mord und Raub 106. 267.
— Polizeibeamte erschossen 11.
— Postraub 190.
— Räuber 107.
— Stadt des Todes 188.
— Straßenkämpfe 89. 140. 158.
Lome—Palime, Eisenbahn 39.
London 156. 408. 412. 419.
— Anarchisten 14.
— dänischer Gesandter 118.
— deutsche Botschaft 143.
— franz. Botschaft 21.
— Kabinett 51.
— Kolonialkonferenz 118.
— Kongreß russ. Revolut. 230.
— Lordmayor 360.
— — in Berlin 231.
— Meeting von Muselmännern 377.
— Moschee 259.
— Nordseekonferenz 231.
— Panislam. Gesellsch. 259.
— russ. Revolutionäre 208.
— russ. Sozialdem. 334.
— Wilhelm II. 358.
Lorrain 116.
Losow—Pawlowsk, Post 106.
Louis Philipp, König von Frankreich 409. 410. 413.
Loevland, norweg. Minister 338.
Low, Sidney 57.
Lowe, Charles 368.
Löwe, Heinrich 36.
Ludwig XIV. 180.
Ludwig XVI. 128.
Ludwig XVIII. 235.

Lugansk, Bombenfund 315.
Luschki, Kirchenraub 107.
Luxemburg, Thronfolge 220. 260.
Luxemburg, Rosa 301.
— in Rußland 44.
Luzern, Kongreß russ. Terroristen 11. 14. 28.
Luzzati 81.
Lyallpore, Streik 272.
Lyautay, franz. General 120. 395.
Lyndhurst, Lord 411.

M.

Mac Lean, Gefangennahme 260. 292.
Mach, R. v. 62.
Mackow, Dorf 297.
Madagaskar, Frankreichs Stellung 234.
Madrid 154.
Magyaren 64.
Mahalla 372.
Mahalla v. Auflas und Mulay Hafid 368.
Mahan, Kapt. 274.
Maklakow, russ. Abgeordn. 390.
Malmö, russ. Sozialisten 177.
Malot, Charles 290. 341. 385.
Malta 232.
Mandschurei 47. 174. 383.
— und Amerika 306.
— japan. Truppen 102.
— Minen 245.
— Räumung 175.
— russ. Truppen 52. 102.
— südmandschur. Eisenbahn 231.
Manuel, franz. Abgeordn. 197.
Marabuts 371.
Marakesch 120. 178. 342.
— Aufstand 209.
Maria, Königin von Hannover 20.
Mariannen 413.
Mariupol, Donezkohle 176.
Markby, Sir William 281.
Marokko 12. 18. 78. 79. 80. 103. 144. 178. 316.
— Aufruhr 303.
— Beni Snassen 394.
— Beruhigung 342.
— und Deutschland 25. 160.
— Deutschland und Frankreich 51.
— Engländer 328.
— Erschließung 4.
— europ. Kultur 304.
— frage 261.
— und Frankreich 349. 362. 421.
Marokko, Franz. Aktion 120.
— — Einfluß 408.
— — Entschäd.-Forderung. 209.
— — Gelbbuch 327.
— — Handelsbeziehungen 3.
— — Kapital 3.
— — Kanonenboote 25.
— Grundbesitz 371.
— Hafenpolizei 310.
— Handel 371.
— islam. Fanatismus 304.
— Kämpfe 377.
— Krisis 90.
— Maghsen 371.
— Mahalla 18.
— Marabut 371.
— Mauchamps Ermordung 151.
— Mauren 193.
— Minist. d. Ausw. 138.
— offene Tür 4.
— Polizei 3. 192.
— Raisulis Absetzung 1. 3.
— soziale Organisation 370.
— Sultan 303. 311.
— Tunisizierung 4.
— Wirren 325.
v. Marschall, deutsch. Botsch. 62. 243. 291. 310.
Marseille 214.
— japan. Truppen 216.
— Seeleute Generalausstand 210.
Martens, russ. Professor 42. 43. 50. 51 52. 74. 91. 159.
Martin, Reg.-Rat. 295.
v. Martitz, Ferd. 74.
Marvoud, Angel 413.
Matin 232. 256. 318. 342.
Mauchamp, Dr., Ermordung 120. 151. 193.
Maura, span. Minister 39. 49.
Maximowski, Chef d. Gefängnisverwaltung, Ermordung 355.
Maxse 245. 359.
Mazagan 343. 395.
— Truppen Abdul Aziz' 377.
Mazedonien 24. 63. 64.
— Auswanderung 313.
— Banden 348.
— Bauern in Amerika 313.
— und Bulgaren 1.
— engl. Blaubuch 259.
— Frage 313.
— griech. Banden 259. 289.
— und griech. Geistlichkeit 364.
— Kämpfe zwischen Türken und Bulgaren 190.

Mazedonien, Lage 365.
— Reform 2. 3. 346.
— Revolution 61.
— und Rumänien 364.
— und die Türkei 248.
— Zukunft 133.
Medaini-Salih 350.
Medina 379.
Mehmed Ali, Schah von Persien 28.
Mekka 379.
Melitopol, Eisenbahn 176.
Menschikow, Publizist 107. 109. 247.
Merenberg, Graf 220.
Merw, Eisenbahn 350.
Mesopotamien und Deutschland 348.
— deutsche Kolonisation 349.
Messidor 231. 358. 372.
Mexiko, amerik. Kohlenstation 384.
— Erdbeben 141.
Meyendorff, Baron 375.
Michelsen, norweg. Ministerpräs. 338.
Mjeschkowski, Todesurteil 107.
Mikula, Seljäninowitsch 250.
Miljukow, Professor 87. 302. 325. 334. 375. 379. 388.
Mill, John Stuart 226.
Millet, René 72. 74. 77. 78. 79. 81. 84. 371.
Milner, Lord 126.
Min, General, Ermordung 301.
Minsk, Bombenfabriken 314.
— Gouvern. 53.
— Universität 55.
Minto, Lord 226.
— und Emir von Afghanistan 19.
Mitau, Erschießung von 6 Letten 106.
Mitrow, Dumaabgeordn. 245.
Mittelmeer 261.
— Mächte 416.
— und Rußland 318.
— Vertrag zwischen Frankreich, England und Spanien 231.
— Verträge 257.
Modatipore, Mohammedaner und Hindus 273.
Mogador 192. 338. 343. 395. 421.
Mohammed Feisi Pascha 330.
Mohammedaner und Hindus 331.
Mohrenheim, Baron 220.
v. Möller-Sakamelski, Gen.-Gouverneur 158. 169. 267.
Montagnini-Affaire 137.
Montenegro und Österreich 24.
— bulg.-montenegr.-serb. Union 23.
Montenegro, serb. Handelsvertrag 24.
— Unruhen 160.
Montpellier, Straßenkämpfe 240.
— Winzer 220. 228.
Montreal Star 259.
Moor, Minister von Natal 101.
Moreau, Henri, Publizist 61. 116.
Morenga, Erschießung 316.
— Rückkehr 316.
Morgari, sozialist. Abgeordn. 217.
Moriarity 94.
Moritz, Rechtsanwalt, Riga 384.
Morley, John 57. 165. 185. 225. 227.
Morning Leader 368.
Morning Post 34. 217. 348. 349.
Moskau 28. 46. 159. 296.
— Bombenfabriken 314.
— Generalstreik 301.
— Gouvernement 53.
— Kongr. d. Verbandes d. russ. Volkes 186.
— Residenz 322.
— Semstwovertreter 246.
— Slavenkongreß 264.
— slav. Verein 265.
— Sozialdemokraten 356.
— Studenten 356.
— Universität 55.
— — Beraubung 107.
— — Schließung 131.
Moskowskija Wjedomosti 186.
Motkowitsch, Akziseko ntr. Massalsk 107.
Mozambique 268.
v. Mühlberg, Unterstaatssekretär 216. 231. 243. 368.
Mulai Hafid 178. 316. 325. 327. 329. 342. 363.
— und Abdel Aziz 193. 402. 420.
— Erfolge 387.
— und Mahalla v. Auflas 368.
— und Mahalla des Sultans 372.
— Unterwerfung 415.
Multau, Streik 272.
Münsterberg, Prof. 171.
Mourgoal river Comp. 176.
Muret, Maurice 265.
Mürzsteger Programm 145.
— Vereinbarung 63.
Mussalman 273.
Mustafa Kamel Pascha 21. 22. 23. 378. 380.
Myazaki, Präfektur 404.

N.

Nancy, demokr. Allianz 162.
Nantes, Lehrerkongreß 121.
Napier, Sir Charles 411.
Napoleon I. 407.
Napoleon III. 409. 410. 423.
Narbonne, Straßenkämpfe 240.
— Winzerdemonstr. 212.
Nascha Shisn 246.
Nasi, ital. Minister 397.
— Prozeß 269.
Natal, Inder 404.
— Miliz 184. 387.
Nathan, Ernesto 399.
Nation, The 89. 100. 243.
National Review 19. 21. 343. 126. 171. 245. 306. 359. 406. 42.
Nationaltidende 42.
Nauticus 92.
Neapel, Kamorra 217.
Nebogatow, Admiral, Todesurteil 1.
Neboratschenko, Aufseher 158.
Nena Sahib 282.
Nepljujew, Kommandant von Sewastopol 106.
Neton, Red. d. Figaro 50.
Neu-Foundland 35.
Neu-Seeland 126.
— Einwanderung 320.
— Farbige 404.
— und Japan 9.
— Verfassung 19.
— Verteidigung 184.
New Chaman 350.
Newton, Lord 183.
Newyork 127.
— Deutsche 358.
— Finanzkrisis 346.
— Juden 95.
New York Herald 223. 244. 256. 270. 272. 293.
New York Sun 344.
New York Times 256.
Nikaragua, Friedensschluß 160.
— und Honduras 77.
— und San Salvador 151.
Nikitewka, Waggonfabrik 45.
Nikolai Nikolajewitsch, Großfürst 97.
Nikolajew, Eisenbahn 176.
Nikolaus I. 168.
Nikolaus II. 36. 52. 54. 60. 238. 314. 325. 332.
— Absolutismus 255.
Nikolaus II, Attentat 190. 198. 204.
— Bauerndelegation 167.
— und Golowin 151.
— Mordanschlag 253.
— Verschwörung geg. 296.
— und Wilhelm II. 299.
Nimes, Soldaten und Winzer 211.
— Weinbauern 210.
Nischny-Nowgorod, Mord 169.
— Universität 55.
Niski, General 405.
Nizza, Annexion 412.
Nogi, General 405.
Nordd. Allgem. Zeitg. 13
Nord-Foreland 408.
Nordsee, engl. Flotte 293.
Nordseekonferenz 231.
Northampton 352.
Norwegen 154. 156.
— Frauenwahlrecht 231.
— Integritätsvertrag 348.
— Ministerien 338.
— russ. Sozialisten 177.
Nowi-Bazar 24.
Nowoje Wremja 6. 17. 25. 36. 37. 38. 46. 55. 106. 115. 139. 144. 148. 149. 152. 159. 187. 218. 219. 245. 246. 265. 266. 275. 295. 297. 299. 308. 330. 334. 338. 351. 356. 422. 423.
Nyberg, Ingenieur, Ermord. 296.

O.

Ob, Eisenbahn 176.
Oberprisengericht 243.
Obolenski, Fürst 400.
Obrutschew, Chef des russischen Generalstabs 221.
Odessa 334.
— Bombenfabriken 314.
— Charkower Eisenbahn 288.
— Eisenbahn 176.
— Gefängnis, Explosivstoffe 315.
— Gefängnisdirektor, Ermordung 160.
— Straßenkämpfe 158.
— Univers.-Professoren 415.
O'Donnel, John 60.
Ohsol, Dumaabgeordneter 148. 205. 218. 239. 245. 297. 302.
Oklohama 374.
Olney 86.
Omsk, Eisenbahn 176.
Oranjefreistaat, Annexion durch England 128.
Oranjekolonie, Verfassung 21. 234.

Orel 150.
Oreler Zeitung 150.
Orient 138. 144.
— Despotismus 28.
— Erwachen 331.
— ferner 6. 190. 191. 222. 248. 262. 269. 309. 324.
— — Friede 344.
— franzöſ. Lehranſtalten 380.
— und Italien 2.
— Kultur 28.
— Muſelmänner 102.
— und Rußland 176.
— Sozialismus 28.
— Staaten 27.
L'Orient 247 350.
Oriental. Frage 1. 24. 248. 322. 410.
Orlow, General 74.
Osborne House 408.
Oskar, König von Schweden, Tod 397. 405.
Oſſervatore Romano 13.
Oſtdeutſche Korreſpondenz 41.
Öſterreich 41.
— Abgeordnetenhaus 39. 240. 387.
— Armee 197.
— Ausgleich mit Ungarn 89. 277. 316. 357.
— ausw. Politik 197.
— und Balkan 313.
— Balkan und England 144.
— Balkanpolitik 363.
— und bulg.-ſerb.-montenegr. Union 23.
— Deutſche 196.
— und Deutſchland 82.
— und die deutſch-engl. Beziehg. 263.
— Einfluß a. d. Balkan 145.
— und England 82. 145.
— und Haager Konferenz 91. 134.
— Iſolierung durch England 144.
— und Italien 2.
— Italiener 196.
— Klerik.-poln. Block 196. 264.
— Miniſterium Beck 358.
— und Montenegro 24.
— Parlamentarismus 398.
— Parteien 197.
— Polen 196. 394.
— und Preußen 41.
— Reichsrat 196. 231. 347.
— — und Tſchechen 277.
— — Wahlen 180.
— und Rußland 82. 145.
— Ruthenen 196.
— und Serbien 24.
Öſterreich, ſerb. und griech. Banden 133.
— Slaven 196.
— Sozialdemokraten 196.
— und Spanien 156.
— Tſchechen 196. 276.
— tſchech. Größenwahn 264.
— Wahlrecht 196. 398.
— Wahlreform 30.
Öſterr. Rundſchau 263.
Oſtſee, mare clausum 118.
Oſtſeeprovinzen 246.
— deutſche 246.
Ottawa 318.
Owidinpol, Eiſenbahn 176.
Ozean, Atlant. 232.
— und Japan 8.
— und Kanada 320.
Ozean, Indiſcher 269. 274.
Ozean, Großer 5. 7. 269. 274. 422.
— amerik. Flotte 267. 306. 326. 344. 374. 384.
— Deutſchlands Verdrängung 190.
— Japaner 306.
— und Kanada 320.
Ozeanien 190.

P.

Paget, Lord Clarence 411.
Pakington, Lord 410.
Palaos 413.
Palermo 339.
Palmerſton, Lord 407. 408. 409. 412.
Pamir und Rußland 321.
Panama 384.
Panamaaffäre 221.
Panamakanal 266.
Panamaprozeß 235.
Pangermanismus 82.
Papſt und Frankreich 71.
— und franz. Kirchenpolitik 141.
— 72. Geburtstag 210.
Paris 13. 50. 222.
— Arbeiter 103.
— Ausſtand d. Elektr.-Arbeiter 99.
— deutſche Botſchaft 143.
— Gemeinderat und die Tſchechen 265.
— Kokowzew, ruſſ. Miniſter 46.
— Muſtafa Kamel Paſcha 22.
— Preſſe 121. 280.
— ſpan. Königspaar 338.
Pariſer Frieden 410
Pariſer Weltausſtellung 201.
Pariſien 265.
Parnell 305.

Parvus, Sozialdemokrat 300.
Paschitsch, serb. Minister 220.
Patrie, franz. Militärballon 387.
Pawlow, Militärprokureur, Ermordung 11. 28.
Pazink, Raub 107.
Pearson 40.
Peel, Sir Robert 408.
v. Peez, österr. Politiker 263.
Peking 270. 346.
Pensa, Gouverneur, Ermordung 57.
Périer, Kasimir 117. 221.
Perm 115.
Perpignan, Aufruhr 240.
— Truppendisziplin 289.
— Winzerdemonstration 212.
Persien 249. 333.
— Eisenbahnen 27.
— und England 26. 418.
— Grenzen und Türken 330.
— Handelsverträge 27.
— Interessensphären 321.
— Kurd. Reiterei 330.
— Lage 415.
— Ministerium 406.
— Parlament 19. 27. 330.
— und Rußland 26. 176. 421.
— — und England 102.
— Schah 19. 28.
— — und Parlament 415.
— — Tod 11. 26.
— Senat 27.
— Straßen 27.
— türk. Differenzen 346. 357.
— — Grenzkonflikte 299.
— — Truppen 312.
— — Zwischenfall 311.
— Verfassung 1. 27. 119. 190. 415.
Persischer Golf u. Rußland 321.
— russ. Flotte 52.
Pest, Kroaten 264.
— Magyaren 264.
Peter, König von Serbien 152.
Petersburg 6. 38. 54. 158. 222. 296. 318. 334.
— Ausstellung für Torfverarbeitung 176.
— Bombenfabriken 314.
— Duma, Einsturz der Decke des Sitzungssaales 111.
— Fabriken 107.
— Kirchenschulen 341.
— militär-mediz. Akademie 151.
— Morde 106.
— Ochrana 355.
— Persische Gesandtschaft 312.
— Polytechnikum 97.
Petersburg, Raub 64.
— Sicherheitspolizei 106.
— Sozialrevolutionäre 355.
— Stadtrat und Tschechen 265.
— Taurisches Palais 110. 111.
— Telegraphenagentur 53.
— Universität 55.
— Volkshaus 112.
Petersburger Ökonomist 176.
St. Petersburger Zeitung 267.
Petite République 265.
Petit Temps 192.
Petkow, bulg. Minist.-Präs. 119.
— Ermordung 99.
Petschili 382.
Petschora, Naphtalager 176.
Philippinen 374.
— amerikan. Stellung 306.
— und Japan 86.
— japan. Spione 7.
— Neutralisierung 102.
Philippovich 142.
Pichno, Professor 167.
Pichon, franz. Minister 42. 43. 51. 120. 142. 232. 262. 304. 327. 370. 401. 403.
— Gelbbuch 361.
— Progr. für Haager Konferenz 229.
— Rede über deutsch-französische Beziehungen 261.
Picquart 401.
Pissano 94.
Pittsburg, Carnegie-Institut 141.
Pius IX., Beatifikation 399.
Plehn, Dr. Hans 173. 174.
Plewna 366.
Plozk, Polizeibeamte erschossen 11.
Plymouth, Campbell-Bannerman Rede 227.
Pobjedonoszew, Tod 120.
Podolien 295.
— Dumawahl 105.
Poincaré, franz. Senator 162. 163. 211.
Pokrowski, russ. Abgeordneter 390.
Polen 47. 314.
— Aristokraten 168.
— Armee 139.
— Autonomie 138. 168. 230.
— Belagerungszustand 219.
— in der Duma 104.
— Frauen 70.
— und Haager Konferenz 294.
— Juden 133.
— „Kolo" 167. 168.
— Kongreß in Zakopane 308.
— Nationaldemokratie 168.

Polen in Österreich 196.
— russ., siehe Rußland.
— und Ruthenen 394.
— Schlachtizen 168.
— in Verein. Staaten 95.
— Verein Straz 169.
— Verfassung von 1815: 168.
— Volksverband 169.
— Zartum 18. 168. 391.
Politiken 42.
Poltawa, Brandstiftungen 375.
— Dumawahl 105.
Polynesien, japan. Geschwader 8.
Pomare, Königin von Tahiti 407.
Pondichery, Meuterei 209.
Popelyschko, Polizist 158.
Port Arthur 222. 232. 288. 385.
Portland 412.
Portsmouth 408.
— Frieden 222. 274. 338.
Portugal 153. 156.
— Abgeordnetenhaus, Auflösung 180.
— Krisis 423.
— Ministerium Franco 356.
— Parlamentauflösung 219.
— Regierung und Volk 385.
— Revolution 356. 377.
— Unruhen 259.
Posen, Juden 133.
— und d. Polen 169. 264.
Posnanski, Vizepräsident der Duma 105.
Posrednik, Buchh. Moskau 16.
Potemkin, Palais 54. 95.
Potsdam, engl. Journalisten beim Kaiser 210.
Poupourville, Albert de 286.
Pourtales, Graf 316.
Praca 246.
Prager Frieden 41.
Prawo 110. 129.
Pribylowinseln 35.
v. Pressensé 248.
Preußen 41. 64. 237.
— Konstitutionelles System 399.
— Landtag 11.
— und Österreich 41.
— und Polen 265.
— polnische Bevölkerung 295.
— russ. Truppen an der Grenze 353.
Preußische Jahrbücher 357.
Prisengericht, internat. 335.
Pritchard 407.
Punjab 272.
— Gouverneur 185.
— Mohammedaner und Hindus 195.
Punjab, Notstand 273.
Purischkewitsch, Dumaabgeordneter 186. 197.
— Minister 400.

Q.

Quai d'Orsay 21. 30. 48. 78.
Quebec 181.
Quetta 419.

R.

Rabat 328.
Rabinowitsch, Lazar 105.
Radical 3.
Radolin, Fürst 48.
— beim Herzog von Rohan 372.
Radziwillow, Synagoge 107.
Ragosinnikowa, Wanda 355.
Raisuli 11. 178.
— Absetzung 1.
— Gefangennahme 110. 119.
— und El Guebbas 18.
— Mac Leans Gefangennahme 260. 292.
Ramon, Vittorio 1.
Rapallo 145. 153.
Rawal-Pindi, antiengl. Bewegg. 184.
Realist 149.
Redmond 208. 305.
Regnault 325. 421.
Reiß, russ. General 385.
Rennenkampf, General 74.
Reval 130.
Revue bleue 46.
Revue économique 73. 142.
Revue de Paris 63.
Revue politique et parlementaire 77. 142. 370. 402. 413.
Ribot, franz. Minister 220.
Riga 206.
— Folterungen 88. 218.
— Polizei und Anarchisten 368.
— Polytechnikum 120.
Rittich, Oberst 265.
Rjetsch, russ. Zeitg. 11. 53. 54. 96. 110. 114. 157. 168. 207. 253. 334.
Rockefeller 114.
Roediger, russ. Minister 247.
— Verschwörung 296
Roditschew, russ. Abgeordn. 394.
Rohan, Herzog von, Fürst Radolin bei R. 372.
Rom 85. 154. 421.
Romano, ital. Deputierter 217.

Roosevelt, Präsident 8. 34. 51. 95. 135. 148. 166. 209. 307. 358. 423.
— auf der Ausstellung Jamestown 164
— Botschaft v. 4. XII. 06: 93
— und d. Trusts 359.
— Wiederwahl 384. 414.
Root, amerik. Staatssekretär 35. 93. 284.
Roseberry, Lord 124. 125.
Rosen, Dr. 151.
Rossija 167.
Rostow 419.
— Eisenbahn 350.
Rousseau 260.
Rouvier, franz. Ministerpräsident 45. 327.
de Rouville, Marager 212.
Rudd, südafrikan. Millionär 148.
Rumänien, Agrarverhältnisse 132.
— Bauernaufstand 120. 131.
— und Griechenland 364.
— griech. Differenzen 313.
— Großgrundbesitzer 131.
— Juden 132. 133. 366.
— — und Bauern 133.
— Kammerauflösung 180.
— und Mazedonien 364.
— Parlament 387.
Ruß 266.
Russel, Lord John 59. 409.
Rußland, Abrüstung 51. 52. 86.
— Absolutismus 36. 45. 186. 255.
— und Afghanistan 321.
— — Differenzen 350.
— Agrarbewegung 267.
— Agrarfrage 111. 114. 139. 149. 168. 207. 375.
— Agrargesetz 177.
— Agrarkommunismus 255.
— Agrarpolitik 340.
— Agrarprogramm 389.
— Agrarreform 17.
— Agrarverbrechen 115. 255.
— Akademien 108.
— Alliance franco-russe 220.
— Amnestie 87. 105. 114. 230.
— Anarchisten 36. 87. 97.
— — Attentate 400.
— — Bewegung 139.
— — Propaganda 15.
— Anleihen und Frankreich 60. 334.
— Antisemitismus 115.
— Arbeiter 140. 298.
— Armee 18. 128.
— und Asien 5.
— asiat. Stellung 53.
Rußland, Attentate 11. 87. 115. 255.
— Auswanderung 188.
— ausw. Politik 167.
— Balkanpolitik 363.
— und Balkanstaaten 178.
— Bauern 15. 16. 47. 97. 140. 158. 207. 255. 315. 339.
— — Bewegung 131.
— — Delegation beim Zaren 167.
— Beamte 298.
— Belagerungszustand 130. 355. 376.
— Bomben 267.
— Bombenattentate 325.
— Bombenniederlagen 107.
— Brandstiftungen 325.
— Branntweinakzise 138.
— Brandweinmonopol 36.
— Budget 149. 177. 237.
— bulg. Militärkonvention 364.
— Bund wahrhaft russ. Leute 87.
— und China 52. 102.
— demokrat. Reich 157.
— Deutsche in der Duma 97.
— und deutsche Sozialdemokratie 44.
— und Deutschland 12. 300.
— Diktatur 187.
— Duma 12. 18. 45. 53. 75. 86. 88. 96. 104. 108. 110. 116. 129. 130. 139. 157. 177. 197. 333. 340. 367. 384. 399. 422.
— — Agonie 229.
— — Agrardebatten 157.
— — Agrarkommission 206.
— — Auflösung 159. 187. 231. 237. 245.
— — Deutsche 97.
— — Eröffnung der zweiten Duma 89. 368. 374.
— — Kommissionen 167.
— — und Ministerpräsident 148.
— — und d. Mord 204. 297. 325.
— — Richtung 387.
— — Unordnungen 190.
— — Wahlen s. a. Wahlen 16. 267. 313. 316. 325. 338.
— — Zusammensetzung 354.
— Eisenbahnen 46. 176.
— Eisenbahnpolitik 138.
— und England 92. 101. 145. 416.
— und engl. Politik 321.
— engl. Vertrag 317. 322. 330.
— Erziehungswesen 340.
— Feldarbeiter 267.
— Feldgerichte 54. 116. 129. 140. 177. 237.
— Finanzen 36. 45.

Rußland, — Finanzminister 138.
— Flotte 51. 374.
— und Frankreich 25.
— franz. Abrechnungen 266.
— — Allianz 235. 401.
— — Anleihe 353.
— — Bündnis 309.
— — Syndikat 45.
— Frauen 70.
— Geheimpolizei 87.
— Gendarmen, Ermordung 28.
— Geschwader in England 128.
— Gesetze 115.
— Gesetzgebende Gewalt 54.
— Gesetzgebung 108.
— Goldlager 176.
— Goldvaluta 338.
— Gräberschändung 38.
— Großgrundbesitz 65. 114. 246.
— Grundeigentum 15.
— Gymnasiasten 340.
— Gymnasium 115.
— und Haager Konferenz 50. 90. 134.
— Hausministerium 112.
— Hochschulen 108.
— Hungersnot 116. 130. 159. 208. 237. 267.
— und Japan 5. 6. 52. 101. 175.
— — Beziehungen 18.
— — Handelsvertrag 316.
— — Krieg 5. 37. 74. 90. 221.
— — Vertrag 231.
— Idealisten 18.
— und Indien 418.
— innere Angelegenheiten 422.
— innere Politik 167.
— Interessen in Westeuropa 145.
— italien. Handelsvertrag 415.
— Juden 187. 374.
— — Bund 28. 29.
— — Mörder 28.
— Judenrayon 105.
— Jugend 149. 178. 238. 255. 339. 393.
— Justiz 38.
— Justizminister 218.
— Justizreform 17.
— Kadetten 45. 46. 53. 87. 88. 96. 110. 115. 129. 140. 148. 177. 197. 325. 334. 384.
— — Verfassung 254.
— — Verhalt. i. Duma 218. 237.
— — und d. Mord 297.
— — und Oktobristen 278. 302.
— — und Polen 168.
— — Programm 267.
— — und Rekrutierung 167.
Rußland, Kaiserjacht 316.
— Kapital, ausländ. 45.
— Kirche 14. 17.
— Kirchenschändung 38.
— Kleinrussen 18.
— Kleinrußland 314.
— und Konstantinopel 364.
— Konstitutionalisten 75.
— und Korea 294
— Kriegsgerichte 140.
— Kursistin 70
— Land und Freiheit 129. 149.
— Landfonds 207.
— Landnot 65. 132.
— Lehrer 17. 341.
— Liberale 75. 340.
— und Mandschurei 48. 52. 175.
— Marine 18.
— Meliorationskredite 207.
— Militärkonvention u. Frankreich 334.
— militär. Reformen 12.
— Militärrevolten 255. 267.
— Militärrevolution 253.
— Ministerium 75. 87.
— — der Volksaufklärung 108.
— Ministerpräsident 167.
— — und Duma 159.
— Mittelmeer 318.
— Monarchie 177.
— Monarchisten 53. 87.
— Morde 28. 38. 46. 64. 87. 149. 218.
— Mord und Raub 267. 278. 288. 297. 325.
— Nationalisten 55.
— Nationalsozialisten 111.
— Norweg. Integr.-Vertrag 348.
— Obrigkeit 16.
— Oktobristen 112. 129. 177. 254. 278. 287. 334.
— und der ferne Osten 176.
— und Österreich 133. 145.
— und Pamir 321.
— Parlament 87.
— parlament. Regiment 140.
— Partei vom 17. Oktober 55.
— Parteien 104. 230. 334. 354.
— Patriarchenwahl 278.
— und Persien 26. 176. 421.
— und Persischer Golf 321.
— Polen 111. 246. 278.
— — Autonomie 115. 168.
— Polen und Kadetten 168.
— poln. Bestrebungen 139.
— Polytechniken 108.
— Popen 287.
— Präventivzensur 76.

Rußland, Presse 12. 38. 53. 88. 280. 330.
— Professoren 341.
— Progressisten 53.
— Radikale 340.
— Raubanfälle 115.
— Räuberbanden 340.
— Rechtsstaat 98. 177. 239. 254. 300.
— Regierung 15. 148. 340.
— — und Duma 54.
— — Programm 388.
— — revolutionär 108.
— — und Verfassung 281.
— — und Volk 300.
— Reichsrat 54. 75. 376.
— Rekrutenaushebung 177.
— Revolution 15. 36. 87. 229. 239. 255. 300. 339. 423.
— — und deutsche Sozialdemokr. 301.
— — und Türkei 330.
— Revolutionäre 53. 107. 177. 325. 340
— Richter, Unabsetzbarkeit 389. 390.
— Sanitätswesen 17.
— Schulfrage 150. 375.
— Schulpflicht 17. 55.
— Seemacht 128.
— und das Seerecht 243.
— und Seistan 321.
— Selbstherrschaft 393.
— Seminare 17.
— Semlja i wolja 129.
— Semski Ssobor 314.
— Semstwos 96. 288. 389.
— Semstwovertreter 246.
— Sozialdemokraten 16. 110. 129. 157. 287. 300.
— — in der Duma 204.
— — Kongreß London 334.
— — Mordanschlag a. d. Zaren 253.
— — Programm 114.
— — Verhaftung 231.
— — Verschwörung 401.
— Sozialisten 177.
— sozialist. Utopien 255.
— Sozialrevolutionäre 16. 88. 111. 129. 157.
— — in der Duma 204.
— Staatsbankerott 177.
— Straßen 288.
— Streiks 288.
— Studenten 97. 119. 130. 140. 149. 178. 287. 341. 400.
— hl. Synod 205. 278.
— Terroristen 14. 28. 38. 64. 87. 105. 198. 217. 315.
— — Kongreß in Luzern 11.
Rußland, Terrorismus 130. 140.
— und Tibet 321.
— Todesstrafe 87.
— Torfsümpfe 176.
— Trudowiki 111. 113. 129. 157.
— — in der Duma 204.
— Truppen 140.
— — an deutsch. Grenze 345. 353.
— — i. Mandschurei 102.
— Tschinowniks 15.
— Türkenkrieg 12. 318.
— Übersiedelungspolitik 207.
— Universitäten 55. 108. 115. 287. 341.
— Unruhen 12.
— Unterrichtswesen 340.
— Verbrechen 38.
— Verfassung 75. 254. 423.
— und Ver. Staaten 95.
— Verhetzungspolitik 12.
— Verschwörung gegen den Zaren 296.
— Verwaltung 340.
— Volk und Regierung 300.
— Volksvertreter 254.
— Volksvertretung 393.
— Waffenniederlagen 107.
— Wahlen (s. a. Duma) 16. 45. 53. 64. 75. 287.
— Wahlgesetz 237. 246. 254.
— Wahlrecht 15.
— Wahlsystem 140.
— „wahrhaft russ. Leute" 38. 45. 53.
— Wehrkraft 389.
— und Westeuropa 176.
— Wittesches Wahlsystem 237.
— Zar und Haager Konferenz 43.
— — und Verfassung 355.
— Zarische Gewalt 392.
— Zukunft 46.
Ruthenen 264.
— in Österreich 196.
— und Polen 394.

S.

Sabatier, Camille 370. 402.
Sachalin 422.
— Japans Aufgaben 86.
Saffa 395.
Safji 343.
Sahara und Frankreich 348.
Sakateli 296.
Saloniki 2. 145.
Sambesi 370.
San Domingo und Amerika 35.
— Finanzen 240.
— — Vertrag m. A. 170.
San Franzisko 422.

San Franzisko und Japan 48.
— Japaner 34. 86. 274.
— japan. Geschwader 8.
San Salvador, Friedensschluß 160.
— und Nikaragua 151.
San Stephano, Friede 3.
Sandwichinseln 8.
Sangha 71.
Santjago de Cuba 413.
Sassonowitsch, Dumaabgeordn. 197.
Savoyen, Annexion 412.
Schachowskoi, Michael, Fürst 149.
Schai-Zukermann, Anarchist 157.
Scharapow, Sfergej 321. 323.
Schaschkow, Fürstin 106.
Schaufuß, russ. Minister. 247.
Schauja Mahalla 343.
Schelkin 295.
Schengelani, Pristaw 106.
Scherraa 395.
Schilder, russ. General 112.
Sching, Prinz 383.
Schingarew, Dumaabgeordn. 111.
Schlesien, Kaisermanöver 20.
Schleswig-Holstein 41.
— Nordschleswig 41.
— — Optantenkinder 42.
Schmoller 142.
Schön, Staatssekretär 316.
Schottland 67.
— Agrarbill 125.
Schtscheglowitow, russ. Minist. 247.
v. Schuckmann, Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika 190.
Schulgin, Dumaabgeordn. 157.
Schwarzes Meer, Piraterie 288.
Schweden 156.
Schweiz, Handelsvertrag mit Serbien 89.
— Terroristen 14.
— Wehrverfassung 348.
Séaldy, Rob. 216.
Seebeuterecht 243. 244.
Seekrieg 337.
Seekriegsrecht 73. 92. 310.
Seerecht 86. 92. 243.
— und Frankreich 229.
Seistan und Rußland 321.
Seja 421.
Selborne, Lord, Gouverneur von Transvaal 101. 268.
Seljäninowitsch, Nikula 250.
Selsey bill 408.
Serben 1. 346.
— und Bulgaren 2.
Serbien 152. 248.
— Agrarverhältnisse 133.
— antidynast. Bewegung 356.
— Bandenwesen 3. 24. 104. 133.
— bulg.-montenegr.-serb. Union 23.
— und England 144. 152.
— Handelsvertrag m. Schweiz 89.
— Industrie und engl. Kapital 144.
— Juden 133.
— Kabinett Paschitsch 220.
— Königshaus 61.
— lothring. Handelsvertrag 77.
— montenegr. Handelsvertrag 24.
— Nationalismus 104.
— und Österreich 24.
— Skuptschina, Vertagung 327.
— Zollstreit mit Österreich 144.
Sergei Alexandrowitsch, Großfürst 97.
Sewastopol, Hafendepot 106.
— Kommandant 106.
— Meutereien 220.
Shang Siyel 272.
Shanghai, Handelskammer 270.
Sheehan, D. D. 60.
Shilkin 339.
Shimonoseki, Friede 285.
Shosai, H. 190.
Siam, franz. Grenzvertrag 120.
— König in Berlin 299.
Siberian Sindicate 176.
Sibirien, Company of central Sib. 176.
— Eisenbahn 176. 288.
— und England 159.
— Mineralschätze 175.
Sidi-Khelil 371.
Sidney Low 26.
Siebenbürger Sachsen 357.
Siedlec, Kreis 18.
Signachsk, Morde 106.
Simbirsk, Agrarunruhen 190.
— Polizeibeamte erschossen 11.
Simferopol 334.
— falsche Pässe 267.
Simin, russ. Abgeordn. 108.
Sin Fein 118. 332.
Singer, Sozialdemokrat 306.
Sizilien, Nasi-Tumulte 279.
Skadowsk, Eisenbahn 176.
Skalon, Gen.-Gouverneur 246.
Skobelew, General 121.
Skrydlow, Admiral 131.
Slaven 24. 64. 145.

Slaven, Einigung 322.
— in Österreich 196.
— Weltherrschaft 323.
Slavische Gefahr 364.
Smirnow, russ. General 385.
— Prozeß 288.
Smolensk, Hexe 169.
— Universität 55.
Sofia, Alexanderdenkmal 316.
— Studentenrevolution 61.
— Universität 30. 119.
Sofiaer Kurier 1.
Sokolvereine 264. 265.
de la Solle de Bochemaure 194.
Sotsch, Eisenbahn 176.
Söul, Aufstand 285.
— Straßenkämpfe 279.
— Verhaftung von Offizieren und Staatsmännern 279.
Sousbeouf 265.
Spanien 153. 419.
— und Algecirasakte 329.
— amerik. Kolonien 128.
— amerik. Frieden 413.
— auswärt. Politik 49.
— und Ceuta 232.
— Cortes 39.
— — Auflösung 120.
— — Wahlen 160.
— und England 49.
— — Abkommen 416.
— — und Frankreich 180.
— — Kriegs- und Friedensbündnis 152.
— — Vereinbarungen 181.
— und Frankreich 49. 261.
— franz. Einfluß 408.
— franz.-engl.-span. Allianz 243.
— franz. Vertrag 242.
— Geburt des Kronprinzen 180.
— und Haager Konferenz 134.
— Kirchenpolitik 49.
— Königspaar in Paris 338.
— und Kuba 181.
— Ministerium 39. 179.
— Ministerkrisen 49.
— Mittelmeervertrag 231.
— und Österreich 156.
— Parlament 316.
— und Philippinen 413.
— und Tanger 25.
— Truppen an portug. Grenze 219
— und Vatikan 49.
— und Verein. Staaten 95.
— Verträge 256.
— Verzicht auf Gibraltar 232.
Spectator 408.
Spindler, Mowscha 157.
Ssaltykow, Dumaabgeordn. 245.
Ssamara, Gen.-Gouv., Ermord. 301.
Ssarafow, Boris, Ermordung 406. 414.
Ssaratow, Sozialrevolutionäre 157.
— Agrarunruhen 190.
— Universität 55.
Ssemenow, Lew 321. 323. 324.
Ssemipalatinsk, Eisenbahn 176.
Ssossonow, J., Professor 219.
Ssyssojewo, russ. Dorf 315.
Stachowitsch, Dumaabgeordn. 218
Stadnicki 246.
Standard 40.
Star 368.
Starczynski, österr. Abgeordn. 240.
Starodum 253.
Starr, F., Prof., Chicago 127. 128.
Stead 43. 100. 166. 172. 310. 412.
Stetzki, Dumaabgeordn. 138. 230.
Stolypin 12. 36. 54. 98. 104. 109. 111. 129. 130. 159. 176. 205. 230. 237. 238. 298. 322. 340. 354. 387. 389.
— und Absolutismus 255.
— Attentat 301.
— und Dmowski 393.
— Programm 17. 110.
— Programmrede 206.
— Verhaftg. v. 15soz.-dem. Abgeordn. 231.
Stössel, General 338. 385.
— Prozeß 288.
Stratley, Sir John 282.
Stretensk, Eisenbahn 421.
Stroud 352.
Struve, Peter 108. 254 302.
Struvesche Verfassung 54.
Sturdza, Minister 120. 131.
Suawardy, A. M. 259.
Suchowa, Eisenbahn 350.
Sudan 178.
— Verwaltung 138.
Südsee, Japan i. d. S. 374
Suezkanal 266. 378.
Suqdidi, Räuber 106.
Sun 181. 256. 318. 319. 321. 353.
Sungari, Schiffahrt 6.
Susuki, japan. Botschafter 244.
Swakopmund 370.
Swettenham, Sir Frank 282.
Swinemünde, Kaiserzusammenkunft 299. 308.
Szechuang, deutsch. Missionsstat. Zerstörung 220. 383.

T.

Tabris 119.
Taddert, Franzosen und Marokkaner 327.
Tafilet 371.
Taft, amer. Kriegssekretär. 148. 166 209. 359. 384. 423.
Tahiti und Frankreich 23. 407.
Taja, Goldlager 176.
Takekosli Sosaburo 190.
Taine, H. 260.
Tanger 20. 292.
— Flottendemonstration, franz.-span. 3.
— Kloaken 151. 154.
— Kriegsmacht d. Sultans 3.
— Kriegsschiffe 25.
Tardieu siehe Villiers.
Taschimura, General 404.
Taschkent, Eisenbahn 176.
Tataren 47.
Temps 12. 13. 21. 22. 23. 24. 26. 30. 31. 40. 41. 42. 48. 50. 61. 71. 89. 90. 92. 103. 123. 136. 151. 162. 211. 215. 232. 258. 265. 266. 277. 291. 292. 335. 341. 354. 357. 378. 380. 385. 396. 405. 419. 420.
Teheran 330.
— Belagerungszustand 406.
— Deutsche Bank 279.
— Unruhen 220.
Tevfik Pascha 259.
Thirmerle, Rawland 359.
Tibet 102.
— und Rußland 321.
Tichwinski, Pope, Dumaabgeordn. 205.
Tientsin, Handelskammer 270.
Tiflis, Morde 106.
— Polizeibeamte erschossen 11.
Tiflis—Batum, elektr. Bahn 46.
Times 9. 34. 118. 145. 159. 171. 217. 282. 317. 335. 358. 359. 360. 373. 378. 409. 410. 417.
Tiraspol, Raub 107.
Tirol, deutsche Touristen 289.
Tittoni, ital. Minister 2. 356.
— und Aerenthal 277.
— bei Bülow in Rapallo 120.
Tiying Chiyi, korean. Prinz 250.
Togo, Admiral 404.
Togo, Eisenbahn 39.
Tokio 6. 215.
— asiat. Universität 270.
Tolstoi, Leo, anarch. Propaganda 15
— Lehren 15. 16. 18. 46.
Tonking 190.
Toulon 411.
— Explos. d. „Jena" 99.
— russ. Geschwader 221.
Toulouse, Brand der Arsenale 162.
Toyabo Shunte 190.
Trafalgar 411.
Transvaal 101.
— Anleihe 184.
— Botha, General 125.
— Chinesenfrage 101. 184.
— und England 118.
— Frage 128.
— Inder 404.
— Ministerium 77.
— Truppen 184.
— Verfassung 21. 26. 234.
v. Treitschke, Heinr. 163. 172.
Tribune 2. 12. 23. 43. 46. 62. 92. 101. 102. 126. 140. 152. 154. 155. 156. 186. 192. 210. 259. 348.
Triest, Eisenbahnerstreik 77.
Tripolis 233.
Trubetzkoi, Fürst 302.
Tsangschetong, chin. Vizekönig 382.
Tschechen 264.
— und deutsche Industrie 265.
— Jungtschechen 276.
— in Österreich 196.
— Turnen 265.
Tschelnokow, Duma-Sekretär 105.
Tscheng-Tschoeng Hien 270.
Tschernigow, Dumawahl 105.
Tschili 383.
v. Tschirschky, Botschafter in Wien 316.
Tschudi 30.
Tschuaunkin, Agent 158.
Tsuschima 385.
Tubbercurry 305.
Tula, Brandstiftungen 375.
Tunesier 403.
Tunis 214. 232.
— franz. Einfluß 408.
— und Frankreich 349.
Türkei 62. 133. 245. 247. 333. 421.
— und Ägypten 21.
— Armee 366.
— Auflösung 2.
— Beamte 248.
— und bulg. Banden 289.
— und bulg.-serb.-montenegr. Union 23.
— und England 321.
— und Griechenland 364.
— Justiz 247. 248.

Türkei, pers. Differenzen 346. 357.
— — Grenzkonflikte 299. 330.
— — Zwischenfall 311.
— rumän. Juden 366.
— russ. Krieg 318.
— und russ. Revolution 330.
Türken 64.
— und Balkan 1.
Turkestan 47.
— Eisenbahn 176.
Tweed 352.
Tweedmouth, Lord 99.

U.

Ubanghi 71.
Udschda 138. 342. 371.
— Besetzung 137. 152. 192.
— franz. Truppen 120.
Uganda 362.
Uganhuei, chin. Polizeibeamter 382.
Ukraine 295.
Ungarn 64. 264.
— Ausgleich mit Österreich 89. 277.
— und Kroaten 277.
— — und Magyaren 264.
Ural, Eisenbahn 176.
— Mineralschätze 175.
Urmia 312.
Üsküb 2.
Uttoxeter 352.

V.

Vancouver, engl. Flotte 422.
Vatikan und Spanien 49.
Venedig 144.
Venezuela 369. 417.
— Konflikt 181.
Verein. Staaten siehe Amerika.
Vesuv 136.
Viktor Emanuel, König von Italien 356.
— und Eduard VII. 145. 151.
Viktor Napoleon, Prinz 236.
Viktoria, Königin 26.
Villafranca 410.
Villiers (Tardieu), Georges 50. 136. 151.
Völkerrecht 74.
Vorwärts 28. 29. 301. 302. 386.
— und russ. Revolution 45.
Vort Land 42.
Vossische Zeitung 142.

W.

Waldeck-Rousseau 90.
Walfischbai 370.
Waliszewski, poln. Historiker 17. 146. 338.
Warandin-Bai, Eisenbahn 176.
Warschau 339.
— Banken 46.
— Bombenattentate 106.
— Eisenbahn 350.
— Herzogtum 294.
— Juden 95.
— Polizeibeamte erschossen 11.
— Universität 55.
Warschawski Dnewnik 55.
Warzazi, Kaid von Marrakesch 193.
Washington 32. 74. 344. 413. 424.
— Kabinett 51.
— Konferenz d. mittelamerik. Staaten 131.
Washington, Präs. 164.
Wassili-Ostrow 130.
Wassilkow, König-Edward-Dragon. 323.
Wazirabad, Streik 272.
Wedel, Graf 316.
Weißkirchner, österr. Abgeordn. 240.
Wellington, Herzog 408. 409.
Weltkorrespondenz 167.
Weltpolitik 173. 174.
Werny, Eisenbahn 176.
Wesselitzki 276.
Westminster Gazette 262. 263. 268. 273. 279. 281. 292. 311. 317. 328. 329. 358. 361. 364. 367. 380. 395. 403. 406. 416. 418.
Westnik Jewropy 375.
Westnik Partii 87.
Wien 82.
— Parteien 264.
— Polen 393.
Wiener Friedensvertrag 41.
Wight, Insel, Kaiser Wilhelm II. 406.
Wilhelm I., Kaiser 133.
Wilhelm II., deutscher Kaiser 39. 66. 84. 161. 215.
— und Abdul Hamid 318.
— Admiral d. engl. Flotte 360.
— in Amsterdam 406.
— und Bülow 170.
— und Cambon 141.
— und Edward VII. 295. 308.
— in England 358. 368. 415. 417.
— und engl. Journalisten 216.
— Etienne bei Wilhelm II. 255.
— Friedensliebe 172.
— in London 358.
— und Nikolaus II. 299.

Wilhelm II., Nordlandreise 260.
— und Präs. Krüger 181.
— Rückkehr nach Berlin 316.
— in Wilhelmshöhe 308.
— v. Windsor nach High Cliff 368.
Wilhelmshöhe, Monarchenzusammenkunft 308.
Wilna, Abiturientenzeugnisse 267.
Wilson, H. W. 146.
Windsor Castle 369.
Wirenius, Admiral 131.
Witebsk, Universität 55.
Witte 322. 338.
Wladimir, Großfürst 363.
Wladimir, Metropolit v. Moskau 187.
Wladimirow, General 265.
Wladiwostok, Meuterei 348. 355.
Wolff, Journalist 30. 31. 49. 281. 282.
Wolga, Piraterie 288.
Wolgagouvernements 246.
— Hungersnot 159.
Wolhynien 18.
— Bauern 157.
— Dumawahl 105.
Wolhynien Juden 133.
Wonljarljarski, Gen.-Gouv., Ermordung 301
The World 256.
Woroneſch 106.
— Universität 55.
Wyborger Aufruf 303.

Y.

„Yorkſhire Poſt“ 259.

Z.

Zaczek, österr. Abgeordn. 240.
Zaimis, Statthalter von Kreta 61.
Zalel-Hatz 350.
Zakopane, Polenkongreß 208.
Zarskoje Sſelo 11. 140. 393.
— Attentat 190.
Zeppelin, Graf 316.
Zereteli, Dumaabgeordn. 111.
Zetkin, Klara 300.
Zizichar, Eisenbahn 421.
Zukermann 157.
Zweibund 308.
Zwiazek Narodowy Polski 169.

175414

HG.
S3326d

Author Schiemann, Theodor

Title Deutschland und die grosze Politik. Vol.7

University of Toronto
Library

DO NOT
REMOVE
THE
CARD
FROM
THIS
POCKET

Acme Library Card Pocket
Under Pat. "Ref. Index File"
Made by LIBRARY BUREAU

UTL AT DOWNSVIEW
D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
39 12 22 06 04 024 5